

Ulrich Nachbaur

Österreich als Opfer Hitlerdeutschlands

Das Rot-Weiß-Rot-Buch 1946 und die unveröffentlichten Vorarlberger Beiträge

Quellen zur Geschichte Vorarlbergs, Band 11 (N.F.)
Herausgegeben vom Vorarlberger Landesarchiv

Ulrich Nachbaur

Österreich als Opfer Hitlerdeutschlands

Das Rot-Weiß-Rot-Buch 1946

und die unveröffentlichten Vorarlberger Beiträge

Roderer Verlag, Regensburg 2009

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-89783-647-1

© Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

2009 Roderer Verlag, Regensburg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	10
---------	----

DARSTELLUNG

1	Das Rot-Weiß-Rot-Buch	13
1.1	Ein Rotbuch, um „die Tatsachen zu erhärten“	13
1.2	Die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943	14
1.3	Die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945	20
1.4	Karl Renner „supported the Anschluss in 1938“	22
1.5	Ein Besatzungsregime zur Vorbereitung einer demokratischen Regierung	28
1.6	Die Wiederherstellung Österreichs als Bundesstaat im Herbst 1945	29
1.7	„Die Herzensfrage aller Österreicher, ‚Südtirol‘“	32
1.8	Ein Verfassungskonflikt mit dem Alliierten Rat im Frühjahr 1946	33
1.9	Annexionstheorie oder Okkupationstheorie?	37
1.10	Die Rotbuch-Aktion des Außenamtes	50
1.11	Ein amtliches Rotbuch in aller Eile	58
1.12	Kein „Rotbuch“, nur ein „Rot-Weiß-Rot-Buch“	62
1.13	Material zur Untermauerung der Argumentationslinie	66
1.14	„Was sich eben an Brauchbarem fand“	67
1.15	„Befehl Nr. 17“ vom 27. Juni 1946: das „Deutsche Eigentum“	69
1.16	Ministerkomitee: Rot-Weiß-Rot-Buch als „erste Folge“ veröffentlichen	70
1.17	Geheimsitzung des Nationalrats im Oktober 1946	73
1.18	„Gerechtigkeit für Österreich!“ – rechtzeitig Mitte Dezember 1946	76
1.19	Moskau: „Eine Wiener Maskerade“	80
1.20	Munition für die Londoner Staatsvertragskonferenz im Jänner 1947	83
1.21	Washington: „Die Reaktion der Empfänger war durchwegs eine günstige“	88
1.22	Arbeiter-Zeitung: „Österreich war eben Hitlers erstes Opfer“	90
1.23	Kaum Resonanz in den Vorarlberger Zeitungen	93
1.24	Abwicklung der Rotbuch-Aktion im Bundespressedienst 1946/47	94

1.25	Antideutsche SPÖ-Initiative für eine Fortsetzung 1955	98
1.26	Seinen Zweck erfüllt?	104
1.27	Hauptinstrument zur Orchestrierung der „Opfermythos“-Kampagne?	106
1.28	Aus Staatsräson ein Beitrag zur „Selbstinfantilisierung“	116
1.29	Unveröffentlichte Rotbuch-Beiträge mit DÖW-Signaturen	120
2	Vorarlberger Beiträge	123
2.1	„In diesem Kampf ehrenvoll unterlegen“	123
2.2	Eine Aufgabe für Pressechef Josef Kegele	125
2.3	Spezielle Rotbuch-Mitarbeiter	127
2.4	„Wenn man ein Jahr dazu Zeit hätte“	128
2.5	Über 30 Vorarlberger Beiträge	129

EDITION

Quellenauswahl	131
Quellenkritik	131
Editionsrichtlinien	137

ENTSTEHUNG DES ROT-WEISS-ROT-BUCHES

Q 1	Interview mit dem Redakteur des Rot-Weiß-Rot-Buches Karl Wildmann (1946)	138
Q 2	Rundschreiben von Bundesminister Karl Gruber an die Landeshaupt- männer betreffend Herausgabe eines Rotbuches, 19. März 1946	143
Q 3	Richtlinien für die beauftragten Mitarbeiter, 28. März 1946	147
Q 4	Rundschreiben von Landeshauptmann Ulrich Ilg betreffend Herausgabe eines Rotbuches, 8. April 1946	150
Q 5	Rundschreiben des Vorarlberger Rotbuch-Beauftragten Josef Kegele, 8. April 1946	153
Q 6	Landeshauptmann Ulrich Ilg an Außenminister Karl Gruber betreffend Nominierung eines Rotbuch-Beauftragten, 17. April 1946	155

Q 7	Bericht des Vorarlberger Rotbuch-Beauftragten Josef Kegele an die Redaktion, 17. April 1946	156
Q 8	Brief von Kaplan Georg Schelling, 22. April 1946	158
Q 9	Ergänzung zu den Richtlinien für die beauftragten Mitarbeiter, 25. April 1946	161
Q 10	Bericht des Vorarlberger Rotbuch-Beauftragten Josef Kegele an die Redaktion, 13. Mai 1946	165
Q 11	Amtsvermerk des Rotbuch-Redakteurs Karl Wildmann für das Ministerkomitee, 4. Juli 1946	170
Q 12	Bundesminister Karl Altmann an Bundesminister Felix Hurdes, 16. Juli 1946	173
Q 13	Bundesminister Felix Hurdes an Bundesminister Karl Altmann, 18. Juli 1946	178
Q 14	Bundesminister Felix Hurdes an Bundesminister Karl Gruber, 18. Juli 1946	180
Q 15	Amtsvermerk Karl Wildmann betreffend Stellungnahme des Ministerkomitees, 19. Juli 1946	182
Q 16	Amtsvermerk Karl Wildmann betreffend Grundlegung des Rotbuches, 2. August 1946	185
Q 17	Amtsvermerk Generalsekretär Heinrich Wildner betreffend Fortsetzung der Arbeiten, 11. November 1946	187
Q 18	Amtsvermerk Karl Wildmann betreffend Weiterführung der Redaktionsarbeiten, 30. Dezember 1946	189
Q 19	Amtsvermerk Karl Wildmann betreffend Weiterführung der Rot-Weiß-Rot-Buch-Arbeit, 6. Februar 1947	190

BEITRÄGE AUS UND ÜBER VORARLBERG

Q 20	Georg Schelling: Die letzten Kriegstage in Vorarlberg	192
Q 21	Gemeinde Wolfurt	203
Q 22	Gemeinde Buch	208
Q 23	Gemeinde Rheinau	212
Q 24	Marktgemeinde Rankweil	215
Q 25	Lorenz Tiefenthaler über die Sprengung der Felsenaubrücke bei Feldkirch	227

Q 26	Gemeinde Röns	236
Q 27	Stadt Bludenz	237
Q 28	Gemeinde Bürs	242
Q 29	Pfarre Brand	250
Q 30	Gemeinde Bartholomäberg	255
Q 31	Gemeinde Gaschurn	263
Q 32	Gemeinde Doren	274
Q 33	Gemeinde Riefensberg	277
Q 34	Gemeinde Langenegg	281
Q 35	Gemeinde Reuthe	285
Q 36	Gemeinde Bezau	287
Q 37	Gemeinde Au	292
Q 38	Gemeinde Mittelberg	300
Q 39	Landesgericht Feldkirch	307
Q 39.1	Verurteilungen wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen 1940 bis 1945	308
Q 39.2	Sprengstoffanschläge 1933 bis 1938	309
Q 39.3	Verzeichnis der österreichischen Legionäre	311
Q 39.4	Verurteilungen wegen politischen Vergehen 1939 bis 1945	313
Q 39.5	Zum Tod verurteilte Häftlinge 1938 bis 1945	316
Q 39.6	Politische Gefangene 1938 bis 1945	318
Q 40	Bezirksgericht Dornbirn	320
Q 40.1	Hochverrat und Sprengstoffattentate 1933 bis 1938	321
Q 40.2	An das Landesgericht übersandte Akten Sprengstoffattentate 1933 bis 1938	323
Q 40.3	Straffälle aus politischen Gründen 1933 bis 1938	324
Q 40.4	Verurteilungen aus politischen Gründen 1933 bis 1938	324
Q 40.5	Für das Reich oder die NSDAP beschlagnahmte oder enteignete Liegenschaften	326
Q 40.6	Erzwungene Schenkungen von Liegenschaften	346
Q 40.7	Vermögensübertragung von den Armenfonds an die Gemeinden	348
Q 41	Vermessungsamt Feldkirch	349
Q 42	Gewerbeinspektorat für Vorarlberg	351

Q 43	Landesarbeitsamt Vorarlberg	354
Q 44	Finanzlandesdirektion für Vorarlberg	358
Q 45	Post- und Telegraphendirektion für Tirol und Vorarlberg (Auszug)	364
Q 46	Post- und Telegraphenamnt Dornbirn	366
Q 47	Landesschulrat für Vorarlberg	371
Q 48	Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Haushaltungsschule Bregenz-Marienberg	374
Q 49	Oberlyzeum Bregenz	377
Q 50	Staatsgymnasium Bregenz	380
Q 51	Bundesrealschule Dornbirn	383
Q 52	Bundesgymnasium Feldkirch	385
Q 53	Städtische kaufmännische Wirtschaftsschule Feldkirch (Privatlehrerseminar Feldkirch)	390
Q 54	Alt-Landeshauptmann und Alt-Bundeskanzler Dr. Otto Ender	394
Q 55	Vorabdruck aus dem Rot-Weiß-Rot-Buch im Vorarlberger Volksblatt, 5. Dezember 1946	396
	Abkürzungen	400
	Literatur	403
	Fotos	426
	Orts- und Personenregister mit Kurzbiographien	427

Vorwort

Bei der Erschließung des Archivbestandes „Handakten Landeshauptmann Ulrich Ilg“ im Vorarlberger Landesarchiv stieß ich 2006 auf einen Bericht, den 1948 der Leiter der Landespressestelle Hans Huebmer für ein „Weißbuch“ verfasst hatte, mit dem die Bundesregierung vor der Welt den Besatzungsdruck dokumentieren wollte.¹ Dieses Projekt war vorzeitig abgeblasen worden. Bei der Edition des Vorarlberger Beitrags erinnerte ich mich an das Rot-Weiß-Rot-Buch der Bundesregierung von 1946 und fand im Archivbestand Landespressestelle einen rudimentären Akt, aus dem sich immerhin folgern ließ, dass Pressereferent Josef Kegele dem Außenamt einige Unterlagen geschickt haben muss. Im Österreichischen Staatsarchiv, Abteilung Archiv der Republik, bin ich schließlich fündig geworden. Einmal mehr gilt mein Dank an erster Stelle Dr. Rudolf Jeřábek für seine kollegiale Unterstützung.

Mit dem Rot-Weiß-Rot-Buch wollte die Bundesregierung im Vorfeld der Staatsvertragsverhandlungen belegen, dass Österreich tatsächlich der Aggressionspolitik Hitlers zum Opfer fiel und auch seinen eigenen Beitrag zur Befreiung geleistet habe, wie das die Alliierten in ihrer Moskauer Deklaration von 1943 festgestellt und eingefordert hatten.

Schon bei der Durchsicht kamen mir die unveröffentlichten Vorarlberger Beiträge irgendwie vertraut vor. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes hatte Abschriften aus dem Bestand Rot-Weiß-Rot-Buch entnommen und in die eigene Sammlung integriert. Auf diesem Umweg „geläutert“, nützte sie ab den 1980er Jahren die um Vorarlberg verdiente zeitgeschichtliche Forschung. Dabei verzichteten die Historiker leider meist darauf, auf den Entstehungszusammenhang hinzuweisen.

Dem Rot-Weiß-Rot-Buch war 1946/47 kein nennenswerter politischer Erfolg beschieden. Erhebliches Interesse fand es erst wieder in der politischen und historischen Auseinandersetzung im Rahmen und als Folge der Waldheim-Debatte von 1986. Die „revisionistische“ Geschichtsschreibung wertet das Rot-Weiß-Rot-Buch seither als eine Art Evangelium des österreichischen Opfermythos, als „Gründungsdokument der Opferthese“.² Allerdings wurde das Editionsprojekt selbst bisher noch nie eingehender erforscht.

Ich habe mich deshalb entschlossen, nicht nur 35 unveröffentlichte Beiträge aus und über Vorarlberg zu edieren, sondern zum besseren Verständnis auch einschlägige

1 Nachbaur, Dokumentationsmaterial.

2 Uhl, Gedenken.

Dokumente über das Rotbuch-Projekt selbst. Zudem habe ich die Gelegenheit genutzt, mich einleitend mit der Entstehung und Wirkung des Rot-Weiß-Rot-Buches auseinanderzusetzen und das Projekt in die Zeitläufe einzuordnen. Das scheint mir zur quellenkritischen Beurteilung der Beiträge wichtig.

Die methodische Vorgangsweise habe ich zu Beginn des Editionsteiles erläutert. Ich habe mich redlich bemüht, dem Projekt und den Quellen aus rechts- und geschichtswissenschaftlicher Sicht gerecht zu werden. Dabei mag ich nicht durchwegs zu Einschätzungen und Wertungen gelangt sein, die dem aktuellen zeitgeschichtlichen Hauptstrom entsprechen.

In der Auseinandersetzung mit dem Thema waren mir Michael Gehlers Arbeiten von besonderer Bedeutung, zumal er der wohl beste Kenner des damaligen Außenministers Karl Gruber ist, unter dessen Ägide das Rot-Weiß-Rot-Buch entstand.

Univ.-Prof. Dr. Michael Gehler (Universität Hildesheim) und Landesarchivar Univ.-Prof. Dr. Alois Niederstätter danke ich für die Diskussion wichtiger Fragen; Alois Niederstätter zudem für die Ermutigung und die Aufnahme dieser Publikation in die Quellenreihe des Vorarlberger Landesarchivs. Dem Land Vorarlberg bin ich für die finanzielle Förderung der Drucklegung zu Dank verpflichtet.

Das Projekt hat, wie leider meistens, den ursprünglich beabsichtigten Rahmen gesprengt. Dazu trug auch der Ehrgeiz bei, das Personenregister nach dem Vorbild der Edition der österreichischen Kabinettsrats- und Ministerratsprotokolle mit biographischen Notizen zu ergänzen, soweit das möglich und sinnvoll war.

Für Auskünfte habe ich einer ganzen Reihe von Menschen zu danken: Dr. Gebhard Bechter (Landwirtschaftskammer Vorarlberg, Bregenz), Ludwig Bertel (Langenegg), Hermann Böhler (Gemeindearchiv Doren), Mag. Gerhard Blaickner (Feldkirch), Franz Burtscher (Gemeindeamt Bürs), Dr. Alfons Dür (Landesgericht Feldkirch), Dr. Gertrud Ettenberger (Bregenz), Dr. Helmut Feurstein (Bregenz), Ing. Martin Feurstein (Gemeindeamt Au), Dr. Walter Feymann (Bundesgymnasium Eisenstadt), Mag. Michael Fliri (Diözesanarchiv Feldkirch), MMag. Dr. Georg Fritz (Bundesgymnasium Innsbruck-Sillgasse), Thomas Gamon (Gemeindearchiv Nenzing), Kurt Gisinger (Bregenz), Dr. Peter Goller (Universitätsarchiv Innsbruck), Stefan Heim (Chronist der Gemeinde Mittelberg), Mag. Eva-Maria Hesche (Jüdisches Museum Hohenems), Ewald Hopfner (Buch), Josef Kessler (Pfarrarchiv Rankweil), Dr. Othmar Kessler (Feldkirch), Dr. Ernst Lerch (Feldkirch), Mag. Thomas Klagian (Archiv der Landeshauptstadt Bregenz), Dr. Elisabeth Klamper (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien), Dr. Hanno Loewy (Jüdisches Museum Hohenems), Dr. Gert Mähr (Feldkirch), Leopold Maidorfer (Standesamt Salzburg), Harald Rhomberg (Stadtarchiv Dornbirn), Dr. Andreas Rudigier (Montafoner Museen, Schruns), Dr. Günther Schebeck (Parlamentsarchiv, Wien), Emil Scheibenstock (Bartholomäberg),

Mag. Norbert Schnetzer (Gemeindearchiv Rankweil), Dr. Barbara Studer Immenhauser (Staatsarchiv des Kantons Bern), Edwin Tiefenthaler (Klaus), Mag. Rupert Tiefenthaler (Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz), Christian Tumler (Stadtarchiv Dornbirn), Mag. Christoph Volaucnik (Stadtarchiv Feldkirch), Doris Wurzer (Stadt Baden).

Robert Demarki (Vorarlberger Landesarchiv) unterstützte mich bei der Suche nach „unauffindbaren“ Akten. Lisa Marschall (Vorarlberger Landesarchiv) hat einige der Transkriptionen besorgt. Das Korrekturlesen besorgte sehr umsichtig Mag. Katrin Netter. Danke!

Ich habe diese Arbeit im Juli 2008 abgeschlossen. Ich widme sie meiner klugen Anna.

Ulrich Nachbaur

1 Das Rot-Weiß-Rot-Buch

Mit Schreiben vom 19. März 1946 informierte Außenminister Karl Gruber seine Regierungskollegen und die Landeshauptmänner, dass es vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus dringend geboten erscheine, den ausländischen Regierungen und der Weltöffentlichkeit eine zusammenfassende, mit Dokumenten und statistischem Material versehene Darstellung der nationalsozialistischen Okkupationsmethoden zu geben.

1.1 Ein Rotbuch, um „die Tatsache zu erhärten“

„Zweck dieser Darstellung ist es, die Tatsache zu erhärten, und ihre allgemeine Erkenntnis zu festigen, dass Österreich durch Gewaltmassnahmen und Terror überwältigt und als jeder freien Willensäußerung beraubtes besetztes Gebiet in den Dienst der nationalsozialistischen Aggressions- und Kriegspolitik gezwungen wurde und daher, so wie alle anderen besetzten Staaten, nicht für die Handlungen und Auswirkungen dieser Politik verantwortlich gemacht werden kann.“

Das Bundeskanzleramt (Auswärtige Angelegenheiten) beabsichtige deshalb, eine entsprechende Darstellung in Form eines Rotbuches herauszugeben und ehestmöglich zu publizieren. Dafür werde die sofort einsetzende systematische Mitarbeit aller einschlägigen Stellen des Bundes und der Länder benötigt. Die Vorarbeiten sollten spätestens bis Ende April abgeschlossen sein (Q 2).

Die Eile wird vor dem Hintergrund der Verhandlungen über die europäische Nachkriegsordnung verständlich. Bereits am 5. Februar 1946 hatte das Bundeskanzleramt die Landesregierungen aufgefordert, umgehend aus deren Sicht relevantes Material für die Staatsvertragsverhandlungen mitzuteilen. Denn Zeitungsberichten zufolge würden die Friedensverträge der Alliierten mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland Anfang Mai bei einer Konferenz in Paris besprochen werden. Es sei nicht ausgeschlossen, dass dabei auch der österreichische Staatsvertrag zur Sprache komme.³

Sinn des geplanten Rotbuches war es, einen möglichst hieb- und stichfesten Tatsachenbeweis und Erfüllungsnachweis für die „Moskauer Deklaration“ von 1943 zu erbringen.

3 VLA: AVLReg Prs-594/1960: BKA an sämtliche Landesregierungen, Wien 05.02.1946.
Zur Vorarlberger Punktation vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 111-113.

1.2 Die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943

Am 19. Oktober 1943 trafen die Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Großbritanniens und der Sowjetunion in Moskau zusammen, um über Fragen der Kriegsführung und der Nachkriegspolitik zu beraten. Am 30. Oktober 1943 unterzeichneten sie ein Beschlussprotokoll mit mehreren Anhängen, darunter auch eine Erklärung über Österreich, die am 1. November 1943 veröffentlicht wurde. Die „Großen Drei“ ließen die Welt wissen:

„Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, daß Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll.

Sie betrachten die Besetzung Österreichs durch Deutschland am 15. März 1938 [sic!]⁴ als null und nichtig. Sie betrachten sich durch keinerlei Änderungen, die in Österreich seit diesem Zeitpunkt durchgeführt wurden, als irgendwie gebunden. Sie erklären, dass sie wünschen, ein freies unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch ebenso sehr den Österreichern selbst wie den Nachbarstaaten, die sich ähnlichen Problemen gegenübergestellt sehen werden, die Bahn zu ebnen, auf der sie die politische und wirtschaftliche Sicherheit finden können, die die einzige Grundlage für einen dauernden Frieden ist.

Österreich wird aber auch daran erinnert, dass es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann, und dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“⁵

Diese „Moskauer Deklaration“ geht auf britische Entwürfe zurück.⁶ Allerdings hatten die sowjetischen Vertreter auf der Konferenz einige, auf den ersten Blick nur stilistische Änderungen durchgesetzt. Als folgenreich sollte sich erweisen, dass zu Beginn des dritten Absatzes „das österreichische Volk“ durch „Österreich“

4 Ein Redaktionsversehen im britischen Entwurf; richtig wäre 13. März 1938.

5 Moskauer Erklärung über Österreich vom 30.10.1943, veröffentlicht am 01.11.1943, Übersetzung der Zentralübersetzungsstelle des US-State Department, zitiert nach: Verosta, Internationale Stellung, S. 52-53. – Auch in das Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 199, wurde diese offizielle amerikanische Übersetzung aufgenommen. Vgl. bei Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 607, die englische Fassung. Stourzh stellt, ebenda, klar, dass das Dokument nicht, wie bisweilen irrtümlich angegeben (z.B. bei Verosta, Internationale Stellung, S. 53) die Unterschriften Roosevelts, Churchills und Stalins trägt.

6 Zur Entstehung der Moskauer Deklaration: Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 11-28.

ersetzt wurde. Durch diese qualitative Änderung war ein Ansatzpunkt gegeben, „die Frage der österreichischen Verantwortlichkeit von der Ebene der psychologischen Kriegsführung bzw. Propaganda – Zielrichtung Verantwortlichkeit der Bevölkerung, mit erhofften Folgen vor Kriegsende – auf die juristisch-völkerrechtliche Ebene – Zielrichtung Verantwortlichkeit des Staates mit Konsequenz nach Kriegsende – zu transferieren.“⁷ Damit wurde im Ergebnis der „Nur-Opferdoktrin“ Vorschub geleistet, ließ sich völkerrechtlich doch gut argumentieren, dass der Staat Österreich keinen Krieg erklärt oder geführt hatte.

Die vernichtende deutsche Niederlage bei Stalingrad Anfang 1943 bedeutete eine Zäsur. Im Mai mussten die deutschen und italienischen Truppen in Nordafrika kapitulieren. Im Juli landeten alliierte Truppen auf Sizilien, wurde in Rom Adolf Hitlers Verbündeter Benito Mussolini gestürzt. Am 13. Oktober erklärte die neue italienische Militärregierung dem Deutschen Reich den Krieg. Nun galt es, Hitlers Machtgefüge im Alpen- und Donaunraum zu destabilisieren. Das österreichische Volk sollte mit der Moskauer Deklaration angespornt werden, aktiven Widerstand zu leisten. Es ist bemerkenswert, dass ihre psychologischen und praktischen Auswirkungen auf die „Kriegsfronten“ und die „Heimatfront“ offenbar noch nie genauer untersucht wurden.⁸

Alliierte Flugzeuge warfen Flugzettel auch über Vorarlberg ab.⁹ „Schwarzhörner“ schnappten die Österreich-Erklärung beim Abhören der „Feindsender“ auf. Ein damals 12-jähriger Montafoner Oberschüler erinnert sich an den Stimmungswandel: *„Durch die Meldungen über die Geschehnisse in Stalingrad zum Jahreswechsel 1942/43 und den Satz des Sprechers der BBC ‚Das ist die Sendung für Österreich, das erste von Hitler überfallene Land‘, [wurde] meine Begeisterung für die deutschen*

-
- 7 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 22. – Bischof, Instrumentalisierung, S. 351: „Ob sich die Sowjets damit eine Basis für zukünftige Reparationsforderungen gegenüber Österreich schaffen wollten, kann bis heute nicht mit Sicherheit gesagt werden. Auf jeden Fall schufen sie ungewollt eine Argumentationsgrundlage für die österreichischen Völkerrechtler, indem sie die Verantwortungslast auf das Völkerrechtssubjekt ‚Österreich‘, weg von den schwerer belangbaren ‚Österreichern‘ verlagerten; damit wurde die ‚Verantwortlichkeits-Klausel‘ verschärft.“
 - 8 Auf dieses Manko verwies Bischof, Instrumentalisierung, S. 351. Für Bukey, Heimatfront, S. 483, „eine eigenartige Vernachlässigung jener österreichischen Historiker, die bestrebt sind, Beweise für den einheimischen Widerstand gegen die NS-Herrschaft aufzuzeigen“. Gilt das nicht in gleichem Maß auch für jene, die eine ungerechtfertigte Instrumentalisierung der Moskauer Deklaration ins Treffen führen? – Bukey geht davon aus, dass die Moskauer Deklaration nicht zur Mobilisierung des Widerstands beitrug (Bukey, Hitlers Österreich, S. 291-295).
 - 9 Hauptschullehrer i. R. Kurt Gisinger (Bregenz) danke ich für den Hinweis, dass er als junger Bursch bei Götzis solche Flugzettel aufsamelte und in ihm erstmals die Hoffnung aufgekeimt sei, ein freies Österreich könnte wieder erstehen (Gespräch 2005). Über abgeworfene Flugzettel berichtet auch Köberle, Walsertaler Heimatschutz, [S. 14].

Erfolge in den vorangegangenen Jahren immer kleiner und mein Bewusstsein, dass ich Angehöriger eines überfallenen Staates bin, immer größer.“¹⁰

Die Moskauer Deklaration mag Hoffnungen geweckt, die Stimmungslage verändert, den passiven Widerstand genährt, den aktiven Widerstand beflügelt haben. Das dürfen wir wohl nicht unterschätzen. Einen Widerstandskampf der Österreicher auf breiterer Ebene, der auch nur annähernd jenem in Frankreich oder weiteren besetzten Ländern vergleichbar wäre, vermochte sie aber nicht hervorzurufen.

Gerade für die Bevölkerung in Tirol und Vorarlberg muss in Rechnung gestellt werden, dass der Seitenwechsel Italiens Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg und Ressentiments gegen den „Erbfeind“ weckten, die die NS-Propaganda zumindest kurzzeitig auszunützen wusste.¹¹ Mit der Eröffnung einer zweiten Luftfront im Süden drohten nun auch den „Alpen- und Donaureichsgauen“¹² Luftangriffe. Die Front erreichte Österreich. Am 1. Oktober 1943 fielen amerikanische Bomben auf Feldkirch.¹³ Die Reaktion auf die Luftangriffe fiel zwiespältig aus, sie solidarisierten und demoralisierten zugleich. Vergeblich die Hoffnungen jener, die in der Moskauer Erklärung einen Hinweis hatten sehen wollen, Österreich würde vom Bombenkrieg verschont bleiben.¹⁴

Am 16. November 1943 schloss sich in Algier das Französische Komitee der Nationalen Befreiung unter Führung Charles de Gaulles der Moskauer Deklaration an, allerdings ersetzte es die „Verantwortlichkeitsklausel“ durch einen freundschaftlichen Appell an den österreichischen Patriotismus:¹⁵

„Nachdem das Französische Komitee der Nationalen Befreiung von der Erklärung Kenntnis genommen hat, welche durch die amerikanische die sowjetische und britische Regierung am Schlusse der Moskauer Konferenz über Österreich abgegeben worden ist, bringt das Komitee in Erinnerung, daß Frankreich immer zu Gunsten der österreichischen Unabhängigkeit Stellung ergriffen hat.

10 Kessler, Erinnerungen, S. 12-13.

11 Vgl. Albrich/Gisinger, Bombenkrieg, S. 116-119; Bukey, Hitlers Österreich, S. 279-288.

12 1942 wurde auch der Begriff „Ostmark“ verboten, als Sammelname für das ehemalige Österreich durfte, sofern nötig, nur noch „Alpen- und Donaureichsgaue“ verwendet werden (Kreissler, Der Österreicher, S. 216, zitiert dazu das Faksimile der Anordnung der Reichskanzlei in Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 112).

13 Albrich/Gisinger, Bombenkrieg, S. 119-130.

14 Vgl. z.B. Bukey, Hitlers Österreich, S. 296-298.

15 Vgl. dazu Béthouart, Schlacht, S. 54. Zu de Gaulles Österreichpolitik vgl. Eisterer, De Gaulle, S. 3-16. – Klinghoffer, Moskauer Erklärung, S. 464, verweist zudem auf einen Unterstützungsbeschluss der XXVI. Internationalen Arbeitskonferenz vom 12.05.1944, an dem Vertreter von 39 Staaten teilnahmen.

*Das Komitee zweifelt nicht daran, daß die österreichischen Patrioten die Sache ihrer Unabhängigkeit fördern werden, in dem sie selbst an der Befreiung und der Wiedergeburt ihres Landes arbeiten.*¹⁶

Beim Mittelmeerkommando der Alliierten Streitkräfte wurde 1944/45 ein beeindruckendes „Austria Basic Handbook“ ausgearbeitet, eine Art Staatshandbuch, das sehr österreichfreundlich gehalten war und den Österreichern weit mehr Widerstandsgeist zugestand als den Deutschen, wenngleich der Widerstand durch das für Österreich charakteristische politische Lagerdenken als geschwächt bewertet wurde.¹⁷ Im handlichen „Austria Military Government Handbook“, das im April 1945 den Offizieren der westalliierten Kampftruppen als Leitfaden für die Errichtung provisorischer Militärregierungen ausgehändigt wurde, lautete der erste Satz: *„The primary mission of Allied Military Government is to prepare the way for implementing the Moscow Conference ‚Declaration of Austria‘.*“¹⁸ Dieses Militärhandbuch enthielt in Englisch und Deutsch auch die zwiespältige Proklamation Nr. 1, die bei Überwindung der Grenzen sofort im Namen der „Militärregierung Österreich“ zu verlautbaren war:

„I

Die Alliierten Streitkräfte betreten Österreich als Sieger, insoweit als Österreich als ein zugehöriger Teil Deutschlands Krieg gegen die Vereinten Nationen geführt hat.

II

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben dessen ungeachtet in der in Moskau am 1. November 1943 verlautbarten Erklärung über Österreich ihre Übereinstimmung zum Ausdruck gebracht, Österreich von der deutschen Herrschaft zu befreien, und den Wunsch geäußert, Österreich in Freiheit und Unabhängigkeit wiederhergestellt zu sehen. Diese Erklärung hat auch die Mahnung enthalten, dass auf Österreich für die Teilnahme am Kriege eine Verantwortung lastet, der es sich nicht

16 Zitiert nach der Übersetzung von Verosta, Internationale Stellung, S. 54. – In das Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 198-199 (Das Versprechen der Mächte) wurde diese Erklärung nicht aufgenommen. Hans Reichmann, der am Rot-Weiß-Rot-Buch mitarbeitete, warf 1993 in die Waagschale, dass Frankreich nicht nur aus „Gründen der Logik“ auf die Mitschuld Klausel verzichtet habe, „sondern mit Rücksicht auf seine Elsässer und Lothringer, die ebenfalls als Beutedeutsche in die Wehrmacht einberufen wurden“ (Reichmann, Keine Sonderregeln).

17 Austria Basic Handbook (VLA: Bibliotheksgut 126), Part I, Chapter VI (Austria at War), S. 3.

18 Austria Military Government Handbook (VLA: Bibliotheksgut 127), Allied Commission for Austria (Britisch Element) [1945], Chapter 1, S. 1.

entziehen kann und dass Österreichs eigener Beitrag zu seiner Befreiung bei der endgültigen Regelung unvermeidlich in Rechnung gezogen wird.

III

*Österreicher haben die Möglichkeit zur Befreiung ihrer Heimat beizutragen, indem sie mit den Alliierten Streitkräften und Behörden in Wort und Tat rückhaltlos zusammenwirken und ihnen jede mögliche Hilfe und Unterstützung gegen die Hitler gehorsamen deutschen Unterdrücker gewähren.*¹⁹

Während die Briten und Amerikaner mit erhobenem Zeigefinger einmarschierten, setzten die Franzosen ihre „Charmeoffensive“ fort. Ihre Kommandanten hatten zusätzlich folgende Erklärung im Marschgepäck:

„Die französischen Truppen haben siegreich das feindliche Gebiet durchquert. Sie erreichen heute österreichischen Boden. Zu dieser feierlichen Stunde erklärt die Regierung der Französischen Republik nochmals ihren Willen, an der Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit mitzuwirken.

In dem Augenblick, in dem sich dieses Versprechen erfüllt, sendet Frankreich an die Bewohner Österreichs, an jene, die die Stunde der Befreiung beschleunigt haben, an jene, die erst morgen befreit sein werden, seine Grüße.

*Nicht als Eroberer, sondern als Befreier dringt der französische Soldat auf österreichischen Boden ein. Das österreichische Volk, endlich befreit von seinen Unterdrückern, wird Nazismus und preußischen Geist aus der Verwaltung seines Landes verbannen. Es wird seine Freiheiten wiedererlangen durch die Wiederherstellung der Ordnung in seinen demokratischen Einrichtungen. Das österreichische Volk wird dabei Hilfe und Unterstützung durch die französische Befreiungsarmee finden.*²⁰

An der Grenze von Bayern zu Vorarlberg stellten die Vorauseinheiten Anfang Mai 1945 Tafeln mit der Aufschrift „ICI L'AUTRICHE, PAYS AMIS“ auf.²¹ Es ist jedoch fraglich, inwieweit aus diesen Freundschaftserklärungen Rückschlüsse auf eine Freundschaftspolitik gezogen werden dürfen.²²

19 Militärregierung Österreich, Proklamation Nr. 1, zitiert nach: Austria Military Government Handbook (VLA: Bibliotheksgut 127), Allied Commission for Austria (Britisch Element) [1945], Annex 29A. Vgl. z.B. kommentierte Wiedergabe bei Verosta, Internationale Stellung, S. 63-64.

20 Zitiert nach Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945, S. 71; vgl. De Lattre, Première Armée, S. 577.

21 Vgl. De Lattre, Première Armée, S. 577; Béthouart, Schlacht, S. 18. – Eine Abbildung einer entsprechenden Tafel beim Grenzübergang Unterhochsteg bieten u.a. Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945, S. 69; Nachbaur, Territorialfragen, S. 238.

22 Vgl. Lettner, Österreichpolitik, S. 97-99.



Am Grenzübergang Unterhochsteg, Mai 1945: „Ab hier Österreich, befreundetes Land“

Für die Wiederherstellung des Landes Vorarlberg war jedenfalls vorentscheidend, dass der Armeekommandant Jean de Lattre de Tassigny mit Berufung auf die Sonderstellung Österreichs für das kleine Vorarlberg eine eigene provisorische Militärregierung ernannte.²³ Sein Korpskommandant General Marie Émile Béthouart sollte bis 1950 als französischer Oberstbefehlshaber und Hochkommissar die Geschicke Österreichs mitbestimmen.

Entgegen der Zurückhaltung, die die Großmächte beim so genannten „Anschluss“ Österreichs 1938 geübt hatten,²⁴ fanden sie mit der Moskauer Deklaration 1943 rückblickend einhellig zu einer klaren Verurteilung als Akt der Gewalt.

Doch so eindeutig, wie es damals auf den ersten Blick scheinen mochte, zeichnete die Erklärung Österreichs Zukunft als eigenständige Nation in den Grenzen von 1937 nicht vor. Mochte für Stalin nur ein selbständiger Kleinstaat in Frage kommen, enthält der zweite Absatz („und dadurch ebenso sehr den Österreichern selbst wie

23 De Lattre, *Première Armée*, S. 618: «Dans des conditions différentes adaptées au statut proposé à l'Autriche, le général Dumas assurait le contrôle du Vorarlberg.» - Tatsächlich wurde General René de Hesdin, Kommandant der 4. marokkanischen Gebirgsdivision, zum provisorischen Militärgouverneur für Vorarlberg ernannt. General Paul Henri Dumas folgte ihm im Juli 1945 als Truppenkommandant für Vorarlberg, aber nicht als Militärgouverneur.

24 Vgl. die Beiträge in Stourzh/Zaar, *Österreich, Deutschland und die Mächte*.

den Nachbarstaaten“ ...) dennoch eine versteckte Anspielung auf die Idee einer „Donaukonföderation“, die vor allem Churchill vorschwebte.²⁵ Die Briten stimmten mit den Amerikanern überein, dass die Moskauer Deklaration nur eine Grundsatz-erklärung und die Souveränität eines Staates Österreich nur als Übergangslösung gedacht sei, und Österreich territorial um Deutsch-Südtirol erweitert und dadurch wirtschaftlich gestärkt sich gegebenenfalls mit anderen Staaten – ausgenommen Deutschland – zusammenschließen sollte. Das traf sich auch mit den Vorstellungen der Franzosen. Auch in sowjetischen Beraterkreisen war zumindest die Erweiterung um Südtirol und um bayerische Grenzgebiete erwogen worden.²⁶ Doch Stalin hatte sich festgelegt: Österreich soll in den Grenzen von 1937 als unabhängiger Staat wiederhergestellt werden. Im angrenzenden Mittelost- und Südosteuropa wollte Stalin seinen eigenen „cordon sanitaire“, eine Sicherheitszone im Glacis der Sowjetunion errichten.²⁷ Die Föderationspläne beruhten auf der Annahme, dass es die Westalliierten sein würden, die Österreich von Süden her befreien. Roosevelt wies Churchills Vorschlag zurück, der Roten Armee mit einem Vorstoß über Triest und Laibach zuvorzukommen. So waren es Stalins Streitkräfte, die im Frühjahr 1945 den Wettlauf der alliierten Armeen gewannen, Mittelosteuropa einnahmen und bis in den Raum St. Pölten, ins Mühlviertel und in die Steiermark vorstießen.

1.3 Die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945

Unter sowjetischer Kontrolle bildeten sich in Wien binnen weniger Tage eine „Kommunistische Partei Österreichs“ (KPÖ), eine „Sozialistische Partei Österreichs“ (SPÖ) und eine „Österreichische Volkspartei“ (ÖVP). Eigentlich handelte es sich erst um Proponentenkomitees, die auf Wien und Niederösterreich beschränkt waren. Ihre Vorstände einigten sich am 27. April 1945 auf eine „Unabhängigkeitserklärung“, die sich in ihrer Präambel auf die Moskauer Deklaration berief und in folgenden Feststellungen mündete:

25 Zu den alliierten Nachkriegsplanungen vgl. im Überblick u.a. Rauchensteiner, Sonderfall, S. 15-45; Stourzh, Einheit und Freiheit, S. 11-28; Tuma, Territoriale Integrität, S. 31-43; Steininger, Staatsvertrag, S. 35-49; Bischof, Austria, S. 20-29; Keyserlingk, Austria, S. 87-156; Fellner, Außenpolitische Situation, S. 73-90; Dockrill, Austria, S. 249-254; Bischof, Planung, S. 107-114.

26 Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen, S. 35-36; Filitov, Sowjetische Planungen, S. 30; Ruggenthaler, Österreich, S. 74-76.

27 Zu sowjetischen Nachkriegsplanung und -strategie: Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen; Filitov, Sowjetische Planungen; Ruggenthaler, Österreich; Pavlenko, Österreich im Kraftfeld, S. 567-571.

„Unabhängigkeitserklärung

Art. I: Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.

Art. II: Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluß ist null und nichtig.

Art. III: Zur Durchführung dieser Erklärung wird unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteirichtungen eine Provisorische Staatsregierung eingesetzt und vorbehaltlich der Rechte der besetzenden Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt betraut.

Art. IV: Vom Tage der Kundmachung dieser Unabhängigkeitserklärung sind alle von Österreichern dem Deutschen Reiche und seiner Führung geleisteten militärischen, dienstlichen oder persönlichen Gelöbnisse nichtig und unverbindlich.

Art. V: Von diesem Tage an stehen alle Österreicher wieder im staatsbürgerlichen Pflicht- und Treueverhältnis zur Republik Österreich.

In pflichtgemäßer Erwägung des Nachsatzes der erwähnten Moskauer Konferenz, der lautet:

*„Jedoch wird Österreich darauf aufmerksam gemacht, daß es für die Beteiligung am Kriege auf Seiten Hitlerdeutschlands Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und daß bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird.“*²⁸

*wird die einzusetzende Staatsregierung ohne Verzug die Maßregeln ergreifen, um jeden ihr möglichen Beitrag zu seiner Befreiung zu leisten, sieht sich jedoch genötigt festzustellen, daß dieser Beitrag angesichts der Entkräftung unseres Volkes und Entgüterung unseres Landes zu ihrem Bedauern nur bescheiden sein kann.“*²⁸

Auf denselben Tag wurden eine Kundmachung über die Einsetzung einer provisorischen Staatsregierung und eine Regierungserklärung datiert, die sich ebenfalls auf die Moskauer Deklaration stützten.²⁹ Tatsächlich konstituierte sich die drittelparitätische Konzentrationsregierung aus SPÖ, KPÖ und ÖVP unter Renners Führung aber erst am 29. April mit einem feierlichen Akt.³⁰ Am Tag darauf fand die erste Arbeitssitzung statt.³¹ Doch Renner wollte später den 1. Mai 1945 als Datum der offiziellen Konstituierung angesehen wissen, an dem gar keine Sitzung

28 StGBI. Nr. 1/1945. – Genehmigung Alliiertes Rat 18.12.1945, Gazette 1945/46/1.

29 StGBI. Nr. 2/1945 und 3/1945. – Genehmigung Alliiertes Rat 18.12.1945, Gazette 1945/46/1.

30 Protokolle Kabinettsrat Renner 1, S. 1.

31 Ebenda, S. 4. Zur Chronologie vgl. u.a. auch Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 30-52.

stattfand.³² Auf diesen Tag wurden dann auch die Verfassungsgesetze zurückdatiert, die die Staatsregierung am 13. Mai erließ.³³

Allein die Beschlüsse der Regierung Renner wurden zunächst nur in der Sowjetzone wirksam. Die westlichen Alliierten erkannten sie nicht an. Auch die provisorischen Landesauschüsse, die sich in den westlichen Besatzungszonen bilden konnten, verfolgten die spärlichen Nachrichten aus Wien mit großer Skepsis. Handelte es sich um eine „Marionettenregierung“ Stalins?

1.4 Karl Renner „supported the Anschluss in 1938“

Von den kolportierten Regierungsmitgliedern war nur Karl Renner einer breiten Öffentlichkeit bekannt, der bereits bei der Staatsgründung 1918 die Regierung als Staatskanzler angeführt hatte. Seine Bestellung erweckte in westlichen Medien allerdings Erstaunen: Hatte sich Renner 1938 nicht für den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich ausgesprochen?³⁴

Darauf wies das britisch-amerikanische „Austria Basic Handbook“ sogar ausdrücklich hin:

“The ‘Great German tendency of Austrian Social Democrats is a strong tradition. One of the most distinguished of Social Democrats, Karl Renner, State Chancellor in 1919, supported the Anschluss in 1938, though he admitted that he disliked the way in which it came about.’”³⁵

Am 12. November 1918 hatten die ehemaligen deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten die „Republik Deutschösterreich“ proklamiert und gleichzeitig zum „Bestandteil der Deutschen Republik“ erklärt.³⁶ „Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft“, rief der Staatskanzler Renner der Provisorischen Nationalversammlung zu,

32 Vgl. aber Einladung zur Ersten Länderkonferenz und Renners Eröffnungsrede am 24.09.1945 in: Dokumente Länderkonferenzen 1945, S. 69-71; Protokoll 1. Länderkonferenz, S. 5.

33 Protokolle Kabinettsrat Renner 1, S. 62-74. 1. Verfassungs-Überleitungsgesetz, StGBI. Nr. 4/1945; Vorläufige Verfassung, StGBI. Nr. 5/1945. – Genehmigung Alliiertes Rat 18.12.1945, Gazette 1945/46/1.

34 Vgl. z.B. Neue Zürcher Zeitung 30.04.1945, Bl. 1, u. 10.05.1945, Bl. 2. Zum Folgenden vgl. u.a. Nasko, Renner.

35 Austria Basic Handbook (VLA: Bibliotheksgut 126), Part I, Chapter VI (Austria at War), S. 1. – Zu französischen Bedenken vgl. Béthouart, Schlacht um Österreich, S. 23. – Die Briten schätzten Renner als Opportunisten ein, die Amerikaner sahen in ihm eher einen Mann, der mit allen politischen Gruppen zusammenarbeiten kann (Bischof, Austria, S. 46).

36 Gesetz über die Staats- und Regierungsform, StGBI. Nr. 5/1918, Art. 2.

die stehend Beifall klatschte.³⁷ Die Umsetzung dieser „*lex imperfecta*“³⁸ scheiterte am Veto der Siegermächte.³⁹ Dennoch forderten die Sozialdemokraten in ihrem „Linzer Programm“ von 1926 den Anschluss weiterhin „*als notwendigen Abschluß der nationalen Revolution von 1918*“.⁴⁰

Nicht nur überzeugte Sozialdemokraten in ihrer Revolutionserwartung und Deutsch-nationale aller Schattierungen, vielleicht sympathisierte aus verschiedenen, nicht zuletzt wirtschaftlichen, Gründen eine Mehrheit der Österreicher mit einem Anschluss an das Deutsche Reich, zumindest bis Hitler 1933 an die Macht kam. Nun beschloss der sozialdemokratische Parteitag, „*angesichts der durch den Faschismus im Deutschen Reich veränderten Lage des deutschen Volkes*“, die Anschlussforderung aus dem Parteiprogramm zu streichen.⁴¹

Das hielt Renner nicht davon ab, sich 1938 den nationalsozialistischen Machthabern anzudienen, als es galt, mit einem Scheinplebiszit den militärisch bereits vollzogenen „Anschluss“ zu rechtfertigen.⁴² Am 27. März 1938 wurde die „Ja“-Parole der katholischen Bischöfe von den Kanzeln verkündet (in Gottesdiensten der evangelischen Diaspora Hitler gar als „*Werkzeug in der Hand des rettenden Gottes*“ gepriesen)⁴³. Eine Woche vor der so genannten „Abstimmung der Ehre“ erhielt Renner die Chance, sich mit einem Zeitungsinterview in Szene zu setzen, das am 3. April 1938 im „Neuen Wiener Tagblatt“ erschien: „*Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluß doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles.*“ Renner erklärte, keinen Auftrag zu haben, für seine Gesinnungsgenossen zu sprechen, aber: „*Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St.-Germain werde ich mit Ja stimmen.*“⁴⁴

Wohl spätestens mit der Eröffnung des Kulturkampfes gegen die katholische Kirche ab Sommer 1938 mussten sich die Bischöfe ihren Fehler eingestehen. Dagegen arbeitete Renner, der aus Mähren stammte, an einer Dokumentation mit dem Titel

37 StenProt PNV 3. Sitzung 12.11.1918, S. 66.

38 Renner, ebenda.

39 Zum Weg zum „Anschluss“ 1918 bis 1938 u.a.: Steininger, Stationen.

40 „Linzer Programm“ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, 1926, Abschnitt VI Punkt 4, zitiert nach: Berchtold, Parteiprogramme, S. 264.

41 Beschluss des Parteitags vom 14.-16.10.1933, zitiert nach: Berchtold, Parteiprogramme, S. 264.

42 Vgl. Nasko, Renner, S. 416-422; Pelinka, Renner, S. 17-27; Rauscher, S. 297-300; Kreissler, Der Österreicher, S. 100-101.

43 Jahresbericht der evangelischen Gemeinde Bregenz 1938, zitiert nach Schwarz/Olschbaur, Chronik der Gemeinde, S. 87. Vgl. Anm. 1315.

44 Neues Wiener Tagblatt 03.04.1938, S. 3.

„Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudeten-deutschen“, in der er auch den Vorarlberger Sonderweg von 1918/19 zu kaschieren versuchte.⁴⁵ Die Schrift war bereits zum Setzen gegeben, als sich Großbritannien und Frankreich Hitlers Druck beugten und dem Diktator am 30. September 1938 in einem Abkommen auf Kosten der Tschechoslowakei auch noch die Sudetenländer zugestanden. Freudig ergänzte Renner sein Vorwort, pries die *„beispiellose Beharrlichkeit und Tatkraft der deutschen Reichsführung“*, die *„weitblickende Staatsklugheit der Regierung Großbritanniens“* und die *„opferbereite Selbstüberwindung Frankreichs“*: *„Die Münchner Vereinbarungen schließen ein leidvolles Kapitel der Geschichte, indem sie die Donaumonarchie für alle Zeiten liquidieren und das Nationalstaatsprinzip für Mitteleuropa zur Vollendung führen; sie eröffnen zugleich ein neues Kapitel europäischer Geschichte, leiten es mit neuen Methoden ein und machen die Bahn frei für andere, völlig neue Ziele, die sich ahnen, aber noch nicht erweisen lassen.“*⁴⁶

Dass ausgerechnet Renner 1945 Österreichs Unabhängigkeit proklamierte, mag blankem Opportunismus entsprungen,⁴⁷ als Meisterleistung an Verdrängung zu werten, oder, ins Positive verklärt, einer „große[n] Elastizität“ zuzuschreiben sein, „die Wendungen der Geschichte zu erkennen, ja sogar sie vorauszuahnen.“⁴⁸ Oder Renner war eben wirklich nur ein Mensch, *„der niemals abseits stehen konnte“*.⁴⁹ Für die Alliierten freilich, die zugesehen hatten, wie Hitler stetig an Macht gewann, ihm beschwichtigend territoriale Zugeständnisse gemacht hatten und mit dem Stalin 1939 einen Nichtangriffspakt geschlossen und Interessenssphären abgegrenzt hatte, hätte Renners Loblied von 1938 ebenfalls eine peinliche Erinnerung sein müssen. So gesehen überdeckte die Moskauer Deklaration ein Stück weit auch Versäumnisse oder Unvermögen der Alliierten selbst.

45 Das Vorarlberger Stimmvolk hatte sich am 18. Mai 1919 in einer Abstimmung mit 80 Prozent für Beitrittsverhandlungen mit der Schweiz ausgesprochen. Doch Renner kam 1938 zum Ergebnis (Renner, Gründung, S. 40): *„Alle Länder, mit Ausnahme Steiermarks, selbst Vorarlberg, trotz der landesverräterischen Umtriebe Enders, waren vom ersten bis zum letzten Tage überwiegend Freunde des Anschlusses [...]“*

46 Renner, Gründung, S. 7 u. 8 (Vorwort 01.01.1938). Vgl. u.a. um ein ausgewogenes Urteil bemüht: Stourzh, Vom Reich zur Republik, S. 299-300.

47 Bischof, Austria, S. 57. – Ernst Fischer (KPÖ) in einer Parlamentsdebatte am 10. Dezember 1948: *„Großdeutsch im Jahre 1938, Ostorientierung im Frühjahr 1945, Westorientierung im Jahre 1948“* (Fischer, Ende einer Illusion, S. 85). Oberkofler/Rabofsky, Vergessene Zeitgeschichte, S. 546, in Anspielung an Waldheim: *„Bereits Renner erhob in seiner Bundespräsidentenrolle die historische Vergesslichkeit zum Staatsprinzip.“*

48 Kreissler, Der Österreicher, S. 382.

49 Konrad, Sozialdemokratie und „Anschluß“, S. 96 (Diskussionsbeitrag Rudolf Neck).

Der ehemalige Außenstaatssekretär und sozialdemokratische Führer Otto Bauer kritisierte 1938 im französischen Exil Renners Wortmeldung offen.⁵⁰ Gleichzeitig gab er aber die Losung aus, „*die illegalen proletarischen Kader in Österreich nicht durch die reaktionäre Utopie der Wiederherstellung der Unabhängigkeit von ihrer wirklichen Aufgabe ab[zu]lenken*“, nämlich der „*gesamtdeutschen Revolution*“.⁵¹ Diesem Primat sollte sich auch der antinationalsozialistische Widerstand in Österreich unterordnen: nicht nur, um nicht durch eine separatistische Strategie die deutsche Revolution in sich selbst zu schwächen, sondern auch, um die Zerschlagung und Zersplitterung Deutschlands nach der Niederlage des Dritten Reichs durch die westlichen imperialistischen Mächte zu verhindern.“⁵²

Bauers Kritik richtete sich nicht zuletzt gegen die Kommunisten, zu denen nach der gescheiterten Februarrevolte zahlreiche Sozialdemokraten übergelaufen waren. Auch die KPÖ hatte traditionell die Anschlussforderung vertreten. Um Hitlers Macht einzudämmen, hatte die KPÖ-Führung jedoch 1936/37 auf Geheiß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationalen (Komintern) auf einen Kampf um die „nationale Selbständigkeit Österreichs“ umschwenken müssen.⁵³ Die Forderung nach einer „Diktatur des Proletariats“ wurde durch die Losung „Demokratische Republik“ ersetzt, um neben den Sozialdemokraten auch bürgerliche Kräfte für eine „Volksfront“ zu gewinnen. Der Hitler-Stalinpakt erforderte allerdings 1939 bis 1941 vorübergehend erneut eine Kurskorrektur. Wie auch immer: Im Vergleich zu den Sozialdemokraten leisteten die Kommunisten im Widerstand gegen die NS-Diktatur einen hohen Blutzoll.

Ob in international-revolutionärer oder in großdeutscher Tradition, den sozialdemokratischen Meinungsführern in der „inneren“ wie in der tatsächlichen Emigration fiel es mehrheitlich schwer, sich auf ein unabhängiges Österreich zu verpflichten, ja sich überhaupt damit abzufinden. „Die Moskauer Deklaration wurde keineswegs enthusiastisch begrüßt; sie wurde als realpolitisches Faktum hingenommen.“⁵⁴

50 Otto Bauer, Nach der Annexion, in: Der sozialistische Kampf Nr. 1 02.06.1938, zitiert nach: Bauer, Werkausgabe 9, S. 854-855: „*Wenn Karl Renner in dem Interview, das vor Hitlers Plebiszitkomödie im Neuen Wiener Tagblatt veröffentlicht hat, sagte, er werde ‚als Sozialdemokrat, daher als Anhänger des Selbstbestimmungsrechtes der Völker‘ mit Ja stimmen, so hat er damit die Sachlage in einer Weise entstellt, die auch der Terror, unter dem jetzt in Österreich alle leben und leiden, kaum zu entschuldigen vermag; [...].*“

51 Ebenda, S. 858. – Vgl. um Erklärungen bemüht Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 188-191.

52 Maimann, Anschluß 1938, S. 64. Vgl. u.a. Kreissler, Der Österreicher, S. 111-113 u. 175-180.

53 Neugebauer, Nationale Frage, S. 88-91. Vgl. Haas, Österreich, S. 207-208; Kreissler, Der Österreicher, S. 42 u. 270-276. Zur Frage nach der österreichischen Identität des Widerstandes vgl. Hanisch, Widerstand.

54 Maimann, März 1938, S. 67.

Einige, wie Friedrich Adler, mögen sie sogar als erneuertes „*Diktat der Machthaber*“ empfunden haben, die „*wieder einmal das unglückliche Österreich als bloßes Objekt ihrer Verfügung deklariert haben*“.⁵⁵ Jedenfalls blieb die Sozialdemokratie im Exil auch nach dieser Zäsur gespalten. Jene, die sich nun der Unabhängigkeit Österreichs verpflichteten, erkannten auch die politische Notwendigkeit eines aktiven Widerstandes, dessen Bedeutung sie früher herabgespielt hatten.⁵⁶ SPÖ-Bundespartei-vorsitzender Adolf Schärf legte später in seinen Erinnerungen Wert darauf, dass er einem Emissär der deutschen Widerstandsbewegung bereits im Frühsommer 1943, also einige Monate vor der Moskauer Deklaration, nach einer Art Erweckungs-erlebnis erklärt habe: „*Der Anschluss ist tot*“.⁵⁷ Entscheidend ist: Spätestens 1945 schworen die nun in Wien maßgebenden Führer der Anschlussidee ab; nicht zuletzt Karl Renner, „der Mann für alle Jahreszeiten, wendig und anpassungsfähig wie immer, nun schon ein Mann von über 70 Jahren, doch von durchtriebener Vitalität, bot sich den Russen an und wurde von ihnen gesucht“.⁵⁸

Zu Renners Glück war es 1938 bei den Druckfahnen geblieben, die von der SPÖ-Führung über Jahrzehnte unterdrückt werden sollten. Die KPÖ gelangte zwar bereits im April 1945 in deren Besitz, musste sich aber der sowjetischen Administration beugen und auf eine Veröffentlichung verzichten.⁵⁹ Stalin setzte auf Renner, zog ihn den aus Moskau eingeflogenen KPÖ-Führern vor.⁶⁰ Hievte Stalin

55 Friedrich Adler an Wilhelm Ellenbogen, New York 04.11.1943, zitiert nach: Ardel, Adler S. 79.

56 Zu den unterschiedlichen Strömungen und Meinungen der österreichischen Exilgruppen vgl. Gehler, *Der lange Weg*, S. 72-99; Maimann, *Politik im Wartesaal*, S. 175-179; Maimann, März 1938; Kreissler, *Der Österreicher*, S. 157-185 u. 219-371; Ardel, Adler.

57 Schärf, *Österreichs Erneuerung*, S. 20. Seine angebliche „Erleuchtung“ stellt Pape jedoch mit guten Gründen in Frage (Pape, Schärf; zudem Pape, *Ungleiche Brüder*, S. 73). Ähnlich bereits Rauchensteiner, *Die Zwei*, S. 24; zudem Rumppler, *Österreichs Zeitgeschichte*, S. 353; Kreissler, *Der Österreicher*, S. 239 Anm. 43.

58 Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 402. Der „Mann für alle Jahreszeiten“ bereits bei Pelinka, Renner, S. 14.

59 Ab 1950 spielten kommunistische Publizisten auf Renners Schrift an. SPÖ-Vorsitzender Adolf Schärf ließ im Archiv des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam einen versiegelten Drucksatz mit Sperrfrist 1970 hinterlegen. 1977 erschienen erste Auszüge aus dem Werk, 1990 korrigierte Druckfahnen, die im KPÖ-Archiv (Exemplar der NSDAP-Niederdonau) erliegen, mit einer aufschlussreichen Einführung von Eduard Rabofsky (Renner, *Gründung*, S. I-XXVII). Das „KPÖ-Exemplar“ dürfte eine geringfügig geänderte, spätere Fassung sein. Vgl. mit unterschiedlicher Bewertung u.a. Fischer, *Renner und sein Manuskript*; Stourzh, *Vom Reich zur Republik*, S. 299-300; Stourzh, *Erschütterung*, S. 304; Pelinka, Renner, S. 67-71; Oberkofler/Rabofsky, *Vergessene Zeitgeschichte*, S. 545-546.

60 Zu Stalins Kalkül und Renners Taktik: Karner/Ruggenthaler, *Unter sowjetischer Kontrolle*; Ruggenthaler, *Österreich-Politik*, S. 652-677; Pavlenko, *Österreich im Kraftfeld*, S. 571-592; Steininger, *Staatsvertrag*, S. 52.

den „Republikgründer“ gerade dessen Belastung wegen an die Regierungsspitze, um den Staatskanzler als willfährige Marionette benutzen zu können, als idealen Handlanger und Weichensteller des Kremls für das Konzept einer „Nationalen Volksfront“, das Moskau in den Nachbarstaaten durchexerzieren sollte? – „Äußerlich zwar den Konventionen der ‚bourgoisen‘ d.h. parlamentarischen Demokratie folgend, sollten die Nationalfronten unter Führung der Kommunisten langfristig nach Gewinnung breiter Unterstützung durch die Bevölkerung den friedlichen, d.h. nichtrevolutionären Übergang ihrer Länder zum Sozialismus vollziehen.“⁶¹

Soweit diese Überlegung eine Rolle spielte, beruhte sie auf einer Fehlkalkulation. So sehr sich Renner in den ersten Wochen und Monaten Stalin angebiedert haben mochte, vertrat er spätestens ab dem Einzug der Westalliierten in Wien einen eindeutig prowestlichen Kurs. Renner lavierte seine Regierung geschickt und zielstrebig durch die Untiefen der Nachkriegsmonate. Stalins Taktik, die Regierungsgeschäfte über die kommunistische Partei in den Griff zu bekommen, war in Österreich kein Erfolg beschieden. Im Oktober 1947 sollte Stalin in einer Moskauer Literaturzeitung gegen Renner als „Verräter“ und „Auslöscher der Funken“ polemisieren lassen.⁶² Lotete Stalin mit der einseitigen Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung aus, wie weit er gehen konnte? War die Regierung Renner nur als „Feigenblatt“ gedacht, sollten Renner, seine Regierungsmitglieder und die ÖVP als unfähig bloß gestellt werden?⁶³

Schärf wird im Rückblick beklagen, die Haltung der Sowjets gegenüber der ÖVP habe zur Duldung von Männern des „Austrofaschismus“ in der neuen Regierung geführt,⁶⁴ die ab 1933 den christlichsozialen Kurs in Richtung autoritärer „christlicher Ständestaat“ mitgetragen hatten.⁶⁵ Für seine ehemaligen Parteigänger war Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, den nationalsozialistische Putschisten am 25. Juli 1934 ermordet hatten, ein Märtyrer im Kampf um Österreichs Freiheit, für die Sozialisten ein Totengräber der Demokratie. Zum Schlagwort wurde, was der führende kommunistische Kulturpolitiker Ernst Fischer 1945 in Erinnerung an den doppelten Bürgerkrieg schrieb:

„Die österreichische Tragödie, die am 12. Februar 1934 ihren ersten Höhepunkt erreichte,⁶⁶ bestand darin, daß die Demokraten zu wenig österreichische Patrioten und

61 Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen, S. 43.

62 Grubmayr, 60 Jahre, S. 801-802. Ebenda auch über die Umstände, wie Schärf 1955 Kenntnis über die Briefe Renners an den „Genossen Stalin“ erlangte.

63 Karner/Ruggenthaler, Unter sowjetischer Kontrolle, S. 139.

64 Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 36.

65 Vgl. im Überblick: Binder, Ständestaat; Hanisch, Der lange Schatten, S. 310-323.

66 Gemeint ist die sozialdemokratische Revolte, die blutig niedergeschlagen wurde.

die österreichischen Patrioten zu wenig Demokraten waren, daß die einen zu wenig an die demokratischen Kräfte des Volkes und die anderen zu wenig an Österreich glaubten.“⁶⁷

Doch nun fanden sich ÖVP und SPÖ zu einer Zweckgemeinschaft zusammen.

1.5 Ein Besatzungsregime zur Vorbereitung einer demokratischen Regierung

Zwei Monate nach Kriegsende einigten sich die Alliierten auf ein vorläufiges Kontrollsystem für Österreich. Dieses Erste Kontrollabkommen vom 4. Juli 1945 sah eine „Alliierte Kommission für Österreich“ vor, die aus einem „Alliierten Rat“ und einem „Exekutivkomitee“ samt Stäben bestehen sollte.⁶⁸ Den Alliierten Rat bildeten die vier Oberstkommandierenden in Österreich als militärische Kommissare, die an die Weisungen ihrer Regierungen gebunden waren. Der Alliierte Rat war (nur) für Fragen zuständig, die Österreich in seiner Gesamtheit betrafen. Im Übrigen sollte weiterhin jeder der vier Oberstkommandierenden die höchste Gewalt in der von seinen Streitkräften besetzten Zone ausüben. Zu den wichtigsten gemeinsamen Aufgaben zählte die rasche Errichtung einer frei gewählten, von allen vier Mächten anerkannten Regierung. Jedenfalls bis dahin sollte dieses Kontrollsystem in Kraft bleiben.⁶⁹

Am 9. Juli 1945 wurde ein entsprechendes Zonenabkommen verabschiedet. Die „Westliche (französische) Zone“ umfasste die „Länder Tirol und Vorarlberg“;⁷⁰ der Bezirk Linz verblieb allerdings mit Kärnten in der britischen Zone.

Nach den Kriegskonferenzen von Teheran und Jalta fand ab 17. Juli in Potsdam das letzte, konfliktbeladene Gipfeltreffen der Staatsführer der drei Siegermächte USA, Großbritannien und der Sowjetunion statt. Die Ergebnisse hielten sie im „Potsdamer Abkommen“ vom 2. August 1945 fest.⁷¹ Unter anderem wurde die Schaffung eines Rates der Außenminister der fünf Hauptmächte Großbritannien, Sowjetunion, China,

67 E[rnst] F[ischer], 25. Juli 1934, in: Neues Österreich 25.07.1945, S. 1-2, hier S. 1; Fischer, Ende einer Illusion, S. 89. Vgl. Schöner, Tagebuch, S. 319.

68 Abkommen über die Alliierte Kontrolle in Österreich vom 04.07.1945, Verosta, Internationale Stellung, S. 66-71.

69 Einen Überblick über die Besatzungspolitik bietet z.B. Eisterer, Besatzung; zu Vorarlberg: Eisterer, Besatzungspolitik.

70 Abkommen betr. die Besatzungszonen und die Verwaltung der Stadt Wien vom 09.07.1945, Verosta, Internationale Stellung, S. 71-74.

71 Erklärungen und Abkommen der Berliner Konferenz vom 02.08.1945, Amtliche Verlautbarung (Potsdamer Beschlüsse), Verosta, Internationale Stellung, S. 76-93.

Frankreich und USA (der ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen) beschlossen. Er sollte als wichtigste nächste Aufgabe die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zur Vorlage an die Vereinten Nationen entwerfen, Vorschläge zur Regelungen territorialer ausarbeiten und zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland herangezogen werden. Zu Österreich wurde nur festgehalten, dass die Konferenz den Vorschlag der Sowjetregierung über die Ausdehnung der Autorität der Regierung Renner auf ganz Österreich erörtert habe und die drei Regierungen bereit seien, diese Frage nach dem Einmarsch britischer und amerikanischer Streitkräfte in Wien zu überprüfen. – Denn trotz Kontroll- und Zonenabkommen hielt die Rote Armee ihre westlichen Alliierten noch immer von Wien fern. Erst Wochen später konnten sie sich Zugang verschaffen.

So konnte sich der Alliierte Rat erst am 11. September 1945 konstituieren. In einer Proklamation an das österreichische Volk stellte er sich ausdrücklich auf den Standpunkt der Moskauer Deklaration: Seine nächste Aufgabe sei es, eine feste politische, wirtschaftliche und kulturelle Grundlage für die Wiederherstellung eines wahrhaft demokratischen, freien und unabhängigen Österreich zu schaffen. Zu gegebener Zeit würden freie Wahlen stattfinden.⁷² In diesem Sinn gestand der Alliierte Rat drei Tage später der SPÖ, KPÖ und ÖVP die Freiheit zu, sich in ganz Österreich für diese Ziele einzusetzen.

1.6 Die Wiederherstellung Österreichs als Bundesstaat im Herbst 1945

Die Regierung Renner blieb vorerst eine von Stalins Gnaden. Doch die Alliierten gestanden Renner die Initiative zu einer Länderkonferenz zu, die vom 24. bis 26. September 1945 in Wien stattfand. Die Vertreter der westlichen Länder – der West-ÖVP – vermochten sich weitgehend durchzusetzen: Die Republik Österreich soll auf der Grundlage des Bundes-Verfassungsgesetzes 1920/29 als Bundesstaat wiederhergestellt werden. Die Landesausschüsse der Westzonen erkennen die provisorische Staatsregierung an, die im Gegenzug mit ihren Vertretern umgebildet wird; der Tiroler Landeshauptmann Karl Gruber erringt das Außenressort. So rasch als möglich sollen in ganz Österreich Nationalrats- und Landtagswahlen stattfinden.⁷³

72 Proklamation des Alliierten Rates an das österreichische Volk vom 11.09.1945, Gazette 1945/46/1; Verosta, Internationale Stellung, S. 95-96. Vgl. VN 13.09.1945, S. 1.

73 Protokoll 1. Länderkonferenz.

Auf dieser Grundlage erkannte der Alliierte Rat am 20. Oktober 1945 die Provisorische Staatsregierung an und beauftragte sie, bis spätestens 31. Dezember 1945 freie Wahlen durchzuführen.⁷⁴

Aus den Wahlen am 25. November ging die ÖVP als Überraschungssiegerin hervor: Sie gewann im Nationalrat und in sieben der neun Landtage absolute Mehrheiten. Die KPÖ erlitt gegen ihre Erwartungen mit nur 5 Prozent eine beinahe vernichtende Niederlage.

Am 19. Dezember 1945 konstituierte sich das Bundesparlament. Es beschloss die Wiederinkraftsetzung der Bundesverfassung 1920/29 und wählte Karl Renner zum Bundespräsidenten. ÖVP-Obmann Leopold Figl bildete mit der SPÖ und der KPÖ eine Konzentrationsregierung, die mit Abstrichen vom Alliierten Rat gebilligt wurde. SPÖ-Obmann Adolf Schärp trat als Vizekanzler in die Regierung ein. Karl Gruber (ÖVP) behauptete das Außenressort.

Mit der Anerkennung der Staatsregierung hatte eine Phase der „totalen Kontrolle“ durch die Alliierte Kommission begonnen,⁷⁵ die trotz der allmählichen Stabilisierung der Demokratie und Zivilverwaltung fortgesetzt, ja umso mehr spürbar wurde, zumal sich der Alliierte Rat vorbehalten hatte, dass Gesetze, die für ganz Österreich bestimmt waren, nur mit seiner ausdrücklichen Zustimmung in Kraft treten können.⁷⁶

Doch noch waren nicht nur die Österreicher zuversichtlich, dass Österreich schon bald wieder seine volle Souveränität erlangen werde. Ein Staatsvertrag schien in erreichbarer Nähe – ein „Staatsvertrag“, nicht ein „Friedensvertrag“, hatte die Republik Österreich doch nie gegen die Alliierten Krieg geführt.⁷⁷ Vielmehr galt es, sich möglichst in die alliierten Friedensvertragsverhandlungen mit den Nachbarstaaten einzuschalten, um Österreichs Interessen zu wahren, zumal seine territorialen Interessen.

74 Memorandum des Alliierten Rates an Staatskanzler Dr. Renner betr. die Anerkennung der Provisorischen Regierung vom 20.10.1945, Gazette 1945/46/1; Verosta, Internationale Stellung, S. 97-98. Vgl. VN 22.10.1945, S. 1.

75 Zum Kräfteressen zwischen Regierung und Alliierten Kommission in der Periode der „totalen Kontrolle“: Stourzh, Regierung.

76 Memorandum des Alliierten Rates vom 20.10.1945 (wie Anm. 74), Punkt 4. – Mit Anweisung vom 10.06.1946 wurde das Genehmigungsverfahren dahingehend geregelt, dass Gesetzesbeschlüsse des Parlaments dem Alliierten Rat zur Genehmigung vorgelegt werden müssen und erst nach dessen schriftlicher Zustimmung kundgemacht werden dürfen (Gazette 1946/2 Nr. 5).

77 Zur Prägung dieser Diktion vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 37-45.



Am 21. September 1947 besucht Bundespräsident Karl Renner (l.) Vorarlberg; hier mit Altbundeskanzler Otto Ender (r.) in Andelsbuch

1.7 „Die Herzensfrage aller Österreicher, ‚Südtirol‘“

Das Gefühl, auf der Seite der Sieger zu stehen, weckte 1945 sogar eine territoriale „Goldgräberstimmung“. ⁷⁸ Auch in Vorarlberg standen Erweiterungen des Landesgebietes im Westallgäu und ein Anschluss der bayerischen Gemeinde Balderschwang zur Diskussion. Ernsthafter, und durchaus mit Unterstützung der französischen Militärregierung, wurde eine Annektierung des Rohrmoostales erwogen, um eine direkte Verkehrsanbindung an das Kleinwalsertal (Gemeinde Mittelberg) zu erreichen, das 1938 dem Land Bayern zugeschlagen worden war. Doch Landeshauptmann Ulrich Ilg war sich bewusst, dass Vorarlberg diese funktionelle Exklave nur mit bayerischer Unterstützung behaupten würde können. Deshalb teilte er dem Bundeskanzleramt am 27. Februar 1946 hinsichtlich der Vorarlberger Staatsvertragsanliegen mit, dass der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet sei, gegenüber Deutschland Territorialforderungen zu erheben. ⁷⁹ – Eine andere Einschätzung traf Ilg in Sachen Deutsch-Südtirol.

Neben der eigenen Souveränität und territorialen Integrität hatte die Gewinnung der deutschsprachigen Gebiete Südtirols in Österreichs Außenpolitik klare Priorität. Am 21. März 1946 beschloss der Vorarlberger Landtag eine Südtirol-Resolution: Aufgrund seiner Opferrolle verdiene Österreich eine besondere Berücksichtigung in der Südtirolfrage. ⁸⁰ Am 14. April nützte Landeshauptmann Ilg eine Feier der Landesregierung zum Jahrestag der Befreiung Wiens durch die Rote Armee, um der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass dieser Jahrestag Österreich der vollen Freiheit wieder beträchtlich näher bringen und „*daß die Herzensfrage aller Österreicher, ‚Südtirol‘, durch die Heimkehr dieses Landes gelöst werden möge*“. ⁸¹ Gebannt verfolgten auch die Vorarlberger die Rundfunk- und Zeitungsmeldungen über die alliierte Außenministerkonferenz, die ab 25. April 1946 in Paris tagte. Die Signale dämpften den Optimismus. Auch Vorarlberg antwortete mit einer großen Südtirol-Demonstration am 12. Mai in Bregenz. Am 27. Mai untersagte die französische Militärregierung schließlich jede öffentliche Kundgebung bis das Konferenzergebnis endgültig bekannt sein werde, damit die diplomatischen Geschäfte, die die Bundesregierung in Paris führe, nicht gestört würden. ⁸² Am 5. September 1946

78 Vgl. u.a. Tuma, Territoriale Integrität; Nachbaur, Territorialfragen, passim.

79 Nachbaur, Territorialfragen, S. 111-113.

80 Stenographische Sitzungsberichte 16. Vorarlberger Landtag, 3. Sitzung 21.03.1946, S. 35. Zum Folgenden vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 113-114.

81 VVB 15.04.1946, S. 1; VN 15.04.1946, S. 1.

82 VLA: AVLReg Prs-509/1946.

unterzeichnete Außenminister Gruber schließlich mit dem italienischen Ministerpräsidenten ein Gentlemen's-Agreement und verspielte damit wohl die Chance auf eine noch bessere Lösung der Südtirolfrage.⁸³

Gleichzeitig sah sich auch Österreich mit Gebietsforderungen, vor allem Jugoslawiens, konfrontiert.

1.8 Ein Verfassungskonflikt mit dem Alliierten Rat im Frühjahr 1946

Während die Vorarbeiten für das Rotbuch begannen, tat sich im Frühjahr 1946 unerwartet ein Verfassungskonflikt mit dem Alliierten Rat auf.

Renner war zunächst vorgeschwebt, die demokratische Republik Österreich „*im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten*“,⁸⁴ aber nicht nach deren Regeln, vielmehr das alte sozialdemokratische Programm eines zentralistischen Einheitsstaats mit demokratischer Kreisverwaltung statt autonomer Landesgesetzgebung zu verwirklichen. Damit war er aber nicht nur auf den Widerstand der ÖVP gestoßen,⁸⁵ auch SPÖ-Obmann Schärf hatte die Gefahren rasch erkannt: Renners Vorhaben käme zum einen den Kommunisten entgegen, die auf die Ausarbeitung einer neuen Verfassung mit dem Ziel einer „Volksdemokratie“ setzten. Andererseits erschwerte es die Wiedereingliederung der außerhalb der sowjetischen Zone liegenden Bundesländer außerordentlich.⁸⁶ Schärf unterbreitete einen Kompromissvorschlag: für eine überschaubare Übergangszeit eine straffe zentralistische Verfassung; an diese automatisch anschließend die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände, wie sie bis zur Ausschaltung der Demokratie 1933 bestanden; allfällige weitere Verfassungsänderungen erst durch ein frei gewähltes Parlament. Renner stimmte zu. Am 13. Mai 1945 verabschiedete der Kabinettsrat, gegen den Widerstand der Kommunisten, die beiden Verfassungsgesetze, die auf 1. Mai 1945 zurückdatiert wurden. Mit einem „1. Verfassungs-Überleitungsgesetz“ wurden das Bundes-Verfassungsgesetz 1920 in der Fassung von 1929 und alle weiteren Verfassungsbestimmungen nach dem Stand vom 5. März 1933 wieder in Wirksamkeit gesetzt, alle nach diesem Datum erlassenen verfassungsrechtlichen Vorschriften aufgehoben.⁸⁷ In einem

83 Vgl. Gehler, *Der lange Weg*, S. 101-114; Steininger, *Autonomie*, S. 173-178.

84 Unabhängigkeitserklärung 27.04.1945, StGBL. Nr. 1/1945.

85 Reichhold, *Geschichte der ÖVP*, S. 90.

86 Schärf, *Österreichs Erneuerung*, S. 49-51. Renner hatte seine Pläne bereits KPÖ-Führer Ernst Fischer unterbreitet (Fischer, *Ende einer Illusion*, S. 79-80).

87 1. Verfassungs-Überleitungsgesetz, StGBL. Nr. 4/1945. – Genehmigung Alliiertes Rat 18.12.1945, *Gazette* 1945/46/1. Zum Folgenden in staatsrechtlicher Hinsicht u.a.: Werner, *Wiedererstehen*; Werner, *Wiedererstehen-Nachwort*.

zweiten Schritt verabschiedete der Kabinettsrat jedoch ein Verfassungsgesetz über die vorläufige Einrichtung der Republik Österreich („Vorläufige Verfassung“), um bis auf weiteres einen zentralistischen Einheitsstaat zu schaffen.⁸⁸

Am 12. Oktober 1945 trug die Staatsregierung dann mit einer Änderung der Vorläufigen Verfassung nach den Grundsätzen des Bundes-Verfassungsgesetzes 1920/1929 den Ergebnissen der ersten Länderkonferenz Rechnung.⁸⁹

Der Alliierte Rat genehmigte am 18. Dezember 1945 eine ganze Reihe von Gesetzen, darunter das 1. Verfassungs-Überleitungsgesetz und die novellierte Vorläufige Verfassung.⁹⁰

Am 19. Dezember 1945 schließlich verabschiedete das Bundesparlament bei seiner Konstituierung, wie von den Alliierten gewünscht,⁹¹ ein Verfassungs-Übergangsgesetz, um die Vorläufige Verfassung formell außer Kraft und das Bundes-Verfassungsgesetzes 1920/29 in vollem Umfang wieder in Kraft zu setzen. Nun wandten die Sowjets ein, die Genehmigung des Verfassungs-Übergangsgesetzes könnte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung auf Dauer verhindern; ihre Einwände gegen die Bundesverfassung 1920/29 richteten sich hauptsächlich gegen deren föderalistische Aspekte.⁹² Die Rechtsabteilung der Alliierten Kommission war einstimmig zur Meinung gelangt, dass die Ausarbeitung einer den veränderten Zeiten entsprechenden Verfassung angemessen wäre,⁹³ doch dürften sich die Westmächte bewusst geworden sein, welche Gefahren das bergen könnte.

Der sowjetische Vertreter im Alliierten Rat verweigerte am 25. März 1946 die Zustimmung zum Verfassungs-Übergangsgesetz.⁹⁴ Davon unterrichtete der amerikanische Hochkommissar General Mark Clark am 27. März Bundespräsident Renner anlässlich eines Besuches. Er habe sich entschlossen, so Clark, *„in Hinkunft in der amerikanischen Presse bekanntzugeben, durch wessen Einspruch eine Vorlage fällt“*.⁹⁵ Die Öffentlichkeit erfuhr über den Verfassungskonflikt am 29. März über

88 Vorläufige Verfassung, StGBI. Nr. 5/1945.

89 Verfassungsgesetz vom 12. Oktober 1945 über einige Abänderungen der Vorläufigen Verfassung, StGBI. Nr. 196/1945. Vgl. Neues Österreich 13.10.1945, S. 2.

90 Gazette 1945/46/1.

91 Stourzh, Regierung, S. 339.

92 Ebenda, S. 340.

93 Ebenda, S. 339.

94 Vgl. u.a. eine Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS in VN 0.04.1946, S. 1 („Zur Frage der neuen österreichischen Verfassung“).

95 Hausnotiz 27.03.1946, in: Protokolle Ministerrat Figl I/1, S. 434-435, Zitat S. 434. – Bundeskanzler Figl soll am 4. April im Finanz- und Budgetausschuss des Nationalrats berichtet haben, die Regierung habe die Nachricht zunächst durch die Verlautbarung in einer Wiener Tageszeitung erfahren (VVB 05.04.1946, S. 1: „Österreich hat eine Verfassung“).

die Tageszeitung „Neues Österreich“, die Nationalrat Ernst Fischer (KPÖ) leitete.⁹⁶ Erst am Tag danach wurde Bundeskanzler Figl offiziell mitgeteilt, dass der Alliierte Rat beschlossen habe, „von der österreichischen Regierung bis spätestens 1. Juli die Vorlage einer definitiven Verfassung, die sich auf demokratischen Prinzipien gründet, zu verlangen“.⁹⁷ Was den „Gesetzesentwurf der provisorischen Verfassung“ vom 19. Dezember 1945 betreffe, sei „eines der Elemente“ der Meinung, dass er nicht der „neuen Lage“ Österreichs entspreche, während die „anderen drei Elemente“ vorbehaltlich gewisser Abänderungen und „in Erwartung einer ständigen Verfassung“ zur Zustimmung bereit gewesen seien.⁹⁸

Die Zeitungen berichteten, Figl habe in einer Aussprache im Finanz- und Budgetausschuss des Nationalrats am 3. April klargestellt, dass sich Österreich in einem absolut gesetzlichen Zustand befinde.⁹⁹ Diese Linie ließ er sich tags darauf im Ministerrat absegnen.¹⁰⁰ Die Bundesregierung stellte sich auf den Standpunkt, dass das Bundes-Verfassungsgesetz schon auf Grund des genehmigten 1. Verfassungs-Überleitungsgesetzes vom Mai 1945 mit dem Zusammentreten des Bundesparlaments am 19. Dezember 1945 wieder in Kraft getreten sei und dies nur bekräftigt werden sollte. Figl brachte am 12. April 1946 die Einspruchsnote dem Nationalrat zur Kenntnis und entwickelte dabei die Okkupationstheorie. ÖVP und SPÖ stellten gegen die Einwände der vier Kommunisten mit Beschluss fest, dass das Bundes-Verfassungsgesetz 1920/29 Bestandteil der geltenden Rechtsordnung geworden sei.¹⁰¹ Am 20. Dezember 1946 zelebrierten die Spitzen der Republik in Anwesenheit der Hochkommissare den Jahrestag der „verfassungsmäßigen Konstituierung der zweiten Republik Österreich“.¹⁰² Der Alliierte Rat ließ die Sache auf sich beruhen. Erst 1951, im Vorfeld der ersten Volkswahl des Bundespräsidenten, wird der sowjetische Vertreter wieder darauf zurückkommen.¹⁰³

96 Neues Österreich 29.03.1946, S. 2 („Österreichische Verfassung und Kontrollabkommen“).

97 Note 30.03.1946, Gazette 1946/3 Nr. 13.

98 Ebenda.

99 VVB 05.04.1946, S. 1 („Österreich hat eine Verfassung“).

100 Ministerrat 04.04.1946, Protokolle Ministerrat Figl I/1, S. 413 u. 428. – Bundesminister Altmann (KPÖ) war vermutlich nicht anwesend, jedenfalls meldete er sich in der Sitzung nicht zu Wort (vgl. ebenda, S. 410).

101 StenProt NR V. GP 13, Sitzung 12.04.1946, S. 165-176. Zu den Vorgängen vgl. Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 94-98; zur rechtlichen Beurteilung vgl. Werner, Wiedererstehen-Nachwort, S. 139-142; Loebenstein, Zielvorgaben, S. 822-824; Pernthaler, Staatsgründungsakte, S. 46-47.

102 Neues Österreich 21.12.1946, S. 1 („Ein Jahr Regierung der demokratischen Einigung“); Wiener Kurier 21.12.1946, S. 2 („Mehrheit der Österreicher ist immer zur Demokratie gestanden“); WZ 21.12.1946, S. 1-2 („Österreich immer treu zur Demokratie“).

103 Adamovich, Handbuch 6. Aufl., S. 33 Anm. 23; Stourzh, Regierung, S. 341-342.

Was sich im Rückblick wie ein harmloses Rechtsgeplänkel ausnehmen mag, hatte im Hinblick auf den politischen Kurs, den die Sowjets in ihrer Zone und in Nachbarstaaten fuhren, durchaus ein bedrohliches Potential. Die Wahlergebnisse vom November 1945 hatten dem Kreml verdeutlicht, dass das „Experiment Renner“ gescheitert, der Versuch der Etablierung einer „Nationalen-Front-Regierung“ illusorisch gewesen war.¹⁰⁴ Unternahm nun die Sowjetunion einen Versuch, die Rückkehr zur Bundesverfassung 1920/29 zu stornieren, das politische System wenigstens zu destabilisieren? Ernst Fischer (KPÖ) redete in der Nationalratsdebatte am 12. April einer „*wahren demokratischen Volksverfassung*“ das Wort.¹⁰⁵ Noch hatten die Politberater im Kreml Österreich nicht aufgegeben, sahen aufgrund der sinkenden Popularität der neuen Bundesregierung für die Kommunisten eine Chance auf Neuwahlen, mussten aber Ende 1946 erkennen, dass die Bundesverfassung dafür wenig Spielraum ließ.¹⁰⁶

„Das erfolgreiche Aufbegehren von Bundesregierung und Parlament gegen das Verlangen des Alliierten Rates im April 1946 stellt den Anfang vom Ende der Periode der totalen Kontrolle dar. Schon seit Februar lag ein britischer Entwurf für ein neues Kontrollabkommen vor, dessen Inkrafttreten am 28. Juni einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Zweiten Republik einleitete.“¹⁰⁷ Bedauernd sollten die Sowjets erkennen, dass sie sich mit der Zustimmung zum Zweiten Kontrollabkommen selbst ihres legislativen Hebels beraubt hatten.¹⁰⁸ Es eröffnete den Parlamenten und Regierungen auf Bundes- und Länderebene wesentlich erweiterte Handlungsspielräume; einschließlich der Erlaubnis, auch offiziell diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen, vor allem aber auch im Hinblick auf die Rechtssetzung: Einigte sich der Alliierte Rat nicht binnen 31 Tagen auf einen Einspruch, konnte künftig für einfache Gesetze und internationale Abkommen seine Zustimmung angenommen werden. Verfassungsgesetze hingegen bedurften weiterhin der ausdrücklichen Genehmigung und konnten daher am Veto einer Besatzungsmacht scheitern.

Durch die rechtstechnischen Einschränkungen der Gesetzgebungshoheit gewann die rechtstheoretische Frage praktische Bedeutung, ob Österreich 1938 seine Völkerrechtssubjektivität oder nur seine Handlungsfähigkeit verloren hat.

104 Ruggenthaler, Österreich-Politik, S. 655-663.

105 StenProt NR V. GP 13. Sitzung 12.04.1946, S. 170.

106 Ruggenthaler, Österreich-Politik, S. 662-663. Leider gibt Peter Ruggenthaler in seinem sehr instruktiven Beitrag keine Hinweise auf den Verfassungskonflikt im Frühjahr 1946.

107 Stourzh, Regierung, S. 342.

108 Ruggenthaler, Österreich-Politik, S. 667. Das Zweite Kontrollabkommen wurde kundgemacht in: Gazette 1946/7 Nr. 13; Text: Gazette 1946/7 Supplement.

1.9 Annexionstheorie oder Okkupationstheorie?

In der historischen Diskussion wird diese Rechtsfrage häufig auf die Frage „Annexion“ oder „Okkupation“ verkürzt. Es ging aber nicht um die Frage, ob der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 freiwillig oder gewaltsam vollzogen wurde, sondern ob die staatsrechtlich proklamierte Annexion (der Gebietserwerbstitel) auch völkerrechtlich wirksam wurde oder nicht.

Auch die Annexionstheorie geht davon aus, dass der Einmarsch deutscher Truppen völkerrechtswidrig war und die innerstaatlichen österreichischen Rechtsakte zur Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich rechtswidrig waren. Sie kommt bei der völkerrechtlichen Beurteilung des „Anschlusses“ aber zum Ergebnis, dass dieser nach dem Prinzip der Effektivität dennoch völkerrechtlich wirksam geworden ist.

Die Okkupationstheorie hingegen bestreitet, dass die Annexion völkerrechtlich wirksam wurde. Sie geht davon aus, dass, um die moderne historische Forschungsterminologie zu bemühen, der quasirevolutionäre „Anschluss von unten“ und der imperialistische „Anschluss von außen“ funktioniert haben mögen, jedenfalls aber nicht der scheinlegale „Anschluss von oben“.¹⁰⁹ Freilich gewann die rechtstheoretische Auseinandersetzung erst mit der Zeit an Kontur;¹¹⁰ erfuhr das Völkerrecht nicht zuletzt erst durch die österreichische Frage, beginnend mit der Moskauer Deklaration, eine Weiterentwicklung.¹¹¹

Die österreichischen Staats- und Rechtswissenschaftler in der Emigration waren geteilter Meinung.

Hans Kelsen, der große Übervater der Wiener Schule des Rechtspositivismus, der sich in der Emigration zu einem internationalen Doyen des Völkerrechts entfaltete, vertrat in einer unveröffentlichten Studie, die er 1944 im kalifornischen Berkeley zu Papier brachte, wie auch in späteren Werken die Annexionstheorie: Die Annexion Österreichs wurde 1938 rechtswirksam, der österreichische Staat hörte zu existieren auf. Die zweite (!) österreichische Republik sei 1945 neu entstanden und mit der ersten Republik weder durch staats- noch durch völkerrechtliche Kontinuität verbunden.¹¹²

109 Zu den Ebenen der Machtergreifung: Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 338-345.

110 Grundlegend war Verosta, *Internationale Stellung*, erschienen im Herbst 1947. 1950 erschien mit klarer Systematik Verdross, *Völkerrechtliche Identität*. Zuletzt erfuhr die Kontroverse im Auftrag der Österreichischen Historikerkommission eine umfassende völkerrechtliche Abklärung durch Simma/Folz, *Restitution*.

111 Vgl. z.B. Simma/Folz, *Restitution*, S. 44, 79.

112 Vgl. dazu z.B. Verdross, *Völkerrechtliche Identität*, S. 20 Anm. 27; Klinghoffer, *Moskauer Erklärung*, S. 464-465 u. 482-489; Merkl, *Geschichtslegende*.

Sein junger Schüler Hans Klinghoffer hingegen, der 1938 nach Frankreich, 1940 nach Brasilien und schließlich 1953 nach Israel emigrierte, kam bereits 1940 in Paris in einer staats- und völkerrechtlichen Untersuchung zu folgendem Ergebnis: Österreich hat niemals aus freien Stücken seine Unabhängigkeit und Souveränität preisgegeben. Es ist vielmehr wie andere Staaten auch ein Opfer der nazistischen Aggression geworden und muss seit 1938 den Terror einer fremden Besatzungsmacht aushalten. Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs im Rahmen eines allgemeinen Programms des Wiederaufbaus eines demokratischen Europa ist daher mittelbar oder unmittelbar für alle Nationen von Interesse, die der Gewalt das Recht, dem Terror die Freiheit und der Verfolgung die Menschenwürde entgegenzusetzen.¹¹³

Klinghoffer konnte seine Studie jedoch erst 1942/43 in Rio de Janeiro veröffentlichen. – Seine Exilschriften sind historisch interessant, blieben vermutlich aber ohne politische Wirkung. Selbst in Österreich dürften sie erst ab 1955 Anerkennung gefunden haben.¹¹⁴

Für Klinghoffer war die Moskauer Deklaration im November 1943 folglich eine politische Bestätigung seiner wissenschaftlichen Thesen. So war er dann auch der erste, der einen Kommentar zur Deklaration folgen ließ, der Anfang 1945 ebenfalls in Rio publiziert wurde.¹¹⁵ Die Titelüberschriften brachten seine Ergebnisse auf den Punkt:¹¹⁶ „Anerkenntnis und Definition der Besetzung Österreichs als Aggressionsakt“, „Nichtigkeit der Annexion und seitheriger Änderungen“, „Kriegsziel: Befreiung Österreichs“, „Friedensziel: Freies und unabhängiges Österreich“, „Politische und wirtschaftliche Sicherheit – Grundlage eines dauerhaften Friedens“. Große Probleme bereitete Klinghoffer allerdings die Drohung mit der „Verantwortung für die Teilnahme am Kriege an der Seite Deutschlands“. Er zeigte die juristischen Widersprüche zum ersten Absatz der Deklaration auf: „Bei Kriegsbeginn gab es keine österreichische Regierung mehr. Der Krieg überkam Österreich in diesem Zustand der Ohnmacht und des Schweigens, zu dem die nationalsozialistische Willkür

113 Vorwort zu Klinghoffer, *Les Aspects juridiques*.

114 So erwähnte ihn Verosta, der Klinghoffer 1988 als einen „Anwalt Österreichs“ würdigte (Verosta, *Klinghoffers Publikationen*, S. 9), in seinen frühen Publikationen nicht. Sein Kommentar zur Moskauer Deklaration erschien in deutscher Übersetzung erst 1955 in der „Österreichischen Zeitschrift für Öffentliches Recht“, mit einem Nachwort von 1953 (Klinghoffer, *Moskauer Deklaration*). Zu seinen Leistungen vgl. Morscher, *Klinghoffer; Handbuch Emigration 1*, S. 371; *Niederland, Immigration*, S. 420.

115 Hans Klinghoffer, *Autriche à venir. Bref commentaire de la Déclaration conjointe sur l'Autriche*. 4ème Document de la Conférence de Moscou, signé le 30 octobre 1943. Rio de Janeiro 1945; in englischer Übersetzung 1945, in deutscher Übersetzung mit Nachwort 1955 (Klinghoffer, *Moskauer Deklaration*).

116 Klinghoffer, *Moskauer Deklaration*.

es herabgesetzt hatte.“¹¹⁷ Auch dem Dienst in der Wehrmacht oder der Wirtschaftsmobilisierung hätten sich die Österreicher nicht entziehen können: „Bei dieser Sachlage wird niemand ernstlich behaupten können, daß Österreich oder das österreichische Volk als Kollektiveinheit eine Verantwortung für die Teilnahme am Kriege an Deutschlands Seite trage. Wenn also die Erklärung von einer Verantwortung Österreichs spricht, so kommt nicht eine kollektive Verantwortlichkeit in Betracht, sondern es kann sich nur um die individuelle Verantwortlichkeit gewisser Einzelpersonen handeln, denen Sympathie für die Achse¹¹⁸ und ein dieser Sympathie entsprechendes Verhalten zu Last gelegt werden kann. Damit stößt man aber auf das Problem des Kollaborationismus, dieses höchst traurigen und zutiefst beschämenden Phänomens, dem man jedoch bei allen der deutschen Besetzung zum Opfer gefallenen Völkern begegnet.“¹¹⁹

Dieser Bruch in der Moskauer Deklaration fand 1945 in der Unabhängigkeitserklärung der Regierung Renner seine Fortsetzung, in der die „Verantwortlichkeitsklausel“ wörtlich zitiert wird. Dabei hatte das Redaktionskomitee diese Österreich-Erklärung von 1943 gar nicht zur Hand. Es war laut Schärf der KPÖ-Führer Ernst Fischer, der am 27. April 1945 überraschend ihre Aufnahme in den Text forderte und durchsetzte.¹²⁰ Auf diese Klausel sollten die Sowjets ihre Ansprüche gegen Österreich stützen.

Die historischen Fakten sprechen wohl eher dafür, dass die Provisorische Staatsregierung in Wien wie der Provisorische Vorarlberger Landesausschuss 1945 davon ausgingen, dass die Republik Österreich wie das Land Vorarlberg neu gegründet werden müssen.

Um die rechtswissenschaftliche Begründung der staatsrechtlichen Kontinuität bemühte sich Leopold Werner, der 1945 in den Verfassungsdienst der Staatskanzlei eintrat.¹²¹ Für die völkerrechtlichen Belange waren die Rechtsexperten des Außenamtes zuständig, die zunächst die Annexionstheorie vertraten. Spätestens im Juli 1945 setzte aber ein Wandel der Argumentation in Richtung Okkupationstheorie ein, die – so Rudolf Blühdorn, der Leiter des Völkerrechtsreferats – selbstredend die für Österreich günstigere sei und auch einem Umdenken der Westmächte entgegenkomme. Zumindest auf sie werde diese Auffassung mehr Eindruck machen

117 Ebenda, S. 478.

118 Gemeint war die ab 1936 propagierte „Achse Berlin-Rom“, das Bündnis der „Achsenmächte“ Deutsches Reich und Italien, das später um Japan (Dreimächtepakt) und einige Vasallenstaaten erweitert wurde. Die „Achse Berlin-Rom“ fand 1943 mit der Kapitulation Italiens ein Ende.

119 Klinghoffer, Moskauer Deklaration, S. 478-479.

120 Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 48.

121 Vgl. bereits im Dezember 1945: Werner, Österreich; zur Überwindung der Verfassungskrise 1946: Werner, Wiedererstehen; Werner, Wiedererstehen-Nachwort.

„als ein Zugeständnis der eigenen Schuld verbunden mit einem Flehen um die Gnade des Siegers“. Und im Inneren wäre sie geeignet, „den Österreichern das zum Wiederaufbau des Landes nötige Vertrauen in die eigene Kraft wiederzugeben.“ Aus einer „schwächlichen *mea-culpa*-Stimmung“ heraus werde sich der erforderliche Optimismus nie einstellen.¹²² Die Potsdamer Beschlüsse, die der „Zwischenstellung“ Österreichs Rechnung trugen, ließen diesen Paradigmenwechsel erst recht geboten erscheinen, den die Regierung Renner allerdings nur intern und möglichst unauffällig kommunizierte.¹²³ Blühdorn zeigte auf, dass es jedenfalls notwendig sein werde, verschiedene Fragen in einem völkerrechtlichen Vertrag mit den Alliierten Mächten verbindlich zu klären.¹²⁴

Reparationen wurden von Österreich in den Potsdamer Beschlüssen keine gefordert. Es ging aber auch darum, dass nicht etwa Vermögen des Bundes und der Länder als „deutsches Vermögen“ im Sinn der Potsdamer Beschlüsse qualifiziert werden könnte.¹²⁵ Gleichzeitig erhob Österreich selbst Entschädigungsansprüche gegenüber dem Deutschen Reich, nicht zuletzt im Hinblick auf die 1938 nach Berlin transferierten Gold- und Devisenbestände, mit der die Deutsche Notenbank ihre total erschöpften Devisenreserven aufgefüllt hatte.¹²⁶ Zur Wahrung dieser Ansprüche machte sich Renner bereits im Juni 1945 die vorteilhafte Okkupationstheorie zu Eigen. Er gab im Kabinettsrat als Losung aus: Die Nationalbank wurde 1938 zwar von den Deutschen vernichtet, aber sie bestand fort, „so gut wie der vernichtete Staat fortbesteht“, und lebte mit der Unabhängigkeitserklärung als Rechtsfigur wieder auf.¹²⁷

122 Memorandum 28.07.1945, zitiert nach: Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 37. Zur Festlegung auf die Okkupationsdoktrin im Sommer 1945: Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 35-38; Bischof, Austria, S. 60-62; Bischof, Instrumentalisierung, S. 354.

123 Bischof, Instrumentalisierung, S. 354, zitierte einen Motivenbericht vom Juli 1945, in dem vorgeschlagen wird, dass der Kabinettsrat die „Annahme der Besetzungstheorie“, „möglichst farblos“, beschließen möge. Bischof schreibt, dass sie im Kabinettsrat zur Staatsdoktrin erhoben worden sei. Leider blieb er den Beleg schuldig. In den Sachregistern der Kabinettsratsprotokolle und bei deren oberflächlichen Durchsicht (Protokolle Kabinettsrat Renner 1 und 2) habe ich keinen Hinweis auf eine Behandlung oder Beschlussfassung gefunden.

124 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 38. Zu diesem Ergebnis kamen rückblickend auch Simma/Folz, Restitution, S. 75 u. 101-102.

125 Loebenstein, Zielvorgaben, S. 825; Einleitung zu Q 40.5. Zur „wirtschaftlichen Ausplünderung“ u.a. auch: Kreissler, Der Österreicher, S. 132.

126 Vgl. Sandgruber, Ökonomie und Politik, S. 404. Zur „wirtschaftlichen Ausplünderung“ u.a. auch: Kreissler, Der Österreicher, S. 132-140.

127 Kabinettsrat 26.06.1945, Protokolle Kabinettsrat Renner 1, S. 303. Renner bei der Beschlussfassung am 3. Juli 1945: „Es wird zunächst die Notenbank wieder hergestellt, und zwar so, daß sie eine rechtliche Basis besitzt, wobei besonders darauf geachtet wurde, daß diese Notenbank als die Fortsetzung der früheren Notenbank erscheint, sodaß also der Einbruch, der in sie gemacht wurde, als eine Rechtsverletzung sich darstellt, die wieder gutzumachen ist, wodurch alle unsere Ansprüche an die Deutsche Reichsbank und an das Deutsche Reich aufrechterhalten werden“ (ebenda, S. 328).

So beschloss die Staatsregierung am 3. Juli 1945 ein Notenbank-Überleitungsgesetz, in dessen Artikel I im Ergebnis die Okkupationstheorie verankert wurde.¹²⁸ Der Alliierte Rat erkannte das Gesetz an,¹²⁹ Österreich wurde 1947 an der Restitution von Währungsgold im Rahmen der Interalliierten Reparationsbehörde beteiligt.¹³⁰ Am 22. August 1945 beschloss auf amerikanische Initiative die Hilfsorganisation UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), dass Österreich als befreites Land anzusehen sei und daher seiner Einbeziehung in die Hilfs- und Wiederaufbauprogramme nichts im Wege stehe.¹³¹ Die UNRRA wurde seit Kriegsende von den am 26. Juni 1945 in San Francisco gegründeten Vereinten Nationen geführt.

Diesen Beschluss nützte Renner, um mit einer Antwort zu verdeutlichen, dass Österreich weder eine militärische Besetzung noch Reparationen verdiene, „*dass wir durch sieben Jahre Hitler-Regime genug gestraft sind*“.¹³² In einer Kundgebung dankte die Regierung Renner zwei Tage später nicht nur für das Hilfsangebot, Renner formulierte die österreichische Opferdoktrin aus:

„[...] *Darüber hinaus erfüllt die Begründung, mit welcher illustre Staatsmänner der Alliierten diese Botschaft verkündet haben, die Österreichische Staatsregierung mit Genugtuung. Denn sie stellt die völkerrechtliche Stellung, in welcher sich unser Staatswesen befindet, völlig klar. [...] Als der Krieg im September 1939 ausbrach, bestand ein Staatswesen ‚Republik Österreich‘ nicht mehr und damit auch keine kriegsführende Macht Österreich. Das Land war in sieben reichsunmittelbare Provinzen zerschlagen, sein Volk entrechtet und politisch macht- und hilflos. [...] Während der ganzen Dauer des Krieges, bis zu dem Tage, wo der Krieg auf dem europäischen Schauplatz zu Ende*

128 StGBI. Nr. 45/1945, Art. I: *„Die Österreichische Nationalbank, die infolge der gewaltsamen Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich ihres Gold- und Devisenschatzes beraubt und durch die Überführung ihrer Bestände auf die Deutsche Reichsbank während der Dauer der Annexion außer Funktion gesetzt worden ist, ist kraft der Unabhängigkeitserklärung Österreichs wieder ins Leben getreten.“* – Werner, Österreich, S. 7, führte dann das Notenbank-Überleitungsgesetz als weiteren Beweis dafür an, dass die gesetzgeberischen Maßnahmen der Provisorischen Staatsregierung auf der Kontinuitätsvorstellung aufgebaut gewesen sei.

129 Anerkennung Alliierte Rat 18.12.1945, Gazette 1945/46/1.

130 1946 wurde zur Verwaltung und Verteilung der Goldbestände der Deutschen Reichsbank, die den zwischen 1938 und 1945 besetzten Staaten „geraubt“ worden waren, die Tripartite Goldcomission (TGC) eingerichtet. Von 78 Tonnen Währungsgold, die sich am 17. März 1938 im Besitz der Österreichischen Nationalbank befunden hatten, erhielt Österreich auf Grund des Abschlusspakts der Pariser Konferenz 1945 rund 64 Prozent rückerstattet. Als die TGC 1998 aufgelöst wurde, hätte Österreich Anspruch auf einen aliquoten Goldanteil im Gegenwert von rund 102 Millionen Schilling gehabt, den es jedoch auf Vorschlag der USA und Großbritanniens in einen Internationalen Fonds für Opfer des Nationalsozialismus einbrachte (BGBl. Nr. 182/1998; StenProt NR XX. GP Beilage 1429).

131 In deutscher Übersetzung in: Verosta, Internationale Stellung, S. 94.

132 Kabinettsrat 24.08.1945, Protokolle Kabinettsrat Renner 2, S. 344.

ging, im Frühling 1945, bestand weder ein österreichisches Staatswesen noch ein österreichisches Heer. Aber es erhob sich das österreichische Volk und begründete, von den Fesseln des Hitlerregimes durch die siegreichen Armeen der Verbündeten befreit und wieder in Besitz politischer Handlungsfähigkeit gelangt, aus eigenem Antrieb und durch den einmütigen Willen aller demokratischen Parteien die Republik neu. Weit entfernt, jemals kriegführende Macht gewesen zu sein, war sie bloß das hilflose Opfer eines aufgezwungenen Krieges.“¹³³

Die Staatsregierung schloss mit der Hoffnung, dass auch die Regierungen der Weltmächte der völkerrechtlichen Auffassung der UNRRA beitreten und Österreich den Eintritt in die Vereinten Nationen nicht versagen würden.

Ein halbes Jahr später unternahm Außenminister Gruber auch eine Initiative in Richtung Völkerbund, der in Genf letztmals zusammentrat, um seine Aufgaben am 18. April 1946 formell den Vereinten Nationen zu übertragen. Am 18. März 1938 hatte die deutsche Reichsregierung dem Völkerbund mitgeteilt, der ehemalige Bundesstaat Österreich habe aufgrund der korrespondierenden „Anschluss“-Gesetzgebung aufgehört, Mitglied zu sein. Der damalige Generalsekretär hatte mit einer lakonischen Empfangsbestätigung geantwortet, obwohl sich die Völkerbundmitglieder laut Satzung verpflichtet hatten, „die Unversehrtheit des Gebiets und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren“.¹³⁴ Die „zwangsweise Besetzung“ sei nachträglich als null und nichtig bezeichnet worden, schrieb Gruber nun mit dem Hinweis auf die Moskauer Deklaration an den neuen Generalsekretär: „Meine Regierung ist der Ansicht, dass Österreich nach wie vor Mitglied des Völkerbundes ist.“¹³⁵ Am 12. April 1946 beschloss die Versammlung in Genf eine freundliche Entschliebung, mit der sie in Erinnerung brachte, „dass Österreich, welches während langer Jahre seinen ehrlichen Beitrag zum Völkerbund geleistet hat, das erste Opfer eines nationalsozialistischen Angriffes geworden ist,“ und die Vertreter der österreichischen Regierung einlud, der Völkerbundtagung als „Beobachter“ beizuwohnen. Diese Mitteilung des Generalsekretärs sollte als Faksimile im Rot-Weiß-Rot-Buch abgedruckt werden.¹³⁶ Die Aufnahme in die Vereinten Nationen wurde Österreich allerdings erst im Dezember 1955 gewährt. Da die Kontrollmächte in die innerstaatliche Ordnung eingreifen

133 Kundgebung der Provisorischen Staatsregierung 24.08.1945, Protokolle Kabinettsrat Renner 2, S. 366. Veröffentlicht z.B. in Neues Österreich 26.08.1945, S. 2 (Österreich dankt der UNRRA).

134 Völkerbundsatzung, Art. 10, inseriert im Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10.09.1919, BGBl. Nr. 1920, I. Teil (vgl. Fellner, Außenpolitische Situation, S. 57-59).

135 ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 9, Mappe Völkerbund: Bundesminister Gruber an Generalsekretär [Lester], [Wien 01.04.1946], [BKA AA] 126.068-J/VR/46 (Abschrift).

136 Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 23 (Übersetzung S. 22). Das Original des Briefs liegt ein in: ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 12, Mappe Beilagen zu I. Teil 2. Kapitel.

konnten, blieb Österreich bis zum Inkrafttreten des Staatsvertrags im Jahr 1955 als vorübergehendes „Kollektiv-Quasiprotektorat“ in seiner Souveränität zumindest faktisch beschränkt.¹³⁷

Das völkerrechtliche Instrumentarium für die Okkupationsdoktrin bot in Ansätzen bereits das 1937 veröffentlichte Lehrbuch des sehr renommierten Wiener Völkerrechtsprofessors Alfred Verdross. Konkret ging es um die kriegerische Besetzung, den Tatbestand der *occupatio bellica*, im Abschnitt Landkriegsrecht.¹³⁸ Verdross hatte an der Konsularakademie auch das diplomatische Korps geschult. Es soll im August 1945 aber der Nachhilfe Norbert Bischoffs, des Politischen Direktors im Außenamt, bedurft haben, Verdross auf die „Okkupationslinie“ zu verpflichten.¹³⁹ Verdross' Stellung war aufgrund seines ambivalenten politischen Verhaltens während der NS-Zeit geschwächt.¹⁴⁰ Offenbar setzte das Außenamt aber dennoch auf seine internationale Reputation.¹⁴¹ Zu dieser Überzeugungsarbeit trug vielleicht sein Freund Ludwig Adamovich bei. Der Rektor der Universität Wien, der Schuschnigg

137 Verdross, *Völkerrecht* 1959, S. 284. Vgl. Loebenstein, *Zielvorgaben*, S. 827-830. – Interessant ist ein Leitartikel von Lujo Tončić-Sorinj über „Die völkerrechtliche Stellung Österreichs und der Staatsvertrag“, der am 22.01.1947 begleitend zu den Verhandlungen in London im „Vorarlberger Volksblatt“ erschien (Tončić, *Völkerrechtliche Stellung*). Der Leiter des Österreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik in Salzburg und spätere Außenminister (ÖVP) ging offenbar davon aus, dass der österreichische Staat 1938 durch von Deutschland durchgeführte *Debellatio* (völlige Unterwerfung eines Gebiets ohne Vertragsabschluss) zu bestehen aufgehört und sich 1945 in Wien eine neue österreichische Staatsgewalt zu konstituieren begonnen habe, der in den einzelnen Bundesländern autonome Ländergewalten entsprachen. Dieser Tatbestand sei von den drei Signatarstaaten der Moskauer Deklaration und weiteren Staaten anerkannt worden. Dies habe sich unter der so genannten *occupatio bellica* (kriegerischen Besetzung) der Alliierten vollzogen, die durch das Erste Kontrollabkommen durch ein „*kollektives Coimperium*“ ersetzt worden sei.

138 Verdross, *Völkerrecht* 1937, S. 301-304. Im Vorwort dankte er seinem Assistenten Verosta für die Unterstützung.

139 Bischof, *Opferideologie*; Bischof, *Austria*, S. 61-62, über eine Initiative Norbert Bischoffs, der zu den wenigen sozialistischen Diplomaten gezählt wurde (Fiesinger, *Ballhausplatz-Diplomatie*, S. 71 u. 88). Vgl. Anm. 141.

140 Rathkolb, *Fakultät*, S. 216-219; Gehler, *Der lange Weg*, S. 74. Vgl. Verosta, *Verdross*, S. 6-8.

141 Der Jungdiplomatschöner notierte am 9. Mai 1945 nach einem Gespräch mit Rudolf Blühdorn, dem führenden Völkerrechtler im Außenamt, in sein Tagebuch: „*Verdross' Stellung dürfte hauptsächlich davon abhängen, ob er vom Ausland noch akzeptiert wird oder nicht*“ (Schöner, *Tagebuch*, S. 237). Schöner freute sich, als das „Neue Österreich“ unter dem Titel „*Spitzenreiter des Nazismus*“ am 8. August 1945 eine Liste von Proponenten des 1937 gegründeten „*Deutsch-sozialen Volksbundes*“ veröffentlichte: „*Darob große Aufregung in Wien, da sich darunter Leute wie Verdross befinden, die heute wieder als alte Gegner der Nazis eine Rolle spielen wollen. Ich habe mich gefreut darüber und finde es nicht ganz begreiflich, daß Bischoff so sehr dagegen Stellung nimmt. Er nimmt trotz seiner Linkseinstellung überhaupt gerne Wissenschaftler unter seine Fittiche, auch wenn sie Pgs [Parteigenossen, UN] waren, indem er die Notwendigkeit des Wiederaufbaues unserer Wissenschaft vorbringt, auch wenn deren prominente Vertreter einstens Nazis gewesen sind*“ (Schöner, *Tagebuch*, S. 337). – Bischoffs Aufregung wird verständlich, sofern er zeitgleich bemüht war, Verdross als Aushängeschild für die Okkupationstheorie in Stellung zu bringen.

als letzter Justizminister gedient hatte, beriet auch die Regierung Renner in legislativen Fragen. Jedenfalls gelang es Verdross' Schüler und ehemaligen Assistenten Stephan Verosta seinen Lehrer von der Okkupationstheorie zu überzeugen.¹⁴² Verosta, der im September 1945 in den Auswärtigen Dienst zurückkehrte, habilitierte sich im Frühjahr 1946 an der Universität Wien, vermutlich mit seiner Theorie vom „internationalen Schwebestand“, „die an der rechtlichen Existenz eines besetzten Staates festhält, solange der neue Souverän in seiner Stellung nicht endgültig gesichert erscheint“.¹⁴³ Verosta, der 1962 Verdross als Ordinarius für Völkerrecht beerben sollte, trug dem Professorenkollegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät bereits am 30. März 1946 seine Sicht der Dinge vor.¹⁴⁴ Der richtungweisende Vortrag erschien auszugsweise als Einleitung zu einer Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 bis 1947, die Verosta im Herbst 1947 mit dem Titel „Die internationale Stellung Österreichs“ veröffentlichte.¹⁴⁵ Diese schmale Schrift wurde grundlegend für die Okkupationstheorie. In gewissem Sinn kam sie auch einer Fortsetzung des Rot-Weiß-Rot-Buches auf wissenschaftlichem Niveau gleich.

Seine Dokumentensammlung konnte Verosta wesentlich durch Auszüge aus dem Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher bereichern. Der Internationale Militärgerichtshof stellte im Urteil vom 1. Oktober 1946 fest:

„Vor dem Gerichtshof wurde eingewendet, die Annexion Österreichs habe in dem weit verbreiteten Wunsch einer Vereinigung Österreichs und Deutschlands ihre Rechtfertigung gefunden, die beiden Völker hätten vieles gemein, was diese Vereinigung wünschenswert mache, und schließlich sei dieses Ziel ohne Blutvergießen erreicht worden. Selbst wenn dies alles wahr wäre, so würde es doch ganz unerheblich sein, da die Tatsachen klar beweisen, daß die Methoden, deren man sich zur Erreichung jenes Zieles bediente, die eines Angreifers waren. Entscheidend war, daß Deutschlands bewaffnete Macht zum Einsatz für den Fall eines Widerstandes bereitstand.“¹⁴⁶

Zur Förderung der Okkupationstheorie betätigte sich Verosta auch als Ghostwriter. Seine Quellsammlung beschließt ein Leitartikel, „Der Staatsvertrag im Lichte des

142 Pape, Krisen, S. 509 Anm. 22, verweist darauf, dass auch Verosta während der NS-Zeit der großdeutschen Idee in Wort und Schrift etwas hatte abgewinnen können.

143 Fischer/Köck/Verdross, Verosta, S. 2. Vgl. Verosta, Kontinuität, S. 603-606.

144 Vgl. Verosta, Internationale Stellung, Vorwort, S. IV.

145 Das Vorwort (ebenda) ist mit September 1947 datiert.

146 Nürnberger Prozess 1, S. 213. In eigener Übersetzung Verosta, Internationale Stellung, S. 23.

Stephan Verosta

**Die internationale Stellung
Österreichs
1938 bis 1947**



Manzsche Verlagsbuchhandlung · Wien

Verostas Standardwerk der Okkupationstheorie

Völkerrechts“, den Eduard Ludwig (ÖVP), der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrats, am 9. März 1947 in der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht hatte.¹⁴⁷ Verosta würdigte den Beitrag als „vortreffliche Entwicklung des österreichischen Standpunktes“.¹⁴⁸ Dass der Artikel aus seiner eigenen Feder stammte, wird nur wenigen Eingeweihten bekannt gewesen sein.¹⁴⁹ Ebenfalls 1947 ebnete Adamovich mit der vierten Auflage seines „Verfassungsrechts“ der Okkupationsdoktrin im österreichischen Lehrbetrieb die Bahn; wenngleich, wie er einräumte, die bisherigen Staatsvertragsverhandlungen vermuten ließen, dass die Alliierten nunmehr der Annahme einer Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich zuneigten.¹⁵⁰ 1950 folgte Verdross mit der zweiten Auflage seines „Völkerrechts“ (das er um ein Unterkapitel „Die Kontinuität der Staaten“ ergänzte)¹⁵¹ und mit einem Aufsatz über „Die völkerrechtliche Identität von Staaten“.¹⁵²

Verdross folgte Verosta und stützte sich entscheidend auf den Nürnberger Militärgerichtshof, der es 1946 in seiner zitierten Urteilsbegründung im Hauptkriegsverbrecherprozess als erwiesen ansah, dass die Besetzung und innerstaatliche Einverleibung Österreichs durch das Deutsche Reich den ersten Gewaltakt im Zuge eines umfassenden Kriegsplanes bildete.¹⁵³ Für Verdross reichte die mit Aneignungsabsicht verbundene Effektivität der Herrschaft nicht aus, um die territoriale Souveränität über ein Gebiet zu begründen, zu einer solchen Erwerbung müsse vielmehr ein Rechtstitel hinzutreten, demnach zwischen einer staatsrechtlich proklamierten und durchgeführten Annexion und einer völkerrechtlich wirksamen Annexion unterschieden werden. Dieses Prinzip müsse auch für außerkriegerische, gewaltsame Okkupationen mit Annexionsabsicht gelten, weil das neue Völkerrecht nicht nur

147 Leitartikel von Eduard Ludwig, Verosta, Internationale Stellung, S. 118-126. – Ludwig baute den Artikel für sein 1954 erschienenes Buch „Österreichs Sendung im Donaauraum“ aus (Ludwig, Österreichs Sendung, S. 258-268).

148 Verosta, Internationale Stellung, S. 8 Anm. 1.

149 Bischof, Austria, S. 65.

150 Adamovich, Verfassungsrecht 1947, S. 37 Anm. 1.

151 Verdross, Völkerrecht 1950, S. 161-163, zudem S. 203.

152 Verdross, Völkerrechtliche Identität.

153 Nürnberger Prozess 1, S. 213: *„Der Einfall in Österreich war ein erwogener vorbereitender Schritt zur Förderung des Planes, gegen andere Länder Angriffskriege zu führen. Damit war Deutschlands Flanke geschützt und die Tschechoslowakei erheblich geschwächt. Der erste Schritt zur Ergreifung von ‚Lebensraum‘ war getan; viele neue Divisionen ausgebildeter Soldaten waren gewonnen, und durch die Gewinnung ausländischer Devisen-Reserven war das Aufrüstungsprogramm bedeutend gestärkt worden.“*

den Angriffskrieg, sondern – so die Charta der Vereinten Nationen –¹⁵⁴ auch andere aggressive Gewaltakte verbiete, „sodaß die occupatio quasi-bellica nach Analogie der occupatio bellica beurteilt werden muß“.¹⁵⁵ Die österreichische NS-Übergangsregierung habe 1938, wie sich in Nürnberg zeigte, ihr Zustimmungstelegramm zum deutschen Einmarsch nie abgeschickt. Abgesehen von Italien habe die Staatenwelt höchstens widerrufbare Akte einer de facto-Anerkennung gesetzt. Eine allfällige Ersitzung Österreichs wäre mit Kriegsausbruch unterbrochen worden. „Daher konnten die Mächte die bloße de facto-Anerkennung der Annexion Österreichs rückwirkend widerrufen.“¹⁵⁶

Mit diesem Aufsatz gab Verdross Verosta wohl auch Schützenhilfe in einer öffentlichen Auseinandersetzung mit Vizekanzler Schärp in der Konkordatsfrage.¹⁵⁷

So lange Staatsverträge der ausdrücklichen Zustimmung des Alliierten Rates bedurften, machte nicht zuletzt die Unterstellung des automatischen Wiederauflebens völkerrechtlicher, zwischenstaatlicher Verträge zu einem guten Teil den Charme der Okkupationstheorie aus.¹⁵⁸

Davon profitierte Vorarlberg in der Kleinwalsertalfrage. Die Landesregierung ging noch im Frühjahr 1946 davon aus, dass alle völkerrechtlichen Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten, insbesondere der Kleinwalsertal-Vertrag mit dem Deutschen Reich, während der Annexion erloschen seien und formal erneuert werden müssten.¹⁵⁹ Zudem stellte sich die Frage, ob das Deutsche Reich überhaupt noch existiere. Die Mehrzahl der Völkerrechtler vertrat für Deutschland ebenfalls die Kontinuität,

154 Die Satzung der Vereinten Nationen und das Statut des Internationalen Gerichtshofes, BGBl. Nr. 120/1956, Art. 2 Pkt. 4 (Übersetzung): „*Alle Mitglieder enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Gewaltanwendung, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtet oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.*“

155 Verdross, Völkerrechtliche Identität, S. 20.

156 Ebenda. Dazu Simma/Folz, Restitution, S. 79: „Unabhängig von der Frage des Bestehens einer solchen Pflicht zur Nichtanerkennung als einseitige Willenserklärung nach allgemeinem Völkergewohnheitsrecht ist hierin zumindest ein Akt der Staatenpraxis zu sehen, der zur Bildung eines neuen Satzes des Völkergewohnheitsrechts beitragen soll. In der rückwirkenden Nichtanerkennung des ‚Anschlusses‘ wird die Konsequenz aus einer angesichts der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges als unzureichend empfundene Völkerrechtslage gezogen und in Abkehrung von dieser die Entwicklung von neuem Völkergewohnheitsrecht unternommen. Die durch die Nichtanerkennung des ‚Anschlusses‘ in der Moskauer Deklaration bewirkte Staatenpraxis ist von einer opinio juris getragen und setzt sich spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg als Völkergewohnheitsrecht durch.“

157 Steiner, Verosta, S. 12-13. Vgl. Verosta, Verdross, S. 9-10.

158 Vgl. Loebenstein, Zielvorgaben, S. 825.

159 VLA: AVLReg Prs-594/1960: LH Ilg an BKA, Bregenz 27.02.1946.

während andere, maßgebend Kelsen, davon ausgingen, dass die Kontrollmächte allein und ausschließlich die Staatsgewalt über das deutsche Gebiet übernommen haben, wobei aus föderalistischem oder partikularistischem Interesse zunächst auch die bayerische Staatsregierung für die Diskontinuität eintrat, dass das Deutsche Reich untergegangen sei. Für Vorarlberg war es deshalb von besonderer Bedeutung, als sich die bayerische wie die österreichische Regierung 1948 in Sachen Zollausschlussgebiet Kleinwalsertal auf den Rechtsstandpunkt einigten, dass die Verträge 1945 automatisch wieder aufgelebt seien, womit sie die Gremien der Alliierten, das Veto der Sowjetunion, unterliefen.¹⁶⁰

Der Okkupationstheorie folgend müsste 1945 auch das Konkordat wieder in Kraft getreten sein, das die Regierung Dollfuß 1933 mit dem Heiligen Stuhl geschlossen hatte, was für die Sozialisten freilich kaum erträglich war. Als diese Frage 1950 virulent wurde, trat der antiklerikale SPÖ-Bundesparteivorsitzende und Vizekanzler Schärf vehement für die Annexionstheorie ein und unternahm als Jurist Anstrengungen, seine Ansicht auch wissenschaftlich zu begründen.¹⁶¹ Die Okkupationstheorie nütze nichts gegenüber den Alliierten, die Österreich in der Moskauer Deklaration leider mit einer Mitverantwortung belasteten; sie habe also fast nur für die Innenpolitik einen Sinn: „*Man mag in der Poesie oder dort, wo es sich um Kleinigkeiten handelt, ungenauerweise bei der Okkupationstheorie bleiben, man verschone uns aber mit einer Fiktion, deren Folgen nicht wünschenswert sind, weil sie alte Wunden aufreißen!*“¹⁶² – Mit der Annexionstheorie blieb Schärf in der Minderheit, wenngleich die SPÖ ihrem Vorsitzenden Loyalität schuldete.¹⁶³

Die Okkupationstheorie wurde zu einem Hauptangriffspunkt der so genannten „revisionistischen Geschichtsschreibung“,¹⁶⁴ die sich infolge der Auseinandersetzungen um die Kriegsvergangenheit des ÖVP-Bundespräsidentenwahlkandidaten Kurt Waldheim von 1986 etablierte. Heute dürfte in der zeitgeschichtlichen Forschung und Lehre die Bewertung überwiegen, die österreichische Bundesregierung habe die Moskauer Deklaration im Dienste des „Opfermythos“ instrumentalisiert. Obwohl

160 Vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 124-138.

161 Vgl. seine zwei Aufsätze 1955 in „Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik und Kultur“ (Schärf, Konkordat; Schärf, Konkordat Nachwort) und Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 56-57.

162 Schärf, Konkordat, S. 37. – Verdross ging in einer Fußnote darauf ein, dass Schärf eben nicht zwischen staatsrechtlich durchgeführter und völkerrechtlich wirksamer Annexion zu unterscheiden scheine (Verdross, Völkerrechtliche Identität, S. 20).

163 Es bliebe zu untersuchen, inwieweit „die SPÖ“ tatsächlich der „Annexionstheorie der deutschen Bundesregierung“ (!) folgte (so Pape, Krisen, S. 509 Anm. 24), denn die Opferdoktrin samt finanziellen Konsequenzen trug die SPÖ voll mit. Wenn es opportun war, stimmte auch Schärf durchaus im Sinne der Okkupationstheorie.

164 Vgl. Anm. 403.

die Alliierten mit ihrer Österreich-Erklärung nur kriegspsychologische und allenfalls noch politische Ziele verfolgt hätten, habe sie die Bundesregierung zu Unrecht zu einer völkerrechtlichen „Magna Charta“ der Zweiten Republik hochstilisiert und daraus eine Okkupationstheorie konstruiert, um Entschädigungsansprüche der NS-Opfer wie der Siegerstaaten abzublocken.¹⁶⁵ Der Historiker Günter Bischof: „Die ‚Gründerväter‘ suchten die Mitverantwortung für die von Österreichern während des Krieges begangenen Untaten mittels einer vordergründigen juristischen Konstruktion zu vertuschen. Auf der Grundlage der ‚Okkupationstheorie‘ wurde eine Opferthese aufgebaut, die die Österreicher aus der Mittäterschaft entließ und den nachfolgenden Generationen die Sicht auf die auch von Österreichern begangenen Kriegsverbrechen und das weitläufige Mitläufertum der ‚Ostmärker‘ versperrte.“¹⁶⁶ Letzterem ist im Ergebnis zuzustimmen, doch die Opferthese wurde nicht auf der Okkupationstheorie aufgebaut, es war doch wohl umgekehrt: Die Opferthese war eine Grundannahme und Voraussetzung der Okkupationstheorie. Zudem wird in der Diskussion meist übersehen, dass auch Anhänger der Annexionstheorie Österreich durchaus als Opfer sehen konnten und sahen. Deshalb lehnte zum Beispiel Schärf Reparationen ebenso entschieden ab.

Es ist tatsächlich fraglich, inwieweit die alliierten Regierungen bereits bei ihrer Erklärung 1943 auch in völkerrechtlichen Kategorien dachten.¹⁶⁷ „Was zählt, sind aber nicht die Motive, sondern die Aussagen.“¹⁶⁸ Dass die österreichische Bundesregierung die Moskauer Deklaration ab Sommer 1945 in völkerrechtlichem Sinn auslegte und im Ringen um die Unabhängigkeit nach außen wie um die Freiheit nach innen ihrer Außen- und Innenpolitik zugrunde legte, war und ist nicht nur

165 Vgl. u.a. Keyserlingk, 1. November 1943, S. 9-15; Knight, Befreit oder besiegt; Bischof, Instrumentalisierung; Bischof, Austria, S. 60-67; Bischof, Opferideologie; Albrich, Opfermythos, S. 147-149; Albrich, Holocaust, S. 56-58; Johnson, Österreichische Nation; Utgaard, Remembering, S. 29; Uhl, Moskauer Deklaration; Uhl, Opfermythos.

166 Bischof, Instrumentalisierung, S. 346.

167 Vermutlich als erster Historiker meldete bereits Fellner, Außenpolitische Situation, S. 73-78, Bedenken an. Nach Simma/Folz, Restitution, S. 83, handelte es sich bei der Moskauer Deklaration „nicht um einen Rechtsakt mit völkerrechtlicher Bindungswirkung, sondern um eine politische Absichtserklärung unter Vorbehalt einer vertraglichen Regelung“. Für die beiden Völkerrechtler sprechen nämlich gute Gründe dafür, „dass der scheinbare Widerspruch in der Moskauer Deklaration tatsächlich einen Vorbehalt der Alliierten darstellt, im Wege einer vertraglichen Regelung mit der wieder erstandenen Republik Österreich unter Umständen auch die Übernahme der völkerrechtlichen Verantwortung für Vorgänge anzulasten, die nicht unter ihrer Kontrolle standen“ (ebenda, S. 82). Freilich handelt es sich auch dabei um eine völkerrechtliche These im Rückblick. Vgl. Gehler, Außenpolitik, S. 43-44.

168 Stourzh, Erschütterung, S. 308.

verständlich, sondern auch legitim.¹⁶⁹ Im Übrigen instrumentalisierten auch die Alliierten die Moskauer Deklaration. „Sie war den Zweckmäßigkeitserwägungen aller Okkupationsmächte wie dem Besetzten selbst unterworfen.“¹⁷⁰ Die Alliierten selbst ließen öffentlich ebenfalls keine Zweifel aufkommen, dass es sich bei der Moskauer Deklaration tatsächlich um eine bedeutungsvolle politische Absichtserklärung gehandelt habe. Insofern wäre auch ihnen von Beginn an eine Schlüsselrolle bei der Legitimierung des „Opfermythos“ zuzuweisen.¹⁷¹

Zumindest im Ergebnis trug die Moskauer Deklaration durchaus zur Weiterentwicklung des Völkergewohnheitsrechts bei.¹⁷²

Ein Missverständnis besteht vielleicht darin, dass oder soweit Historiker die Okkupationstheorie nicht als völkerrechtliche Argumentationslinie erkennen oder anerkennen, sondern mit einem tatsächlich fragwürdigen „Nur-Opfermythos“ gleichsetzen, der auch durch das Rot-Weiß-Rot-Buch genährt wurde.

Es ist evident, dass das Projekt „Rotbuch“ des Außenamtes, an dem Verosta mitarbeitete, eindeutig der völkerrechtlichen Okkupationstheorie verpflichtet war.

Noch hatte Verdross seine Variante einer quasi-kriegerischen Besetzung (*occupatio quasi-bellica*) nicht entwickelt. Noch galt es, die kriegerische Besetzung (*occupatio bellica*) zu beweisen.¹⁷³

1.10 Die Rotbuch-Aktion des Außenamtes

Die Anfänge der Rotbuch-Aktion reichen zumindest bis in den Wahlkampf 1945 zurück. In einer Wahlrede vor ÖVP-Funktionären in Wien-Währing am 30. Oktober 1945, und wohl nicht nur bei dieser Gelegenheit, ging Karl Gruber, der neue Unterstaatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, auf die Frage der Mitverantwortung Österreichs und ihre Folgen ein: „*Der Zusatz zur Moskauer Deklaration, demzufolge Österreich nach seinem eigenen Beitrag zu seiner Befreiung behandelt werden würde, führte in gerader Linie zur Potsdamer Deklaration und damit zur Gefahr der Auslieferung des überwiegenden Teiles des österreichischen Volksvermögens.*“¹⁷⁴

Es wäre unsinnig, so Gruber, zu leugnen, dass es Österreicher gegeben habe, die

169 Vgl. in diesem Sinn auch Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 22-25; Stourzh, Erschütterung, S. 307-309.

170 Gehler, Der Lange Weg, S. 93.

171 Vgl. in diesem Sinn Utgaard, Remembering, S. 29-30.

172 Vgl. Simma/Folz in Anm. 156.

173 Vgl. Verosta, Internationale Stellung, S. 2-3.

174 Wahlrede „Wir wahren Österreichs Interessen“ 30.10.1945, ediert in: Gehler, Reden und Dokumente, S. 90-92, Zitat S. 90-91.

nicht nur am Zusammenbruch der Heimat, sondern dadurch auch am Unglück der ganzen Welt mitschuldig geworden seien. Das sei aber die Schuld dieser Menschen und nicht des gesamten österreichischen Volkes. Gruber erinnerte an die Befreiung Innsbrucks durch die von ihm geführte Tiroler Widerstandsbewegung, die bei ihrem Aufstand auch zahlreiche Opfer zu beklagen gehabt habe. Die Regierung habe die Initiative übernommen, „in einem ROTBUCH den Nachweis zu erbringen, daß wir uns mit unseren Leistungen sehr wohl sehen lassen können.“¹⁷⁵

Am 11. März 1946 kündigte Gruber bei einem Auftritt in Innsbruck an, in Kürze werde die Regierung in einem Rotbuch „der mangelhaft informierten Welt den Beweis vorlegen, welche Unzahl von Österreichern zugrunde gegangen sind oder in den Konzentrationslagern lange bittere Jahre ausharren mußten.“¹⁷⁶

Leider ist nicht bekannt, von wem die Initiative ausging. Jedenfalls nahm sich das Außenamt der Sache an, das für diplomatische Dokumentationen auch zuständig war.

Wie bereits 1923 bis 1938, war das Außenamt von 1945 bis 1959 als Sektion dem Bundeskanzleramt eingegliedert. Allmählich gelang es unter sehr schwierigen Bedingungen, vom Ballhausplatz aus wieder einen notdürftig funktionierenden diplomatischen Dienst aufzubauen.¹⁷⁷ „Die Beamenschaft des Außenamtes setzte sich vorerst nur aus einer Handvoll wiedereingestellter graubärtiger und weißhaariger Gesandter zusammen“, erinnerte sich Gruber.¹⁷⁸ Der Außenminister war im Frühjahr 1946 39 Jahre jung, mit der Redaktion des Rotbuches betraute er seinen 48-jährigen Kabinettsleiter Karl Wildmann, „da sich keine österreichische Stelle für die Inangriffnahme eines solchen Werkes gefunden hatte“ (Q 17).

Wildmann brachte aus der „Ständezeit“ reichlich Propagandaerfahrung mit.¹⁷⁹ Nach Absolvierung der Konsularakademie wurde er 1922 der Gesandtschaft in Prag, im November 1933 der politischen Abteilung im Außenamt zugeteilt, am 15. Juli 1934

175 Ebenda, S. 92.

176 Rede in Innsbruck vom 11.03.1946, ediert in: Gehler, Reden und Dokumente, S. 106-111, Zitat S. 107.

177 ÖStA/AdR: BKA AA KdM K. 5, 100.058-K/47 (Darstellung über den Aufbau und Ausbau des österreichischen auswärtigen Dienstes für die Mitglieder des außenpolitischen Ausschusses, Wien 13.01.1947). Vgl. Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie; Gehler, Außenpolitik, S. 32-43; Bischof, Austria, S. 52-77; VVB 16.01.1947, S. 2 („Wiederaufbau des österreichischen Außenamtes“).

178 Gruber, Ein politisches Leben, S. 80; Gruber, Meine Partei, S. 87. Zum Wiederaufbau des Außenamtes vgl. Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 45-52.

179 Zu Wildmann: Aerni/Agstner, Botschaft Bern, S. 145-146; Hochverratsprozess Schmidt, S. 107-109. Für weitere Auskünfte danke ich Dr. Rudolf Jeřábek, Österreichisches Staatsarchiv.

schließlich als Büroleiter dem Bundeskommissär für Heimatdienst Walter Adam.¹⁸⁰ Das Referat für Heimatdienst, das im Bundeskanzleramt angesiedelt wurde, diente der „vaterländischen“ Propaganda, vor allem im Kampf gegen den Nationalsozialismus.¹⁸¹ Ende September 1934 brachte das Bundeskommissariat für Heimatdienst „Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte“ heraus, die 1935 auch in englischer Übersetzung erschienen.¹⁸² Aufgrund amtlicher Quellen sollte vor aller Welt der gescheiterte nationalsozialistische Putschversuch im Juli 1934 dokumentiert werden, dem der „Heldenzkanzler“ Dollfuß zum Opfer gefallen war. Inwieweit Wildmann Anteil an dieser Darstellung hatte, bliebe zu ergründen. Wir dürfen annehmen, dass er zumindest dem Redaktionskomitee angehörte.¹⁸³ Jedenfalls erinnert sie sehr an sein Rotbuch-Projekt von 1946. Wildmann wies die Rotbuch-Beauftragten der Länder und Ministerien darauf hin, dass zum Kapitel über die nationalsozialistische Aggression gegen Österreich von 1933 bis 1938 in diesem amtlichen „Braunbuch“ bereits das wichtigste Material vorliege (Q 3, Q 9). Insofern sollte das Rotbuch also darauf aufbauen.

Im Oktober 1934 bestellte der neue Bundeskanzler Kurt Schuschnigg den Bundeskommissär für Heimatdienst Adam zugleich zum Generalsekretär der „Vaterländischen Front“ (VF), die Dollfuß im Mai 1933 als formell überparteiliche Organisation zur Sammlung aller „regierungstreuen“ Kräfte ins Leben gerufen hatte. Im autoritären „Ständestaat“ kam der Vaterländischen Front bald eine Monopolstellung zu. Auch die Christlichsoziale Partei musste im Herbst 1934 ihre Tätigkeit einstellen. Als Verband öffentlichen Rechts war die Vaterländische Front nach dem VF-Gesetz

180 Im Hochverratsprozess gegen Guido Schmidt sagte Wildmann 1947 aus: „1934 wurde ich als Büroleiter des Kommissärs für Heimatdienst bestellt. Da meine antinationalsozialistische Betätigung dort jedenfalls zu weitgehend erschien, wurde ich in der Folge zum Organisationsleiter des Propagandamantes im Rundfunk bestellt.“ (Hochverratsprozess Schmidt, S. 108). – Wann diese Bestellung erfolgte und ob sie von Dauer war, geht aus dem Text leider nicht hervor. Im Österreichischen Amtskalender 1934 ist der Bundeskommissär für Heimatdienst noch nicht ausgewiesen. Laut Österreichischem Amtskalender 1935, S. 40, 1936, S. 42, 1937, S. 42, war ihm Wildmann zugeteilt. – Zu Adam vgl. Funder, Sturm, S. 326-329; Enderle-Burcel, Mandatare, S. 36-37; Bärnthaler, Vaterländische Front, S. 71-78; Köhler, Nachrichtenwesen, S. 55-56.

181 Bärnthaler, Vaterländische Front, S. 13-21; Köhler, Nachrichtenwesen, S. 70-72.

182 Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte, hg. auf Grund amtlicher Quellen vom Bundeskommissariat für Heimatdienst. Wien 1934; The Death of Dollfuss. An official history of the revolt of July, 1934, in Austria, translated by Johann Messinger. London 1935.

183 Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler, S. 169, berichtet von einem „Redaktionskomitee, in dessen Rahmen Oberst Walter Adam federführend war“.

von 1934 dazu berufen, „Träger des österreichischen Staatsgedankens zu sein“.¹⁸⁴ Das neue VF-Gesetz von 1936 erklärte die Vaterländische Front schließlich zum „*einzig[e]n Träger der politischen Willensbildung im Staate*“.¹⁸⁵ Trotz beeindruckender Mitgliederzahlen von zuletzt 3 Millionen blieb sie doch nur die Fiktion einer wirklichen Volksbewegung. Mit „imitationsfaschistischen“ Mythen, Symbolen und Ritualen war der Kampf gegen den Nationalsozialismus nicht zu gewinnen.¹⁸⁶ Die außenpolitische Wende 1936, mit den erzwungenen Annäherungen und Ausgleichsbemühungen mit Hitlerdeutschland, erschwerte die Bekämpfung des illegalen Nationalsozialismus und entmutigte die eigene Anhängerschaft.¹⁸⁷ Das galt auch für den Heimatdienst, der sich durch Schuschniggs Juliabkommen mit Hitler als „*Erstzpropagandaministerium*“ stark eingeschränkt sah.¹⁸⁸

Das sagte Wildmann im März 1947 als Zeuge im Hochverratsprozess gegen Guido Schmidt aus, nicht zu dessen Vorteil. Schuschniggs Staatssekretär und letzter Außenminister, der aus Bludenz stammte, war wegen Hochverrates am österreichischen Volk angeklagt.¹⁸⁹ Die Hauptverhandlung wurde am 26. Februar 1947 in Wien vor dem Landesgericht für Strafsachen als Volksgericht eröffnet. Sie erregte großes

184 Bundesgesetz vom 01.05.1934 betr. die „Vaterländische Front“, BGBl. II Nr. 4/1934, § 2: „*Sein Ziel ist die politische Zusammenfassung aller Staatsangehörigen, die auf dem Boden eines selbständigen, christlichen, deutschen, berufsständisch gegliederten Bundesstaates Österreich stehen und sich dem derzeitigen Führer der Vaterländischen Front oder dem von diesem bestimmten Nachfolger unterstellen.*“ – Vgl. Hecht, Bundesgesetz; Bärnthaler, Vaterländische Front; Reichhold, Kampf; Kriechbaumer, Österreich.

185 Bundesgesetz über die „Vaterländische Front“, BGBl. Nr. 160/1936, 206/1936, 336/1936, § 2. – Zu den Gründen und Absichten dieser Gesetzesreform vgl. Hecht, Bundesgesetz.

186 Vgl. die überzeugende Analyse des Herrschaftssystems von Hanisch, Politischer Katholizismus; Hanisch, Der lange Schatten, S. 310-315. Zur wissenschaftlichen Diskussion „faschistisch“ oder „autoritär“ vgl. Kriechbaumer, Österreich, S. 35-45.

187 Das räumte rückblickend auch Schuschnigg, Im Kampf, S. 186, ein.

188 Wildmann in: Hochverratsprozess Schmidt, S. 108 (Einvernahme 07.03.1947). Das bestätigte auch Hans Becker, ebenda, S. 162-166 (Einvernahme 14.03.1947).

189 Aus der Anklageschrift: „*Dr. Guido Schmidt habe in den Jahren 1936 bis 1938 in und außerhalb Österreichs als Staatssekretär, zuletzt auch als Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, somit in führender Stellung, im Zusammenspiel mit maßgebenden Persönlichkeiten des Deutschen Reiches und der NSDAP ohne Wissen und unter Täuschung der österreichischen Bundesregierung, insbesondere des Bundeskanzlers Dr. Kurt Schuschnigg, in Verfolgung persönlicher politischer Ziele etwas unternommen, was die gewaltsame Änderung der Regierungsform in Österreich zugunsten der NSDAP und die Machtergreifung durch diese förderte. Er habe hierdurch das Verbrechen des Hochverrates am österreichischen Volk nach § 8 des Kriegsverbrechergesetzes begangen und sei dafür nach § 8 des Kriegsverbrechergesetzes zu bestrafen.*“ (Hochverratsprozess Schmidt, S. 2). – § 8 Kriegsverbrechergesetz, StGBI. Nr. 32/1945, sah die Todesstrafe vor.

Aufsehen. Schmidt wurde am 12. Juni 1947 freigesprochen.¹⁹⁰ Im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei erschien noch 1947 eine 698 Seiten starke Dokumentation.¹⁹¹

Adam war bereits im Mai 1936 aus Protest gegen den faschistischen Kurs der Heimwehr als VF-Generalsekretär zurückgetreten.¹⁹² Im Dezember 1936 wurde der Heimatdienst-Kommissär jedoch zusätzlich mit der Leitung des Bundespressdienstes betraut, womit er alle Fäden der Regierungspropaganda und Medienzensur in der Hand hielt.¹⁹³ Adam wurde 1938 mit dem ersten Transport ins KZ Dachau verfrachtet,¹⁹⁴ sein Büroleiter Wildmann aus dem Staatsdienst entlassen. 1939 wurde Wildmann, der im Ersten Weltkrieg noch bei der Marine gedient hatte, als Leutnant in der Reserve zum Dienst bei einer Flak-Abteilung einberufen.¹⁹⁵ Anschließend brachte er sich als Versicherungsagent durch, bis er mit 30. April 1945 als Legationsrat wieder offiziell in den Auswärtigen Dienst aufgenommen wurde.

Wildmann (geb. 1898) zählte zur jungen Generation der Zwischenkriegszeit, die nun am Ballhausplatz ungeduldig in die Verantwortung drängte. Ein Tagebuch seines Kollegen Josef Schöner (geb. 1904) von 1944/45 gibt einen guten Einblick in die Stimmungslage der „*jungen Aktivisten*“ und „*radikalen Österreicher*“,¹⁹⁶ die vor 1938 „vaterländisch“ gesinnt gewesen waren und nun auch politisch aktiv wurden, die im „*Rückbruch*“ die Chance zum Aufbruch in ein neues Österreich sahen.¹⁹⁷ Denn der politische „Bruch“ des Jahres 1945 trug nicht nur stark restaurative Züge: „Es gab durchaus die Signale des Neubeginns.“¹⁹⁸

Wildmann wie Schöner werden Tendenzen, die Entnazifizierung auf eine „Entfaschisierung“ der „Austrofaschisten“ auszudehnen, absurd erschienen sein. Realpolitisch war dies ohnehin kaum möglich, nachdem sich rasch zeigte, „daß ein Großteil der

190 Das Gericht erkannte Schmidt jedoch keine Haftentschädigung zu, „*weil ein die Verfolgung und die Haft genügend begründeter Verdacht vorlag, der auch in der Folge nicht völlig entkräftet worden ist.*“ (Hochverratsprozess Schmidt, S. 690).

191 Hochverratsprozess Schmidt. – Zu den Vorarlberger Zeugen, die einvernommen wurden, zählten Landeshauptmann Ulrich Ilg als ehemaliger Staatssekretär und Altbundeskanzler Otto Ender, zudem der spätere Landespressereferent Hans Huebner.

192 Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler, S. 178.

193 Vgl. Köhler, Nachrichtenwesen, S. 66-72.

194 Adam, Nacht.

195 Zur Flak-Ersatz-Abteilung 38, die in Linz stationiert war (29.08.1939–26.08.1940). Wildmann sagte im Schmidt-Prozess aus: „*Zunächst wurde ich ohne Pension entlassen, 1939 rückte ich ein, doch gelang es mir mit Hilfe eines Assistenzarztes in einem Wiener Luftwaffenlazarett unterzukommen*“ (Hochverratsprozess Schmidt, S. 108).

196 Schöner, Tagebuch, S. 236.

197 Zum „Rückbruch“ (Schöner, Tagebuch, S. 243, 272) vgl. Hanisch, Der lange Schatten, S. 395-398.

198 Ebenda, S. 398.

ÖVP-Elite in irgendeiner Weise aus dem ‚Ständestaat‘ stammte, daß gerade sie 1938 besonders hart getroffen war und daher 1945 berechtigt als Opfer des Nationalsozialismus angesehen werden mußte.“¹⁹⁹ Wildmann engagierte sich, wahrscheinlich inkognito, für die ÖVP. Im Wahlkampf 1945 belieferte der journalistisch talentierte und versierte Diplomat ÖVP-Blätter mit Polemiken.²⁰⁰

Zu diesem Kreis zählte auch Franz Sobek (geb. 1903), der sich im KZ Dachau mit Figl befreundet und nach seiner Freilassung 1943 in der Widerstandsbewegung O5 an politischem Gewicht gewonnen hatte. Als Ministerialrat in besonderer Verwendung Figls sollte er im Präsidium des Bundeskanzleramtes an den Fäden ziehen.²⁰¹

Sobek, ursprünglich Polizeijurist, hatte sich wie Wildmann als Mitarbeiter im Bundespressedienst, in Adams Heimatdienst und schließlich als Leiter des Generalsekretariats der 1936 errichteten Österreichischen Pressekammer profiliert.

Der Pressekammer stand seinerzeit Eduard Ludwig (geb. 1883), Adams Vorgänger als Chef des Bundespressedienstes, vor. Jener „Minister“ Ludwig,²⁰² der nun als ÖVP-Nationalrat das außenpolitische Feld beackerte und sich des jungen Stephan Verosta (geb. 1909) als Ghostwriter bediente.

Zur selben Generation wie Ludwig gehörte Ferdinand Reiter (geb. 1889), ein weiterer Jurist im journalistischen Geschäft, der, wie bis 1938, wieder die „Wiener Zeitung“ leitete und zudem die Staatsdruckerei, die das Rot-Weiß-Rot-Buch verlegen sollte. Beim Projekt „Rotbuch“ arbeiteten also Männer zusammen, die bereits von 1933 bis 1938 im Widerstand gegen Hitler an maßgeblichen Stellen im Dienst der „vaterländischen“ Regierungspropaganda gestanden hatten. Nicht von ungefähr wurden Schöner, Sobek, Wildmann und Ludwig im März 1947 Schmidt-Prozess als Zeugen einvernommen.²⁰³

Staatskanzler Renner und seinem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Heinrich Wildner, standen die „Jungen“ mit Skepsis gegenüber.²⁰⁴ Sie hatten die

199 Ebenda, S. 397-398.

200 Schöner, Tagebuch, S. 421; vgl. ebenda, S. 235.

201 Sobek stellte auch den Kontakt zwischen Figl und dem „Siebenausschuss“ der Widerstandsbewegung in Wien her, in den Sobek im März 1945 eintrat (Molden, Ruf, S. 204-208; Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S.63-64; Stamprech, Staatsdruckerei, S. 183-188 u. 192).

202 Der „Minister“ – kurz für: „Außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister“ – war ein Rang- und Amtstitel im diplomatischen Dienst, aus dem Ludwig stammte. Die Titelhierarchie im Höheren auswärtigen Dienst nach Dienstpostengruppen 1948: Legationssekretär 3. Klasse (Vizekonsul), Legationssekretär 2. Klasse (Konsul 2. Klasse), Legationssekretär 1. Klasse (Konsul 1. Klasse), Legationsrat 3. Klasse, Legationsrat 2. Klasse (Generalkonsul 2. Klasse), Legationsrat 1. Klasse (Generalkonsul 1. Klasse), Außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister (Dienstzweige-Verordnung, BGBl. Nr. 164/1948, Abschnitt I Nr. 9).

203 Hochverratsprozess Schmidt.

204 Vgl. Schöner, Tagebuch, S. 168, 173, 183, 201-202, 235, 237-238, 253-255, 295-296, 382. Zu Wildner vgl. u.a. seine Zeugenaussage in Hochverratsprozess Schmidt, S. 282-285.

offen großdeutsche Einstellung der beiden Sudetendeutschen von 1938/39 nicht vergessen und waren über Renners Haltung regelrecht entsetzt, der nach ihrem Empfinden das Scheitern des „Anschlusses“ bedauerte, Österreich nicht eindeutig auf der Seite der Sieger sah, ja sogar öffentlich eine Mitverantwortung der österreichischen Soldaten einbekennen wollte. „*Sobek und Wildmann raufen sich die Haare*“, notierte Schöner, der sich im notdürftig eingerichteten Außenamt nützlich machte.²⁰⁵ Denn darin waren sich die jüngeren, konservativen wie sozialistischen Diplomaten einig, dass Österreich kein Teil des besiegten Deutschlands sei, „*sondern auch ein Siegerstaat, wenn auch einer ‚minderen Rechtes‘ vielleicht*“.²⁰⁶ Sie konnten es nicht verstehen, dass Renner die europäischen Siegesfeiern nicht für eine Regierungskundgebung an der Seite der Sieger nützte.²⁰⁷

Diese Einstellung war nicht nur politisch-diplomatisches Kalkül, sondern entsprach wohl auch ihrer Überzeugung. Mochten die Gefühle des Volkes im Frühling 1945 zwischen den Polen Befreiung, Niederlage und Besetzung schwanken, die Proponenten des Rot-Weiß-Rot-Buches zählten zu den politischen Eliten, für die es „Tage der Befreiung“ waren; „der Grundkonsens der Zweiten Republik beruhte auf dieser Annahme.“²⁰⁸

Es waren die Diplomaten der Staatsvertragsgeneration. Verosta als Leiter des Völkerrechtsbüros und Schöner als Leiter der Politischen Abteilung werden 1955 an den Verhandlungen in Moskau und Wien teilnehmen,²⁰⁹ Wildmann wird Außenminister Figl als Generalsekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten in Sachen Verantwortlichkeitsklausel beraten.²¹⁰

Für das Verständnis ist auch ein Blick in das Büchlein „Österreichs Freiheitskampf“ lohnend, das Hans Becker (geb. 1895), die Integrations- und Führungspersönlichkeit des bürgerlichen Widerstandes,²¹¹ 1946 im Verlag der „Freien Union der ÖVP“ veröffentlichte. Mit dieser privaten Dokumentensammlung verfolgte der ehemalige Propagandareferent der Vaterländischen Front exakt dasselbe Programm wie die Rotbuch-Redaktion, nahm er dessen Argumentationslinie vorweg oder zeichnete sie vor.²¹² Becker war 1933 von Dollfuß ebenfalls in das Referat für Heimatdienst berufen worden.²¹³ Er stand bereits seit Juni 1945 in Kontakt mit dem Außenamt.²¹⁴

205 Ebenda, S. 238 (09.05.1945).

206 Ebenda, S. 227 (06.05.1945).

207 Ebenda, S. 235 (08.05.1945).

208 Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 405.

209 Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, S. 497 Anm. 25.

210 Ebenda, S. 518-519.

211 Vgl. Luza, *Widerstand*, S. 185-192.

212 Vgl. Becker, *Freiheitskampf*, S. 4-6.

213 Hochverratsprozess Schmidt, S. 162 (Einvernahme Becker 14.03.1947).

214 Schöner, *Tagebuch*, S. 295 (19.06.1945).

– Ging die Initiative für das Rot-Weiß-Rot-Buch vielleicht von ihm aus? – Jedenfalls zeigte Becker am Beispiel eines Berichts der „New York Herald Tribune“ das Versäumnis der österreichischen Seite auf, *„die bisher keinerlei Schritte unternahm, um das vorhandene Material zu sammeln, zu prüfen und in seriöser Form zu veröffentlichen. Dazu ist aber nur eine offizielle Stelle imstande.“*²¹⁵ Becker übersiedelte noch 1946 als österreichischer Geschäftsträger nach Santiago de Chile, wo er 1948 von einem verzweifelten, staatenlosen Exilanten erschossen wurde.²¹⁶

1.11 Ein amtliches Rotbuch in aller Eile

Außenminister Gruber wird seinen Kabinettsleiter Wildmann spätestens gegen Mitte März 1946 mit dem Projekt „Rotbuch“ betraut haben (vgl. Q 11). Die Planung und Durchführung, bis hin zur eigentlichen Redaktionsarbeit und Textierung, lag in Wildmanns Händen.

Wildmann ging das Projekt in großer Eile und sehr zielstrebig an. Vom 19. März datiert das eingangs zitierte Informationsschreiben des Bundesministers an seine Ministerkollegen und die Landeshauptmänner mit dem Ersuchen, umgehend einen Rotbuch-Beauftragten für ihren Bereich zu bestellen (Q 2). In Bregenz traf es allerdings erst zwei Wochen später ein. Am 28. März ließ Wildmann Richtlinien für die Beschaffung, Bearbeitung und Übermittlung des Materials folgen (Q 3).

Diese ersten Arbeitsschritte der „*Rotbuch'-Aktion*“ dokumentierte er in einem Schreiben vom 8. April, in dem er um die Zuteilung eines internen Mitarbeiterstabes ersuchte, der zumindest aus einer sachlich geeigneten, agilen jüngeren Kraft für die Beschaffungsarbeiten, aus einer Hilfskraft zur Registrierung und Bearbeitung des Materials und einer Schreibkraft bestehen müsse. Dauer und Umfang der Arbeit, so Wildmann, hingen vom Funktionieren der von den Ressortministern und den Landeshauptmannschaften bestellten Mitarbeitern ab. Ihm müsste allerdings für die nächsten sechs bis acht Wochen ein erheblicher Teil seiner Arbeitszeit für die Rotbuch-Arbeiten zur Verfügung stehen.²¹⁷

215 Vgl. Becker, *Freiheitskampf*, S. 37.

216 Nach Rathkolb, *Widerstand*, S. 9, wurde Becker „als österreichischer Gesandter in Rio de Janeiro“ erschossen. Möglicherweise war das sein Sterbeort, sein Dienort als Geschäftsträger dürfte jedenfalls Santiago de Chile gewesen sein (*Österreichische Behörden 1948 Ergänzungen*, S. 7; Luza, *Widerstand*, S. 192 Anm. 2).

217 ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 10, *Mappe Planung: Nicht adressiertes Schriftstück Rotbuch von Karl Wildmann, Wien 08.04.1946*. – In dieser Mappe liegen auch ausgefüllte Fragebögen für Mitarbeiter am Rotbuch ein.

Das Außenamt war krass unterbesetzt und als Kabinettsleiter hatte Wildmann gewiss auch sonst genügend zu tun. Das Kabinett des Bundesministers war zuständig für alle Präsidialangelegenheiten im engeren Sinn, für Zuschriften, Bittgesuche und Vorsprachen beim Bundesminister und für die Verbindung mit dem Ministerrat.²¹⁸ Als Kabinettsleiter war Wildmann wohl auch in die Ressortführung und politische Beratung eingebunden.

Bei der Zusammenstellung des Materials unterstützten ihn mit Stephan Verosta und Hans Reichmann zwei jüngere Kollegen aus dem Völkerrechtsbüro (Q 16, Q 17). Verosta, der Apologet der Okkupationstheorie, wird die völkerrechtlich relevanten Quellen besorgt haben. Reichmann, der als Offizier in der französischen Fremdenlegion und Militärverwaltung gedient hatte, trug wohl zum Aspekt der Österreicher in den alliierten Streitkräften bei;²¹⁹ zumindest werden im Rot-Weiß-Rot-Buch gerade die Österreicher in französischen Einheiten hervorgehoben (vgl. auch Q 19).²²⁰ Die beiden Freunde übernahmen zudem das Korrekturlesen der Druckfahnen (Q 16). Auch Josef Schöner in der Politischen Abteilung des Außenamtes scheint Wildmann eingespannt zu haben (Q 16).²²¹ Spätestens als das Manuskript in den Satz ging, war Redakteur Otto Seiffert, später ein erfolgreicher Presseattaché in Bonn und London,²²² Wildmann bei der drucktechnischen Abwicklung behilflich (Q 16).

Im Konzept für das Ministerrundschreiben (Q 2) war noch der Hinweis vorgesehen, dass sich Gruber auch an eine „Liga der demokratischen Freiheitskämpfer“ und an

218 Österreichische Behörden 1946, S. 18; Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S. 91.

219 Reichmann war bereits vor seinem Eintritt in den Auswärtigen Dienst mit Verosta eng befreundet gewesen (Reichmann, Fremdenlegionär, S. 87-88). Als sein Eintrittsdatum gibt er einmal den 15. März 1946, dann den 20. April 1946 an (Reichmann, Fremdenlegionär, S. 3 u. 91). Bischof, Austria, S. 184 Anm. 64, kritisiert, dass sein Kontrahent Reichmann in seinen 1982 veröffentlichten Erinnerungen dem Rot-Weiß-Rot-Buch-Projekt nur einen Absatz widmete. Dass er bei dessen Redaktion mitgearbeitet hatte, erwähnte Reichmann nicht (Reichmann, Fremdenlegionär, S. 93). Vermutlich maß Reichmann seiner Mitarbeit, wie dem Projekt selbst, einfach nur geringe Bedeutung zu. Weshalb hätte ausgerechnet Reichmann seine Beteiligung vertuschen sollen? – An Wildmann erinnert Reichmann nur in seiner späteren Funktion als Personalchef, der den Auftrag hatte, den unkonventionellen Quereinsteiger zur Gesandtschaft nach Budapest abzuschicken; worauf Reichmann mit 1. April 1947 vorübergehend ins Bundesministerium für Inneres wechselte (ebenda, S. 98-99).

220 Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 165-166.

221 Nach vager Erinnerung Fritz Moldens, bis Sommer 1946 persönlicher Sekretär Grubers, waren Verosta sowie auch Reichmann und Schöner mit diesem Projekt befasst (vgl. Anm. 398).

222 Anfang 1952 wurde Seiffert als Presseattaché zur österreichischen Vertretung nach Bonn entsandt, wo es ihm rasch gelang, wichtige Kontakte zur deutschen Presse zu finden und so für die österreichische Problemstellung Interesse zu wecken. 1955 nützte die sowjetische Regierung Seiffert, um Bundeskanzler Adenauer ein Verhandlungsangebot zu lancieren (Pape, Ungleiche Brüder, S. 134 u. 335).

den „KZ-Verband“ wende.²²³ Offenbar war damit nur an ÖVP-nahe Organisationen gedacht.

Nach der Befreiung schossen allenthalben Opfer- und Widerstandsvereinigungen aus dem Boden, deren politischen Einfluss die drei Parteien jedoch zu beschneiden oder zu instrumentalisieren trachteten. Als sich die bürgerliche Organisation „O5“ mit der Etablierung der Parteien aufzulösen begann, hofften die „Jungen“ im Außenamt auf eine „*Organisation der ‚Dachauer‘*“ (wohl der spätere KZ-Verband) als Korrektiv: „*Diese überparteiliche Zusammenfassung soll der Sammelpunkt aller aktiven Bekenner Österreichs werden und rücksichtslos eingreifen, wenn sich irgendwo nazistische oder unösterreichische Symptome zeigen sollten,*“ schrieb Schöner am 25. April 1945 in sein Tagebuch.²²⁴ Diese Hoffnung erwies sich als Illusion.

Am 14. und 15. Dezember 1945 schlossen sich Vertreter verschiedener Organisationen bei einer Tagung in Bregenz zu einer „Österreichisch-demokratischen Freiheitsbewegung“ zusammen.²²⁵ Doch das war bereits ein Abgesang. So hatten sich kurz vor Beginn der Tagung die prominentesten Vertreter der Tiroler Widerstandsbewegung, allen voran Außenminister Gruber, öffentlich gegen den Fortbestand jeder Sonderformation, so auch der „Österreichischen Widerstandsbewegung“, ausgesprochen. Ihr militärisches Ziel habe sie mit der Zertrümmerung des NS-Staates erreicht, ihr politisches Ziel durch die freie Wahl am 25. November: „*Die weitere Tätigkeit der Widerstandsbewegung ist sinnlos und unter Umständen der politischen Entwicklung Oesterreichs abträglich.*“ Alle Aktivisten wurden aufgefordert, eine politische Tätigkeit nur im Rahmen einer Partei zu entfalten.²²⁶ Die im Juni 1945 gegründete „Österreichische demokratische Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg“ wurde denn auch am 14. März 1946 mit wohlwollenden Nachrufen feierlich zu Grabe getragen.²²⁷ Sie war freilich nur eine von vielen.

Sowjetische Beobachter erklärten sich 1946 die große Zahl an Verbänden damit, „dass viele, die mit dem NS-Regime zusammengearbeitet hatten, sich nun reinzuwaschen versuchten, indem sie ihre demokratische Gesinnung dadurch beweisen wollten, dass sie Bündnisse ins Leben riefen, die sich an der Meinungsausrichtung

223 Nach Schmidl, Kienbauer, S. 475, waren beide Organisationen tatsächlich an der Sammlung von Beiträgen beteiligt.

224 Schöner, Tagebuch, S. 187 (ähnlich am 04.05.1945, ebenda, S. 216).

225 Vgl. Feldkircher Anzeiger 22.12.1945; VVB 15.12.1945, S. 1; VN 15.12.1945, S. 1; TZ 18.12.1945, S. 2.

226 VVW 07.02.1946, S. 3 („Selbstauflösung der Österr. Widerstandsbewegung“). Der Vorarlberger Volkswille der SPÖ war die Mutation einer Innsbrucker Parteizeitung.

227 Vgl. Wanner, ÖDW, S. 87.

der westlichen Alliierten orientierten“.²²⁸ So habe die österreichische Staatspolizei Informationen erhalten, dass der „Liga der demokratischen Freiheitskämpfer für Österreich“, die zu den mitgliederstärksten Vereinigungen zählte, über 500 ehemalige NSDAP-Mitglieder angehörten. – Ob das stimmt, ist eine andere Frage. Ganz unberechtigt dürfte die Skepsis gegenüber den Verbänden aber nicht gewesen sein. Die „Liga“ wurde der ÖVP zugerechnet. Hans Becker – der eine offizielle Dokumentensammlung einmahnte – gehörte dem Vorstand an.²²⁹

Der „KZ-Verband“, der am 31. März 1946 im Beisein Bundeskanzler Figls in der Wiener Universität seine konstituierende Generalversammlung abhielt, war offenbar als überparteiliche Organisation konzipiert.²³⁰ Zum Vorsitzenden wurde Fritz Bock, der Geschäftsführer des ÖVP-Generalsekretariats, gewählt. Auch die Sozialisten und Kommunisten waren im Vorstand vertreten, und der wohl der ÖVP zuzurechnende Ministerialrat Franz Sobek, der Wildmann mit nur unzulänglichem Zahlenmaterial für das Rot-Weiß-Rot-Buch versorgte (Q 15).

Dieser KZ-Verband bildete wohl den Kern des gesetzlich privilegierten „Bundes der politischen Verfolgten - Österreichischer Bundesverband“,²³¹ der sich im September 1946 unter Sobeks Vorsitz bildete, über den die Bundesregierung sämtliche Verfolgten- und Opferverbände in den Griff zu bekommen bemüht war, der jedoch schon 1948 wieder in Vorfeldorganisationen der Parteien zerfiel.²³²

Auch regionale Widerstandsvereinigungen lieferten Material für das Rot-Weiß-Rot-Buch. Ende Mai 1946 brachte sich Karl Szokoll, der in Wien den militärischen Widerstand organisiert hatte, mit einem Vorschlag für die Verwendung und allgemeine

228 Christoforov, Dokumente, S. 197.

229 Ebenda, S. 198.

230 VN 02.04.1946, S. 1 (Konstituierende Generalversammlung des KZ-Verbandes).

231 Bailer, Wiedergutmachung, S. 26, schreibt „Bundesverband“ (vorher: „KZ-Verband“).

232 Der „Bund der politischen Verfolgten - Österreichischer Bundesverband“ wurde am 28./29. September 1946 als Dachverband aller Verfolgten- und Opferverbände gegründet, der auf allen Ebenen dem Proporz der drei Parteien entsprechend besetzt war. Ihm gehörten neben Angehörigen der SPÖ, der ÖVP und der KPÖ auch Vertreter der so genannten „Abstammungsverfolgten“ an. Im Juli 1947 wurde der „Bundesverband“ durch das „Privilegierungsgesetz“ (BGBl. Nr. 82/1947) zur alleinigen Interessenvertretung der ehemaligen Widerstandskämpfer und Verfolgten erklärt. Wenige Monate später, unter dem Eindruck der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei, verließen die Vertreter der SPÖ und ÖVP den „Bundesverband“, der damit Anfang März 1948 aufgelöst war. Die Parteien gründeten eigene Verbände oder aktivierten bereits bestehende: Die SPÖ den „Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“, die ÖVP die „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ und die KPÖ den „Bundesverband österreichischer KZler, Häftlinge und politischer Verfolgter“, für den sich die Bezeichnung „KZ-Verband“ einbürgerte, der den Anschein der Überparteilichkeit wahrte (Bailer, Wiedergutmachung, S. 45-52).

Linienführung des vorhandenen Materials in das Rotbuch-Projekt ein.²³³ Ob das Wildmann gefreut hat, ist eine andere Frage. Denn er hatte wohl schon längst ein sehr detailliertes eigenes Konzept für das Rotbuch.²³⁴ – „Rotbuch“ war inzwischen nur noch ein Arbeitstitel.

1.12 Kein „Rotbuch“, nur ein „Rot-Weiß-Rot-Buch“

Farbbücher hatten in der Außenpolitik, die vor 1918 in den meisten Monarchien noch weitgehend der Krone vorbehalten war, eine lange Tradition (vgl. Q 1). Zur Beruhigung oder Abschreckung veröffentlichten die Außenministerien Dokumente ihrer Geheimdiplomatie. Diese Dossiers wurden nach der Farbe ihrer Umschläge benannt: Großbritannien publizierte „Blaubücher“, Deutschland „Weißbücher“, Frankreich „Gelbbücher“ usw. Österreich-Ungarn veröffentlichte ab 1868 „Rotbücher“. So rechtfertigte Österreich-Ungarn, wie andere Staaten auch, 1915 seine Kriegserklärungen mit einer Serie von Rotbüchern, in denen diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs publiziert wurden. 1919 ließ das Staatsamt für Äußeres der neuen, durch die Kriegsschuldfrage bedrängten Republik Österreich Ergänzungen und Nachträge folgen.²³⁵

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Deutschösterreich – im Unterschied zu Ungarn – vehement die staats- und völkerrechtliche Diskontinuität verfochten, alles daran gesetzt, nicht (allein) als völkerrechtliche Nachfolgerin Österreich-Ungarns mit der Kriegsschuld und entsprechenden Reparationen belastet zu werden.²³⁶ Die Alliierten hätten nach geltendem Völkerrecht den vollständigen Untergang ihres Kriegsgegners akzeptieren oder eine Rechtsnachfolge sämtlicher Nachfolgestaaten mit anteilmäßigen Reparationsverpflichtungen annehmen können. Doch das wollten sie nicht. Sie wählten deshalb den Weg, die Republik Deutschösterreich auf der Grundlage

233 ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 10, Mappe Planung: Schreiben Karl Szokoll, Wien 29.05.1946 (Fragment, Adressat unbekannt). Am 30. Mai 1946 sandte Szokoll Wildmann einen „Tätigkeitsbericht über die militärischen Planungen und den Einsatz zur Beschleunigung der Befreiung Österreichs“ (Schreiben in ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 10, Mappe Korrespondenz; Bericht in ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 5, Mappe IX Wien, W 1). – Zu Szokoll vgl. Szokoll, Rettung Wiens; Stelzl-Marx, Szokoll; Christoforov, S. 201-212; Luza, Widerstand, S. 258-276.

234 In ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 10, Mappe Planung, liegen von Wildmann ausführliche Konzepte zu Organisation und Inhalt des Rotbuchs ein, leider nur fragmentarisch und undatiert.

235 Das Rotbuch 1919 wurde vom Staatsamt für Äußeres in drei Folgen als Ergänzung und Nachtrag mit Aktenstücken vom 28. Juni bis 27. August 1914 herausgegeben. Leider gibt das Vorwort zum ersten Teil über die Motive keine Auskunft (Diplomatische Aktenstücke I, S. III).

236 Zum Folgenden: Simma/Folz, Restitution, S. 56-58. Vgl. Verosta, Kontinuität, S. 586-597.

REPUBLIK ÖSTERREICH
STAATSDRUCKEREI FÜR AUSSERES

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
ZUR
VORGESCHICHTE DES KRIEGES 1914

ERGÄNZUNGEN UND NACHTRÄGE
ZUM
ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN ROTBUCH

I. TEIL
28. JUNI BIS 23. JULI 1914



WIEN 1919. STAATSDRUCKEREI

Rotbuch der Republik Österreich 1919

der völkerrechtlichen Vertragsfreiheit zu zwingen, im Staatsvertrag von St. Germain die Universalrechtsnachfolge für den österreichischen Reichsteil (deshalb auch die Festlegung des Staatsnamens auf „Österreich“), die Verantwortung für den Krieg und entsprechende Wiedergutmachungspflichten auf sich zu nehmen; wobei Österreich letztlich keine Reparationen zahlte, sondern im Gegenteil mit westlichen Krediten über Wasser gehalten wurde.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg sollten die völkerrechtlichen Konsequenzen vertraglich geregelt werden. Wieder ging es um die Kriegs(mit)schuld. Erneut vertrat Österreich eine Diskontinuität, diesmal im Hinblick auf das Deutsche Reich, und entschiedene Kontinuität und Identität der „Zweiten Republik“ mit der „Ersten Republik“.²³⁷

Ende April 1946 ließ Wildmann die Rotbuch-Beauftragten der Ressortminister und Landeshauptmänner wissen, dass die Publikation den offiziellen Titel „Rot-Weiß-Rot-Buch“ erhalte, als Arbeitstitel jedoch einfachheitshalber der Begriff „Rotbuch“ beibehalten werde (Q 9). Wenn die Publikation schließlich auf Bundeskanzler Figls Wunsch als „Rot-Weiß-Rotbuch“ erschien – erklärte Wildmann später in einem Interview – so komme darin zum Ausdruck, dass sie keine amtliche Aktenpublikation in formellem Sinn darstelle, die sich auf ein diplomatisches oder internationales Einzelproblem beschränke, sondern dass sie ein grundsätzlicher Beitrag zum Verständnis des österreichischen Schicksals in dieser Zeit sein wolle (Q 1).²³⁸

War das der einzige Grund?

Mit einer exakten Edition diplomatischer Schriftstücke in der Tradition des Rotbuches von 1915/19 hatte diese journalistisch aufbereitete Publikation tatsächlich wenig zu tun. Sie stand in der Tradition der „Braunbücher“ von 1934.

Die wenig geläufige Bezeichnung „Rotbuch“ hätte aber vielleicht auch zu Irritationen führen können, war die Farbe „Rot“ gemeinhin doch von den Kommunisten (einschließlich der „Roten Armee“) und den Sozialisten besetzt.

Ein „Rot-Weiß-Rot-Buch“ fügte sich zudem besser in die patriotische Österreich-Propaganda, die im Oktober in Jubiläumsfeiern in Erinnerung an die unspektakuläre Erstnennung der Bezeichnung „ostarrichi“ im Jahr 996 gipfelte.

Oder war die „vaterländische“ Kontinuität ausschlaggebend? Halte noch Schuschnigg *„Bis in den Tod rot-weiß-rot!“* nach? Rot-Weiß-Rot waren ab 1933 die Propaganda-

237 Zur Frage der verfassungsrechtlichen Kontinuität und Diskontinuität von 1848 bis 1945 legte Leopold Werner bereits im Dezember 1945 eine Untersuchung vor (Werner, Österreich). Vgl. zudem Verosta, Kontinuität.

238 Daraus schloss Schmidl, Kienbauer, S. 474: „Zu diesem ‚diplomatischen‘ Zweck trat ein weiterer: Der Öffentlichkeit in Österreich sollte eine Argumentationshilfe zur Hand gegeben werden. Der geänderte Titel und die Aufmachung der Broschüre (mit rot-weiß-rotem Umschlag) entsprachen besser dieser Aufgabe.“

farben im Kampf gegen den Nationalsozialismus gewesen, an den das Rot-Weiß-Rot-Buch nicht nur mit seinem Umschlag anknüpfte.

Die ehemaligen „Vaterländischen“ hatten inzwischen die Reichsromantik, die Vorstellung von Österreich als dem zweiten, besseren deutschen Staat in der Tradition der alten christlichen Reichsidee,²³⁹ weitgehend abgelegt, ja die katholisch-konservativen Apologeten einer „Nation Österreich“ bekämpften die Idee einer verbindenden deutschen KulturNation energisch.²⁴⁰ Zu diesen Vorkämpfern einer „Österreich-ideologie“ dürfen wir Unterrichtsminister und ÖVP-Generalsekretär Felix Hurdes zählen, der in den Schulzeugnissen das Fach „Deutsch“ durch „Unterrichtssprache“ (im Volksmund „Hurdistanisch“) ersetzen ließ. Ernst Fischer (KPÖ), „im wiederrichteten Österreich der erste und engagierteste Propagandist des Gedankens einer österreichischen Nation“,²⁴¹ war im Dezember 1945 aus der Regierung ausgeschieden. Im Übrigen dürften die theoretischen Auseinandersetzungen über den Nationsbegriff die pragmatische Regierungspolitik wenig berührt haben. Der neue Titel „Rot-Weiß-Rot-Buch“ war wohl eher dem unbefangenen Patriotismus Figls zuzuschreiben, den Ernst Hanisch hervorhebt:

„Für ihn waren die Russen tatsächlich seine Befreier – was ihn nicht hinderte, ihnen gegenüber die Taktik der demütigen Unverfrorenheit einzusetzen. Die Schläge in Dachau hatten ihn zum Opfer gemacht. Mit Überzeugung sprach er dann auch von der deutschen Okkupation Österreichs. Sein Patriotismus war ungekünstelt und unideologisch, aber auch wenig intellektuell. Die Professionalität der Politik blieb ihm fremd. Er bevorzugte die Politik der Heurigenpartien. Wie es ein Marterlspruch, ein Nachruf zu Lebenszeit, anerkennend festhielt: ‚denn er soff für Österreich‘.“²⁴² Das Rot-Weiß-Rot wurde dem Projekt jedenfalls besser gerecht. Den Umschlag zierte

239 Stourzh, Erschütterung, S. 302, verweist darauf, dass die These vom „besseren deutschen Staat“ kein Spezifikum des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes war, sondern – in anderer Ausgestaltung – auch von den Sozialdemokraten propagiert wurde.

240 Zur Entwicklung einer österreichischen Identität vgl. die interessante, inzwischen selbst schon historische Auseinandersetzung über „Österreichische Nation oder ‚deutsche Kontinuität?‘“ auf einer zeitgeschichtlichen Tagung 1987 bzw. die Publikation der Vorträge und Beiträge von 1994, an der sich Hanns Haas, Fritz Fellner, Karl Dietrich Erdmann, Rudolf G. Ardelt, Gerald Stourzh, Ernst Bruckmüller, Lothar Höbelt, Winfried R. Garscha, Helmut Rumpler und Hans Mommsen beteiligten: Botz/Sprengnagel, Kontroversen, S. 196-286; Kreissler, Der Österreicher; Bruckmüller, Österreichbewusstsein, speziell nach 1945 S. 932-947; Bruckmüller, Nation Österreich, speziell S. 35-85; Hanisch, Der lange Schatten, S. 154-164, speziell S. 162-164. Brix, Österreichische Identität, geht davon aus, dass eine intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Nationsbegriff im Wesentlichen erst nach 1955 begann.

241 Fellner, Problem, S. 218.

242 Hanisch, Der lange Schatten, S. 415.

zudem das erneuerte Staatswappen, der republikanische Adler, dessen Fänge nun eine gesprengte Eisenkette umschlossen, „zur Erinnerung an die Wiedererringung der Unabhängigkeit Österreichs und den Wiederaufbau des Staatswesens im Jahre 1945“.²⁴³

1.13 Material zur Untermauerung der Argumentationslinie

Grubers Rundschreiben (Q 2) und Wildmanns Arbeitsrichtlinien (Q 3, Q 9) enthielten klare Vorgaben, welche Art von Material zu welchem Zweck gesammelt und geliefert werden sollte. Die Argumentationslinie stand bereits weitgehend fest. Es ging darum, sie mit einer möglichst aussagekräftigen Dokumentation zu folgenden Kapiteln zu untermauern (Q 2):

„1.) Die nationalsozialistische Aggression gegen Österreich von Jänner 1933 bis März 1938 und ihre politischen, wirtschaftlichen, propagandistischen und terroristischen Massnahmen und Auswirkungen.

2.) Die nationalsozialistische Okkupation und Gleichschaltung: Terrormassnahmen zur Zerschlagung jeder Widerstandsmöglichkeit, Ausschaltung des österreichischen Einflusses an allen massgebenden Stellen in Staat und Wirtschaft, Durchsetzung des gesamten Verwaltungsapparates und aller Gebiete des wirtschaftlichen, kulturellen und öffentlichen Lebens mit landfremden reichsdeutschen Elementen, Durchsetzung und Zerschlagung der gesamten österreichischen Exekutivgewalt, Polizei, Gendarmerie und Bundesheer und Dislozierung desselben auf das gesamte Reichsgebiet, sodass Österreich im eigentlichen Sinne nicht als normales Reichsgebiet, sondern als besetztes Gebiet zu betrachten ist.

3.) Österreich im Kriege. Zerschlagung der gesamten österreichischen Wirtschaftsstruktur und rücksichtsloseste Eingliederung der österreichischen Produktion in die deutsche Kriegsmaschine. Devastierung der österreichischen Rohstoff- und sonstigen Wirtschaftsgüter und Verkehrsmittel. Weitere Verschärfung der systematischen Dislozierung der Österreicher im zivilen und militärischen Sektor über das Reichsgebiet und die anderen besetzten Gebiete, sowie der Durchsetzung Österreichs mit reichsdeutschen Elementen und Verlegung reichsdeutscher militärischer Einheiten nach Österreich. Schwerste

243 Wappengesetz, StGBI. Nr. 7/1945, Art. 1 Abs.1. – Uhl, Moskauer Deklaration: „Im Rot-Weiß-Rot-Buch [...] haben wir ganz programmatisch das neue Staatswappen, das ja 1945 die zerrissenen, die gesprengten Ketten erhielt, gerade um zu beweisen, der österreichische Widerstand hat zur Befreiung Beiträge geleistet.“ Es ist möglich, liegt sogar nahe, dass dies suggeriert werden sollte. Einen Beleg dafür habe ich jedoch nicht gefunden. Vielleicht sollte der Adler auch nur den amtlichen Charakter dieser Regierungspublikation unterstreichen.

wirtschaftliche Zerstörungen und Menschen- und Materialverschleppung durch zurückweichende deutsche Wehrmacht im letzten Stadium des Krieges.

4.) Gestapo und politischer Terror über Österreich von 1938 bis 1945. Die einzelnen Terrorwellen, Massenverhaftungen und Drangsalierungen. Die österreichischen Terroropfer.

5.) Die österreichische Widerstandsbewegung, ihre Anfänge und ihre Entwicklung sowie ihre besonderen Schwierigkeiten insbesondere im Vergleich zu anderen fremdsprachigen besetzten Gebieten.“

1.14 „Was sich eben an Brauchbarem fand“

Es wird Wildmann freilich schon nach den ersten Rückmeldungen klar gewesen sein, dass die Aktion „Rotbuch“ nicht in sechs bis acht Wochen abzuschließen sein würde. Am 25. April ließ er ergänzende Richtlinien folgen und forderte die Rotbuch-Bbeauftragten der Länder auf, ihm bis 1. Mai wenigstens über den Stand der Arbeiten zu berichten (Q 9).

Es waren nicht nur der Zeitdruck und die Arbeitsüberlastung in einer Notzeit, die zu Verzögerungen führten. Vielfach herrschten in den Verwaltungen noch Chaos und Improvisation. *„Nicht aus sauberen Registraturen, sondern vielfach in wörtlichem Sinne aus Schutt und Trümmern mußte hervorgezogen werden, was sich eben an Brauchbarem fand“*, erklärte Wildmann nach Abschluss der Arbeiten: *„Ich mußte mich auf manchen Gebieten, besonders was die Zahl der österreichischen Naziopfer betrifft, auf die Darstellung einzelner Faktoren beschränken, weil das absolut verlässliche Gesamtmaterial ganz einfach noch nicht zu beschaffen war“* (Q 1).

Das betraf vor allem die Zeit der „Okkupation“ und der Befreiung. Denn das in Frage kommende Dokumentationsmaterial sei zum Teil durch Kriegsereignisse zugrunde gegangen, teils von den „Okkupanten“ vernichtet oder verschleppt worden, hieß es später im Vorwort des Rot-Weiß-Rot-Buches. Zum Teil sei es von den Besatzungsmächten beschlagnahmt oder weggebracht worden. Zum anderen hätten sich auch der Beschaffung des verbliebenen Materials Schwierigkeiten entgegengestellt: Durch die Zoneneinteilung, die Postzensur usw. seien im Personen- und Postverkehr innerhalb Österreichs und mit dem Ausland große Behinderungen gegeben, die eine umfassende Bearbeitung des Themas noch unmöglich machten.²⁴⁴

Nicht von ungefähr wurde der schriftliche Behördenverkehr mit Wien meist noch mit Kurieren abgewickelt. So gab der Vorarlberger Rotbuch-Bbeauftragte Josef Kegele am 3. Mai 1946 eine erste Lieferung Fräulein Lisl Hermann mit, der in Wien noch

244 Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 3.

weitere Erledigungen aufgetragen waren. Kegele ersuchte dringend darum, für sie ehestens eine Rückfahrkarte für den Arlberg-Express sicherzustellen, was auch erfolgte.²⁴⁵

Am 10. Mai urgierete das Außenamt bei den Landesregierungen per Fernschreiben: *„Besonderer Dringlichkeit wegen wird umgehend Anhersendung bisher beschafften Materials mittels Sonderkurier sowie nachdrücklichste Beschleunigung restlicher Arbeiten erbeten.“*²⁴⁶

Im Archivbestand „Rot-Weiß-Rot-Buch“ des Österreichischen Staatsarchivs ist ein mit Mai 1946 datiertes 39-seitiges Typoskript überliefert, das von Wildmann unterzeichnet und wohl auch verfasst wurde. Diese Urfassung erfuhr bis zur Druckfassung noch erhebliche Veränderungen.²⁴⁷ Der ursprüngliche Schlussappell „Ein freies Österreich in einem freien Europa!“ wurde durch die Losung „Gerechtigkeit für Österreich!“ ersetzt, die auch in den Titel Eingang fand.

Mitte Juni 1946, also noch kurz vor dem Zweiten Kontrollabkommen, stellte Wildmann den Entwurf fertig (Q 17, Q 19) und präsentierte ihn auch Bundeskanzler Figl (Q 16). Außenminister Gruber hatte schon zu Beginn des Unternehmens angekündigt, dass er das Rotbuch vor seiner Publikation dem Ministerrat vorlegen werde (vgl. Q 2). Am 2. Juli war es schließlich soweit. Er halte es jedoch technisch nicht für möglich, so Gruber, das „Rotbuch“ im Ministerrat zur Lesung zu unterbreiten. Deshalb beantragte er die Einsetzung eines „Redaktionskomitees“, das den Text zu überprüfen und dann dem Ministerrat darüber zu berichten hätte.

Innenminister Oskar Helmer schlug für die SPÖ Vizekanzler Schärf als Mitglied vor, Bundeskanzler Figl nominierte für die ÖVP Unterrichtsminister und ÖVP-Generalsekretär Felix Hurdes und beantragte für die KPÖ Energieminister Karl Altmann. Schärf ergänzte die Vorschläge dahin, Gruber (ÖVP) als zuständigen Ressortminister in das Redaktionskomitee einzubeziehen. Der Bundeskanzler gab dem Wunsch Ausdruck, dass das „Rotbuch“ bis Ende Juli zur Drucklegung komme solle.²⁴⁸

Obwohl kurz zuvor das Zweite Kontrollabkommen in Kraft getreten war, spitzte sich die Lage zu.

245 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Korrespondenz: Kegele an Wildmann, Bregenz 03.05.1946 (mit Aktenvermerken der „Rotbuch“-Redaktion).

246 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Korrespondenz: Fernschreiben Außenamt an Landeshauptmannschaften, durchgegeben am 10.05.1946 (Abschrift).

247 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 11, Mappe Manuskript. – Das Typoskript enthält ein Vorwort, die Zwischentexte zu den einzelnen Dokumentensammlungen und ein Schlusswort. Das Vorwort wurde in der Druckfassung zur Einleitung und blieb im Wesentlichen unverändert. Das zuerst nüchtern konzipierte Schlusswort wurde wesentlich erweitert und mit dem Titel „Von der Befreiung zur Freiheit“ versehen.

248 Ministerrat 02.07.1946, Protokolle Ministerrat Figl I/2, S. 375-376.

1.15 „Befehl Nr. 17“ vom 27. Juni 1946: das „Deutsche Eigentum“

Am 6. Juli veröffentlichte die sowjetische Militärregierung ihren auf den 27. Juni (vor das Zweite Kontrollabkommen) zurückdatierten „Befehl Nr. 17“,²⁴⁹ mit der sie das gesamte so genannte „Deutsche Eigentum“ in ihrer Zone – darunter rund 280 Industriebetriebe (einschließlich der Erdölwirtschaft) mit 50.000 Beschäftigten, land- und forstwirtschaftliche Besitzungen im Ausmaß von 1.500 km² Kulturfläche und die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft – in sowjetisches Staatseigentum überführt. Das schlug wie eine Bombe ein.²⁵⁰

Die Sowjets hatten zunächst vorgeschlagen, Österreich mit Reparationsforderungen von 250 Millionen US-Dollar zu Gunsten der Sowjetunion, Großbritanniens, der USA und Jugoslawiens zu belasten.²⁵¹ Damit waren sie am Widerstand der Amerikaner gescheitert. So waren Österreich im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 keine Reparationsleistungen auferlegt worden. Allerdings war generell vereinbart worden, sich mit geeigneten „*deutschen ausländischen Vermögenswerten*“ schadlos zu halten, wobei die Westmächte (zugunsten der Sowjetunion) ausdrücklich auf deutsche Vermögenswerte in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und „*im östlichen Österreich*“ verzichtet hatten,²⁵² ohne zu definieren, was darunter zu verstehen sei.²⁵³ Die Sowjets machten nun jedenfalls sehr großzügig davon Gebrauch.²⁵⁴ Eine der Folgen war die Verlagerung der Investitionen und des ökonomischen Schweregewichts von Ost- nach Westösterreich.²⁵⁵

In Österreich brach der Kalte Krieg bereits Ende 1945 aus, „früher als sonstwo“.²⁵⁶ Nach der für die KPÖ vernichtende Niederlage bei der ersten Nationalratswahl bildete Figl eine prowestliche Konzentrationsregierung, in die er nur einen Kommunisten aufnahm. Dem Kreml blieben im vierfach besetzten Österreich nur die Ablehnung einiger Ministerkandidaten und wirtschaftliche Repressionsmaßnahmen.²⁵⁷ Die Sowjets schalteten im Frühjahr 1946 auf die wirtschaftliche Ausbeutung ihrer Zone um.

249 Abgedruckt in: Csáky, Dokumentation, S. 99.

250 Vgl. VN 08.07.1946, S. 1; VVB 08.07.1946, S. 1.

251 Zur Frage des Deutschen Eigentums in der ersten Phase der Staatsvertragsverhandlungen: Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 85-121.

252 Potsdamer Beschlüsse 02.08.1945 (wie Anm. 71), Pkt. IV/9.

253 Für Bolmus, Kalkuliertes Risiko, liegt klar ein Versäumnis der britischen und amerikanischen Verhandler vor.

254 Vgl. Bezemek/Klambauer, USIA-Betriebe. Zur Problematik aus deutscher Sicht: Pape, Ungleiche Brüder, S. 139-159.

255 Sandgruber, Ökonomie und Politik, S. 456-457.

256 Bischof, Verbündeter, S. 430. Vgl. auch Bischof, Planung, S. 118-119.

257 Ruggenthaler, Österreich-Politik, S. 663-667.

Eine Schonung war auch nie vorgesehen.²⁵⁸ Der „Befehl Nr. 17“ kam bereits einer Bankrotterklärung der sowjetischen Volksfront-Politik gleich.

Österreich versuchte, im Wege der Verstaatlichung ganzer Wirtschaftsbranchen das Deutsche Eigentum in den Griff zu bekommen. Die Folge waren erste offene Angriffe der sowjetischen Propaganda gegen die Bundesregierung, die das ihr im Zweiten Kontrollabkommen erwiesene Vertrauen in Frage stelle.²⁵⁹

Die Frage des Deutschen Eigentums wurde zur größten Hürde für die Staatsvertragsverhandlungen.

1.16 Ministerkomitee: Rot-Weiß-Rot-Buch als „erste Folge“ veröffentlichen

ÖVP-Generalsekretär Hurdas übernahm die Federführung im Ministerkomitee, das Wildmanns Kompendium nur im Umlaufweg begutachtet haben dürfte. Wildmann hatte einen Motivenbericht mitgeliefert und baute darin auch übertriebenen Erwartungen vor: Wie in der Publikation wiederholt betont werde, könne unter den gegebenen zeitlichen und technischen Umständen kein Anspruch auf Vollständigkeit geltend gemacht, können vielmehr nur die Grundlinien des Schicksals der Ersten Republik aufgezeigt werden (Q 11).

Die Erwartungen der Minister erfüllte die Dokumentation jedenfalls nicht. Altmann (KPÖ) teilte Hurdas in einem umständlichen Schreiben mit, dass er keine grundsätzlichen Einwände habe, er aber nicht glaube, dass die Dokumentation in dieser Form Österreich viel nützen werde (Q 12). Hurdas antwortete ihm am 18. Juli, dass Vizekanzler Schärff (SPÖ) und er diese Auffassung teilten. Vielleicht könne man diesem Einwand dadurch entgegen, dass der vorliegende Entwurf sehr deutlich als „1. Folge“ bezeichnet und damit zum Ausdruck gebracht werde, dass in weiterer Folge noch wesentliches Material veröffentlicht werde (Q 13). Das teilte Hurdas gleichzeitig auch Außenminister Gruber mit (Q 14).

Wildmann rechtfertigte sich in einem Amtsvermerk und schlug vor, die von Altmann angeregten kleinen Änderungen durchzuführen und die Publikation – die, wenn überhaupt, dann unverzüglich erscheinen müsste – sofort in Druck zu geben und allfällige Korrekturen und Ergänzungen anhand der Druckfahnen vorzunehmen (Q 15).

Die von Altmann angeregten Änderungen nahm Wildmann vor (vgl. Q 12). Anhand der Druckfahnen werden noch die üblichen Korrekturen durchgeführt worden sein.

258 Vgl. Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen, S. 48-52.

259 Mueller, Propaganda, S. 351.

Eine Überarbeitung erfolgte jedoch nicht.²⁶⁰

Ende Juli wurde der Entwurf der Staatsdruckerei übergeben. Anhand der Druckfahnen sollten dann fortlaufend Übersetzungen ins Englische und Französische besorgt werden. Es wurde das Format der „Gazette“ der Alliierten Kommission übernommen, das für die Abbildung der Faksimiles von Vorteil war. Die Publikation sollte nicht nur in Buchhandlungen, sondern im Vertrieb der Staatsdruckerei auch über alle Zeitungsvertriebsstände erfolgen. Wildmann rechnete mit einem Massenabsatz der ca. 200 Seiten starken Broschüre, der statt einem voraussichtlichen Preis von 5 Schilling vielleicht auch einen Verkauf um 10 Schilling ermöglichte, wobei der Reinertrag einem Wiederaufbau-, Wiedergutmachungs- oder sonstigen Zweck zugeführt werden könnte (Q 16). – Das Buch wurde letztlich um 6 Schilling feilgeboten.²⁶¹ Zum Vergleich kosteten die Monatsabonnements der „Wiener Zeitung“ samt Bundesgesetzblatt 7 Schilling, des „Vorarlberger Volksblatts“ 3 Schilling 70 Groschen;²⁶² die von Hans Becker veröffentlichte, 40 Seiten umfassende Dokumentation „Österreichs Freiheitskampf“ wurde um 2 Schilling angeboten.²⁶³

Für die deutsche Ausgabe wurden insgesamt 100.000 Exemplare in Aussicht genommen, für die erste Auflage 30.000 Stück. Für die englische Ausgabe waren vorerst 20.000 Exemplare vorgesehen, für die französische 10.000 (Q 16). Letztlich dürfte es bei der Erstauflage geblieben und die französische Ausgabe ganz unterblieben sein.²⁶⁴ Jedenfalls standen Ende 1946 nicht 100.000 Exemplare für in- und ausländische Konsumenten zur Verfügung.²⁶⁵ Wahrscheinlicher sind 30.000 Stück in deutscher Sprache, die englische Übersetzung kam erst im Jänner 1947 auf den Markt. Vorarbeiten für eine russische Übersetzung sind nicht überliefert. Sie wäre allenfalls ein Zeichen diplomatischen Respekts, eine direkte Beeinflussung der vom stalinistischen Regime gesteuerten öffentlichen und veröffentlichten Meinung in der Sowjetunion jedoch aussichtslos gewesen.

260 In Rot-Weiß-Rot-Buch Wikipedia wird gemutmaßt, dass die Verzögerung der Drucklegung zu einer Überarbeitung genützt worden sei: „Dadurch hatten die verantwortlichen Stellen aber auch die Möglichkeit, noch weitere Dokumente einzubauen und vor allem den Text noch mehr nach den Interessen der Bundesregierung zu gestalten, denn seit dem 2. Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 hatte[n] das Parlament und die Behörden etwas mehr Spielraum von den alliierten Besatzungsmächten bekommen und konnten so etwas freier agieren.“ Das trifft nicht zu. Die Arbeit war bereits vor dem Zweiten Kontrollabkommen abgeschlossen.

261 WZ 08.12.1946, S. 3.

262 Ebenda, S. 1 (Inlandsabonnement); VVB 09.12.1946, S. 1.

263 Becker, Freiheitskampf, Cover.

264 In ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 11 liegen vier Mappen „Französische Fassung“ ein. 83 Manuskriptseiten waren bereits druckreif. Ich habe jedoch keinen Hinweis gefunden, dass tatsächlich eine französische Fassung erschien.

265 In diesem Punkt unzutreffend Bischof, Austria, S. 64.

Ein beträchtliches Problem für jedes Publikationsvorhaben bedeutete in Zeiten einer extremen Mangelwirtschaft die Papierbeschaffung. Am 9. August 1946 ersuchte das Kabinett des Außenministers das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, für die Herstellung des Rot-Weiß-Rot-Buches im Hinblick auf die staatspolitische Bedeutung um dringende Zuweisung von 7 1/2 Waggon Nikon-Druckpapier und 1/2 Waggon Zellulose-Kartonpapier an die „Österreichische Staatsdruckerei“. Nach telefonischer Vorabklärung bat das Handelsministerium am 20. August die „Österreichische Papierverkaufsgesellschaft“ um eine möglichst umgehende Zuteilung.²⁶⁶ In einer Rede vor der Vollversammlung der Pariser Friedenskonferenz am 21. August 1946, mit der Außenminister Gruber für seine Lösung der Südtirol-Frage warb, entwickelte er die Argumentationslinie des Rot-Weiß-Rot-Buches, kündigte das „Red-book“ an und zitierte daraus.²⁶⁷ Bei dieser Gelegenheit dürfte er auch Johannes Schwarzenberg, Österreichs ersten Nachkriegsvertreter in Rom, mit einer kritischen Durchsicht des Manuskripts beauftragt haben.²⁶⁸ Der hochadelige Diplomat hatte 1938 sofort den auswärtigen Dienst quittiert und sich 1940 dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zur Verfügung gestellt, das ihm 1942 die jüdische Frage übertragen hatte.²⁶⁹

Hurdes berichtete dem Ministerrat erst am 15. Oktober 1946 über die Begutachtung der Dokumentation. Das Ministerkomitee sei zur Meinung gelangt, dass sie zwar nicht sehr überzeugend sei, man es aber mit der Bezeichnung „Erste Folge“ hinausgeben könnte, die Arbeit jedenfalls nicht liegen lassen sollte.²⁷⁰

266 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Korrespondenz: BKA (AA) 671-K/46.

267 Ediert in Gehler, Reden und Dokumente, S. 140-145, ebenda S. 141: „*The Austrian Government is preparing a Redbook about the Austrian contribution in the fight of freedom against the Nazis.*“

268 Am 30. September 1946 sandte die Vertretung in Paris dem Büro des Außenministers das „*hier zurückgebliebene Rotbuch*“, das Schwarzenberg in Grubers Auftrag durchgelesen habe, samt Schwarzenbergs Anmerkungen nach Wien (ÖStA/AdR: BKA AA KdM K. 5, 100.118-K/47).

269 Favez, IKRK, passim, u.a. S. 160 u. 520-521; vgl. Hochverratsprozess Schmidt, S. 200-203 (Einnahme Schwarzenberg 19.03.1947).

270 Verlaufsprotokoll Ministerrat 15.10.1946, Protokolle Ministerrat Figl 1/3, S. 300; kritischer das Stenogramm Ministerrat 15.10.1946, ebenda S. 306. Im Beschlussprotokoll wurde festgehalten: „*Über Antrag des Bundesministers für Unterricht Dr. Hurdes wird beschlossen, das Rot-Weiß-Rotbuch als erste Folge zu veröffentlichen*“ (ebenda, S. 309). – Unklar protokolliert wurde die Wortmeldung Grubers, laut Stenogramm: „*Gruber: Weitere Folgen sollen Volk Aufklärung bringen*“. Im Verlaufsprotokoll: „*Bundesminister Dr. Gruber meint, daß die zweite Folge ja vielleicht unter dem Gesichtspunkt der Volksaufklärung gebracht werden könnte.*“

1.17 Geheimsitzung des Nationalrats im Oktober 1946

Es waren vermutlich nicht nur die bereits angefallenen Kosten, weshalb Hurdes letztlich darauf drängte, das Material – trotz Mängel – nicht fruchtlos liegen zu lassen. In der Sowjetzone herrschte über weite Strecken Willkür. Nicht nur in Vorarlberg begann die Notfallplanung für eine Teilung Österreichs.²⁷¹ Die internationale Ernährungskrise traf Österreich besonders drastisch. Es drohte eine Hungersnot. Nicht viel besser stand es um die Versorgung mit anderen Gütern des täglichen Bedarfs. Dazu zählten Textilwaren, die Vorarlberg dank eines Clearingabkommens mit der Schweiz herstellen und über die Zonengrenzen hinweg in Richtung Wien liefern konnte, um dort die ärgste Not zu lindern. Dabei zweigten in Vorarlberg auch die Franzosen nicht unerheblich Erzeugnisse für die Versorgung Frankreichs und seiner Kolonien ab. „Die Franzosen verlangen 76.000 m Stoff“, entrüstete sich Vizekanzler Schärf am 22. Oktober 1946 im Ministerrat.²⁷²



Am 18. August 1946 besucht Bundeskanzler Figl erstmals Vorarlberg (v.l.n.r.): Landeshauptmann Ilg, Figl, Bundesrat Leissing, Frau Figl

271 Vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 203-218.

272 Ministerrat 22.10.1946, Protokolle Ministerrat Figl I/3, S. 316; zum Folgenden ebenda, S. 314-320.

Die Bundesregierung stand unter dem Druck der öffentlichen Meinung, konnte gleichzeitig aber die Öffentlichkeit nicht frei über die Verhältnisse informieren, ja nicht einmal die politischen Mandatäre. Deshalb beschloss sie, die Nationalratssitzung am 29. Oktober zu nützen, um wenigstens die Abgeordneten in einer „Geheimsitzung“ ungeschminkt unterrichten zu können, wie die Regierung entgegen den Bestimmungen des Kontrollabkommens behindert werde. Jeder Minister sollte aus seinem Ressort berichten, mit hieb- und stichfestem Material.

Am Tag des Ministerrats, am 22. Oktober, stand noch ein propagandistischer Staatsakt anlässlich „950 Jahre Österreich“ auf dem Programm. Bundeskanzler Figl nützte diese Gelegenheit, um die anwesenden Landeshauptmänner im Vorfeld der „Geheimsitzung“ ins Vertrauen zu ziehen. Ulrich Ilg war nicht in Wien. Noch am selben Tag setzte ihn Figl in einem Brief über das Vorhaben in Kenntnis. Als Beispiel für die Eingriffe werde unter anderem eine französische Anordnung angeführt, dass für jeden Angehörigen der Besatzungsmacht drei Anzüge hergestellt werden könnten, während für die Bevölkerung nicht einmal Arbeitsanzüge freigegeben würden. Er bat Ilg, wie die anderen Landeshauptmänner, ihm bis Freitag, 25. Oktober, allfällig mit Sonderkurier, zuverlässiges Material zukommen zu lassen.²⁷³

Am 26. Oktober ließ Ilg den Sekretär des Bundeskanzlers telefonisch vorinformieren: *„Textilgrosslieferungen über zwei Millionen Meter, Wert 9,3 Millionen. Schnittholzexport in Form von Häusern und dergleichen 12.900 m. Schnittholzansprüche für Besatzungsbauten in Vorarlberg 6.100 m. Leder bisher geliefert 45.500 kg. Leder noch zur Lieferung vorgeschrieben 3.500 kg. Haus- und Holzschuhe geliefert 7.000 Paar.“* Nähere Einzelheiten werde Bundesrat Eugen Leissing (ÖVP) schriftlich mitbringen.²⁷⁴

Am 29. und 30. Oktober tagte der Nationalrat in vertraulicher Sitzung. Wie die Zeitungen berichteten,²⁷⁵ nahmen die Abgeordneten mit einer Resolution einstimmig die unveröffentlichten Berichte der Bundesregierung über die Lage Österreichs zur Kenntnis und forderten sie auf, ihre Bemühungen insbesondere im Hinblick auf folgende Ziele fortzusetzen:

„1. Die Herstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs im Sinne der Moskauer Deklaration sowie Sicherung der Einheit unseres Landes.

2. Beendigung der militärischen Besetzung.

3. Schutz der Demokratie mit allen daraus entspringenden Rechten.

273 VLA: HA LH Ilg 1/31: BK Figl an LH Ilg, Wien 22.10.1946.

274 VLA: HA LH Ilg 1/31: Aktenvermerk LH Ilg für BR Leissing, Bregenz 26.10.1946. Hier liegen auch detaillierte Aufstellungen des Landeswirtschaftsamtes und der Bezirkswirtschaftsamter ein.

275 Z.B. VVB 31.10.1946, S. 1 („Nationalrat anerkennt bisherige Regierungsarbeit“).

4. *Sicherung der heimischen Produktion für den inländischen Bedarf und Aufhebung aller wirtschaftlichen Beschränkungen für den in- und ausländischen Warenaustausch.*
5. *Überführung der von den Besatzungsmächten besetzten Betriebe und Produktionsstätten in die Verfügungsgewalt der österreichischen Bundesregierung.*
6. *Zur wirtschaftlichen Existenzsicherung ist für die Anerkennung des österreichischen Eigentums der Stand vom 12. März 1938 durchzusetzen.*
7. *Rückführung des gesamten österreichischen Gold- und Devisenbestandes zur Deckung unserer Währung.*
8. *Wiederherstellung der Währungsbasis von 1938.*
9. *Die eheste und vollständige Rückführung der österreichischen Kriegsgefangenen aus allen Ländern.*
10. *Die Repatriierung der versetzten Personen; bis dahin Unterstellung derselben unter die österreichische Gerichtsbarkeit.*
11. *Die Aufnahme Österreichs in die internationale Organisation der Vereinten Nationen.*²⁷⁶

Wie ernst die Lage empfunden wurde, geht aus den streng vertraulichen Berichten der Sicherheitsbehörden hervor. Die schlechte Wirtschaftslage wurde in der Vorarlberger Bevölkerung hauptsächlich auf die Spannungen zwischen West- und Ostmächten zurückgeführt, die bei den Konferenzen zu Tage traten. *„Eine diesbezügliche Besserung wird nur durch den Abschluss des Staatsvertrages mit Österreich erwartet, der aber noch in großer Ferne erscheint“*, berichtete die Sicherheitsdirektion für Vorarlberg Ende Oktober 1946 nach Wien; und: *„Die Gerüchte über einen bevorstehenden Krieg wollen nicht verstummen. Diese werden noch dadurch verstärkt, dass von angeblichen Militär- und Kriegsmaterialtransporten, die nach Österreich rollen, die Rede ist.“*²⁷⁷

Das Rot-Weiß-Rot-Buch ließ immer noch auf sich warten.

276 StenProt NR V. GP, Geheime Sitzung 29./10.10.1946, S. 782. Der Sitzungsverlauf wurde nicht protokolliert. Schärfs Bericht ist abgedruckt in: Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 127-131; zum Erfolg, ebenda, S. 131-132.

277 VLA: AVLReg Prs 563/1946: Stimmungs- und Lagebericht der Sicherheitsdirektion für Vorarlberg Oktober 1946.

1.18 „Gerechtigkeit für Österreich!“ – rechtzeitig Mitte Dezember 1946

Anfang Dezember 1946 konnte die „Austria Presse Agentur“ schließlich melden, die Drucklegung, die ursprünglich für den Frühherbst angekündigt gewesen sei, habe sich durch Papiermangel und technische Schwierigkeiten, Strommangel und Überlastung der Staatsdruckerei verzögert. Das Rot-Weiß-Rot-Buch werde Mitte des Monats der Öffentlichkeit übergeben werden.²⁷⁸

Das Titelblatt wurde in Großbuchstaben gesetzt:

GERECHTIGKEIT FÜR ÖSTERREICH!
ROT-WEISS-ROT-BUCH
DARSTELLUNGEN, DOKUMENTE UND NACHWEISE ZUR VORGESCHICHTE
UND GESCHICHTE DER OKKUPATION ÖSTERREICHS
(NACH AMTLICHEN QUELLEN)
ERSTER TEIL
WIEN 1946
DRUCK UND VERLAG DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI

Die 224 Seiten starke Druckschrift im A4-Format hat den Charakter einer Dokumentation. Die „Darstellungen, Dokumente und Nachweise“ (*im Folgenden kursiv gesetzt*) werden durch redaktionelle Zwischentexte eingeleitet und überbrückt. Dokumente sind zum Teil als Faksimile abgebildet. Das Buch ist wie folgt gegliedert:

Vorwort (S. 3, datiert mit „Sommer 1946“)

Einleitung (S. 5-8)

I. Teil: Der Weg zur Katastrophe

1. Kapitel: Hitler an die Macht (S. 11-17)

1 Die Kampfansage der NSDAP gegen die europäische Ordnung

2 Warnende Stimmen

3 Der Weg zur Katastrophe (Zeittafel der Aggressionspolitik)

2. Kapitel: Das souveräne Österreich (S. 18-24)

1 Die Unabhängigkeit Österreichs in den Friedensverträgen von 1919 und in den Protokollen von Genf und Lausanne

2 Die wirtschaftliche Lage Österreichs nach 1918

3 Österreich und der Völkerbund

278 Wiener Kurier 04.12.1946 (Österreichs „Rot-Weiß-Rot-Buch“ erscheint Mitte Dezember); Arbeiter-Zeitung 04.12.1946, S. 3 (Der Widerstand Österreichs); VVB 04.12.1946, S. 2 (Rot-Weiß-Rot-Buch fertiggestellt).

3. Kapitel: Hitler greift an. – Österreichs Abwehr (S. 25-68)

- 1 NSDAP in Österreich
- 2 „Einheit von Partei und Staat“
- 3 Münchner Parteierlass vom 30. Juli 1934
- 4 Der Fall Habicht
- 5 Deutsche Minister in Österreich
- 6 Die „1000-Mark-Sperre“
- 7 Wirtschaftsboykott gegen Österreich
- 8 Dynamit aus dem Dritten Reiche
- 9 Die „Frontberichte!“
- 10 Münchner Rundfunkhetze
- 11 Deutsche Vorbereitungen zum ersten Großangriff auf Österreich
- 12 Die Kollerschlagler Dokumente
- 13 Verräterischer Regiefehler
- 14 Berlin weiß von nichts
- 15 Hitler ehrt Juliputschisten
- 16 Diplomatisches Zwischenspiel
- 17 Aufbau trotz deutscher Aggression
- 18 Hitler bleibt bei seinem Programm
- 19 Die Okkupation

II. Teil: Österreich in Ketten

1. Kapitel: Hitler marschiert ein (S. 69-93)

- 1 Die militärische Situation im März 1938
- 2 Preisgabe Österreichs durch die Mächte
- 3 Hitler zerschlägt den österreichischen Verwaltungsapparat
- 4 Europa weiter im Rückzug vor den Aggressoren
- 5 Das wahre politische Gesicht Österreichs im Spiegel der Gestapo
- 6 Österreich kämpft weiter

2. Kapitel: Die Österreicher und der Krieg (S. 94-118)

- 1 Österreich lehnt den Hitlerkrieg ab
- 2 Hitler zerschlägt das österreichische Bundesheer
- 3 Österreicher vor dem Kriegsgericht

3. Kapitel: Hitler zerschlägt Österreichs Wirtschaft (S. 119-133)

- 1 Die wirtschaftlichen Folgen der Okkupation
- 2 Der Raub im Kleinen
- 3 Die Auswirkungen der deutschen Kriegswirtschaft auf Österreichs Wirtschaft

4. Kapitel: Österreichs Widerstand und Anteil an der Befreiung (S. 134-192)

- 1 Einzelbilder aus Österreichs Freiheitskampf
- 2 Der militärische Sektor der österreichischen Widerstandsbewegung
- 3 Sabotage
- 4 Die Opfer
- 5 Österreicher im Lager der Alliierten
- 6 Ausländische Pressestimmen und Meldungen zum österreichischen Widerstand

III. Teil: **Schlusswort: Von der Befreiung zur Freiheit** (S. 195-201)

1 *Das Versprechen der Mächte*

2 *Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs*

Anhang: Einzeldarstellungen aus Österreichs Okkupation und Freiheitskampf (S. 203-224)

1 *Bericht der Landeshauptmannschaft Steiermark*

2 *Bericht der Generaldirektion der Österreichischen Staatseisenbahnen*

3 *Die Widerstandsbewegung im Ötztal*

Im Schlusswort wird der Zweck nochmals klar auf den Punkt gebracht:

„Zweck dieser Darstellung ist die politische und moralische Kardinalforderung der österreichischen Politik nach vorbehaltloser Anerkennung seiner Stellung eines vom Deutschen Reiche gegen seinen Willen gewaltsam okkupierten, von den Alliierten befreiten Landes, und der aus diesem Tatbestande sich ergebenden politischen und materiellen Konsequenzen.“²⁷⁹

Es folgen ausschweifende und pathetische Appelle, die Okkupation Österreichs als europäische Angelegenheit zu begreifen, sich nicht nachträglich noch Hitlers Propaganda zu Eigen zu machen und Österreichs Forderung nachzukommen: *„Gerechtigkeit für Österreich!“²⁸⁰*

Das drastisch unterbesetzte Außenamt erbrachte allein schon mit der Herausgabe dieser Dokumentation eine wirklich beachtliche Leistung. Aber erzielte sie auch die erhoffte Wirkung?

Das Rot-Weiß-Rot-Buch erschien am 15. Dezember 1946,²⁸¹ in einem frierenden und hungernden Land. Allein in diesem Monat nahmen sich in Wien 933 Menschen das Leben, in Vorarlberg 18, in ganz Österreich 1.619. *„Die Lebensbedingungen in Österreich haben im Dezember 1946 einen Tiefstand erreicht, der die Grenzen des Erträglichen darstellt“*, heißt es in einem streng vertraulichen Lagebericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. Doch es gab auch einen Hoffnungsstrahl: *„Als wirkliche Weihnachtsbotschaft wurde von der ganzen Bevölkerung die Ankündigung über die im Jänner dieses Jahres [1947, UN] beginnenden Verhandlungen über den Abschluss eines Staatsvertrages mit Österreich aufgenommen. Mit Rücksicht auf die aus den internationalen Pressenachrichten erkennbare Entspannung bezw. Besserung der aussenpolitischen Beziehungen erwartet sich die Bevölkerung als wesentliches*

279 Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 195.

280 Ebenda, S. 197.

281 WZ 08.12.1946, S. 3. Vgl. Q 19.

ROT-WEISS-ROT-BUCH



GERECHTIGKEIT
FÜR
ÖSTERREICH!

DARSTELLUNGEN, DOKUMENTE UND NACHWEISE
ZUR VORGESCHICHTE UND GESCHICHTE
DER
OKKUPATION ÖSTERREICHS

ERSTER TEIL
(NACH AMTLICHEN QUELLEN)

WIEN 1946

DRUCK UND VERLAG DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI

Das Rot-Weiß-Rot-Buch erschien am 15. Dezember 1946

*Ergebnis der Verhandlungen den Abzug der Besatzungstruppen und die Herstellung der vollen Souveränität Österreichs.*²⁸²

Das Rot-Weiß-Rot-Buch erschien zwar ein halbes Jahr später als geplant, aber gerade rechtzeitig in einer vermeintlich entscheidenden Phase. Die Friedensverträge mit Italien und den deutschen Satellitenstaaten waren unter Dach und Fach. Am 11. Dezember 1946 einigten sich die Alliierten Außenminister in New York, im März 1947 in Moskau über Verträge mit Deutschland und Österreich zu beraten. Sonderbeauftragte sollten am 14. Jänner 1947 in London zusammenkommen, um die Moskauer Konferenz vorzubereiten. Die Staatsvertragspolitik trat aus der „Wartephase“ (1945 bis 1946) „zur Klärung innenpolitischer Fragen und der Regelung des Südtirolproblems“ in die „heiße Phase“ (1947 bis 1949) „mit intensiven Verhandlungen mit tendenziell sowjetischer Konzessionsbereitschaft“.²⁸³

Wie reagierten die Siegermächte auf das Rot-Weiß-Rot-Buch?

1.19 Moskau: „Eine Wiener Maskerade“

Im Lagebericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit für Dezember 1946 heißt es:

„Aufsehen erregte die seit längerem angekündigte Veröffentlichung des österreichischen Rot-Weiss-Rotbuches, das nach den vorliegenden Meldungen auch im Auslande eine günstige Aufnahme fand. Um so unerwarteter kam die nach einer Aussendung der ‚TASS‘²⁸⁴ bekanntgewordene teilweise Ablehnung und kritische Würdigung in der Moskauer Presse, zumal der in den Sendungen des Moskauer Rundfunks während der Besetzung Österreichs durch das Deutsche Reich immer wieder gewürdigte und anerkannte Widerstand der Österreicher gegen das nationalsozialistische Joch noch allen in Erinnerung ist.“²⁸⁵

Nicht von ungefähr brachte das Rot-Weiß-Rot-Buch seitenweise *„Ausländische Pressestimmen und Meldungen zum österreichischen Widerstand“*, die auch auf Berichten von „Radio Moskau“ beruhten.²⁸⁶ Doch das war Schnee von gestern. Die sowjetische

282 VLA: AVLReg Prs 27/1947: Lagebericht des Bundesministeriums für Inneres (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit) für Dezember 1946, Wien 31.01.1947, Beilage A, S. 2.

283 Gehler, Außenpolitik, S. 42.

284 Telegrafagentur der Sowjetunion.

285 Wie Anm. 282.

286 Rot-Weiss-Rot-Buch, S. 173-190, darunter ein Bericht des „Daily Telegraph“ vom 14.04.1945, der wörtlich das über „Radio Moskau“ verbreitete Kommuniké wiedergab, mit dem der Beitrag des österreichischen Widerstandes zur Befreiung Wiens gelobt wurde (ebenda, S. 185-186).

Propaganda hatte bereits auf den Kalten Krieg umgestellt.²⁸⁷ „Anfang 1947 ging der Kreml zur Konsolidierung seiner Eroberungen und zur Festigung seines Satellitenorbits in Mittelost- und Osteuropa über.“²⁸⁸ Der Kreml musste sich eingestehen, dass seine Rechnung in Österreich nicht aufgegangen war, dass sich Österreichs Gesellschaft und Politik eindeutig in Richtung Westen orientierte.²⁸⁹ Seine Propaganda fuhr seit Sommer 1946 auch gegenüber der österreichischen Regierung einen Konfrontationskurs.

Eindeutig negativ war die Meinung, die der Kreml über die „Neue Zeit“ kolportieren ließ. Diese Moskauer Wochenschrift stand dem Außenministerium nahe und erschien in mehreren Sprachen.²⁹⁰ Die deutsche Ausgabe vom 9. Jänner 1947 bot in ihrer „Internationalen Umschau“ eine Analyse unter dem Titel „Eine Wiener Maskerade“;²⁹¹ eine Woche vor dem Verhandlungsbeginn in London und bereits mit Bezug auf die für März nach Moskau einberufene Außenministerkonferenz. Zur Vorbereitung der Moskauer Tagung habe die österreichische Regierung Ende Dezember ein ziemlich umfangreiches Rot-Weiß-Rot-Buch herausgegeben, das entgegen den Tatsachen zeigen solle, dass Österreich die Forderungen der Moskauer Deklaration längst erfüllt und einen ernst zu nehmenden Beitrag für den Kampf gegen Hitlerdeutschland geleistet habe: „*Österreich sei der erste freie Staat gewesen und fünf Jahre lang (gemeint ist die Zeit von 1938 bis 1943) der einzige Staat geblieben, der Hitler faktisch Widerstand geleistet habe.*“²⁹² – Tatsächlich bezog sich das Rot-Weiß-Rot-Buch damit auf die Jahre 1933 bis 1938. – „*Weiter wird behauptet, in Österreich habe es fast keine Nationalsozialisten gegeben, Österreich sei nach dem Anschluß für die Hitlerfaschisten eine Hölle gewesen, und es habe sogar militärisch aktiv mitgekämpft, um sich zu befreien.*“²⁹³ Beweise dafür würden nicht angeführt. Der Verfasser spekuliere vergeblich mit einem kurzen Gedächtnis der Völker: „*Niemand hat vergessen, daß die österreichische Regierung (die, nebenbei gesagt, aus Vertretern der gleichen katholischen Kreise bestand, die heute an der Spitze der regierenden ‚Volks‘partei stehen) in der Zeit von Januar bis März 1938 keinen Finger gerührt hat, um dem Hitleraggressor Widerstand zu leisten. Man weiß, daß die Führer katholischer und sozialistischer Gruppen im Lande Anhänger des Anschlusses Österreichs an Deutschland waren. Auch jetzt tragen sie sich mit Ideen von einem neuen Anschluß. Es war kein Zufall,*

287 Zur Propaganda der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich: Mueller, Propaganda.

288 Ruggenthaler, Österreich-Politik, S. 665.

289 Ebenda, S. 665-667.

290 Die „Neue Zeit“ erschien im Verlag der 1921 gegründeten Tageszeitung „Trud“ [Wahrheit] des Allunionszentralrats der Gewerkschaften.

291 Neue Zeit 2/1947, S. 19-20 („Eine Wiener Maskerade“).

292 Ebenda, S. 19.

293 Ebenda.

daß Vertreter der österreichischen Sozialisten kürzlich an einer Münchener Konferenz teilnahmen, wo die Schaffung einer ‚Föderation süddeutscher Staaten‘ erörtert wurde.“²⁹⁴

– Sofern das eine Anspielung auf den Pakt war, den die Spitzen der SPÖ und der bayerischen SPD am 31. Oktober 1946 geschlossen hatten, war diese Kritik verfehlt; denn sie hatten vielmehr ein Defensivbündnis geschlossen, „um jene dunklen Pläne zunichte zu machen, die dahinzien, Bayern mit anderen Ländern zu einem reaktionären Block zusammenzuschließen“.²⁹⁵ Bezeichnend ist freilich, dass die SPÖ-Führer sich ständig veranlasst und genötigt sahen, der Anschlussidee abzuschwören.²⁹⁶

– Einen markanten Unterschied zwischen dem Widerstand in Österreich und im Deutschen Reich mochte der Redakteur der „Neuen Zeit“ nicht erkennen. Während des Krieges sei das industriell aufgerüstete Österreich die wichtigste „Waffenkammer der hitlerfaschistischen Kriegsmaschinerie“ gewesen. Hunderttausende Österreicher hätten in der „Hitlerarmee“ gedient. Der österreichische „Widerstand“ habe sich nicht einmal in den Tagen bemerkbar gemacht, als die Sowjetarmee Wien erstürmte.²⁹⁷ „Die Moskauer Deklaration sah die Notwendigkeit vor, Österreich nach der Vertreibung der Hitlerfaschisten zu demokratisieren. Kann sich die heutige österreichische Regierung rühmen, auf diesem Gebiete Erfolge erzielt zu haben, insbesondere bei der Reini-gung des Landes von Hitlerfaschisten?“²⁹⁸ Darüber schweige sich das Rot-Weiß-Rot-Buch aus. – Unter dem Druck der bevorstehenden Staatsvertragsverhandlungen brachte die Bundesregierung zu Konferenzbeginn eine Novelle zur Verschärfung des Verbotsgesetzes ein.²⁹⁹ – „Angesichts aller dieser Tatsachen muß zugegeben werden, daß das ‚Rot-Weiß-Rot-Buch‘ ein Versuch ist, der Welt Sand in die Augen zu streuen, eine Maskerade, die den Zweck verfolgt, die Regierungen der Großmächte und die öffentliche Meinung zu desorientieren.“³⁰⁰ Diese Kritik macht deutlich, wie sehr und gezielt die österreichische Diplomatie bemüht gewesen war, mit dem Rot-Weiß-Rot-Buch der bekannten und vermuteten sowjetischen Argumentationslinie schon vorab Wind aus den Segeln zu nehmen und was sie bei den Verhandlungen in London und Moskau zu erwarten hatte.

Die offiziöse Entgegnung erfolgte über die amtliche „Wiener Zeitung“, deren Chefredakteur Ferdinand Reiter gleichzeitig Direktor der „Österreichischen Staatsdruckerei“

294 Ebenda.

295 Hoegner, Außenseiter, S. 273-275, mit Wortlaut des Abkommens (Zitat S. 275); vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 110.

296 In diesem Sinn spielte Schärf auch das Treffen in München als „vollkommen inoffizieller Natur“ herunter (VfW 09.12.1946, S. 2: „Vom ‚Anschluß‘ ein für allemal genug!“).

297 Alle Zitate Neue Zeit 2/1947, S. 19.

298 Ebenda, S. 19-20.

299 Vgl. Bailer-Gallanda/Garscha, Entnazifizierung, S. 629-639.

300 Neue Zeit 2/1947, S. 20.

war,³⁰¹ die das Rot-Weiß-Rot-Buch verlegte. Nicht von ungefähr wurde diese Publikation in der „Wiener Zeitung“ wie in keinem anderen Medium eifrig beworben.³⁰² Einmal abgesehen davon, dass die KPÖ immer noch in der kritisierten Bundesregierung vertreten war und ihr Minister Altmann das Rot-Weiß-Rot-Buch abgesegnet hatte, musste die Reaktion aus Moskau auch den kommunistischen Widerstand treffen, dessen hohen Blutzoll das Rot-Weiß-Rot-Buch nicht von ungefähr herausstrich, ebenso die Anerkennung durch „Radio Moskau“.³⁰³ In diese Kerbe schlug nun pathetisch der konservative Journalist Reiter in seiner Entgegnung am 19. Jänner: *„Soll die ganze aufopferungsvolle Arbeit, soll der Todesmut der überzeugten Sozialisten und Kommunisten, die sich mit den Österreichern aus allen politischen Lagern im Heroismus vereinten, wirklich nur eine Maskerade gewesen sein? Oder war es nicht doch ein erhebender, beispielgebender Akt des Kampfes gegen die Barbarei? Haben die mutigen Streiter solchen Vorwurf verdient, der das Andenken an die unsterblichen Opfer ihrer Überzeugung schänden? Darf man jene so schmähnen, die für Freiheit, Volk und Vaterland hingerichtet wurden oder unsagbares Leid auf sich nahmen?“*³⁰⁴

Doch auf die KPÖ, die „versagt“ hatte, der es nicht gelungen war, breitere Bevölkerungsschichten zu gewinnen, nahm der Kreml keine Rücksicht mehr. Vier Tage später antwortete die „Neue Zeit“ mit der Feststellung *„Ein misslungenes Dementi“*.³⁰⁵ Sie wiederholte ihre Argumente und schob noch den Vorwurf nach, dass die Österreicher in der Wehrmacht und Luftwaffe 1941 einen besonderen Anteil am Überfall auf Jugoslawien gehabt hätten.

Das war mediale Begleitmusik zu den harten Auseinandersetzungen der österreichischen Delegation mit den Vertretern der Sowjetunion und Jugoslawiens bei den Verhandlungen in London.

1.20 Munitio für die Londoner Staatsvertragskonferenz im Jänner 1947

Am 14. Jänner trat in London erstmals die Konferenz der Sonderbeauftragten der alliierten Außenminister zusammen, um über den österreichischen Staatsvertrag

301 Stamprech, Staatsdruckerei, S. 169-173 u. 185.

302 Vgl. WZ 04.12.1946, S. 1 („Rot-Weiß-Rot-Buch“); 08.12.1946, S. 3 (Abbildung des Umschlags); 15.12.1946, S. 3 („Die Beweiskraft des Rot-Weiß-Rot-Buches“).

303 Vgl. Anm. 286.

304 WZ 16.01.1947, S. 3 („Eine Wiener Maskerade?“). – Reiter selbst hatte bereits 1933 bis 1938 als Chefredakteur der „Wiener Zeitung“ den Nationalsozialismus bekämpft, war 1938 ohne Pension entlassen worden und hatte sich mit journalistischen Gelegenheitsarbeiten durchgebracht. 1943/44 war er sieben Monate in Haft gewesen (Stamprech, Tageszeitung, S. 448-493).

305 Neue Zeit 4/1947, S. 20-21.

zu beraten.³⁰⁶ Am Tag darauf ließ die Bundesregierung einen Aufruf an die Bevölkerung veröffentlichen, der in einem Durchhalteappell gipfelte:

*„Habt Vertrauen und Mut, laßt euch nicht irremachen, bewahrt den Glauben daran, daß auch für unser Volk wieder eine bessere Zeit kommt.
Helft in ehrlichem Zusammenstehen und Zusammenhalten mit, daß Österreich das wird, was wir alle wollen: Der Hort eines demokratischen Staatswesens, mit einer gesunden Wirtschaft, mit sozialem Fortschritt und kultureller Bedeutung.
Bedenkt alle, daß Österreich nicht scheitern darf.
Mit Vertrauen, Mut, Zuversicht und Opferbereitschaft werden die Schwierigkeiten überwunden werden.“*³⁰⁷

Die Staatsdruckerei arbeitete mit Hochdruck daran, noch rechtzeitig die englische Übersetzung des Rot-Weiß-Rot-Buchs fertig zu stellen:³⁰⁸

JUSTICE FOR AUSTRIA! RED-WHITE-RED-BOOK. DESCRIPTIONS, DOCUMENTS AND PROOFS TO THE ANTECEDENTS AND HISTORY OF THE OCCUPATION OF AUSTRIA (FROM OFFICIAL SOURCES), FIRST PART. VIENNA 1947; PRINTED AND PUBLISHED BY THE AUSTRIA STATE PRINTING HOUSE.

Diese englische Version war wohl vor allem für ausländische Meinungsführer gedacht. Zu diesem Zweck wurden von Ende Jänner bis Mitte März 1947 665 Exemplare des Red-White-Red-Book ausgeliefert.³⁰⁹ 330 Stück waren sofort für London bestimmt. Auf einer Pressekonferenz im „Hotel Savoy“ händigte Außenminister Gruber den Journalisten das Red-White-Red-Book aus.³¹⁰ Ausländische Beobachter lobten das – freilich unbeabsichtigte – perfekte Timing.³¹¹ Bei einer Anhörung der

306 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 59-85.

307 WZ 15.01.1947, S. 1; Neues Österreich 15.01.1947, S. 1.

308 In ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 14 liegt ein Korrekturbogen ein. Der Stempel der Staatsdruckerei ist mit „Korrektur 6. Dez. 1946“ datiert. Der Bogen liegt in einem Kuvert ein, das mit Herrn „Dr. Seifert“, Rotbuch, BKA adressiert ist.

309 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Ausfolgung RWRB: Englisches Rot-Weiß-Rot-Buch, Auslieferungen.

310 Glasgow Herald 31.01.1947 (ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Besprechungen). – Die österreichische Delegation kam am Abend des 28. Jänner in London an (Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 138).

311 Bischof, Austria, S. 64, zitiert einen Berater des US-Hochkommissars (26.12.1946): „*American observers immediately recognized that this government white book was both timely and misleading; the book makes a good case for Austria, even though the evidence it brings forward is not always logically compelling or necessarily pertinent to its basic theme*“. – Vgl. zudem Neue Zürcher Nachrichten 07.02.1947 (Anm. 314).

RED-WHITE-RED-BOOK



JUSTICE FOR AUSTRIA

DESCRIPTIONS, DOCUMENTS AND PROOFS
TO THE ANTECEDENTS AND HISTORY
OF THE
OCCUPATION OF AUSTRIA

FIRST PART
(FROM OFFICIAL SOURCES)

VIENNA 1947

PRINTED AND PUBLISHED BY THE AUSTRIAN STATE PRINTING HOUSE

REICH
stein

Die englischsprachige Ausgabe erschien Ende Jänner 1947.

österreichischen Delegation in London nahm der sowjetische Vertreter am 31. Jänner Außenminister Gruber ins „Kreuzverhör“. Er wollte wissen, ob Österreich die Moskauer Deklaration und die Potsdamer Beschlüsse anerkenne und wie hoch sein Nationalvermögen Ende 1937 gewesen sei.³¹² Es ging um Österreichs Mitschuld und seinen wirtschaftlichen „Profit“ in Form des Deutschen Eigentums. Gruber rühmte sich, sich nie ohne verantwortlichen Archivar an den Konferenztisch gesetzt zu haben.³¹³

Dass das Rot-Weiß-Rot-Buch, „*diese eindrucksvolle Dokumentensammlung*“, gerade jetzt veröffentlicht werde, habe seinen guten Grund, mutmaßte eine Schweizer Zeitung am 7. Februar mit Hinweis auf die in der Moskauer Deklaration formulierte Bringschuld: „*Heute, wo in London Tito eine ‚Kriegsschuld‘ Oesterreichs behauptet, wird es für den Gang der Ereignisse und also für Oesterreichs Zukunft massgebend sein, ob und wie weit sein Beitrag zu seiner eigenen Befreiung die gerechte Würdigung der Sieger findet.*“³¹⁴ Die Sowjetunion unterstützte die jugoslawischen Forderungen auf 2.400 km² in Kärnten und der Steiermark mit insgesamt 180.000 Einwohnern sowie die Zahlung von 150 Millionen US-Dollar an Reparationen.³¹⁵

Eine Zeitung in Fiume (Rijeka) berichtete am 28. Februar, dass Jugoslawien auf die Ausführungen der österreichischen Delegation in einer Note geantwortet habe: „*Alle Ereignisse, die in der Beilage ‚M‘ des ‚Rot-Weiß-Rot-Buches‘ der österreichischen Regierung angeführt werden, zeigen klar, dass nur einige wenige kleine Gruppen von Antifaschisten in der Widerstandsbewegung gearbeitet haben. Es gelang ihnen nicht, die Vertreter einer Volkserhebung zu werden.*“³¹⁶

Am 8. Februar reichte die österreichische Delegation den Sonderbeauftragten einen „Annex M“ zu ihrem Memorandum betreffend die Haltung der Österreicher gegenüber der deutschen Aggressionspolitik und während der Besetzung nach.³¹⁷ Dieser

312 Gehler, Reden und Dokumente, S. 160-162. Zur sowjetischen Haltung zum Staatsvertrag 1946 bis 1952 vgl. Mueller, Verpasste Chance.

313 Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 124. Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 138, schildert ihn in der konkreten Auseinandersetzung als zu wenig beschlagen oder unzulänglich präpariert. Allerdings diene Schärf's Buch 1955 eindeutig dem Ziel, im Wettbewerb mit der ÖVP die Verdienste der SPÖ um den Staatsvertrag hervorzuheben. Vgl. u.a. Gehler, Besatzungsmächte, S. 36-37.

314 Neue Zürcher Nachrichten 07.02.1947 (Abschrift in: ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Besprechungen).

315 Vgl. Suppan, Jugoslawien, Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 60-67; Tuma, Territoriale Integrität, S. 101-121.

316 La Voce del Popolo 28.02.1947 (Abschrift in deutscher Übersetzung in: ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Besprechungen).

317 Ministersekretär Waldheim brachte aus London ein Exemplar des „Statement and Memorandum (Nos. 11 to 23 & 26-StV/47) of the Austrian Delegation. London January - February, 1947“ mit, in dem sich die österreichische Delegation mit Unterschriften verewigte (ÖStA/AdR: BKA (AA) II-pol 1953 321.984-pol/1953).



„Vorarlberger Volksblatt“ 1. Februar 1947: Gruber im Rededuell mit dem Vertreter der Sowjetunion



Außenministerkonferenz 1947 in London: Außenminister Gruber gibt am 23. November dem Berichterstatter der österreichischen Abteilung des Londoner Rundfunks ein Interview.

Anhang wurde erst in London zusammengestellt.³¹⁸ Er basierte auf dem ebenfalls beigelegten Red-White-Red-Book, auf das der Text mehrfach verweist, wie auch das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ am 15. Februar 1947 unter der Überschrift *„Die ersten Opfer – Rot-Weiß-Rote Unschuld“* berichtete.³¹⁹ In Deutschland stieß die österreichische Verhandlungsstrategie auf wenig Verständnis und Sympathie. *„Leider wird diese Wiener Weißwaschung von keinem freundlichen Echo in Moskau begleitet“*, schrieb der „Spiegel“-Redakteur beinahe schon schadenfreudig, und zitierte „Radio Moskau“ und „Krasnaja Swesda“ („Roter Stern“), die populäre Tageszeitung der Roten Armee, die in dasselbe Horn stießen wie die „Neue Zeit“.³²⁰

Im März und April 1947 tagten die Außenminister in Moskau. Über die Grenze zu Jugoslawien und über die Definition des Deutschen Eigentums konnten sie keine Einigung erzielen. Die jugoslawischen Forderungen sollten die Staatsvertragsverhandlungen noch bis zum Bruch Titos mit Stalin im Juni 1948 belasten. Der österreichische Optimismus auf einen raschen Vertragsabschluss schwand, auch wenn eine zehnjährige Besatzungszeit noch jenseits des Vorstellungsvermögens liegen mochte.

1.21 **Washington: „Die Reaktion der Empfänger war durchwegs eine günstige“**

Parallel zu den Verhandlungen in London und Moskau wurden Meinungsführer in den USA, in Großbritannien und Frankreich mit dem Rot-Weiß-Rot-Buch (Red-White-Red-Book) versorgt. Die Rückmeldungen der österreichischen Diplomaten waren positiv. Auch Buchbesprechungen in Schweizer, französischen oder britischen Zeitungen, die in Wien einliefen, fielen freundlich und im Sinn der Herausgeber aus.³²¹

318 ÖStA/AdR BKA AA II-pol 1947 105.584-pol/1947: Aktenvermerk betr. Telefonat mit London am 08.02.1947, Wien 08.02.1947. Vgl. WZ 09.02.1947, S. 1-2 („Ein neues Memorandum über Österreichs Widerstand“); Neues Österreich 09.02.1947, S. 2 („Der österreichische Anteil an der Befreiung“); Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 72.

319 Der Spiegel 7/1947, S. 11.

320 Ebenda.

321 So liegen, zum Teil mit Begleitschreiben von Gesandtschaften und als Abschrift (Übersetzungen), ein in: ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Besprechungen und Mappe Korrespondenz; K. 6, Mappe Deutschland, Berichte von: Frankreich: L'Aube 26.10.1946 („L'Autriche a souffert de Hitler pendant douze ans“); Le Populaire du Centre Limoges 15.01.1947; Schweiz: Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich 25.01.1947 (Ein Volk gibt Rechenschaft), Anzeiger von Ulster [richtig wohl:

Die Gesandtschaft in Washington berichtete, dass am 19. März 1947 per Flugpost die erbetenen 100 Stück der englischen Ausgabe eingelangt und an die maßgebenden Kongressmitglieder, an Funktionäre des State Department sowie an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verteilt worden seien: „*Die Reaktion der Empfänger war durchwegs eine günstige*“.³²² Einige besonders freundliche Rückäußerungen legte der Gesandte zur medialen Verwertung bei.

Österreichs Diplomaten in Washington hatten das amerikanische Parkett mit geschicktem Lobbying schon zuvor erfolgreich bearbeitet.³²³ Außenminister Gruber hatte bereits im Oktober 1946 die Gelegenheit gehabt und genützt, Österreichs Standpunkt in den USA öffentlichkeitswirksam zu vertreten. In punkto Widerstand war Gruber glaubwürdig. Als Führer der Tiroler Widerstandsbewegung hatte er 1945 den anrückenden Amerikanern ein selbst befreites Innsbruck übergeben können.³²⁴ Ob es sein Erfolg war oder Gruber nur die „Begleitmusik zur offiziellen Wende in der US-Österreich-Politik [lieferte]“,³²⁵ jedenfalls hatte die US-Regierung Österreich in einer Grundsatzerklärung als „befreites Land“ gleich anderen befreiten Ländern anerkannt; intern hatte Washington diese Wende bereits spätestens 1944 vollzogen.³²⁶ Während die Außenminister im März 1947 in Moskau berieten, schwor der amerikanische Präsident Harry Truman in Washington den Kongress und die Bevölkerung auf die Verpflichtung der USA ein, alle freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. Ziel dieser „Truman-Doktrin“ war die Eindämmung der sowjetischen Expansion durch Militärbündnisse sowie Militär- und Wirtschaftshilfe (Containment). Im

Uster] 05.02.1947 („Gerechtigkeit für Österreich: Das „Rot-Weiss-Rot-Buch“ weist die ungerechten Vorwürfe gegen Österreich zurück“), Neue Zürcher Nachrichten 07.02.1947 („Die Geschichte fordert Gerechtigkeit: Österreichs Kampf gegen den Nationalsozialismus“); Beilage zur Auslands-Presseschau Nr. 287 26.03.1947, Schweizer Pressestimmen zum Rot-Weiß-Rot-Buch (Basler Nationalzeitung, Basler Nachrichten, Neue Zürcher Zeitung, Berner Bund, Tribune de Geneve, Vaterland, Der Weg); Großbritannien: The Tablet 01.02.1947, Glasgow Herald 31.01.1947.

322 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Rotbuch 2. Teil: Gesandter Kleinwächter an BKA AA, Washington 15.04.1947. – Die Gesandtschaft in Washington hatte aus der „Wiener Zeitung“ (wahrscheinlich Ausgabe vom 10.02.1947) erfahren, dass die englische Ausgabe erschienen sei, und am 10. Februar 1947 telefonisch 100 Exemplare angefordert (ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Korrespondenz). Ihr wurden mit Flugpost 3 Exemplare am 18. Februar 1947, 100 Stück am 20. Februar 1947 und 100 Stück am 7. März 1947 übersandt (ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Ausfolgung: Englisch Rot-Weiß-Rot-Buch). – Zur positiven Reaktion in den USA vgl. auch Bischof, Austria, S. 64.

323 Bischof, Austria, S. 66-67.

324 Zu Gruber: Gehler, Landeshauptmann Gruber; Gehler, Besatzungspolitik; Gehler, Karl Gruber.

325 Bischof, Instrumentalisierung, S. 357; Keyserlingk, 1. November 1943, S. 15-27.

326 Zur amerikanischen Österreichpolitik 1938 bis 1945 vgl. Keyserlingk, Anschluss oder Besetzung.

September 1947 schwenkte auch Großbritannien auf die amerikanische Linie in der Österreich-Politik ein,³²⁷ während die Sowjetunion weiterhin auf Österreichs Mitverantwortung pochte. Der „Kalte Krieg“ bestimmte die neuen Frontlinien. Und die österreichische Frage blieb eng mit der deutschen Frage verknüpft, blieb ihr untergeordnet. „Österreich wurde hierbei zum frühen Opfer der interalliierten Differenzen in der deutschen Frage.“³²⁸

1.22 Arbeiter-Zeitung: „Österreich war eben Hitlers erstes Opfer“

In der Fokussierung des Rot-Weiß-Rot-Buchs auf den Abwehrkampf gegen die nationalsozialistische Aggression 1933 bis 1938 wurde der autoritäre Kurs, den die christlichsoziale Führung 1933 einschlug und Österreich aufzwang, so gut wie außer Diskussion gelassen. Auf den ersten Blick ist erstaunlich, dass die SPÖ das akzeptierte, ihr Vorsitzender Schärff im Ministerkomitee gegen diese patriotische Verengung des Gesichtsfelds keine Einwände erhob; auch nicht gegen das „betonte Österreichertum“, das die SPÖ an die Propaganda der „austrofaschistischen“ Zeit erinnern musste, mit dem sie sich nicht identifizieren konnte.³²⁹

Peter Utgaard gibt zu bedenken, dass das Rot-Weiß-Rot-Buch nicht nur als offizielle Darstellung („statement“) des Opferstatus Österreichs wichtig gewesen sei, sondern auch als ein frühes Beispiel für die Geschichte oder das Geschichtsbild der Großen Koalition („coalition history“) zwischen ÖVP und SPÖ, der es gelang, die politischen Gräben der Zwischenkriegszeit zu überwinden, damit gleichzeitig aber eine Befassung mit den dunkleren Aspekten der österreichischen Vergangenheit verhinderte. „Throughout the Red-White-Red-Book, all groups within Austrian society are seen as victims of Nazism.“³³⁰ Die „coalition history“ habe zum politischen Frieden beigetragen, aber auch zwei spezifische Mythen legitimiert: dass Sozialisten wie Konservative gleichermaßen für die gewaltsame politische Spaltung der Ersten Republik verantwortlich gewesen seien, und dass beide gleichermaßen unter den Nazis gelitten hätten, der Mythos der Einsicht und Versöhnung auf der Lagerstraße.

Utgaards Hinweis vermag nur teilweise zu überzeugen. Fraglich ist schon, ob die beiden Lager tatsächlich gleichermaßen eine Mitschuld am Scheitern der Demokratie zugestanden, ob nicht vielmehr, wenn überhaupt, ein gegenseitiges Aufrechnen stattfand. Zweifellos wurde mit dem Rot-Weiß-Rot-Buch ein kollektiver Opferstatus

327 Dockrill, Austria, S. 254-255; Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 43.

328 Gehler, Österreich, S. 537.

329 Haas, Österreich, S. 199.

330 Utgaard, Remembering, S. 30.

propagiert, die innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und den Konservativen in der Ersten Republik wurden dagegen völlig ausgeblendet. Wenn, dann lag gerade darin der Kompromiss, im Verschweigen. Abgesehen davon wäre das Eingeständnis eigenen Versagens der Verhandlungsstrategie zuwidergelaufen. Verbindend, überbrückend wirkte viel eher das verklärte Bild einer geschlossenen „österreichischen Widerstandsbewegung“, zu der alle Bevölkerungsgruppen und alle weltanschaulichen Gruppierungen gleichermaßen beigetragen haben, auch die Sozialdemokraten.

Jedenfalls segnete die „Arbeiter-Zeitung“, das Zentralorgan der SPÖ, das Rot-Weiß-Rot-Buch in einer ausführlichen Besprechung beinahe kritiklos ab. Am 18. Dezember 1946 veröffentlichte das Blatt einen ausführlichen Leitartikel „Gerechtigkeit für Österreich“. ³³¹ Der Rezensent war voll des Lobes und kam zum Ergebnis:

„Der österreichische Widerstand gegen Nazideutschland hatte seine besonderen Voraussetzungen und Bedingungen. Die Eindringlinge sprachen einmal die gleiche Sprache wie die Unterworfenen. Daß zudem eine Minderheit von Österreichern sich zum Nationalsozialismus bekannte, ist unbestritten. Aber hatten nicht auch andere von den Deutschen besetzte Länder ihre Laval,³³² Hachas³³³ und Quislinge,³³⁴ die allesamt einen Teil ihrer Bevölkerung für sich gewinnen konnten? Dazu kam das geographische Abgeschnittensein Österreichs von der freien Welt, und die Tatsache seiner völligen Eingliederung in das Dritte Reich, der gewaltsamen und vollständigen Umänderung seiner Wirtschaft und Verwaltung bis zur restlosen Auslöschung der eigenen Staatlichkeit. Österreich war eben Hitlers erstes Opfer. Auf seinem Volk lastete die harte Faust der Gestapo noch mit voller, ungeteilter Wucht. Daß die Arbeiterschaft schon

331 Arbeiter-Zeitung 18.12.1946, S. 1-2 („Gerechtigkeit für Oesterreich“).

332 Pierre Laval war einer der führenden Politiker, ab 1942 Ministerpräsident, des Vichy-Regimes, das ab 1940 unter zunehmender deutscher Kontrolle im unbesetzten Süden Frankreichs herrschte. Nach der Landung der Alliierten in der Normandie wurde die Vichy-Regierung nach Sigmaringen verbracht. Im April 1945 versuchte Laval vergeblich, über Vorarlberg in die Schweiz einzureisen (vgl. Nachbaur, Die Lage im Vorarlberg, S. 312-314; Volaucnik, Feldkirch, S. 163). Er floh nach Spanien, wurde an Frankreich ausgeliefert, wo ihm als Kollaborateur ein Hochverratsprozess gemacht wurde. Am 15. Oktober 1945 wurde Laval hingerichtet.

333 Emil Hácha wurde nach dem „Münchener Abkommen“ (Abtretung des „Sudetenlandes“) 1938 zum Staatspräsidenten der „Rest-Tschechoslowakei“ gewählt, von der 1939 auch noch die Slowakei abgespalten wurde. Unter deutschem Druck stimmte er dem Einmarsch deutscher Truppen zu. 1939 bis 1945 war er Staatspräsident des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren. Hácha starb am 27. Juni 1945 unter nicht ganz geklärten Umständen in einem Gefängnis-Krankenhaus.

334 Vidkun Quisling, Führer der Partei Nasjonal Samling und 1942 bis 1945 Ministerpräsident des von den Deutschen besetzten Norwegen, wurde zum Inbegriff eines Kollaborateurs. Er wurde am 24. Oktober 1945 hingerichtet.

*vier Jahre lang vorher, unter Dollfuß und Schuschnigg, geknebelt war, hat ihre Widerstandskraft gegen Hitler gewiß nicht gelähmt, wohl aber geschwächt. Wer all dies erkennt, wird uns zuteil werden lassen, was das ‚Rot-Weiß-Rot-Buch‘ erstrebt: Gerechtigkeit für Österreich!“*³³⁵

Hinter den Kulissen ging es weniger friedlich zu. Die Sozialisten hatten keinen leichten und keinen sicheren Stand. Während Staatskanzler Renner öffentlich eine „faschistische“ Kontinuität von 1933 bis 1945 in den Raum stellte, gab ihm die ÖVP ab Juni 1945 energisch zu verstehen, dass die Last des illegalen Kampfes gegen Hitler ab 1938 hauptsächlich von den bürgerlich-katholischen Kreisen und den Kommunisten getragen worden sei, während die Sozialdemokratie sich ziemlich abseits gehalten habe.³³⁶ Dieses Widerstandsdefizit der SPÖ belegte später die Forschung.³³⁷ Es mag, wie Ernst Hanisch analysierte, zum Teil „im Mangel einer distinkten Österreich-Ideologie und in ihrer so dauerhaft gesamtdeutschen Ausrichtung“ gelegen haben, zum Teil auch daran, dass sich die KPÖ-Kader zu einem guten Teil aus Sozialdemokraten rekrutiert hatten, die ab 1934 aus Protest gegen die sozialdemokratische Elite zu den Kommunisten übergelaufen waren.³³⁸ So klingt es denn schon fast wie eine Entschuldigung, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ feststellte, dass die Knebelung unter Dollfuß und Schuschnigg die Widerstandskraft der Arbeiterschaft „*gewiß nicht gelähmt, wohl aber geschwächt*“ habe.³³⁹

Nicht von ungefähr konzentrierte sich die SPÖ in ihren antifaschistischen Gedenkveranstaltungen und Publikationen auf den Kampf gegen den „Austrofaschismus“, und zielte damit auch auf den Koalitionspartner ÖVP.³⁴⁰ Die ÖVP konnte wieder zu Recht darauf verweisen, dass sie im aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurzle.³⁴¹

Ab Februar 1946 trugen kommunistische und sozialdemokratische Publizisten einen Streit für und wider die Idee einer „Österreichischen Nation“ aus, die den Sozialdemokraten noch weitgehend fremd war.³⁴² Im November 1946 kritisierte der enttäuschte „Austromarxist“ Friedrich Adler von Paris aus offen den österreichischen „Partikularismus“; eine Spitze, die nicht zuletzt gegen die KPÖ, vor allem gegen

335 Arbeiter-Zeitung 18.12.1946, S. 2.

336 Schöner, Tagebuch, S. 295 (19.06.1945).

337 Luza, Widerstand, S. 327-328; Neugebauer, Widerstand, S. 29.

338 Hanisch, Widerstand, S. 348. Vgl. auch Pape, Ungleiche Brüder, S. 73; Pape, Schärf.

339 Arbeiter-Zeitung 18.12.1946, S. 2.

340 Garscha, Linker Widerstand, S. 61.

341 Luza, Der Widerstand, S. 185 u. 206-215; Neugebauer, Widerstand, S. 32.

342 Fellner, Problem, S. 224-226.

Ernst Fischer, gerichtet war,³⁴³ aber auch gegen die österreichische „Flucht aus der Verantwortung“.³⁴⁴ Nun war Adler zwar keine politische Größe mehr, dennoch sah sich Bundespräsident Renner veranlasst, am 19. Jänner 1947, zu Beginn der Verhandlungen in London, mit einem Beitrag über „*Die ideologische Ausrichtung der Politik Österreichs*“ auf der Titelseite der „Wiener Zeitung“ in diesen „*vor- und unzeitig[en]*“ Konflikt beschwichtigend einzugreifen und für Österreich als Folge des bevorstehenden Staatsvertrags eine Nationswerdung nach Schweizer Muster in Aussicht zu stellen.³⁴⁵

Sehen wir von diesem Beschwichtigungsversuch des Staatsoberhauptes ab, hielten sich die SPÖ-Politiker – wie großteils auch die Spitzenvertreter der ÖVP – aus der theoretischen Diskussion über die Nationswerdung heraus.

Anschlussforderungen konnte und wollte sich die SPÖ-Führung jedenfalls keinesfalls mehr leisten.

1.23 Kaum Resonanz in den Vorarlberger Zeitungen

In den Vorarlberger Tageszeitungen stieß das Rot-Weiß-Rot-Buch auf wenig Resonanz. Das „Vorarlberger Volksblatt“ der ÖVP und die unabhängigen „Vorarlberger Nachrichten“ nahmen am 5. Dezember 1946 in weitgehend übereinstimmenden Leitartikeln die Ergebnisse des Rot-Weiß-Rot-Buchs vorweg (Q 55). Sie beruhten auf dessen Einleitung, die den Redaktionen offensichtlich übermittelt wurde. Auf weitere Berichte oder Auszüge verzichteten die beiden größten landesweiten Zeitungen.

Das „Vorarlberger Volksblatt“ fütterte seine Leserschaft Anfang Jänner 1947 lieber mit Auszügen aus Schuschniggs Memoiren,³⁴⁶ die zu Beginn der Londoner Verhandlungen unter dem Titel „Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot“ in Zürich erschienen und in mehrere Sprachen übersetzt wurden.³⁴⁷ Das Außenamt in Wien erwartete Ende Jänner ein Exemplar³⁴⁸. (Die KPÖ wird Landeshauptmann Ilg eine „Originalfassung

343 Vgl. Neues Österreich 05.01.1947, S. 1-2 (Ernst Fischer, „Österreichischer Partikularismus?“).

344 Hanisch, Widerstand, S. 346. Vgl. Ardelt, Adler; Fellner, Problem, S. 225-226.

345 WZ 19.01.1947, S. 1 („Die ideologische Ausrichtung der Politik Österreichs“). Vgl. Schärf, Österreichs Erneuerung, S. 180-191.

346 VVB 04.01.1947, S. 2; 07.01.1947, S. 3; 08.01.1947, S. 3; 09.01.1947, S. 3.

347 Die Memoiren (Schuschnigg, Requiem) erschienen 1946 in Zürich und wurden 1946/47 jedenfalls in englischer, französischer, spanischer, italienischer und schwedischer Übersetzung auf den Markt gebracht. Vgl. auch VVB 28.01.1947, S. 3 („Schuschnigg Memoiren – ein Weiterfolg“); VN 23.01.1947, S. 1-2 („Schuschnigg erzählt“).

348 ÖStA/AdR BKA AA II-pol 1947 105.358-pol/47: Amtsvermerk, Wien 27.01.1947 betr. Telefonat mit Österreichs Vertreter in Bern Dr. Bielka.

der Memoiren Schuschniggs“ schicken.)³⁴⁹

Im Gegensatz zum sozialistischen Leitmedium „Arbeiter-Zeitung“ ignorierte der „Vorarlberger Volkswille“, die Mutation einer Tiroler SPÖ-Zeitung, die Publikation völlig.

Die in Bregenz erscheinende „Tageszeitung“ der KPÖ referierte am 30. Jänner 1947 unter dem Titel *„Moskau über die Widerstandsbewegung in Österreich“* kurz die Moskauer Entgegnung auf die „Wiener Zeitung“: *„Die ‚Neue Zeit‘ wolle die Widerstandsbewegung in Österreich und die von den Hitlerschen Henkersknechten zu Tode gefolterten heldenhaften Einzelkämpfer nicht ignorieren.“*³⁵⁰ Die antihitlerische Bewegung in Österreich sei aber an Schwung beträchtlich in den anderen von Hitler unterjochten Ländern zurückgeblieben. Es sei unwahr, dass das Dollfuß-Schuschnigg-Regime gegen den Nationalsozialismus gekämpft habe. Es sei ein faschistisches Regime gewesen, habe das Treiben von Hitlers „Agenturen“ in Österreich geduldet. Die österreichische Regierung habe kapituliert, noch ehe die Hitler-Truppen in Österreich einrückten. Namhafte Politiker, selbst aus dem Lager der Sozialisten, hätten die Annexion als einen *„historischen Fortschritt“* bezeichnet.³⁵¹

Mit keiner Akzeptanz konnte das Rot-Weiß-Rot-Buch wohl im deutschnationalen Lager, zumal bei immer noch überzeugten „Ehemaligen“, rechnen, die noch zum Schweigen gezwungen waren.

1.24 Abwicklung der Rotbuch-Aktion im Bundespressedienst 1946/47

Am 11. November 1946, fünf Wochen vor Erscheinen des Rot-Weiß-Rot-Buches, wies Heinrich Wildner, der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Außenminister Gruber und Bundeskanzler Figl in einem Amtsvermerk nochmals darauf hin, dass es nicht möglich gewesen sei, zweckdienliches Material zusammenzutragen, das die Widerstandsbewegung im In- und Ausland genügend illustriere (Q 17). Diese Arbeit müsse raschest nachgeholt werden. So sei zum Beispiel noch nicht einmal die genaue Zahl der KZ-Häftlinge bekannt. Das Außenamt sei im Frühjahr eingesprungen, habe aber nicht die Ressourcen, um diese Arbeiten fortzuführen.

349 Der Pressedienst des Zentralkomitees der KPÖ schickte Ilg am 3. Juli 1947 hektographiert in Auszügen eine „Originalfassung der Memoiren Schuschniggs: ‚Des Dritten Österreich Weg zur Ostmark‘“ die dem „Requiem in Rot-Weiß-Rot“ gegenübergestellt wurde. Ein Teil dieser Auszüge sei im Juni 1947 bereits in der „Österreichischen Volksstimme“ veröffentlicht worden (VLA: HA LH Ilg 12/6). – Diese „Originalfassung“ könnte identisch sein mit jener in ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 9.

350 TZ 30.01.1947, S. 2 („Moskau über die Widerstandsbewegung in Österreich“).

351 Ebenda.

Es werde vielmehr notwendig sein, damit einen eigenen Apparat kurzfristig zu betrauen, der sich aus Vertretern verschiedener Zentralstellen zusammensetzen und zunächst das mittlerweile eingelaufene Material sichten und weiteres Material auffindig machen möge.

Viel Erfolg war diesem Vorstoß nicht beschieden. Karl Wildmann übernahm mit 1. Dezember 1946 die Leitung der Personalabteilung des Außenamtes.³⁵² Er erreichte, dass der dem Bundespressedienst zugeteilte Redakteur Otto Seiffert vorläufig mit den administrativen, drucktechnischen und sonstigen Angelegenheiten des Rot-Weiß-Rot-Buches betraut wurde (Q 18).

Am 30. Dezember 1946 drängte Wildmann seinen Chef Wildner erneut zu einem Vorstoß. Durch das Erscheinen des Rot-Weiß-Rot-Buches sei das öffentliche Interesse an diesem Fragenkomplex stark gestiegen; die Bezeichnung als „Erste Folge“ habe die Frage der Redaktion der erwarteten weiteren Veröffentlichungen aktualisiert. Es erscheine daher dringend geboten, eine Verfügung zur weiteren Vorgangsweise zu treffen, wobei das Projekt am zweckmäßigsten im Rahmen des Bundespressedienstes einzubauen wäre (Q 18).

Der im Bundeskanzleramt angesiedelte Bundespressedienst gehörte zum Ressort des Bundeskanzlers, den mit dieser Aufgabenverlagerung auch die politische Verantwortung für das Rot-Weiß-Rot-Buch traf.

Bei der neuen Rot-Weiß-Rot-Buch-Redaktion liefen zunächst noch weiteres Material und neue Hinweise ein.³⁵³ Andererseits galt es, Reklamationen zu beantworten. Nicht wenige werden enttäuscht gewesen sein, dass ihre Beiträge keine Berücksichtigung fanden. Ab Jänner 1947 gingen auch Aufforderungen ein, übermittelte Originale wieder zurückzuschicken; was sich als nicht so einfach erwies. Das Rot-Weiß-Rot-Buch habe in so kurzer Zeit entstehen müssen, entschuldigte sich die neue Redaktion, dass sie erst jetzt daran gehen könne, das eingelaufene Material zu ordnen.³⁵⁴ Zum Teil waren Unterlagen, wie versichert wurde, gar nie angekommen.³⁵⁵

Am 6. Februar 1947 unternahm Wildmann einen weiteren, vermutlich letzten Anlauf: Aufgrund der inzwischen eingetretenen Normalisierung des Nachrichten- und

352 Die Zuteilung erfolgte am 26. November 1946 mit sofortiger Wirkung. Bundesminister Gruber verfügte, dass Wildmann ihm selbst wöchentlich über seine Tätigkeit zu berichten habe (ÖStA/AdR: BKA AA KdM: 866-K/46).

353 Zum Teil gesammelt in ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Rotbuch 2. Teil. Hier liegen u.a. Abschriften zahlreicher Berichte lokaler und regionaler Tiroler Widerstandsgruppen ab, darunter für St. Anton am Arlberg und Landeck.

354 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Korrespondenz: [BKA Bundespressedienst] an Tiroler Landeshauptmann Weissgatterer, Wien 07.03.1947.

355 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Korrespondenz: Pauli an Bund demokratischer Freiheitskämpfer, Landesleitung Kärnten, Wien 14.05.1947; ebenda Bezugsschreiben vom 26.03.1947.

Reiseverkehrs wäre es inzwischen wesentlich leichter, die mangelhafte Quellenlage zu verbessern. Wildmann schlug vor: Der Ministerrat beauftragt eine Sonderkommission im Bundeskanzleramt mit der Weiterführung der Arbeit. Für die operativen Aufgaben wird ein Büro errichtet, dem Seiffert als redaktioneller Leiter, Sobek als Referent für Naziopfer, Reichmann für Österreicher in alliierten Armeen und weitere Spartenreferenten angehören könnten. Auf Länderebene werden entsprechende Länderbüros errichtet. Das Zentralbüro legt die Methoden der Überprüfung, Beglaubigung und Verwertung des bereits vorliegenden und weiter einlangenden Materials fest, „*das im Hinblick auf seine bleibende Bedeutung fachgemäß zu archivieren ist*“ (Q 19).

Auf Wildmanns Amtsvermerk notierte Generalsekretär Wildner Ende September 1947, er habe mit dem Gesandten Wildmann einvernehmlich festgestellt, dass das ganze Material mittlerweile dem Bundespressedienst zur weiteren Behandlung übergeben worden sei, dem die weitere Verfügung obliege (Q 19). Mit anderen Worten: Das Außenamt fühlte sich nicht mehr verantwortlich.

Im Bundespressedienst dürfte das Projekt bereits eine stille Beerdigung dritter Klasse erfahren haben oder einfach eingeschlafen sein, der letzte überlieferte Schriftverkehr der Rot-Weiß-Rot-Buch-Redaktion dürfte vom August 1947 stammen. 1952 lieferte der Bundespressedienst die Hinterlassenschaft der Redaktion dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv ab.³⁵⁶

Karl Wildmann machte Karriere. Er wechselte 1948 als österreichischer Gesandter nach Bern. In dieser Funktion förderte er die Gründung des „Weltbundes der Auslandsösterreicher“, den er später auch präsiidierte. Die Vereinigung konstituierte sich 1952 in Dornbirn.³⁵⁷ 1953 kehrte Wildmann als Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten an den Ballhausplatz zurück, wo im August ein „*Weißbuch über den Staatsvertrag*“ in Angriff genommen wurde.³⁵⁸ Es hätte chronologisch an das Rot-Weiß-Rot-Buch anknüpft. 1954 löste der ehemalige Bundeskanzler Leopold Figl Karl Gruber als Außenminister ab. Für Figl arbeitete Wildmann 1955 eine Argumentationshilfe aus, wie der Kanzler die Verantwortlichkeitsklausel doch noch aus dem unterschriftsreifen Staatsvertrag hinausverhandeln könnte, was Figl in der Außenministerkonferenz am 14. Mai 1955, in einer eigenartigen persönlichen Konstellation, tatsächlich gelang: Am Rande der Verhandlungen in Moskau hatte Figl im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Molotow eine Erinnerung an Dachau

356 Vgl. Anm. 454.

357 VN 05.09.1952, S. 3; 08.09.1952, S. 2; 11.09.1952, S. 3; 12.09.1952, S. 3-4; 13.09.1952, S. 4; 15.09.1952, S. 3; APA 07.09.1962 I 198.

358 ÖStA/AdR: BKA (AA) II-pol 1947 323.487-pol/1953.



Gesandter Karl Wildmann (2. v.l.) überreicht am 15. Oktober 1948 in Bern Bundesrat Max Petitpierre (4. v.l.) sein Beglaubigungsschreiben.

einfließen lassen, wie er mit den anderen KZ-Häftlingen auf dem Appellplatz zusammengetrieben worden sei, um über Radio und Lautsprecher anhören zu müssen, wie Molotow den Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnete.³⁵⁹ Nun war Molotows Zustimmung für die Streichung der Klausel in letzter Minute ausschlaggebend. Wildmann übernahm im September 1955 Österreichs Vertretung in Den Haag, wo er 1956 starb.³⁶⁰

359 Steiner, Miterleben, S. 823-824; Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 517-521.

360 Aerni/Agstner, Botschaft Bern, S. 145-146.7

1.25 Antideutsche SPÖ-Initiative für eine Fortsetzung 1955

Das Verständnis für die Verabschiedung Österreichs aus jeder Mitverantwortung und die ausschließliche Betonung der Opferrolle hielt sich in Deutschland in Grenzen. Bei der Empörung über diesen Sonderweg ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass der großdeutsche „Revisionismus“ der Zwischenkriegszeit in den Vorstellungen der deutschen Eliten noch länger nachwirkte. So musste es in Österreich als Provokation empfunden werden, wenn hochrangige deutsche Politiker den Wunsch nach Eigenständigkeit nicht zur Kenntnis nehmen wollten und mit einer „Rückkehr der Österreicher ins gemeinsame deutsche Haus“ rechneten.³⁶¹

Für entsprechende Aufregung und eine dringliche Anfrage der SPÖ an Bundeskanzler Julius Raab sorgte im November 1954 eine Entscheidung des westdeutschen Bundesverwaltungsgerichts, dass Personen, die am 13. März 1938 die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen und in der Bundesrepublik Deutschland ihren Wohnsitz haben, gleichzeitig auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, wenn sie nicht ausdrücklich um die österreichische Staatsbürgerschaft angesucht haben, da das Reichsgesetz über die Eingliederung Österreichs von 1938 formell immer noch in Kraft stehe.³⁶² Das entsprach zwar nicht der Regierungslinie in Bonn, doch der christdemokratische Bundeskanzler und Außenminister Konrad Adenauer ließ sich aufreizend lange Zeit, um in einem Zeitungsinterview endlich einmal die deutsche Position klarzustellen und ein Bekenntnis zur österreichischen Unabhängigkeit und Eigenständigkeit abzugeben.

Es ist nachvollziehbar, dass die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland die Okkupationstheorie ablehnte, mit der sich Österreich jeder Beteiligung an NS- und Kriegsfolgenlasten entschlug.³⁶³ Zum Eklat zwischen Bonn und Wien führte schließlich die Endfassung des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955, in dem sich die Sowjets und die Westmächte auf einen Interessenausgleich auf Kosten der (West-)Deutschen einigten.³⁶⁴

361 Pfeiffer, Nachbarschaft, S. 195, der die schwierige und konfliktreiche deutsch-österreichische Nachbarschaft der ersten Zeit vor allem der verständnislosen und überheblichen Politik Adenauers anlastet. Zum deutsch-österreichischen Verhältnis als Produkt des aggressiven Revisionismus von 1933 bis 1938: Binder, Alte Träume.

362 StenProt NR VII. GP 42. Sitzung 03.11.1954, S. 2104-2114, mit interessanten Äußerungen zum Fragebereich „Annexion/Okkupation“.

363 Zu den Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland: Pape, Ungleiche Brüder, speziell zum „Krisenjahr 1955“, S. 283-379 (eher prodeutsch); Pfeiffer, Nachbarschaft, speziell S. 57-97 (eher proösterreichisch). Zum Folgenden u.a. auch Gehler, Österreich; Pape, Krisen; Jeřábek, Vermögensfragen; Pape, Abgrenzung, S. 287-305; Stourzh, Einheit und Freiheit, S. 497-537; generell zur Verknüpfung der österreichischen mit der deutschen Frage: Steininger, Staatsvertrag.

364 Staatsvertrag betr. die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Aus österreichischer Sicht stellte sich der Handel wie folgt dar:³⁶⁵

Die Bestimmung, dass von Österreich keine Reparationen verlangt werden (Art. 21), habe nur deklarative Bedeutung, da schon die dem allgemeinen Völkerrecht entsprechende Feststellung der Moskauer Deklaration, dass Österreich Hitlers Angriffspolitik zum Opfer gefallen sei, jede Verpflichtung zu irgendwelchen Reparationen ausschließe.

Vielmehr hätte Österreich aus dem Titel der gewaltsamen, für null und nicht erklärten Annexion wohlbegründete Entschädigungsansprüche gegenüber Deutschland (sprich: Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs), auf die es jedoch verzichte (Art. 23 Z. 3).

Um Österreich für diesen Verzicht wenigstens in einem gewissen Ausmaß zu entschädigen, hätten ihm Großbritannien, die USA und Frankreich die ihnen als Reparationsleistungen übertragenen deutschen Auslandsvermögenswerte in Österreich ohne Gegenleistung, die Sowjetunion das von ihr beanspruchte Deutsche Eigentum gegen 150 Millionen Dollar und Wirtschaftskonzessionen übereignet (Art. 22).

Die unter dem Strich „erlösten“ ehemaligen deutschen Vermögenswerte würden nur einen Bruchteil des Schadens ausmachen, den das Deutsche Reich Österreich zugefügt habe. Lujo Tončić-Sorinj (ÖVP), der Vorsitzende des Justizausschusses, rechnete am 7. Juni 1955 als Berichterstatter bei der Ratifizierung des Staatsvertrags im Nationalrat einen Gesamtschaden von mindestens 200 Milliarden Schilling vor, was nahezu zehn österreichischen Jahresbudgets entspreche.³⁶⁶

Dabei konnte sich die Bundesregierung nicht nur auf das allgemeine Völkerrecht, sondern entscheidend auf völkerrechtliche Verträge der Alliierten mit Österreich und mit der Bundesrepublik Deutschland berufen.

Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 hatte die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls ihre (bedingte) völkerrechtliche Souveränität erlangt. Im Rahmen dieses Vertragswerks hatte sie sich erneut verpflichten müssen, die Regelung des deutschen Auslandsvermögens im zukünftigen Staatsvertrag mit Österreich „hinzunehmen“, ja selbst „Vorsorge“ für die Entschädigung der früheren Eigentümer zu treffen.³⁶⁷ Dabei hatte die westdeutsche Regierung auf die USA vertraut, die allerdings eigene Interessen verfolgte. So ging auch die Wertgrenze für das „kleine Deutsche Eigentum“ auf die Amerikaner zurück, da sie selbst eine Teilrückgabe des früheren Deutschen Eigentums in den USA an eine entsprechende Marge von 10.000 US-Dollar gebunden hatten. Vor allem traf Bonn aber das unerwartete Rückübertragungsverbot

365 StenProt NR VII. GP Beilage 517, S. 6-9.

366 StenProt NR VII. GP 69. Sitzung 07.06.1955, S. 3102-3103.

367 Zum Folgenden: Pape, Ungleiche Brüder, S. 294-324; Pape, Krisen, S. 504-522; Jeřábek, Vermögensfragen.

für Vermögenswerte in allen vier Zonen. Die Alliierten Mächte verpflichteten Österreich, „mit Ausnahme der erzieherischen, kulturellen, caritativen und religiösen Zwecken dienenden Vermögenschaften keine der ihm als ehemalige deutsche Vermögenswerte übertragenen Vermögenschaften, Rechte und Interessen in das Eigentum deutscher juristischer Personen oder – sofern der Wert der Vermögenschaften, Rechte oder Interessen 260.000 Schilling übersteigt [= „kleines Deutsches Eigentum“, UN] – in das Eigentum deutscher physischer Personen zu übertragen“ (Art. 22 Z. 13).³⁶⁸

Für die Bundesrepublik Deutschland und ihren Bundeskanzler Adenauer, der erst wenige Tage zuvor als gleichberechtigter Bündnispartner im Rat der NATO-Staaten empfangen worden war, kam diese Vertragsbedingung einer Brückierung gleich; und erst recht, in welchem Ton die verbündeten Westmächte seinen Protest in die Schranken wiesen. Zudem war er noch mit außenpolitischer Kritik der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) konfrontiert, die im Verdacht stand, sich mit der SPÖ abzustimmen.

SPÖ-Vorsitzender Schärf wieder hatte hinter dem Rücken der ÖVP bereits bei den Verhandlungen in Moskau auf ein möglichst weitreichendes Rückübertragungsverbot hingearbeitet, wohl nicht zuletzt zur Absicherung der verstaatlichten Industrie und zum Ausbau des „Verstaatlichtenkönigreichs“, über das die SPÖ herrschte.³⁶⁹ Im Disput mit Raab war Schärf dafür eingetreten, für die von den Sowjets ausgebeuteten Unternehmen jeden Preis zu bezahlen.³⁷⁰ Die Bundesregierung nahm letztlich enorme Ablösezahlungen und Investitionsaufwendungen in Kauf, die die Finanzkraft und Finanzierungsmöglichkeiten Österreichs bei Weitem überstiegen und Österreich erst recht zu einer wirtschaftlichen Verflechtung mit Deutschland zwangen.³⁷¹ Die Bundesregierung musste darauf bedacht sein, Finanzierungsquellen in Form von Krediten, Anleihen und Beteiligungen in Deutschland zu eröffnen; Österreich musste generell darauf hoffen, das Strukturdefizit seiner Wirtschaft durch deutsche Investitionen und Kapitalbeteiligungen beheben zu können.³⁷²

368 BGBl. Nr. 152/1955 Art. 22 Z. 13.

369 Pape, S. 506. Zur Problematik der Verstaatlichung vgl. auch Hanisch, Der lange Schatten, S. 411-414.

370 Grubmayr, 60 Jahre, S. 789.

371 Pape, Ungleiche Brüder, S. 343: „Aufzubringen waren im einzelnen: für die UdSSR 150 Mio. Dollar innerhalb von 6 Jahren für die Rückgabe der USIA-Betriebe, 2 Mio. Dollar als Ablöse für die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft und 10 Mio. Tonnen Erdöl in zehn Jahreslieferungen (1958 auf 6 Mio. t reduziert). Allein 1955 wurden 2-3 Mrd. Schilling (ca. 400 Mio. DM) für Investitionen zur Modernisierung der abgewirtschafteten USIA-Betriebe benötigt, daneben Investitionen zwischen 0,5 und 1 Mrd. DM zur Ausrüstung des Bundesheeres.“

372 Pape, Ungleiche Brüder, S. 365, verweist auf das Zahlungsbilanzdefizit, das 1955 zwischen 500 und 600 Millionen D-Mark lag. Auf die seit Beginn der 1950er Jahre wachsende ökonomische Abhängigkeit verweist auch Gehler, Österreich, S. 552-554.

Dennoch goss Schärf weiter Öl ins Feuer und brüstete sich in den Medien mit seiner Initiative;³⁷³ wohl im Bemühen, sich und der SPÖ vor den Wählern und der Geschichte einen Anteil am Staatsvertrag zu sichern.³⁷⁴

Am 8. Juni wurde publik, dass der erboste Adenauer im Bundesvorstand seiner „Christlich Demokratischen Union Deutschlands“ (CDU) erklärt hatte, auf Reparationsforderungen aus Wien mit der Rückführung der Gebeine Hitlers „in sein Heimatland“ antworten zu wollen, so sie denn aufzufinden wären.³⁷⁵

Im deutschen Bundestag warf der sozialdemokratische Oppositionsführer am 21. Juni 1955 Adenauer vor, das Auswärtige Amt unterscheide unzulässig zwischen großen und kleinen Staaten: Die Enteignung des deutschen Vermögens in den USA sei mit Bedauern zur Kenntnis genommen worden, im Fall Österreichs habe die Bundesregierung dagegen grobes Geschütz auffahren lassen. Dieser nicht unbegründete Vorwurf lockte Adenauer auch öffentlich aus der Reserve: „*nirgendwo ist ja Hitler so begeistert aufgenommen worden wie in Wien*“.³⁷⁶ Die Wogen gingen hoch, wobei Adenauer auch in Deutschland Kritik und in Österreich Zustimmung erntete. In Österreich war es vor allem der 1949 gegründete „Verband der Unabhängigen“, eine Sammelpartei des deutschnationalen Lagers, der sich für einen Rechtsschutz des redlich erworbenen deutschen Privateigentums einsetzte. Dabei schwang freilich auch die Hoffnung auf eine großdeutsche Revision mit, wenigstens in Form eines Vereinten Europas. Es sei ein „*schlechter Vertrag*“, geißelte VdU-Mitbegründer Viktor Reimann den Staatsvertrag bei dessen parlamentarischen Behandlung, der sich über Grundsätze wie Rechtsgleichheit, Selbstbestimmungsrecht, Souveränität und Unantastbarkeit des Privateigentums brutal hinwegsetze,³⁷⁷ „*ein Vertrag gegen Deutschland*“.³⁷⁸

373 Vgl. Erklärung im Bayerischen Rundfunk 18.05.1955 (Arbeiter-Zeitung 19.05.1955, S. 1), abgedruckt in: Csáky, Dokumentation, S. 410-412.

374 Während Matthias Pape Schärf an diesem „Erfolg“ einen wesentlichen Beitrag zumisst (z.B. Pape, Krisen, S. 505-506), meldet Rudolf Jeřábek berechtigte Zweifel an, dass es für die Sowjets erst der entsprechenden Anregungen durch SPÖ-Politiker bedurfte (Jeřábek, Vermögensfragen, S. 562 Anm. 32).

375 Adenauer am 03.06.1955, zitiert nach Pape, Krisen, S. 520. Vgl. Jeřábek, Vermögensfragen, S. 560. – Interessant der Hinweis Binders, dass auch in der deutschen Staatsgeschichtsschreibung der „revisionistische Grundkonsens der Zwischenkriegszeit“ nachgewirkt habe (Binder, Alte Träume, S. 511-512).

376 Zitiert nach: Pape, Ungleiche Brüder, S. 339. Zur Zuspitzung zwischen Wien und Bonn in den Krisenmonaten Mai bis August 1955 vgl. ebenda, S. 337-349, ohne Berücksichtigung der SPÖ-Interpellation; aus österreichischer Sicht: Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 526-537.

377 StenProt NR VII. GP 69. Sitzung 07.06.1955, S. 3111.

378 Ebenda, S. 3113.

Während sich die ÖVP hinter den Kulissen bereits um eine Schadensbegrenzung und Verständigung mit Bonn bemühte, unternahm der Koalitionspartner SPÖ im Wege einer parlamentarischen Interpellation einen Vorstoß zur Fortsetzung des Rot-Weiß-Rot-Buches, um die österreichischen Ansprüche gegenüber Deutschland zu legitimieren.

Die Nationalratsabgeordneten Alfred Horn, Eduard Weikhart, Karl Mark, Martin Rom und Genossen richteten Anfang Juli eine parlamentarische Anfrage an Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP).³⁷⁹ Sie erinnerten an das Rot-Weiß-Rot-Buch, das im Sommer 1946 vom Bundespressedienst (sic!) in großer Eile herausgegeben worden sei, da das Werk dazu bestimmt gewesen sei, der Welt zu beweisen, dass Österreich als befreiter Staat angesehen werden müsse. Die Ergänzung und weitere Bearbeitung der Dokumentation sei weiteren Veröffentlichungen vorbehalten worden. Die unterzeichneten Abgeordneten hielten es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für äußerst wünschenswert, wenn nun dieser zweite Teil herausgegeben würde: *„Gerade gegenüber den deutschen Behauptungen über die Ungerechtigkeit der wirtschaftlichen Bestimmungen des Staatsvertrages wäre eine dokumentarische Darstellung über die Behandlung der österreichischen Wirtschaft und österreichischen Vermögens durch die nationalsozialistische deutsche Regierung von unschätzbarem Wert.“*³⁸⁰ Deshalb wollten Horn und Genossen von Raab wissen: *„Ist der Herr Bundeskanzler bereit, dafür Sorge zu tragen, dass der bereits angekündigte zweite Teil des ‚Rot-Weiss-Rot-buches‘ möglichst bald veröffentlicht wird?“*³⁸¹

Raab war ein Wirtschaftspolitiker und auch generell an guten Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland interessiert. Mit seiner Antwort an die sozialistischen Interpellanten ließ er sich über zwei Monate Zeit. Bis August gelang es, das Verhältnis zwischen Bonn und Wien etwas zu entspannen. Am 14. September ließ der Bundeskanzler seine zurückhaltende und diplomatische Anfragebeantwortung über die „Austria Presse Agentur“ kolportieren.³⁸²

Das Rot-Weiß-Rot-Buch sei als Dokumentarwerk gedacht gewesen mit dem Zweck, den aktiven Anteil Österreichs an seiner Befreiung nachzuweisen. Seine Veröffentlichung sei 1946 in erster Linie im Hinblick auf die damals bevorstehenden ersten Staatsvertragsverhandlungen erfolgt und habe seinen Zweck auch durchaus erfüllt. Beim Versuch, weiteres authentisches Material zu sammeln, habe sich jedoch gezeigt, dass der dokumentarische Nachweis von Widerstandshandlungen äußerst schwer zu führen gewesen sei. Da sich ein offizielles Werk aber nur mit einwandfrei

379 Eingbracht unter der Zahl 338/J, StenProt NR VII. GP 73. Sitzung 06.07.1955, S. 3359.

380 Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 06.07.1955, 2. Beiblatt, 338/J Anfrage.

381 Ebenda.

382 APA 14.09.1955 I 218.

bewiesenen Daten befassen könne, sei von der Herausgabe des zweiten Bandes Abstand genommen worden. Eine Schilderung der wirtschaftlichen Schäden, die Österreich während des Weltkriegs und unmittelbar danach erlitten habe, passe aber zweifellos nicht zu der im Rot-Weiß-Rot-Buch enthaltenen Schilderung des Widerstandskampfes. Diesem Zweck müsste ein anderes Werk dienen, das auch die Schäden aufzuzeigen hätte, die Österreich durch die Besetzung erlitten hat. Es wäre daher erst nach Abzug der Besatzungstruppen zu entscheiden, ob ein derartiges Werk hergestellt werden soll.³⁸³

Die im Staatsvertrag festgelegte Räumungsfrist endete am 25. Oktober 1955. Am Tag darauf berichtete der Nationalratspräsident über die formelle Erledigung der Anfrage.³⁸⁴ Der Nationalrat ging nicht darauf ein, er hatte Wichtigeres zu tun. Das Parlament verankerte, wie in Moskau zugesichert, Österreichs immerwährende und bewaffnete Neutralität im Verfassungsrang.³⁸⁵

Mit dem Hinweis auf die Schäden, die Österreich durch die alliierte Besetzung erlitten habe, gab Raab vielleicht durch die Blume zu verstehen, dass Österreich im Ergebnis letztlich doch auch hohe Leistungen, vor allem gegenüber der Sowjetunion, zu erbringen hatte. Günter Bischof veranschlagt bis 1955 für demontierte Industrieanlagen (1,2 bis 1,5 Milliarden) und Reparationen aus laufender Produktion (500 Millionen) und für 1955 bis 1960 an Ablösezahlungen für das Deutsche Eigentum (150 Millionen) einen Gegenwert von insgesamt ca. 2 Milliarden US-Dollar. Das wären ca. 300 Dollar pro Kopf (Ostdeutschland 889, Westdeutschland 360, Ungarn 110, Rumänien 91, Finnland 78, Bulgarien 36 und Italien 22 Dollar pro Kopf).³⁸⁶

Bei den Ablöszahlungen für das Deutsche Eigentum handelte es sich freilich um keine „Reparationen“ im engeren Sinn, nachdem Österreich dafür ja Gegenwerte erhielt; wenngleich es sich zum Teil um abgewirtschaftete Unternehmen handelte, auf die Raab zeitweilig vielleicht gerne verzichtet hätte.³⁸⁷ Eine entschädigungslose Rückgabe dieser abgelösten Werte an deutsche Voreigentümer hätte andererseits bedeutet, „dass Österreich an der Stelle Deutschlands Reparationen gezahlt hätte“.³⁸⁸

Die Verstaatlichung des Deutschen Eigentums schreckte ausländische Investoren ab und schadete der Kreditwürdigkeit Österreichs.³⁸⁹ Der Konflikt war nicht zuletzt

383 Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 14.09.1955, 6. Beiblatt, 323/AB zu 338/J Anfragebeantwortung. – Für die Übermittlung der Texte danke ich Dr. Günther Schefbeck, Parlamentsarchiv.

384 StenProt NR VII. GP 80. Sitzung 26.10.1955, S. 3684.

385 Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs, BGBl. Nr. 211/1955.

386 Bischof, Instrumentalisierung, S. 355; Bischof, Planung, S. 119. Vgl. Anm. 371.

387 So Pape, Ungleiche Brüder, S. 299. Zum Zwiespalt in der Verstaatlichungsfrage vgl. Sandgruber, Ökonomie und Politik, S. 458-459.

388 Jeřábek, Vermögensfragen, S. 560.

389 Pape, Krisen, S. 544-256.

für die Zollausschlussgemeinden Mittelberg (Vorarlberg) und Jungholz (Tirol), die vom guten Einvernehmen mit Deutschland abhängig waren, unersprißlich, ja gefährlich.³⁹⁰ Eine Bereinigung dieser Frage war für Wiens Finanz- und Wirtschaftspolitik elementar. Die langwierigen deutsch-österreichischen Verhandlungen führten 1957 schließlich zu einer Regelung und Streitbeilegung mit einem Vermögensvertrag, in dem auch ausdrücklich festgehalten wurde, dass Art. 22 und 23 des österreichischen Staatsvertrages auf Mittelberg und Jungholz keine Anwendung finden.³⁹¹ Wider den Geist des Staatsvertrages zielte dieser Vermögensausgleich auf eine noch stärkere Verflechtung der österreichischen mit der deutschen Volkswirtschaft ab.

1.26 Seinen Zweck erfüllt?

In der Literatur wird gemutmaßt, die Fortsetzung des Rot-Weiß-Rot-Buchs sei daran gescheitert, dass die erreichbaren Belege für den österreichischen Widerstand erschöpft gewesen seien.³⁹² Gegen diesen Befund spricht zum einen das nicht verwendete, von Wildmann zum Teil noch nicht einmal gesichtete Material, das der Bundespressdienst 1952 dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv übergab, selbst wenn es den Ansprüchen nicht genügt haben mag.³⁹³ Zum anderen unternahm die Bundesregierung keine Anstrengungen mehr, zusätzliches Material zu sammeln. Insofern überzeugt auch die Begründung nicht, die Raab 1955 für die Einstellung der Arbeiten gab. Abgesehen davon wäre dem Bundeskanzler zu entgegen gewesen: Wie sonst, wenn nicht mit beglaubigten Dokumenten und verifizierten Aufzeichnungen hätte der Widerstand dokumentiert werden können und sollen?

Vieles spricht dafür, dass der „Ersten Folge“ – wie bereits vor dem Erscheinen befürchtet – eben kein entsprechender diplomatischer Erfolg beschieden und/oder von weiteren Folgen kein Zusatznutzen zu erwarten war. Die Sowjetunion wäre auch mit aufwändig gestalteten wissenschaftlichen Dokumentationen nicht zu beeindrucken gewesen und die Westmächte schwenkten unter den Vorzeichen des Kalten Krieges ohnehin auf die österreichische Argumentationslinie ein. Kurz: Der zu erwartende Aufwand stand für das Bundeskanzleramt in keinem vertretbaren Verhältnis zum erwartbaren außenpolitischen Nutzen.

390 Vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 150-152.

391 Vertrag vom 15.06.1957 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung vermögensrechtlicher Beziehungen, BGBl. Nr. 119/1958, Art. 81. Zum Vermögensausgleich: Jeřábek, Vermögensfragen, S. 574-600; Pape, Ungleiche Brüder, S. 445-469.

392 So Bischof, Austria, S. 64. Auf die von Bischof zitierten Kabinettsakten (ÖStA/AdR: BKA AA KdM K. 5, 100.118-K/47) lässt sich dieser Befund allerdings nicht stützen.

393 In diesem Sinn auch Neugebauer, Widerstandsforschung, S. 360.

Außenminister Karl Gruber scheint sich nach den Londoner Verhandlungen im Februar 1947 nicht mehr des Rot-Weiß-Rot-Buchs bedient, in seinen Reden und Interviews auch auf die „Opferdoktrin“ verzichtet zu haben.³⁹⁴ Es fällt auch auf, dass bereits in der österreichischen Zeitungsberichterstattung über die Verhandlungen in London das Rot-Weiß-Rot-Buch keine Rolle spielte.

In seinem Buch „Zwischen Befreiung und Freiheit“,³⁹⁵ mit dem Gruber 1953 eine Zwischenbilanz zog, würdigte er das Rot-Weiß-Rot-Buch mit keinem Wort; ebenso wenig Bundeskanzler Julius Raab in einer Regierungserklärung anlässlich der 10. Wiederkehr des Jahrestages der Moskauer Erklärung über Österreich, deren Einlösung er einmahnte.³⁹⁶

Auch Vizekanzler Adolf Schärff überging es in seinem Rückblick „Österreichs Erneuerung 1945-1955“, mit dem er im Staatsvertragsjahr der SPÖ einen außenpolitischen Anteil am Erfolg wahren oder erstreiten wollte.

Der Diplomat Karl Reichmann, der zum Rot-Weiß-Rot-Buch beigetragen hatte, kam in seinen 1982 veröffentlichten Memoiren zum wohl zutreffenden Schluss: „Die [...] Dokumentation war zwar recht eindrucksvoll, dürfte aber auf den Gang der Ereignisse ohne Einfluß geblieben sein.“³⁹⁷

Diese Einschätzung teilt auch Fritz Molden,³⁹⁸ der im Sommer 1946 als persönlicher Sekretär Außenminister Grubers ausschied und durch den noch unbekanntem Jungdiplomaten Kurt Waldheim ersetzt wurde. Mit der „Waldheim-Debatte“ sollte das

394 Vgl. Gehler, Reden und Dokumente. – Michael Gehler, dem derzeit besten Kenner Karl Grubers, danke ich für die Auskunft, dass in Grubers Privatpapier-Sammlung nur das Rot-Weiß-Rot-Buch selbst vorhanden ist. Gruber habe das Projekt ursprünglich wahrscheinlich forciert, ihm dann aber keinen allzu großen Stellenwert mehr beigemessen. Er habe wohl auch bald gemerkt, daß damit kein großer Staat mit Blick auf die Staatsvertragsverhandlungspartner zu machen bzw. kein allzu großer Eindruck damit zu schinden war (VLA 47-2007/0003: Gehler an Nachbaur, Hildesheim 02.02.2008).

395 Der Buchtitel ähnelt dem Titel des Schlusswortes im Rot-Weiß-Rot-Buch „Von der Befreiung zur Freiheit“.

396 StenProt NR VII. GP 19. Sitzung 30.10.1953, S. 595-602.

397 Reichmann, Fremdenlegionär, S. 93.

398 Ich ersuchte Fritz Molden um Informationen darüber, wer an der Ausarbeitung des Rot-Weiß-Rot-Buchs beteiligt war, und erhielt folgende Antwort, für die ich danke: „[...] *Es tut mir leid, dass ich Ihnen bedauerlicherweise keine wertvollen Auskünfte zu diesem, seinerzeit anno 1946 groß gestartetem und später aber eher erfolglosen Projekt geben kann. Ich bin zwar erst im Sommer 1946 aus dem auswärtigen Dienst ausgeschieden und nach meiner Wiederberufung im Juli 1948 bis November 1949 lediglich in New York tätig gewesen, war aber schon ab April 1946 von meinem damaligen Chef Karl Gruber ausschließlich in der Südtirolfrage eingesetzt. Es ist mir zwar bekannt, dass Karl Wildmann von Außenminister Gruber mit den Angelegenheiten des Rot-Weiß-Rot-Buches befaßt war, hatte aber selber gar nichts zu tun. Richtig ist, dass nach meiner vagen Erinnerung Stephan Verosta sowie auch Reichmann und Schöner mit diesem Projekt befasst waren. [...]*“ (VLA 47-2007/0003: Molden an Nachbaur, Wien 07.02.2008).

Projekt Rot-Weiß-Rot-Buch 40 Jahre später wieder kritisch in das Blickfeld der Geschichtsschreibung rücken oder gerückt – ja Waldheim selbst eine mögliche Mitarbeit an seiner Endredaktion unterstellt werden, die sich jedoch nicht belegen lässt.³⁹⁹ Einiges spricht dafür, dass die „revisionistische Geschichtsschreibung“ die Wirksamkeit des Rot-Weiß-Rot-Buches überschätzt.

1.27 Hauptinstrument zur Orchestrierung der „Opfermythos“-Kampagne?

Bisher scheint das Projekt „Rot-Weiß-Rotbuch“ noch kaum Gegenstand von Forschungen gewesen sein.⁴⁰⁰ So lässt sich derzeit nur abschätzen, welche Wirkung ihm tatsächlich beigemessen werden soll, muss und darf. Seine Bewertung hängt wesentlich mit der kontrovers diskutierten Frage nach der „Instrumentalisierung“ der Moskauer Deklaration durch die österreichische Bundesregierung und deren

399 Günter Bischof mutmaßte 1999, Waldheim sei als persönlicher Sekretär Grubers unweigerlich in die Vervollständigung des Rot-Weiß-Rot-Buches involviert gewesen. Durch die von Bischof zitierten Quellen lässt sich diese Vermutung allerdings nicht belegen (ÖStA/AdR: BKA AA KdM 100.118-K/47 = Q 11 bis 19), im Gegenteil: Weshalb hätten Kabinettsleiter Wildmann (Q 16) und Generalsekretär Wildner (Q 17) in ihren Amtsvermerken ausgerechnet eine Beteiligung des jungen Waldheim verschweigen sollen? Doch es fügt sich halt gut ins Bild: Der Wehrmachtsleutnant Waldheim hatte bei Verdross dissertiert, zur Rettung des Ansehens Österreichs im Ausland entsandte der Außenminister 1986 ausgerechnet Karl Gruber, Fritz Molden und Hans Reichmann, einen der „Autoren“ des Rot-Weiß-Rot-Buchs, aus. „Such were the personnel continuities from the 1940s to the 1980s in the defence of the key doctrine in postwar Austrian foreign policy. When in the case of Waldheim and Austria's recent past the postwar inventions on the surface were peeled back, the truth reappeared“ (Bischof, Austria, S. 65). – Zum „Waldheim-Komplex“ vgl. Gehler, Österreichs Außenpolitik, S. 539-564; Gehler, Affäre Waldheim; den kontroversen Tagungsband Botz/Sprengnagel, Kontroversen, besonders Botz, Nachhall (Nachwort zur 2. Auflage 2008).

400 1998 veröffentlichte Erwin A. Schmidl textkritische Anmerkungen zum militärischen Teil des Rot-Weiß-Rot-Buchs, ging dabei auch kurz auf seine Entstehung ein und regte eine quellenkritische Würdigung, eventuell sogar die Publikation der ursprünglichen Texte an. Schmidl verwendete den Bestand ÖStA/AdR: BPD RWRB (Schmidl, Kienbauer). Günter Bischof (Austria, S. 63-65) stellte das Projekt „Rot-Weiß-Rot-Buch“ 1999 als Hauptinstrument einer „Opfermythos“-Kampagne der Bundesregierung vor. Bischof stützte sich auf Unterlagen des Kabinetts des Ministers im Außenamt (ÖStA/AdR: BKA AA KdM K. 5, 100.118-K/47); mit derselben Tendenz bereits 1993 Bischof, Instrumentalisierung, S. 351, 355 u. 361 Anm. 8. Eine Abfrage der Österreichischen Historischen Bibliographie (www.uni-klu.ac.at/oehb 20.01.2008) zum Stichwort „Rot-Weiß-Rot-Buch“ warf neben der Publikation selbst nur Schmidls Beitrag aus. – Den umfangreichsten Beitrag zum Stichwort „Rot-Weiß-Rot-Buch“ fand ich in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia (Stand 13.06.2008). Leider sind, wie üblich, die Autoren und Bearbeiter nicht ausgewiesen. Die Abbildung des Buchcovers wurde aus Nachbaur, Dokumentationsmaterial, übernommen (www.landesachiv.at), ebenso die Hinweise zur Entstehungsgeschichte.

Folgen zusammen.⁴⁰¹ Einen entsprechend hohen Stellenwert misst ihm die „revisionistische Geschichtsschreibung“ zu.

Für Günter Bischof war es das Hauptinstrument, mit dem die Bundesregierung ihre „Opfermythos“-Kampagne orchestrierte,⁴⁰² sind das Rot-Weiß-Rot-Buch und Verostas „Die internationale Stellung Österreichs“ die „Standardwerke“ der zum Teil unhistorisch argumentierenden, „pragmatisch pro-österreichische[n] ‚Urinterpretation‘“ der Moskauer Deklaration.⁴⁰³ „Die offizielle Geschichtsschreibung hatte schon im 1946 erschienen ‚Rot-Weiß-Rot-Buch‘ historische Fakten systematisch beschönigt und aus der Sicht der Zeit verständlichen pragmatisch-politischen Gründen uminterpretiert. Der von einer kritischen Geschichtsschreibung als ‚ambivalent‘ eingestufte ‚Anschluß‘ wurde einseitig als Vergewaltigung Österreichs gesehen.“⁴⁰⁴

Dem wird im Ergebnis zuzustimmen sein, allerdings mit Einschränkungen: Das Rot-Weiß-Rot-Buch war kein Produkt der „Geschichtsschreibung“, sondern der Diplomatie,⁴⁰⁵ der außenpolitischen Propaganda, die im Krieg wie im anschließenden Kalten Krieg zum politischen Geschäft gehörte. Mit dem Untertitel „Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs (nach amtlichen Quellen)“ sollte die Authentizität unterstrichen werden, aber die Redaktion erhob damit wohl keinen wissenschaftlichen, historiographischen Anspruch. Das Rot-Weiß-Rot-Buch war als journalistisch bearbeitete Dokumentation im Dienst der Regierungspropaganda konzipiert und nicht als ein um Objektivität bemühtes wissenschaftliches Werk. Es wurden keine Historiker, keine Archivare beigezogen und eine „Historikerkommission“ auch für die Fortsetzung der Arbeiten nicht vorgeschlagen (vgl. Q 19).

Der Journalist, Diplomat und ÖVP-Politiker Eduard Ludwig bedauerte in seinem 1954 viel besprochenen Buch „Österreichs Sendung im Donaauraum“ ausdrücklich, *„daß die österreichische Regierung nicht sofort nach ihrer Bildung im Jahre 1945 die Kämpfe gegen den Hitlerismus wissenschaftlich faßte, sie hätte mit einer derartigen weitgreifenden Publikation bestimmend auch in die internationale Entwicklung eingreifen*

401 Vgl. dazu Bischof, Instrumentalisierung; Stourzh, Um Einheit und Freiheit, S. 25-28.

402 Bischof, Austria, S. 63-65.

403 Bischof, Instrumentalisierung, S. 361 Abs. 8. – Bischof, ebenda, S. 347, trifft die Unterscheidung in die „pragmatisch pro-österreichische ‚Urinterpretation‘“ der Moskauer Deklaration, die „traditionelle“ und die „revisionistische Geschichtsschreibung“.

404 Ebenda, S. 346. – Vgl. Uhl, Gedenken: ein „Gründungsdokument der Opferthese“ (referiert von Hoppe, Opfer). Ähnlich Uhl, Opfermythos, S. 21; Safrian, Tabuisierte Täter, S. 527-528; Rot-Weiß-Rot-Buch Wikipedia.

405 1993 vermutete Bischof (Instrumentalisierung, S. 355) erst, dass es im Außenamt konzipiert und kompiliert wurde.

können. Das Rot-Weiß-Rot-Buch, das unter der Ägide der österreichischen Regierung erschien, sollte nur ein Anfang sein.“⁴⁰⁶

Zweifellos war das Rot-Weiß-Rot-Buch als Instrument, vielleicht sogar als Hauptinstrument gedacht, um Österreichs Opferstatus und Beitrag zu seiner Befreiung im Sinne der Moskauer Deklaration zu belegen. Aber bereits bevor das Buch in den Satz ging, war sich die Bundesregierung einig, dass es aufgrund seiner Mängel kaum dazu taugen werde, was sich dann offenbar auch bewahrheitete. Fraglich ist, inwieweit das Rot-Weiß-Rot-Buch die öffentliche Meinung in Österreich selbst zu beeinflussen vermochte, inwieweit es überhaupt gekauft und gelesen, in politischen Reden und Diskussionen zitiert wurde. Dazu fehlen uns Untersuchungen. Sehen wir von der offiziellen „Wiener Zeitung“ ab, dürfte seine Verbreitung von den Printmedien 1946/47 jedenfalls kaum und nur pflichtschuldig gefördert worden sein. Der erhoffte Massenabsatz blieb wohl aus.

Eine gewisse Rolle spielte es für die staatspolitisch motivierte Rechtswissenschaft der Nachkriegszeit. So diente das „Amtliche Rot-Weiß-Rot-Buch“ den Völkerrechtlern Verosta (1947) und Klinghoffer (1953/55) als Beleg dafür, dass Österreich offiziell die Okkupationstheorie vertrete.⁴⁰⁷ Auch Adamovich führte es in seinem Verfassungslehrbuch (1947) in den Literaturverweisen an.⁴⁰⁸

Ob das Rot-Weiß-Rot-Buch „zu den meistzitierten Quellen zur Geschichte Österreichs 1934 bis 1945 [gehört]“,⁴⁰⁹ inwieweit es mit seiner Hervorhebung des österreichischen Widerstandes wirklich „so manchen Historiker auf eine falsche Fährte lockte“,⁴¹⁰ ließe sich durch eine systematische Untersuchung seiner Rezeption durch die zeitgeschichtliche Forschung und Memoirenliteratur überprüfen.

Ausgiebig nützte zum Beispiel Hans Huebmer, ab 1947 Leiter der Landespressestelle in Bregenz, das Rot-Weiß-Rot-Buch als Quellensammlung für seine Dissertation, die 1949 unter dem Titel „Österreich 1933-1938. Der Abwehrkampf eines Volkes“ veröffentlicht wurde;⁴¹¹ ebenso Otto Molden, selbst ein engagierter Widerstandskämpfer, für seine Arbeit „Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf

406 Ludwig, Österreichs Sendung, S. 242.

407 Verosta, Internationale Stellung, S. 8 Anm. 1; Klinghoffer, Moskauer Deklaration, S. 495 Anm. 29.

408 Adamovich, Verfassungsrecht 1947, S. 33. Noch in der sechsten, von seinem Sohn bearbeiteten Auflage von 1971 wird auf das Rot-Weiß-Rot-Buch verwiesen (Adamovich, Handbuch 6. Aufl., S. 27 u. 29).

409 Schmidl, Kienbauer, S. 472.

410 Bischof, Opferideologie.

411 Huebmer, Österreich 1933-1938, S. 7, verwies als wertvoll auf die Dokumentensammlung im Rot-Weiß-Rot-Buch S. 28-66. Offenbar wurde seine Arbeit von den Franzosen unterstützt. Als Zeuge im Schmidt-Prozess gab Huebmer an, dass er 1945 von den französischen Besatzungsbehörden betraut worden sei, Propagandatätigkeit für Österreich zu entfalten: „Es wurde mir daher ermöglicht, die einschlägige Literatur der Jahre 1933 bis 1938 herbeizuschaffen, und es wurden mir die erforderlichen Behelfe zur Verfügung gestellt“ (Hochverratsprozess Schmidt, S. 106).

1938-1945“, publiziert 1958. Walter Goldinger dagegen, der in der ersten „Geschichte der Republik Österreich“, die 1954 erschien, die Ereignisgeschichte von 1918 bis 1945 bestritt, führte in den Literaturhinweisen das authentische Aktenmaterial verschiedener spektakulärer Prozesse (Nürnberg, Guido Schmidt, Wilhelmstraße) sowie wissenschaftlicher Akteneditionen zur deutschen Außenpolitik an, sparte das Rot-Weiß-Rot-Buch aber aus.⁴¹² Schien bereits oder gerade dem zeitnahen Archivar und Berufshistoriker diese Quellensammlung zu „unwissenschaftlich“, zu unkritisch der Propaganda verpflichtet?

Bei den bisher durchgeführten Gegenüberstellungen gelieferter Originalberichte und ihrer Edition im Rot-Weiß-Rot-Buch (vgl. Schmidl, Kienbauer, und Q 40.5) sind tatsächlich Änderungen festzustellen, die wohl hauptsächlich der Kürzung und Anonymisierung dienen sollten (vgl. Q 11), im Ergebnis aber sinnstörend oder manipulativ wirkten.

Es genügt daher nicht, „der historisch-politischen Funktion dieser Publikation“ eingedenk zu sein, wenn die Forschung in Ermangelung anderer Statistiken oder Dokumente auch heute noch auf das Rot-Weiß-Rot-Buch zurückgreift.⁴¹³ Die Quellenkritik würde die Verwendung des Originalmaterials im Österreichischen Staatsarchiv empfehlen; zumindest dann, wenn es sich um Transkriptionen handelt.⁴¹⁴

In den Kreisen des 1963 in Wien gegründeten „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes“ (DÖW) galt das Rot-Weiß-Rot-Buch nicht von Beginn an als Evangelium des Opfermythos. 1965 hielt der KPÖ-nahe KZ-Verband in Wien unter dem Motto „20 Jahre Befreiung Österreichs“ eine Festveranstaltung ab. Verbandspräsident Ludwig Soswinski (KPÖ), Mitbegründer und Vizepräsident des DÖW, kam in seiner Gedenkansprache zum Schluss:

„In der Unabhängigkeitserklärung wird der Absatz aus der Moskauer Deklaration wiederholt, dass Österreich einen eigenen Beitrag zu seiner Befreiung leisten sollte. Das

412 Goldinger, Österreich 1918-1945, S. 615-616 (Literaturnachweis); ebenso in der überarbeiteten und erweiterten Fassung von 1962 (Goldinger, Republik, S. 304). – Zur Entstehung des „Benedikt“ vgl. Goldinger/Binder, Österreich 1918-1938, S. 8-9. Stephan Verosta trug eine Abhandlung über „Die geschichtliche Kontinuität des österreichischen Staates und seine europäische Funktion“ bei.

413 Mejstrik, Berufsschädigungen, S. 106; vgl. ebenda, z.B. S. 310, 333, 343. Die Arbeitsgruppe der Historikerkommission kritisierte, dass sich die Angaben in Ermangelung von Quellenangaben nicht verifizieren ließen. Die Unterlagen der Rot-Weiß-Rot-Buch-Redaktion sahen sie allerdings offenbar nicht ein (vgl. Quellenverzeichnis ebenda, S. 689).

414 In Rot-Weiß-Rot-Buch Wikipedia heißt es zur fachlichen Kritik: „Von Seiten der Geschichtswissenschaft wird das Rot-Weiß-Rot-Buch als nichtwissenschaftliches Werk abgelehnt, da es die Ereignisse in Österreich in den Jahren zwischen 1933 und 1945 verkürzt und selektiv darstellt. Die Authentizität der abgedruckten Dokumente wird jedoch nicht in Frage gestellt und daher wird das Rot-Weiß-Rot-Buch nach wie vor häufig in historischen und politikwissenschaftlichen Arbeiten zitiert.“ – Das ist wohl ein Widerspruch in sich.

*Rot-Weiß-Rot-Buch hat auf den Beitrag hingewiesen, den jene Österreicher geleistet haben, die den Widerstand gegen Hitler in Österreich, im Ausland und in der österreichischen Armee organisierten, in den Reihen der Widerstandskämpfer und damit auch in ihren Organisationen waren und sind jene Menschen, die Österreich von der Schmach einer Mitschuld am Hitlerkrieg befreit haben.*⁴¹⁵

Bei aller Kritik konnte auch DÖW-Leiter Wolfgang Neugebauer 1981 der Publikation in einem Beitrag zur „Widerstandsforschung in Österreich“ noch positive Seiten abgewinnen:

„So wichtig und notwendig die Aufzeichnung des ‚eigenen Beitrags‘ Österreichs zu seiner Befreiung durch das Rot-Weiß-Rot-Buch auch war, darf die dem Werk zugrunde liegende Rechtfertigungstendenz, Österreich ausschließlich als Opfer ausländischer Aggression und die Österreicher unter Bagatellisierung des österreichischen Nationalsozialismus als ein Volk von Widerstandskämpfern hinstellen, nicht unkritisch übergangen werden. Leider folgte dem hauptsächlich wegen seiner Quellen wertvollen Rot-Weiß-Rot-Buch kein zweites Band, obwohl genügend Material gesammelt wurde.“⁴¹⁶

In der wissenschaftlichen Diskussion über den „Opfermythos“ als Folge der Waldheim-Debatte ab 1986 diente das Rot-Weiß-Rot-Buch dann als Beleg dafür, dass Österreich von Beginn an jede Mitverantwortung an Kriegs- und NS-Verbrechen, ja sogar individuelle Mitschuld geleugnet habe. So kamen Brigitte Bailer und Wolfgang Neugebauer 1993 in einer Rückschau auf „Dreißig Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ zur Bewertung:

„Die österreichische Bundesregierung vertrat offiziell die Auffassung, daß Österreich 1938-1945 völkerrechtlich nicht existiert und daher nicht am Krieg teilgenommen habe. In den langwierigen Verhandlungen um den österreichischen Staatsvertrag bemühten sich die österreichischen Politiker und Diplomaten, sowohl die Mitschuld von ÖsterreicherInnen [sic!] an Krieg und Verfolgung (und den damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Preis in Form von Reparationen) zu bestreiten als auch den Anteil Österreichs an seiner Befreiung nachzuweisen. Diesem Zweck diente das 1946 von der Bundesregierung herausgegebene ‚Rot-Weiß-Rot-Buch‘, für das erstmals größere Nachforschungen nach Dokumenten des Widerstandes durchgeführt wurden, während aber die Opfer der rassistischen Verfolgung weitgehend unberücksichtigt blieben.“⁴¹⁷

415 APA 13.04.1965 I 205.

416 Neugebauer, Widerstandsforschung, S. 360. Referiert von Uhl, Versöhnung, S. 140 Anm. 43. Zudem z.B. auch Bukey, Hitlers Österreich, S. 322.

417 Vgl. Bailer/Neugebauer, Dreißig Jahre DÖW, S. 7. Im selben Sinn Bailer, Wiedergutmachung, S. 163-164.

Tatsächlich konzentrierte sich das Rot-Weiß-Rot-Buch ausschließlich auf Verfolgung und Widerstand, die politisch oder weltanschaulich motiviert waren. Für Oliver Rathkolb wurde der Widerstand dabei allerdings nur instrumentalisiert:

„Offiziell werden 1946 nur noch kurz die Leistungen des Widerstandes in einem offiziellen Rot-Weiß-Rot-Buch gewürdigt – vor allem vor dem Hintergrund der Bringschuld der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943.“ Die darin vorgesehene Bewertung des eigenen Beitrags zur Befreiung habe aber nie stattgefunden, „da der Kalte Krieg bereits 1946 aus westlicher Sicht primär Stabilität und keine demokratischen Experimente oder gar widerständige Eliten wollte. Die Sowjetunion wiederum instrumentalisierte das Thema häufig zu Propagandazwecken, obwohl sie sich 1945 kaum um Entnazifizierungsfragen gekümmert hatte.

Im genannten Rot-Weiß-Rot-Buch aus 1946 wird die Referenz auf den Widerstand eindeutig instrumentalisiert, um der Auseinandersetzung mit der Täter- und Mit-täterrolle von Österreichern und einer Minderheit von Frauen im Nationalsozialismus, im Aggressionskrieg und in der Shoa in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern zu entgehen. Widerstand dient als ‚Erfüllungsnachweis‘ der Moskauer Deklaration, hingegen werden Widerstandsaktivisten und –aktivistinnen zwar in die drei Staatsgründungsparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ integriert, eigene Widerstandsparteien oder Widerstandszeitungen jedoch verboten.“⁴¹⁸

Zweifellos diente der Widerstand als Erfüllungsnachweis der Moskauer Deklaration, das war ja der Zweck der Publikation. Allerdings war zumindest den jungen Diplomaten, die das Rot-Weiß-Rot-Buch redigierten, wohl auch aus Überzeugung an einer Würdigung des Widerstandes gelegen. Sie waren im Frühjahr 1945 enttäuscht, dass die Österreichische Widerstandsbewegung das Heft nicht selbst energisch in die Hand nahm, nicht wenigstens die alten Parteien unter ihren Einfluss brachte.⁴¹⁹ Empört machte Josef Schöner seine Vorgesetzten darauf aufmerksam, dass Renner in der Staatsdruckerei in hoher Auflage ein Exposé über die Gründung des neuen Staates drucken lasse, in der die Arbeit und Opfer der Widerstandsbewegung, die „*uns vor der Welt moralisch ein bissertl herausgerissen hat*“, völlig ignoriert werde.⁴²⁰ Der Staatskanzler stelle die Geburt des neuen Österreich einfach so dar, „*als ob dieses gleich der Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus, nur seinem Kopfe und seinen*

418 In einer Gedenkveranstaltung des Parlaments 2007 (Rathkolb, Widerstand, S. 9); vgl. auch Uhl, Moskauer Deklaration. – An anderer Stelle analysiert Rathkolb einen Übergang vom „Opfermythos“ zum „Alleintätermythos“: „Die Konstrukte der Opferdoktrin erodieren, gleichzeitig versucht aber ein Teil der Politelite durch vorbehaltlose Anerkennung der früher marginalisierten jüdischen Opfer, aber auch Roma und Sinti und andere den Opfernarrativ quasi stellvertretend für Österreich hochzuhalten“ (Rathkolb, Paradoxe Republik, S. 48).

419 Vgl. Schöner, Tagebuch, S. 288-290 (288-290).

420 Ebenda, S. 288 (13.06.1945).

*Bemühungen entsprungen sei, nachdem er sich die ganzen Jahre hiefür, wie er sagte, ‚aufgespart‘ hat“.*⁴²¹ Die ÖVP protestierte zudem dagegen, dass Renner das Dollfuß-Schuschnigg-Regime als faschistische Diktatur auf eine Stufe mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft stelle.⁴²² Renners Denkschrift erschien noch rechtzeitig vor der ersten Länderkonferenz im September 1945,⁴²³ als erstes Druckwerk der österreichischen Auslandspropaganda, mit dem sich Renner vor der Welt und für die Nachwelt durchaus wirkungsvoll in ein günstiges Licht rückte.⁴²⁴ Über sein eigenes Versagen 1938 ging er stillschweigend hinweg.

Ernst Hanisch ortet noch einen anderen Grund, weshalb der Widerstand in Österreich kaum eine identitätsstiftende Wirkung entfaltete: „Über den Widerstand in Österreich reden hieß – auch und zentral – über den kommunistischen Widerstand reden. Und dies in einem Land, das von den Sowjets besetzt war und wo die KPÖ lediglich den Lakaien Moskaus spielte. Kurz: der Widerstand als nationales Symbol ging im Antikommunismus unter.“⁴²⁵ Hinzu kam, dass sich, wie Heidemarie Uhl herausarbeitete, ab den 1950er Jahren außen- und innenpolitisch widersprüchliche Gedächtniskulturen entwickelten; ein Paradigmenwechsel, der sich in der Bewertung der gefallenen Soldaten festmachen lässt – „das Gefallenengedenken als Antithese zur Opfertheorie“.⁴²⁶

Wenn das Rot-Weiß-Rot-Buch auch die Wehrmachtsdeserteure und –saboteure, Überläufer und sonstige Österreicher in den alliierten Streitkräften und jugoslawischen Partisanenverbänden ins Treffen führte,⁴²⁷ ging es in erster Linie wohl darum, das sowjetische Argument zu entkräften, Österreich treffe eine militärische Mitverantwortung.⁴²⁸ Hans Reichmann, der dieses Kapitel bearbeitet haben dürfte, hatte selbst

421 Ebenda, S. 289 (13.06.1945).

422 Schöner (ebenda, S. 295) notierte am 19. Juni 1945, dass Renner nach einer Unterredung mit Figl zugesichert habe, die Broschüre nicht zu veröffentlichen wollen.

423 Renner, Denkschrift.

424 Die Denkschrift wurde z.B. in der Neuen Zürcher Zeitung 25.09.1945 (Abend), Bl. 4v, ausführlich besprochen.

425 Hanisch, Widerstand, S. 340.

426 Uhl, Opfermythos, 23.

427 So übersieht z.B. Ecker, Orientierung, S. 23, dass gerade im Rot-Weiß-Rot-Buch auch der militärische Widerstand gewürdigt wurde, vielleicht sogar über Gebühr. – In einem Gutachten zum Dokumentarfilm „Die Kärntner Partisanen“ (Österreichischer Rundfunk, Brennpunkt 19.04.2002) zog Karl Stuhlpfarrer das Rot-Weiß-Rot-Buch als Beleg dafür heran, dass die Bundesregierung den Beitrag der Kärntner Slowenen im Befreiungskampf durchaus anerkannte (Stuhlpfarrer, Gutachten).

428 Ebenso im Annex M zum österreichischen Memorandum von 1947 (wie Anm. 317). Vgl. dazu z.B. Neues Österreich 09.02.1947, S. 2 (Der österreichische Anteil an der Befreiung). – Zu Österreichern in den westlichen Armeen und Geheimdiensten vgl. Beer, ÖsterreicherInnen; Beer geht u.a. davon aus, dass je rund 3.500 Österreicher in britischen und amerikanischen Einheiten gedient haben.

in der französischen Armee gedient. Doch damit wird sich wohl von Beginn an nur eine Minderheit der Österreicher identifiziert haben.

„*Deserteure und Partisanen werden als Helden, die Soldaten als Dummköpfe hingestellt*“, charakterisierte eine Hausfrau im März 1946 das Spannungsfeld.⁴²⁹ Wehrdienstverweigerung, Fahnenflucht oder Wehrkraftersetzung fanden mehrheitlich keine gesellschaftliche und politische Anerkennung als Akt des Widerstandes.

Während Österreich sich nach außen als erstes Opfer präsentierte, setzte um 1949 nach innen eine „Neuorientierung der Geschichtspolitik“ ein. Die Gefallenen wurden nicht mehr oder nicht mehr vorrangig als Opfer des Krieges, sondern öffentlich als Helden in Pflichterfüllung geehrt, als Soldaten einer ehrenhaft kämpfenden Wehrmacht, die die Heimat verteidigte; dies nicht zuletzt im Buhlen um die Wählerstimmen ehemaliger Nationalsozialisten, begünstigt durch neue alte Feindbilder im antibolschewistischen Kalten Krieg.⁴³⁰

Die Behörden, die das Opferfürsorgegesetz vollzogen, erkannten Opfern der Militärgerichtsbarkeit nur dann Leistungen zu, wenn sie zweifelsfrei nachweisen konnten, diese Tat in politischer Gesinnung gesetzt zu haben, erkannten dagegen religiöse oder ethische Motive nicht an.⁴³¹

In den von mir eingesehenen Archivalien bin ich auf keinen Hinweis gestoßen, dass das Rot-Weiß-Rot-Buch ausdrücklich dazu dienen sollte, von vornherein Entschädigungsforderungen von Opfern abzublocken. Dass es diese Tendenz aber gab, ist wohl unbestritten.⁴³² Bezeichnend ist, dass mit Karl Renner kein geringerer als der Staatskanzler bereits im August 1945, als der Kabinettsrat über die Behandlung zurückkehrender Nationalsozialisten diskutierte, den „Herrn Karl“ gab:

Die Franzosen stellten 1945 aus Kriegsgefangenen noch ein 1. Österreichisches Freiwilligenbataillon zusammen, das ab November 1945 in Vorarlberg zu Kontroll- und Sicherungsmaßnahmen eingesetzt wurde. Diese 500 Mann starke Einheit war als Kern für einen größeren Verband gedacht. Sie musste jedoch als Folge der Entmilitarisierungsbeschlüsse von Potsdam schon bald wieder aufgelöst werden (u.a. ebenda, S. 215; Nachbaur, Territorialfragen, S. 213-214). – Bei den Rotbuch-Recherchen bin ich auf einen Brief gestoßen, mit dem sich ein Kärntner namens Josef Kraxner an das Außenamt wandte, der als Angehöriger der französischen Armee in Dornbirn gelandet war und Anfang April 1946 aus Zeitungen über das Rotbuch-Projekt erfahren hatte. Kraxner hatte sich 1943 der französischen Widerstandsbewegung (Abschnitt La Rochelle) angeschlossen und bot nun an, die entsprechenden Unterlagen gelegentlich selbst in Wien vorbeizubringen, da er der russischen Zensur misstraute (ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Korrespondenz: Kraxner an Außenministerium, Dornbirn 05.04.1946.)

429 Zitiert nach: Hanisch, *Der lange Schatten*, S. 405.

430 Uhl, *Opfermythos*, S. 23-26.

431 Vgl. Bailer, *Wiedergutmachung*, S. 166-169.

432 Vgl. z.B. Knight, Wortprotokolle. Zu Knight vgl. allerdings auch Albrich, *Anmerkungen*; Gehler, *Außenpolitik*, S. 47.

„Ich will nicht behaupten, daß ich damit recht habe, aber die Sache ist nach meinem Gefühl doch so, daß alle diese kleinen Beamten, diese kleinen Bürger und Geschäftsleute bei dem seinerzeitigen Anschluß an die Nazi gar nicht weittragende Absichten gehabt haben – höchstens, daß man den Juden etwas tut – vor allem aber nicht daran gedacht haben, einen Weltkrieg zu provozieren.“⁴³³

Bei der Kritik am Rot-Weiß-Rot-Buch gilt es noch etwas zu berücksichtigen: Es dokumentierte auch und gerade den Widerstand des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes gegen den Nationalsozialismus 1933 bis 1938, den der heute dominierende Teil der Zeitgeschichtsschreibung nicht mehr gelten lassen will, weil es der Kampf einer Diktatur gegen eine andere Diktatur gewesen sei, eine „Regime-Konkurrenz“.⁴³⁴ Sprechen Zeithistoriker heute über den Widerstand vor 1938, meinen sie damit meist nur den Widerstand gegen das Dollfuß-Schuschnigg-Regime.⁴³⁵ Davon nehmen

433 Kabinettsrat 29.08.1945, Protokolle Kabinettsrat Renner 2, S. 388 (auch Knight, Wortprotokolle, S. 85). Als Bundespräsident pflegte Renner 1946 öffentlich einen antikapitalistischen Antisemitismus (Knight, Wortprotokolle, S. 50; vgl. Pelinka, Renner, S. 82-83). Im Wettlauf um die Reintegration „Ehemaliger“ drängten die Sozialisten sofort an die Spitze (Bischof, Instrumentalisierung, S. 353). Zu den Folgen der Schuldabwehr für die Holocaustopfer u.a. Albrich, Holocaust.

434 Botz, Resistenz, S. 7, „[...] da Widerstand nach allgemeinem Verständnis mit Versuchen einher geht, usurpierter Macht nicht nachzugeben und eine Diktatur an rechtstaatliche und demokratische Verhältnisse heranzuführen“. – Einen bemerkenswerten Gegenakzent setzte der Zeithistoriker Wolfgang Weber (Vorarlberger Landesarchiv), der im „Bedenkjahr 2008“ die Umbenennung eines Weges beim Landhaus forderte, den die Landeshauptstadt Bregenz 1988 dem aus nationalsozialistischer Zeit belasteten Künstler Fritz Krcal (1888 bis 1983) gewidmet hatte: *„Statt an Fritz Krcal zu erinnern, sollte das Land Vorarlberg besser jener Landesbeamten gedenken, die in jener unseligen Zeit des Nationalsozialismus im Dienst der Demokratie und des Rechtsstaates gestanden sind und keine Nationalsozialisten waren, wie zum Beispiel Dr. Paul Jäger“* (VN 15.04.2008, S. A8). Der Landesbeamte Paul Jäger (1908 bis 1989) war als junger Jurist der Bezirkshauptmannschaft Bregenz (1934 bis 1936), der Sicherheitsdirektion für Vorarlberg (1936 bis 1937) und der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch (1937 bis 1938) zugeteilt und dort unter anderem mit der Bekämpfung der illegalen NS-Bewegung beauftragt. Für seine Erfolge wurde er 1935 mit der Österreichischen goldenen Verdienstmedaille ausgezeichnet (vgl. BGBl. II Nr. 272/1934). Jäger ist damit eindeutig dem Staatswiderstand des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes zuzurechnen. „Im Dienst der Demokratie und des Rechtsstaates“ stand er dabei freilich nicht unbedingt; einmal abgesehen davon, dass der Polizeijurist auch die illegalen Kommunisten und Sozialdemokraten zu bekämpfen hatte. Für die Wochenenden war Jäger als Journalbeamter der Sicherheitsdirektion in Bregenz zugeteilt, wo er am 12. März 1938, um 4 Uhr, verhaftet wurde. Ähnlich erging es dem Bregenzer Bezirkshauptmann Dr. Emil Seeberger. Gegen beide wurden aus politischen Gründen strafrechtliche Verfahren eingeleitet. Seeberger kam nach drei Monaten aus der Haft frei und wurde mit einem Arbeitsverbot belegt. Jäger wurde ab September 1939 ein Jahr lang in KZ Dachau inhaftiert, 1940 zur Wehrmacht einberufen und, nach eigenen Angaben, auf Weisung der Gestapo an die Eismeerfront versetzt (VLA: LG Feldkirch 198/38; Farbe tragen, S. 208 u. 326-327).

435 Zur Frage, ab wann in Österreich von Widerstand gegen den Nationalsozialismus gesprochen werden kann vgl. Weinzierl, Widerstand, S. 412-414.

sie wieder den Widerstand der illegalen NSDAP aus, weil ihr erklärtes Ziel die Ver-
nichtung Österreichs und dessen Eingliederung in die totalitäre Diktatur Hitler-
deutschlands gewesen sei. – Letzteres ist nachvollziehbar. Wenn der Anschluss an
das Deutsche Reich ein Abgrenzungskriterium bilden soll, ist freilich zu bedenken,
dass auch die Sozialdemokratie das Ziel der gesamtdeutschen „nationalen Revolu-
tion“ verfolgte, und auch die Kommunisten sich noch 1933, nach dem Machtantritt
Hitlers im Deutschen Reich, für die Vereinigung eines „Sowjetösterreich“ mit einem
„Sowjetdeutschland“ ausgesprochen hatten.⁴³⁶ Zum anderen dürfen wir uns fragen,
inwieweit die Sozialdemokraten und Kommunisten 1933 bis 1938 tatsächlich für
eine parlamentarische Demokratie kämpften? Ernst Hanisch hat darauf hingewiesen,
dass der verzweifelte Aufstand von Teilen des sozialdemokratischen Schutzbundes
im Februar 1934 der „Republik“, nicht aber ausdrücklich auch der Demokratie ge-
golten habe und auch den Sozialdemokraten im unwahrscheinlichen Fall eines Sieges
wohl nur die Errichtung einer Diktatur möglich gewesen wäre.⁴³⁷ Das rechtfertigt
freilich nicht den autoritären Kurs, den die Christlichsozialen eingeschlagen hatten.
Auch wenn der Staatsapparat nicht sehr effizient und zum Teil nach wie vor groß-
deutscher Gesinnung gewesen sei, bestätigt Erika Weinzierl, was das offizielle
Rot-Weiß-Rot-Buch betont habe: *„Österreich hat der Aggressionspolitik Hitlers als
erster freier Staat und fünf Jahre lang als einziger Staat praktischen Widerstand
geleistet.“*⁴³⁸

Dass die österreichische Regierung seit 1933, seit Hitlers Machtantritt im Deutschen
Reich, für die Unabhängigkeit des Landes kämpfte, ist auch für Ernst Hanisch eine
klare Linie, die von der Forschung akzeptiert werden müsse, ohne in den Ton eines
„mythologisierenden Heldenepos“ zu verfallen.⁴³⁹ „Der Kampf um die österreichische
Unabhängigkeit gehört eindeutig in die Geschichte des Widerstandes (hier des Staats-
widerstandes) gegen den Nationalsozialismus.“⁴⁴⁰

436 Neugebauer, Nationale Frage, S. 88.

437 Ernst Hanisch in der Diskussion zu seinem Vortrag über „Politische Kulturen in der Ersten
Republik“ am 13.02.2008 im Vorarlberger Landesarchiv in Bregenz. Vgl. Hanisch, Der lange
Schatten, S. 306.

438 Weinzierl, Widerstand, S. 414, zitiert Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 7. – Zur Bedeutung des Widerstandes
1938-1945 für die Ausbildung eines österreichischen Nationalbewusstseins vgl. Weinzierl, Zeitge-
schichte, S. 134-141.

439 Als Beispiel dieses „unhistorischen Heldenmythos“ führt Hanisch, Der lange Schatten, S. 524
Anm. 31, Kindermann, Hitlers Niederlage an. – Der Münchner Universitätsprofessor Gottfried-Karl
Kindermann zählt mit seinem 1984 veröffentlichten hagiographischen Buch über den vereitelten
NS-Putsch in Österreich 1934 zu den eifrigsten Verteidigern des Rot-Weiß-Rot-Buches (Kindermann,
Hitlers Niederlage, S. 15, 194, 206 Anm. 359).

440 Ernst Hanisch, Der lange Schatten, S. 317.

Gerhard Botz sieht das nicht so. Er gibt aber den wichtigen Hinweis, dass gerade durch die Opferthese einerseits eine Sichtweise gefördert wurde, die alle widerstandsähnlichen Vorgänge und Verhaltensweisen in die Nähe eines „antifaschistischen“, „großen Widerstandes“ gerückt und alles akribisch dokumentiert habe. „Andererseits lenkte die ‚österreichische Lebenslüge‘ vom ‚ersten Opfer‘ als ein positiver Nebeneffekt schon früh das politische und wissenschaftliche Interesse auf den so genannten ‚unpolitischen‘ und ‚kleinen‘ Widerstand politischer Gruppen und Einzelner, während in Deutschland die Widerstandsdebatte lange noch auf militärische und politische Elite beschränkt blieb.“⁴⁴¹ Als Beleg dafür verweist Botz auf das Rot-Weiß-Rot-Buch.

1.28 Aus Staatsräson ein Beitrag zur „Selbstinfantilisierung“

1998 beauftragte die Bundesregierung eine „Österreichische Historikerkommission“, den Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich zu untersuchen. In diesem Rahmen legten die Völkerrechtler Bruno Simma und Hans-Peter Folz eine Untersuchung zum Thema „Restitution und Entschädigung im Völkerrecht“ vor, in der sie auch die völkerrechtliche Ausgangslage und ihre Auswirkungen auf Verpflichtungen der Republik Österreich zur Wiedergutmachung von Kriegs- und Verfolgungsschäden sehr detailliert abklärten, die Okkupationstheorie und alternative Betrachtungsmöglichkeiten (Annexion, Fusion) kritisch würdigten. Sie gelangten zum Fazit:

„Die Okkupationstheorie erweist sich als schlüssige und mit guten Gründen vertretbare Wertung der völkerrechtlichen Rechtslage Österreichs zwischen 1938 und 1945. Sie steht im Einklang mit der Völkerrechtsentwicklung nach 1945. Es scheint jedoch fraglich, ob die der Okkupationstheorie zugrundeliegende Rechtsauffassung bereits zum Zeitpunkt des ‚Anschlusses‘ 1938 dem damals geltenden Völkerrecht entsprach. Vielmehr wäre zu diesem Zeitpunkt auch die Beurteilung des ‚Anschlusses‘ als wirksam gewordene Annexion und sogar als wirksame Fusion vertretbar gewesen. Auch die völkerrechtliche Praxis der Alliierten bis zum Abschluss des Staatsvertrages 1955 kam zwar der Okkupationstheorie entgegen, behielt sich jedoch auch die Anknüpfung von Rechtsfolgen an andere völkerrechtliche Gesichtspunkte vor. Selbst unter Annahme einer völkerrechtlichen Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich und einer Rechtsnachfolge Österreichs nach seiner Wiederherstellung im Jahre 1945 wäre aber eine Haftung der Republik Österreich für durch

441 Botz, Resistenz, S. 7.

Deutschland verursachte Kriegs- und Verfolgungsschäden nach allgemeinem Völkerkewohnheitsrecht ausgeschlossen gewesen. [...]“⁴⁴² Simma und Folz kamen auch zum Ergebnis, dass eine abschließende und eindeutige Regelung, wie 1919, nur durch einen völkerrechtlichen Vertrag getroffen werden konnte und 1955 auch getroffen wurde.

Dieser Beurteilung schloss sich 2003 die Historikerkommission in ihrem Schlussbericht an.⁴⁴³ Im Ergebnis bestätigte sie damit zumindest die Zulässigkeit der Okkupationsdoktrin, von der freilich die Frage des Umgangs mit den NS-Opfern zu unterscheiden ist.

Über ein halbes Jahrhundert später lassen sich die völkerrechtlichen Optionen gelassen abwägen, ließe es sich auch trefflich über politische Alternativstrategien spekulieren. Die österreichische Bundesregierung und Diplomatie konnte 1945/46 die Entwicklung nicht voraussehen, sie hatte keine Rechtssicherheit, keine Gewissheit. Sie konnte nur abwägen, mit welcher politischen und völkerrechtlichen Verhandlungsstrategie sie am besten und schnellsten die volle Souveränität Österreichs im Vertragsweg erreichen kann, zu einem vertretbaren Preis.

Die zum Teil überzogene Kritik an der „Instrumentalisierung der Moskauer Deklaration“ und der Vorwurf der österreichischen „Lebenslüge“ wurden inzwischen relativiert, mit guten Gründen von Gerald Stourzh:⁴⁴⁴

„Nicht der Hinweis auf den *Staat* Österreich als Opfer Hitlerscher Aggression ist in Frage zu stellen. Etwas anderes ist kritisch zu kommentieren: erstens, jenseits rechtlicher Verantwortlichkeit, das Fehlen der moralischen Einsicht, dass Scham für die Untaten von Landsleuten auch seitens jener angebracht sein kann, bei welchen individuelle Schuld nicht vorliegt; und zweitens, die einer langen österreichischen Tradition entsprechende Übung, zu juridifizieren und juristisch, auch engherzig formalistisch dort zu agieren, wo freiwillige Großzügigkeit, von weitsichtigem politischem Willen getragen, die bessere, weil moralisch überzeugendere Politik gewesen wäre.“⁴⁴⁵ Stourzh räumte ein, „daß die juristische Betonung der Handlungsunfähigkeit Österreichs als Staat zwischen 1938 und 1945 dazu beitrug, die moralische Reflexion über die österreichischen Mittäter und Nutznießer der NS-Verbrechen zu erschweren – weniger allerdings in den ersten Nachkriegsjahren als zwischen den fünfziger und siebziger Jahren –, und ebenso politische Initiativen zur Entschädigung

442 Simma/Folz, *Restitution*, S. 125.

443 Jabloner u.a., *Schlussbericht*, S. 242-246. Die Historikerkommission übernahm ebenda allerdings schwerpunktmäßig das Fazit zur völkerrechtlichen Ausgangslage (Simma/Folz, *Restitution*, S. 74-75).

444 Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, S. 24-27. Vgl. u.a. auch die Argumente gegen die „neue Lüge von der so genannten ‚Lebenslüge‘ der Zweiten Republik“ in Weinzierl, *Zeitgeschichte*, S. 141-142.

445 Ebenda, S. 27.

der vertriebenen Opfer der NS-Herrschaft einzubremsen.⁴⁴⁶ An anderer Stelle betonte Stourzh, dass uns die „historisch wie juristisch begründete Überzeugung vom gewaltsamen Ende der österreichischen Unabhängigkeit im März 1938“ wie die Entwicklung eines österreichischen Identitätsbewusstseins nicht hindern dürfen, „einen moralischen ‚Haftungszusammenhang‘ für die Österreicher und Deutschen gemeinsame NS-Zeit zu sehen.“⁴⁴⁷

In unaufgeregter Analyse kommt auch Michael Gehler zum überzeugenden Ergebnis, dass Österreichs „Außenpolitik“ im ersten Nachkriegsjahrzehnt vorwiegend Ausdruck innerer Zwänge und dabei von dauernden Auseinandersetzungen mit den Besatzungsmächten geprägt war, vorrangig auf die Bewahrung der Einheit und die Erlangung möglichst weitgehender Souveränität abzielte und den Opferstatus proklamierte, um nicht als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches zu gelten, woraus sich wieder eine Abwehrhaltung gegen Rechtsansprüche, Reparations- und Entschädigungsforderungen von dritter Seite ergab; wobei zu berücksichtigen ist, dass zentrale politische Akteure wie Leopold Figl und „Architekten der Okkupationstheorie und Konstrukteure der Opferthese“ im diplomatischen Korps selbst Opfer des NS-Regimes geworden waren und „aus ihrer subjektiven Betroffenheit und einer österreichisch-patriotischen Haltung heraus die Opfer-Konzeption entwickelt hatten“.⁴⁴⁸ Die Juristen dachten und handelten in Kategorien der Staatsräson. „Dass hier teils moralische Kategorien abhanden kamen, teils mit der historischen Wahrheit eigenwillig umgegangen wurde, war klar und den meisten von ihnen wohl auch bewusst, wurde aber in Kauf genommen. Moralisten durften die Konstrukteure österreichischer Staatlichkeit allein schon aus pragmatischen Erwägungen nicht sein. Aufgabe der Berufsdiplomaten war es, die Interessen des Staates möglichst optimal zu vertreten und zu wahren. Mehr nicht. Dass es dabei nicht immer wissenschaftlich und peinlich genau mit der historischen Genauigkeit zugehen konnte, versteht sich von selbst. Die politische Deutungshoheit über die Geschichte eines Landes war und ist außerdem eine Machtfrage.“⁴⁴⁹

In diesem Sinn ist auch das von Diplomaten und Juristen konzipierte Rot-Weiß-Rot-Buch zu verstehen. Es ist keine historisch-kritische Quellenedition, sondern war

446 Ebenda, S. 520.

447 Stourzh, Vom Reich zur Republik, S. 304.

448 Gehler, Österreichs Außenpolitik 1, S. 43-49 (Zitat S. 44). Ähnlich Hanisch, Der lange Schatten, S. 427: „Österreich hatte sich die bequeme „Wahrheit“ des Opfers zurechtgelegt. Das war ein kluger außenpolitischer Schachzug, und es war das Außenministerium, das diese Theorie mit aller Raffinesse ausgearbeitet hat. Es klang glaubhaft, wenn der Regierungschef, der KZ-Häftling Leopold Figl, vom Opfer sprach. Aber Figl identifizierte seine Rolle mit der Rolle der österreichischen Bevölkerung. [...]“

449 Gehler, Österreichs Außenpolitik 1, S. 44.

als diplomatisch-advokatorische Argumentationshilfe gedacht und konzipiert, um die Opferrolle und den Widerstand Österreichs zu bestätigen und zu belegen. Diese Doktrin führte zu einem unwürdigen Paradoxon: „Aus der Betonung des (staatlichen) Opferstatus folgten nur schleppende oder gar keine Maßnahmen für die (menschlichen) Opfer aus der NS-Zeit.“⁴⁵⁰

Die auf den Staat bezogene Opferdoktrin nährte die Illusion, dass irgendwie doch alle Österreicher Opfer der NS-Herrschaft gewesen seien, bis hin zu einem „kollektiven Nur-Opferstatus“ und einer „Kollektivunschuld“. Hingegen setzte sich der im Rot-Weiß-Rot-Buch propagierte Widerstandsmythos nicht durch. Er stand ja auch in einem merkwürdigen Widerspruch zur Meinung oder Entschuldigung, dass bereits 1938 ein militärischer Widerstand Österreichs gegen die Okkupation nicht nur aussichtslos, sondern auch sinnlos gewesen wäre.

Gegen diese These und Haltung schrieb Felix Kreissler in seinem Standardwerk über den Bewusstwerdungsprozess der österreichischen Nation (1980) an. Er griff dabei nicht nur ausgiebig auf das Rot-Weiß-Rot-Buch als Quellenedition zurück, er bestätigte im Ergebnis auch die grundlegenden Argumentationslinien der Redaktion (vgl. Q 2), allerdings mit einer wesentlichen Einschränkung: Kreissler kritisierte, dass das offizielle Rot-Weiß-Rot-Buch die eigene Verantwortung der damaligen Regierung, wie auch des österreichischen Volkes selbst, vollständig übergehe, weil es hauptsächlich darauf bedacht sei, den Beitrag Österreichs zu seiner eigenen Befreiung herauszustreichen. Er schloss dabei allerdings auch die historische Zunft in seine Kritik mit ein: „Andererseits hat eine ganze historische Schule jahrelang versucht, das Bild vom ‚kleinen, ohnmächtigen und daher unschuldigen Österreich‘ glaubhaft zu machen, das zum Opfer der allgemeinen Verlassenheit geworden ist.“⁴⁵¹

Im Vorwort zur grundlegenden „Geschichte der Republik Österreich“, datiert mit Oktober 1954, gelangte Heinrich Benedikt zur Einsicht:

„In Österreich lebt noch immer jener übernationale, überparteiliche, humanistische Geist, dessen eine neue harmonische Weltordnung sich zu ihrem Aufbau bedienen sollte. Zu schwach, um Schaden zu stiften, und daher jeder Versuchung der Macht, sie zu mißbrauchen verschont, aber auch nicht kräftig genug, Gewalt abzuwehren, wurde dieses Land zum Märtyrertum auserkoren und hat sich darin bewährt, durch seine Würde und das milde Lächeln, das es sich bewahrt hat.“⁴⁵²

Kein Wunder, dass es in den folgenden Jahrzehnten mehr auf die „Reblaus“ und

450 Ebenda, S. 49; zur „Nicht-Wiedergutmachungspolitik“ und „Entschädigungspolitik“ im Überblick ebenda, S. 42-5.1

451 Kreissler, Der Österreicher, S. 220 Anm. 2. – Kreisslers Werk erschien 1980 in Paris (La Prise de Conscience de la Nation Autrichienne 1938 – 1945 – 1978) und 1984 in deutscher Übersetzung.

452 Benedikt, Republik Österreich, S. 14.

auf das Trittbrett der NATO vertraute, als auf Anstrengungen zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung.

Auch diese Sichtweise und Haltung mag dazu beigetragen haben, dass der zunächst propagandistisch überhöhte österreichische Widerstand später unterschätzt wurde. Ernst Hanisch diagnostizierte dreißig Jahre später: „Österreich war Opfer der NS-Aggression und gleichzeitig waren die Österreicher in vielfacher Weise Mit-Täter. Mit dieser Doppelrolle mußte der Widerstand fertig werden und mit dieser Doppelrolle hätte sich die Diskussion nach 1945 beschäftigen müssen. Tatsächlich jedoch setzte ein Prozeß der ‚Selbstinfantilisierung‘ ein – Österreich: ein kleines tapferes Land, das von den bösen Deutschen überfallen wurde. Man zog sich auf die Rolle des Opfers zurück und zog daraus politische Vorteile gegenüber den alliierten Besatzungsmächten. Das war umso leichter möglich, als die politischen Eliten der ersten Stunde wirklich zu den Opfern (bzw. zur ‚inneren Emigration‘) gehörten und ihren KZ-Ausweis als moralische Legitimation verwenden konnten. Die Kehrseite dieser für Österreich in Hinblick auf den Staatsvertrag durchaus erfolgreichen Politik war jedoch, daß eine Aufarbeitung der österreichischen NS-Vergangenheit ausblieb.“⁴⁵³

1.29 Unveröffentlichte Rotbuch-Beiträge mit DÖW-Signaturen

Die Rot-Weiß-Rot-Buch-Redaktion hinterließ mit ihren Unterlagen einen bedeutenden Fundus, die der Bundespressedienst 1952 an das Haus-, Hof- und Staatsarchiv ablieferte, wo sie 1954 grob geordnet und erschlossen und in 15 schmale Kartonboxen verpackt wurden. Später wurden sie in die 1983 geschaffene Abteilung Archiv der Republik des Österreichischen Staatsarchivs übertragen.⁴⁵⁴

453 Hanisch, Widerstand, S. 340.

454 Der Bestand ÖStA/AdR BPD RWRB ist noch heute über das Bestandsverzeichnis von 1954 erschlossen:

K. 1: 1) Aus den Bundesländern: Burgenland; Kärnten.

K. 2: Niederösterreich; Oberösterreich.

K. 3: Salzburg.

K. 4: Steiermark.

K. 5: Vorarlberg; Wien.

K. 6: Finanzlandesdirektionen; Wiener Neustadt; 2) Aus dem Ausland: England; Deutschland; Amerika.

K. 7: 3) Aus den Bundesministerien: BM für Justiz; BM für Handel und Wiederaufbau; BM für Volksernährung; BM für Verkehr.

K. 8: 4) Sprengstoffe: Polizeidirektion Wien, Berichte; Fa. Lestim; Fotos.

K. 9: 5) Varia: Militärischer Beitrag; Österreichische Liga demokratischer Freiheitskämpfer; Gestapo; Widerstandsbewegung; Adressen an Schuschnigg zur geplanten Volksabstimmung 1938;

Doch die Originalquellen wurden und werden wohl vergleichsweise selten benützt. Sie hatten als verschollen gegolten, bis sie von Mitarbeitern des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes im Haus-, Hof- und Staatsarchiv aufgespürt wurden.⁴⁵⁵ Das DÖW fertigte Fotokopien der Originalunterlagen an und fügte diese Kopien in sein Archiv ein. Aus der Mappe Vorarlberg wurden offenbar die dritten Ausfertigungen (Abschriften) ausgezogen und zu DÖW 8346 „Unveröffentlichte Manuskripte für das von der Bundesregierung herausgegebene Rot/Weiß/Rot-Buch, 1946: Vorarlberg“ übertragen.⁴⁵⁶

Vermutlich beeinflusste das unveröffentlichte Material die zeitgeschichtliche Forschung und das Geschichtsbild weit stärker, und jedenfalls suggestiver, als das Rot-Weiß-Rot-Buch selbst. Der für die Wissenschaft größte Gewinn dieses Projekts lag wohl darin, dass zahlreiche Erinnerungen und Auswertungen gesammelt wurden, die sonst vielfach gar nicht aufgezeichnet oder erstellt worden wären, wenngleich ihr tendenziöser Charakter nicht übersehen werden darf. Entsprechend fordert ihre Verwendung auch ein gerüttelt Maß an Quellenkritik. Für die Leser der Forschungsliteratur ist heute nicht immer erkennbar, dass es sich bei diesen sehr häufig verwendeten Quellen, die gewissermaßen „geläutert“ mit DÖW-Signaturen zitiert werden, um Material für das Rot-Weiß-Rot-Buch von 1946 handelt.

Ausstellung „Niemals vergessen!“, Nürnberger Prozess; KZ; Major Biedermann; Soziales aus dem Dritten Reich; Originalfassung der Erinnerungen Schuschniggs.

K. 10: Anlage und Redaktion des „Rot-Weiß-Rot-Buches“; Planung; Korrespondenzen; Ausfolgung; Besprechungen und Pressestimmen; Neues Material für 2. Band.

K. 11: Manuskript; Französische Fassung.

K. 12: Beilagen; Skripten und Aufzeichnungen betr. diverse Kapitel.

K. 13-15: Zeitschriften, Broschüren, Zeitungen und dergleichen.

Ich habe den Bestand mit Ausnahme der Kartons 1 bis 4 durchgesehen. Die Ordnung und Verzeichnung erwies sich nicht durchwegs als zuverlässig.

455 Neugebauer, Widerstandsforschung, S. 361 Anm. 9.

456 Ich habe diesen Bestand im DÖW nicht eingesehen und kenne nur Fotokopien, die in zwei Serien im Vorarlberger Landesarchiv verwahrt werden.

Die erste Serie liegt in der Dokumentensammlung der Johann-August-Malin-Sammlung, Sch. VIII/2, ein. Das kopierte Deckblatt des DÖW-Akts „Unveröffentlichte Manuskripte für das von der Bundesregierung herausgegebene Rot/Weiß/Rot-Buch, 1946 – Vorarlberg“ trägt einen Bearbeitungsvermerk vom 19.07.1973, rechts oben die Zahl 8346, links unten die Zahl 8957. Die korrekte Signatur ist DÖW 8346. Laut wahrscheinlich aufgeklebter Beschreibung handelt es sich um „91 Seiten Originale“ und „8 Seiten XvO“. Der Akt enthält Q 20 bis Q 25, Q 27 bis Q 43 und Q 46 bis Q 54 aus der Mappe Vorarlberg (ÖStA/AdR BPD RWRB K. 5), allerdings fehlen zum Teil die Begleitschreiben.

Die zweite Serie liegt in der Zeitgeschichtlichen Sammlung, 1/36, ab. Das kopierte Deckblatt trägt neben dem Bearbeitungsvermerk von 1973 einen weiteren vom 09.11.1990 über einen Nachtrag und nur links unten die Zahl 8957. Der Nachtrag könnte sich auf das Schreiben von Dr. Neudörfel (wie Anm. 854) beziehen.

Diese Zweitüberlieferung des DÖW bildete auch für die Publikationen der Vorarlberger „Johann-August-Malin-Gesellschaft“ einen wichtigen Fundus, vor allem für das heute noch maßgebende, 1985 veröffentlichte Standardwerk „Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933 bis 1945“. Dabei fällt mitunter eine selektive Auswahl der Personen auf, die als Verfolgte oder Widerstandskämpfer anerkannt und aufgenommen wurden.⁴⁵⁷ Auch hier werden die Rot-Weiß-Rot-Buch-Quellen ausschließlich mit DÖW-Signaturen zitiert. Fotokopien der Mappe DÖW 8346 wurden wieder in die Dokumentensammlung der Johann-August-Malin-Gesellschaft übertragen, die im Vorarlberger Landesarchiv verwahrt wird.⁴⁵⁸

457 Zum Beispiel fehlt im Lexikon Verfolgung und Widerstand Lorenz Tiefenthaler, obwohl sein Bericht über die Bemühungen zur Rettung der Felsenaubücke (Q 25) im selben Buch, wenn auch nicht wohlwollend, erwähnt wird (Walser, Die letzten Tage, S. 225).

458 Eine weitere Serie von Kopien liegt in VLA: Zeitgeschichtliche Sammlung 1/36 ab (vgl. Anm. 456).

2 Vorarlberger Beiträge

2.1 „In diesem Kampf ehrenvoll unterlegen“

Am 24. Mai 1945 ernannte General René de Hesdin, Kommandant der 4. marokkanischen Gebirgsdivision, als provisorischer Militärgouverneur einen Vorarlberger Landesausschuss und den Christlichsozialen Ulrich Ilg zu dessen Präsidenten, der später als „Landeshauptmann“ bezeichnet wurde.

Ilg hatte am 25. Juli 1934 als junger Staatssekretär geholfen, „seinen“ verbluteten „Bauernkanzler“ Engelbert Dollfuß im Bundeskanzleramt provisorisch aufzubahren, hatte ihm als erster das Weihwasser gegeben.⁴⁵⁹ Das Dollfuß-Bild hatte auch die NS-Zeit hindurch seinen Ehrenplatz in der Stube seines Bauernhauses in Dornbirn-Hatlerdorf behalten.⁴⁶⁰ Unter dem Dollfuß-Bild wird Ilg bis 1964 als Landeshauptmann auch „Staatsgäste“ am heimischen Stubentisch bewirten; als einen der ersten Vizekanzler Schärf (SPÖ) im Jänner 1947 auf der Durchreise zu den Staatsvertragsverhandlungen in London.⁴⁶¹

Am 10. Juni 1945 wandte sich Ulrich Ilg via „Radio Vorarlberg“ mit einer eine Art Regierungserklärung an die Bevölkerung. Darin führte er aus:

„Wir haben in den letzten Jahren auch kennen und fühlen gelernt, was es heißt, die Freiheit zu verlieren. Vor etwas mehr als zehn Jahren waren wir Österreicher die ersten, die den Kampf um die vom Nazismus bedrohte Freiheit aufzunehmen gezwungen waren. In einer Zeit, wo die ganze Welt diese Gefahr noch gar nicht richtig erfaßt hat, waren wir in diesem Kampf ehrenvoll unterlegen. Diese damalige Haltung, die in dem Wort verkörpert war, ‚wir weichen nur der Gewalt‘,⁴⁶² hat man uns Österreichern nicht vergessen. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß unsere Befreier aus Frankreich mit dem Ruf ins Land gekommen sind, ‚wir kommen in Freundesland‘.⁴⁶³ Wir danken ihnen, daß sie uns die österreichische Freiheit wieder ermöglicht haben.“⁴⁶⁴

459 Ilg, Lebenserinnerungen, S. 21.

460 Ebenda, S. 21.

461 Am Sonntagnachmittag, 19. Jänner 1947, verbrachte Schärf einige Stunden im Dornbirner „Anstiz“ des Landeshauptmanns (VVB 20.01.1947, S. 2).

462 In seiner Abschiedsansprache, die am Abend des 11. März 1938 aus dem Bundeskanzleramt via Radio übertragen wurde, sagte Bundeskanzler Kurt Schuschnigg unter anderem: *„Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volk mitzuteilen, daß wir der Gewalt weichen. Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in ernster Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, daß der Einmarsch durchgeführt wird ohne wesentlichen Widerstand, ohne Widerstand sich zurückzuziehen und die Entscheidungen der nächsten Stunden abzuwarten“* (zitiert nach Reichhold, Kampf, S. 358.)

463 Wohl eine Anspielung auf die Grenztafeln „ICI L'AUTRICHE PAYS AMIS“ („Hier ist Österreich, ein befreundetes Land“). Vgl. Anm. 21.

464 Radioansprache Ulrich Ilg 10.06.1945, zitiert nach: Ilg, Lebenserinnerungen, S. 54.



Landeshauptmann Ilg (l.) und Bundespräsident Schärff (r.) am 18. Juli 1958
vor der Festspieleröffnung in Bregenz

Als sich Vertreter der künftigen ÖVP am 29. Juli 1945 erstmals zu einer Besprechung in kleinem Kreis in Salzburg trafen, erklärte Ilg als Vertreter Vorarlbergs, „daß wir⁴⁶⁵ uns dagegen verwehren, daß Österreich mitschuldig erklärt wird an der Machtergreifung und dem darauffolgenden Krieg. Wir legen Wert darauf, daß festgestellt wird, daß uns damals niemand gegen die stark bewaffnete Macht in Schutz genommen hat. Wir wollen Österreich als freien Staat aufbauen.“⁴⁶⁶

Im Oktober 1945 berichtete Ilg Altbundeskanzler Schuschnigg in freundschaftlicher Verbundenheit nach Rom, dass er sich gelegentlich zweier Länderkonferenzen habe überzeugen können, dass Vorarlberg in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht am

465 Aus dem Verlaufprotokoll wird nicht klar, wer mit „wir“ gemeint ist; wahrscheinlich die Vorarlberger Christlichsozialen. Ilgs Wortmeldung wurde wie folgt protokolliert: „[...] Es gibt noch kein Parteisekretariat; in Vorarlberg gibt es nur zwei politische Richtungen. Österreichische Volkspartei und Sozialdemokratische Partei. Er führt weiter aus, daß wir uns dagegen verwehren [...]“ (Protokoll Bundesländerkonferenz ÖVP, Salzburg 29.07.1945, in: Gehler, Reden und Dokumente Gruber, S. 62).

466 Protokoll Bundesländerkonferenz ÖVP, Salzburg 29.07.1945, in: Gehler, Reden und Dokumente Gruber, S. 62.

günstigsten dastehe: „In politischer Hinsicht ist besonders auch eine Tatsache bezeichnend, dass die Zeit 1934-1938 bei uns selten einer parteipolitischen Kritik unterzogen wird. Es wurde auch wohltuend aufgenommen, als ich am 25. Juli im Vorarlberger Rundfunk unseres Freundes Dollfuß in einer Ansprache gedachte.“⁴⁶⁷

Mochten die Vorarlberger Christlichsozialen mit dem autoritären Kurs, den Dollfuß einschlug, mitunter auch Mühe gehabt haben, und erst recht mit dem Kurs der innerösterreichischen Heimwehr,⁴⁶⁸ mochten sie 1945 auch Fehler einbekennen, überwog im Rückblick doch der Abwehrkampf gegen Hitler. Auch in den Vorarlberger Rotbuch-Beiträgen wird Widerstand von 1933 bis 1938 mit dem „vaterländischen“ Widerstand gegen den Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Allerdings scheint dieses Bild auch in den Reihen der ÖVP mit der Zeit Risse gezeigt zu haben. So reagierte Erwin Hillbrand, selbst Landtagsabgeordneter in der „vaterländischen Periode“, sehr erbost, als das „Vorarlberger Volksblatt“ der ÖVP 1958 zum 80. Geburtstag des ehemaligen Landesgerichtspräsidenten Franz Erne nicht erwähnte, dass Erne 1934 bis 1938 Landtagspräsident gewesen war:

„Der Umstand, dass wir nur ernannt waren, bedeutete für manchen von uns eine Belastung. Aber dafür war das Risiko umso grösser und heute darüber zu richten, was richtig und falsch war, ist müssig. Aber das Bekenntnis zu Österreich auf ziemlich schmaler Front war da und dessen schämen wir uns alle nicht. Es war der Endkampf um Österreich und schliesslich auch um eine verloren gegangene Demokratie. Wir betrachten uns daher als keine Illegalen, deren Existenz hinsichtlich ihrer Funktion in der kritischen Zeit verschwiegen werden muss.“⁴⁶⁹

2.2 Eine Aufgabe für Pressechef Josef Kegele

Landeshauptmann Ulrich Ilg musste jedenfalls von der Berechtigung des Rotbuch-Projekts gewiss nicht überzeugt werden. Das Rundschreiben vom 19. März 1946, mit dem Außenminister Gruber Beiträge zum geplanten Rotbuch einforderte, lief in Bregenz erst Anfang April ein (vgl. Q 7). Ilg bestellte seinen „Pressechef“ Josef Kegele zum Rotbuch-Beauftragten (vgl. Q 6).

Kegele (geb. 1905) war in Weiler aufgewachsen und am Bundesgymnasium Feldkirch an der Universität Wien in katholischen Studentenverbindungen ideologisch

467 VLA: HA LH Ilg 11/6: Ilg an Schuschnigg, Bregenz 13.10.1945.

468 Vgl. Hammerle, Christlichsoziale Opposition.

469 VLA: NL Naumann 3.4 Nr. 81 Erne Franz: Hillbrand an Chefredakteur Dr. Eugen Breier, Bregenz 28.04.1958 (Abschrift an Landespartei sekretär Naumann).

geprägt worden. Er hatte bei der Wiener Handelskammer gearbeitet und nebenberuflich bis 1938 die „Christliche Pressezentrale“ geleitet. 1943 wurde der Journalist zur Wehrmacht eingezogen. Er landete in einem Feldkircher Lazarett, wo er sich dem Widerstand anschloss und im Juni 1945 vom Landesauschuss unter schwierigsten Bedingungen mit dem Aufbau einer Presse- und Rundfunkstelle betraut wurde.⁴⁷⁰ Diese Amtsstelle der Präsidialabteilung im Amt der Vorarlberger Landesregierung fungierte in den ersten Jahren auch als Nachrichtenagentur. Zudem unterstand ihr der Landessender „Radio Vorarlberg“ in Dornbirn, auf den allerdings die Militärregierung noch bis Ende 1946 einen maßgeblichen Einfluss ausübte.

„Papa Kegele“ hatte bis zu seiner Rückkehr nach Wien 1947 wesentlichen Anteil am Neuaufbau einer demokratischen Medienlandschaft in Vorarlberg.⁴⁷¹

Im Aktenbestand „Landespressestelle“ im Vorarlberger Landesarchiv ist der Akt „Rotbuch“ nur sehr rudimentär überliefert, die wichtigsten Schriftstücke fehlen.⁴⁷² Zudem verfügen wir über keine Einlaufprotokolle oder Nachschlagbücher mehr, aus denen sich die Vorgänge rekonstruieren ließen. Zum Glück blieben die Briefe und Berichte, die Kegele an Wildmann schickte, im Aktenbestand „Bundespressediens: Rot-Weiß-Rot-Buch“ im Österreichischen Staatsarchiv (Abteilung Archiv der Republik) erhalten.

Kegele nahm die Aufgabe zügig in Angriff. Am 8. April 1946 erging ein Informationsschreiben des Landeshauptmanns an 137 Bundes- und Landesdienststellen sowie Gemeinden (vgl. Q 10). Es ist bemerkenswert, dass der Landeshauptmann in Sachen „Rotbuch“ auch die Dienststellen der unmittelbaren Bundesverwaltung zu seinem „Rayon“ zählte. Ilg ordnete an, allen Weisungen genauestens und mit der besonders gebotenen Eile zu entsprechen (Q 4). Die entsprechenden Weisungen legte Kegele als Beauftragter der Landesregierung gleich bei. Er ersuchte, sofort jeweils einen geeigneten Funktionär mit der Organisation zu beauftragen, diesen der Presse- und Rundfunkstelle umgehend zu melden, ihn zum sofortigen Arbeitsbeginn anzuweisen und bis spätestens 25. April entsprechendes Material zu liefern (Q 5). Damit nahm Kegele Wildmanns Arbeitsrichtlinien vorweg, die erst später in Bregenz einliefen (vgl. Q 7).

470 Vgl. Nachbaur, Wiederaufbau, S. 15-16.

471 VVB 22.05.1947 („Wechsel in der Leitung der Landespressestelle“).

472 VLA: AVLReg Lp 86/1946 (Herausgabe eines „Rotbuches“). – Der Akt enthält nur noch 19 Schriftstücke, fast nur Meldungen von Landes- und Bundesdienststellen und Gemeinden über die Bestellungen von Rotbuch-Beauftragten.

2.3 Spezielle Rotbuch-Mitarbeiter

Neben dem Verteiler des Rundschreibens teilte Kegele Wildmann noch 17 sonstige Rotbuch-Mitarbeiter mit (Q 10). Wahrscheinlich wurden diese Personen „beauftragt“ oder vielmehr ersucht, aus ihrem eigenen Erleben oder Umfeld Beiträge zu liefern. Es handelt sich um 16 namentlich angeführte Persönlichkeiten und die „*Apostolische Administratur, Feldkirch*“, womit Generalvikariatsrat Dr. Johannes Schöch gemeint gewesen sein dürfte, dem wir eine „Chronik des Generalvikariats Feldkirch und der politischen Bedrängnisse in Vorarlberg 1938-1945“ verdanken.⁴⁷³ Dem Personenkreis war gemeinsam, dass er während der NS-Zeit benachteiligt oder verfolgt worden war und/oder Widerstand geleistet hatte (siehe Kurzbiographien im Personenregister); und sämtliche angeführten Personen waren ausschließlich dem christlichsozialen Lager oder der Vaterländischen Front zuzurechnen.⁴⁷⁴

Die Liste wird illustert angeführt von Altlandeshauptmann und Bundeskanzler a.D. Otto Ender, Altlandesrat und Bundesminister a.D. Josef Mittelberger sowie Altlandeshauptmann, Unterstaatssekretär a.D. und Bundesrat Ernst Winsauer. Die Vaterländische Front ist mit ihrem ehemaligen Landesführer Eduard Ulmer (nun Wirtschaftslandesrat), dem ehemaligen Landesgeschäftsführer Lorenz Konzett (nun Handelskammerdirektor) vertreten, der „Vorarlberger Heimatdienst“ mit seinem Landes- und Landeswehrführer und späteren Landesmilizführer Toni Ulmer sowie dessen Vorgänger Wilhelm Mohr. Neben Mohr sind mit dem Bregenzer Bezirkshauptmann Emil Seeberger, dem Juristen Hermann Salzmann und Gaisbühel-Direktor Arnold Mähr drei weitere Landesbedienstete aus der Vorkriegszeit angeführt. Im Dienst des Landesernährungsamtes standen nun auch Albert Schmidinger und der junge „Widerständler“ Josef Büsel. „Zimbapfarrer“ Gebhard Gunz wurde nachgesagt, 1938 als einer von wenigen offen gegen den „Anschluss“ gestimmt zu haben. Lorenz Tiefenthaler hatte als Offizier den Vorarlberger Ableger der Widerstandsbewegung „O5“ geführt. Mit Kaplan Georg Schelling sollte der letzte Chefredakteur des christlichsozialen „Vorarlberger Volksblatts“ verpflichtet werden, der von 1938 bis 1945 in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen war. Karl Bobleter war 1938 als Direktor des Bundesgymnasiums Feldkirch in Zwangspension geschickt worden. Soweit bekannt, lieferten nur Lorenz Tiefenthaler (Q 25) und Otto Ender (Q 54) einen Beitrag; indirekt auch Georg Schelling (Q 20).

473 Vgl. Anm. 542.

474 Vgl. die anhängenden Kurzbiographien.

2.4 „Wenn man ein Jahr dazu Zeit hätte“

Das größte Problem war der Zeitdruck. Georg Schelling brachte es auf den Punkt: *„Alles in allem wäre [es] eine schöne Chronikarbeit, wenn man ein Jahr dazu Zeit hätte und wenn ein Chronist für diese Arbeit allein freigestellt wäre“* (Q 8).

Schelling hatte bei seiner Rückkehr nach Vorarlberg damit begonnen, die Ereignisse in den letzten Kriegstagen zu recherchieren und seine Ergebnisse im November und Dezember 1945 zunächst in Fortsetzungen im „Vorarlberger Volksblatt“ veröffentlicht. Nun war er dabei, Rückmeldungen in seine „Kriegschronik“ einzuarbeiten, die 1947 mit dem Titel „Festung Vorarlberg“ erscheinen sollte; eine ausgesprochen wertvolle Dokumentation. Unmittelbar bevor Schelling zur Mitarbeit am Rotbuch eingeladen wurde, hatte er bereits dem österreichischen Rundfunk in Wien (RAVAG) einen Bericht über „Die letzten Kriegstage in Vorarlberg“ geliefert, der ihn später der Rot-Weiß-Rot-Buch-Redaktion zur Verfügung stellte (Q 20).

Über einschlägige Dokumentationen hätte auch die Bezirkshauptmannschaft Bregenz verfügt. Am 28. August 1945 hatte der Bregenzer Bezirksgouverneur Major Joseph Martial Benité von Bezirkshauptmann Seeberger Berichte sämtlicher Bürgermeister seines Bezirks angefordert, um einen Eindruck über die *„deutsche Besetzung von Österreich“* zu gewinnen. Er gab für diese Gemeindeberichte in acht Punkten einen Raster vor, der sich zu einem guten Teil mit jenem des geplanten Rotbuches deckte. Allerdings wollte Benité nicht nur Auskunft über Verfolgung und Widerstand, sondern auch über die nationalsozialistische Betätigung.⁴⁷⁵ Seeberger kam mit Benité überein, alle Bürgermeister, Gendarmeriepostenkommandanten und Ortspfarrer ihres Bezirks um gemeinsame „Darstellungen des geschichtlichen Werdeganges über die deutsche Besetzung bis zur Befreiung durch die Alliierten“ zu ersuchen.⁴⁷⁶ Bis Ende März 1946 hatten 32 Gemeinden mehr oder weniger ausführliche Berichte geliefert, eine folgte im April, zwei im Mai und die letzte im Juni 1946.⁴⁷⁷ Die Gemeinden Wolfurt (Q 21) und Mittelberg (Q 38) sandten Kegele einfach Abschriften dieser „Darstellungen“. Andere Berichtersteller nahmen zumindest Anleihen. Kegele plädierte in seinem ersten Bericht an die Rotbuch-Redaktion am 17. April 1946 für eine Erstreckung des Redaktionsschlusses, da ein überstürztes und darum zwangsläufig lückenhaftes Zusammenraffen des erforderlichen Materials der guten Sache nicht nützen, sondern nur schaden könne (Q 7). Die Fristerstreckung ergab sich faktisch von selbst.

475 Bezirksgouverneur Benité an Bezirkshauptmann Seeberger, Bregenz 28.08.1945 (deutsche Übersetzung), in: Weber, NS-Herrschaft, S. 27-28.

476 Rundschreiben Bezirkshauptmann Seeberger, Bregenz 08.09.1945, in: Weber, NS-Herrschaft, S. 29-30.

477 Vgl. Weber, NS-Herrschaft, S. 23-24.

2.5 Über 30 Vorarlberger Beiträge

Von den 154 angeschriebenen Verwaltungsorganisationen und Rotbuch-Mitarbeitern (vgl. Q 10) erhielt Kegele, soweit wir das belegen können, 40 Rückantworten, was einer Rücklaufquote von 26 Prozent entspricht (vgl. Tabelle). 15 Rückmeldungen, meist über die Bestellung eines Rotbuch-Bbeauftragten, führten zu keinem Bericht.⁴⁷⁸ Dafür liefen zusätzlich Rückmeldungen des Landesschulrats und von sieben Mittelschulen ein, die nicht auf dem Verteiler gestanden hatten; davon sechs verwertbare Berichte.⁴⁷⁹

Von den Gemeinden lieferten im Verwaltungsbezirk Bregenz zehn von 39 (28 Prozent), im Verwaltungsbezirk Bludenz fünf von 28 (18 Prozent),⁴⁸⁰ dagegen im Verwaltungsbezirk Feldkirch nur zwei von 27 (7 Prozent) Material. Ein Totalausfall war für die Landesverwaltung zu verbuchen: Letztlich stellte keine einzige Landesdienststelle Unterlagen zur Verfügung.

Die junge Schriftstellerin Ida Fink aus Bezau meldete bei Kegele ihr Interesse an, zum Rotbuch beizutragen, zumal sie Einblick in die Bregenzerwälder Widerstandsbewegung gewonnen und die wichtigsten Begebenheiten in- und außerhalb ihrer Heimat für literarische Zwecke notiert habe.⁴⁸¹ Einen Bericht dürfte sie aber schuldig geblieben sein.

Immerhin konnte Kegele in vier Tranchen 34 Beiträge, jeweils in dreifacher Ausfertigung, abschicken: 15 am 29. April, sechs am 7. Mai, sieben am 14. Mai und nochmals sechs Berichte am 28. Mai 1946.⁴⁸² Davon dürfte allerdings ein Bericht des

478 Die Bestellung eines Rotbuch-Bbeauftragten meldeten: Bezirkshauptmannschaften Feldkirch und Bregenz, Abteilung III – Finanzen im Amt der Vorarlberger Landesregierung, Staatsanwaltschaft Feldkirch, Bezirksgericht Bezau, Gemeinden Weiler, Bizau, Bregenz, Hohenweiler, Hard, Ludesch, Nüziders, Viktorsberg (VLA: AVLReg Lp 86/1946); und die Gemeinde Schlins (ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 5, Mappe VIII Vorarlberg V 19). Der Bürgermeister der Gemeinde Lech teilte am 23. Mai 1946 mit, dass keine Person namhaft gemacht werden könne, kein Material vorhanden sei und der Anschluss 1938 sich ganz unauffällig gestaltet habe (VLA: AVLReg Lp 86/1946).

479 Die Bundes-Lehrer- und Lehrerinnenanstalt Feldkirch meldete nur die Bestellung eines Rotbuch-Bbeauftragten (VLA: AVLReg Lp 86/1946).

480 Einschließlich des Berichts des Brandner Pfarrers (Q 29), den er auf Ersuchen des Bürgermeisters schrieb.

481 VLA: AVLReg Lp 86/1946: Fink an Kegele, Bezau 17.04.1946. Kegele schickte Ida Fink postwendend die Rotbuch-Richtlinien zu. – Zu Fink vgl. Aus dem Kulturleben, S. 179; Benzer/Lingenhöle, Dichtung, S. 291-292 u. 310; Meusburger, Bezau, S. 114; VN 07.02.2007, S. B2.

482 Liste 29.04.1946 liegt in: ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Korrespondenz, Liste 07.05.1946, Liste 14.05.1946 und Liste 28.05.1946 liegen in: ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 5, Mappe VIII Vorarlberg (V 14, V 20, V 27) ein.

Forstamts Feldkirch nicht überliefert sein.⁴⁸³ Mit Ausnahme eines Berichtes (Q 26) sind alle Beiträge in einer Mappe „Vorarlberg“ des Bestandes „Rot-Weiß-Rot-Buch“ gesammelt.⁴⁸⁴ Ein nach Wien gesandter Bericht der Gemeinde Schlins betraf allerdings nur die Nominierung eines Rotbuch-Beauftragten. Dafür ist ein Bericht der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg (Q 44) berücksichtigt, der der Rotbuch-Redaktion im Wege des Finanzministeriums zuzuging; zudem die Reportage Schellings über die letzten Kriegstage (Q 20) und ein Auszug aus einem Bericht, den die Post- und Telegraphendirektion für Tirol und Vorarlberg (Q 45) dem Verkehrsministerium erstattete.

Von den Berichten aus Vorarlberg fand im 3. Kapitel „Hitler zerschlägt Österreichs Wirtschaft“ eine Aufstellung des Bezirksgerichts Dornbirn über Beschlagnahmen und Enteignungen von Liegenschaften Berücksichtigung, allerdings anonymisiert und verstümmelt (vgl. Q 40.5).

483 Er ist in der Liste 29.04.1946 (ebenda) angeführt.

484 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 5. – Q 26 war aus Versehen in Bregenz liegen geblieben, wurde am 03.05.1946 nachgeliefert und liegt in ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 12, Mappe XVIII ein.

Edition

Quellenauswahl

Nachdem das Rotbuch-Projekt durch die jüngere Geschichtsschreibung wieder eine beachtliche Aufmerksamkeit erfahren hat, nütze ich die Gelegenheit, im Rahmen dieser Arbeit über die Vorarlberger Schriftstücke hinaus zentrale Dokumente des Außenamtes zu edieren, die über die Entstehungsgeschichte des Rot-Weiß-Rot-Buches Auskunft geben (Q 1 bis 19). Sie entstammen den Beständen „Bundespressediens: Rot-Weiß-Rot-Buch“ und „Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten: Kabinett des Ministers“ des Archivs der Republik im Österreichischen Staatsarchiv.

Bei den Berichten aus und über Vorarlberg habe ich mich um Vollständigkeit bemüht (Q 20 bis 54) und nur auf einen nach Wien gesandten Bericht der Gemeinde Schlins verzichtet, der lediglich die Nominierung eines Rotbuch-Beauftragten betraf.⁴⁸⁵ Die Dokumente liegen im Bestand „Bundespressediens: Rot-Weiß-Rot-Buch“ des Archivs der Republik im Österreichischen Staatsarchiv ein, großteils, aber nicht ausschließlich, in der Mappe VIII Vorarlberg (Karton 5).

Als Abschluss der Quellenedition soll die Vorankündigung im „Vorarlberger Volksblatt“ (Q 55) noch den möglichen Informationsstand der Bevölkerung vermitteln.

Quellenkritik

Um der Zeit, ihren Menschen und den hier edierten Berichten gerecht zu werden, nochmals die Frage: Was war und ist als „Widerstand“ gegen die NS-Diktatur zu werten?

Für die Berichterstatter war unzweifelhaft, dass auch der österreichische „Staatswiderstand“ von 1933 bis 1938 eindeutig dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus zuzurechnen sei, in dessen Dienst sich viele aus Überzeugung gestellt hatten oder, zumal als öffentlich Bedienstete, auch gestellt sahen. Daneben ist an jene zu denken, die sowohl den Nationalsozialismus wie das Dollfuß-Schuschnigg-Regime bekämpften.

Für die Zeit von 1938 bis 1945 dürfen wir, wie das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, als Bewertungsmaßstab die sehr weite Definition

485 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 5, Mappe VIII Vorarlberg V 19: Bürgermeister Jussel an Landeshauptmannschaft, Schlins 12.04.1946.

anwenden, die bereits Karl Stadler formulierte: „Angesichts des totalen Gehorsamsanspruchs der Machthaber und der auf seine Verletzung drohenden Sanktionen muß jegliche Opposition im Dritten Reich als Widerstandshandlung gewertet werden – auch wenn es sich um einen vereinzelt Versuch handelt, ‚anständig zu bleiben‘.“⁴⁸⁶

Gerhard Botz verwies darauf, dass erst aus einer solchen alltagsgeschichtlichen Ausweitung des Widerstandsbegriffs sich ein differenziertes Bild von der heterogenen inneren Struktur und Vielfalt der Machtfaktoren des NS-Systems ergeben konnte, „das trotz seiner Unmenschlichkeit in seiner Herrschaftspraxis keineswegs ein monolithischer Block oder die wirklich ‚totale‘, jeden Einzelnen in gleicher Weise erfassende und verfolgende Diktatur ist“.⁴⁸⁷

Botz plädiert mit Martin Broszat für den Begriff der „Resistenz“ gegenüber den Regime-Ansprüchen: „Solche ‚Resistenz‘ konnte begründet sein in der Fortexistenz relativ unabhängiger Institutionen (Kirchen, Bürokratie, Wehrmacht), der Geltendmachung dem NS widerstrebender sittlich-religiöser Normen, der Verteidigung institutioneller Kompetenzen, wirtschaftlich-sozialer Interessen oder rechtlicher, geistiger, künstlerischer Maßstäbe; wirksame Resistenz konnte Ausdruck finden in aktivem Gegenhandeln von einzelnen oder Gruppen (der verbotene Streik in einem Betrieb, die Kritik an nationalsozialistischen Maßnahmen von der Kanzel herab), in zivilem Ungehorsam (Nichtteilnahme an NS-Versammlungen, Verweigerung des Hitler-Grußes, Nichtbeachtung des Verbots des Umgangs mit Juden, Kriegsgefangenen u. ä.), der Aufrechterhaltung von Gesinnungsgemeinschaften außerhalb der gleichgeschalteten NS-Organisationen (in HJ-feindlichen Jugendcliquen, kirchlichen Gemeinschaften, bei geselligen Zusammenkünften ehemaliger Mitglieder der SPD o. ä.) oder auch in der innerlichen Bewahrung dem NS widerstrebender Grundsätze und der dadurch bedingten Immunität gegenüber nationalsozialistischer Ideologie und Propaganda (Ablehnung von Antisemitismus und Rassenideologie, Pazifismus u. ä.).“⁴⁸⁸ Allerdings legt Botz Wert darauf, dass ein so genannter „Rückzug ins Geistige“ oder die „innere Emigration“ nicht als „Resistenz“ zu werten sind.⁴⁸⁹

Die hier edierten Berichte dokumentieren demnach Widerstands- und „Resistenz“-Verhalten in verschiedensten Ausprägungen, vom eher aktiven bis eher reaktiven, von hoch organisiertem bis niedrig oder unorganisiertem, von eher öffentlichem bis zu eher nicht öffentlichem.⁴⁹⁰

486 Stadler, Österreich 1938-1945, S. 12.

487 Botz, Resistenz, S. 8.

488 Broszat/Fröhlich, Alltag und Widerstand, S. 49.

489 Botz, Resistenz, S. 12.

490 Nach diesem Schema erstellte Botz, Resistenz, S. 13, eine interessante Typologie.

Mit dieser sehr weiten Definition drohen allerdings auch die Grenzen zu verwischen. Inwieweit ist zum Beispiel das Schwarzschlachten wirklich als „Resistenz“ zu werten; auch im Vergleich zum Schwarzschlachten in der Zeit der „postfaschistischen“ Lebensmittelbewirtschaftung ab 1945?

Ein weiteres Problem wirft die Mitgliedschaft in NS-Organisationen auf. Bezeichnend ist vielleicht, dass für die Erstellung des Personenregisters mit Kurzbiographien die Registrierungslisten nach dem Nationalsozialistengesetz 1947 sehr nützlich waren;⁴⁹¹ durchaus auch bei Personen, die in den Berichten als Verfolgte oder Widerstandskämpfer angeführt sind. So war zum Beispiel bei Angestellten im öffentlichen Dienst die Anwartschaft oder Mitgliedschaft in der NSDAP die Regel.

Gerade beim Widerstand der letzten Tage und Stunden, und bei den Berichten darüber, müssen wir im Einzelfall hinterfragen, inwieweit sie auch dazu dienten, sich eine bessere Ausgangsposition nach dem bereits absehbaren oder sicheren „Umbruch“ zu verschaffen. Nicht zuletzt aus diesem Grund bestand in der Bevölkerung gegenüber der im Juni 1945 gegründeten „Österreichischen Demokratischen Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg“ eine erhebliche Skepsis.⁴⁹²

Die Vorarlberger Berichte sind von sehr unterschiedlicher Länge und Qualität. Gemeinsam ist ihnen die geforderte Tendenz, den Opferstatus und die Widerstandsbereitschaft zu belegen. Quellenkritik ist zweifellos in besonderem Maß geboten. Der Bogen der Berichterstattung reicht von heldenbemühter Übertreibung über ehrliches Eingeständnis bis zum Understatement und zur pflichtschuldigen Formalerledigung.

491 VLA: Registrierungslisten in den Beständen der Bezirkshauptmannschaften Bludenz, Bregenz und Feldkirch.

492 Vgl. Wanner, ÖDW, S. 80-84. Georg Schelling sah sich 1947 im Vorwort zu Festung Vorarlberg, S. 8-9, zu folgender Klarstellung veranlasst: *„Ein Wort muß auch gesagt werden zum Begriff ‚Widerstandsbewegung‘. [...] Die allermeisten Leute in unserem Lande, die gegen die nationalsozialistische Kriegsführung Widerstand leisteten, kannten das Wort ‚Widerstandsbewegung‘ gar nicht, ein Beweis dafür, daß die Sache gesund aus dem Volke selber herausgewachsen ist. Dieser Verdienst bleibt unserem Volke. Später wurden dann all diese Selbsthilfebestrebungen als ‚Widerstandsbewegung‘ bezeichnet. Wenn dann manche politisch zweifelhafte Elemente darauf kamen, daß man mit dem Mantel der Widerstandsbewegung eine nicht ganz saubere Vergangenheit zudecken könnte, und wenn auf diese Weise Begriff und Name der Widerstandsbewegung entwertet wurden, so ist damit nicht auch das Verdienst jener entwertet, die tatsächlich für die Freiheit des Landes ihr Leben riskierten oder dafür eingesetzt haben, daß Hab und Gut der Mitbürger nicht durch den Krieg zerstört würden, ob nun das Bestreben von Erfolg gekrönt war oder nicht. Manchmal wird auch nicht alles gut geheißsen, was die Widerstandsbewegung im Einzelfall getan hat. Man hatte die Sache in der Eile falsch angepackt, vielleicht auch wenig überlegt, oder hatte gar keine Kenntnis von der tatsächlichen Gesinnung der Militärs. Nun: nachher ist gut reden, und die so reden, haben bestimmt keine Hand gerührt. Wir müssen aber auch dann wenigstens die gute Absicht der Freiheitskämpfer respektieren, wenn auch nur ein Mißerfolg vorliegt.“*

Es ist zu berücksichtigen, dass diese Berichte nach dem Informationsstand vom Frühjahr 1946 entstanden. Einige Berichte sind stark subjektiv gefärbt. Zum Teil berichteten die Autoren nicht aus eigenem Erleben, sondern fassten Erzählungen aus zweiter Hand zusammen. Nur ausnahmsweise wurden schriftliche Quellen zitiert oder sogar abschriftlich mitgeteilt. Ausgesprochen dokumentarischen Charakter haben allerdings einige der Behördenberichte, vor allem der Justizbehörden.

Es ist fraglich, inwieweit die Berichte verlässliche Einblicke und einen zutreffenden Überblick bieten. Es fehlt aber nicht an verbindenden Elementen. Dazu nur zwei Gesichtspunkte: die Präsenz der Standschützen und die Absenz der Euthanasie.

Bei der beschriebenen Widerstandstätigkeit handelte es sich weit überwiegend um einen Widerstand der letzten Wochen und Tage. Bei den Berichten der Gemeinden wird dabei die Bedeutung der Standschützen erkennbar, die an sich als Volkssturm gegen die anrückenden Franzosen und Marokkaner in Stellung gebracht wurden. Georg Schelling, und nicht nur er, bezeichnet sie als „die Hauptträger der Widerstandsbewegung“ (Q 20). Zum Verständnis müssen wir weiter zurückgreifen.

Bis 1918 bildeten die freiwilligen k. k. Standschützen in Tirol und Vorarlberg das dritte Aufgebot der k. k. Landwehr.⁴⁹³ Ihre Schießstände waren Körperschaften öffentlichen Rechts, die beiden Landeshauptmännern von Amts wegen Landesoberstschützenmeister. Die jüngeren Standschützen wurden 1914 zum Heer, zu den Landeschützen oder zum Landsturm eingezogen, die älteren in einem „Tiroler Standschützenkorps“ organisiert und ausgebildet. Als Italien im Mai 1915 Österreich-Ungarn das Militärbündnis aufkündigte, wurden die Standschützenbataillone in die entblößten Südtiroler Stellungen beordert. Dieses „letzte Aufgebot“ von 1915 wurde zum festen Bestandteil des heldenhaften Weltkriegsmythos. Die staatlichen Schießstände mussten als Folge der Abrüstungsverpflichtungen, die Österreich 1919 auferlegt wurden, aufgelöst werden. Ihre Tradition setzten private Sportschützenvereine fort.⁴⁹⁴ Am 1. Oktober 1938 gründete der NSDAP-Gauleiter, Tiroler Landeshauptmann und spätere Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg Franz Hofer einen „Tiroler Standschützenverband“, der der Erziehung zur Wehrhaftigkeit, der weltanschaulichen Schulung und der Brauchtumpflege dienen sollte.⁴⁹⁵ Ab Februar 1939 wurden die Schützenvereine aufgelöst und gemeinsam mit den Musik- und Trachtenvereinen in den Standschützenverband überführt.⁴⁹⁶ Hofer war dessen oberster Leiter und

493 Zum Folgenden vgl. u.a. die Beiträge in: Die Landesverteidigung.

494 Die Nachfolgevereine (Schützengilden, Schützenbünde) konnten unter bestimmten Bedingungen das Vermögen der Schießstände übernehmen (LGBl. Nr. 79/1923). 1923 schlossen sie sich zum „Vorarlberger Schützenbund“ zusammen.

495 Vgl. Schreiber, Machtübernahme, S. 255-261; Köfler, Auflösung, S. 75-79 u. 140-141.

496 VLA: SID, Vereine Nr. 45.

damit auch Landesoberstschützenmeister, die Führung auf Kreisebene oblag den NSDAP-Kreisleitern.

Mit Führererlass vom 25. September 1944 wurde zur Verstärkung der Wehrmacht der „Deutsche Volkssturm“ einberufen, den alle waffenfähigen Männer zwischen 16 und 60 Jahren bilden sollten. Aufstellung und Führung des Volkssturms waren Aufgabe der NSDAP-Gauleiter und der ihnen unterstellten Parteiorganisation. Der Reichsführer SS war als Befehlshaber des Ersatzheeres verantwortlich für Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung. Er sollte den Kampfeinsatz befehligen, doch konnte der Volkssturm auch der Wehrmacht unterstellt werden, ohne in sie eingegliedert zu werden. Im Ergebnis gaben Partei- und Wehrmachtsstellen nicht selten gleichzeitig Befehle. Waren keine Wehrmachtstruppen vorhanden, sollte der Volkssturm unter Führung der NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenleiter kämpfen.⁴⁹⁷

Hofer, NSDAP-Gauleiter in Tirol-Vorarlberg und seit 1943 Oberster Kommissar der Operationszone Alpenvorland, zudem als Reichsstatthalter auch Reichsverteidigungskommissar, konnte auf „seine“ Standschützen zurückgreifen, die durch weitere Volkssturmpflichtige ergänzt wurden. Umgehend begann die Aufstellung von 16 „Standschützenbataillonen“ in Südtirol (Operationszone Alpenvorland), in Osttirol (das Reichsgau Kärnten gehörte) sowie im Reichsgau Tirol und Vorarlberg. Die Bataillonsstandorte in Vorarlberg waren Bregenz und Dornbirn. Der Name „Volkssturm“ war an sich für alle Einheiten verbindlich. Das hinderte Hofer nicht daran, seine Volkssturmeinheiten gauintern als „Standschützen“ zu bezeichnen und ihnen sogar eigene Ärmelabzeichen in Rautenform mit dem Tiroler Adler und der Inschrift „Standschützen Bataillon [Standort]“ zu verschaffen. Ab Herbst 1944 wurden rund 40.000 Rekruten zu vierwöchigen Ausbildungslehrgängen in Alpinikasernen im Südtirol, nach Gossensaß, Schlanders, Mals oder Meran, einberufen. Spezialausbildungen wurden auch an anderen Standorten durchgeführt, zum Beispiel in Zürs Lehrgänge für Unteroffiziere.⁴⁹⁸ Gegenüber anderen, wild zusammen gewürfelten „Volksstürmen“ waren die Standschützen besser organisiert, besser geschult und besser mit Waffen ausgerüstet. Sie rekrutierten sich zu einem guten Teil aus besonnenen, fronterfahrenen Offizieren und Soldaten des Ersten Weltkriegs.

Das „Vorarlberger Tagblatt“ versuchte in den letzten Kriegstagen mit der Erinnerung an die Landesverteidiger von 1799 und 1809 den Widerstandsgeist gegen die anrückenden Franzosen zu wecken: „*An die Stelle der Landesverteidiger sind die Standschützen getreten, die wie in jener frühen Zeit das Volk in Waffen darstellen*“.⁴⁹⁹

497 Wohl deshalb fungierte oder firmierte z.B. der letzte NSDAP-Ortsgruppenleiter von Rankweil 1945 als „Ortsverteidigungskommissar“ (vgl. Anm. 715).

498 Wedekind, Besatzungs- und Annexionspolitik, S. 295-297; Feurstein, Irrwege, S. 288-301; Kaltenecker, Das letzte Aufgebot; Kaltenecker, Alpenfestung, S. 286-291.

499 VTB 14.04.1945; vgl. auch VTB 23.04.1945, 25.04.1945, 27.04.1945.

Soweit sie sich tatsächlich mobilisieren ließen, leisteten die Standschützen aber kaum den Franzosen Widerstand. Sie stellten sich vielerorts vielmehr in den Dienst des Widerstandes der letzten Tage gegen das NS-Regime.⁵⁰⁰ Bei diesem „Widerstand“ der Standschützen, die beim Zusammenbruch den Befehl der konkurrierenden Partebonzen und Wehrmachtskommandanten verweigerten, ging es wohl in erster Linie darum, durchaus verdienstvoll im Chaos der letzten Kriegstage Kampfhandlungen und damit Zerstörungen möglichst zu vermeiden, vorübergehend ein Machtvakuum zu füllen und damit einen sicheren Übergang zum französischen Besatzungsregime zu ermöglichen. Das zieht sich durch zahlreiche Darstellungen.

Zum anderen fällt auf, dass sich die Berichte über Verfolgung fast ausschließlich auf politische und religiöse Motive, auf militärische Delikte und die Hilfe für Kriegsgefangene und sonstige Zwangsarbeiter beschränken, was freilich auch der Tendenz der Rotbuch-Redaktion entsprach. Die „Judenfrage“ spielte in Vorarlberg zahlenmäßig nur eine untergeordnete Rolle. In einem Beitrag „Die Nacht ist um!“ für den „Vorarlberger Volkskalender“ 1947 legte Georg Schelling seine Finger noch in eine andere Wunde:

„Ein anderer Wesenszug des Nationalsozialismus war die rücksichtslose Vernichtung allen Lebens, das dem Staate oder dem Volke nicht nützlich erschien. Man braucht da nicht an die Millionen denken, die aus den Konzentrationslagern nicht mehr heimkamen. Man erinnere sich nur, mit welchem Zynismus unglückliche Menschen wie Erbkrankte oder Schwachsinnige einfach weggeführt und vergast wurden. Auch in Vorarlberg betraf die Maßnahme nachweisbar weit über hundert Personen.“⁵⁰¹

Das Euthanasieprogramm wurde in Vorarlberg bis in die Armenhäuser der Gemeinden hinein übererfüllt.⁵⁰² Vielleicht schwiegen sich gerade deshalb alle darüber aus, abgesehen vom Berichterstatter für Bartholomäberg.

Gerade der Bericht über Bartholomäberg (Q 30) gibt einen bemerkenswerten Einblick in den Mikrokosmos einer Bergbauerngemeinde. Am Beispiel der Bergpfarre Brand (Q 30) wird der kleinliche Kirchenkampf nachvollziehbar. Mit Bescheidenheit berichtet der Bürser Bürgermeister Peter Winder über Bemühungen im Raum Bludenz, Widerstand zu leisten, der eigenen Weltanschauung treu zu bleiben und die Menschenwürde zu achten (Q 28). Dramatisch, allerdings bereits im Wesentlichen bekannt, ist der Bericht über die Rettung der Illwerke im Montafon (Q 30). Zum Teil sehr wertvoll sind die Statistiken, die das Landesgericht Feldkirch (Q 39) und das Bezirksgericht Dornbirn (Q 40) lieferten. Auch andere Beiträge bieten interessante Aspekte.

500 Vgl. z.B. auch Ammann, Befreiungsaktion; Béthouart, Schlacht, S. 281.

501 Schelling, Die Nacht ist um, S. 124.

502 Vgl. Anm. 703.

Editionsrichtlinien

Tippfehler oder orthographische Fehler im Original habe ich grundsätzlich stillschweigend korrigiert, soweit mir dies vertretbar erschien, zum Teil, vor allem bei Namen, durch die richtige oder alternative Schreibweise in eckiger Klammer ergänzt. Schreibweisen, die sich durch die Verwendung verschiedener Schreibmaschinen ergaben (zum Beispiel „ss“ statt „ß“, „Oe“ statt „Ö“), wurden beibehalten. Abkürzungen habe ich grundsätzlich aufgelöst, sofern sie nicht sehr gebräuchlich sind (zum Beispiel HJ, NSDAP).

In die Grammatik, die Rechtschreibung und Zeichensetzung habe ich nur insoweit korrigierend eingegriffen, als dies für die Lesbarkeit und das Verständnis einzelner Texte notwendig war.

Änderungen, die in den Originaldokumenten vorgenommen wurden, habe ich, von korrigierten Tippfehlern abgesehen, textkritisch angemerkt. Handschriftliche Textpassagen in Typoskripten sind kursiv gestellt.

Jedem Dokument sind seine Provenienz und eine Formalbeschreibung vorangestellt; zudem meist eine kurze Einleitung mit quellenkritischen Hinweisen, mit Anmerkungen zur Behörde, Schule, Gemeinde usw., auf die sich der Bericht bezieht, und eine Orientierung über den Autor des Textes. Soweit es mir notwendig oder nützlich erschien, habe ich die Einleitung um thematische Erläuterungen ergänzt.

Im Anmerkungsapparat sind die Dokumente relativ ausführlich kommentiert, zum Teil ergänzend sogar Parallelüberlieferungen eingearbeitet.

Das Personenverzeichnis soll mit den Lebensdaten und sonstigen biographischen Hinweisen eine bessere Einordnung der genannten Menschen ermöglichen. Leider war es nicht bei allen möglich, die entsprechenden Informationen zu eruieren.

Q 1 Interview mit dem Redakteur des Rot-Weiß-Rot-Buches Karl Wildmann (1946)

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 10:

Mappe Korrespondenz über das Rot-Weiß-Rot-Buch

Typoskript (Durchschlag), 6 Seiten, Originalunterschrift.

Folgendes Interview autorisierte Legationsrat Karl Wildmann mit seiner Unterschrift. Das Dokument ist nicht datiert; vermutlich entstand es gegen Jahresende 1946. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, ob es sich um die Ab- oder Mitschrift eines Gesprächs handelt oder ob Wildmann, wofür mehr spricht, die Fragen nur schriftlich beantwortete oder ein Manuskript für ein Interview konzipierte. Zu klären bliebe, wofür das Interview bestimmt war oder verwendet wurde. Im Kopf der ersten Seite ist als handschriftlicher Vermerk „*H. Dir. Henz.*“ zu lesen; wahrscheinlich war RAVAG-Programmdirektor Dr. Rudolf Henz gemeint.⁵⁰³

Gespräch mit dem Verfasser des Rot-Weiß-Rotbuches

1. Frage:

Als im Sommer dieses Jahres vom Erscheinen eines Rotbuches gesprochen wurde, waren die Vorstellungen über Zweck und Inhalt einer solchen Publikation sehr verschieden. Können Sie uns einiges darüber sagen, weshalb solche Publikationen Rot- oder Blau- oder Grünbücher genannt werden? Und weshalb aus dem angekündigten Rotbuch schließlich ein Rot-Weiß-Rotbuch geworden ist?

Antwort:

Unter einem Farbbuch versteht man im diplomatischen Sprachgebrauch Aktenpublikationen, die von den einzelnen Regierungen im Zusammenhang mit dem Abschluß von Staatsverträgen oder anlässlich internationaler Zwischenfälle zusammengestellt werden, um den Volksvertretungen und der in- und ausländischen Öffentlichkeit vorgelegt zu werden. Die Farbe solcher Farbbücher hat nichts mit dem Thema zu tun, sondern ist eine traditionelle Einrichtung. So erschienen derartige Publikationen in England bereits seit der Mitte des 17. Jahrhunderts regelmäßig in blauem Einband und waren daher Blaubücher genannt. Die entsprechende französischen

503 Zu diesem Ergebnis gelangte auch Schmidl, Kienbauer, S. 474.

Publikationen erschienen als Gelbbücher, die italienischen als Grünbücher, die deutschen als Weißbücher usw. Die österreichischen, spanischen und amerikanischen Aktenpublikationen pflegten in rotem Einband zu erscheinen und so war auch für die jetzt erschienene Publikation ursprünglich die Bezeichnung „Rotbuch“ geplant. Wenn sie schließlich über Wunsch des Bundeskanzlers als „Rot-Weiß-Rotbuch“ erschien, so kommt darin zum Ausdruck, daß sie in Form und Inhalt keine amtlichen Aktenpublikation in formellem Sinne des Wortes darstellt, die sich auf ein diplomatisches oder internationales Einzelproblem beschränkt, sondern daß sie ein grundsätzlicher Beitrag zum Verständnis des österreichischen Schicksals in dieser Zeit sein will.

2. Frage:

Wie vollzog sich denn eigentlich die Materialbeschaffung dieser Publikation?

Antwort:

Bevor ich diese Frage beantworte, muß ich eigentlich zuerst einige Worte über den Plan und Aufbau des Buches sagen. Es war mir von Anfang an klar, daß sein Sinn und Zweck nicht in einer derzeit aus technischen Gründen unmöglichen aktenmäßigen Darstellung der innen- und außenpolitischen Entwicklung Österreichs in den verschiedenen Krisenperioden der letzten Jahrzehnte, oder in einer zusammenhängenden Darstellung der österreichischen Widerstandsbewegung bestehen konnte, sondern daß es unter den gegebenen Verhältnissen vor allem einmal darauf ankam, uns selbst und der Welt in großen Zügen jene Umstände und Entwicklungen wieder vor Augen zu führen, die Sinn und Verlauf des österreichischen Schicksals im Rahmen der großen Menschheitstragödie der letzten Jahrzehnte, sowie die innere und äußere Haltung unseres Volkes verständlich machen. Zu diesem Zweck musste auf den Ursprung der ersten österreichischen Republik nach dem ersten Weltkrieg und auf die gewiß nicht selbst verschuldete Problematik der damaligen Verhältnisse zurückgegriffen werden. Zu diesem Zweck musste aber auch vor allem dargestellt und in Erinnerung gerufen werden, daß der sogenannte Anschluß Österreichs an das Dritte Reich⁵⁰⁴ keine österreichische Angelegenheit, sondern ein Glied in der

504 Der Begriff „Drittes Reich“ stammt ursprünglich aus der christlichen Theologie des 13. Jahrhunderts. Einem chiliastischen Weltbild folgend sollte auf das alttestamentarische „Reich des Vaters“, das gegenwärtige „Reich des Sohnes“ und schließlich ein ewig währendes „Zeitalter der Erlösung“ oder „Friedensreich des heiligen Geistes“ folgen (vgl. Offenbarung des Johannes 20,1-10). Die Nationalsozialisten griffen indirekt auf diese Heilserwartung zurück. Auf das 1806 aufgelöste „Erste Reich“ (Heiliges Römisches Reich deutscher Nation) und das 1871 gegründete „Zweite Reich“ (kleindeutsches Kaiserreich bis 1918) sollte auf die Weimarer Republik („Zwischenreich“, „Systemzeit“) das

Kette jener verhängnisvollen Entwicklung war, die vom Nationalsozialismus längst planmäßig vorbereitet, von den Mächten nicht verhindert, gegen den einsamen und opfermütigen Widerstand des österreichischen Staates über die österreichische Katastrophe zur europäischen und zur Weltkatastrophe führte.

Damit war der Aufbau der Publikation von selbst gegeben, und es galt, für diese einzelnen Phasen und Probleme das an Belangen und Beweismaterial zusammenzusuchen, was in der Kürze der Zeit und unter den bekannten technischen Schwierigkeiten der Verhältnisse fürs Erste aufzutreiben war. Die einzelnen Bundesministerien und sonstigen Zentralbehörden sowie Landeshauptmannschaften⁵⁰⁵ beauftragten über Ersuchen des Bundesministers für die auswärtigen Angelegenheiten in ihrem Wirkungsbereiche je einen Mitarbeiter, der auf Grund des ihm zur Verfügung gestellten Schemas das einschlägige Belegmaterial an Dokumenten und Einzeldarstellungen nach Möglichkeit beschaffen sollte. Mit welchen Schwierigkeiten und welcher Mühe diese verbunden war, weiß heute jeder von uns, der in die Lage kommt, sich auch nur ein einzelnes Dokument zu beschaffen. Nicht aus sauberen Registaturen, sondern vielfach in wörtlichem Sinne aus Schutt und Trümmern mußte hervorgezogen werden, was sich eben an Brauchbarem fand. Ich hoffe, daß wir so manches gefunden haben, was weiteren Kreisen bisher unbekannt war, und ich weiß, daß in diesem ersten Teil so manches noch nicht enthalten ist, was man erwartet haben mag. Ich mußte mich auf manchen Gebieten, besonders was die Zahl der österreichischen Naziopfer betrifft, auf die Darstellung einzelner Faktoren beschränken, weil das absolut verlässliche Gesamtmaterial ganz einfach noch nicht zu beschaffen war. Aber auch diese Detailbilder lassen bereits auf das Gesamtbild schließen.

3. Frage:

Hat sich auch die österreichische Bevölkerung an der Materialbeschaffung beteiligt?

Antwort:

Gewiß. Es war überaus erfreulich und oft auch freilich erschütternd zugleich, wie zahllose bekannte und noch mehr unbekannte Opfer und Kämpfer ihre Beiträge einsandten oder brachten und es war wahrlich nicht leicht, so manches Dokument österreichischen Opfer- und Widerstandsgeistes nicht schon in den Rahmen dieser ersten Publikation aufnehmen zu können, sondern ihren Fortsetzungen vorbehalten

„Dritte Reich“ oder „Tausendjährige Reich“ folgen. Nachdem dieser Begriff von Gegner persifliert wurde, erging 1939 die offizielle Anweisung an die Presse, den Begriff „Drittes Reich“ nicht mehr zu verwenden (vgl. Schmitz-Berning, Vokabular, S. 156-160).

505 „Landeshauptmannschaft“ war 1934 bis 1938 und 1945 bis 1946 die Bezeichnung für das Amt der Landesregierung (vgl. Anm. 551).

zu müssen. Unendlich viel eindrucksvolles Material befindet sich noch in den Händen der Überlebenden verschiedener Widerstandsgruppen, wird noch von den einzelnen Vereinigungen der Freiheitskämpfer bearbeitet und überprüft und Vieles und Wesentliches wird erst nach geraumer Zeit aus den zum Großteil verschleppten und verborgenen Archivbeständen der Nazigerichte, der KZ-Lagerbehörden usw. ans Tageslicht kommen. Das, was unser Land und unser Volk an Geist und Tag – und zwar nicht erst als sich die Waage der Entscheidung neigte – im Widerstand und Kampfe gegen die bösen Geister der Zeit aufgebracht hat – ist so groß und bedeutend, daß wir uns fürs Erste ruhig auf nur einwandfreies Material beschränken und die Massen des übrigen Materials vor der Verwertung eingehender Prüfung unterziehen können. In dem Umstande, ob Leistungen und Opfer schon in dieser ersten Publikation verwertet werden oder erst in einer folgenden Ergänzung Aufnahme finden, liegt keine Wertung dieser Leistungen und Opfer. Die bekannten Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung und der Verbindung mit dem Auslande brachte es mit sich, daß insbesondere das Material über die österreichische Beteiligung am Kampfe gegen Hitler in den Reihen der Alliierten und in der freien Welt nur sehr mangelhaft sein konnte. Auch ist so manches aus verschiedenen Gründen heute noch nicht reif zur Veröffentlichung.

4. Frage:

Wie stellen Sie sich die weiteren Fortsetzungen des Rot-Weiß-Rotbuches vor und was versprechen Sie sich von der Wirkung des ersten Teiles?

Antwort:

Sie stellen mir hier in einer Frage zwei Fragen, die scheinbar verschieden sind, aber im Grunde doch zusammengehören. Wenn Sie mich fragen, was ich mir von der Wirkung des ersten Teiles des Rot-Weiß-Rotbuches verspreche, so muß ich sagen, daß es nicht zuletzt das ist, daß in der gesamten österreichischen Öffentlichkeit der Sinn und das Interesse für diesen Zeitabschnitt österreichischer Geschichte, den diese Publikation behandelt, belebt wird, so daß die Arbeiten zu ihrer Fortsetzung intensiviert und beschleunigt werden. Die Fortsetzung dieser Publikation kann kein Einzelner herstellen, sie sind die Arbeit eines gesamten, zum Bewußtsein seiner Wesensart und seiner Aufgabe in dieser Welt gelangten Volkes. Wir brauchen keinen Mythos und keine Legende unseres Freiheitskampfes und unserer Volkwerdung. Aber, worauf wir nicht verzichten können und dürfen, ist das klare Bewußtsein unserer nationalen und staatlichen Realität, wie sie sich gerade in den Stürmen der letzten Jahrzehnte unumstößlich erwiesen hat. Wir müssen uns restlos von den künstlichen Nebeln und Schleiern befreien, die eine uns wesensfremde Geschichtsschreibung und politische Propaganda über uns gebreitet hat, damit unseren Weg

verdunkelt hat. Ein Staat und sein Volk sind vor allem das, wofür sie sich selbst halten und erst in zweiter Linie das, was andere von ihm meinen. Ein klarer staatlicher und nationaler Wille wird sich gegen alle Missdeutungen und Missverständnisse durchsetzen. Im Übrigen können wir mit Genugtuung feststellen, daß die Welt an uns glaubt. Und sie in diesem Glauben zu bestärken ist die vornehmlichste Aufgabe dieser Publikation und ihrer Fortsetzungen.

Ich darf an dieser Stelle allen danken, die an dieser Aufgabe durch Materialbeschaffung mitgeholfen haben und Beiträge gebracht haben. Ich darf aber auch die Bitte stellen, weiter mitzuhelfen und mitzuarbeiten an einer Sache, die nicht der Rechtfertigung und der Ehre Einzelner dient, sondern die das österreichische Volk sich selbst seinen besten Söhnen schuldig ist. Denn eines steht fest – mögen auch noch so viele Einzelne in diesen Jahren der Prüfung Schuld auf sich geladen haben: Wenn dieses Österreich trotz allen Terrors und aller Not zutiefst nicht doch Österreich, und die überwiegende Mehrheit dieses Volkes nicht doch Österreich geblieben wäre, dann gäbe es heute kein Österreich.

Wildmann

Q 2 **Rundschreiben von Außenminister Karl Gruber an die Landeshauptmänner, 19. März 1946**

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 10: Mappe Planung

Typoskript (Konzept mit handschriftlichen Korrekturen), 4 Seiten.

Am 19. März 1946 informierte Außenminister Karl Gruber mit zwei weitgehend gleichlautenden Schreiben seine Ministerkollegen (BKA AA Z. 232/1-K/46) und die Landeshauptmänner über das Projekt „Rotbuch“ und ersuchte sie um Mitarbeit. Das im Folgenden edierte Schreiben an die Landeshauptmänner ist auf Kopfpapier als maschinschriftliches Konzept überliefert, in das handschriftlich Korrekturen und Anmerkungen eingefügt wurden. Das Dokument ist nicht gezeichnet. Vorab wurde angemerkt, dass das Schreiben an alle Landeshauptmänner ergeht und bei Wien „Landeshauptmann“ durch „Bürgermeister“ zu ersetzen ist. Die Anrede wurde von „Du“ auf „Sie“ geändert. Die übrigen Änderungen sind textkritisch angemerkt.

Der Bundesminister
für die
Auswärtigen Angelegenheiten

Wien, den 19. März 1946

Z. 232/1-K/46

Sehr dringend!

Herausgabe eines „Rotbuches“ durch
das Bundeskanzleramt, Auswärtige
Angelegenheiten.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Es erscheint vom staatspolitischen Standpunkte aus dringend geboten, den ausländischen Regierungen und der Weltöffentlichkeit eine zusammenfassende, mit Dokumenten- und statistischem Material versehene Darstellung der nationalsozialistischen Okkupationspolitik und Okkupationsmethoden zu geben.

Zweck dieser Darstellung ist es, die Tatsache zu erhärten, und ihre allgemeine Erkenntnis zu festigen, dass Österreich durch Gewaltmassnahmen und Terror

überwältigt und als jeder freien⁵⁰⁶ Willensäußerung beraubtes besetztes Gebiet in den Dienst der nationalsozialistischen Aggressions- und Kriegspolitik gezwungen wurde und daher, so wie alle anderen besetzten Staaten, nicht für die Handlungen und Auswirkungen dieser Politik verantwortlich gemacht werden kann. Das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, beabsichtigt,⁵⁰⁷ eine solche zusammenfassende Darstellung in Form eines österreichischen „Rotbuches“ herauszugeben⁵⁰⁸ und ehestmöglich zu publizieren. Das „Rotbuch“ gliedert sich in nachstehende Kapitel:

- 1.) Die nationalsozialistische Aggression gegen Österreich von Jänner⁵⁰⁹ 1933 bis März⁵¹⁰ 1938 und ihre politischen, wirtschaftlichen, propagandistischen und terroristischen Massnahmen und Auswirkungen.
- 2.) Die nationalsozialistische Okkupation und Gleichschaltung: Terrormassnahmen zur Zerschlagung jeder Widerstandsmöglichkeit, Ausschaltung des österreichischen Einflusses an allen massgebenden Stellen in Staat und Wirtschaft, Durchsetzung des gesamten Verwaltungsapparates und aller Gebiete des wirtschaftlichen, kulturellen und öffentlichen Lebens mit landfremden reichsdeutschen Elementen, Durchsetzung und Zerschlagung der gesamten österreichischen Exekutivgewalt, Polizei, Gendarmerie und Bundesheer und Dislozierung desselben auf das gesamte Reichsgebiet, sodass Österreich im eigentlichen Sinne nicht als normales Reichsgebiet, sondern als besetztes Gebiet zu betrachten ist.
- 3.) Österreich im Kriege. Zerschlagung der gesamten österreichischen Wirtschaftsstruktur und rücksichtsloseste Eingliederung der österreichischen Produktion in die deutsche Kriegsmaschine. Devastierung⁵¹¹ der österreichischen Rohstoff- und sonstigen Wirtschaftsgüter und Verkehrsmittel. Weitere Verschärfung der systematischen Dislozierung⁵¹² der Österreicher im zivilen und militärischen Sektor über das Reichsgebiet und die anderen besetzten Gebiete, sowie der Durchsetzung Österreichs mit reichsdeutschen Elementen und Verlegung reichsdeutscher militärischer Einheiten nach Österreich. Schwerste wirtschaftliche Zerstörungen und Menschen- und Materialverschleppung durch zurückweichende deutsche Wehrmacht im letzten Stadium des Krieges.

506 *eigenen* auf *freien* geändert.

507 *ist damit befasst* auf *beabsichtigt* geändert.

508 *herzustellen* auf *herauszugeben* geändert.

509 *Jänner* eingefügt.

510 *März* eingefügt.

511 *Zerstörung, Verwüstung.*

512 *Räumliche Verteilung, Versetzung.*

4.) Gestapo und politischer Terror über Österreich von 1938 bis 1945. Die einzelnen Terrorwellen, Massenverhaftungen und Drangsalierungen.⁵¹³ Die österreichischen Terroropfer.

5.) Die österreichische Widerstandsbewegung, ihre Anfänge und ihre Entwicklung sowie ihre besonderen Schwierigkeiten insbesondere im Vergleich zu anderen fremdsprachigen besetzten Gebieten.

Das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, benötigt zur Herstellung dieser für die Aufklärung der Weltöffentlichkeit und Erhärtung des gerechtfertigten österreichischen Standpunktes höchst bedeutsamen Publikation, vor allem was die dokumentarische und statistische Ausgestaltung derselben betrifft, die sofort einsetzende systematische Mitarbeit aller einschlägigen Stellen des Bundes und der Länder. Ich beehre mich daher, an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, die Bitte zu stellen, die notwendigen Veranlassungen zur Inangriffnahme und Durchführung dieser Mitarbeit in Ihrem Wirkungsbereiche und in den für diesen in Betracht kommenden Sparten der Publikation treffen zu wollen. Ich glaube, dass dies wohl am besten durch Bestellung eines für diese Arbeit sachlich und personell geeigneten Funktionärs der Landeshauptmannschaft geschehen würde, der von Ihnen mit der Organisation dieser Arbeit durch Heranziehung der in Frage kommenden Stellen und Mitarbeiter, Auffindung und Erfassung alles einschlägigen dokumentarischen und statistischen Materials, sowie dessen Sichtung und Bearbeitung beauftragt würde.

Dem amtlichen Charakter der Publikation entsprechend wäre besonderer Wert auf die Beschaffung von einschlägigen amtlichen und parteiamtlichen Erlässen und Berichten, auf authentische, von Zeugen bestätigte Aufzeichnungen markanter Einzelfälle, Darstellungen und Statistiken behördlicher oder öffentlich rechtlicher Stellen zu legen. Auch aus der Tages- und Fachpresse aus der Zeit April 1945 wird sich wertvolles Material ergeben. Das gesamte Material wäre im Original oder in Photokopien unter Beischluss des Negativs zu beschaffen und nach dem eingangs erwähnten Schema der Publikation gegliedert zu bearbeiten und anher zu übermitteln. Da die Vorarbeiten dieser Publikation spätestens bis Ende April laufenden Jahres abgeschlossen sein sollen, bitte ich, mir den mit der Organisation und Durchführung dieser Arbeiten betrauten Funktionär ehestmöglich bekanntzugeben und ihn anzuweisen, sich möglichst umgehend mit dem mit der Redaktion des „Rotbuches“ betrauten Legationsrat Karl WILDMANN im Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, ins Einvernehmen zu setzen.

513 Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

Ich wende mich unter Einem in gleichem Sinne an die übrigen Herrn Landeshauptleute, an den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien, sowie an die Herren Ressortminister.^{514 515 516}

Mit dem Ausdrucke meiner vorzüglichsten Hochschätzung verbleibe ich

Ihr⁵¹⁷

514 Gestrichen: , *das Bundeskanzleramt, Abteilung L, an die Liga der demokratischen Freiheitskämpfer und an den KZ Verband.*

515 Gestrichen: *Ich möchte nochmals betonen, dass es sich hier um eine staatspolitisch höchst wichtige, vordringliche Angelegenheit handelt, weshalb ich Dich, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, bitte, ihr Dein besonderes Augenmerk zu widmen.*

Anmerkung: *wie bei Bundesminister.*

516 Das Schreiben an die Bundesminister enthält an dieser Stelle zudem die Passage: *Das „Rotbuch“ wird vor Publikation dem Ministerrate zur Genehmigung vorgelegt werden.*

517 Dieses Dokument ist nicht paraphiert. In derselben Mappe liegt das Rundschreiben hektographiert oder als Durchschlag mit dem Zeichnungsvermerk „*Gruber m.p.*“ ein.

Q 3 Richtlinien für die beauftragten Mitarbeiter vom 28. März 1946

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 10: Mappe Planung

Typoskript (Hektographie), 3 Seiten.

Wildmann ließ Grubers Rundschreiben vom 19. März 1946 Richtlinien für die beauftragten Mitarbeiter folgen. In Vorarlberg trafen sie erst ein, als Rotbuch-Beauftragter Josef Kegele die Dinge bereits in die Wege geleitet hatte (vgl. Q 7).⁵¹⁸ Die hier edierte Hektographie ist nicht gezeichnet und nicht datiert. Kegele (Q 7) bezog sich auf ein Schreiben vom 28. März 1946, mit dem diese Richtlinien wahrscheinlich versendet wurden.

BUNDESKANZLERAMT

Auswärtige Angelegenheiten

Redaktion des österreichischen „ROTBUCH“

Legationsrat Karl Wildmann.

Richtlinien

für die von den Herren Ressortministern und Herren Landeshauptleuten beauftragten Mitarbeiter für die Dokumenten- und Materialbeschaffung zum österreichischen

Rotbuch

A) Allgemeine Richtlinien für die Materialbeschaffung zu den einzelnen Kapiteln des Rotbuches:

Kapitel 1:

Zu diesem Kapitel liegt bereits in dem im Jahre 1934 herausgegebenen amtlichen „Braunbuch“ das wichtigste Material vor.⁵¹⁹ Es wäre daher zweckmässig, wenn sich die Mitarbeiter nach Möglichkeit ein Exemplar dieser von den Nationalsozialisten

⁵¹⁸ Kegele bezieht sich in Q 7 auf Schreiben des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten vom 19.3. und 28.3.1946 Zl. 232/1-K/46. Am 8. April 1946 hatte Wildmann die Richtlinien jedenfalls bereits ausgegeben (ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 10: Mappe Planung: Amtsvermerk/Bericht Wildmanns betr. Rotbuch, Wien 08.04.1946).

⁵¹⁹ Vgl. Q 9.

eingezogenen und vernichteten Publikationen beschaffen und anhand desselben etwa sich bietendes Ergänzungsmaterial erfassen würden.

Kapitel 2 und 3:

Von besonderer Bedeutung für diese Kapitel wäre nachstehendes Material: amtliche und parteiamtliche Erlässe und statistische Daten über die nach dem Anschluss vorgenommenen Massnahmen zur Entfernung der dem nationalsozialistischen Regime als unzuverlässig erscheinenden Elemente aus den leitenden Posten aller Gebiete des öffentlichen Lebens. Zahlenmässige Angaben über die Durchsetzung der Verwaltung, des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens mit Reichsdeutschen, über die systematische Versetzung von Österreichern ins Reich und in andere besetzte Gebiete. (Dienstverpflichtungen, Arbeitseinsatz etc.)

Finanz- und wirtschaftspolitische Massnahmen zur Zerschlagung der österreichischen Selbständigkeit.

Kapitel 4:

Für das diesbezügliche Material sind in erster Linie die Sicherheitsbehörden kompetent. Das Material wird sich vielfach mit dem zu Kapitel 5 zu beschaffenden Material überschneiden. Möglichst genaue statistische Angaben über Verhaftungen, Anhaltungen in Konzentrationslagern, Prozesse, Hinrichtungen usw. mit besonders markanten Beispielen für einzelne Gemeinden und Berufsgruppen sind erwünscht.

Kapitel 5:

Material über Zahl und Umfang der Widerstandsgruppen, sowie über besonders wichtige Einzelaktionen. Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen und polizeiliche Gegenaktionen. Österreichische Freiwillige in den alliierten Armeen.

B) Die Beschaffung und Bearbeitung des Materials:

Die Erfassung des dokumentarischen, statistischen und sonstigen Materials wird in erster Linie wohl im Wege der für die einzelnen Arbeitsgebiete zuständigen Bundes-, Landes- und Bezirksbehörden, sowie durch die entsprechenden Körperschaften öffentlich rechtlicher Art erfolgen. Es wird sich empfehlen, dass die beauftragten Mitarbeiter der Ressortministerien und Landeshauptmannschaften ihrerseits wieder bei den in Frage kommenden einzelnen Behörden und Stellen bestimmte Funktionäre, die aus fachlichen und persönlichen Gründen hierfür besonders geeignet erscheinen, zur Mitarbeit heranziehen. Es bleibt den Mitarbeitern überlassen, auch auf andere ihnen geeignet erscheinende Weise vorzugehen und sich der Mitarbeit auch anderer geeigneter Personen und Kreise zu bedienen.

Die von den Ressortministerien und Landeshauptmannschaften bestellten Mitarbeiter werden ersucht, der Redaktion des Rotbuches ehestens über die von ihnen zur Erfassung und Bearbeitung des gegenständlichen Materials eingeleiteten bzw. beabsichtigten Schritte Mitteilung zu machen, wodurch sich innerhalb des Mitarbeiterkreises ein wertvoller Austausch von Anregungen ergeben kann.

Die Bearbeitung des Materials durch die Mitarbeiter der Landeshauptmannschaften wird im allgemeinen am besten getrennt nach Sachgebieten und Bundesländern, die Bearbeitung durch die Mitarbeiter der Ressortministerien wird naturgemäss vom gesamtamtlichen Gesichtspunkt erfolgen. Es handelt sich darum, in möglichst knapper Darstellung, unterstützt durch möglichst eindrucksvolles, dokumentarisches und statistisches Material und fallweiser Einschaltung besonders drastischer und beglaubigter Einzelfälle, den Zweck der Publikationen zu erreichen, der darin besteht, der Weltöffentlichkeit die Tatsache der Okkupation Österreichs und des daraus sich ergebenden Mangels an selbständiger Willensäußerung und daher an Verantwortlichkeit des österreichischen Staates darzutun.

C) Übermittlung des Materials:

Die Übersendung des Materials aus den Bundesländern erfolgt am besten durch die wöchentliche Kuriergelegenheit der Landeshauptmannschaften oder sonstige fallweise sichere Übermittlungsgelegenheiten. Aus technischen Gründen wird ersucht, Dokumente und Berichtmaterial womöglich in 3-facher Ausfertigung zu übermitteln. Originaldokumente werden hier photokopiert und sodann auf sicherem Wege zurückgestellt.

In Anbetracht der staatspolitischen Bedeutung der in Frage stehenden Publikationen wird das Ersuchen wiederholt, die ehestmögliche und möglichst vollständige Bereitstellung des Materials nachdrücklichst zu betreiben und alle in Frage kommenden Stellen und fachlich und persönlich geeigneten Personen zu Mitarbeiter heranzuziehen.

Für den Bundesminister
für die Auswärtigen Angelegenheiten:⁵²⁰

520 Dieses Dokument ist nicht paraphiert. Die Ausgangsstücke wurden von Wildmann gezeichnet.

Q 4 **Rundschreiben des Landeshauptmanns Ulrich Ilg vom 8. April 1946 betreffend die Herausgabe eines Rotbuches**

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 10: Mappe Korrespondenz über das Rot-Weiß-Rotbuch

(ebenso: VLA: Landrat Feldkirch 021/0)

Typoskript (hektographiert), 2 Seiten.

Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Zahl 86/2 Prs.PR.

Bregenz, am 8.4.1946

An
alle Behörden, Dienststellen und Anstalten
in Vorarlberg.⁵²¹

Betrifft: Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt, Auswärtige
Angelegenheiten.

Wie der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten mitteilt, erscheint es vom staatspolitischen Standpunkte aus dringend geboten, den ausländischen Regierungen und der Weltöffentlichkeit eine zusammenfassende, mit Dokumenten und statistischem Material versehene Darstellung der nationalsozialistischen Okkupationspolitik und Okkupationsmethoden zu geben.

Zweck dieser Darstellung ist es, die Tatsache zu erhärten und ihre allgemeine Erkenntnis zu festigen, daß Österreich durch Gewaltmaßnahmen und Terror überwältigt und als jeder freien Willensäußerung beraubtes besetztes Gebiet in den Dienst der nationalsozialistischen Aggressions- und Kriegspolitik gezwungen wurde und daher, so wie alle anderen besetzten Staaten, nicht für die Handlungen und Auswirkungen dieser Politik verantwortlich gemacht werden kann.

Das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, beabsichtigt, eine solche zusammenfassende Darstellung in Form eines österreichischen „Rotbuches“ herauszugeben und ehestmöglich zu publizieren. Das „Rotbuch“ gliedert sich in nachstehende Kapitel:

521 Zum Verteiler siehe Q 10.

1) Die nationalsozialistische Aggression gegen Österreich von Jänner 1933 bis März 1938 und ihre politischen, wirtschaftlichen, propagandistischen und terroristischen Methoden und Auswirkungen.

2) Die nationalsozialistische Okkupation und Gleichschaltung: Terrormaßnahmen zur Zerschlagung jeder Widerstandsmöglichkeiten, Ausschaltung des österreichischen Einflusses an allen maßgebenden Stellen in Staat und Wirtschaft, Durchsetzung des gesamten Verwaltungsapparates und aller Gebiete des wirtschaftlichen, kulturellen und öffentlichen Lebens mit landfremden reichsdeutschen Elementen, Durchsetzung und Zerschlagung der gesamten österreichischen Exekutivgewalt, Polizei, Gendarmerie und Bundesheer und Dislozierung⁵²² desselben auf das gesamte Reichsgebiet, sodaß Österreich im eigentlichen Sinne nicht als normales Reichsgebiet, sondern als besetztes Gebiet zu betrachten ist.

3) Österreich im Kriege. Zerschlagung der gesamten österreichischen Wirtschaftsstruktur und rücksichtsloseste Eingliederung der österreichischen Produktion in die deutsche Kriegsmaschine. Devastierung⁵²³ der österreichischen Rohstoff- und sonstigen Wirtschaftsgüter und Verkehrsmittel. Weitere Verschärfung der systematischen Dislozierung der Österreicher im zivilen und militärischen Sektor über das Reichsgebiet und die anderen besetzten Gebiete, sowie der Durchsetzung Österreichs mit reichsdeutschen Elementen und Verlegung reichsdeutscher militärischer Einheiten nach Österreich. Schwerste wirtschaftliche Zerstörung und Menschen- und Materialverschleppung durch zurückweichende deutsche Wehrmacht im letzten Stadium des Krieges.

4) Gestapo und politischer Terror über Österreich von 1938 bis 1945. Die einzelnen Terrorwellen, Massenverhaftungen und Drangsalierungen.⁵²⁴ Die österreichischen Terroropfer.

5) Die österreichische Widerstandsbewegung, ihre Anfänge und ihre Entwicklung sowie ihre besonderen Schwierigkeiten insbesondere im Vergleich zu den anderen fremdsprachigen besetzten Gebieten.

Das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, benötigt zur Herstellung dieser für die Aufklärung der Weltöffentlichkeit und Erhärtung des gerechtfertigten österreichischen Standpunktes höchst bedeutsamen Publikation vor allem, was die dokumentarische und statistische Ausgestaltung derselben betrifft, die sofort einsetzende systematische Mitarbeit aller einschlägigen Stellen des Bundes und der Länder.

522 Räumliche Verteilung, Versetzung.

523 Zerstörung, Verwüstung.

524 Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

Mit der Organisation dieser Arbeit hat die Vorarlberger Landesregierung⁵²⁵ für ihren Wirkungsbereich den Leiter der Presse- und Rundfunkstelle, Herrn Josef Kegele in Bregenz, Montfortstraße 12, beauftragt, der bevollmächtigt ist, alle in Frage kommenden Stellen und Mitarbeiter zur Auffindung, Sammlung und Sichtung des gesamten einschlägigen dokumentarischen und statistischen Materials zu erfassen, um die rechtzeitige Bearbeitung des anfallenden Stoffes durchführen zu können. Da die Vorarbeiten dieser Publikation spätestens bis Ende April laufenden Jahres abgeschlossen sein müssen, wird hiemit angeordnet, allen in Sachen des „Rotbuches“ ergehenden Weisungen genauestens und mit der im vorliegenden Fall besonders gebotenen Eile zu entsprechen.

Der Landeshauptmann
Ulrich Ilg

525 Eine offizielle Bestellung mit Regierungsbeschluss erfolgte nicht.

**Q 5 Rundschreiben des Vorarlberger Rotbuch-Beauftragten
Josef Kegele vom 8. April 1946**

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 10: Mappe Korrespondenz über das Rot-Weiß-Rotbuch

(ebenso: VLA: Landrat Feldkirch 021/0)

Typoskript (hektographiert), 1 Seite.

Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Zahl 86/3 Prs.PR.

Bregenz, am 8.4.1946

An
alle Behörden, Dienststellen und Anstalten
in Vorarlberg.⁵²⁶

Betrifft: Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt, Auswärtige
Angelegenheiten.

Bezug: Rundschreiben des Landeshauptmanns vom 8.4.46- Zahl 86/2

Um im Sinne der durch den Landeshauptmann von Vorarlberg mit Rundschreiben vom 8.4.1946 Zahl 86/2, gegebenen Weisungen eine rechtzeitige Sichtung und Bearbeitung des „Rotbuch“-Materials gewährleisten zu können, wird ersucht, ohne Zeitverlust folgende Vorkehrungen zu treffen:

- 1) Bestellung eines im dortigen Wirkungsbereich für diese Arbeit sachlich und personell geeigneten Funktionärs, der mit der Organisation dieser Arbeit durch Heranziehung der in Frage kommenden Stellen und Mitarbeiter, Auffindung und Erfassung alles einschlägigen dokumentarischen und statistischen Materials, sowie dessen Sichtung und Bearbeitung zu betrauen ist.
- 2) Umgehende Mitteilung an die Presse- und Rundfunkstelle über die gemäß Punkt 1) erfolgte Bestellung des verantwortlichen Mitarbeiters unter Angabe seines Namens sowie seiner Dienst- und Wohnungsanschrift.
- 3) Anweisung des im dortigen Wirkungsbereich mit den „Rotbuch“ – Arbeiten betrauten Funktionärs, mit der Sammlung des geeigneten Materials sofort zu beginnen und dieses im Original oder – soweit vorhanden oder durchführbar – in Photokopien

526 Zum Verteiler siehe Q 10.

unter Beischluß des Negativs laufend der Presse- und Rundfunkstelle der Landeshauptmannschaft Vorarlberg in Bregenz einzuliefern. Dem amtlichen Charakter der Publikation entsprechend ist besonderer Wert auf die Beschaffung von einschlägigen amtlichen und parteiamtlichen Erlässen und Berichten, auf authentische, von Zeugen bestätigte Aufzeichnungen markanter Einzelfälle, Darstellungen und Statistiken behördlicher oder öffentlicher Stellen zu legen.

Die Materialsammlung hat unter genauer Beachtung des Schemas über die Gliederung des „Rotbuches“ zu erfolgen (siehe Rundschreiben des Landeshauptmannes von Vorarlberg Zahl 86/2 vom 8.4.46, Punkt 1-5).

4) Die Arbeitsplanung ist so einzurichten, daß die letzten Lieferungen spätestens am 25. April 1946 bei der Presse- und Rundfunkstelle in Bregenz vorliegen können.

Im Auftrag:

Kegele

**Q 6 Mitteilung von Landeshauptmann Ulrich Ilg an Außenminister
Karl Gruber vom 17. April 1946 betreffend die Nominierung eines
Rotbuch-Beauftragten**

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 10: Mappe Korrespondenz über das Rot-
Weiß-Rotbuch

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Zahl Prs.PR 86/5

Bregenz, am 17. April 1946

An den
Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
Herrn Dr. Ing. Karl Gruber
in Wien I.,
Bundeskanzleramt

Betrifft: Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt, Auswärtige
Angelegenheiten.

Bezug: Ihr Schreiben vom 19.3.1946
Zahl 232/1K/46.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Mit der Organisation und Durchführung der für die Herausgabe des „Rotbuches“
erforderlichen Arbeiten wurde für den Bereich des Bundeslandes Vorarlberg der
Leiter der Presse- und Rundfunkstelle, Herr Josef Kegele, betraut.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung
Ulrich Ilg

Q 7 Bericht des Rotbuch-Beauftragten Josef Kegele an die Redaktion vom 17. April 1946

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 10: Mappe Korrespondenz über das Rot-Weiß-Rotbuch

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Zahl 86/6 Prs.PR.

Bregenz, am 17. April 1946

An das
Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten
Redaktion des österreichischen „ROTBUCH“
zu Handen Legationsrat Karl Wildmann.
in Wien I.

Betrifft: Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten.

Bezug: Schreiben des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten vom [1]9.3. und 28.3.1946 Zahl 232/I-K/46.

Anlagen: 2⁵²⁷

Sehr geehrter Herr Legationsrat!

Wie der Herr Landeshauptmann von Vorarlberg dem Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten mit gesonderter Zuschrift bekanntgibt, wurde ich mit der Organisation und Durchführung der „Rotbuch“ – Arbeiten betraut. Leider traf die unter obigem Bezug bezeichnete Zuschrift vom 19.3.1946⁵²⁸ erst anfangs April in Bregenz ein, sodass die grundlegenden Organisationsarbeiten erst am 8.4. aufgenommen werden konnten. Wie Sie aus den angeschlossenen Rundschreiben der Landeshauptmannschaft Vorarlberg vom 8.4.1946 Zahl 86/2⁵²⁹

527 Q 4 und Q 5.

528 Q 2.

529 Q 4.

und 86/3 Prs.-PR⁵³⁰ entnehmen können, wurden die notwendigen Vorkehrungen schon vor Einlangen der später ergangenen „Richtlinien“⁵³¹ in dem darin zum Ausdruck gebrachten Sinne getroffen. Die inzwischen eingelaufenen Meldungen bringen allerdings geschlossen die Meinung zum Ausdruck, dass die zur Verfügung gestellte Zeit allzu knapp bemessen sei, wenn das „Rotbuch“ wirklich ein durchschlagender Erfolg werden soll. Die ungewöhnlich starke Belastung, unter der durchwegs alle Mitarbeiter schon in ihrem eigentlichen Berufe leiden, erklärt weiterhin den kundgetanen Wunsch, für den Redaktionsschluss des „Rotbuches“ eine Verlängerung der vorgeschriebenen Frist zu erwirken. Ich persönlich erlaube mir, im Sinne dieser Anregung vor allem deshalb zu plädieren, weil ich überzeugt bin, dass ein überstürztes und darum zwangsläufig lückenhaftes Zusammenraffen des erforderlichen Materials der guten Sache nicht nützen, sondern nur schaden kann. Vorderhand habe ich allerdings alle Vorbereitungen im Sinne einer Einhaltung des von Ihnen gesetzten Termines getroffen, erlaube mir aber trotzdem der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck zu geben, dass Sie nach wohlwollender Prüfung der vorgetragenen Argumente sich entschliessen können, für eine Verschiebung der Redaktionsschlusses einzutreten.

Mit dem Ausdrücke der vorzüglichsten Hochachtung
zeichnet ergebenst
Kegele

530 Q 5.

531 Q 3.

Q 8 Brief von Kaplan Georg Schelling, 22. April 1946

VLA: Landespressestelle 86/1946

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Der Priester Georg Schelling leitete von 1934 bis 1938 die Redaktion des christlich-sozialen „Vorarlberger Volksblatts“, der auflagenstärksten Tageszeitung des Landes.⁵³² Schelling warnte in seinem Blatt energisch vor der Gefahr des Nationalsozialismus. Im März 1938 wurde er verhaftet und blieb bis zur Befreiung im Konzentrationslager Dachau inhaftiert.⁵³³ Schelling kehrte am 15. April 1945 nach Bregenz zurück. Er recherchierte die Ereignisse während der letzten Kriegstage in Vorarlberg und veröffentlichte darüber noch 1945 eine Artikelserie im „Vorarlberger Volksblatt“ (vgl. Q 20).

Das Schreiben ist nicht adressiert und weist keinen Einlaufstempel auf. Es ist unklar, an welchen „Herr Doktor“ Schelling seinen Brief richtete, mit dem er per Du war. Der Rotbuch-Beauftragte Josef Kegele war nicht promoviert. Befreundet war Schelling jedenfalls mit Rotbuch-Mitarbeiter Dr. Josef Mittelberger.⁵³⁴ Wir wissen jedoch nicht, inwieweit Mittelberger sich in dieses Projekt überhaupt einließ.

Kaplan Georg Schelling, Altach

22. April 1946

Sehr geehrter Herr Doktor!

Es ist mir nicht gelungen, in der vergangenen Woche nach Bregenz zu kommen, um wegen der Vorbereitung des „Rotbuches“ zu sprechen. Ich habe mir die Angelegenheit ein paar Mal durch den Kopf gejagt. Etwas mitzureden hätte ich natürlich nur bei den Punkten 1 (auf Grund eigener Erfahrung) und Punkt 5 (auf Grund meiner Kriegschronik – die leider noch nicht druckreif abgeschlossen ist, weil es mir an der Zeit mangelt).⁵³⁵ Für Punkt 1 müsste ich auf die Volksblätter von damals hinweisen, wo manches Material (zum Beispiel über die Anschläge) zu finden ist. Was die propagandistischen Methoden anbelangt, würde ich auf die Turnvereine,⁵³⁶ auf

532 Vgl. Schelling, Erinnerungen.

533 Fußnegger, KZ-Lagerdekan.

534 Vgl. ebenda, S. 43, 181, 277-278, 415, 458-459 u. 487.

535 Vgl. Q 20.

536 Gemeint sind die deutschnationalen Turnvereine.

den Südmark-Schulverein⁵³⁷ und auf den Verein der Reichsdeutschen⁵³⁸ besonders hinweisen. Gegen diese Herde habe ich damals einen täglichen Kampf geführt. Statistisches oder Fotomaterial ist natürlich schwer aufzutreiben. Man könnte aber eine Zeitungsnummer im Ausschnitt fotokopieren. – Was die Terroropfer anbelangt, habe ich einmal für den Volkskalender eine Zusammenstellung gemacht.⁵³⁹ Sie könnte noch ergänzt werden durch Auszüge aus der Liste, die Engelbert Böhler (jetzt im Arbeitsamt Bregenz) zusammengestellt hat.⁵⁴⁰ Die Redaktion des Volkskalenders

-
- 537 Der 1880 gegründete „Deutsche Schulverein“ war einer der deutschen „Schutzvereine“ in Österreich-Ungarn. Er bezweckte die Errichtung und Erhaltung von deutschsprachigen Schulen im Bereich der Sprachgrenzen zu fördern. Auch in Vorarlberg entstanden bald Ortsgruppen, z.B. 1882 in Feldkirch und 1883 in Dornbirn und Bregenz (VLA: Vereinskataster Vorarlberg 1918-1939). 1889 spaltete sich der „Schulverein Südmark“ ab, 1925 fusionierten die beiden Vereine zum „Deutschen Schulverein Südmark“. 1938/39 wurde er mit allen seinen Ortsgruppen in den „reichsdeutschen“ „Verein für das Deutschtum im Ausland“ eingegliedert. In Vorarlberg bestanden 1939 Ortsgruppen in Bludenz, Nenzing, Schruns, Thüringen, Bezau, Bregenz, Hard, Lauterach, Fußach (Ortsgruppe Rheindelta), Dornbirn, Feldkirch, Frastanz, Hohenems, Lustenau und Satteins (VLA: SID, Vereine Nr. 32). Die Nachfolge des „Deutschen Schulvereins Südmark“ trat 1952 die „Österreichische Landsmannschaft“ an.
- 538 1919 entstanden in Dornbirn, Bregenz, Feldkirch, Bludenz, Hohenems und Lustenau Ortsgruppen, die sich am 31. August 1919 zum „Bund reichsdeutscher Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener in Vorarlberg“ zusammenschlossen. Mit Beschluss vom 1. August 1920 wurde er in den „Bund der Reichsdeutschen in Vorarlberg“ umgestaltet. Er erreichte 1921 einen vorläufigen Höchststand von 1.100 Mitgliedern, Ende 1928 waren es noch 711 Mitglieder in sieben Ortsgruppen. Offiziell unpolitisch, lässt das „Nachrichtenblatt. Organ des Bundes der Reichsdeutschen in Vorarlberg und des Bundes der Reichsdeutschen in Tirol“ (1924-1936) spätestens ab der Machtergreifung im Deutschen Reich 1933 einen nationalsozialistischen Kurs erkennen. Im Februar 1936 vereinten Ortsgruppen in Bregenz, Bludenz, Dornbirn, Feldkirch, Hard, Höchst, Hohenems, Lustenau und Montafon zusammen 1.196 Mitglieder. Die Jahreshauptversammlung beschloss die Eingliederung als Landesverband Vorarlberg in den „Bund der Reichsdeutschen in Österreich“ (Bund der Reichsdeutschen 1919-1929; Bund der Reichsdeutschen 1929-1936). Im selben Jahr schloss sich ihm auch die 1933 gegründete „Gemeinschaft der Reichsdeutschen im Kleinen Walsertal“ als Ortsgruppe an, die aufgrund der auch verbotsrechtlichen Sondersituation eine rege Tätigkeit in nationalsozialistischem Sinn entfalten konnte (vgl. Q 38; Nachbaur, Territorialfragen, S. 37-40).
- 539 Vermutlich meinte Schelling eine Aufstellung, die er der Volkskalenderredaktion 1945/46 zur Verfügung stellte. Im „Vorarlberger Volkskalender“ habe ich 1933 bis 1938 keine Aufstellung der nationalsozialistischen Terroropfer gefunden. Allerdings enthält die „Jahreschronik des Hans Guckinsland“, die im Volkskalender 1934 bis 1937 erschien, zahlreiche entsprechende Einträge.
- 540 Es bliebe zu klären, welcher Engelbert Böhler gemeint war. Schelling erwähnt in seinen Briefen aus dem KZ Dachau 1944 einen Freund namens Engelbert Böhler, der aus Bildstein (Kreuzwirts) stammte (Fußenegger, KZ-Lagerdekan, S. 445 u. 448). Eher käme hier aber der „Rotspanienkämpfer“ Engelbert Böhler aus Bregenz (laut Meldekartei geb. in Zürich) in Frage, der ab 1939 im KZ Dachau, später im KZ Flossenbürg interniert war (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 274). Er war nach 1945 als Buchhalter tätig; ob er zeitweise beim Arbeitsamt beschäftigt war, geht aus der Meldekartei nicht hervor (freundliche Auskunft Mag. Thomas Klagian, Archiv der Landeshauptstadt Bregenz).

(Dr. Arnulf Benzer)⁵⁴¹ hätte auch Fotokopien von Briefen der Hingerichteten. – Über kulturelle Erlässe der Nazi und ihre Unterdrückung der Kirche kann Dir Generalvikar[at] Dr. Schöch in Feldkirch reichlich Auskunft geben.⁵⁴² Hier müsste auch ein Foto beschafft werden können, über die Orgien, die sich im Gallusstift abgespielt haben.⁵⁴³ – Alles in allem wäre [es] eine schöne Chronikarbeit, wenn man ein Jahr dazu Zeit hätte und wenn ein Chronist für diese Arbeit allein freigestellt wäre.

Beste Grüsse!

Schelling

541 Der Vorarlberger Volkskalender, zuletzt herausgegeben vom Christlichsozialen Volksverein für das Land Vorarlberg, war letztmals für das Jahr 1939 erschienen. Offenbar war Arnulf Benzer, Sachbearbeiter der Kulturabteilung der Landeshauptmannschaft, mit redaktionellen Vorarbeiten befasst. Der Volkskalender erschien erstmals wieder für das Jahr 1947, herausgegeben von Landeskulturbearat für das Land Vorarlberg. Er enthält zwei einschlägige Faksimile („Brief von Joh. August Malin, Satteins, vor seiner Hinrichtung am 9. November 1942 an seine Kinder“; „Brief von Msgr. Dr. Carl Lampert aus Göfis vor seiner Hinrichtung am 13. November 1944“).

542 Johannes Schöch war nicht Generalvikar, sondern nur Generalvikariatsrat. Der Kirchenhistoriker betreute auch das Generalvikariatsarchiv und führte oder verfasste eine unveröffentlichte „Chronik des Generalvikariats Feldkirch und der politischen Bedrängnisse in Vorarlberg 1938-1945“ (vgl. Wanner, Kirche, S. 6 u. 11).

543 Am 2. Jänner 1941 erzwang die Gestapo die Räumung des Benediktinerstifts St. Gallus in Bregenz (heute Landesbibliothek). Über die Umtriebe in den folgenden Nächten und Tagen kursierten bald Gerüchte. Dazu Schelling, Die Nacht ist um, S. 23: „In St. Gallus wurden mit kirchlichen Kultgegenständen und Messgewändern lästernde Orgien getrieben – eine abschreckende Kulturschande für alle Zeiten. Nach sieben Jahren wollten sich nicht mehr alle Beteiligten daran erinnern, vergaßen aber ganz, dass sie seinerzeit aus purem Uebermut die wichtigsten Szenen photographierten. So ein Pech!“ Vgl. um Aufklärung bemüht: Gmeiner, St. Gallus-Stift, mit Fotos S. 213-214.

Q 9 Ergänzung zu den Richtlinien für die beauftragten Mitarbeiter vom 25. April 1946

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 10: Mappe Korrespondenz über das Rot-Weiß-Rotbuch (Rundschreiben) und Mappe Planung (Richtlinien)

Rundschreiben: Typoskript, 1 Seite; Richtlinien: Typoskript (Hektographie), drei Seiten.

Legationsrat Wildmann ließ den Rotbuch-Bbeauftragten der Länder Ergänzungen zu den Richtlinien vom 28. März 1946 (Q 3) zukommen und urgierte, ihm bis 1. Mai 1946 wenigstens einen Bericht über den Stand der Arbeiten zukommen zu lassen. Auffällig ist, dass Burgenland und Wien noch keinen Beauftragten namhaft gemacht hatten.⁵⁴⁴

232-K/46

Wien, 25. April 1946

Anbei beehre ich mich, einige ergänzende Richtlinien mit dem dringenden Ersuchen zu übermitteln, die Beschaffung des in Frage kommenden Materials mit allem Nachdrucke zu betreiben und das bereits vorliegende Material ehestmöglich auf sicherem Wege anher gelangen zu lassen.

Ferner wiederhole ich mein Ersuchen, mir bis 1. Mai laufenden Jahres eine Mitteilung

- a.) über die Ihrerseits mit der Materialbeschaffung befassten Stellen und Personen,
- b.) über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten und
- c.) über den voraussichtlichen Zeitpunkt der Beendigung Ihrer Beschaffungsarbeiten zukommen zu lassen.

Es darf schliesslich nochmals auf die äußerste Dringlichkeit der Angelegenheit hingewiesen werden.

Für den Bundesminister
für die Auswärtigen Angelegenheiten
Wildmann m.p.

2 Beilagen.

544 In ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 10, Mappe Planung, liegt eine undatierte Liste der Mitarbeiter der Landesregierungen und der Ressortministerien ein. Bis auf Burgenland („Trotz Urganzen bisher keine Nominierung.“) und Wien („Keine Nominierung.“) hatten bis 18. April 1946 alle Landeshauptmannschaften Rotbuch-Bbeauftragte gemeldet.

Verteiler:⁵⁴⁵

Landesregierungsrat Dr. Natschleger, Landeshauptmannschaft Niederösterreich
Archivrat Dr. A. Hoffmann, Landeshauptmannschaft Oberösterreich
Redakteur Dr. Canaval, Landeshauptmannschaft Salzburg
Ministerialrat Dr. Augenthaler, Landeshauptmannschaft Tirol
Landespressereferent Krassnig, Landeshauptmannschaft Kärnten
Hofrat Dr. Crusiz, Landeshauptmannschaft Steiermark
Josef Kegele, Landeshauptmannschaft Vorarlberg

Bundeskanzleramt,
Auswärtige Angelegenheiten,
Österreichisches Rotbuch,
Materialbeschaffung.
Zahl 232/K

Sehr dringend.

In Ergänzung der bereits übermittelten Richtlinien und auf Grund der bisher gepflogenen Rücksprachen mit einzelnen Mitarbeitern werden im Nachstehenden einige grundsätzliche Richtlinien zusammengefaßt und arbeitstechnische Hinweise gegeben.

A.) Grundsätzliches:

Der Hauptzweck des Rotbuches liegt wie bereits in dem ersten Rundschreiben festgestellt, in der Erbringung des Nachweises, daß Österreich und das österreichische Volk weder mittelbar noch unmittelbar als aktiver Faktor, sondern als Objekt der nationalsozialistischen Aggressions- und Kriegspolitik zu betrachten und zu behandeln ist.

Das Rotbuch hat daher zur Darstellung zu bringen:

1.) daß Österreich nicht aus eigenem Willen sondern als Folge der völkerrechtswidrigen nationalsozialistischen Gewaltpolitik einerseits, und der damaligen internationalen Politik andererseits seiner staatlichen und politischen Selbstständigkeit verlustig ging,

545 Der Verteiler wurde nachträglich auf das als Durchschlag überlieferte Rundschreiben getippt.

2.) daß Österreich nach dem gewaltsamen Anschlusse nicht als gleichberechtigter Bestandteil des Reiches sondern als okkupiertes Territorium unter landfremder Herrschaft und als Objekt nationalsozialistischer Ausbeutung zu betrachten ist und von den Okkupanten auch tatsächlich als solches behandelt wurde.

3.) daß Österreich so wie allen anderen von Hitler-Deutschland besetzten Gebiete als Staat und Volk – ungeachtet des subjektiven Verhaltens einzelner Bevölkerungselemente – keine Verantwortung an der Politik des Dritten Reiches und ihrer Folgen angelastet werden kann.

Das Rotbuch soll daher im wesentlichen an Hand von dokumentarischen und statistischen Belegen sowie von beglaubigten Sach- und Bildberichten in möglichst instruktiver und eindringlicher Form darstellen:

1.) die Tatsache der propagandistischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung Österreichs in der Zeit von 1933-1938,

2.) die systematische und mit allen Mitteln durchgeführte politische und wirtschaftliche Unterwerfung, Entrechtung und Ausbeutung Österreichs vom Anschluß bis zum Kriegsende.

3.) die besonderen Schwierigkeiten, die sich gerade in Österreich der Aktivierung, bzw. der Fortsetzung des österreichischen Widerstandes gegen die nazistische Vergewaltigung entgegensetzen und

4.) die Tatsache, daß Österreich insbesondere in der letzten Phase des Krieges durch den aktiven und passiven Widerstand der Bevölkerung den Versuch Hitlers, den Krieg durch Verteidigung Wiens und des „Alpenreduit“⁵⁴⁶ zu verlängern, vereitelt und so erheblich zur Beschleunigung des Kriegsendes beigetragen hat.

B.) Arbeitstechnische Hinweise:

1.) Unter der in den ersten Richtlinien mit dem Titel „Braunbuch“ bezeichneten Publikation ist nicht das vom Bundeskanzleramt, Büro des Bundesministers für Sicherheitswesen, im Jahre 1933 herausgegebene „Braunbuch“⁵⁴⁷ sondern die im Jahre 1934 vom Bundeskommisariate für Heimatdienst veröffentlichte Publikation „Beiträge

546 Gemeint ist der Auf- und Ausbau einer „Alpenfestung“, die nationalsozialistische Funktionäre gegen Ende des Zweiten Weltkriegs als Rückzugsgebiet propagierten, die letztlich aber eine Chimäre blieb. Der hier gewählte Ausdruck „Alpenreduit“ lehnt sich an das Schweizer „Réduit National“ an, an die militärische Befestigung alpiner Kerngebiete ab 1940.

547 Enthält nichts über Vorarlberg: Das Braunbuch. Hakenkreuz gegen Österreich, hg. vom Bundeskanzleramt, Büro des Bundesministers für Sicherheitswesen. Wien 1933.

zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte“, die gleichfalls als „Braunbuch“ bezeichnet wurde, gemeint.⁵⁴⁸

2.) Die unter Abschnitt B, 2. Absatz der Richtlinien erbetene Bekanntgabe der zwecks Erfassung und Bearbeitung des gegenständlichen Materials von den Mitarbeitern unternommenen Schritte darf – soweit sie noch nicht erfolgt ist – in Erinnerung gebracht werden. Ein Einblick über die mit der Materialbeschaffung befaßten Stellen und Personen ist für die Redaktion des „Rotbuches“ von besonderer Wichtigkeit.

3.) Da es im Hinblick auf die Post- und Verkehrsverhältnisse vielfach nicht möglich sein wird, die ursprünglich in Aussicht genommene Frist vor Ende April laufenden Jahres einzuhalten, wird ersucht, das bis dahin eingegangene Material soweit als möglich anher zu übermitteln und die weiteren Arbeiten mit Beschleunigung fortzusetzen. Jedenfalls wird um Bekanntgabe des Standes und bisherigen Ergebnisses der Materialbeschaffung per 1.5. laufenden Jahres ersucht.

4.) Die in Frage stehende, in den bisherigen Rundschreiben kurz mit „Rotbuch“ bezeichnete Publikation soll den offiziellen Titel „Rot-Weiss-Rot-Buch“ erhalten. Doch wird im gegenständlichen Schriftverkehr der Einfachheit halber die bisherige Bezeichnung „Rotbuch“ weiter beibehalten.

Für den Bundesminister
für die Auswärtigen Angelegenheiten:
Wildmann m.p.

548 Zu Niederösterreich und Vorarlberg wird nur berichtet, dass es in den beiden Ländern im Juli 1934 vollkommen ruhig blieb: Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte, hg. auf Grund amtlicher Quellen vom Bundeskommissariat für Heimatdienst. Wien 1934, S. 121; englische Ausgabe: The Death of Dollfuss. An official history of the revolt of July, 1934, in Austria, translated by Johann Messinger. London 1935, S. 209.

Q 10 Bericht des Rotbuch-Beauftragten Josef Kegele an die Redaktion vom 13. Mai 1946

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 10: Mappe Korrespondenz über das Rot-Weiß-Rotbuch

Typoskript, 4 Seiten, Originalunterschrift.

Am 13. Mai 1946 antwortete Kegele auf Wildmanns Schreiben vom 25. April 1946 (Q 9).

Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Zahl Prs.PR 86/10.

Bregenz, am 13. Mai 1946

An das
Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten
Redaktion des österreichischen „Rotbuch“
zu Handen Legationsrat Karl Wildmann.
in Wien I.

Betrifft: „Rotbuch“

Bezug: dortige Zahl 232-K/46 vom 25.4.1946.⁵⁴⁹

Anlage: 1

Zu obigem Bezug wird gemeldet:

Zu a): Liste der mit der Materialbeschaffung beauftragten Dienststellen und Personen liegt bei.

Zu b): 21 Vorgänge wurden bereits dorthin eingereicht, 7 sind in Abschrift, während weitere zu erwarten sind.

Zu c): Die Beendigung der Beschaffungsarbeiten dürfte sich über den Verlängerungstermin hinaus bis Ende Mai hinziehen.

Im Auftrag:
Kegele

Dienststellen

Gerichtsbehörden:

Landes- und Bezirksgericht Feldkirch
Bezirksgericht Bregenz
Bezirksgericht Bludenz
Bezirksgericht Dornbirn
Bezirksgericht Bezau
Bezirksgericht Montafon in Schruns
Staatsanwaltschaft Feldkirch

Verwaltungsbehörden des Bundes:

Eichamt Bregenz
Amt für Wildbachverbauung Bregenz
Vermessungsamt Bludenz
Vermessungsamt Feldkirch
Vermessungsamt Bregenz
Nationalbank Zweigstelle Bregenz
Finanzamt Bregenz
Finanzamt Feldkirch
Forstamt Bregenz
Forstamt Bezau
Forstamt Feldkirch
Forstamt Bludenz
Forstamt Schruns
Gewerbeinspektorat Bregenz
Landesinvalidenamt Bregenz
Landeshauptmannschaft Bregenz [sic!]⁵⁵⁰

550 Es ist rätselhaft, weshalb die Landeshauptmannschaft Vorarlberg hier unter den Verwaltungsbehörden des Bundes aufgeführt ist. Von 1918 bis zum 30. September 1925 blieb der Dualismus der autonomen und staatlichen Verwaltung in den Ländern bestehen, bestanden neben den Landesräten Landesregierungen, neben Ämtern des Landesrates Ämter der Landesregierungen. In Vorarlberg wurden sie bereits 1921 organisatorisch zusammengeführt. Als Folge der autoritären Bundesverfassung 1934 wurden die „Ämter der Landesregierungen“ in „Landeshauptmannschaften“ umbenannt (vgl. Ender, Verfassung, S. 18). In Vorarlberg errichtete der Landesausschuss am 24. Mai 1945 ein „Amt des Vorarlberger Landesausschusses“, das wie der Landesausschuss selbst zunächst an die Stelle der obersten staatlichen Dienststellen trat. Nach der Konstituierung des Landtages und der Wiederinkraftsetzung der Landesverfassung am 11. Dezember 1945 wurde das „Amt des

Landesgendarmeriekommando Bregenz
Bezirksgendarmeriekommando Bregenz
Bezirksgendarmeriekommando Feldkirch
Bezirksgendarmeriekommando Bludenz
Kriminal-Abteilung für Vorarlberg, Feldkirch
Landesarbeitsamt Bregenz
Arbeitsamt Bregenz
Arbeitsamt Feldkirch
Arbeitsamt Bludenz
Haftanstalt Feldkirch
Bundesbahn-Betriebsinspektorat Feldkirch
Postamt Bregenz, Bezau, Dornbirn, Feldkirch, Bludenz
Postamt Schruns und St. Anton [am Arlberg] (Lech, Zürs, Langen, Warth und Klösterle) (sie unterstehen der Post- und Telegrafendirektion Innsbruck)
Bundeskrankenkasse Zweigstelle Bregenz (für Beamte)
Allgemeine Ortskrankenkasse Dornbirn (für Arbeiter und Angestellte)
Landkrankenkasse für Vorarlberg, Bregenz, (für Landarbeiter)

Verwaltungsbehörden des Landes:

Bezirkshauptmannschaft Bregenz
Bezirkshauptmannschaft Feldkirch
Bezirkshauptmannschaft Bludenz
Landeshypothekenbank Bregenz
Landesarchiv Bregenz
Landesmuseum Bregenz

Vorarlberger Landesausschusses“ zu einer regulären „Landeshauptmannschaft Vorarlberg“ umgebaut. Ab 22. Oktober 1946 firmierte dieser zentrale Verwaltungsapparat wieder als „Amt der Vorarlberger Landesregierung“ (vgl. Nachbaur, Wiederaufbau). Ihm kam und kommt nur in kleinen Aufgabenbereichen Behördenfunktion zu. Im Übrigen war und ist es ein Hilfsapparat der Landesregierung im selbständigen Wirkungsbereich der Landesverwaltung sowie des Landeshauptmanns in der mittelbaren Bundesverwaltung. Letzteres ändert aber nichts daran, dass die Ämter der Landesregierungen seit 1. Oktober 1925 organisatorisch reine Landesdienststellen waren und sind.

Gemeinden Vorarlbergs.⁵⁵¹

Bezirk Bludenz

Bartholomäberg, Blons, Bludenz,⁵⁵² Bludesch, Brand, Bürs, Bürserberg, Dalaas, Fontanella, Gaschurn, Innerbraz, Klösterle, Lech, Lorüns, Ludesch, Nenzing, Nüziders, Raggal, St. Anton [im Montafon], St. Gallenkirch, St. Gerold, Schruns, Silbertal, Sonntag, Thüringen, Thüringerberg, Tschagguns, Vandans

Bezirk Bregenz

Alberschwende, Andelsbuch, Au, Bezau, Bildstein, Bizau, Bregenz,⁵⁵³ Buch, Damüls, Doren, Egg, Hard, Hittisau,⁵⁵⁴ Hörbranz, Hohenweiler, Krumbach, Langen, Langenegg, Lauterach, Lingenau, Mellau, Mittelberg, Möggers, Rheinau,⁵⁵⁵ Riefensberg, Schnepfau, Schoppernau, Vandans, Schröcken, Schwarzach, Schwarzenberg, Sibratsgfall, Sulzberg, Warth, Wolfurt, Reuthe⁵⁵⁶

Bezirk Feldkirch

Altach, Dornbirn, Düns, Dünserberg, Feldkirch, Frastanz, Fraxern, Göfis, Götzis, Hohenems, Klaus, Koblach, Laterns, Lustenau, Mäder, Meiningen, Rankweil, Röns, Satteins, Schlins, Schnifis, Sulz, Übersaxen, Viktorsberg, Weiler, Zwischenwasser, *Röthis*⁵⁵⁷

551 Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung hatte der Landeshauptmann 1938 verschiedene Eingemeindungen verfügt und damit die Zahl der Gemeinden von 98 auf 89 reduziert. 1946 wurde in den eingemeindeten Gemeinden Volksabstimmungen durchgeführt. Nur Fluh entschied sich, bei Bregenz zu bleiben, und Bolgenach bei Hittisau (LGBI. Nr. 11/1946, 13/1946).

552 Vom 30. September 1938 bis 31. Dezember 1946 war die Gemeinde Stallehr mit Bludenz vereinigt.

553 Vom 21. September 1938 bis 31. Dezember 1946 waren die Gemeinden Lochau, Eichenberg und Kennelbach mit Bregenz vereinigt.

554 Die Gemeinden Bolgenach und Hittisau wurden mit 30. September 1938 zur Gemeinde Hittisau vereinigt und blieben dabei.

555 Vom 30. September 1938 bis 31. Dezember 1946 waren die Gemeinden Fußach, Gaißau und Höchst zur Gemeinde Rheinau vereinigt.

556 Vom 30. September 1938 bis 31. Dezember 1946 war die Gemeinde Reuthe mit Bezau vereinigt. De facto hatten die französischen Besatzungsbehörden die Vereinigung bereits im Frühjahr 1945 aufgehoben (vgl. Q 35).

557 Handschriftlich ergänzt.

„Rotbuch“ – Mitarbeiter:⁵⁵⁸

Alt-Bundeskanzler Dr. Otto Ender, Bregenz⁵⁵⁹

Dr. Josef Mittelberger, Bregenz

Dipl.-Ing. Ernst Winsauer, Bregenz

Dr. Lorenz Konzett, Rankweil⁵⁶⁰

Dr. Karl Bobleter, Direktor a.D. in Feldkirch⁵⁶¹

Dr. [Arnold] Mähr, Leiter der Lungenheilstätte Gaisbühel in Nenzing

Josef Büsel, Landeswirtschaftsamt, Bregenz

Lorenz Tiefenthaler, Bundeskrankenkasse, Bregenz⁵⁶²

Toni Ulmer, Dornbirn

Landesrat Eduard Ulmer, Dornbirn

Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Mohr, Bregenz

Pfarrer Gebhard Gunz, Feldkirch-Tisis

Kaplan Georg Schelling, Altach⁵⁶³

Dr. Emil Seeberger, Bezirkshauptmann, Bregenz

Ing. [Albert] Schmidinger, Bregenz

Dr. Hermann Salzmann, Bregenz

Apostolische Administratur, Feldkirch.⁵⁶⁴

558 Zu den Rotbuch-Mitarbeitern vgl. Kapitel 2.3 der Darstellung und die Kurzbiographien im Personenregister.

559 Vgl. Q 54.

560 Vgl. Q 24.

561 Vgl. Q 52.

562 Vgl. Q 25.

563 Vgl. Q 8, Q 20.

564 Richtig: Generalvikariat der Apostolischen Administratur Innsbruck-Feldkirch für Vorarlberg.

Q 11 **Amtsvermerk Wildmann vom 4. Juli 1946 für das Ministerkomitee**

ÖStA/AdR: BKA AA KdM 100.118-K/47

Typoskript, 3 Seiten, Originalunterschrift.

Am 2. Juli 1946 berichtete Außenminister Gruber dem Ministerrat über die Fertigstellung des Rotbuch-Manuskripts und schlug vor, ein Ministerkomitee mit der Überprüfung des Textes zu beauftragen, das dann dem Ministerrat zu berichten hätte. Es wurden Vizekanzler Dr. Adolf Schärf (SPÖ), Unterrichtsminister Dr. Felix Hurdes (ÖVP) und Energieminister Dr. Karl Altmann (KPÖ) vorgeschlagen und bestellt, zudem Gruber als zuständiger Ressortminister. Bundeskanzler Figl gab Ende Juli als wünschenswerten Termin der Drucklegung vor.⁵⁶⁵

Rotbuch-Redakteur Wildmann dürfte das Manuskript dem Komitee mit folgendem Amtsvermerk übergeben haben. Offenbar übernahm Hurdes die Koordination. Eine gemeinsame Besprechung des Ministerkomitees scheint nicht stattgefunden zu haben.

Österreichisches
„Rot-Buch“.

A m t s v e r m e r k . *(für das Minister-Komitee)*

Ich erhielt im März laufenden Jahres vom Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten den Auftrag, ein „Rot-Buch“ zu verfassen, das den Anteil Österreichs an seiner Befreiung zur Darstellung bringt.

Zwecks Beschaffung des notwendigen Informations- und Dokumentenmaterials habe ich mit Genehmigung des Herrn Ministers die abschriftlich beiliegenden Schreiben an die Herren Ressortminister und Landeshauptleute gerichtet. Das einschlägige Material lief sehr spät und nur bruchstückhaft ein, da auf diesem Gebiete bisher keinerlei systematische Vorarbeit geleistet wurde und ein Grossteil des Materials vernichtet oder verschleppt ist.

Insbesondere was das Kapitel „Widerstandsbewegung“ selbst anbelangt, ist das derzeit greifbare Material sehr mangelhaft. Eine wirklich umfassende und stichhältige

565 Ministerrat 02.07.1946, Protokolle Ministerrat Figl I/2, S. 375-376.

Darstellung dieses Fragenkomplexes würde monatelange kommissionelle Erhebungen erfordern, wobei noch zu bemerken ist, dass diese Publikation wesentlicher Einzelheiten, insbesondere soweit sie mit den alliierten militärischen und Nachrichten-Stellen zusammenhängen, derzeit wahrscheinlich noch gar nicht erwünscht oder gestattet wäre. Auf Grund dieser Erwägungen und im Hinblick auf das sehr fragmentarische Ergebnis des eingelaufenen Materials hielt ich es für zweckmäßig, dieses Kapitel in einer mehr allgemein gehaltenen Form darzustellen und es durch eine Reihe von Einzeldarstellungen zu illustrieren.

Im übrigen ging ich von dem Gedanken aus, dass der österreichische Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die Politik Hitlers schon im Jahre 1933 begann und legte das Hauptgewicht der Darstellung auf den Nachweis, dass Österreich in jeder Hinsicht als okkupiertes Land zu betrachten ist. Es ergab sich somit die Notwendigkeit, wenigstens in groben Umrissen eine Darstellung der Hitler'schen Aggression gegen Österreich von 1933 an zu geben und in diesem Zusammenhange das Verhalten der Mächte einerseits und Österreichs und seiner Bevölkerung andererseits in das entsprechende Licht zu setzen. So ergab sich die österreichische Widerstandsbewegung als organisches Glied, bezw. Fortsetzung der seit 1933 eingenommenen österreichischen Abwehrstellung gegen den Nationalsozialismus, wobei immer wieder auf die naturgegebenen, besonderen Schwierigkeiten der Aktivierung des österreichischen Widerstandes hingewiesen werden musste.

In Anbetracht des bereits erwähnten Umstandes, dass sowohl das vorhandene Informations- und Dokumentenmaterial als auch die sonstigen Vorarbeiten, insbesondere für die Zeit von 1938 an nur sehr fragmentarisch und mangelhaft sind, ist der mit dem „Rot-Buch“ beabsichtigte Zweck meines Erachtens am ehesten durch die meinem Entwurf zugrunde liegende chronologisch-genetische Behandlung des Themas zu erreichen.

Schliesslich darf ich bemerken, dass ich bei der Behandlung des Themas „Widerstandsbewegung“ und „Naziopfer“ Namensnennungen grundsätzlich unterlassen habe und nur die Namen Hingerichteter oder im Widerstand Gefallener genannt werden.

Das „Rot-Buch“ gliedert sich in ein Vorwort, 3 in Kapitel unterteilte Hauptteile und einen Anhang. Die Dokumentationen- und Bilder-Beilagen sind am Ende jedes Kapiteltextes angeschlossen.

Das Vorwort fasst in 10 Punkten den Inhalt und die Hauptgedanken der Publikation zusammen.

Der I. Teil („Der Weg zur Katastrophe“) behandelt in 3 Kapiteln die Entwicklung von der Machtergreifung Hitlers bis zur Okkupation, der II. Teil („Österreich in Ketten“) befasst sich mit der Situation und Haltung des österreichischen Volkes von der Okkupation bis zum Ende des Krieges, wobei die Lage Österreichs als „gewaltsam

okkupiertes Gebiet“ in den Mittelpunkt der Darstellung gestellt wird. Im III. Teil (Schlusswort: „Von der Befreiung zur Freiheit“) werden die Schlussfolgerungen aus den vorhergegangenen Darstellungen gezogen. Im Anhang werden 3 Einzeldarstellungen gewissermaßen als Detailillustration zum Abdruck gebracht.

Wie in der Publikation wiederholt zum Ausdruck gebracht wird, kann diese unter den gegebenen zeitlichen und technischen Umständen keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen, sondern lediglich die Grundlinien des Schicksals der I. Österreichischen Republik aufzeigen.

Wildmann

Wien, am 4. Juli 1946

**Q 12 Bundesminister Karl Altmann an Bundesminister Felix Hurdes
am 16. Juli 1946**

ÖStA/AdR: BKA AA KdM 100.118-K/47

Typoskript, 5 Seiten, Originalunterschrift; Textpassagen von unbekannter Hand unterstrichen; Anmerkungen Karl Wildmanns.

Der Jurist Dr. Karl Altmann (geb. 1904) wurde im Oktober 1938 als Beamter des Magistrats der Stadt Wien pensioniert. Ab 1942 arbeitete er in einer Nahrungsmittelfabrik, zuletzt als Betriebsleiter. Altmann wurde 1945 als stellvertretender Leiter der Magistratsdirektion reaktiviert. Für die KPÖ gehörte er der Provisorischen Staatsregierung 1945 als Unterstaatssekretär im Staatsamt für Justiz an und der Bundesregierung Figl I bis November 1947 als Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung. Altmann war von 1946 bis 1960 Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPÖ.

BUNDESMINISTER
DR. KARL ALTMANN

Wien, am 16. Juli 1946.
He.

Herrn
Bundesminister Dr. Felix H u r d e s
W i e n, I,
Minoritenplatz 5

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Ihrem in Ihrem Schreiben vom 12. dieses Monats geäußerten Wunsch entsprechend beehre ich mich mitzuteilen, dass ich nunmehr den Entwurf des Rot-Weiss-Rot-Buches durchgesehen habe. Der Einfachheit halber erlaube ich mir, Ihnen den Entwurf rückzuübermitteln.

Ich möchte dazu folgendes bemerken:

Ich bin nicht überzeugt, dass dieses Rot-Weiss-Rot-Buch uns helfen wird. Im ganzen scheint es mir nicht sehr wirksam zu sein, weshalb ich nicht glaube, dass es die Stellung Österreichs wesentlich fördern wird.⁵⁶⁶

⁵⁶⁶ Textpassage von unbekannter Hand unterstrichen.

Vielleicht darf ich darauf hinweisen, dass das Entscheidende vom Widerstand in Österreich sich doch offenbar aus den Verfolgungen durch die Nazibehörden und die Nazigerichte ergeben müsste. Der ganze Entwurf⁵⁶⁷ enthält nicht einmal Angaben über die Zahl der Hingerichteten, keine Angaben über die Zahl der in Konzentrationslager verbrachten Österreicher, keine Angaben über die bei der Gestapo und in Konzentrationslagern Ermordeten etc. Überdies sind nur höchst bescheidene Angaben über Urteile des sogenannten Volksgerichtshofes in dem Entwurf enthalten. Ich möchte in diesem Zusammenhang durchaus zugeben, dass es keineswegs leicht ist, ein einigermaßen genügendes Material zu beschaffen. Wenn aber jemand solches Material beschaffen kann, so müsste es sich wohl um amtliche Stellen handeln, denen viel mehr Möglichkeiten zur Verfügung stehen als Parteien, Privaten, verschiedenen Körperschaften und so fort.

Nun möchte ich mir gestatten, Einzelbemerkungen zu machen:

Da finde ich im Heft 4 (Beilagen zum I. Teil, 3. Kapitel: Hitler greift an – Österreich setzt sich zur Wehr) eine Beilage 1. Darin ist eine Aufstellung über die Nationalratswahlen 1919 bis 1930 enthalten.⁵⁶⁸ Die Ziffern der Wahlen von 1930 habe ich überprüft. Es ist blamabel, feststellen zu müssen, dass die Ziffern, die Prozentberechnungen und selbst die Addition falsch sind.⁵⁶⁹ Eine kurze Nachrechnung wird die Richtigkeit meiner Behauptung ergeben. Überdies stimmen die Ziffern und die Prozente, wie aus jedem halbwegs verlässlichen statistischen Bericht entnommen werden kann, durchaus nicht. Ich weiss nicht, welche obskure Quelle verwendet worden ist. Jedenfalls muss man natürlich unbedingt Ziffern, Prozentberechnungen etc. richtigstellen, weil die Fehler in die Augen springend sind. Wenn jemand nach Erscheinen des Dokuments feststellt, dass solche Ziffern falsch sind, so werden alle Angaben, die in dem ganzen Dokument enthalten sind, in den Augen der Welt als ungläubwürdig und leichtfertig erscheinen.

Bei der Darstellung der Teilnahme von Österreichern am Kampf der freiheitsliebenden Völker, in den alliierten Armeen, in den Partisanenbewegungen etc. ist, wie ich glaube, sehr viel gutes Material verwertet worden. Was die Teilnahme der Österreicher am Freiheitskampf in Frankreich betrifft, so fehlen entscheidende Dinge

567 Detto. Links durch ein „a)“ markiert.

568 Die Druckfassung enthält nur Ergebnisse der Nationalratswahl 1930 sowie Ergebnisse der Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg 1927 und 1932, der „letzten in Österreich stattgefundenen Wahlen“ (Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 28). – Die tatsächlich letzte Parlamentswahl, die Vorarlberger Landtagswahl am 6. November 1932, hat die Redaktion offenbar übersehen. Sie brachte folgende Mandatsverteilung: Christlichsoziale Partei 18, Sozialdemokratische Partei 4, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 2, Großdeutsche Partei 1, Landbund 1.

569 Glosse mit Wildmanns Paraphe am linken Seitenrand: „Ziffern wurden auf Grund des statistischen Staatsamtes richtig gestellt!“ – Vgl. Q 15.

über die österreichische Beteiligung im Kampf des Maquis,⁵⁷⁰ es fehlen alle entscheidenden Daten über die österreichische Widerstandsbewegung in Frankreich, es fehlen die Daten über die Organisation, die österreichische Freiheitskämpfer aus Frankreich mit französischen Dokumenten, als französische Zwangsarbeiter nach Österreich schaffte und hier im österreichischen Freiheitskampf entscheidend einsetzte etc. Von den vielen Österreichern, die in der britischen Armee gekämpft haben, ist überhaupt nicht die Rede. Es wird auch der Österreicher nicht Erwähnung getan, die sich am belgischen Freiheitskampf und an der österreichischen Widerstandsbewegung in Belgien beteiligt haben. Keine Rede ist auch von der Beteiligung der Österreicher im Kampf der Roten Armee und von den zahlreichen Österreichern, die in den sowjetrussischen Partisanentruppen kämpften. Überdies ist nichts gesprochen von den gegen Ende des Krieges durch alliierte Radiomeldungen verlautbarten Vorfällen in Dänemark, wo österreichische Alpenjäger wiederholt gemeutert haben, in Massen desertiert sind, sich den dänischen Partisanen angeschlossen haben, demonstriert haben, sich geweigert haben, sich einschiffen zu lassen, um an die Front gegen die Rote Armee gesendet zu werden etc. Es hat sich dabei um österreichische Alpenjäger gehandelt, die aus Norwegen abgezogen worden waren, um gegen die Rote Armee bei deren Vormarsch eingesetzt zu werden. Ich selbst kann mich an Radiomeldungen aus London und Moskau erinnern, in denen während des Krieges von solchen Zwischenfällen mit österreichischen Truppen in Dänemark, insbesondere in Kopenhagen, berichtet wurde.

Davon, dass über die Bluturteile des sogenannten Volksgerichtshofes⁵⁷¹ nur sehr bescheidenes Material in dem Dokument veröffentlicht wird, habe ich schon gesprochen. An der Spitze dieses bescheidenen Materials wird aber gerade ein Urteil breit veröffentlicht, das mir durchaus nicht vorteilhaft erscheint. Ich habe durchaus nichts dagegen, dass das Urteil in seinem wesentlichen Bestandteil, nämlich in der

570 Als Maquis (ursprünglich Bezeichnung für undurchdringlichen mediterranen Buschwald) werden insbesondere die französischen Partisanen der Résistance bezeichnet, die sich in Wäldern und Bergen und anderen wenig bevölkerten Gebieten versteckten, heute als Maquisards bekannt. Von ihren Verstecken aus bekämpften sie als erste die deutschen Besatzungstruppen in Frankreich.

571 Der Volksgerichtshof wurde im Deutschen Reich 1934 als Sondergericht zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat gegen den NS-Staat eingerichtet. 1936 wurde er ein ordentliches Gericht. Sein Aufgabenkreis wurde auf weitere Strafvorschriften ausgeweitet. Spruchkörper des Gerichts waren Senate, die sich nur aus zwei Berufsrichtern und drei „Volksrichtern“, in der Regel Parteifunktionären, Offizieren und hohen Beamten zusammensetzten. Die Organisations- und Verfahrensbestimmungen waren auf einen kurzen Prozess ausgerichtet, die Verfahrensrechte des Angeklagten auf ein Minimum eingeschränkt. Ein Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Volksgerichtshofs konnte nur die Staatsanwaltschaft einlegen. Der Volksgerichtshof hatte seinen Sitz in Berlin. Daneben reisten die Senate auch umher und hielten in den verschiedensten Städten Schauprozesse ab. Bis 1945 wurden rund 5.200 Todesurteile vollstreckt.

Anführung des Namens und der Strafen und in ganz wenigen, vorsichtig auszuwählenden Sätzen veröffentlicht wird. Eine Veröffentlichung aber, die den Anschein erweckt, als ob hier in Österreich im Kampf gegen den deutschen Nationalsozialismus eine „Gross-Österreichische Bewegung“⁵⁷² entscheidend gewesen wäre, deren politisches Ziel die Schaffung eines Gross-Österreich vom Main bis zur Adria mit Einschluss der Čechoslowakei etc. war, scheint mir nicht vorteilhaft für Österreich. Das Dokument soll offenbar schon bei den Friedenskonferenzen verwertet werden. Ich kann mir lebhaft vorstellen, welch günstigen Eindruck für Österreich solche politischen Perspektiven bei den Delegierten der Friedenskonferenz erwecken werden.

Was die wirtschaftlichen Darlegungen betrifft, so habe ich dagegen vielfache Bedenken. Ich will eines besonders erwähnen: Die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 1934 bis 1938 scheint mir den Tatsachen, die uns ja allen bekannt sind, vor allem der Tatsache der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die nicht zuletzt Österreich geschwächt hat, ganz abgesehen von den bekannten politischen Verhältnissen, durchaus nicht gerecht zu werden.⁵⁷³ Ich bin keineswegs überzeugt, dass es für Österreich notwendig und vorteilhaft ist, wenn der Eindruck erweckt wird, als wäre zwischen 1934 und 1938 alles in schönster Ordnung gewesen, ja als hätte hier ein wirklicher Aufbau, politisch und wirtschaftlich, stattgefunden. Die Welt ist heute über die politische Entwicklung in Österreich einigermaßen informiert und es dürfte auf sie viel besser wirken, wenn nicht versucht würde, diesbezüglich allzuviel Schönfärberei zu treiben. Ich möchte in diesem Zusammenhange, das heißt im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Dingen, nicht unerwähnt lassen, dass manches davon nicht schlüssig ist. Natürlich ist es gut und notwendig, von dem Raubbau zu sprechen, den die Nazi an den österreichischen Bodenschätzen etc. getrieben haben.⁵⁷⁴ Hinsichtlich des Holzes ist auch die Begründung durchaus genügend. Aber in anderen Fällen genügt die Begründung nicht, die in dem Entwurf angeführt wird. Die Gegenüberstellung von Produktionsziffern von 1936 und 1938 und der Kriegsjahre allein erweist noch keinen Raubbau.⁵⁷⁵ Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich lediglich eine Produktionssteigerung; dass diese Produktionssteigerung kriegsbedingt war und vor allem dem verfluchten Nazikrieg zu dienen hatte, ist sicher auch ein österreichisches Unglück, das der Erwähnung

572 Textpassage von unbekannter Hand unterstrichen. Glosse mit Wildmanns Paraphe am linken Seitenrand: „wurde weggelassen!“ – Vgl. Q 15 (Kastelic).

573 Vgl. Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 55-59.

574 Vgl. ebenda, S. 131-132.

575 Diese Gegenüberstellung wurde in der Druckfassung offenbar weggelassen und nur ein Raubbau an den Erzbergen, den Waldbeständen und den Erdölvorkommen veranschaulicht.

bedürfte. Aber eine Produktionssteigerung, aus welchem Grunde immer sie erfolgte, allein bedeutet noch nicht Raubbau. Natürlich kann sie Raubbau bedeuten und sie hat sicherlich vielfach Raubbau bedeutet, aber das müsste noch belegt werden. Ich bin überzeugt, dass sich die nötigen Belege hierfür, ich meine die wirtschaftlichen und fachlichen Grundlagen für die Behauptung des Raubbaues, relativ leicht beschaffen lassen.

Ich will weiter nicht ermüden mit Einzelbemerkungen zu dem ganzen Entwurf. Eines nur noch: Die beispielsweise Einzeldarstellungen am Schluss des Dokumentes scheinen mir auch nicht sehr glücklich, aber es ist das schließlich nicht sehr wesentlich.

Im ganzen kann ich nur das wiederholen, was ich eingangs erklärt habe: Ich glaube nicht, dass das Dokument in dieser Form uns, das heißt Österreich bei den Vertretern der anderen Völker sehr viel nützen wird. Grundsätzliche Einwendungen habe ich, wenn ein paar notwendige Verbesserungen, wie zum Beispiel hinsichtlich der Wahlziffern, etc., vorgenommen werden, nicht.⁵⁷⁶ Ich lege nur Wert darauf, meinen Standpunkt Ihnen hiemit bekanntzugeben, und würde bitten, diesen meinen Standpunkt auch an Herrn Vizekanzler Dr. Schärf weiterzugeben, der das dritte oder richtiger das erste Mitglied des Ministerkomitees ist. Ich füge daher jedenfalls einen Durchschlag meines Schreibens an. Da ich den Entwurf von Ihnen erhalten habe und Sie mich gebeten haben, Ihnen meine Stellungnahme hiezu bekanntzugeben, habe ich mir erlaubt, mich an Sie zu wenden, und halte es für zweckmäßig, Sie zu bitten, meine Meinung auch Herrn Vizekanzler Dr. Schärf bekanntzugeben. Ich verbleibe mit den besten Grüßen

Ihr ergebener
Altmann

Anlagen!

576 Textpassage von unbekannter Hand unterstrichen. Glosse mit Wildmanns Paraphe am linken Seitenrand: „wurde korrigiert“

**Q 13 Bundesminister Felix Hurdes an Bundesminister Karl Altmann
am 18. Juli 1946**

ÖStA/AdR: BKA AA KdM 100.118-K/47

Typoskript (Durchschlag), 1 Seite, nicht paraphiert; Textpassagen von unbekannter Hand unterstrichen.

Der Rechtsanwalt Dr. Felix Hurdes entstammte den katholischen Studentenverbindungen. Ab 1936 war er Landesrat in Kärnten, von April 1938 bis April 1939 wurde er im KZ Dachau, vom September 1944 bis Jänner 1945 im KZ Mauthausen interniert. Hurdes arbeitete bereits im Widerstand für den Neuaufbau eines unabhängigen Österreichs. Er war ein früher Verfechter der Idee einer von der deutschen Nation unabhängigen „österreichischen Nation“, die er als Bundesminister für Unterricht 1945 bis 1952 auch über die Schulen zu vermitteln trachtete (statt „Deutsch“ hatte in den Zeugnissen „Unterrichtssprache“ zu stehen, im Volksmund als „Hurdestanisch“ bezeichnet). Hurdes war Mitbegründer der ÖVP und von 1945 bis 1952 ihr Generalsekretär.

18.7.1946.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Ich danke Ihnen für Ihr ausführliches Schreiben vom 16. Juli dieses Jahres bezüglich des Entwurfes des Rot-Weiss-Rot-Buches. Ich darf feststellen, dass auch Herr Vizekanzler Schärf und ich der gleichen Auffassung sind, dass zwar gegen den Entwurf grundsätzlich keine Einwendungen erhoben werden, dass jedoch unseres Erachtens das bisher vorliegende Material nicht sehr überzeugend wirkt. Aus diesem Grunde ist es mehr als fraglich, ob der vorliegende Entwurf die gewünschte Werbekraft hat.⁵⁷⁷

Vielleicht könnte man unserem Einwand dadurch begegnen, dass man den vorliegenden Entwurf des Rot-Weiss-Rot-Buches sehr deutlich als „1. Folge“ bezeichnet und damit zum Ausdruck bringt, dass wesentliches Material noch veröffentlicht wird.

577 Textpassagen von unbekannter Hand unterstrichen

Im Sinne Ihres Wunsches übermittle ich den Durchschlag des mir zugekommenen Schreibens an Herrn Vizekanzler Dr. Schärf.

Gleichzeitig stelle ich den Entwurf des Rot-Weiss-Rot-Buches dem Aussenamt zu Händen des Herrn Bundesministers Dr. Gruber zurück und setze ihn gleichzeitig ebenfalls von unseren Einwendungen in Kenntnis.

Mit vorzüglicher Hochachtung und den besten Grüßen

Herrn

Bundesminister Dr. Karl A l t m a n n

W i e n I.,

Justizpalast

**Q 14 Bundesminister Felix Hurdes an Bundesminister Karl Gruber
am 18. Juli 1946**

ÖStA/AdR: BKA AA KdM 100.118-K/47

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift; Textpassagen von unbekannter Hand unterstrichen.

Hurdes berichtete erst am 15. Oktober 1946 dem Ministerrat offiziell über das Ergebnis, der seinen Vorschlägen folgte.⁵⁷⁸

DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT

Wien, 18.7.1946.

Lieber Freund!

Bezüglich des Rot-Weiss-Rot-Buches übermittle ich dir das Original des an mich gerichteten Schreibens des Bundesministers Dr. Altmann vom 16.7. dieses Jahres samt dem Durchschlag meines heutigen Antwortschreibens.⁵⁷⁹

Die Situation ist also so, dass Du das Rot-Weiss-Rot-Buch nach der Stellungnahme der vom Ministerrat bestellten Kommission, Vizekanzler Dr. Schärf, Minister Dr. Altmann und ich, veröffentlichen lassen kannst, wenn den geringfügigen Bedenken des Bundesministers Dr. Altmann in seinem Schreiben vom 16.7. dieses Jahres Rechnung getragen wird. Ich lege großen Wert darauf, falls es wirklich schon jetzt zur Veröffentlichung des vorliegenden Materials kommt,⁵⁸⁰ unbedingt entsprechend deutlich auch schon im Titel zum Ausdruck kommt, dass es sich um eine „1. Folge“ handelt.

Es muss unbedingt zum Ausdruck kommen, dass die Veröffentlichung nach keiner Richtung hin vollständig ist.

Mit besten Grüßen

Dein
Hurdes

578 Verlaufsprotokoll, Beschlussprotokoll und Stenogramm Ministerrat 02.07.1946, Protokolle Ministerrat Figl I/3, S. 300, 306 u. 309.

579 Q 12 und Q 13.

580 Textpassage von Hand unterstrichen, unklar von wem; vermutlich Außenminister Gruber.

2 Beilagen.⁵⁸¹

Durch Boten.

Herrn

Bundesminister Dr. Karl Gruber

Wien I.,

Bundeskanzleramt

581 Q 12 und Q 13.

**Q 15 Amtsvermerk Karl Wildmann betreffend Stellungnahme
des Ministerkomitees, 19. Juli 1946**

ÖStA/AdR: BKA AA KdM 100.118-K/47

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Dieser Amtsvermerk Wildmanns trägt keinen Einsichtsvermerk.

A m t s v e r m e r k .

Zu der im Schreiben des Herrn Bundesministers Dr. Hurdes niedergelegten Stellungnahme des Minister-Redaktions-Komitees erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

1. Zum Schreiben des Herrn Bundesministers Dr. Hurdes.⁵⁸²

Die Anregung des Herrn Bundesministers Dr. Hurdes, die vorliegende Publikation gewissermaßen als ein Provisorium zu betrachten und dies auch äusserlich zum Ausdruck zu bringen, deckt sich vollkommen mit meiner Auffassung, die ich auch im Texte sowohl grundsätzlich als auch bei wiederholten konkreten Anlässen zum Ausdruck gebracht habe. Ich erlaube mir insbesondere auf die „Vorbemerkung“ zum I. Teil, 1. Kapitel (Mappe 2) hinzuweisen.

2. Zum Schreiben des Herrn Bundesministers Dr. Altmann.⁵⁸³

Es ist nicht richtig, dass die Publikation keine Ziffern über die Anzahl der K-Z.Häftlinge, Hingerichteten etz. enthält. In Mappe 8 sind unter dem Titel: „Die Opfer“ die vom KZ-Verband zur Verfügung gestellten Zahlen angeführt. Diese blieben jedoch trotz wochenlanger Bemühungen bei der Leitung des KZ-Verbandes (Dr. Sobek)⁵⁸⁴ unvollständig und sind – wie nicht zu leugnen – nicht sehr imponierend. Was die Gesamt-Zahl der Hingerichteten, in den KZ Ermordeten usw. betrifft, sind diese Zahlen derzeit nicht feststellbar und ich habe im Texte der Publikation immer wieder darauf hingewiesen, dass die beigebrachten Ziffern nur Teilgebiete betreffen, von denen auf die Gesamtsummen geschlossen werden muss.

Was die Kritik an den in Mappe 3 gebrachten Nationalrats- und Landtagswahlziffern betrifft, sind diese der periodischen Publikation „Berichte und Informationen“⁵⁸⁵

582 Q 14.

583 Q 12.

584 Zu Franz Sobek und zum KZ-Verband vgl. Darstellung Kapitel 1.10 und 1.11.

585 Gemeint sind wohl die „Berichte und Informationen des Österreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik“, die ab 1946 erschienen.

und dem Österreichischen Statistischen Jahrbuch entnommen. Ich werde mich selbstverständlich nochmals informieren, und eventuelle Fehler korrigieren.⁵⁸⁶

Was die Kritik an der mangelhaften Darstellung der Teilnahme von Österreichern am Kampf der Alliierten Armeen etc. betrifft, fehlt es eben auch hier an Dokumenten und systematischer Vorarbeit, so dass nur eine kursorische Darstellung gegeben werden kann.

Das beanstandete Volksgerichtsurteil gegen die „Grossösterreichische Freiheitsbewegung“ (Hochverratsprozess Kastelic) ist deshalb von wesentlicher Bedeutung, weil diese Hochverratsaffaire bereits in den Jahren 1938 und 1939 spielt und dadurch der wichtige Beweis erbracht wird, dass der österreichische Widerstand gegen das Hitlerregime nicht erst gegen Ende des Krieges, sondern sogar schon vor dem Ausbruch des Krieges aktiv war.⁵⁸⁷ Die politischen Tendenzen der betreffenden Gruppe sind hier völlig belanglos. Es kommt lediglich auf den Zeitpunkt ihrer Tätigkeit an und nur unter diesem Gesichtspunkt und unter ausdrücklicher Betonung dieses Umstandes wird der Fall verwertet.

Was die Kritik am wirtschaftlichen Teil der Publikation betrifft, habe ich gesprächsweise Herrn Bundesminister Altmann bereits auseinandergesetzt, dass die Erwähnung des wirtschaftlichen Aufstieges in der „Systemzeit“⁵⁸⁸ nicht der Verherrlichung dieser Zeit, sondern dem Nachweise dient, dass sich Österreich auch auf wirtschaftlichem Gebiete dem deutschen Drucke gegenüber zur Wehr gesetzt hat.

—0000—

Ich darf schließlich nochmals bemerken, dass eine Gesamtdarstellung der Materie, wie sie das Ministerkomitee wünscht und wie sie zweifellos als Ergänzung der

586 Was offenbar der Fall war. Vgl. Anm. 569.

587 Der Hinweis, dass sich die Gruppe „Großösterreichische Freiheitsbewegung“ nannte, wurde gestrichen (Rot-Weiss-Rot-Buch, S. 88-91). Vgl. Anm. 572. – Der Wiener Jurist Dr. Jakob Kastelic hatte sich in den „Ostmärkischen Sturmsharen“ engagiert, einer 1930 nach einer Idee seines Freundes Kurt Schuschnigg gegründeten katholischen politischen Erneuerungsbewegung und paramilitärischen Wehrformation. 1938 gründete er die „Großösterreichische Freiheitsbewegung“, die auf die Bildung einer Donauföderation unter Einbeziehung Bayerns hinarbeitete. Kastelic suchte Kontakt zu anderen Widerstandsbewegungen. Sie wurden verraten, Kastelic im Juli 1940 verhaftet. Am 1. März 1944 wurde ihm in Wien vor dem Volksgerichtshof der Prozess gemacht. Kastelic wurde zum Tod verurteilt, vier weitere Mitangeklagte wurden mit langjährigen Zuchthausstrafen bedacht. Kastelic starb am 2. August 1944 unter dem Fallbeil (Kastelic, Kastelic; Molden, Ruf, S. 49, 73-83). – Das Österreichische Biographische Lexikon verweist zu Kastelic an erster Stelle auf das Rot-Weiß-Rot-Buch (Kastelic, ÖBL).

588 Als „Systemzeit“ hatten die Nationalsozialisten abwertend die Zeit der Weimarer Republik im Deutschen Reich (1918 bis 1933, vgl. Anm. 504) und die Zeit des „Ständestaates“ in Österreich (1933 bis 1938) bezeichnet.

vorliegenden Publikation notwendig wäre, nicht von einem Einzelnen und nicht in der mir auferlegten Eile hergestellt werden kann, sondern dass dies nur im Rahmen einer zu diesem Zwecke berufenen Arbeitskommission in monatelanger Arbeit durchgeführt werden kann. Ich habe dies auch dem Herrn Bundeskanzler anlässlich der Vorlage meines Entwurfes als Anregung unterbreitet.

Da die Herren vom Ministerkomitee gegen den Entwurf und seine Argumentationen außer diesen unter den gegenwärtigen Verhältnissen unvermeidlichen Materialmängel keinen Einwand erheben, die Publikation jedoch, wenn überhaupt, so unverzüglich erscheinen müsste, erlaube ich mir die sofortige Drucklegung vorzuschlagen. Allfällige Korrekturen und Ergänzungen könnten dann auf Grund der vorliegenden „Fahnen“ angebracht werden.

Wien, am 19. Juli 1946

Wildmann

**Q 16 Amtsvermerk Karl Wildmann betreffend Grundlegung
des Rotbuches, 2. August 1946**

ÖStA/AdR: BKA AA KdM 100.118-K/47

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Dieser Amtsvermerk Wildmanns trägt keinen Einsichtsvermerk.

A M T S V E R M E R K
betreffend
Grundlegung des Rotbuches.

Der Entwurf des Rotbuches wurde im Auftrage des Herrn Generalsekretärs am 27. Juli dieses Jahres der Staatsdruckerei zur Drucklegung übergeben. Der Entwurf ist druckfertig „eingerichtet“, alle technischen Details sind mit den zuständigen Herren der Staatsdruckerei (vor allem mit Herrn Oberfaktor *T r i e b e r t*, Tel. U 18-5-85, Klappe 82) genau besprochen.

Das Manuskript wird fortlaufend gedruckt, die Druckfahnen werden je nach Fertigstellung successive in 5 Exemplaren dem Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, zur Korrektur übermittelt. Das gesamte Manuskript dürfte, soweit sich heute beurteilen läßt, Ende des Monats August in Druckfahnen vorliegen.

Hinsichtlich der weiteren Behandlung der Angelegenheit wurde folgendes veranlaßt:

- 1.) Die Staatsdruckerei liefert die Druckfahnen in 5-facher Ausfertigung an Dr. Reichmann, der das Manuskript genau kennt und mit den zuständigen Herren der Staatsdruckerei diesbezüglich bereits in Verbindung steht. Dr. Reichmann und mit ihm Dr. Verosta,⁵⁸⁹ der gleichfalls bei der Materialzusammenstellung mitgearbeitet hat, werden die Fahnen auf Druckfehler etc. durchsehen.
- 2.) Legationssekretär Dr. Schöner⁵⁹⁰ übernimmt sodann die durchgesehenen Fahnen und legt sie Herrn Generalsekretär,⁵⁹¹ bzw. Herrn Bundesminister vor.
- 3.) Um die englische und französische Ausgabe der Publikation möglichst zu beschleunigen, werden sie je nach Einlangen im Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, fortlaufend zur Übersetzung in die beiden Sprachen weitergegeben.

589 Hans Reichmann und Stephan Verosta waren im Außenamt der Abteilung 6 Referat 6 VR (Völkerrechtsbüro) zugeteilt.

590 Josef Schöner war im Außenamt der Abteilung 5: Auswärtige Kultur- und Wirtschaftspolitik „in besonderer Verwendung“ zugeteilt (Österreichische Behörden 1946, S. 19).

591 Generalsekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Heinrich Wildner.

Nach Rücksprache mit Herrn Gesandten Engerth⁵⁹² ist in Aussicht genommen, daß dessen Schwager, Herr Professor Buschbeck die Übersetzung übernimmt.⁵⁹³ Herr Gesandter Engerth hat aber auch noch andere Übersetzungsmöglichkeiten in Aussicht, falls sich hinsichtlich der Durchführung der Übersetzungsarbeiten Hindernisse ergeben sollten.

4.) Herr Redakteur Seiffert, der mit mir gemeinsam die Druckeinrichtung des Manuskripts durchgeführt hat, wird sich nach seiner ungefähr Mitte August erfolgenden Rückkehr aus Paris vereinbarungsgemäß für die weitere Überwachung der Drucklegung zur Verfügung stellen.⁵⁹⁴

.....

Die Publikation wird in dem Format der Mitteilungen des Alliierten Rates gedruckt und wird voraussichtlich ca. 200 Seiten stark sein.⁵⁹⁵ Dieses Format wurde deshalb gewählt, weil es für den Abdruck der Originaldokumente am günstigsten ist.

Die Preiskalkulation ist noch nicht beendet, man nimmt aber an, daß die deutsche Ausgabe zu einem Verkaufspreise von ca. 5.- Schilling⁵⁹⁶ abgegeben werden könnte. Den Vertrieb in Österreich übernimmt die Staatsdruckerei und zwar soll die Publikation nicht nur in Buchhandlungen, sondern auch bei allen Zeitungs- und Zeitschriften-Vertriebsständen erhältlich sein. Da bei dem allgemeinen Interesse an dem Gegenstande mit einem Massenabsatz gerechnet werden kann, ist die Herstellung von 100.000 deutschen Exemplaren in Aussicht genommen. Die erste Auflage soll 30.000 Exemplare umfassen, der Nachdruck der weiteren Auflagen erfolgt je nach dem Absatz.

Vielleicht bestünde die Möglichkeit, die Publikation (die immerhin einen stattlichen Band darstellen wird) zu einem Preis von Schilling 10,- abzusetzen, wobei der Reinertrag einem Wiederaufbau-, Wiedergutmachungs- oder sonstigen Zwecke zugeführt werden könnte.

Für die englische und französische Ausgabe sind vorläufig Auflagen von 20.000 bzw. 10.000 Exemplaren in Aussicht genommen.

W i e n , am 2. August 1946.

Wildmann

592 Wilhelm Engerth war, wie Schöner, im Außenamt der Abteilung 5: Auswärtige Kultur- und Wirtschaftspolitik „in besonderer Verwendung“ zugeteilt (Österreichische Behörden 1946, S. 19). Er war ständiger Vertreter bei der englischen Delegation der Interalliierten Kommission (Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S. 89).

593 Ich konnte nicht mit Sicherheit klären, welcher „Professor Buschbeck“ gemeint ist.

594 Vielleicht führte Otto Seiffert die Außenministerkonferenz nach Paris.

595 Das viersprachige Mitteilungsblatt der Alliierten Kommission - Buletten Sojuzniceskoj Komissii po Avstrii. Gazette of the Allied Commission for Austria. Gazette de la Commission Alliée pour l'Autriche. Wien 1945 bis 1955 – wurde ebenfalls in der Österreichischen Staatsdruckerei gedruckt. Es erschien wie das Rot-Weiß-Rot-Buch im A4-Format (210 x 297 mm).

596 Mit dem Schillinggesetz vom 30. November 1945 (Erste Währungsreform) wurde der Schilling

**Q 17 Amtsvermerk Generalsekretär Heinrich Wildner betreffend
Fortsetzung der Arbeiten, 11. November 1946**

ÖStA/AdR: BKA AA KdM 100.118-K/47

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Dr. Heinrich Wildner wickelte als Abteilungsleiter 1938/39 die Liquidierung des Außenamtes ab. 1945 bis 1947 diente er Staatskanzler Karl Renner, dann Außenminister Karl Gruber als Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, als „Chefbeamter“ im Außenamt.⁵⁹⁷

Oben rechts vermerkten Außenminister Gruber und Bundeskanzler Figl mit ihren Paraphen, dass sie diesen Amtsvermerk eingesehen haben. Unten links die Paraphe Wildmanns datiert mit 11. Dezember 1946.

A m t s v e r m e r k .

Der eben in Druck befindliche 1. Teil des Österreichischen „Rot-Buches“ ist seinerzeit, da sich keine österreichische Stelle für die Inangriffnahme eines solchen Werkes gefunden hatte, im Auftrage des Bundesministers Dr. Gruber durch Legationsrat Wildmann ausgearbeitet worden und lag schon im Juni laufenden Jahres fertig vor. Hierbei hatte sich erwiesen, dass ein die Widerstandsbewegung im In- und Auslande zweckdienliches und genugsam [sic!] illustriertes Material noch nicht zur Stelle gebracht werden konnte, wie es auch heute noch nicht im wünschenswerten Ausmasse vorliegt. Diese Arbeit muss raschestens nachgeholt werden. Sie könnte vom Aussenamt bei seinem geringen Personalstand nicht geleistet werden. Es wird vielmehr notwendig sein, hiermit einen eigenen Apparat kurzfristig zu betrauen, der – zusammengesetzt aus Vertretern der verschiedenen in Betracht kommenden Zentralstellen – zunächst das mittlerweile eingelaufene Material sichtet und weiteres Material ausfindig zu machen hätte. Wir wissen beispielsweise heute noch nicht einmal die genaue Zahl der Personen, die in den Konzentrationslagern untergebracht waren.

wieder eingeführt und ein Umtausch in Reichsmark und „Alliierte Militärschillinge“ im Verhältnis von 1:1 festgesetzt; wobei pro Kopf nur 150 Schillinge bar ausbezahlt wurden und der Rest einem beschränkt verfügbaren Konto gutgeschrieben wurde.

597 Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S. 60-61 u. 76-80.

Der aufzustellende Apparat hätte auch die eigentliche Redaktionsarbeit vorzubereiten. Endlich würde für die Tragung der Kosten Vorsorge zu treffen sein. Das Aussenamt, das bisher die Arbeiten für den 1. Teil besorgt hat (Legationsrat Wildmann, unterstützt durch die Doktoren Verosta und Reichmann sowie die Schreibarbeiten), kann auch nicht für die Kosten der Drucklegung und die Ausgaben, die sich noch ergeben sollten und ergeben haben, wie jetzt vom Justizministerium geforderte Lesegebühr für den 1. Teil, aufkommen.

Wien, am 11. November 1946

Wildner

**Q 18 Amtsvermerk Karl Wildmann betreffend Weiterführung der
Redaktionsarbeiten, 30. Dezember 1946**

ÖStA/AdR: BKA AA KdM 100.118-K/47

Manuskript (auf Aktenumschlag), 1 Seite, Originalunterschrift.

Dieser handschriftliche Aktenvermerk war für Generalsekretär Dr. Heinrich Wildner bestimmt. Wildner vermerkte auf dem Aktenumschlag „siehe Amtsvermerk vom 11.11.1946“ (Q 17).

Wildmann hatte mit 1. Dezember 1946 die Leitung der Personalabteilung des Außenamtes übernommen.

Amtsvermerk.

Durch das Erscheinen des RWR-Buches ist das öffentliche Interesse an diesem Fragekomplex stark angestiegen und insbesondere hat der Umstand, daß die Publikation als „Erster Teil“ bezeichnet wurde, die Frage der Redaktion der erwarteten weiteren Veröffentlichungen aktualisiert.

Es erscheint daher dringend geboten, eine Verfügung hinsichtlich der weiteren Bearbeitung dieses Gegenstandes zu treffen, die wohl auch am zweckmäßigsten im Rahmen des Bundespressedienstes eingebaut würde.

Vorläufig ist der dem Bundespressedienst zugeteilte Redakteur Otto Seiffert einvernehmlich zwischen Sektionsrat Dr. [Fritz] Meznik und dem Unterzeichneten mit dem administrativen, druckerischen und sonstigen Angelegenheiten des RWR-Buches betraut.⁵⁹⁸

Wildmann
30/12

598 Fritz Meznik war seit 1. Jänner 1946 stellvertretender Leiter der Sektion III: Pressedienst im Bundeskanzleramt und mit der vorläufigen Leitung der Sektion betraut (Österreichische Behörden 1946, S. 17). Der Jurist war 1939/40 wegen Aktivitäten im Widerstand in Haft, wurde 1942 zur Wehrmacht eingezogen, desertierte in Frankreich zur Résistance, arbeitete ab 1944 im US-Hauptquartier in Frankreich mit und leitete 1945 die Pariser Rundfunksendungen für Österreich (APA 196 ID 03.02.1983; APA OTS0079 II NBU001 04.08.1989).

**Q 19 Amtsvermerk Karl Wildmann betreffend Weiterführung der
Rot-Weiß-Rot-Buch-Arbeit, 6. Februar 1947**

ÖStA/AdR: BKA AA KdM 100.118-K/47

Typoskript (auf Aktenumschlag), 2 Seiten, Originalunterschrift.

Dieser Aktenvermerk war für Generalsekretär Dr. Heinrich Wildner bestimmt. Er ist auf dem Formular des Aktenumschlags mit „Wien, am 6. Februar 1947“ datiert und von Wildmann gezeichnet.

Wildmann vermerkte am 26. September 1947 handschriftlich: *„gesehen und einvernehmlich mit Gesandten Wildmann festgestellt, daß das ganze Material mittlerweile dem Bundespressedienst zur weiteren Behandlung übergeben worden ist, dem die weitere Verfügung obliegt.“*

Amtsvermerk.

Bezugnehmend auf den Aktenvermerk des Herrn Generalsekretärs, Gesandten Dr. Wildner, vom 11. November 1946,⁵⁹⁹ der vom Herrn Bundeskanzler und vom Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten eingesehen wurde, bezw. auf meinen Amtsvermerk vom 30. Dezember 1946,⁶⁰⁰ erlaube ich mir nochmals darauf hinzuweisen, dass durch Erscheinen des ausdrücklich als „1. Teil“ bezeichneten Rot-Weiss-Rot-Buches die Frage der Weiterbearbeitung dieses nicht nur augenblicklich höchst aktuellen, sondern auch auf weite Sicht hin wichtigen Themas eine Regelung wird zugeführt werden müssen.

Ich habe bereits anlässlich der mir übertragenen Verfassung des 1. Teiles des Rot-Weiss-Rot-Buches pflichtgemäss darauf hingewiesen, dass diese Arbeit solcher Art sei, dass sie nicht von einem Einzelnen, sondern nur von einer eigens hiezu zu schaffenden Sonderkommission oder Arbeitsgemeinschaft durchgeführt werden könnte und dies die von mir gelieferte Arbeit im Hinblick auf die Kürze des mir hiefür gestellten Termines und das Fehlen aller systematischen Vorarbeit gewissermaßen nur eine Improvisation darstellen könne. Meine Arbeit lag zu dem mir gestellten Termin Mitte Juni 1946 fertig vor, Mitte Juli 1946 lag die Approbation durch das hiefür bestellte Ministerkomitee vor (Vizekanzler Schärf, Bundesminister

599 Q 17.

600 Q 18.

Hurdes und Bundesminister Altmann), worauf ich das Manuskript am 27. Juli 1946 der Staatsdruckerei übergab. Die Fertigstellung des Buches hat sich aus den bekannten Gründen bis zum 15. Dezember 1946 verzögert.

Die Ursachen für die Lücken und Mängel des dokumentarischen Teils des Rot-Weiss-Rot-Buchs, auf die im Textteil des Buches wiederholt hingewiesen wird, bestehen auch heute noch weiter, da ihre Behebung nur auf dem eingangs angedeuteten Wege möglich ist. Die Behebung dieser Mängel ist heute infolge der inzwischen eingetretenen Normalisierung des Nachrichten- und Reiseverkehrs im Inland und mit dem Auslande wesentlich leichter als zur Zeit der Abfassung des 1. Teiles, sie ist jedoch auch heute wie damals nur auf dem mehrfach angedeuteten Wege durchzuführen.

Auf Grund meiner Erfahrungen bei der Verfassung des 1. Teiles erlaube ich mir nachstehend folgende konkrete Anregungen zu unterbreiten:

- 1.) Der Ministerrat beschliesst die Einsetzung einer Sonderkommission im Bundeskanzleramt zur Weiterführung der Rot-Weiss-Rot-Buch-Arbeit.
- 2.) Errichtung eines Büros für die organisatorische und redaktionelle Leitung und Durchführung der Arbeit. (Vorschlag für die redaktionelle Leitung: Otto Seiffert, der bereits mit der Materie vertraut ist.)
- 3.) Für die einzelnen Sparten des zu bearbeitenden Materials sind geeignete Referenten zu bestellen, die dem vorerwähnten Büro angehören (Vorschlag: Naziopfer: Ministerialrat Dr. Sobek,⁶⁰¹ Oesterreicher in alliierten Armeen: Legationssekretär Dr. Reichmann,⁶⁰² Widerstandsbewegung: General Gruber,⁶⁰³ Wirtschaftsfragen: ein Referent des Bundesministeriums für Vermögenssicherung,⁶⁰⁴ etc. etc.).
- 4.) Aufstellung ähnlich konstruierter Landesbüros bei den einzelnen Landeshauptmannschaften, bezw. besondere Referenten für die einschlägigen Bundesministerien.
- 5.) Das unter Punkt 2 erwähnte Zentralbüro stellt grundsätzliche Richtlinien und Methoden hinsichtlich der Ueberprüfung, Beglaubigung und Verwertung des bereits vorliegenden und weiter einlangenden Materials auf, das im Hinblick auf seine bleibende Bedeutung fachgemäss zu archivieren ist.

601 Franz Sobek war Obmann des „Bundes der politisch Verfolgten“ (vgl. Anm. 232).

602 Hans Reichmann hatte als Offizier in der französischen Armee gedient.

603 Ich konnte nicht eindeutig klären, wer damit gemeint war.

604 Das (ÖVP-geführte) Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung war unter anderem für die Sicherung des Deutschen Eigentums sowie für die Erfassung, Sicherung, Verwaltung und Verwertung ehemaligen NS-Vermögens und „arisierten“ Vermögens.

Q 20 Georg Schelling: Die letzten Kriegstage in Vorarlberg

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 14

Typoskript, insgesamt 7 Seiten, Originalparaphe.

Der Priester, Journalist und Lagerdekan Georg Schelling kehrte nach sieben Jahren Internierung im Konzentrationslager Dachau am 15. April 1945 nach Bregenz zurück. Er recherchierte die Ereignisse während der letzten Kriegstage in Vorarlberg und veröffentlichte diese „Kriegschronik“ zunächst im November und Dezember 1945 im „Vorarlberger Volksblatt“, das ab 16. November 1945 als „Organ der Österreichischen Volkspartei“ wieder erscheinen durfte.⁶⁰⁵ Die Artikelserie war als „*ein erster Aufruf zur Mitarbeit an dieser Kriegschronik*“ gedacht.⁶⁰⁶ Sie erntete große Aufmerksamkeit, gleichzeitig aber auch Kritik, was die Rolle führender Nationalsozialisten, der „Widerstandsbewegung“ und der Militärs sowie die Nennung von Namen betraf.⁶⁰⁷ Ende April 1946 klagte Schelling, seit dem Vorjahr Frühmesser in Altach, dass seine „Kriegschronik“ noch nicht druckreif abgeschlossen sei, weil es ihm an Zeit mangle (Q 8). 1947 wird er seine wertvolle Dokumentation als Buch unter dem Titel „Festung Vorarlberg. Ein Bericht über das Kriegsgeschehen 1945 in Vorarlberg“ veröffentlichen (Neuaufgaben 1980, 1987).⁶⁰⁸ Vermutlich bediente sich Schelling zur Ergänzung zum Teil derselben Quellen wie die Rotbuch-Redaktion.⁶⁰⁹

Am 20. Mai 1946 übersandte Dr. Hans Nüchtern, der Leiter der Literaturabteilung RAVAG (Österreichische Radioverkehrs AG), Legationsrat Wildmann auf dessen Wunsch Unterlagen aus Kärnten, der Steiermark, Tirol und Vorarlberg, die der RAVAG von den Landesregierungen über das Bundeskanzleramt zugegangen waren; aus Bregenz 23 Exemplare des nationalsozialistischen „Vorarlberger Tagblatts“, der

605 Georg Schelling, Die letzten Kriegstage in Vorarlberg. Ein Tatsachenbericht, in: VVB 16.11.1945, S. 2-3; 17.11.1945, S. 3; 19.11.1945, S. 2; 20.11.1945, S. 2; 21.11.1945, S. 2; 22.11.1945, S. 2; 23.11.1945, S. 2; 24.11.1945, S. 3; 26.11.1945, S. 3; 27.11.1945, S. 2; 28.11.1945, S. 2; 29.11.1945, S. 2; 01.12.1945, S. 3; 03.12.1945, S. 2; 04.12.1945, S. 2; 05.12.1945, S. 2; 06.12.1945, S. 2; 07.12.1945, S. 3; 11.12.1945, S. 2; 12.12.1945, S. 3; 13.12.1945, S. 2; 14.12.1945, S. 2; 17.12.1945, S. 2; 18.12.1945, S. 2; 19.12.1945, S. 2; 20.12.1945, S. 2; 21.12.1945, S. 2; 22.12.1945, S. 2; 24.12.1945, S. 4; 27.12.1945, S. 2; 29.12.1945, S. 2.

606 Schelling, Festung Vorarlberg, S. 8 (Vorwort Schelling, 01.05.1947).

607 Ebenda, S. 8-10 (Vorwort Schelling).

608 In dieser Arbeit wird nach der 3. Auflage von 1987 zitiert, die mit einem Orts- und Personenregister versehen ist. Zur Bedeutung des Buches vgl. das Vorwort Meinrad Pichlers zu dieser von ihm bearbeiteten Auflage.

609 Dies dürfte jedenfalls beim Bericht Lorenz Tiefenthalers über die Ereignisse an der Felsenaubücke (Q 25) der Fall gewesen sein (vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 160-167).

im Folgenden edierte Bericht Georg Schellings „Die letzten Kriegstage in Vorarlberg“ und eine Broschüre von Professor Dr. Paul Pirker „Citadelle Bregenz“ (1. Auflage 1946).⁶¹⁰ Da Schellings Beitrag mit 1. April 1946 datiert ist, entstand er bereits vor dem Rotbuch-Projekt, das in Vorarlberg erst einige Tage später bekannt wurde. Vielleicht war es für einen Rundfunkbeitrag bestimmt.

Attach, 1.4.46

Die letzten Kriegstage in Vorarlberg⁶¹¹

136 Jahre lang, also seit Napoleons Zeiten,⁶¹² blieb das Land Vorarlberg von Kriegen verschont. Die Zwingherrschaft Hitlers hat dann noch in den letzten April- und ersten Maitagen 1945 auch in unser Land den Krieg hereingetragen. Schon im Herbst bemühte sich der schweizerische Konsul Karl Bitz in Bregenz, ein Mann von Weitblick und ehrlicher Verbundenheit mit dem Lande Vorarlberg, über das Internationale Rote Kreuz von beiden kriegsführenden Parteien die Zustimmung zu erwirken, dass Vorarlberg als Schutzgebiet bestimmt wurde, in dem eine grosse Zahl von Lazaretten, ferner Frauen, Kinder und gebrechliche Leute untergebracht und unter den völligen Schutz des Roten Kreuzes genommen würden.⁶¹³ Da Vorarlberg mit der Schweiz eine lange Grenze gemeinsam hat und sehr günstige und reichliche Unterbringungsmöglichkeiten für Lazarette bietet, griff das Internationale Rote Kreuz den Plan gerne auf. Die Alliierten waren mit dem Plane einverstanden, jedoch das Deutsche Reich lehnte ihn ab, da die Reichsregierung die Rüstungsindustrie nach Süden verlagern wollte. So war den Bemühungen des Konsuls leider kein Erfolg beschieden.

610 ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 14: Nüchtern an Wildmann, Wien 20.05.1946. – Schellings Bericht und Pirkers Broschüre liegen hier ein, die Ausgaben des Vorarlberger Tagblatts habe ich nicht gefunden. – In der Broschüre „Citadelle Bregenz“ schilderte Paul Pirker seine Erlebnisse und das Bregenzer Drama in den letzten Kriegstagen aus seiner Sicht. Im Eigenverlag ließ Pirker noch 1946 drei weitere, ergänzte Auflagen folgen.

611 Zum diesem Beitrag vgl. vor allem Schelling, Festung Vorarlberg; Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945, S. 25-131; Rauchensteiner, Krieg in Österreich, S. 239-278; Wanner, Vorarlberg 1945 (zusätzliches Bildmaterial); Nachbaur, Lage im Vorarlberg (Berichterstattung der „Neuen Zürcher Zeitung“).

612 1796 erster Angriff französischer Truppen auf Vorarlberg, 1799 Schlacht bei Feldkirch, 1800 Besetzung des Landes durch die Franzosen, 1809 Volksaufstand gegen die legitime bayerische Herrschaft.

613 Ing. Karl Bitz, seit 1927 Honorar-Konsularagent, wurde 1939 zum Honorar-Konsul und 1946 zum Konsul der Schweiz mit Sitz in Bregenz bestellt. Für seine großen Verdienste wurde Bitz 1965 als einer der Ersten mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Vorarlberg, der höchsten Landesauszeichnung, geehrt.

Es hätte nicht viel gefehlt, wäre der Krieg glatt über Vorarlberg hinweggerollt. Aber es kam wieder anders. Die Franzosen machten am 22. April einen überraschenden Vorstoss in Richtung Ravensburg, setzten aber den Marsch nicht in Richtung Bregenz fort, sondern schwenkten gegen Konstanz ab. Dieser Stoss gegen den Süden Württembergs kam so unerwartet, dass damals in Vorarlberg kaum eine ernstzunehmende Verteidigung eingeschaltet worden wäre. Es dauerte aber noch eine ganze Woche, bis die Franzosen die Front gegen Lindau und Bregenz vortrugen. Es war die Woche, da den Parteibonzen auf einmal alle Sünden einfielen, wo sie fieberten und zitterten und die Akten verbrannten und ihre schönen Limousinen jeden Augenblick abfahrbereit hielten. Noch einmal glaubten sie, das Volk an der Gurgel packen zu können, indem sie Männer, die einmal führend waren und wieder führend werden könnten, als Geiseln verhaften liessen. In Eile wurden noch die letzten Verteidigungsmassnahmen getroffen.

Der Verteidigungsplan für Vorarlberg wurde im November 1944 genau festgelegt. Zur Ausführung der Befestigungsarbeiten erhielt die OT⁶¹⁴ den Auftrag reichlich spät, nämlich nach Neujahr 1945, als die Alpenvorlandstellung um den „Baubschnitt VIII Vorarlberg“ erweitert wurde. Zum verantwortlichen Leiter des Befestigungsvorhabens in Vorarlberg wurde von Gauleiter [Franz] Hofer der eben nicht gerade im besten Andenken stehende Kreisleiter [Wernfried] Richter von Bludenz bestellt. Es war aber schon die Zeit, da Eisen und Beton für [eine] festungsmässige Ausführung der Bauten kaum mehr zu haben waren. Man zwang daher die Zivilbevölkerung, Volkssturm,⁶¹⁵ HJ⁶¹⁶ und vereinzelt Frauen zu Schanzarbeiten. Nur an einigen wenigen Punkten, die eben von der Natur besonders begünstigt sind, konnten die von den Pionieroffizieren empfohlenen Anlagen einigermaßen so ausgeführt werden, dass sie den Feind eine Zeitlang hätten aufhalten können, wenn im deutschen Heer noch ein wirklicher Verteidigungswille vorhanden gewesen wäre und wenn ihm schwere Artillerie und eine Flugwaffe zur Verfügung gestanden wären. Solche Punkte waren nördlich von Bregenz in Richtung Lindau die Klause, wo der Bergfuss bis auf Strassenbreite an das Seeufer herantritt, dann bei Götzis, wo sich der Kummberg quer über das Rheintal legt, und hinter Feldkirch, wo die Illschlucht in der Felsenau leicht unpassierbar zu machen ist. Gegen Ende des Krieges befahl Gauleiter Hofer dann noch die Verteidigung einiger anderer Punkte,

614 Die Organisation Todt (OT) war eine nach militärischem Vorbild organisierte Baupolizei, die 1938 gegründet wurde und ab März 1940 dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition unterstellt war. Sie wurde vor allem für Baumaßnahmen in den von Deutschland besetzten Gebieten eingesetzt. Sie war bereits vor Kriegsbeginn 1939 auch in Vorarlberg im Straßenbau im Einsatz.

615 Zum Volkssturm (Standschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

616 Zur Hitlerjugend (HJ) vgl. Anm. 782.

die aber kaum mehr begonnen wurde. Seine letzte Hoffnung setzte Hofer auf das Bollwerk Arlberg. Er glaubte noch immer, sich als „Landesfürst“ von Tirol halten zu können. Es war nicht schwer, gegen Westen alle Zugänge zu verrammeln. Die Jöcher⁶¹⁷ waren tief verschneit. Hofer gab an seinen vertrauten Kreisleiter [Hans] Bernard von Landeck den Spezialauftrag, die Arlberg- und die Flexenstrasse zu sprengen und den Arlbergtunnel durch eine riesige Sprengladung auf 150 Meter zu verschütten.⁶¹⁸

Als der Verteidigungsplan für Vorarlberg aufgestellt wurde, also November und Dezember 1944, rechneten die Militärtaktiker noch damit, dass die Rheinstellung von Basel bis Holland dem Druck der Alliierten unbedingt standhalten werde, und dass mit einem gewaltsamen Durchmarsch der alliierten Truppen durch die Schweiz gerechnet werden müsste. Deshalb sieht der Befestigungsplan auch Anlagen vor, die gegen Westen gerichtet sind. Ausserdem rechneten die Taktiker damit, dass im Vorarlberger Rheintal Fallschirmspringer abgesetzt werden könnten, die unter Zuschub von der Schweiz her oder mindestens unter Rückendeckung durch das schweizerische Rheinufer sich im Rheintal entfalten könnten. Tatsächlich wurden auch zwischen der Widerstandsbewegung und den Alliierten diesbezügliche Pläne ausgetauscht.

Die Woche zwischen 22. und 29. April war für die Bevölkerung Vorarlbergs eine nervenaufreibende Zeit. Es wurden fieberhafte Verhandlungen geführt, um besonders die Städte Bregenz und Feldkirch aus dem Kriege herauszuhalten. Der Druck der Partei war immerhin noch so gross, dass man noch nicht über alles offen reden konnte. Eine Parole jagte die andere und niemand wusste, wie man daran ist. In diesen beiden Städten waren an die 6.000 verwundete Soldaten untergebracht. Der überraschende Vorstoß der Franzosen an die Bodenseegegend veranlasste den Chefarzt der Bregenzer Lazarette, Oberstabsarzt Dr. [Georg] Poschacher, durch die Vermittlung des Internationalen Kreuzes eine Erklärung der beiden kriegsführenden Parteien zu erwirken, dass Bregenz und Feldkirch als Offene Städte behandelt werden.⁶¹⁹ Nach einem dreimaligen Anlauf gelang es dem Leiter des Wehrmeldeamtes in Bregenz, Oberstleutnant Lang, beim Generalkommando in Salzburg die Ermächtigung für Dr. Poschacher zu erwirken, dass er mit dem Roten Kreuz verhandeln könne. Unter tatkräftiger Mithilfe des schweizerischen Konsuls Bitz waren innerhalb 24 Stunden die notwendigen Grundlagen zu den Verhandlungen geschaffen.

617 Gebirgsübergänge, Pässe.

618 Zu NSDAP-Kreisleiter Hans Bernard vgl. auch Q 31 (Illwerke).

619 Zu Bregenz vgl. Pirker, Citadelle Bregenz; Schelling, Festung Vorarlberg, S. 40-101; Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945, S. 68-87; Walsler, Die letzten Tage, S. 222-223; Klagian, Bregenz.

Der Festungskommandant General [Valentin] Feurstein, ein gebürtiger Bregenzer, war für das Projekt zu haben. Gauleiter Hofer, der Mann mit dem zarten Gewissen, der offenbar eine Doppelstrategie spielte, äußerte „Gewissensbedenken“, denen General Feurstein dadurch begegnete, dass er das Einverständnis des Generalobersten Vittinghoff [Heinrich von Vietinghoff], des Befehlshabers der Heeresgruppe C, einholte und sie auch erhielt – Vittinghoff [Vietinghoff] stand ja schon in Kapitulationsverhandlungen mit den Amerikanern.⁶²⁰ Von Bregenz aus wurde das Internationale Rote Kreuz in Genf sofort verständigt. Die Stellungsbauten wurden eingestellt.

Als am Sonntagabend (29. April) die Nachricht von den Alliierten eintraf, dass sie dem Vorschlag des offenen Charakters der Städte Bregenz und Feldkirch annehmen, war bei den Befestigungen an der Bregenzer Klause schon wieder Militär aufgezo-gen und Bregenz wurde in den Verteidigungszustand versetzt.

Generalfeldmarschall [Albert] Kesselring hatte offenbar Verdacht geschöpft, dass Vittinghoff [Vietinghoff] nicht mehr verlässlich sei;⁶²¹ Vittinghoff [Vietinghoff] wurde ihm unterstellt, General Feuerstein erhielt aber davon keine Verständigung und meldete daher auch Kesselring nichts von der Vereinbarung mit dem Roten Kreuz. Feuerstein wurde abgesetzt und mit dem Kriegsgericht bedroht. Die Verteidigung Vorarlbergs wurde dem General [Hans] Schmitt [Schmidt], Kommandeur der 24. Armee, übertragen, der sich mit seinen Truppen vom Schwarzwald her in die Alpen abgesetzt hatte.⁶²²

Kesselring liess die Abmachungen General Feuersteins mit dem Internationalen Roten Kreuz bezüglich der Offenen Städte Bregenz und Feldkirch nicht gelten. Eine

620 Vgl. Feurstein, Irrwege, S. 302-314. – Generaloberst Heinrich von Vietinghoff-Scheel, ab 15. März 1945 Oberbefehlshaber Südwest in Italien, unterzeichnete am 29. April 1945 im Hauptquartier des alliierten Mittelmeerkommandos die Kapitulation der Heeresgruppe C der Wehrmacht. Sie trat am 2. Mai 1945 zu Mittag in Kraft.

621 Generalfeldmarschall Albert Kesselring, seit 1941 Oberbefehlshaber Süd, übernahm am 11. März 1945 den Oberbefehl West über die bereits in Süddeutschland verlaufende Westfront. Am 5. Mai 1945 ließ Kesselring in Haar bei München die Kapitulation der Heeresgruppe G unterzeichnen, zu der auch die in Vorarlberg kämpfenden Verbände gehörten.

622 General der Infanterie Hans Schmidt erhielt am 26. April 1945 den Verteidigungsauftrag für Vorarlberg. Seine „24. Armee“ war eine Schimäre. Zur Täuschung der alliierten Nachrichtendienste war der ehemalige Erkundungsstab Donaueschingen in Armeeeoberkommando (AOK) 24 umbenannt worden, das der 19. Armee unterstand. Dem AOK 24 wieder war regulär nur die 405. Ersatz- und Ausbildungsdivision unterstellt (Rauchensteiner, Krieg in Österreich, S. 246, 250-252, 255-261, 300-303, 357). Einschließlich versprengter Waffen-SS und der Vorarlberger Garnisonen zählte sein mangelhaft ausgebildeter „Attrappenverband“ 8.000 bis 9.000 Mann (vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 21). Hinzu kamen die unzuverlässigen Standschützen. Bei den Soldaten der Waffen-SS dürfte es sich zum Teil um Reste des XVIII. SS-Armee Korps gehandelt haben, das von den Franzosen bei Donaueschingen aufgerieben wurde. Es hatte ebenfalls zum Verband der 19. Armee

korrigierende Erklärung wurde wohl unter Billigung von General Schmitt nach Genf despeschiert, musste aber von dort zu spät zu den Alliierten gelangen, da am Sonntagabend bereits französische Truppen Vorarlberger Boden betreten hatten. Oberstabsarzt Dr. Poschacher und Dr. Meier [Meyer], ein Schweizer Arzt im Dienste des Roten Kreuzes, schlugen sich unter Lebensgefahr, als Bregenz schon beschossen wurde, in das französische Quartier durch und klärten auf. Sie erwirkten wohl eine absolute Schonung der Lazarette, mussten aber ein kurzfristiges Ultimatum nach Bregenz überbringen, wonach in drei Stunden die Klausen geräumt sein müsse, andernfalls erfolge zwei Minuten später ein Bombardement über Bregenz. Weder Dr. Poschacher noch dem amtierenden Vizebürgermeister von Bregenz gelang es, in dieser kurzen Zeit, zudem bei Nacht, das zuständige Militärkommando aufzufinden (das tatsächlich 20 km weit weg sich in Klausen niedergelassen hatte!) und die untergeordneten Militärstellen, die die Bregenzer Klausen zu halten hatten, getrauten sich nicht, die Stellungen zu verlassen.

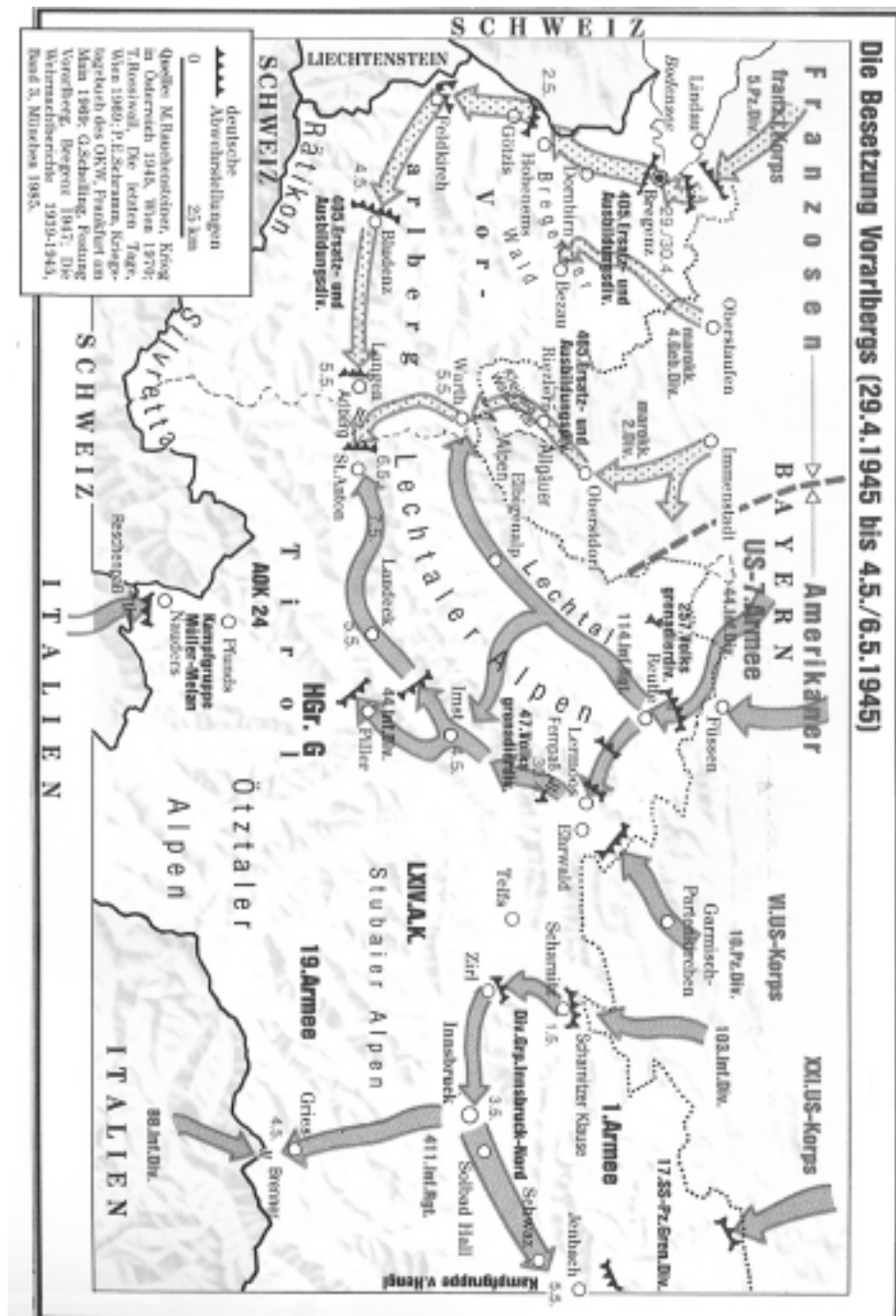
So kam es am 1. Mai vormittags zu einer Beschießung der Stadt Bregenz, wodurch die Bahnhofsgegend besonders übel zugerichtet wurde. 700 Personen wurden obdachlos. So musste Bregenz dafür büßen, dass Kesselring den Vertrag nicht einhielt. Dabei ist es noch nicht endgültig abgeklärt, wieweit die Partei die Hände im Spiel hatte. Denn der Gauleiter, die Kreisleiter und die Kreisamtsleiter waren fanatisch bis zum letzten Augenblick. Dann machten sie sich auch aus dem Staub.

Am Vormittag des 1. Mai zog sich die deutsche Wehrmacht über die Bregenzerach zurück. Die Klausen waren durch umgelegte Betontürme mehrfach blockiert. Im Laufe des Vormittags führte Professor Dr. Pirker zwei französische Kompanien Infanterie über einen Bergweg in die Stadt herüber.⁶²³ Nach Sprengung der Hindernisse rollten um 4 Uhr Nachmittag die Panzer der ersten französischen Armee in die bereits mit rotweissroten Flaggen geschmückte Landeshauptstadt Vorarlbergs ein.⁶²⁴

gehört (vgl. Rauchensteiner, Krieg in Österreich, S. 251-252). „Festungskommandant“ Schmidt zog sich durch das Rheintal, den Walgau und das Klostertal in Richtung Arlberg zurück, lieferte den angreifenden französisch-marokkanischen Verbänden Rückzugsgefechte und hinterließ eine Spur der Verwüstung. Er hatte Befehl, sich in den Raum Landeck abzusetzen (Kaltenegger, Alpenfestung, S. 294). Sein Stab ergab sich am 5. Mai 1945 in Tirol der 44. US-Division.

623 Pirker, Citadelle Bregenz.

624 Mit der Befreiung und Besetzung Vorarlbergs beauftragte Armeekommandant de Lattre sein 1. Armeekorps (1er C.A.) unter General Marie-Emile Béthouart, das den Rhein und den Bodensee entlang vorgestoßen war. An größeren Verbänden brachte er zur Befreiung Vorarlbergs die 5. Panzerdivision (5e D.B.) als Speerspitze und die 4. Marokkanische Gebirgsdivision (4e D.M.M.) zum Einsatz, die durch das Rheintal und den Vorderen Bregenzerwald vorstoßen sollten, sowie die 1. Panzerdivision (1e D.B.) gefolgt von der 2. Marokkanischen Infanteriedivision (2e D.I.M.) die am linken Flügel über das Allgäu vorrückten und unter anderem das Kleinwalsertal besetzten; ihr Ziel wäre der Fernpass gewesen. Unterstützt wurden die Operationen durch das 1. Luftarmekorps.



Das 1. Korps der 1. französischen Armee stößt über Vorarlberg und das Allgäu in Richtung Reschenpass vor.

Die Bregenzer Klause hatte die Schlüsselstellung für Vorarlberg inne und nachdem der deutsche Widerstand dort gebrochen war, hatte General Schmitt [Schmidt] nur noch das eine Ziel vor Augen, seine Truppen möglichst kampfflos über den Arlberg hinüber in die amerikanische Zone zu führen, denn von den Franzosen fürchteten besonders die Offiziere Vergeltung. Dieser Rückzugstaktik fielen in Vorarlberg 24 Brücken zum Opfer, unter anderem sämtliche Talbrücken über die Bregenzerach⁶²⁵ und über die Frutz⁶²⁶.

In der Nacht vom 2. auf 3. Mai wurde der Markort Götzis, der im Bereich der Kummbergstellung liegt, beschossen, am Morgen früh wurden dann aber die Franzosen durch eine schlaue Taktik der Rankweiler dem Rhein entlang über Meiningen direkt nach Feldkirch geführt. In Feldkirch hatten sich die Standschützen, die Hauptträger der Widerstandsbewegung, den Sicherheitsdienst in der Stadt erzwungen und sie auf diese Weise vor Schäden grössten Ausmasses bewahrt. Einzig die Felsenaubücke konnte nicht gerettet werden.⁶²⁷

Die Endkämpfe der 24. Armee spielten sich im Klostertal ab. Tag und Nacht wurden durch den Arlbergtunnel Truppen und Kriegsmaterial durchgeschleust. Trotzdem blieben aber noch hunderte Kraftwagen, ganze Magazine von Rohöl und Benzin, und grosse Vorräte von Militärbekleidung und auch Lebensmittel zurück. In der Nacht vor dem Eintreffen der Franzosen in Langen am Arlberg liess sich auch General Schmitt [Schmidt] durch den Arlberg durchfahren und wurde seitdem nicht mehr gesehen. SS-Abteilungen versuchten das Westportal des Tunnels zu blockieren und sprengten dort eine kleine Brücke, zerschlugen mit Panzerfäusten noch eine elektrische Arlberglokomotive und hauten dann über den Arlberg ab. Am gleichen Tag, es war Sonntag, 6. Mai, war ein Trupp französischer Infanterie in einem Eilmarsch in hohem Schnee vom Kleinen Walsertal über den Gemstelpass und über den Tannberg, Zürs, Flexen- und Arlbergpass nach St. Anton am Arlberg gekommen, wohin bereits die Amerikaner von Landeck her geholt worden waren.⁶²⁸ In genau einer Woche war Vorarlberg besetzt worden. Als letzter deutscher Offizier ergab sich Generaloberst Merkl [Ludwig Merker],⁶²⁹ der erst nach dem offiziellen Kriegsschluss in Hopfreen im hintersten Bregenzerwald gefangen genommen wurde, während ein Teil seines SS-Gefolges als Werwölfe in den umliegenden Alphütten noch einige Tage ihr Leben fristeten, bis auch sie aufgespürt wurden.⁶³⁰

625 Vgl. Q 21 (Wolfurt).

626 Vgl. Q 24 (Rankweil).

627 Vgl. Q 25 (Felsenaubücke).

628 Vgl. Q 38 (Mittelberg).

629 Generalleutnant Ludwig Merker.

630 Vgl. Q 37 (Au).

Viel zu schaffen machte Armeegeneral Schmitt [Schmidt] in Vorarlberg die Freiheitsbewegung. Ihr ist es weitgehend zu verdanken, wenn Vorarlberg vom Kriege nicht so stark hergenommen wurde wie andere Bundesländer. Diese Freiheitsbewegung war durchaus nicht einheitlich im Lande, sondern war jeweils den örtlichen Verhältnissen angepasst. Vielerorts besorgten die Standschützen den Schutz der Heimat. Nicht eine einzige Kompanie der Standschützen (Volkssturm) liess sich in den Kampf einsetzen.⁶³¹ Im Bregenzerwald war es eine Bürgerwehr, bei der an die 600 Männer mittaten. Sechs von ihnen kamen bei einem Gefecht mit der SS in Langenegg ums Leben.⁶³² Verschiedenerorts hatte sich das Volk schon gegen den Nationalsozialismus erhoben, bevor die Franzosen da waren, zum Beispiel im Kleinen Walsertal, das sofort den Wiederanschluss an Vorarlberg proklamierte. In Bludenz wurde von der Widerstandsbewegung die Kreisleitung mit Panzerfäusten ausgeräuchert,⁶³³ was die Kreisleitung und die SS veranlasste, in das Klostertal abzuziehen. Der Sender Vorarlberg, um dessen sichere Sprengung Kreisleiter Dr. Reiter⁶³⁴ sehr besorgt war, konnte gerettet werden.⁶³⁵ In Parthenen, wo Anlagen der Illwerke auf Anweisung Hofers gesprengt werden sollten, wurde ein fanatischer Oberleutnant vom Werkleiter entwaффnet, worauf sich die Truppe der Werkleitung zum Schutze der Anlagen zur Verfügung stellte.⁶³⁶ Ein paar Dutzend Brücken wurden von der Widerstandsbewegung zum Teil auch mit Hilfe vernünftigen Militärs gerettet, indem Sprengkörper beseitigt und die Posten mit Zivilkleidern versorgt und versteckt wurden. Die Sprengmunition für die Arlberg- und Flexenstrasse wurde von Einheimischen mit Hilfe eines Offiziers in den Bach geworfen. Die Verschüttung des Arlbergtunnels wurde dadurch verhütet, dass der Stationsvorstand von Langen

631 Zum Volkssturm (Standschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

632 Vgl. Q 34 (Langenegg).

633 Vgl. Q 27 (Bludenz).

634 Beim „Kreisleiter“ Reiter dürfte es sich um den Kreisamtsleiter des NSDAP-Kreises Dornbirn gehandelt haben (vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 227; Mähr, Schulzeit, S. 301). Schelling bezeichnet ihn sonst regelmäßig als „stellvertretenden Kreisleiter“ (Schelling, Festung Vorarlberg, S. 107, 109, 120).

635 Vgl. Q 46 (Postamt Dornbirn).

636 Vgl. Q 31 (Gaschurn).

637 General Valentin Feurstein: „Wenn es nach Hofers Plänen gegangen wäre, hätte man den Arlberg-tunnel durch zwei ineinander gefahrene Lastzüge unpassierbar machen sollen. Dank dem stillen Widerstand der Bahnbehörden wurden die Weisungen aber nicht durchgeführt, die nur uns, dem Gegner jedoch wenig geschadet hätten“ (Feurstein, Irrwege, S. 304). Tätigkeitsbericht der Widerstandskampfgruppe St. Anton am Arlberg: *„Ein am Bahnhof St. Anton eingelangter Sprengzug wurde mit einem fingierten Frachtbrief nach Ötztal gesandt. [...] Die von den Wehrmachtsteilen (stellen) für den Zeitpunkt nach Rücktransport der Truppen und Waffen aus Vorarlberg vorbereitete gänzliche Zerstörung des Arlbergtunnels wurde verhindert. [...] Als schliesslich die Durchschleusung der noch*

am Arlberg den Wagon mit Munition, die für die Sprengung des Arlberg隧nells bestimmt gewesen wäre, auf eigene Faust nach Station Ötztal weiterleitete.⁶³⁷

Die Zivilbevölkerung Vorarlbergs hatte durch direkte Kriegseinwirkung wenige Opfer zu beklagen. Die Rheintalgemeinden wurden von der Schweiz eingeladen, im Ernstfalle Kinder, Frauen und gebrechliche Leute über die Grenze in Schutz zu bringen. Glücklicherweise musste das Angebot nicht im grossen Umfange in Anspruch genommen werden, da mit Ausnahme von den Orten Mäder, Koblach und Meiningen der Krieg nirgends bis zum Rhein herankam. Aus dem Orte Meiningen waren mehrere hundert Personen über die Grenze geflüchtet, wo sie vom schweizerischen Roten Kreuz liebevoll betreut wurden.

Die Eisenbahnbrücken waren nach drei Wochen wieder hergestellt, sodass dank der elektrischen Kraft schon früh ein fast normaler Eisenbahnverkehr in Gang gebracht werden konnte.⁶³⁸ Die Lebensmittelknappheit war in den ersten Monaten auch in Vorarlberg empfindlich spürbar, da die nationalsozialistische Regierung nur äusserst knappe Bestände zurückgelassen hatte, andererseits aber 60.000 Personen, meist Fremdarbeiter und Evakuierte, zusätzlich versorgt werden mussten. Durch tatkräftige Hilfe der französischen Militärregierung und durch umsichtige Lenkung des Versorgungsmarktes durch die Landesregierung und nicht zuletzt dank einer frühen und guten Ernte war bis zum Herbst die Not mehr oder weniger gebannt.

Von den Parteibonzen, Kriegsverbrechern und Kriegsverlängerern, die durch Jahre das Volk unglücklich machten, nahm jeder gerne Abschied. Wenn auch die Besatzung naturgemäss manches Unangenehme mit sich brachte, man nahm es gerne hin angesichts des befreienden Gefühls, dass man der Teufelei endlich los war!

Sch.

kampfbereiten Heeresverbände aus dem Klostertal (Vorarlberg) der Panzerjäger, der SS-Formationen und aller schweren Waffen durch den Arlberg-Tunnel begann, beschloss die Kampfgruppe nunmehr ihrerseits, das Passieren des Arlberg-Tunnels durch Blockierung, jedoch ohne nennenswerte Zerstörung der Anlagen zumindest auf 5 bis 7 Tage zu sperren. Diese Aufgabe war insofern die schwierigste, da der Tunnel von SS-Truppen bewacht war. Durch besonders zu würdigende Mitarbeit des Stationsvorstandes Laufer gelang es nach zweimaligen Misserfolgen beim drittenmal durch Anbringung von Sprengstoff an einem Leerzug den Erfolg zu erzielen und das Passieren des Tunnels für eine Woche unmöglich zu machen“ (ÖStA/AdR: BPD RWRB K. 10, Mappe Rotbuch 2. Teil; auszugsweise abgedruckt in: Widerstand und Verfolgung in Tirol 2, S. 550-551). – Die Widerstandskämpfer kamen 1985 auch in der Fernsehdokumentation „Österreich II“ zu Wort. Nun gab ihr Anführer allerdings an, dass die Blockierung des Tunnels erfolgte, um die anrückenden Marokkaner zu stoppen (Portisch, Österreich II, S. 230). Zur Enttäuschung der St. Antoner überließen die Amerikaner das Dorf aber dennoch den Franzosen. – Nach Thöni, St. Anton, S. 253, wurde die Sperre des Arlberg-tunnells nicht von den „selbsternannten Helden“ der Widerstandsgruppe, sondern von einfachen Eisenbahnern besorgt.

638 Zu den Anfängen der französischen Besatzung vgl. Eisterer, Anfänge.

Es war geplant, bis Anfang Mai ein Büchlein herauszubringen: „Die letzten Kriegstage in Vorarlberg“. Infolge anderweitiger Inanspruchnahme des Verfassers wird sich die Herausgabe um einige Monate verzögern. Das Büchlein erscheint im Verlag I. N. Teutsch in Bregenz.⁶³⁹

Sch.

Der Bericht ist verfasst von Kaplan Schelling, Altsch, Vorarlberg.

639 Vgl. Einleitung zu Q 20.

Q 21 Bericht der Gemeinde Wolfurt

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mapped VIII Vorarlberg, V 13

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Die Gemeinde Wolfurt (Landkreis Bregenz) bei Bregenz zählte 1939 2.179 Einwohner.

Berichterstatler Ludwig Hinteregger war 1924 bis 1938 und 1945 bis 1950 Bürgermeister.⁶⁴⁰ Eine etwas kürzere, fast gleich lautende Darstellung hatte Hinteregger im Oktober 1945 bereits der Bezirkshauptmannschaft Bregenz geliefert, die im Auftrag des französischen Bezirksgouverneurs Berichte aus allen Gemeinden anforderte.⁶⁴¹ Im Bericht von 1946 ergänzte er den vereitelten Plan, die nationalsozialistische Gemeindeführung vorzeitig zu stürzen.

Kurze historische Darstellung

über die Nazi-Herrschaft, in der Gemeinde Wolfurt-Vorarlberg, seit ihrem Entstehen im Jahre 1932, bis zum siegreichen Einmarsche der französischen Armeen [sic!], am 2. Mai. 1945.

Die gewaltigen politischen Umwälzungen im Reiche, warfen ihre trüben Schatten auch in unser Vaterland Oesterreich. Mit der Machtergreifung Adolf Hitlers, des Führers der NSDAP, drohte von dieser Seite grosse Gefahr.

Wolfurt war bis dorthin, seit Menschengedenken, ein friedliches Dorf, das keine politischen Parteien kannte; es war in seiner überwiegenden Mehrheit katholisch-konservativ.

Die Anfänge der politischen Meinungsverschiedenheiten reichen zurück in den Sommer 1932. Es begann für Wolfurt eine ungemütliche und ungewöhnliche Zeit. Als erste Verkünder der neuen „Heilslehre“ traten zwei Ortsfremde, aus dem Reiche zugewanderte auf: Fabrikant Paul Schwarz und Sternwirt August Keckeisen. Ihrer steten Wühlarbeit war es zu danken, dass sich allmählich auch bodenständige Wolfurter dazu hergaben. Im Oktober 1932 wurde eine Ortsgruppe der NSDAP gegründet, an deren Spitze das Mitglied der Gemeindevertretung Albert Kirchberger, Sticker, trat. Klöppelstickerfabrikant Alfred Fischer, bekleidete darin wichtige Posten.

640 Heim, Vorsteher, S. 6-10 u. 15-17.

641 Bericht der Gemeinde Wolfurt vom 31.10.1945, ediert in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 217-220. Vgl. auch Heim, Vorsteher, S. 6-16; Heim, Der letzte Krieg; Flatz, Kriegsende.

Kirchberger wurde dann allerdings bald auf ein Nebengeleise geschoben und blieb dort ohne jeden Einfluss. Als Schriftführer und Propagandaleiter fungierte der jugendliche, aber trotzdem zu einer gewissen Berühmtheit gelangte, – worüber verschiedene Gerichtsakten noch Aufschluss geben könnten – Gebhard Anwander.⁶⁴² Doch bald wurde diesem der österreichische Boden zu heiss, er floh ins dritte Reich⁶⁴³ und verschwand dann dort in der Versenkung. Unter ähnlichen Umständen floh nach derselben Richtung der jugendliche Josef Brugger, ein Nichtwolfurter, welcher dann im Kriege fiel.

Die so gegründete Ortsgruppe entfaltete eine rege Tätigkeit im Orte und betreute dazu noch die benachbarte Gemeinde Buch. Im Frühjahr 1933 wurde die SA ins Leben gerufen,⁶⁴⁴ kam infolge des Uniformverbotes seitens der Bundesregierung, nur einmal zu offiziellem Ausrücken. Zu den wesentlichsten Anhängern der NSDAP zählten verkrachte Existenzen, Ewigunzufriedene, verhetzte Jugend, infolge Arbeitslosigkeit verstimmt, nationale Heissporne oder wenn man sie als Idealisten bezeichnen will. Sehr stark war in der Ortsgruppe die Minierarbeit unter den katholischen Ortsvereinen: So mussten zum Beispiel aus dem katholischen Arbeiterverein, der sich zur Hauptsache aus jüngeren Mitgliedern zusammensetzte, 8 Mitglieder, aus dem Turnerbunde 16, wegen Zugehörigkeit zur NSDAP ausgeschlossen werden. Auch in der Presse wurde ein unnobler Kampf geführt, wobei sich der obgenannte Anwander besonders hervor trat.

Mit dem Parteiverbot im Jahre 1934,⁶⁴⁵ setzte eine ziemlich starke unterirdische Tätigkeit ein, die aber dank der grossen Wachsamkeit, seitens des inzwischen aufgestellten, mobilen Heimwehrezuges, nicht voll zur Auswirkung gelangen konnte.⁶⁴⁶ So blieb es nur bei den üblichen Schmierereien, Streuen von Hackenkreuze [sic!], Flugschriften etc. Als die bekanntesten Gasthäuser in denen Nazi verkehrten waren „Engel“ und „Stern“.

Dass die innere Arbeit, doch eine äusserst intensive war, zeigt sich in den Umsturztagen des März 1938. Wie aus dem Boden gestampft, war beim ersten Fackelzug, die Organisation mit ihren Gliederungen. Der überwiegende Teil der Bevölkerung

642 Nach Heim, Vorsteher 4, S. 11, handelte es sich um Gebhard Anwander aus Wolfurt-Rickenbach, der in den Jahren 1931/32 einige heimatkundliche Beiträge in „Holunder“ und „Feierabend“ veröffentlichte.

643 Gemeint ist das Deutsche Reich. Zum Begriff „Drittes Reich“ vgl. Anm. 504.

644 Die 1920 gegründete Sturmabteilung (SA) war ein paramilitärischer Verband der NSDAP.

645 Tatsächlich wurde die NSDAP in Österreich bereits am 19. Juni 1933 verboten.

646 Im Kampf gegen nationalsozialistischen Terror wurden die Heimwehren 1933 als Hilfspolizei in die staatliche Exekutive eingebunden (vgl. Anm. 761).

[ver]hielt [sich] aber [gegenüber] dem Freudentaumel mehr reserviert. Als die Leiter von allem traten nun auf den Plan der nachmalige Bürgermeister Theodor Rohner und Ortsgruppenleiter Emil Beck.⁶⁴⁷

Mit dem Auftreten der neuen Gemeindeverwaltung wurden alle Körperschaften und Vereine, in die „Obhut“ der Partei genommen, das dem Kartell christlicher Vereine gehörige Vereinshaus kurzerhand von der Partei in Besitz genommen usw. Aus den wirtschaftlichen Korporationen, Genossenschaften etc. wurden alle Funktionäre entfernt und durch Nazi-Anhänger ersetzt; es blieb hier förmlich „kein Stein mehr auf dem andern“. Massregelungen wurden vorgenommen dadurch dass Schulleiter Karl Mohr zum gewöhnlichen Lehrer rückversetzt,⁶⁴⁸ Postmeister Julius Amann⁶⁴⁹ zum Postamte Bregenz und Briefträger Karl Schwärzler zum Amte Lauterach versetzt wurden. Ein äusserst dichtes Spitzelwesen wachte peinlich über jeden einzelnen, besonders über den „Widerständler“. Durch das laufende Abhören ausländischer Sender waren diese stets im Bilde und sorgten auch für entsprechende Verbreitung. An ein Ende, das noch schrecklicher würde, wie der Zusammenbruch 1918, war in diesen Kreisen nie der leiseste Zweifel. Als die siegreichen französischen Truppen dann am 2. Mai 1945 über die gesprengte Brücke Kennelbach-Wolfurt in unser Dorf einmarschierten, – die Sprengung selbst, die SS Leute vornahmen, konnte leider nicht verhindert werden – wehten ihnen überall weisse Fahnen entgegen. Ein Aufatmen ging durch die Bevölkerung. In den ersten Morgenstunden wurden Bürgermeister Rohner und Ortsgruppenleiter Beck gezwungen an der Spitze einer grossen Volksmenge, mit den noch verbliebenen Besatzungstruppen, zwecks kampfloser Uebergabe der Gemeinde zu verhandeln.⁶⁵⁰

Ein Alpdruck war von der Bevölkerung gewichen, der sich bald bis zur Unerträglichkeit steigerte, was sich auch darin ausdrückte, dass sich viele mit Waffen versahen, die vorher nie welche besaßen, um gegen eventuelle Nazigewalttaten gerüstet zu sein. So waren es unter anderem auch Volkssturmänner (Standeschützen),

647 Bürgermeister Ludwig Hinteregger wurde zunächst unter Aufsicht des NSDAP-Ortsgruppenleiters Theodor Rohner zur Weiterführung der Gemeindegeschäfte im Amt belassen. Am 1. Juli 1938 löste Rohner Hinteregger als Bürgermeister ab und übergab das Amt des Ortsgruppenleiters an Emil Beck (Natter, Auf dem Weg, S. 51; Heim, Vorsteher 4, S. 12).

648 Mohr war Ortsgruppenleiter der Vaterländischen Front gewesen (Heim, Vorsteher 4, S. 12).

649 Julius Amann war im Widerstand der letzten Tage in Wolfurt aktiv (Flatz, Kriegsende).

650 Heim, Vorsteher 4, S. 14: „Noch am gleichen Tag wurde Ortsgruppenleiter Beck von einem französischen verhaftet und mit dem Erschießen bedroht, schließlich aber in das Anhaltelager Brederis eingeliefert. Bürgermeister Rohner blieb noch zwei Tage im Amt. Am 4. Mai 1945 übergab er in einem offiziellen Akt das Amt an seinen Vorgänger Ludwig Hinteregger. Auch Rohner wurde dann einige Zeit inhaftiert.“

die zeitgerecht abhauen und nun im Dorfe „Gewehr bei Fuss“ standen.⁶⁵¹ Wenn daher eine Formation verdient namentlich genannt zu werden, sind es diese die durch ihr Verhalten unsere engere Heimat vor der furchtbaren Kriegsfackel rettete.⁶⁵²

Abschliessende Handlung.

Durch die sich überstürzenden Ereignisse auf allen Kriegsschauplätzen im Allgemeinen, durch die unaufhaltsam, immer näher an unsere Landesgrenzen heranrückende 1. französische Armee, im besonderen, die ein baldiges Ende voraussehen liessen, bedingt, waren einige verantwortungsbewusste, um das Wohl der Gemeinde besorgte Männer Willens den Sturz der nationalsozialistischen Gemeindeverwaltung Sonntag den 29. April herbei zu führen. Es war bekannt, dass Bürgermeister Rohner auf dem Standpunkte stand; es wird nicht kapituliert, sondern verteidigt. – Das Vorhaben aber scheiterte dadurch, dass an diesem Sonntag General Schmidt, mit einer grösseren SS Abteilung, im Orte Quartier bezog,⁶⁵³ wodurch sich die Position des Bürgermeisters wieder festigte.

Am Freitag den 4. Mai wurde Bürgermeister Rohner im Einvernehmen mit dem französischen Besatzungskommando verhalten, die Amtsgeschäfte an die Mitglieder des bis zum 1938 bestandenen Gemeindetag [sic!] zu übergeben,⁶⁵⁴ was anstandslos Nachmittag 4 Uhr erfolgte.⁶⁵⁵

651 Berichterstatter Hinteregger, ein im Ersten Weltkrieg mehrfach für Tapferkeit ausgezeichneter Kaiserjäger, war 1945 selbst zum Volkssturm verpflichtet worden (Heim, Vorsteher, S. 15). Zum Kriegsende in Wolfurt vgl. Flatz, Kriegsende; Reis, Nachkriegsjahre, S. 9-14; Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945, S. 88-90.

652 Zum Volkssturm (Standschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

653 General der Wehrmacht Hans Schmidt, Kommandant der 24. Armee, erhielt am 26. April 1945 den Verteidigungsauftrag für Vorarlberg (vgl. Anm. 622). – Laut Schelling verlegte „Festungskommandant“ Schmidt das Festungskommando am Montag, 30. April 1945 von Bregenz-Kronhalde nach Klaus. Im „Rössle“ in Wolfurt sei in den kritischen Tagen ein SS-Stab einquartiert gewesen, der wohl zu Schmidts Verband gehört habe. Die Wirtin habe die SS mit Alkohol außer Gefecht gesetzt [vgl. Flatz, Kriegsende]. Schelling wusste zudem von einem anderen General mit Divisionsstab zu berichten, der sich in Wolfurt vorübergehend niedergelassen habe; als Name des Generals werde „Faulmann“ angegeben (Schelling, Festung Vorarlberg, S. 59-60 u. 102-103); gemeint war wohl Generalleutnant Karl Faulenbach, der die 405. Ersatz- und Ausbildungsdivision der Wehrmacht kommandierte (vgl. Anm. 622; Generale des Heeres 3, S. 419-420; Kaltenegger, Alpenfestung, S. 294, irrtümlich: „Paulenbach“).

654 Die Gemeindeordnung 1935 (LGBl. Nr. 25/1935) kannte nur noch zwei Gemeindeorgane, den „Gemeindetag“ und den „Bürgermeister“. Der Gemeindetag wurde auf Vorschlag der Vaterländischen Front durch die Landesregierung nach berufsständischen Gesichtspunkten bestellt (vgl. Ender, Verfassung, S. 20-21).

655 Rohner übergab das Amt an Ludwig Hinteregger (vgl. Anm. 647). Die Franzosen hatten Wolfurt bereits am Mittwoch, 2. Mai 1945 besetzt. Zum provisorischen Gemeindevorstand: Heim, Vorsteher 4, S. 15; Reis, Nachkriegsjahre, S. 14.

Mit dieser Handlung schloss sich der Akt über ein Drama, das unendliches Leid über die ganze Welt brachte, ein System wurde zerschlagen, an dessen Vernichtung nicht nur die ehemaligen Feinde alles aufwandten, auch der Widerstand im Innern seinen Beitrag hierzu leistete!

Wolfurt, am 20. April 1946.

L. Hinteregger

[Rundstempel mit Gemeindewappen: Gemeinde Wolfurt / Landkreis Bregenz]

Q 22 Bericht der Gemeinde Buch

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mapped VIII Vorarlberg, V 29

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Die Gemeinde Buch (Landkreis Bregenz) am Rheintalhang zählte 1939 310 Einwohner. Während des Krieges kamen vorübergehend neben Südtiroler Optanten zahlreiche Flüchtlinge hinzu.

Berichtersteller Franz Josef Rusch war 1939 selbst für einige Tage in Gestapo-Haft. Der Bauer wurde 1945 von den französischen Besatzungsbehörden als Bürgermeister eingesetzt. Im Oktober 1945 hatte er bereits der Bezirkshauptmannschaft Bregenz für den französischen Bezirksgouverneur einen ähnlichen Bericht geliefert.⁶⁵⁶ Die beiden Berichte ergänzen einander.

Der Bürgermeister
der Gemeinde Buch.

Buch, den 20. Mai 1946

An die
Landeshauptmannschaft
Presse- und Rundfunkstelle,
Vorarlberg.

Betreff: Schriftmaterial zur Erstellung des „Rotbuches“.

Über die wichtigsten Begebenheiten in hiesiger Gemeinde von 1933 – 1945.

Zu Kapitel 1.)

In hiesiger Gemeinde konnte von der Partei kein Schriftenmaterial erreicht werden, weil alles scheinbar verbrannt wurde.

Zu Kapitel 2 und 3.

Amtliche und parteiamtliche Erlässe aus denen etwas verwertet werden könnte, waren ebenfalls nicht vorhanden. Entlassungen oder Entfernungen von Personen

⁶⁵⁶ Bericht der Gemeinde Buch vom 04.10.1945, ediert in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 61-63; Hopfner, HeimatBuch, S. 149-150. – Eine interessante Quelle zu Buch 1945/46 aus der Flüchtlingsperspektive bietet Blumauer-Montenave, Buch.

in verschiedenen Körperschaften kamen nicht vor, weil alle amtierenden Persönlichkeiten dem neuen System entsprachen mit Ausnahme des Gemeindegottesdiensthelfers. Jener wurde am Umbruchtag im Jahre 1938 aufgelöst bis auf den Bürgermeister Gunz Alois und Bauernführer Eberle Fidel,⁶⁵⁸ welche bis zum Einmarsch der Franzosen ihres Amtes walteten.

Zu Kapitel 4

Verhaftungen wurden mehrere veranlasst; und zwar am 25.2.1939 wurde der Hochwürdige Herr Pfarrer Otmar Gächter, geboren am 15.1.1900 in Altschachen, derzeit Seelsorger in Bürserberg bei Bludenz, nach Bregenz in die Oberstadt in Haft genommen.⁶⁵⁹ Am 23.5.1939 wurde er nach Innsbruck überstellt. Von dort kam er am 2. Juni 1939 nach Dachau in das Konzentrationslager. Die Verhaftung erfolgte in Buch (auf Grund seiner Predigten, deren Inhalt ihm die Ankläger verdreht haben). Am 16. Juli 1940 wurde er vom K.Z.-Buchenwald bei Weimar in die Freiheit entlassen.⁶⁶⁰

Am 25.2.1939 wurde Herr Alexander Hopfner, ein Mann mit über 70 Jahren sowie Rusch Franz Josef, geboren am 23.6.1891, in Haft genommen. Grund der Verhaftung war weil sie für den Hochwürdigen Herrn Pfarrer Gächter bei der damaligen Gemeindeverwaltung Fürsprache erhoben haben. Hopfner und Rusch wurden dann am 05.3.1939 vom Einlieferungsort-Bregenz-Oberstadt wieder entlassen. Dieser Angelegenheit gingen auch sehr aufregende Verhöre voraus, wozu etliche Parteien vom Orte in's Parteizimmer von Buch und nach Bregenz von der Gestapo vorgeladen wurden.^{661 662}

657 Vgl. Anm. 654. – Für Auskünfte zu Buch danke ich Altbürgermeister Ewald Hopfner.

658 Zur Funktion des Ortsbauernführers vgl. Anm. 833.

659 In der Bregenzer Oberstadt befand sich das bezirksgerichtliche Gefangenenhaus (Fronfeste).

660 Pfarrer Gächter wurden verschiedene, zum Teil konstruierte Vergehen zur Last gelegt, die überwiegend als Verstöße gegen das Versammlungsverbot ausgelegt wurden. Unter der Leitung der Führerin der NS-Frauenschaft zog auch eine Delegation von 26 Personen aus Buch nach Bregenz (vgl. Walser, Anpassung und Widerstand, S. 124; Fußenegger, KZ-Lagerdekan, S. 507; Wanner, Kirche, S. 123; Hopfner, Kriegschronik, S. 232; Farbe tragen, S. 169; Hinteregger, Priester, S. 10).

661 Vgl. Ruschs Bericht 1945 in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 62.

662 Sofort nach dem „Anschluss“ wurde auch in Österreich die Polizei dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler unterstellt und die Neuorganisation nach deutschem Muster in Ordnungspolizei (uniformierte Polizei: Schutzpolizei, Gendarmerie, Gemeindevollzugspolizei) und Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei) in Angriff genommen. Mit Runderlass vom 18. März 1938 wandelte Himmler die Sicherheitsdirektionen des Bundes in den Ländern in Staatspolizeistellen (Stapo) der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) um, einzig die Agenden der Sicherheitsdirektion für Vorarlberg wurden sofort der Staatspolizeistelle Innsbruck übertragen. Zur Sicherung der Grenzen wurden Grenzpolizeikommissariate in Innsbruck (später am Brenner) für Tirol und in Feldkirch für Vorarlberg als Außenbehörden der Stapo Innsbruck errichtet.

Ferner wurden am 05.07.1939 folgende Personen in Buch verhaftet und in's Zuchthaus-Bregenz eingeliefert: Stadelmann Maria, geboren am 18.12.1898, Frau Stadelmann Antonia, geboren am 08.12.1908 und Anna Hopfner, geboren am 16.2.1894. Die vorstehenden drei Personen wurden in Haft genommen weil sie für den Hochwürdigen Herrn Pfarrer Gächter, welcher sich damals im K.Z. befand, Geld sammelten um sein hartes Los in Dachau zu erleichtern. Sie wurden dann am 05.8.1939 wieder entlassen.

Weiters wurde der Pfarrprovisor Otto Kolb, geboren am 26.10.1913, derzeit Seelsorger in Nüziders bei Bludenz, am 23. Mai 1940 von der Geheimen Staatspolizei

Denn auch die Grenzpolizei unterstand der Gestapo. Sie gliederte sich in Grenzpolizeikommissariate (Greko) mit nachgeordneten Grenzpolizeistellen. Ihren ersten Hauptstützpunkt in Vorarlberg bildete die Gestapo mit der Übernahme der österreichischen Grenzkontrollstelle am Bahnhof Feldkirch. Auf Wunsch der Vorarlberger Landesregierung genehmigte die Staatspolizeileitstelle Wien am 7. April 1938 die Errichtung einer Außendienststelle der Staatspolizeistelle Innsbruck in Bregenz, mit der das Grenzpolizeikommissariat Feldkirch vereinigt wurde. Diese Stapo-Außenstelle mit der irreführenden Bezeichnung „Grenzpolizeikommissariat Bregenz“ war nicht nur mit der Grenzpolizei, sondern mit der Bearbeitung aller Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei für ganz Vorarlberg beauftragt. Das Grenzpolizeikommissariat Bregenz (Römerstraße 7) war „die Gestapo“ in Vorarlberg, der Grenzpolizeikommissar „der Gestapochef“. Zur Wahrnehmung der Grenzpolizei verfügte sie über Grenzpolizeistellen in Feldkirch-Bahnhof, Feldkirch-Tisis, Lustenau und Höchst. Hauptaufgabe der Gestapo war die „Gegnerbekämpfung“, nicht zuletzt die Überwachung der Zwangsarbeiter, die zu Tausenden auch nach Vorarlberg verschleppt wurden. Zur „Disziplinierung“ errichtete die Gestapo 1941 das „Arbeitserziehungslager Reichenau“ bei Innsbruck. Die Gestapo konnte sich der anderen Sicherheitsbehörden und Wachkörper bedienen. Für „normale“ kriminalpolizeiliche Aufgaben, für das Strafregister, Abschiebung und Abschaffung, Gefangenenhaus- und -transportwesen sowie die Wirtschaftspolizei blieb die Kriminalpolizei zuständig. Das Sicherheitsbüro der Polizeidirektion Innsbruck wurde zur Kriminalpolizeistelle (Kripo) Innsbruck erhoben, zuständig für Tirol und Vorarlberg. Ihr wurde die Kriminalstelle Feldkirch als „Kriminalabteilung Feldkirch“ unterstellt (in der Folge auch als „Außenkommissariat“ oder „Kriminalkommissariat“ Feldkirch bezeichnet). Der Kriminalpolizei standen im Ergebnis dieselben Zwangs- oder Terrormaßnahmen zur Verfügung wie der Geheimen Staatspolizei; der „Vorläufigen Festnahme“ der Gestapo entsprach die „Polizeihaft“, der „Schutzhaft“ die „Vorbeugehaft“, die ebenfalls in Konzentrationslager führen konnte. Zu ihren Opfern zählten Menschen, die als „Gewohnheitsverbrecher“, „Asoziale“ oder „Zigeuner“ abqualifiziert wurden. Die Gestapo konnte sich der anderen Sicherheitsbehörden und Wachkörper (z.B. der Gendarmerie) bedienen. Doch auch für Vorarlberg wird gelten, dass die Gestapo keineswegs allgegenwärtig, allmächtig und allwissend war. Das war bei 60 bis 80 Mitarbeitern, über die das Grenzpolizeikommissariat Bregenz verfügte, nicht zu schaffen, zumal der bürokratische Aufwand extrem gewesen sein dürfte. Die Gestapo war auf die Mithilfe anderer staatlicher Stellen, der Partei und nicht zuletzt von Denunzianten angewiesen. (Vgl. Pfeifer, Ostmark, S. 255-285 u. 686-688; Beimrohr, Gestapo in Tirol und Vorarlberg; Beimrohr, Gegnerbekämpfung; Hager, Gendarmerie in Vorarlberg, S. 288 u. 303 Anm. 41; Lingenhölle, Fehldeutung eines dunklen Jahres, S. 50; Walser, Bombengeschäfte, S. 240-270.)

in Schutzhaft⁶⁶³ genommen wegen Übertretung der vom Landrat⁶⁶⁴ herausgegebenen Gottesdienstordnung für kirchlich gebotene, aber staatlich nicht geschützte Feiertage.⁶⁶⁵ Die Haft dauerte bis 29. Mai 1940. — Vom 10. bis 20. August 1940 wurde Pfarrprovisor Otto Kolb zum 2. Mal verhaftet; angeblich weil er bei einer Kinderseelsorgestunde am 14. Juni 1940 das [sic!] Bildband „Berge, Menschen und Gott“, das [sic!] bei der Caritas-Lichtbildgesellschaft als religiöses Bildband herauskommt, vorgeführt hat.⁶⁶⁶

Anmerkung:

In Buch hat schon im Jahre 1933 eine kleine Ortsgruppe bestanden, und zwar in der Zeit vom 04. bis 12. Mai. Daß die nationalsozialistische Idee immer mehr verbreitet wurde und daß beim Umsturz am 12.3.1938 alles schon organisiert war, läßt schon darauf schließen, daß man daraufhin gearbeitet hat.

Da einige Parteien nie zu den Partei-Versammlungen gingen, wurden in ihren Häusern Blockabende veranstaltet. Es wurden auch für einzelne Parteien höhere Geldspenden vorgeschrieben, welche aber nicht von allen Parteien zur Gänze bezahlt wurden. Auch wurden einzelne Parteien öfters mit Milchkontrollen belästigt.

Im Jahre 1942 wurde für Landwirte mit bester Milchleistung Prämien ausbezahlt. Da aber die besten drei Milchlieferanten nie zu den Parteiversammlungen kamen, wurde die Prämie nicht an diese, sondern an drei Würdigere ausbezahlt.

Der Bürgermeister als Sachbearbeiter:

Fr. Jos. Rusch

[Rundstempel: Gemeindeamt / Buch / Vorarlberg]

663 Die „Schutzhaft“ wurde von der Gestapo verfügt. Vor Ablauf einer gewissen Frist (zehn Tage, ab Kriegsbeginn 21 Tage, ab 1944 acht Wochen) war der – völlig rechtlose – Schutzhäftling freizulassen oder dem Gericht zu überantworten. Die Gestapodienststellen konnten allerdings beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin auch die Einweisung in ein KZ oder die Verlängerung der Schutzhaft bis zum Abschluss der Ermittlungen beantragen, was regelmäßig genehmigt wurde. „Ostarbeiter“ konnten auch ohne Antrag in ein KZ abgegeben werden. Ohne Schutzhaftbefehl konnte generell auch eine Einweisung in das Arbeitserziehungslager Reichenau erfolgen (Beimrohr, Gestapo in Tirol und Vorarlberg, S. 210-215). – Der „Schutzhaft“ der Gestapo entsprach die „Polizeihaft“ der Kriminalpolizei (vgl. Anm. 662).

664 „Landrat“ war ab 1. Jänner 1939 die Bezeichnung der Bezirksverwaltungsbehörde und deren Leiter, „Landkreis“ für den Verwaltungssprengel (RGBl. 1938 I S. 1675; GBIfÖ Nr. 626/1938, § 1). Am 4. August 1945 erfolgte in Vorarlberg die Rückbenennung in „Bezirkshauptmannschaft“ und „Bezirkshauptmann“.

665 Zur Gottesdienstordnung vgl. Anm. 810.

666 Nach Ruschs Bericht 1945 erfolgte die zweite Inhaftierung wegen einer Filmvorführung in der Kinderseelsorgestunde (Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 62). Laut Hinteregger, Priester, S. 14, soll die erste Inhaftierung wegen Rosenkranz-Betens nach 8 Uhr, die zweite Inhaftierung wegen zu späten Beflaggens erfolgt sein.

Q 23 Bericht der Gemeinde Rheinau

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 30

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Mit 30. September 1938 wurden die drei Gemeinden Fußach, Höchst und Gaißau zur Gemeinde Rheinau vereinigt. Sie zählte 1939 3.611 Einwohner (Fußach 673, Höchst 2.486, Gaißau 452). Am 8. Dezember 1946 fiel in Volksabstimmungen die Entscheidung für die Trennung. Mit 1. Jänner 1947 wurden Fußach, Höchst und Gaißau wieder selbständige Gemeinden.⁶⁶⁷

Berichterstatter Otto Nagel war von 1931 bis 1938 Bürgermeister der Gemeinde Höchst gewesen und wurde nach der Befreiung im Mai 1945 zum Bürgermeister der Gemeinde Rheinau ernannt. Im November 1945 hatte Nagel für Rheinau bereits der Bezirkshauptmannschaft Bregenz für den Bezirksgouverneur einen detaillierteren Bericht geliefert.⁶⁶⁸

Gemeindeamt Höchst

Rheinau-Höchst, den 17.5.1946

An die
Presse- und Rundfunkstelle
B r e g e n z

Betrifft: Beitrag zum „Rotbuch“.

Bezug: Rundschreiben der Landeshauptmannschaft vom 8.4.46 – Zahl 86/2

Zur Tätigkeit der NSDAP in Rheinau wird folgendes berichtet:

Anlässlich des Parteiverbotes in Oesterreich wurden in Rheinau von Seiten der Anhänger der NSDAP keine nennenswerten Aktionen durchgeführt. Die illegale Tätigkeit der Parteianhänger lag hauptsächlich in der Verteilung von Propagandaschriften, Zeitungen, Streuung von Hakenkreuzen usw. Hierin taten sich einige besonders hervor. Später, im Jahre 1937, wurden in Rheinau 2 Sabotageakte von Anhängern der NSDAP verübt und zwar ein Sprengstoffanschlag am Hause des

667 LGBL. Nr. 11/1946, 13/1946; Lutz, Gaißau, S. 12-14 u. 17-18.

668 Bericht der Gemeinde Rheinau vom 26.11.1945, ediert in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 158-162.

damaligen Gemeinderates Heinrich Brunner⁶⁶⁹ und die Sprengung eines Lichtmastes während einer Kundgebung der vaterländischen Bevölkerung. Grössere Zusammenkünfte oder Veranstaltungen fanden in Höchst während der Verbotszeit nicht statt.

Eine der ersten Maßnahmen nach dem Anschluss Oesterreichs an Deutschland war die Zusammenlegung der drei Rheindelta-Gemeinden Höchst, Fussach und Gaissau zu einer Gemeinde mit dem Namen Rheinau. Als Bürgermeister wurde der damalige Obmann des Bundes der Reichsdeutschen,⁶⁷⁰ Willy Wolff aus Wuppertal, eingesetzt.

Die nach der sogenannten Abstimmungswahl abgehaltenen Kundgebungen und Versammlungen, die immer wieder mit grossem Pomp aufgezogen wurden, waren anfänglich ziemlich gut besucht. In der Folgezeit konnte der Besuch dieser Veranstaltungen nur unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen leidlich aufrechterhalten werden. Dieser Zwang tat sich darin kund, dass die Ideenträger der NSDAP (Bürgermeister und Ortsgruppenleitung), den nicht positiv nationalsozialistisch eingestellten Familien hohe Beträge fürs Winterhilfswerk vorschrieben,⁶⁷¹ die Einberufung ihrer Söhne veranlassten und sie auch sonst in ihrem wirtschaftlichen und privaten Leben verfolgten und schädigten. Der katholischen Kirche und den Jugendgruppen wurden die üblichen Einschränkungen auferlegt und das katholische Leben in jeder Beziehung untergraben und unterbunden.

Einige Zeit vor der Besetzung unserer Gemeinden durch die französischen Truppen, haben sich etliche Männer zusammengetan, um sich für einen eventuellen Widerstand bereitzuhalten. Sie stellten sich die Aufgabe, die Sprengung der von der deutschen Wehrmacht geladenen Rheinbrücken und andere Zerstörungen durch

669 Verübt von Hermann Nagel am 5. März 1934 (wie Anm. 1051). Es entstand erheblicher Sachschaden; u.a. gingen 37 Fensterscheiben zu Bruch.

670 Vgl. Anm. 538.

671 Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes war eine Stiftung öffentlichen Rechts, die am 13. September 1933 zur Entlastung der staatlichen Arbeitslosenfürsorge errichtet wurde. Sie sollte die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ stärken und zudem den Staat finanziell entlasten. Später diente das Winterhilfswerk auch dazu, schnell sichtbare Erfolge beim Kampf gegen die Folgen von Kriegsschäden und Armut vorzuweisen. Seine Finanzierung funktionierte über ein System von Sammlungen, Spenden, Lotterien, Lohnverzicht und freiwilligen Arbeits- und Dienstleistungen. Von Regimekritikern wurden Beiträge mitunter auch abgepresst. Organisatorisch unterstand das Winterhilfswerk der NS-Volkswohlfahrt. Der Verein „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ (NSV) wurde 1933 als Fürsorgeorganisation der NSDAP gegründet und als angeschlossener Verband der Partei geführt. – In Vorarlberg wurde die Idee ab 1945 mit dem „Vorarlberger Hilfswerk“ fortgesetzt (vgl. Nachbaur, Wiederaufbau, S. 30). Es dürfte sich aber eher an der 1933 bis 1937 durchgeführten „Winterhilfe der Bundesregierung“ orientiert haben (vgl. VVB 05.11.1937, S. 1-2).

zurückziehende SS-Truppen mit allen Mitteln zu verhindern. Um einerseits der militärischen Kampfeinheit den Befehlsempfang zu verunmöglichen, andererseits die Weitergabe von Beobachtungen zu unterbinden, wurde von den Männern der Widerstandsbewegung das Feldtelefonkabel durchschnitten. Die für einen weiteren Kampf an der Front abberufene Volkssturmkompanie, bestehend aus Männern der Gemeinde, rückte gegen bestehende Befehle auf eigene Gefahr drei Tage vor der Besetzung durch französische Truppen unter Führung ihres Kommandanten Lehrer Niederer aus Gaissau zur Nachtzeit in Höchst ein und übernahm später den Ordnungsdienst in der Gemeinde.⁶⁷²

Die Besetzung der Gemeinde Rheinau verlief vollkommen kampfflos. Die französischen Truppen wurden durch Männer der Widerstandsbewegung und dem Führer der Volkssturmkompanie an der Fussacher-Rheinbrücke empfangen.

Der Bürgermeister:

Otto Nagel

(Otto Nagel)

[Rundstempel: Gemeindeamt / Höchst / Vorarlberg]

672 Der ehemalige Kaiserjägeroffizier Gebhard Niederer (vgl. Q 47) wurde 1945 als Kompaniekommandant verpflichtet. Der Volkssturm Rheinau war an der Leiblach eingeteilt. Niederer führte ihn jedoch in der Nacht vom 29. auf 30. April heimlich ins Rheindelta zurück, wofür er sich vor dem NSDAP-Kreisstabsleiter in Bregenz zu verantworten hatte. Er hatte auch wesentlich Anteil an der Rettung der Rheinbrücke Höchst-St. Margrethen (vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 111-113; Lutz, Gaißau, S. 113; Nachbaur, Die Lage im Vorarlberg, S. 316-317). – Zum Volkssturm (Stand-schützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

Q 24 Bericht der Marktgemeinde Rankweil

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 10

Typoskript, 5 Seiten Bericht, 2 Seiten Anhang.

Die Marktgemeinde Rankweil (Landkreis Feldkirch) zählte 1939 4.447 Einwohner. Wer folgenden Bericht verfasste, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

B e r i c h t über Rotbuchangelegenheiten der Marktgemeinde Rankweil

Dass Österreich mit Gewalt okkupiert wurde, zeigte sich zur Genüge auch in unserer Gemeinde.

Als erstes galt es natürlich alle massgebenden österreichisch gesinnten Personen ihrer leitenden Posten zu entheben, sie zu versetzen, sie jedes Einflusses zu berauben und so jede Widerstandsmöglichkeit zu zerschlagen.⁶⁷³

Zu 2 des Rundschreibens vom 8.4.1946

a) Entlassung aus dem Dienste 1938:

Gassner Ludwig, Gendarmeriepostenkommandant von Rankweil,⁶⁷⁴

Ammann Karl, Gendarmerie-Rayons-Inspektor, zuletzt in Rankweil (November 1938 nach § 4)⁶⁷⁵

Dr. Ritter Gebhard, Oberarzt der Landesirrenanstalt (Letzter VF Leiter Rankweil)⁶⁷⁶

673 Für zahlreiche ergänzende Personenauskünfte danke ich Pfarrarchivar Josef Kessler, Gemeindearchivar Mag. Norbert Schnetzer und Mitarbeitern der Marktgemeinde Rankweil.

674 Postenkommandant Gassner wurde am 10. Juni 1938 als Kommandant zum Posten Hittisau versetzt und am 15. Dezember 1938 entlassen (VLA: GendChroniken: GP Rankweil, GP Hittisau).

675 Amann wurde mit Ende November 1938 pensioniert (VLA: GendChroniken: GP Rankweil), demnach gemäß § 4 BBV (vgl. Anm. 1281).

676 Gebhard Ritter wurde am 30. März 1939 mit gekürzten Bezügen in den Ruhestand versetzt. Mit 1. Oktober 1939 übernahm er die ärztliche Leitung der Pflegeanstalt Liebenau bei Tettngang. 1946 bis 1965 wird er die Landesheil- und Pflegeanstalt Valduna als Direktor leiten (Müller, Nazi-Interregnum, S. 39 u. 42; Simma, Valduna, S. 263-264).

Dr. Steiner [Hans], Arzt, Landesirrenanstalt Rankweil,⁶⁷⁷

Nachbaur Mathias [Mathäus], 1. Waldaufseher der Marktgemeinde Rankweil

b) Enthebung aus leitender Stellung 1938:

Linder Karl, Schulleiter der Volksschule Rankweil (Dekret Landesschulrat für Vorarlberg Zahl 790/2 vom 4. Mai 1938)⁶⁷⁸

Fritsch Rudolf, Gemeindegemeinsekretär 1938

Bischof Franz, Gemeindegemeindefacharzt 1938

Alge Rupert, Zollwachinspektor⁶⁷⁹

c) Immer wieder wurden Personen treuer, österreichischer Gesinnung inhaftiert.

Gleich 1938 traf es vier unentwegte Aktivisten gegen den Naziterror vor 1938

Fröhlich August (heute Bürgermeister) 1.6.-1.9.1938

Sinz Julius 14.6. – 25.6.1938

Längle Franz 1.6. – 30.7.1938

Dr. Konzett Lorenz 11.3. – 1.5.1938⁶⁸⁰

Später wurden verhaftet:

Alois Knecht, Rankweiler Bürgersohn, Pfarrer von Meiningen 10.10.1939. Ohne Gerichtsverhandlung wurde er in den Kz. Sachsenhausen und Dachau bis 27. März 1945 in Schutzhaft gehalten,⁶⁸¹ 5/12 Jahre – 70 Monate (Anklageschrift im Anhang)⁶⁸²

Gau Alfons, 28.7.1944 – 1.5.1945⁶⁸³

677 Hans Steiner wurde am 30. März 1939 mit gekürzten Bezügen in den Ruhestand versetzt, suchte aber um eine Umwandlung der Entlassung in eine Versetzung an. De facto kehrte er am 06.05.1939 nach einer Kurzausbildung bei den Gebirgsjägern wieder in die Valduna zurück. Mit 1. Jänner 1940 wechselte Steiner zum Gesundheitsamt des Landrats Feldkirch. Vom 1. September 1941 bis 2. Jänner 1944 betreute er 70 „Arbeitspflinglinge“ in der Valduna mit, die das Euthanasieprogramm überlebt hatten. 1945 bis 1946 wird er provisorisch die Psychiatrische Abteilung der Valduna leiten (Müller, Nazi-Interregnum, S. 39-42; Simma, Valduna, S. 263).

678 Linder wurde als Schulleiter nach Rankweil-Brederis versetzt und konnte 1943 wieder als Schulleiter an seine Stammschule Rankweil-Markt zurückkehren (Kessler, Grundschule, S. 122 u. 174).

679 Alge hatte das Zollamt Gaißau geleitet (Amtskalender Vorarlberg 1937/38, S. 99).

680 Lorenz Konzett, ehemals Landesgeschäftsführer der Vaterländischen Front, hatte zeitweise auch „Gauverbot“. Vgl. auch Q 10.

681 Zum Instrument der „Schutzhaft“ vgl. Anm. 662 und 663.

682 In seinen 1988 veröffentlichten Erinnerungen schildert Alois Knecht eingehend sein Schicksal: Knecht, Heimatliebe, S. 31-121. Vgl. Wanner, Kirche, S. 123-134; Walser, Anpassung und Widerstand, S. 122-124; Fußenegger, KZ-Lagerdekan, passim.

683 Der Eisenbahner Alfons Gau war bis 8. August 1944 in Bregenz, dann in Feldkirch inhaftiert, wo gegen ihn am 6. September 1944 ein Verfahren vor dem Sondergericht eingeleitet wurde (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 294). Sofern derselbe Alfons Gau gemeint gewesen sollte, kann er nicht – wie Kielwein berichtet (Anm. 687) – am 23. April 1945 als Geisel ausgehoben worden sein, da er ja bereits inhaftiert gewesen wäre.

Strasser Josef, Pfarrer in Rankweil, 11.5. – 24.5.1940⁶⁸⁴
Morscher Kassian, 29.7. – 23.8.1940, 2.1. – 21.2.1942
Ammann Jakob, August 1944 10 Tage
Branner Alfons, 11.9. – 25.9.1943, 20.10.–18.11.1943⁶⁸⁵
Engler Andreas, Feber 1941 10 Tage bedgt. z. 3 Jahr.⁶⁸⁶
Sturn Robert, 6.1. – 15.3.1945
Matt Viktor, 20.5. – 2.6.1941
Frick Karl (Säge), 3.10. – 17.10.1941

Geiselaushebungen am 24.[sic!]4.1945.⁶⁸⁷

Rohrer Alois, 22.4. – 23.4.1945
Barbisch Otto, 22.4. – 23.4.1945
Kielwein Franz, 22.4. – 23.4.1945
Paulitsch Christian, 22.4. – 23.4.1945
Ludescher Adolf, 22.4. – 23.4.1945

684 Strasser war in Feldkirch in Gestapo-Haft, seine Pfarrköchin Anna Fritsch zeitgleich in Bregenz (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 290 u. 356).

685 Identisch mit dem folgenden Standschützen Alfons Branner.

686 Andreas Engler, Eisenbahner (Lexikon Verfolgung und Widerstand, S. 284). Mit „bedgt. zu 3 Jahr.“ dürfte eine bedingte Verurteilung zu drei Jahren Haft gemeint sein.

687 Kessler/Sperandio, Pfarrer, S. 122-124, edierten dazu folgenden Bericht Franz Kielweins: „Am Sonntag, dem 23. April [Sonntag war am 22. April, UN], als die Nachricht eintraf, dass die alliierten Truppen in Friedrichshafen seien, war in Rankweil einerseits eine Angstpsychose und andererseits ein Aufatmen, doch endlich von dem Alpdruck befreit zu sein, zu bemerken. Nervosität war bei gewissen Herren zu verspüren!

Auf Befehl wurde noch am selben Tag die sogenannte 5. Kolonne als Geiseln verhaftet. Diese Angehörigen der Standschützen wurden schon Monate vorher von den Nazis als die politischen Gegner im Ort bezeichnet und es durften denen auch keine Waffen anvertraut werden. Sie erhielten daher nur Einberufungen zu kurzfristigen Notdiensten und mussten zuerst am Illspitz Weidenruten schneiden und später Gräben für Luftschutzzwecke in Brederis ausheben.

Diese 10 Männer, die als Geiseln am Sonntagnachmittag von der Straße weg verhaftet wurden, waren alles harmlose, aber als entschiedene Gegner der Nazis bekannt: Rohrer Alois, Gau Alfons [vgl. Anm. 683, UN], Ludescher Adolf, Matt Emil, Rauch Josef, Kathan Josef, Barbisch Otto, Paulitsch Christian, Kielwein Franz und Heunig, ein über 60 Jahre alter Mann, der wegen einer Denunziation über 2 Jahre im KZ gewesen war.

Bei Einbruch der Dunkelheit konnten Emil Matt und Josef Rauch aus dem Gemeindearrest durch ein geschicktes Manöver entkommen. Die übrigen Geiseln wurden zum Teil in eine Nebenzelle und zum Teil auf dem Gendarmerieposten im Gärtner-Häusle-Haus bis 12 Uhr nachts festgehalten.

Es herrschte auf dem Posten ein reges Kommen und Gehen. Bürgermeister, Ortsgruppenleiter und sonstige Parteifunktionäre verschwanden von Zeit zu Zeit in das Nebenzimmer des Postens und berieten wahrscheinlich über die zu treffenden Maßnahmen. Um 1/2 1 Uhr nachts wurden die Geiseln

Rauch Josef, 22.4. – 23.4.1945

Matt Theophil [richtig: Emil]⁶⁸⁸ und (dessen Frau [Maria]) 25.4.1945 – 30.4.1945,
22.4. – 23.4.1945⁶⁸⁹

d) Versetzungen in andere Dienstorte:

Linder Karl (früher Schulleiter) als Lehrer an die Volksschule Brederis⁶⁹⁰

Alge Rupert (früher Zollamtsleiter) als Zugeteilter an das Zollamt Feldkirch⁶⁹¹

Lichtmanegger [Lichtmanegger Simon], Finanz, Abordnung nach Galizien⁶⁹²

Speckle Karl, Gemeindekassier, Abordnung nach Oberkrain,⁶⁹³ Dekret Reichsstatthalter Tirol-Vorarlberg von 28.3.42 Ia2 222/18

aufgefordert, in das bereitstehende Auto einzusteigen. Vorher wurde ihnen noch erklärt, dass sie keinen Fluchtversuch unternehmen sollen, da sonst sofort geschossen würde.

Sie bestiegen das Lastauto und erhielten ca. 15 Mann Bewachung mit und fuhren nach Feldkirch. In Feldkirch wurden sie auf der Schattenburg dem dortigen Kampfkommandanten vorgeführt. Dieser erklärte kurzerhand dem Bewachungskommandanten [Franz] Hudlak, er könne diese Leute hier nicht brauchen und solle sich an die örtliche Sicherheitswachstelle wenden. Sie (die Geiseln) marschierten durch die stockfinstere Stadt – vorne, seitwärts und rückwärts bewacht – zum Gendarmerieposten Feldkirch. Dort wurden sie aber auch abgewiesen, bis sie schließlich bei der Polizei landeten, welche die Geiseln nach der Aufnahme der Personaldaten in den Arrest steckte.

Am nächsten Tag, gegen Abend, sollten sie nach Dornbirn überstellt werden und dort mittels Auto nach Landeck überführt werden. In Tirol sollten sie der SS übergeben und schließlich von diesen liquidiert werden. Aber es kam nicht mehr zur Ausführung dieses Vorhabens. Die Herren bekamen es mit der Angst zu tun. Die französischen Truppen waren eiliger unterwegs als sie glaubten. Die Geiseln wurden entlassen bis auf den alten Mann, der kein Rankweiler war und daher nicht enthaftet wurde. Gegen die zwei Flüchtlinge Matt und Rauch wurde ein allgemeiner Schießbefehl erlassen. Alle Gendarmerieposten sowie Standschützen wurden angewiesen, hinter diesen zwei Männern her zu sein und die Genannten bei Aufspürung sofort zu erschießen. Einige Tage später wurde Frau Matt als Geisel nach Dornbirn eingeliefert, deren Kinder, darunter ein 1-jähriges Kind, wurden zwangsweise versteckt und das Haus versiegelt. Die Frau wurde aber schließlich kurz vor dem Einmarsch der Franzosen wieder enthaftet. [...]“

688 Josef Kessler verdanke ich den Hinweis, dass nicht Theophil Matt, sondern dessen Sohn Emil Matt als Geisel genommen wurde (siehe Anm. 687).

689 Siehe Anm. 687.

690 Vgl. Anm. 678.

691 Vgl. Anm. 679.

692 Westgalizien war Bestandteil des am 26. Oktober 1939 gebildeten „Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete“ (Distrikt Krakau).

693 Nach dem Beginn des Feldzuges gegen Jugoslawien 1941 wurde das nordwestliche Slowenien einem deutschen „Chef der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Kärntens und der Krain“ unterstellt. Ehemalige Kärntner Gemeinden (Landkreis Unterdrauburg) wurden 1942 de facto dem Reichsgau Kärnten angeschlossen, für die verbliebenen Landkreise die Landschaftsbezeichnung „Oberkrain“ eingeführt.

e) Einschneidende Massnahmen auf dem Gebiete kultureller Angelegenheiten:
Pater Fischer, Missionär vom Kostbaren Blute – Gauverweis.⁶⁹⁴

1938 wurden vier geistliche Lehrschwestern aus dem öffentlichen Schuldienste entlassen.⁶⁹⁵

Der Privatunterricht unterstand der Kontrolle der NSDAP. Den Schwestern vom Kostbaren Blute in Rankweil wurde der Privatunterricht, Haushaltungsschule, entzogen.⁶⁹⁶

Schuldirektor in Ruhe Franz Jenny wurde zu Kriegsbeginn wieder im Schuldienst verwendet. Da sein Unterricht in politischer Hinsicht nicht entsprach, wurde er nach schwerstem Verweise aus dem Dienste entlassen und es wurde ihm untersagt, Privatunterricht zu erteilen.⁶⁹⁷

Alle politischen und katholischen Vereine wurden aufgelöst und deren Vermögen kassiert (Katholischer Jünglingsverein,⁶⁹⁸ Katholischer Arbeiterverein, Frauenbund, Kirchenbauverein St. Peter, Ferienkolonie, St. Vinzenzverein).⁶⁹⁹

Das Kino von Rankweil, das im Besitze des Pfarrers Strasser Josef war, wurde enteignet.⁷⁰⁰

f) Massnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete:

Nazigegner wurden aus dem Dienste entlassen bzw. an anderen Dienstplatz versetzt:
Sinz Julius,

Knecht Hans – Konsumverwalter, 1.1.1944

694 Vielleicht handelte es sich um einen Hausgeistlichen des Herz-Jesu-Heims (vgl. Anm. 696; scheint im Schematismus Innsbruck-Feldkirch 1936 und 1947 nicht auf).

695 Das Mutterhaus Innsbruck der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul hatte 1859 in Rankweil eine Filiale errichtet. 1936 arbeiteten zwölf Schwestern in der Armenpflege, Schule und Kinderbewahranstalt. Das Berufsverbot über die Lehrschwestern und andere Ordensangehörige wurde am 5. August 1938 erlassen (Ulmer, Klöster, S. 175; Kessler, Grundschule, S. 80-81 u. 122; Kessler/Sperandio, Pfarrer, S. 109; Schematismus Innsbruck-Feldkirch 1936, S. 322).

696 1907 hatten sich in Rankweil Schwestern von der Anbetung des kostbaren Bluts niedergelassen und ein Mutterhaus (Herz-Jesu-Heim) errichtet, in dem sie eine Haushaltungsschule und ein Erholungsheim führten; zudem widmeten sie sich der ambulanten Krankenpflege (Ulmer, Klöster, S. 188; Schematismus Innsbruck-Feldkirch, S. 318).

697 Aufgrund einer Anzeige inspizierten der Landrat, der Kreisschulrat und der Bürgermeister 1943 Jennys Klasse. Über den „Führer“ wussten die Schüler nicht Bescheid, dafür konnten sie das „Vater unser“ aufsagen (Kessler, Grundschule, S. 125-126 u. 172-173).

698 Das Haus des Jünglingsvereins wurde zum „Haus der Hitlerjugend“ bestimmt (Tagebuch Strasser, in: Kessler/Märk, Rankweil, S. 234; Kessler/Sperandio, Pfarrer, S. 107).

699 Vgl. Tagebuch Strasser, in: Kessler/Märk, Rankweil, S. 234-235; Kessler/Sperandio, Pfarrer, S. 108; zur Ferienkolonie: Kessler, Grundschule, S. 114-115; zum Frauenbund auch: Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg 1/1941, 2.

700 Das Kino wurde zugunsten eines Parteibonzen „privatisiert“ (Kessler/Sperandio, Pfarrer, S. 107-108; Tagebuch Strasser, in: Kessler/Märk, Rankweil, S. 234-235).

Wirtschaftliche Organisationen durften in ihren Verwaltungs- und Aufsichtsbehörden nur solche Funktionäre haben, die von der NSDAP als genehm erachtet wurden. Geschäftsleute, die als Nazigegner auf der schwarzen Liste standen, erlitten die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen. Sie konnten keine öffentlichen Aufträge erhalten. Mitunter wurden ihnen die Geschäfte geschlossen:

Ammann Jakob, Eisenhandlung,

Sinnstein Theodor, Porzellanwaren,

Matt Viktor, Gastwirtschaft und Café,

Preg Josef, Kaffeeausschank,

Riedmann [Felix], Gasthaus zur Krone,

Feuerversicherungsververtretungen wurden weggenommen:

Riedmann Thomas

Gau Ferdinand

(Beteiligt wurde damit der Illegale Madlener Hugo⁷⁰¹ und später Dietrich Albert)

Die Wohltätigkeitsanstalt Valduna, die als wohltätige Stiftung unter Aufsicht eines privaten Kuratoriums stand, wurde enteignet.⁷⁰² Der Direktor [Johann] Müller, der ein Menschenleben lang nur um den nackten Lebensunterhalt nicht um eine Entlohnung im Dienste dieser Wohlfahrtseinrichtung gearbeitet hatte, wurde ohne Abfertigung und ohne Pension auf die Strasse gestellt.⁷⁰³

701 Hugo Madlener wurde, wie weitere „alte Kämpfer“, am 1. Dezember 1938 als neuer Verwalter der Wohltätigkeitsanstalt wie der Landesirrenanstalt Valduna angestellt, aufgrund seiner Misswirtschaft jedoch 1941 wieder abgesetzt (Müller, Nazi-Interregnum, S. 14 u. 97; Egger, Ausgrenzen, S. 193-194; im Übrigen: VLA: BH Feldkirch, Sammelakt Illegale NSDAP: Verzeichnis der Illegalen im Gendarmerierayon Rankweil, Rankweil 28.01.1946).

702 Bemerkenswert ist, dass der Berichtstatter kein Wort über die schrecklichen Verbrechen verliert, die nach der nationalsozialistischen Machtergreifung an den Patienten und Pflegenden der Valduna verübt wurden. Die „Wohltätigkeitsanstalt Valduna“ war eine 1869 errichtete kirchliche Stiftung, mit ihr räumlich und organisatorisch verzahnt wurde 1870 eine „Landesirrenanstalt Valduna“ errichtet. 1938 wurde die Wohltätigkeitsanstalt enteignet und die Zusammenlegung beider Einrichtungen zur „Heil- und Pflegeanstalt Valduna“ verfügt. Im Rahmen des Euthanasieprogramms wurden 1941 263 Patienten und Pflegenden der Valduna allein in der Zwischenanstalt Niedernhart und in Schloss Hartheim bei Linz ermordet; nicht wenige von ihnen waren zuvor aus Vorarlberger Versorgungs- und Armenhäuser in die Valduna gebracht worden (Schneider/Schnetzler, Valduna; Müller, Valduna, S. 87-98; Müller, Nazi-Interregnum, S. 7-9 u. 137-142; Egger, Ausgrenzen; Simma, Valduna). Das Land Vorarlberg entschädigte die 1948 wiedererrichtete Stiftung Wohltätigkeitsanstalt Valduna 1961 mit der Errichtung eines Schulheimes für minderbegabte Kinder in Schlins (Stiftung Jupident). Zur Geschichte der Valduna vgl. zuletzt die Beiträge in: Schnetzler/Sperandio, 600 Jahre Valduna.

703 Müller schrieb 1942 im Geheimen seine Erinnerungen an die „Machtergreifung“ in der Valduna 1938 nieder. Mit Abscheu dokumentierte er detailliert die Euthanasie (Müller, Valduna).

Zu 3 des Rundschreibens vom 8.4.1946

Alles hatte dem Kriege zu dienen. Jeder Gewerbebetrieb, wollte er bestehen, musste sich auf Kriegserzeugnisse umstellen. Wer dies nicht wollte, rückte ein.

Durch die Sprengung von drei Brücken über die Frutz litt unser Land einen ungeheuren Schaden. Der deutsche Oberleutnant, der die Sprengung durchführte, äusserte sich, wenn in Deutschland so grosse Kriegsschäden sind, so sollt ihr es in Österreich auch nicht besser haben.⁷⁰⁴

Außer Landes wurden abgeordnet:

Speckle Karl, Gemeindegassier, nach Oberkrain,⁷⁰⁵

Lichtmanegger [Lichtmanegger Simon], nach Galizien.⁷⁰⁶

Zu 4 des Rundschreibens vom 8.4.1946

Die Gestapo trieb ihr schändliches Spiel durch die Geiselaushebungen:⁷⁰⁷

Juli 1944 Jakob Ammann (mit anderen vom Ländle)

24.4.1945 Rohrer Alois, Barbisch Otto, Kielwein Franz, Paulitsch Christian,
Ludescher Adolf, Rohrer [richtig: Rauch] Josef, Matt Theophil
[richtig: Emil]⁷⁰⁸

Gestapoverhören wurden unterzogen:

Aberer Wilhelm

Strasser Josef, Pfarrer⁷⁰⁹

Pater Dietz Philipp⁷¹⁰

Gasser [Gassner] Gabriel

Berchtold Willi, Lehrer

Zu 5 des Rundschreibens vom 8.4.1946

Widerstandsbewegung:

Der Widerstandswille gegen die gewaltsame Besetzung Österreichs mit allen ihren schlimmen Folgen war im Volke immer da. Durch unsagbaren Terror wurde lange

704 Zu den Ereignissen im Raum Rankweil-Feldkirch vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 131-175.

705 Vgl. Anm. 693.

706 Vgl. Anm. 692.

707 Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

708 Vgl. Anm. 688.

709 Von Pfarrer Strasser ist ein interessantes Tagebuch überliefert, das über den „Umbruch“ in Rankweil 1938 lebendig Auskunft gibt; ediert in: Kessler/Märk, Rankweil, S. 223-241. Zu Strasser: Kessler/Sperandio, Pfarrer, S. 85-139.

710 Scheint im Schematismus Innsbruck-Feldkirch 1936 und 1947 nicht auf.

jede Organisation verhindert, ja unmöglich gemacht. Zuweilen aber brach doch die Auflehnung spontan und gewaltsam durch alle Gehege der nazischen [sic!] Einschürungen. Das hob dann wieder den Mut der Aufrechten im ganzen Ländle; im Nazilager aber gab's Aufregung und als einzige Lösung verschärfte Massnahmen. Ein typisches Beispiel unorganisierten, aber darum nicht weniger wirksamen Widerstandes bot Rankweil anlässlich der Verhaftung des Herrn Pfarrers Strasser Josef im Jahre 1940 am Pfingstsamstage.⁷¹¹ Innerhalb einer halben Stunde war in weitesten Kreisen bekannt, dass der Hochwürdige Herr Pfarrer verhaftet werde. Als der Gestapobeamte sein Opfer auf den Mittagszug zur Bahn bringen sollte und mit ihm beim Stationsgebäude ankam, traf er dort eine Menge Menschen an, die entschlossen war, die Wegnahme des Herrn Pfarrers mit Gewalt zu verhindern. Der Gestapo wurde die Zielscheibe der Verachtung des Volkes. Es regnete Hohn und Hass auf ihn. Ein Schüler hieb mit den Fäusten auf den Rücken des Beamten ein. Weitere Tätlichkeiten verhinderte der Hochwürdige Herr Pfarrer. Er mahnte die Bevölkerung fortwährend zur Ruhe. Gewalt ziehe nur schwere Folgen nach sich, ihm sei damit nicht geholfen. Bis zur Abfahrt des Zuges protestierte die Menschenmenge ständig. Noch am gleichen Tage lief die Kunde von diesem Beweis eines geballten Abwehrwillens durch's ganze Ländle und löste allenthalben grosse Freude und Befriedigung aus.

Der Widerstandswille äusserte sich immer wieder. Die unter Punkt 2 c angeführten Inhaftierungen unserer Marktgemeinde (14 an der Zahl mit insgesamt 12 Haftmonaten) sowie die bei der Kreisleitung Dornbirn⁷¹² vorgefundene Anzeige gegen Pfarrer Knecht Alois geben einen vollen Beweis dafür, dass unsere Bevölkerung das Nazijoch und die Nazimassnahmen nur unter dem unabwendbaren Drucke ertragen mussten.⁷¹³

Den ärgsten Druck auf die Bevölkerung übten ortsfremde Personen aus. Zu nennen sind: Der SA-Führer Schmidt [Schmid Johann Otto], ein Reichsdeutscher,⁷¹⁴ der Preusse Franke Fritz [richtig: Ernst]⁷¹⁵ und der letzte Ortsgruppenleiter der NSDAP

711 Vgl. Kessler/Sperandio, Pfarrer, S. 113.

712 Dem Landkreis Feldkirch mit dem Landrat in Feldkirch entsprach der NSDAP-Kreis Dornbirn mit der Kreisleitung in Dornbirn.

713 Siehe Anlage.

714 Nach freundlicher Auskunft Josef Kesslers wurde Schmid in Rankweil als Sohn einer Reichsdeutschen aus dem Landkreis Tettngang geboren.

715 Es handelte es sich um den Eisengießereibesitzer Ernst (sic!) Franke, der bereits illegal der NSDAP angehört hatte und ab 23. April 1945 als NSDAP-Ortsgruppenleiter und damit als „Ortsverteidigungskommissar“ fungierte. Er wurde im Anhaltelager Brederis inhaftiert (VLA: BH Feldkirch: NS-Registrierung 1946-1948: Ortsgruppenleiter Rankweil, Laterns und Übersaxen, Rankweil 17.02.1947; Illegale im Gendarmerierayon Rankweil, Rankweil 28.01.1946 und 25.02.1946). 1938 hatte sich der Reichsdeutsche Franke vergeblich um den Bürgermeisterposten in Rankweil bemüht (Kessler/Sperandio, Pfarrer, S. 106).

Rankweil Wagner Franz,⁷¹⁶ ein Oberfeldmeister des RAD,⁷¹⁷ ein gebürtiger Wiener, in seiner Art glich er einem gestiefelten Preussen.⁷¹⁸

Wie in allen Orten des Landes Vorarlberg fand sich auch in Rankweil eine nicht kleine Gruppe, die im geheimen unablässig Widerstand organisierte, bis er in den Reihen der Standschützen zum überraschenden Durchschlag kam. Als endlich die Zeit gekommen war, fand sich gerade in dieser „Elitetruppe Hofers“ ein geschlossener Widerstand und ein einiger Wille, um im Zusammenwirken mit der Hilfe von aussen den Naziterror zu brechen und die Tore unseres grossen Gefängnisses zu sprengen.⁷¹⁹ Standschütze Branner Alfons war unermüdlich tätig, die französischen Besatzungstruppen möglichst bald in unseren Ort zu bringen, um weitere Opfer durch Nazi- und SS-Truppen zu verhindern. (Französisches Zeugnis kann bei Branner eingeholt werden).⁷²⁰

716 Franz Wagner, geboren in Mähren, Privatangestellter, war vom November 1943 bis 22. April 1945 NSDAP-Ortsgruppenleiter (VLA: BH Feldkirch: NS-Registrierung 1946-1948: Ortsgruppenleiter Rankweil, Laterns und Übersaxen, Rankweil 17.02.1947). Laut Schelling flüchtete Wagner nach Marul, dann in den Satteinser Wald, wo er festgenommen und in das Anhaltelager Brederis verfrachtet wurde. An anderer Stelle bezeichnet ihn Schelling als „Ortskommandant von Satteins“ (Schelling, Festung Vorarlberg, S. 136 u. 228; vgl. auch Ammann, Befreiungsaktion, S. 14). Laut Chronik des Gendarmeriepostens Satteins (VLA: GendChroniken [MF]) wurden ab 26. April 1945 aus dem RAD-Lager Rankweil und aus anderen Lagern 800 RAD-Männer unter dem Kommando des „Oberst-Feldmeisters“ Wagner zum Stellungsbau in Satteins zusammengezogen. Sie sollten zum Stellungsbau und als Kampfformation eingesetzt werden, lösten sich aber vor dem Eintreffen der Franzosen am 4. Mai von selbst auf.

717 In der Gendarmeriechronik Satteins (wie Anm. 718) wird Wagner als „Oberstfeldmeister“ bezeichnet. Beides waren mittlere Dienstgrade in der RAD-Hierarchie. – Seit 1935 hatte im Deutschen Reich jeder Mann zwischen 18 und 25 eine sechsmonatige Dienstzeit für gemeinnützige Arbeit abzuleisten („Arbeitsmänner“), die dem zweijährigen Wehrdienst vorgelagert war. Im April 1938 wurde der Reichsarbeitsdienst (RAD) auch in Österreich eingeführt (RGBl. 1938 I S. 400). Im Lauf des Krieges wurde die RAD-Zeit auf sechs Wochen militärische Ausbildung verkürzt. 1939 wurde die Dienstpflicht auf die Mädchen („Arbeitsmädchen“) ausgeweitet, die bis dahin freiwillig Dienst tun konnten. In Rankweil-Brederis wurde ein RAD-Lager geführt, die vor allem zur Entwässerung des Weitrieds eingesetzt werden sollten. Das Barackenlager in Brederis diente den französischen Besatzungsbehörden als Anhaltelager für ehemalige Nationalsozialisten des Bezirks Feldkirch.

718 Bei Kriegsende soll es einen Befehl an die RAD-Männer gegeben haben, alle Häuser Rankweils, die die weiße Fahne hissen, niederzubrennen und deren Bewohner umzubringen (Kessler/Märk, Rankweil, S. 252). Zu dieser Zeit waren auch Arbeitsdienstjungen in der Fabrik F.M. Rhomberg an der Frutz einquartiert (Schelling, Festung Vorarlberg, S. 136-137).

719 Die Rankweiler Standschützenkompanie wurde am 24. April 1945 einberufen, in der Götzner Rütli kaserniert und am 1. Mai nach Hause entlassen (Kessler/Sperandio, Pfarrer, S. 122). Zum Volkssturm (Standschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

720 Zu Branners Verdiensten vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 134-138.

Rückblickend auf die Nazijahre kann jeder österreichisch gesinnte Mensch nur sagen: „All die Jahre fühlte man sich der Freiheit beraubt, umspitzelt, bedroht und als Ware einem brutalen fremden Machtstaatsdenken geopfert.“

A u s z u g

aus der Predigt des Pfarrers Knecht am Sonntag den 17. September
1939.⁷²¹

Der Krieg ist das grösste Übel, das die Menschheit treffen kann und trotzdem haben wir schon wieder Krieg, obwohl nach dem letzten Krieg die Pazifisten der ganzen Welt auf ihre Fahnen schrieben: „Nie wieder Krieg!“ Der Friede hingegen ist das grösste Glück, das einem auf Erden zuteil werden kann. Man muss sich nur das Unglück und das Elend vorstellen, das durch einen Krieg heraufbeschworen wird usw. Die Verluste an Gut und Blut, an jungen Menschenleben.

Das war immer so, schon Saul im alten Testamente war ein mächtiger Herrscher, der sein Volk auf eine beachtliche Höhe führte, dann aber stolz wurde, vom Väterglaube nicht mehr hielt und von da an ging's mit seinem Volke und der Führung abwärts bis zur Vernichtung.⁷²²

Auch der grosse und weise Herrscher David verabscheute den Krieg, weil er ihn von seiner Jugend her kannte. Gott stellte ihn als Strafe für eine seiner Verfehlungen einmal vor die Wahl zu wählen für sein Volk zwischen Hunger, Krieg oder Pest.

721 Der Dornbirner Rathausdiener, der Ende April 1945 die Akten der NSDAP-Kreisleitung zu verbrennen hatte, hat die Anzeige gegen Pfarrer Knecht abgezweigt. Im Juli 1945 ist sie Knecht auf Umwegen zugekommen. Das Original der Friedenspredigt hat die Gestapo in Bregenz (Grenzpolizeikommissariat) rechtzeitig verbrannt. Knecht hat folgende Anzeige, ohne den Namen des Denunzianten, 1988 ediert und den Wortlaut kommentiert (Knecht, Heimatliebe, S. 115-119). Knecht hatte die Schrecken des Krieges 1917 bis 1918 als Offizier an der Südfront kennengelernt. Nun, da Hitler mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 einen neuen Krieg vom Zaun gebrochen hatte, wandte er sich von der Kanzel dagegen. Knecht, Heimatliebe, S. 32-34: „Mein Thema lautete: ‚Herr zerstreue die Völker, welche Kriege wollen‘. Ps. 67,31. In dieser Predigt erzählte ich auch vom König Saulus, der sich gegen den hohen Priester des A[Iten] T[estaments] erhob, dann aber Schlacht, Reich und Krone verlor und sich verzweifelnd in das eigene Schwert stürzte. Im weiteren Verlauf zeigte ich die ehrlichen Friedensbemühungen der letzten Päpste, Pius XI. und Pius XII. auf, die ganz im Gegensatz stehen zu den versteckten Zielen, welche andere haben, die zwar von Frieden reden, aber stets zum Kriege rüsten. Ich verschwieg auch nicht, dass Papst Benedikt XV. den Ersten Weltkrieg eine ‚ehrlose Menschenschlächtere‘ nannte, und dass Pius XI. Mussolinis Überfall auf Abessinien verurteilte, obwohl es dadurch zum Konflikt zwischen Staat und Kirche kam. Die Leute gingen aus meiner Predigt sehr beeindruckt und still nach Hause. Als ich bereits im Gefängnis in Bregenz saß, kamen Redner der NSDAP nach Meiningen, um den gesunkenen Mut des Volkes zu heben und zu versprechen: ‚Wir werden den Krieg sicher gewinnen!‘.“

722 Falsch wiedergegeben; vgl. Anm. 721.

Der weise Herrscher wählte dann die Pest, weil er eben den Krieg kannte und verabscheute und wusste, dass die Pest noch das kleinere Übel sein als der Krieg. Auch der Vorgänger unseres heiligen Vaters, Papst Pius XI. hat den Krieg verabscheut und einmal gesagt, Gott der Herr möge jene Völker zerstreuen, die Krieg wollen. Beten wir täglich darum, dass uns nicht solches trifft. Unser jetziger Papst Pius XII. und seine Kurien und Kanzleien auf der ganzen Welt haben sich bemüht und bemühen sich auch jetzt noch einen friedlichen Ausweg aus der jetzigen Krise zu finden, sie beten und arbeiten fieberhaft um das grösste Übel der Menschheit, den Krieg abzuwehren und das nur, weil sie den Krieg auch kennen. Unser derzeitiger heiliger Vater war lange genug in Berlin und München und kennt deshalb auch die Pazifisten Deutschlands. Und das sind nicht nur Phrasen vom Krieg, sondern denen ist wirklich ernst usw.⁷²³

Auch der zweitletzte Kaiser Franz Josef I. kannte den Krieg aus seinen jungen Jahren, wo er Gelegenheit hatte, den Krieg kennen zu lernen.⁷²⁴ Dessen sehnlichster Wunsch war es, dass er seinen Lebensabend noch im Frieden verbringen könne, aber es war ihm nicht gestattet, denn damals drehte es sich nicht nur um den Mord an dem Erzherzog und seiner Gemahlin,⁷²⁵ sondern es stand die Monarchie und noch anderes auf dem Spiel, weshalb er zu einem gerechten Angriffskrieg gezwungen wurde, aber nicht freiwillig, sondern erst seine Umgebung musste ihn dazu nötigen usw.⁷²⁶

Am Anfang und am Schluss verlas er dann noch eine Anordnung des Bischofs betreffs Religionsunterricht,⁷²⁷ die er damit einleitete, dass er sagte, wer also jetzt seine Kinder religionslos erziehen lassen will, der kann es („und um die ist es auch nicht schade“), wer es [sic!] hingegen religiös erziehen lassen will, muss diese Woche

723 Vgl. Anm. 721.

724 Franz Josef hatte 1859 in den blutigen Schlachten bei Solferino und Magenta selbst die österreichischen Truppen befehligt.

725 Gemeint ist die Ermordung von Erzherzog Ferdinand und seiner Gattin in Sarajevo am 28. Juni 1914.

726 Knecht zitierte aus Franz Josefs Kriegsmanifest von 1914 (Knecht, Heimatliebe, S. 119).

727 Mit Beginn des Schuljahres 1939/40 wurde „Konfessionslehre“ zum unbenoteten Freifach erklärt, das nicht mehr ins Zeugnis aufgenommen wurde. Für die Teilnahme war eine schriftliche Anmeldung in der ersten Schulwoche beim Schulleiter notwendig. Mit Erreichung des 14. Lebensjahres konnte sich jeder Schüler auch ohne Zustimmung der Eltern abmelden. Der Unterricht durfte nur noch in der letzten Vormittags- oder der ersten Nachmittagsstunde erteilt werden. Bis 1. Mai 1942 wurde insgesamt 158 geistlichen Lehrpersonen ein Ansuchen zur Erteilung des Konfessionsunterrichts nicht bewilligt oder die Erlaubnis entzogen. Von 1939 bis 1945 erhielten 72 Vorarlberger Geistliche Schulverbot. Im Schuljahr 1941/42 waren von den Schülern im Reichsgau Tirol und Vorarlberg zum Konfessionsunterricht angemeldet an den Volksschulen 84,6 % (Vorarlberg 89,8 %), an den Hauptschulen 58,3 % (Vorarlberg 60,6 %), an den Höheren Schulen 25,1%. Zum Kampf gegen den Religionsunterrichts vgl. Schreiber, Schule, S. 86-96; Wanner, Kirche, S. 89-100.

noch die Anmeldungen an die Schulleitung machen.⁷²⁸ Dann wurde noch für Volk und Heimat (nicht Führung) gebetet.

Wenn solche Predigten in der jetzigen Zeit geduldet werden müssen, wo eine Anstrengung des ganzen Volkes an und hinter der Front so wichtig ist, getraue ich mir zu sagen, dass die Erfolge der Partei klein bleiben müssen in solchen Dörfern wie beispielsweise Meiningen, wo die ganze Bevölkerung jeden Sonntag fast geschlossen in der Kirche ist und dem Pfarrer abhören muss. Es sind wohl ein grösserer und kleinerer Prozentsatz, die damit nicht zufrieden sind; wäre es aber nicht besser, wenn man dem Apostel sein Maul stopfen würde, wenigstens durch ein Predigtverbot, durch eine ordentliche Verwarnung, oder durch Entziehung von vielleicht 50% seines Lohnes.

N.B.⁷²⁹ Auch wörtlich hat er angeführt, dass für den Krieg neben allem Elend, das so schon im Gefolge des Krieges sei, auch noch vermehrt Steuern und Abgaben vom Volke eingehoben werden.

Franz Brändle

Meiningen Vorarlberg

728 Knecht, Heimatliebe, S. 34: „Am Schluß der Predigt sagte ich noch: ‚Wer sein Kind jetzt religionslos erziehen lassen will, der kann es und um die ist es nicht schade.‘ Es hat sich aber niemand gefunden in der ganzen Gemeinde, der sein Kind vom Religionsunterricht abgemeldet hätte. Es wollte keiner der sein, ‚um den es nicht schade ist‘, nicht einmal der Anzeiger meiner Friedenspredigt und Beschwerdeführer über meine Worte.“

729 Wahrscheinlich: Nachbemerkung.

Q 25 Bericht von Lorenz Tiefenthaler über die Sprengung der Felsenaubücke bei Feldkirch

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 26

Typoskript, 7 Seiten.

Die Felsenaubücke über die obere Illschlucht war die wichtigste Straßenverbindung zwischen dem Rheintal und dem Walgau. Die deutschen Truppen, die sich in Richtung Arlberg absetzten, verzichteten auf eine Verteidigung der Lazarettstadt Feldkirch. Aus ihrer Sicht war es vielleicht logisch, auf dem Rückzug die Felsenaubücke zu sprengen. Allerdings konnten die französischen Truppen die Felsenaubücke über die Letze (über Feldkirch-Tisis nach Frastanz) und den Schwarzen See (über Göfis nach Satteins) umgehen. Stolz brachte die 4. marokkanische Gebirgsdivision in einer 1945 veröffentlichten Dokumentation ein Foto der Notbrücke, die ihre Pioniere binnen acht Tagen nach der deutschen Kapitulation von Bangs in die Felsenaubücke verlegte.⁷³⁰ Während des Kalten Krieges ließen die Franzosen 1948 bei der Felsenaubücke erneut Sprengkammern anlegen. Ihre Pläne für eine „Alpenfestung“ waren gegen einen sowjetischen Angriff aus dem Osten gerichtet.⁷³¹

Lorenz Tiefenthaler stammte aus Frastanz und war Angestellter der Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten in Bregenz. 1943 kehrte der mehrfach ausgezeichnete Wehrmachtsoffizier schwerkriegsinvalid nach Vorarlberg zurück. Er führte in Vorarlberg die österreichweite Widerstandsgruppe O5.⁷³² Tiefenthaler, später Bürgermeister der Stadt Feldkirch (ÖVP), zählte zum Kreis der Rotbuch-Mitarbeiter (vgl. Q 10). Sein Bericht ist nicht datiert, aber mit einem Eingangsstempel vom 29. April 1946 versehen.⁷³³

730 4^e Division Marocaine.

731 Nachbaur, Territorialfragen, S. 217-218.

732 Vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 149. Die Gruppe O5, initiiert durch bürgerliche Kräfte, war die größte der überparteilichen österreichischen Widerstandsbewegungen, die sich gegen Ende des Krieges formierten (Luza, Widerstand, S. 246-248). „O5“ oder „05“ wird meist als Chiffre für O und E (5. Buchstabe im Alphabet) und damit als Abkürzung Oe für Österreich gedeutet. Abweichend die Neue Zürcher Zeitung 21.04.1945 (auch ediert in: Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 188-189): *„Im Spätherbst 1945 bildete sich dann die Bewegung ‚Österreich 1945‘, nach dem ersten Buchstaben und der letzten Ziffer ‚O 5‘ genannt.“*

733 Am Ende des Berichts Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 29.4.46 Zl. 86/3 Anl.

Die letzten Tage vor dem Zusammenbruch in Feldkirch.

Wenn ich von den letzten sinnlosen Kampftagen im Raume Feldkirch berichten soll, erscheint mir als eines der wichtigsten Ereignisse die Sprengung der Felsenaubücke und der Straße vor der Felsenaubücke und der Versuch diese Sprengung zu verhindern. Zu diesem Zweck muß ich, um die Ereignisse halbwegs klar darzustellen, in diesem Bericht einige Tage zurückgreifen. Es sollte nicht die Vermutung aufkommen – leider ist sie in schlecht informierten Kreisen bereits aufgekommen – die Widerstandsbewegung hätte sich um diese wichtige Brücke überhaupt nicht gekümmert.⁷³⁴ Durch Verkettung unglücklicher Umstände sah es tatsächlich so aus. Als Führer einer der größten Widerstandsgruppen in Vorarlberg⁷³⁵ berichte ich dazu folgendes, da ich selbst teilweise durch Organisation in den Vortagen, Wochen und Monaten, andererseits aber durch meine Anwesenheit bis fast zur letzten Minute auf der Brücke den Hergang genauestens schildern kann.

Die Erhaltung der Felsenaubücke lag mir, weniger wegen ihrer architektonischen Schönheit oder guten Tragfähigkeit, als vielmehr wegen ihrer taktischen Wichtigkeit für die durchziehenden Truppen, besonders am Herzen.

Bis im letzten Moment schien ich meiner Sache ganz sicher zu sein. Als ich zum erstenmal Pioniere des Heeres bei den Vorarbeiten für die Sprengung und Ladung der Brücke und Straße schon Wochen vorher sah, und erfuhr, was für eine enorme Sprengung (2000 kg Sprengstoff) vorbereitet wurde, faßte ich mit noch vielen anderen Männern den Entschluß, dieses unsinnige Zerstörungswerk unbedingt zu verhindern.

Als ehemaliger Frontsoldat wußte ich, daß es nicht leicht war, gegen ein derartiges Unternehmen der Wehrmacht und SS vorzugehen. Es wäre für uns wenige Männer Selbstmord gewesen, frühzeitig mit Gewalt sich gegen eine solche Sache zu stemmen. Es mußten die Gegenmaßnahmen mit großer Überlegung getroffen und geduldig abgewartet werden.

Aus diesem Grunde suchte ich mit einem maßgebenden Pionieroffizier bekannt zu werden, was mir auch nach einigen Tagen gelang. Da dieser Pionieroffizier Leutnant B[acher]⁷³⁶ als Sprengsachverständiger und Adjutant beim Festungsstab von Vorarlberg

734 Schelling hatte bereits im Dezember 1945 im Vorarlberger Volksblatt über die Ereignisse in Feldkirch berichtet (VVB 13.12.1945, S. 2; 14.12.1945, S. 2; 17.12.1945, S. 2), aber nichts über die Vorgänge auf der Felsenaubücke selbst. Tiefenthalers Bericht floss dann in die erweiterte, 1947 veröffentlichte Darstellung ein: Schelling, Festung Vorarlberg, S. 155-156 u. 160-171. Zu Feldkirch vgl. auch Volaucnik, Feldkirch, S. 159-172.

735 Gemeint ist die Landesgruppe Vorarlberg der Widerstandsbewegung O5 (vgl. Anm. 732).

736 Vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 149.

eine entscheidende Rolle spielte, konnte ich durch diesen, nachdem ich ihn restlos auf meine Seite gebracht hatte – denn auch er sah längst schon den Unsinn der Selbstvernichtung ein – die ganzen Vorgänge der letzten Wochen und Tage erfahren und so in Verbindung mit ihm viel Zerstörungswerk in Vorarlberg verhindern. Er nahm mich auf viele Dienstreisen mit, so daß ich die Verbindung vor allem mit Bregenz, noch bis in die letzten Tage aufrecht erhalten konnte. Dieser Pionieroffizier rettete mich auch vor der damaligen Verhaftung und dadurch vor dem sicheren Tod. In Verbindung mit ihm ist es unter anderem gelungen, die Versenkung von 4 Bodenseedampfern zu verhindern.⁷³⁷ Und vor Allem gelang es, die wichtigsten Industrieanlagen Vorarlbergs, deren fachmännische Sprengvorbereitung diesem Offizier aufgetragen war, durch Verschiebung von Sprengstoff unter anderem, vor der Zerstörung zu retten. Die Nervosität der Vorgesetzten ausnützend, meldete dieser, daß nur ungenügend Sprengstoff vorhanden wäre und daß zur Durchführung dieser befohlenen Sprengungen viel größere Vorbereitungen getroffen werden müßten und außerdem versuchte er seinen Vorgesetzten die Unsinnigkeit und den Volksschaden für ein solches Unternehmen klar zu machen. Teilweise fand er durch seine sachlich und fachlich einleuchtend geschilderten Darlegungen Anklang. Dieser Mann lief auch jede Stunde Gefahr wegen Sabotage vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Sobald Leutnant B[acher] wieder so einen Wahnsinnsbefehl bekam oder sobald im Festungspionierstab nur eine Planung eines derartigen Unternehmens stattfand, kam er zu mir und wir berieten über Gegenmaßnahmen. Zu jeder Tages- und Nachtzeit gab er mir Bericht über die Besprechungen. In gemeinsamer Beratung trafen wir dann die weiteren Entscheidungen.

So bat ich ihn unter anderem, es unbedingt durch freiwillige Meldung möglich zu machen, die Durchführung der Sprengbefehle über sämtliche militärisch wichtige Anlagen zu bekommen, was ihm nach einiger Zeit auch gelang. Mir und einigen Mitwissern fiel dadurch ein schwerer Stein vom Herzen, wußte ich doch, daß ich mich auf meinen Kameraden restlos verlassen könnte. Persönlichen Schutz vor den Nazis und Untertauchmöglichkeit habe ich ihm natürlich zugesichert, und ihm garantiert, daß er nicht in die Gefangenschaft kommen würde durch seinen Dienst, den er den Alliierten und Österreich damit tue.⁷³⁸

737 Nach geheimer Absprache zwischen der Reichsbahndirektion Augsburg und der Schifffahrtssinspektion Romanshorn führen und schleppen die Seeleute in der Nacht zum 26. April 1945 die in Lindau und Bregenz liegenden Schiffe der Reichsbahn heimlich zum Schweizer Ufer (vgl. Jakob Schmidinger, Rot-weiß-rot über dem „Schwäbischen Meer“, in: VN 16.10.1945, S. 2, ohne Hinweis auf eine Beteiligung Bacher oder Tiefenthalers).

738 Laut Schelling, Festung Vorarlberg, S. 149, blieb Bacher, ein Innerösterreicher, nach Ablösung seines Kommandos in Feldkirch und verkehrte dort bei der Widerstandsgruppe O5.

Durch kluge Machinationen gelang es unter anderem, auch die Heiligkreuzbrücke und die Franz-Josefsbrücke in Feldkirch vor Zerstörung zu retten, in dem wir zusammen berieten, doch durch Barrikaden ein Weiterdringen des „Feindes“ zu verhindern und diesen Vorschlag dem Festungsstab zu unterbreiten. Wir waren uns beide im Klaren, daß im gegebenen Moment diese lächerlichen Holzbarrikaden kein Hindernis bedeuten würden. Trotzdem wurden die Vorgesetzten von der Durchführbarkeit dieses Vorschlages überzeugt und willigten ein. Bei der Heiligkreuzbrücke drehte es sich nur noch um eine halbe Stunde, dann wäre auch diese historische Brücke und anderes schwer ersetzbares Volksgut zerstört gewesen.⁷³⁹

So sah ich eigentlich ziemlich ruhig den letzten Tagen des Naziregimes in Feldkirch entgegen. Auf jeden Fall hatten wir Widerständler uns fest entschlossen, in Feldkirch alles dranzusetzen, damit sich nicht dasselbe wie in Bregenz wiederhole.⁷⁴⁰

Der letzte Tag vor der Besetzung Feldkirchs durch alliierte Truppen, am 2. Mai 45, kam nun heran. Es ging schon das Gerücht herum, daß ein gewisser ehemaliger Oberleutnant Tiefenthaler mit einer Terrorgruppe die Sprengung von Brücken verhindere. Dieses Gerücht, das bis in die Befehlsstellen drang, hätte für mich sehr gefährlich werden können, wenn nicht der oben genannte Pionieroffizier mich entsprechend gewarnt hätte.

Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang noch einen Kameraden, den Herrn R[eisecker], der ebenfalls eine große Widerstandsgruppe führte.⁷⁴¹ Mit ihm war ich in engem Kontakt. Unsere Sitzungen, auch mit dem Pionieroffizier fanden in einem neutralen Haus am Ardetzenberg bei der Familie D. statt,⁷⁴² der wir zu größtem Dank verpflichtet sind. Kamerad R[eisecker] wollte schon 14 Tage vorher, als die ersten Panzerspitzen in Friedrichshafen gemeldet wurden, in Feldkirch losschlagen.⁷⁴³ Dieses frühzeitige Losschlagen wäre ein unsinniges Blutvergießen gewesen und ich konnte den Kameraden R[eisecker] in einer eindringlichen und ernsten Aussprache davon abbringen, indem ich ihm erklärte, daß ich durch meine Kriegserfahrung die Dinge sehen gelernt habe, wie sie tatsächlich sind. Denn ich wußte, mit Mut schafft man so etwas nicht und es wäre schade, wenn noch ein Mann sein Leben für die Bande hätte unnütz hergeben müssen.

739 Vgl. Volaucnik, Feldkirch, S. 164-165; Amann, Befreiungsaktion, S. 15-16.

740 Auch die Lazarettstadt Bregenz war zur „freien Stadt“ erklärt worden. Als jedoch Einheiten der Waffen-SS und/oder Wehrmacht den Widerstand an der Klausen nicht fristgerecht aufgaben, schossen die Franzosen die Innenstadt am 1. Mai 1945 mit Artillerie und Tieffliegern in Brand (vgl. Q 20).

741 Der Kommunist Heinrich Reisecker führte eine der Feldkircher Widerstandsgruppen (vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 146-148; Egger, KPÖ, S. 53-54).

742 Um welche Familie es sich handelte, konnte ich leider noch nicht ermitteln.

743 Vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 154-155.

Eine Krise erfuhren unsere Vorbereitungen erst am Vortage des Einmarsches der Franzosen in Feldkirch, als mir der Pionieroffizier berichtete, daß der Pionierstab von einem anderen über Nacht abgelöst wurde. Vermutlich hatten diese Leute nicht mehr das Vertrauen der höheren militärischen und Parteistellen.

Dadurch wurde im letzten Moment mir die Möglichkeit genommen, auf den Sprengbefehl und dessen Durchführung einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Die anderen Brücken waren allerdings außer Gefahr, weil sie schon entladen waren, nur die Felsenaubücke war noch zur Sprengung vorbereitet.

Nun mußten in letzter Minute unsere Vorbereitungspläne umgeändert werden. Es gelang verschiedenen Leuten, auf meine Veranlassung in der kommenden Nacht, also vom 2. auf den 3. Mai, die Sprengleitung für die Brücke zu durchschneiden. Über diese Durchführung erhielt ich noch in derselben Nacht Bericht. Da der neue Sprengtrupp gleich in der Früh die Leitung kontrollierte, sah dieser die zerstörte Leitung und konnte sie wieder instandsetzen.

Da ich so etwas kommen sah, trachtete ich, nachdem ich wußte, daß in Feldkirch kein Widerstand mehr geleistet würde, selbst im entscheidenden Moment auf die Brücke zu kommen. Aus diesem Grunde meldete ich mich mit noch einem Vertrauensmann, dem Kameraden D[ünser],⁷⁴⁴ als Hilfspolizist und veranlaßte, daß es noch mehrere meiner Gewährsleute tun sollten.⁷⁴⁵

Bevor ich mit Kamerad D[ünser] zur Felsenaubücke ging, gab ich noch einem anderen, der französischen Sprache kundigen Widerstandsmann folgenden Auftrag: Sofort nach Erscheinen der Panzer mit den ersten bis zur Felsenaubücke durchzufahren, nachdem vorher schon beschlossen worden war, Feldkirch nicht zu verteidigen,

744 Emmerich Dünser (Schelling, Festung Vorarlberg , S. 161). Der Kriminaler Dünser war 1938 bis 1941 und 1944 bis 1945 dem Grenzpolizeiposten Feldkirch (= Gestapo) zur Kontrolle der Bahnreisenden zugeteilt und konnte damit im Auftrag der Widerstandsbewegung Kontakt mit dem britischen Secret Service in der Schweiz halten, wie ihm Tiefenthaler schriftlich bestätigte (VLA: AVLReg Prs: Personalakt Dünser Emmerich).

745 Vgl. dazu die Chronik des Gendarmeriepostens Feldkirch 01.02.1942: *„Durch ständige Abordnung von Gendarmen in den Einsatz nach dem Osten, Südosten, Westen usw. hat sich die Zahl stark verringert. Um aber bei Elementarereignissen, Großfahndungen und dergleichen wieder einen Teil der alten Schlagkraft zu erhalten, wurde mit Verfügung des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler die Land- und Stadtwacht geschaffen. Zu dieser Hilfspolizei werden insbesondere Forst- und Jagdaufsichtspersonen und auch andere Zivilpersonen, die bisher zum Wehrdienst nicht eingezogen wurden, dienstverpflichtet. Sie können vom Landrat beordert und im Falle der Notwendigkeit auch durch längere Zeit durch zur Gänze für diesen Zweck in Anspruch genommen werden. Ihren Dienst verrichten sie unter Leitung der Gendarmerie und Polizei“* (VLA: GendChroniken: GP Feldkirch). – In Feldkirch führte der Gendarm Kaspar Winder eine Widerstandsgruppe. Dazu die Gendarmeriechronik, die freilich ein sehr einseitiges Licht auf die Gendarmerie im Allgemeinen wirft: *„Auch in der Gendarmerie, die zum Großteil echt österreichisch eingestellt war, hatte sich schon im Jahre 1938 ein Widerstand bemerkbar gemacht. Die tiefe Erniedrigung, die diesem Korps durch*

was ja auch Gott sei Dank, durchgeführt wurde. Leider hat dieser Melder, wahrscheinlich durch die große Freude der kampflosen Übergabe der Stadt zu sehr beeindruckt, seinen Auftrag vergessen.⁷⁴⁶ Ganz frei von Schuld kann ich dabei die einziehenden französischen Truppen auch nicht sprechen, die es versäumt hatten, sofort über die Stadt hinaus vorzustoßen, und durch Inbesitznahme dieser wichtigen Brücke ihren Vormarsch zu sichern.

Kamerad D[ünser] und ich waren auf der Brücke mit der festen Absicht, im geeigneten Moment die Sprengleitung nochmals zu durchschneiden. Dieses Vorhaben

Hitlerschergen bewirkt wurde, verursachte in vielen österreichischen Gendarmen aufrichtige Empörung und schon in den ersten Monaten des Naziregimes taten sich einige beherzte Männer zusammen in dem heiligen Versprechen, dieses Unrecht zu rächen. Zwar konnte dieser Kreis nicht stark vergrößert werden. Die Gestapo und Bonzen der Partei sahen im Gendarmeriekorps einen starken Gegner und witterten überall Gefahr. Mit umso größerer Vorsicht mußte daher bei allen Gegenmaßnahmen vorgegangen werden. Nach Ausbruch des Krieges gingen die besten Leute durch Abordnungen in den Kriegseinsatz verloren. Es war dies den Herren ein willkommener Anlaß, um der Nazigegner in der Gendarmerie sich entledigen zu können und sie für ihre Idee verbluten zu lassen. Die Quelle in der Gendarmerie versiegte aber trotz allen Terrors nicht. Schon im Jahre 1942 war die Verbindung zur zivilen Widerstandsbewegung hergestellt, die immer weiter ausgebaut wurde und schließlich im Frühjahr 1944 den Weg bis zum stellvertretenden Kommandeur der Gendarmerie in Innsbruck gefunden hatte. Wertvolle Dienste für das Wiedererstehungswerk Österreichs wurden von den braven Gendarmen geleistet. Österreichtreue in Gefahr stehende Leute wurden in vielen Fällen vor der Gefahr gewarnt, andere Verstärkungen durchgeführt und dadurch manche Aktion der Partei oder Gestapo zum Scheitern gebracht und Informationen verschiedener Art, die der Widerstandsbewegung dienen konnten, dieser zur Verfügung gestellt. Als der Zusammenbruch des dritten Reiches in immer greifbarere Nähe kam, waren die Erkundigungen der Gendarmerie von Waffenlagern, Lebensmitteldepots usw. für die Widerständler von größter Bedeutung. Hierin spielte das über das ganze Land sich erstreckende Netz der Widerständler eine nicht unbedeutende Rolle. Infolge der Verbindungen, die über den stellvertretenden Kommandeur bis in das Lager des Gauleiters Hofer reichten, konnten wertvolle Informationen über die Schweiz den Alliierten übermittelt werden. Der Beitrag der Gendarmerie zum schnellen Vormarsch der Alliierten, welcher zur Folge hatte, daß das Land nicht in dem Maße verwüstet wurde, wie wenn sich Kriegshandlungen größeren Ausmaßes abgespielt hätten, war durch diesen Informationsdienst kein geringer. Unzählige lobenswerte Einzeltaten, von denen jede einzelne im Falle der Entdeckung durch die Nazis vom SS- und Polizeigericht mit dem Tode bestraft worden wären, wurden in mühsamer Arbeit vollbracht. Keiner machte viel Aufhebens davon, sondern betrachtete es als Selbstverständlichkeit in dem Bewusstsein als treuer Diener seines Staates dem schwergeprüften Vaterlande einen guten Dienst erwiesen zu haben“ (ebenda). Vgl. auch Anm. 788.

746 Es handelte sich um Wolfram Bitschnau, der um 13:30 Uhr beim Eintreffen der ersten französischen Panzer bei der Bärenkreuzung dolmetschte. Er eilte der Panzerkolonne nach, die beim Gasthaus „Rössle“ Halt machte. Bitschnau drängte den Kommandanten, unverzüglich bis über die Felsenau- brücke vorzurücken, der sich jedoch weigerte, da er dafür keinen Befehl habe (Volaučnik, Feldkirch, S. 164; zitiert einen Brief Wolfram Bitschnaus an die Rheticus-Gesellschaft, 14.11.2001). Laut Gendarmeriechronik führen die ersten französischen Panzerspähwagen etwas vor 14 Uhr in Feldkirch ein und flog die Brücke mehr als eine halbe Stunde später in die Luft (VLA: GendChroniken: GP Feldkirch). Jedenfalls bestätigen Bitschnaus Erinnerungen, dass die französischen Kampftruppen tatsächlich eine Mitverantwortung dafür trifft, dass die Brücke nicht gerettet werden konnte.

wurde allerdings erschwert, erstens durch die Anwesenheit ziemlich großer Truppenkontingente und zweitens dadurch, daß es eben Tag war und die Leitung bis etwa 10 Meter vor dem Sprengschalter verdeckt angebracht war.

Die Leute, die sich auf der Brücke befanden, waren größtenteils junge Soldaten, die längst genug hatten, und es war für mich als alter Soldat keine Kunst, auf diese jungen Gemüter „zersetzend“ einzuwirken, sodaß ein Großteil schon im Laufe des Vormittags einfach verschwand, weil sie die Unsinnigkeit eines Widerstandes einsahen. Es hieß hier – so erfuhr ich vom Adjutanten des Bataillons – daß die Brücke nicht gesprengt werden sollte, sondern daß das Bataillon die Brücke sperren sollte. Es wurde dann auch noch Holz herbeigeschafft und eine Menge Barrikadenmaterial. Dieses Beginnen schien mir nun für den Vormarsch der Truppen ebenfalls kein Hindernis zu bedeuten. Nach einiger Zeit erschien der Führer des Bataillons auf der Brücke, ein junger Oberleutnant. Das Schicksal wollte es gut mit mir, ich kannte diesen Oberleutnant L[orenz]⁷⁴⁷ aus meiner Lazarettzeit in Wien. Es war nicht schwer, ihm meine Anwesenheit zu erläutern und ihn entsprechend zu beeinflussen. Tatsächlich war bis gegen 12 Uhr mittag fast niemand mehr von diesem Bataillon zu sehen.

Im Laufe des Vormittags kam auch noch mein alter Bekannter, Regierungsrat Dr. G[rabherr]⁷⁴⁸ zu uns auf die Brücke, der ebenfalls an der Verhinderung der Sprengung aus eigenem Antrieb mithelfen wollte.

Von den anwesenden Pionieren habe ich einen von diesen besonders „unter die Lupe genommen“, nachdem er durch einige gute Zigaretten gefügig gemacht wurde. Er erklärte uns: „Ich habe in der Früh die Leitung flicken müssen, aber absichtlich die Pole verwechselt, sodaß bei der Schaltung zur Sprengung kein Stromkreis da ist und daher die Brücke nicht in die Luft gehen kann.“ Das war für uns eine kleine Beruhigung, wenn wir auch der Sache nicht ganz trauten.

Zur letzten Sicherung beschafften wir uns dann noch eine Zange, die uns ein Standschütze mit einem Motorrad brachte, denn allmählich sickerte doch durch, daß ein Sprengbefehl da wäre. Die Gewißheit hatte ich, als ein Pionieroberst mit einem Wachtmeister von Feldkirch herkam und uns „Hilfspolizisten“ von der Brücke

Ungerecht ist daher das Urteil von Walser, Die letzten Tage, S. 227, der aus dem hier edierten Bericht allein den Schluss zog, Tiefenthaler habe den Franzosen den „schwarzen Peter“ zugeschoben. – Bitschnau war als Gymnasiast wegen legitimistischer Kontakte nach Liechtenstein und Frankreich am 10. November 1939 gemeinsam mit seinem Vater verhaftet und bis 23. Februar 1940 in Innsbruck in Gestapo-Haft gehalten worden (Volaucnik, Opfer, S. 178-179).

747 Schelling, Festung Vorarlberg, S. 161.

748 Elmar Grabherr (Schelling, Festung Vorarlberg, S. 162). Der Verwaltungsjurist Grabherr war seit 1943 dem Stab Hofers als Oberster Kommissar für die Operationszone Alpenvorland in Bozen zugeweiht gewesen und hatte sich rechtzeitig in seine Heimatstadt Feldkirch abgesetzt.

vertreiben wollte, was wir dann aber doch noch verhindern konnten. Nachdem ich verschiedene geheimnisvolle Tuscheleien gesehen und gehört hatte, war es mir klar, daß dies Sprengbefehl bedeutete. Ich stellte einen Hauptmann zur Rede, der sich zuerst des langen und breiten wand und endlich doch zugab, daß die Brücke tatsächlich gesprengt würde. Alle Einwände unsererseits halfen nichts. Ich muß noch erwähnen: Sobald die Vermutung der tatsächlichen Sprengung in mir hochkam, schickte ich den Kameraden, Regierungsrat Dr. G[rabherr], mit einem Motorradfahrer nach Feldkirch, um mindestens 20 Mann Standschützen sofort auf die Felsenau- brücke zu schicken, denn damit hätte ich die wenigen Militärs leicht verjagen kön- nen.⁷⁴⁹ Dr. G[rabherr] kam dann wieder schweißtriefend, aber leider unverrichteter Dinge zurück, da die Feldkircher viel zu nervös waren und keine Leute mehr zu- sammenbrachten.

Es kam lediglich der Standschützenkompagnieführer N[atner]⁷⁵⁰ mit noch einem Mann, der den Befehl der Nichtsprengung überbrachte – ein lächerliches Beginnen in dieser ernstesten Lage, wo es nicht mehr auf Worte, sondern auf die Kampfüberle- genheit ankam – und die hatten wir paar Leute, nur mit Pistolen bewaffnet, nicht. Inzwischen kam ein Zivilist angekeucht, der meldete, daß die Franzosen schon in Feldkirch seien, es ginge alles glatt. Dies brachte ich den Offizieren, die mit der Sprengung direkt zu tun hatten, bei und versuchte, sie wiederum von der Durch- führung des Sprengbefehls abzuhalten. Das wichtigste war jetzt, auf irgendeine Art Zeit zu gewinnen, was ja auch gelang. Jeden Moment mußten die Franzosen kom- men, aber sie kamen nicht.

Nach weiteren 20 Minuten, – so lange konnten wir sie überreden, zu warten – ließen sie sich nicht mehr aufhalten. Sie stellten die noch vorhandenen Soldaten zur Siche- rung auf, etwa 15-20, und gingen zum Schaltkästchen, das in Deckung neben dem Weg zum Schwimmbad angebracht war. Mit Spannung verfolgten wir, D[ünser] und ich, die weitere Entwicklung der Dinge. Jetzt galt es zu handeln. Ich sagte zu Kamerad D[ünser] „Jetzt müssen wir die Leitung durchzwicken.“ Zu unserer Deckung hatten wir nur einen Mann, den Regierungsrat Dr. G[rabherr], der einige Meter hinter der Tanne Aufstellung nahm.

Dünser hatte die Zange, ich stelle mich vor ihn hin; aber als er sich niederbeugte, um die Leitung zu durchschneiden, merkten es die Offiziere und Soldaten. Auf Kom- mando gingen sämtliche Gewehre und Maschinenpistolen auf uns in Anschlag. Ich sagte Kamerad D[ünser], er solle sofort verschwinden. Nur die Kaltblütigkeit und

749 Zum Volkssturm (Standschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik; zu ihrer Rolle in Feldkirch: Ammann, Befreiungsaktion; Bachmann, Feldkirch 1945.

750 Toni Natter, laut Schelling, Festung Vorarlberg, S. 162, „Standschützen-Zugsführer“; laut Bachmann, Feldkirch 1945, S. 17, Kommandant einer der drei Kompanien des Standschützenbataillons Feld- kirch, vermutlich der Kompanie Feldkirch-Mitte.

jahrelange Fronterfahrung konnte uns vor dem Tode retten. Mit noch einem dritten Kameraden gingen wir aufrecht auf die Leute zu, schrien sie an und sagten unter anderem, ob sie wahnsinnig geworden seien, auf eigene Leute zu schießen. Kamerad D[ünser] sei nur ausgerutscht und hingefallen. Sie wollten uns als Saboteure sofort erschießen. Die Nervenprobe war ungeheuerlich, da doch mit jeder Minute die Franzosen da sein mußten. An die Durchschneidung der Leitung war jetzt nicht mehr zu denken, da man uns nicht mehr aus den Augen ließ.

Ich habe dann noch auf den Hauptmann, der die Sprengung nun durchführen sollte, wie ein Besessener eingeredet, denn mindestens weitere 10 Minuten vergingen, bis der Schlüssel gefunden wurde, aber vergebens. Wenn nur 10 der von mir angeforderten Männer gekommen wären, wäre es mir ein leichtes gewesen, diese Leute einfach zu verjagen, aber so waren wir nur zu dritt oder viert, nur mit Pistole bewaffnet, während die anderen bis zu den Zähnen bewaffnet waren.

Nun blieb noch die eine Hoffnung: Hatte der Pionier recht mit der Behauptung, daß die Leitung falsch geflickt worden wäre, dann müßte ja genügend Zeit gewonnen sein, um die Brücke zu retten. Die spannendsten Augenblicke waren wohl, als der Hauptmann nun den Sprengschalter bediente und keine Explosion erfolgte. Ich betrachtete dies aus einem Meter Entfernung und jubelte innerlich. Jetzt mußten wir aber im Eiltempo aus den Augen der Militärs verschwinden und wir retteten uns auf den Stadtschrofen.⁷⁵¹ Jeder Schritt durch das steile Gelände war, trotzdem wir die Verfolger hinter uns wußten, wie Musik in den Ohren, da wir nun fest glauben konnten, daß die Brücke endgültig gerettet wäre. Krampfhaft horchten wir auf das Heranrollen der ersten Panzer, aber leider blieben sie aus.

Seit diesem aufregenden Sprengbefehl waren nun 3/4 Stunden höchster Spannung vergangen. Leider Gottes hatten nun die Pioniere noch Zeit, die Leitung noch einmal zu überprüfen. In unsere Siegesgewißheit hinein ertönte dann auf einmal eine furchtbare, ohrenbetäubende Explosion; die Brücke ging nun trotz allen Anstrengungen doch in die Luft. Wir merkten dies an den herumfliegenden Sprengstücken. Die Wut und der Zorn, den wir hatten, war unbeschreiblich, aber leider Gottes war daran nichts mehr zu ändern.

Wie ich später hörte, war die Sprengung der Felsenaubücke vielleicht die Rettung der Gemeinde Frastanz. Zu der Zeit als der Vormarsch hätte weitergehen sollen, war noch eine Menge Artillerie in Frastanz in Stellung mit Schußrichtung Felsenu, die den Vormarsch hätte aufhalten sollen. So trat eine Verzögerung im Vormarsch ein und die Truppen bei Frastanz setzten sich ab und zogen sich weiter in Richtung Bludenz–Arlberg zurück.

751 Demnach befanden sich Tiefenthaler und seine Mitstreiter auf der Frastanzer Seite der Brücke.

Q 26 Bericht der Gemeinde Röns

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 12: Mappe XVIII Skripten und Aufzeichnungen betreffend diverse Kapitel

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Die kleine Gemeinde Röns (Landkreis Feldkirch) im Walgau zählte 1939 128 Einwohner.

Bürgermeister Anton Tschann hatte ihr bereits 1921 bis 1938 vorgestanden.

Gemeindeamt Röns

Röns, am 20.4.1946

An die
Presse- und Rundfunkstelle
in
B r e g e n z⁷⁵²

Betrifft: Rotbuch

Zur diesbezüglichen Zuschrift der Landeshauptmannschaft Zahl 86/2 3 und 4 kann von der kleinen Gemeinde Röns nur berichtet werden, daß nach der von Deutschland erfolgten Besetzung der Bürgermeister und der Bauernführer⁷⁵³ als politisch unzuverlässlich ihres Amtes enthoben wurden.

Anderes Material kann nicht beigestellt werden.

Der Bürgermeister:

Tschann

752 Unter der Unterschrift Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 25.4.46 Zl. 86/3 Anl. 3.

753 In diesem Fall wird es sich um den Ortsfunktionär des Vorarlberger Bauernbundes (Berufsstand Land- und Forstwirtschaft) gehandelt haben.

Q 27 Bericht der Stadt Bludenz

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 22

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Die Stadt Bludenz, Sitz des Landrates des Landkreises Bludenz,⁷⁵⁴ zählte 1939 7.738 Einwohner. 105 davon entfielen auf die ehemalige Gemeinde Stallehr, die von 1938 bis 1946 Bludenz eingemeindet war.⁷⁵⁵ 1941 wurde der Bürser Bürgermeister Max Troppmayr in Personalunion zum Bürgermeister von Bludenz und 1943 zudem von Nüziders ernannt.⁷⁵⁶ Zu einem Zusammenschluss der drei Gemeinden kam es jedoch nicht.

Eduard Dietrich war vor 1945 Gemeindebediensteter der Stadt Bludenz, leitete die „Expositur Nüziders“⁷⁵⁷ und wurde 1945 von der französischen Besatzungsbehörde als Bürgermeister eingesetzt.⁷⁵⁸ Ob er den Bericht selbst verfasste oder nur mitteilte, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

Der Bürgermeister
der Stadt Bludenz

Bludenz, den 25.4.1946

Zahl: XVII/Prs.

Betreff: Österreichisches Rotbuch

Bezug: Landeshauptmannschaft Vorarlberg

Zahl 86/2, 86/3, 86/4 Prs.PR.

An die
Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Abteilung Presse und Rundfunk
B r e g e n z⁷⁵⁹

754 Zu „Landrat“ und „Landkreis“ vgl. Anm. 664.

755 Vgl. Anm. 552.

756 VN 03.08.1974, S. 39; Bußjäger, Gemeindebuch Nüziders, S. 82.

757 VN 29.03.1986, S. 24; Fröwis, Kriegsende, S. 54.

758 Béthouart, Schlacht, S. 286. Dietrich trug zu Béthouarts Buch (ebenda, S. 291-302) „Erinnerungen aus der Zeit der Besetzung von Bludenz durch französische Truppen“ bei.

759 Über der Anschrift Eingangsstempel: Landeshauptmannschaft Vorarlberg / Eing. am 27. APR. 1946 / 86/3.

In der oben angeführten Angelegenheit melde ich auf Grund des vorhandenen Aktenmaterials folgendes:

Zu Punkt 1

Seit 1933 Terrormaßnahmen durch Sprengstoffanschläge auf verschiedene Objekte. Starke propagandistische Tätigkeit. Durch die Einführung der 1000 Marksperrre starke Schädigung des Fremdenverkehrs.⁷⁶⁰

Im Jahre 1931–32 waren in Bludenz 4061 Gäste aus Deutschland gemeldet welche insgesamt 7201 Nächtigungen ausweisen. Diese Zahlen sanken 1932–33 auf Grund der Tausend-Marksperrre auf 874 Besucher mit insgesamt 1564 Nächtigungen.

Als Abwehr wurde eingeschaltet: Gegenpropaganda, gegen die Terrormaßnahmen Einsatz von verstärkten Gendarmerieabteilungen, österreichisches Schutzkorps, Verbände der Heimatwehr,⁷⁶¹ verstärkte Fremdenverkehrswerbung im übrigen Ausland.

760 Die Tausendmarksperrre war eine wirtschaftliche Sanktionsmaßnahme, die die deutsche Reichsregierung am 27. Mai 1933 gegen Österreich verhängte, um seine Wirtschaft zu schwächen. Deutsche Staatsbürger mussten vor Antritt einer Reise nach Österreich eine Sichtvermerksgebühr von 1.000 Reichsmark erlegen (vgl. Otruba, Tausendmarksperrre). Vgl. auch Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 35.

761 1919 organisierte die Vorarlberger Landesregierung eine „Freiwillige Vorarlberger Volksmiliz“ (1920 „Vorarlberger Selbstschutz“). 1922 wurde zum Schutz wirtschaftlicher Anlagen zudem ein „Notbann“ aufgestellt. Beide Milizorganisationen waren gegen allfällige Umsturzversuche von links gerichtet. 1926 wurden sie zum unparteilichen „Vorarlberger Heimatdienst“ zusammengeschlossen, der dem Landeshauptmann unterstand. Landeshauptmann Otto Ender unternahm alles, um den Heimatdienst nicht in das faschistische Fahrwasser der übrigen österreichischen Heimwehren abgleiten zu lassen. Allerdings schloss sich der Heimatdienst in „Wehrangelegenheiten“ 1932 doch dem österreichischen Heimatschutzverband an. Im Mai 1933 trat ein Großteil der Mitglieder und des Kaders aus dem Vorarlberger Heimatdienst aus und ging samt Waffen zur NSDAP über, die wenige Wochen später samt ihren Wehrformationen verboten wurde. Im Juli 1934 gab Ender nach. Der bisher selbständige und parteilose Heimatdienst reihte sich in die „Militärfront“ der Vaterländischen Front („Militärfront“) ein. Im Mai 1936 wurden die Heimwehren machtpolitisch ausgeschaltet. Sämtliche Wehrverbände wurden in die neue „Frontmiliz“ überführt, im Oktober 1936 wurden sie aufgelöst und die Frontmiliz als Teil der Vaterländischen Front gesetzlich verankert. Im Juli 1937 wurde die Frontmiliz dem Bundesheer unterstellt (vgl. Hecht, Bundesgesetz, S. 11-13; zu Vorarlberg vgl. Wanner, Zeitgeschichte, S. 40-43; Dreier, Zwischen Kaiser und Führer, S. 207-212 u. 253; Zur Vaterländischen Front vgl. Darstellung Kapitel 1.10 und Anm. 779). - Die geschwächten, „vaterlandstreuen“ Vorarlberger Heimatwehren wurden 1933 im Kampf gegen den nationalsozialistischen Terror offiziell als Assistenzkörper in das Bundesheer und als Hilfspolizeinheiten in die Exekutive eingebaut. Die rechtliche Grundlage boten die Assistenzkörperverordnungen (BGBl. Nr. 201/1933, 202/1933, 230/1933) und die Schutzkorpsverordnung (BGBl. Nr. 292/1933). Das freiwillige Schutzkorps, das eine Reserve der staatlichen Exekutive, speziell der Bundesgendarmerie und der Bundespolizei, bildete, wurde wieder aus den Verbänden der freiwilligen Assistenzkörper des Bundesheeres rekrutiert.

2

Gewaltsame Machtübernahme, Besetzung aller öffentlichen Stellen durch SA.⁷⁶² Verhaftung aller Führer der Vaterländischen Front⁷⁶³ und der freiwilligen Wehrverbände. Auflösung der katholischen Vereine und Verbände. Besetzung durch die deutsche Wehrmacht. Besetzung aller führenden Stellen mit prominenten Nationalsozialisten oder mit Reichsdeutschen. Rückkehr der politischen Flüchtlinge (österreichische Legionäre) aus dem Reich und ihre sofortige Einteilung in maßgebliche Stellen.⁷⁶⁴ Einberufung von Österreichern in Einheiten der Wehrmacht im Reichsgebiet. Durchsetzung der anwesenden Verbände des Bundesheeres mit Reichsdeutschen. Erbauung von Militärlagern und weitere Heranziehung fremder Einheiten unter Führung von reichsdeutschen Offizieren.

Verlegung der Kriegsindustrie aus dem Reiche nach hier (Degerdon Gais,⁷⁶⁵ Kastner Thüringen,⁷⁶⁶ Denert und Pape Bludenz⁷⁶⁷), Verteilung von Rüstungsaufträgen auf Kleinbetriebe.

3

Zerstörung von Sachgütern durch die zurückweichenden Verbände der Wehrmacht und der Waffen SS im letzten Stadium des Krieges, Sprengung der Brücke über die Lutz bei Ludesch, Sprengung der Alfenzbrücke zwischen Braz und Dalaas und Wald am Arlberg, Sprengung der Gleisanlagen im Engelwäldletunnel zwischen Hintergasse und Dalaas, Sprengung der Eisenbahnbrücke über die Alfenz in Langen.⁷⁶⁸ An Häuser wurden beschädigt: Die Südtiroler-Siedlung in Bludenz durch Artilleriegeschosse, weiters wurden durch Brandgeschosse völlig zerstört das Schulhaus in Bings, das Anwesen des Max Bargehr in Bings und das Wächterhaus der Bahn am Glasbühel. Die Kirche in St. Leonhard wurde teilbeschädigt.

762 Die 1920 gegründete Sturmabteilung (SA) war ein paramilitärischer Verband der NSDAP.

763 Zur Vaterländischen Front vgl. Darstellung Kapitel 1.10 und Anm. 779.

764 Die „Österreichische Legion“ war eine ab 1933 in Deutschland gebildete paramilitärische Einheit, die sich aus österreichischen Nationalsozialisten rekrutierte. Vgl. Einleitung Q 39.3.

765 Bei der Textilfabrik Degerdon in Bludesch-Gaiß stimmt das nicht: in der stillgelegten Bleiche fertigte das heimische Unternehmen Josef Hubers Erben Götzis, im Auftrag des Volkswagenwerks, Abwurfbehälter für die Luftwaffe (Walser Bombengeschäfte, S. 207-208).

766 In der stillgelegten Textilfabrik Kastner in Thüringen fertigte das Stuttgarter Unternehmen Elektron & Co ab 1943 u.a. Flugzeugräder und Bremsen (Walser Bombengeschäfte, S. 193-196).

767 Das Hamburger Unternehmen Denert und Pape wurde 1943 in Bludenz ansässig und fertigte Navigationsgeräte für die Luftwaffe (Walser Bombengeschäfte, S. 303-304).

768 Zu den Kämpfen und Kriegsschäden im Raum Bludenz vgl. Fröwis, Kriegsende; Schelling, Festung Vorarlberg, S. 176-190.

Zu Punkt 4

Siehe auch Punkt zwei.

Verhaftungen durch die Gestapo wegen Abhören von Auslandssendern und ähnlichen unbedeutenden Delikten.⁷⁶⁹ Verschickung in Kz.Lager. Aufhebung des Marienheimes der Kreuzschwestern, Aufhebung des Kindergartens und der Schule für geistig beschränkte Kinder der Kreuzschwestern.⁷⁷⁰ Aufhebung des Dominikanerinnenklosters St. Peter und des Kapuzinerklosters, bei gleichzeitiger Zerstörung der kirchlichen Einrichtungen.⁷⁷¹ Verschleppung der Kunstgegenstände durch die Angehörigen der Gestapo an Privatpersonen. Überführung des Klostervermögens sowie der Besitzungen in Gauselbstverwaltung, [sic!] der NSDAP. Die Kirche von St. Peter sollte in eine Turnhalle umgewandelt und jene des Kapuzinerklosters sollte abgebrochen werden. Den Umbau der ersteren verhinderte das Landesdenkmalamt Innsbruck bzw. Bregenz, der Abbruch der zweiten konnte nicht durchgeführt werden, da sich keine Baumeister für diesen Zweck zur Verfügung stellten.

5

Gründung der Widerstandsbewegung im Jahre 1938 durch Dona Josef und Winder Peter.⁷⁷² Langsamer Ausbau derselben unter besonders schweren Umständen. Bestehende Gruppen wurden vielfach durch Einberufung der Mitglieder zum Wehrdienst zerschlagen. Mit der 1. französischen Armee in Mühlhausen wurde die Ver-

769 Zur Gestapo vgl. Anm. 662, zu den „Kriegsverordnungen“ die Einleitung zu Q 39.4.

770 Im Auftrag des Kinderrettungsvereins führten die Ingenbohrer Kreuzschwestern im Marienheim in Bludenz eine Internatsschule für 91 hilfsbedürftige und schwachbegabte Kinder, der im Juli 1938 das Öffentlichkeitsrecht entzogen wurde. Die Behörden benannten sie in „Hilfsschule schwachsinnige Kinder“ um. Dem Institut waren ein Kindergarten, eine Haushaltungsschule und die Hauskrankenpflege angeschlossen. Das Marienheim eignete sich die NS-Volkswohlfahrt an. Die Kreuzschwestern fanden vorläufig in St. Peter Unterschlupf. Die Mädchen wurden ins Erziehungsheim Scharnitz (Tirol) überwiesen, mit den Buben konnten die Schwestern schließlich ins Marienheim nach Andelsbuch übersiedeln; mindestens eines dieser Kinder fiel dem Euthanasieprogramm zum Opfer. (Schreiber, Schule, S. 121, 123 u. S. 357 Anm. 664; Ulmer/Schöch, Dekanat Bludenz, S. 238; Egger, Ausgrenzen, S. 208).

771 Das Kloster St. Peter wurde am 12. Mai 1941 aufgehoben, die Schwestern wurden vertrieben, das Vermögen zugunsten des Reichs eingezogen. Im Gästetrakt wurde 1940 eine Oberschule für Jungen errichtet, im Schultrakt 1942 eine Landwirtschaftsschule untergebracht, die jedoch gegen Kriegsende einem Wehrmachtslazarett weichen musste (Rohrer, St. Peter, S. 58-71; Vorarlberger Landbote 11.05.1942, S. 5; Ulmer/Schöch, Dekanat Bludenz, S. 266-267). Das Kapuzinerkloster Bludenz wurde am 04.06.1941 aufgehoben, die Patres wurden des Reichsgaus verwiesen. Das Klostergebäude übernahm die NS-Volkswohlfahrt; zudem zog die Hitlerjugend ein (Ulmer/Schöch, Dekanat Bludenz, S. 319-320).

772 Vgl. Q 28; Fröwis, Kriegsende, S. 12-30.

bindung hergestellt.⁷⁷³ Durch Fühlungnahme mit der Flakbatterie⁷⁷⁴ beim Umspannwerk in Bürs wurde Fühlung aufgenommen und diese durch Werbung für den Widerstand zum Schweigen gebracht nachdem sie kurz vorher ein französisches Flugzeug zum Abschluß brachte.⁷⁷⁵

Durch unermüdlichen Einsatz konnten folgende Objekte, welche zur Sprengung durch die Wehrmacht vorgesehen waren, vor der Zerstörung bewahrt werden:

Steinbrücke über Galgentobel beim [sic!] Pension Hoher Frassen.

Steinbrücke über Galgentobel an der Reichsstraße nordwestlich der Fohrenburg.

Eisenbahnbrücke über den Mühlebach nordwestlich Bahnhof Bludenz.

Eisenbetonbrücke im Zuge der Landstraße 2. Ordnung Bludenz – Brand in Bürs.

Eisenbetonbrücke über den Alvierbach am Südennde von Bürs (Verbindungsbrücke Steinbruch E-Werk.).

Sprengstoffanschlag der Widerstandsbewegung auf die Kreisleitung Bludenz in der Nacht vom 2. – 3. Mai 1945.⁷⁷⁶

Dietrich

[Rundstempel mit Gemeindewappen]

773 Am 30. April 1945 wurde über die Feldkircher Widerstandsbewegung ein Funkspruch an das Armeekommando der 1. französischen Armee abgesetzt, Bludenz möge unter keinen Umständen bombardiert werden, die Widerstandsbewegung sorge für freie Übergabe. Am 1. Mai 1945 kam die Rückantwort: „Wir wollen Taten sehen!“ (Schelling, Festung Vorarlberg, S. 181). Am selben Tag schossen französische Verbände Bregenz sturmreif.

774 Flak = Fliegerabwehrkanonen, Flugabwehrkanonen.

775 Das Flugzeug stürzte am 29. April 1945 im Tiefflug ab (Fröwis, Kriegsende, S. 11-12).

776 Am 3. Mai 1945, um halb ein Uhr, schlug die Widerstandsbewegung los. Nach heftigen Feuergefechten mussten sich die Angreifer jedoch vor einer SS-Einheit zurückziehen, die der NSDAP-Kreisleitung zu Hilfe kam. Immerhin setzte sich die Kreisleitung darauf hin aber in Richtung Tirol ab (Fröwis, Kriegsende, S. 15-30).

Q 28 Bericht der Gemeinde Bürs

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 25

Die von Industrie geprägte Gemeinde Bürs zählte 1939 1.492 Einwohner. Der Bürser Bürgermeister Max Troppmayr war ab 1941 gleichzeitig Bürgermeister von Bludenz und ab 1943 zudem von Nüziders.

Bürgermeister und Berichterstatter Peter Winder, ein christlichsozialer Gewerkschafter, zählte zu den führenden Mitgliedern der Widerstandsbewegung im Raum Bludenz.

Typoskript, 4 Seiten Bericht, 2 Seiten Anhang, Originalunterschrift.

Der Bürgermeister
der Gemeinde Bürs

Bürs, am 24. April 1946.

Zahl: Wi/Bö

Betrifft: Rundschreiben der Landeshauptmannschaft vom 8.4.1946, Zahl 86/2 und 86/3, Herausgabe eines Rotbuches.

An die
Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Presse und Rundfunkstelle
im Präsidium der Landeshauptmannschaft
B r e g e n z.⁷⁷⁷

Ich schicke voraus, daß nach Ihrem Rundschreiben vom 8.4.1946 eine Bestellung eines Funktionärs im hiesigen Wirkungsbereich nicht möglich war. Geeignete und fähige Männer sind mit Funktionen derart überlastet, daß sie die Aufgabe nicht übernehmen konnten. Andere fähige Männer, die in der Naziuniform propagandistische Funktionen inne hatten, welche jedoch geheilt sind, würden diesen Zweck nicht erfüllen können. Darum will ich versuchen, in kurzen Darstellungen auch ein klein wenig zu Ihrem Werk (Rotbuch) beizutragen.

777 Unter der Unterschrift Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 26.4.46 Zl. 86/3 Anl. 3.

Von der nazistischen Tätigkeit seit dem Jahre 1933 in der Gemeinde Bürs ist folgendes nachweisbar festzustellen:

Wie überall in Österreich so entfalteten die Nazi auch in unserer Gemeinde schon früh eine rege Propaganda und wie überall anderswo war auch in unserem Dorf diese propagandistische Tätigkeit gekennzeichnet auf Grund der Befehle des NSDAP-Leiters Habicht durch Skrupellosigkeit und Brutalität.⁷⁷⁸

Am 12.7.1934 verübten Nationalsozialisten einen Sprengstoffanschlag auf den Pfarrhof von Bürs. Die Sprengwirkung des vor die Haustüre gelegten Sprengkörpers war so stark, daß die wuchtige, eiserne Haustüre zertrümmert wurde. Der Anschlag galt dem damals 85 jährigen Pfarrherrn Kanonikus Andreas Thurnherr.

Das Schmieren und Abbrennen von Hakenkreuzen wurde in der Verbotszeit auch in unserem Gemeindegebiet eifrig betrieben.

Ein Sprengstoffanschlag war von den Nazi außerdem geplant bei Maurermeister Josef Salomon, damals Ortsgruppenleiter der Vaterländischen Front.⁷⁷⁹ Der Sprengkörper wurde rechtzeitig entfernt.

Im Stall des Altbürgermeisters Franz Josef Müller wurden ebenfalls Sprengkörper vorgefunden. Die antinationalsozialistische Haltung eines großen Teiles der Bevölkerung unserer Gemeinde wird durch folgendes charakterisiert:

Am 8. Oktober 1938 wurde der Schneidermeister Heinrich Jäger am Abend um 11.00 Uhr auf dem Heimwege vor seinem Hause von SA-Leuten überfallen,⁷⁸⁰ niedergeschlagen und am Boden liegend mit Fußtritten traktiert, bis er bewußtlos liegen blieb. Jäger war damals Vater von 7 Kindern und hat in erster Linie aus Sorge um die Erziehung seiner Kinder, aus der Ablehnung des Nationalsozialismus keinen Hehl gemacht. Er war Jahre hindurch Gemeindegassier und verweise ich auf die Beilage A).

778 Hitler entsandte Theodor Habicht 1931 als Landesinspektor der NSDAP nach Österreich. Offiziell war er Presseattaché der deutschen Botschaft. Habicht war der Drahtzieher des Putschversuches und der Ermordung des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß am 25. Juli 1934. – Vgl. auch Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 4 u. 41-49.

779 Zur Vaterländischen Front (VF) vgl. Darstellung Kapitel 1.10. – Die VF zählte 1938 offiziell 3 Millionen Mitglieder, davon 60.000 in Vorarlberg. Trotz dieser beeindruckenden Zahlen blieb VF als Volksbewegung eine Fiktion. Auch organisatorisch blieb sie faktisch ein Torso. In der Gebietsorganisation bildeten die VF-Ortsgruppen die unterste Ebene. In jeder Ortsgemeinde war eine eigene VF-Ortsgruppe zu errichten; in Gemeinden oder Stadtteilen mit mehr als 2.000 Einwohnern führten sie die Bezeichnung VF-Hauptgruppe. In Vorarlberg bestanden 1938 101 VF-Ortsgruppen (Vorarlberger Amtskalender 1937/38, S. 54-55). Zur VF in Vorarlberg zuletzt Natter, Vaterländische Front (leider blieben für diese Arbeit aufschlussreiche Quellen im Vorarlberger Landesarchiv unbenützt).

780 Die 1920 gegründete Sturmabteilung (SA) war ein paramilitärischer Verband der NSDAP.

1939 wurden die Familienväter Heinrich Jäger, Mathias Witwer und Josef Salomon⁷⁸¹ Ende April verhaftet und im Gerichtsgefängnis in Bludenz 10 Tage gefangen gehalten, weil sie gegen die zwangsweise Eingliederung ihrer Kinder in die Hitler-Jugend sich wehrten⁷⁸² und beim damaligen Schulleiter gegen religionsfeindliche Äußerungen, die dieser in der Schule gemacht hatte, protestierten.

Die Stellung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung unserer Gemeinde zum Nationalsozialismus in jener Zeit wurde in einem Ausspruch des Mathias Witwer zum Ausdruck gebracht, der anlässlich einer Festversammlung zum damaligen Bürgermeister Max Troppmayr sagte: „Ganz Deutschland wird von einem Wahnsinnigen regiert.“ Das offene Wort kostete Witwer 100.- Mark, wobei ein sehr milder Maßstab angelegt wurde.

Frühmesser Josef Burtscher wurde wiederholt von der Gestapo vernommen und erhielt Schulverbot.⁷⁸³

781 Josef Salomon war mit einer Schwester Heinrich Jägers verheiratet.

782 Mit dem Gesetz über die Hitlerjugend vom 01.12.1936 (RGBl. 1936 I S. 993) wurde *„die gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebiets [...] in der Hitlerjugend zusammengefaßt“*, die Mitgliedschaft für „arische“ Kinder und Jugendliche theoretisch zur Pflicht. Gemäß der Ersten Durchführungsverordnung vom 25.03.1939 (Jugenddienstverordnung RGBl. 1939 I S. 709) war ausdrücklich nur die Mitgliedschaft in der so genannten „Stamm-Hitlerjugend“ freiwillig. Gleichzeitig wurden mit der Zweiten Durchführungsverordnung vom 25.03.1939 (RGBl. 1939 I S. 710) alle Jugendlichen vom 10. bis zum 18. Lebensjahr verpflichtet, in der HJ Dienst zu tun, sofern sie nicht Juden oder sonst der Zugehörigkeit zur HJ „unwürdig“ oder aus Gesundheitsgründen untauglich waren. Die gesetzlichen Vertreter wurden zur Anmeldung der Jugendlichen verpflichtet und bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung eine Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder Haft angedroht. Formell wurde die Gesetzgebung über die Hitlerjugend in den Reichsgauen der Ostmark und im Reichsgau Sudetenland erst mit Verordnung vom 18.06.1941 (RGBl. 1941 I S. 321) eingeführt. Das Bürser Beispiel zeigt jedoch, dass NSDAP-Funktionäre auch in Vorarlberg bereits unmittelbar nach der Einführung der Jugenddienstpflicht im „Altreich“ im März 1939 versuchten, den Beitritt zur „Pflicht-HJ“ zu erzwingen (vgl. Stoppel, Hitlerjugend, S. 154-156; Schreiber, Schule, S. 202; Steiner, HJ und BDM, S. 62-64). Gegen Ende des Schuljahres 1938/39 wies die HJ an den Schulen des NSDAP-Gaus Tirol-Vorarlberg bereits einen beachtlichen Organisationsgrad auf: Volks- und Hauptschulen 79,6, Höhere Schulen 81,9, Lehrerbildungsanstalten 75,5, Wirtschaftsschulen 61,4, Wirtschaftliche Oberschulen 71,5, Höhere gewerbliche Lehranstalten 67,1 Prozent (Steiner, HJ und BDM, S. 61). Ein weiterer Fall der Pflichtverweigerung schlug sich im Dezember 1940 in den Akten nieder: „Im fernen Lustenau schließlich, in Vorarlberg, widersetzten sich junge Leute der ‚Einreihung in die Pflicht-HJ‘; Anfang Dezember wird von einer Gruppe von zehn bis zwölf Burschen berichtet, alles Mitglieder der ehemaligen katholischen Jünglingskongregation, die ein ‚freches Benehmen‘ an den Tag legten. Einer soll sogar mit der kommunistischen Revolution gedroht haben!“ (Stadler, Österreich 1938-1945, S. 251).

783 Burtscher wechselte am 1. November 1939 als Pfarrer nach Möggers (Schematismus Innsbruck-Feldkirch 1951, S. 174). Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

Im Juni 1940, als die Klosterfrauen von St. Peter und die Kapuzinerpater vom Kapuzinerkloster vertrieben wurden,⁷⁸⁴ regnete es Drohungen mit Einsperren und Konzentrationslager von Seiten des Ortsgruppenleiters Max Troppmayr. Von der Ortsgruppenleitung wurden Spitzel aufgestellt gegen angebliche Miesmacher, Brunnenvergifter und Hörer von Fremdsendern. Es wurde die 65 Jahre alte Frau Notburga Kircher am 3.1.1941 in Haft genommen, unter der Anschuldigung staatsfeindliche Äußerungen gemacht zu haben und außerdem den Fremdlandsender angehört zu haben. Am 20.6.1944 wurde diese vom Oberlandesgericht Wien als Volksgerichtshof verurteilt zu 3 Jahren und 6 Monaten samt entsprechendem Ehrverlust. Frau Kircher hatte eine Untersuchungshaft bzw. Strafhaft auszustehen im Ausmaße von 1 Jahr, 3 Monaten und 21 Tagen. Sie kehrte am 24.4.1945 nach Hause zurück. Mayr Josef, Bürs Nr. 53, wurde zu 6 Tagen verurteilt, weil er einem Kriegsgefangenen eine Tabakpfeife schenkte.⁷⁸⁵

Der Schulleiter Edmund Butzerin wurde wegen seiner österreichischen Einstellung als Lehrer bis zur Einberufung zur Wehrmacht einigemal strafversetzt.⁷⁸⁶

Jenny Alfons, Bundesbahner, wurde im September 1943 auf dem Heimwege aus dem Dienst durch fanatische NS-Elemente in der Bürser-Allee überfallen, blutig geschlagen, sodaß er 14 Tage arbeitsunfähig war, wegen Erstellung einer christlichen Todesanzeige eines Gefallenen (Wunderer Siegfried). Die Veranlassung zu diesem Überfall gab Ortsgruppenleiter Max Troppmayr, durch Aufhetzung bei einem Mitgliederappell.⁷⁸⁷

Vorladungen bei der Kreisleitung in Bludenz wegen kleinen, abfälligen Äußerungen gegen Naziführer, wegen zu geringen Spenden bei Straßen- und Haussammlungen usw. waren keine Seltenheit.

NS-Spitzel in der Kirche und auf dem Kirchplatz, sowie an jedem Biertisch wurden von der Ortsgruppe aus organisiert und strikte durchgeführt.

Zu Zahl 86/2, Punkt 5.):

Schon im Jahre 1939 nahm ich Verbindung auf mit dem ehemaligen Bauernpräsidenten

784 Vgl. Anm. 771.

785 Wahrscheinlich identisch mit Josef Mayer, der am 16. Dezember 1940 vom Landgericht Feldkirch wegen Sammeltätigkeit zugunsten belgischer Kriegsgefangener zu einer mehrtägigen Haftstrafe verurteilt wurde (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 325).

786 1939 wurde Butzerin nach Raggal-Litze und Raggal-Marul strafversetzt (Dobler, Schulgeschichte, S. 154 u. 162; Nachruf in VN 03.02.1996, S. B4).

787 Appelle waren Veranstaltungen mit strenger Besuchspflicht, die meist der „Information“ bestimmter Gruppen dienten. Unter diesem „Mitgliederappell“ ist wohl eine Pflichtversammlung der NSDAP-Ortsgruppe zu verstehen.

Karl Zerlauth und dem Abgeordneten Richard Walser.⁷⁸⁸ Fremdsender wurden abgehört und weiterverbreitet. Regelmäßig jede Woche erhielt ich Zeitschriften aus der Schweiz, welche im ganzen Bezirk Bludenz verbreitet wurden.

Schon im Jahre 1940 war es mir möglich, die Organisation des Widerstandes mit Innerösterreich aufzunehmen, Richtlinien und Weisungen von Wien, besonders von Innsbruck wurden entgegengenommen, um an der Zersetzung der Wehrmacht zu arbeiten.⁷⁸⁹

Als die ersten polnischen Arbeiter in das Lager Lünenseefabrik in Bürs kamen, wurde mit diesen Verbindung gesucht.⁷⁹⁰ Trotz strenger Maßnahmen der Gestapo war es mir möglich,⁷⁹¹ auch dort Eingang zu finden. Mehr und mehr dieser Fremdarbeiter strömten in unser Dorf und waren diese Leute für jedes nur freundliche Wort äußerst dankbar. Es war mir gelungen, einen Mann aus der Widerstandsbewegung in dieses Lager hineinzubringen als Lagerführer, und alles wurde unternommen, um diesen Auslandsarbeitern zu helfen und ihr schweres Los zu mildern. Die Früchte dieser Organisation konnten beim Zusammenbruch der NSDAP geerntet werden. In diesem Lager allein waren im Mai 1945 za. 1500 Leute aller Nationen

788 Der Gewerkschafter Peter Winder und die Bauernvertreter Karl Zerlauth (Ludesch) und Richard Walser (Innerbraz) waren 1936/37 gemeinsam im Vorarlberger Landtag aktiv gewesen. Dazu Schelling, Festung Vorarlberg, S. 179: „Schon seit Beginn des Krieges wurde praktische Zersetzungsarbeit geleistet. In der Wohnung des Präsidenten Zerlauth verkehrten Leute aus dem ganzen Lande vom Arlberg bis zum Bodensee. Richard Walser nahm die Verbindung mit den Widerständlern im Klostertal auf. Peter Winder gliederte sich in die Organisation ein, die sich über ganz Österreich erstreckte und deren Hauptverbindungsmann von Innsbruck nach Vorarlberg sein Bruder Gendarmerie-Inspektor Kaspar Winder war. Vertrauensleute waren in allen Orten des Bezirks Bludenz. 1943 mußten die Beziehungen zu Innerösterreich vorläufig abgebrochen werden, weil die Organisation hochgeflogen war.“ Zerlauth setzte sich in die Berge ab, als die Nationalsozialisten in den letzten Kriegstagen wieder mit der Aushebung von Geiseln begannen (Interview in: Ende und Anfang, S. 16). Zu Kaspar Winder vgl. Schelling, Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945, S. 54, und Anm. 745.

789 Vgl. Anm. 788. 1961 schrieb Winder: „Im Jahre 1942 trat ich der österreichischen Widerstandsbewegung bei und kamen bis 1945 mehr als 20 unserer Kameraden, österreichische Patrioten ums Leben. Mit Stolz darf ich betonen, daß wir nicht nur viel österreichisches Volksgut gerettet, noch viele Soldaten in Sicherheit brachten.“ (VLA: NL Naumann 3.4, Winder Peter: Winder an Naumann, Bürs 28.02.1961).

790 1940 wurde auf Betreiben der Stadt Bludenz in zwei Stockwerken der Lünenseefabrik der Firma Getzner, Mutter & Cie ein Lager eingerichtet. Es beherbergte mehrere Arbeitskommandos verschiedener Stammlager (Stalag). Für den Raum Bludenz war es das Hauptlager mit zentralen Funktionen (Fröwis, Kriegsgefangene, S. 17 u. 49-55; Getzner, Getzner Bludenz, S. 269-272). – Bemerkenswert ist, dass sich am Sturm auf die NSDAP-Kreisleitung in Bludenz am 3. Mai 1945 auch fünf polnische Zwangsarbeiter beteiligten (Fröwis, Kriegsende, S. 24-25).

791 Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

von ganz Europa versammelt.⁷⁹² Nebst kleineren Delikten konnte durch die jahrelange Verbindung das kleine Dörfchen Bürs von größerer Plünderung und schweren Übergriffen verschont werden.

Bis im Jahre 1945 (Jänner) waren in Bürs nebst sehr vielen Nazigegner nur 3 aktive Widerständler. Diese 3 hielten jedoch die Verbindung mit der Widerstandsbewegung in Bludenz aufrecht und setzten sich besonders aktiv ein, nach dem Aufruf zum Volkssturm. Jeder vernünftige mit Hausverstand ausgestattete Soldat und Standschütze wurde auf Kapitulation bearbeitet, organisiert und so die Wehrkraft zersetzt. Der Beweis dieser Arbeit wurde erbracht mit der Zurückziehung der Standschützen in das eigene Heimatdorf.⁷⁹³ Die Tätigkeit der Widerstandsbewegung in Bludenz bleibt der Stadt Bludenz selbst zur Berichterstattung vorbehalten.⁷⁹⁴

In der Hoffnung ein klein wenig für Ihr Rotbuch beigetragen zu haben, wünsche ich Ihnen recht großen Erfolg und bin gerne bereit, soweit es mir möglich ist, Ihnen zur Verfügung zu stehen und zeichne mit

vorzüglicher Hochachtung!

Winder Bgm.

[Rundstempel mit Gemeindewappen: Gemeinde / Bürs]

Anlage A

Abschrift

Der Bürgermeister
der Gemeinde Bürs

Bürs, am 19.4.1939

Herrn
Heinrich Jäger
Gemeindekassier

B ü r s.

792 Durchschnittlich war das Lager vor 1945 nur mit rund 200 Mann belegt (Fröwis, Kriegsgefangene, S. 51-53). Im April 1945 wurden im Landkreis Bludenz 1.714 Ausländer aus 28 Nationen gezählt, darunter 494 Polen, 473 Russen und 386 Franzosen (Fröwis, Kriegsende, S. 25).

793 Zum Volkssturm (Standschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

794 Vgl. Q 27.

Auf Grund Ihres demonstrativen Verhaltens gegen den nationalsozialistischen Staat und seine Einrichtungen und auf Grund meiner gewonnenen Überzeugung, daß Sie aus Ihrer religiösen Überzeugung heraus unseren Staat niemals anerkennen, sondern sich ihm gegenüber absolut ablehnend verhalten werden, enthebe ich Sie mit sofortiger Wirksamkeit von Ihrem Dienste als Gemeindegassier.⁷⁹⁵ Die gesamten Bücher und Unterlagen der Gemeindefinanzverwaltung sind sofort zur Übergabe an die von mir bestimmten Personen bereit zu halten.

Gemeindegassier

Max Troppmayr

Jänner 1939

Abschrift

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sie haben meinen Mann aufgefordert, Ihnen mitzuteilen, wie wir uns zur Verleihung des Ehrenkreuzes der deutschen Mutter stellen.⁷⁹⁶

Als die Mutter, der diese Ehrung zuteil werden soll, möchte ich Ihnen dazu folgendes mitteilen.

Es ist Ihnen bekannt, daß mein Mann im Frühjahr dieses Jahres 10 Tage eingesperrt wurde, weil er für die Rechte unserer Kinder so eingetreten ist, wie er sich in seinem Gewissen verpflichtet fühlte. Ich war damals noch schwer krank und es

795 Nach § 93 der Vorarlberger Gemeindeordnung 1935 (LGBl. Nr. 25/1935) hatte der Gemeinderat einen „Gemeindegassier“ zu ernennen, sofern die Kassa- und Rechnungsführung nicht von einem hauptberuflichen Gemeindebeamten besorgt wurde. Mit 1. Oktober 1938 wurde in Österreich die Deutsche Gemeindeordnung 1935 eingeführt (RGBl. 1938 I S. 1167). Nach § 94 hatte ein besonderer „Kassenverwalter“ die Kassengeschäfte zu führen, der vom Bürgermeister ernannt wurde. Einem ehrenamtlichen Kassenverwalter konnte die Gemeinde eine angemessene Aufwandsentschädigung bewilligen (§ 27 Abs. 1).

796 Das Ehrenkreuz der deutschen Mutter (Mutterkreuz) war eine Auszeichnung für kinderreiche „arische“ Mütter. Es wurde am 16. Dezember 1938 von der NSDAP-Parteileitung gestiftet und in drei Stufen verliehen: Stufe 3 in Bronze ab vier Kindern, Stufe 2 in Silber ab sechs Kindern und Stufe 1 in Gold ab acht Kindern. Die Verleihung erfolgte meist durch den NSDAP-Ortsgruppenleiter zum Muttertag jedes Jahres. Das Kreuz wurde an einem Band getragen und brachte für die Trägerin einige Vorteile im öffentlichen Leben mit sich. So musste ihr in den öffentlichen Verkehrsmitteln ein Sitzplatz angeboten werden. Auf Ämtern und Behörden wurde sie bevorzugt behandelt. Die HJ des Ortes war dazu angehalten, die ausgezeichneten Mütter mit dem Hitlergruß auf der Straße zu grüßen.

war für mich als Mutter von 7 Kindern ein harter Schlag, als der Vater ins Gefängnis abgeführt wurde. Es war die Sorge um die christliche Erziehung unserer Kinder, warum Heinrich ins Gefängnis kam. Diese Sorge aber entspringt unserer gemeinsamen religiösen Überzeugung. Ohne diese religiös-sittliche Einstellung, die allein uns Kraftquell für das Tragen der Opfer und Mühen, die eine große Familie einem auferlegt, hätten wir heute nicht unsere Kinderschar. Durch die Überreichung des Ehrenkreuzes wird uns nun das ganze bittere Geschehen der letzten Zeit wieder schmerzlich in Erinnerung gebracht, denn ohne unsere christliche Glaubensüberzeugung, die meinen Mann ins Gefängnis gebracht hat, könnte uns auch diese Ehrung nicht zugedacht werden. Diesmal wird zum Anlaß einer Anerkennung, was vor kurzem Anlaß zur Bestrafung war und was mitgeholfen hat, daß meinem Mann die Stelle als Gemeindegassier genommen wurde. Ich sehe hier einen inneren Widerspruch, den ich als Mutter sehr schmerzlich empfinde. Sie werden vielleicht auch verstehen können, daß mir als gerade denkende deutsche Frau unter diesen Umständen die zugedachte Ehrung nicht ein Ereignis ungetrübter Freude sein kann. Die kinderreiche Familie wird heute als Fundament für den Fortschritt unseres deutschen Volkes in besonderer Weise geehrt. Dann kann aber der Geist, aus dem heraus diese Familie in unserem Fall geworden ist, dem Glück des deutschen Volkes nicht feindlich im Wege stehen. Wir sind der tiefsten Überzeugung, daß wir mit einer Erziehung unserer Kinder nach bewährten christlichen Grundsätzen niemals im staatsfeindlichen Sinne arbeiten, sondern nur wertvolle Aufbauarbeit leisten für unser deutsches Volk und Vaterland.

Weitere Folgerungen aus diesen Zeilen möchte ich Ihnen überlassen und zeichne mit Hochachtung

Ida Jäger.

Q 29 Bericht der Pfarre Brand

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 28

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Die Gemeinde Brand (Landkreis Bludenz) zählte 1939 376 Einwohner. – In einem Landhaus in Brand unterhielt auch Hitlers ehemaliger Reichsaußenminister Konstantin von Neurath, 1939 bis 1941 Reichsprotector von Böhmen und Mähren, einen Zweitwohnsitz, wo ihn die Franzosen am 4. Mai 1945 aufspürten und verhafteten.⁷⁹⁷ Vergeblich hatten ihn der Brandner Bürgermeister, Altbürgermeister und Pfarrer im September 1938 um Unterstützung gegen die drohende Aufhebung und Enteignung der Stiftung „Wohltätigkeitsanstalt Valduna“ ersucht.⁷⁹⁸ Pfarrer Wilhelm Fritz war von 1908 bis 1923 Chefredakteur des christlichsozialen „Vorarlberger Volksblatts“ gewesen, das er weiterhin mit Beiträgen belieferte.⁷⁹⁹ Sein Bericht zeigt am Beispiel einer kleinen Berggemeinde den Kleinkrieg auf, den die NSDAP allerorten gegen die katholische Kirche führte.

Pfarramt Brand bei Bludenz.

Betrifft: Rotbuch des Bundeskanzleramtes.

Bezug: Zahl 86/2, 3, 4 und 14 Prs.Pr.⁸⁰⁰

Über Ersuchen des Bürgermeisteramtes Brand meldet der Gefertigte nachstehende Tatsachen zum „Rotbuch“, dessen Herausgabe das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, plant, insoweit diese Tatsachen das kirchliche Gebiet betreffen:

1. Die Parteibehörden und politischen Instanzen erklärten die kirchlich gebotenen Feiertage⁸⁰¹ (Mariä Empfängnis,⁸⁰² Dreikönigs-Fest,⁸⁰³ Josefs-Tag,⁸⁰⁴ Christi Himmel-

797 Schelling, Festung Vorarlberg, S. 253; 4^e Division Marocaine.

798 Müller, Valduna, S. 49-53 u. 167-170.

799 Vallaster, Schlagzeilen, S. 138.

800 Neben dem Betreff Eingangsstempel: Landeshauptmannschaft Vorarlberg / Eing. am 28. Mai 1946.

801 Im Konkordat mit dem Heiligen Stuhl vom 5. Juni 1933 (BGBl. II Nr. 2/1934) hatte die Regierung Dollfuß eine neue Feiertagsliste paktiert. Art. IX bestimmte: „Die Republik Österreich anerkennt die von der Kirche festgelegten Feiertage, diese sind: alle Sonntage; Neujahrstag; Epiphanie (6. Jänner); Himmelfahrtstag; Fronleichnam; Fest der heiligen Apostel Peter und Paul (29. Juni); Mariä Himmelfahrt (15. August); Allerheiligen (1. November); Tag der Unbefleckten Empfängnis (8. Dezember); Weihnachtstag (25. Dezember).“ Der Vorarlberger Landesausschuss hob bei seiner konstituierenden Sitzung am 24. Mai 1945 sofort alle Rechtsvorschriften auf, mit denen in nationalsozialistischer

fahrt,⁸⁰⁵ Fronleichnams-Fest,⁸⁰⁶ Peter- und Pauls-Tag,⁸⁰⁷ Mariä Himmelfahrts-Fest⁸⁰⁸ und Allerheiligen-Fest⁸⁰⁹) als staatliche Arbeitstage, an denen zwischen 8 und 20 Uhr nicht Gottesdienst gehalten werden durfte.⁸¹⁰

Zeit kirchlich gebotene (und staatlich anerkannte) Feiertage abgeschafft worden waren. Die provisorische Staatsregierung setzte im August 1945 sechs der neun im Konkordat akkordierten Feiertage wieder in Kraft. 1949 folgte Dreikönig (6. Jänner), während Peter und Paul (29. Juni) und Mariä Empfängnis (8. Dezember) vom Papst dispensiert wurden. 1955 wurde Mariä Empfängnis doch wieder ins Feiertagsruhegesetz aufgenommen. Zum Kampf, den Landeshauptmann Ulrich Ilg ab 1945 um die Wiedereinführung der Feiertage führte, vgl. Nachbaur, Landespatron, S. 82-85.

802 8. Dezember (vgl. Anm. 801).

803 6. Jänner.

804 19. März. Das Fest des Vorarlberger Landespatrons war bereits seit dem Konkordat von 1933 kein staatlich und kirchlich gebotener Feiertag mehr (Nachbaur, Landespatron).

805 40. Tag nach dem Ostersonntag.

806 Zweiter Donnerstag nach Pfingsten.

807 29. Juni (vgl. Anm. 801).

808 15. August.

809 1. November.

810 Wie im „Altreich“ begann das NS-Regime 1940 in den Reichsgauen der Ostmark unter dem Vorwand der Stärkung der Kriegswirtschaft, kirchlich gebotene Feiertage die staatliche Anerkennung abzuspüren und ihre Feier generell möglichst zu unterbinden. Schließlich erging am 27. Oktober 1941 „mit Rücksicht auf die besonderen Erfordernisse des Krieges“ eine allgemeine Verordnung über die Handhabung des Feiertagesrechts während des Krieges (RGBl. 1941 I S. 662):

„§ 1

(1) Soweit der Himmelfahrtstag, der Fronleichnamstag, das Reformationsfest und der Bußtag auf einen Wochentag fallen, werden sie für die Dauer des Krieges als staatliche Feiertage im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften auf einen Sonntag verlegt, und zwar: der Himmelfahrtstag, der Fronleichnamstag und das Reformationsfest auf den nachfolgenden Sonntag, der Bußtag auf den vorhergehenden Sonntag.

(2) Kirchliche Feiertlichkeiten aus Anlaß dieser Feiertage sind ebenfalls auf den nachfolgenden oder vorhergehenden Sonntag zu verlegen und genießen an diesen Tagen den bisherigen reichs- und landesrechtlichen Schutz.

§ 2

An allen kirchlichen Feiertagen, die nicht auf Grund des Gesetzes über die Feiertage vom 27. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 129) als fest- oder allgemeine Feiertage im Sinne reichs- oder landesrechtlicher Vorschriften und nach Maßgabe dieser Verordnung festgelegt sind, ist das Abhalten von kirchlichen Veranstaltungen für die Dauer des Krieges auf den Umfang der Veranstaltungen an gewöhnlichen Werktagen zu beschränken. Nach 19 Uhr können Kirchenveranstaltungen stattfinden, die über den Umfang der Veranstaltungen an gewöhnlichen Werktagen hinausgehen.

§ 3

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, sofern nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist, mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe bestraft.“

Ein Teil der staatlich anerkannten kirchlichen Feiertage mit fixem Datum wurden für die Kriegszeit ausgesetzt. In den Reichsgauen der „Ostmark“ galten daher 1942 nur noch der 1. Jänner, der Ostermontag, der Pfingstmontag, der 25. und der 26. Dezember als Feiertage. Hinzu kamen der

2. An Werktagen durfte nach 8 Uhr früh nicht mehr Gottesdienst gehalten werden.
3. Die üblichen Prozessionen und Kreuzgänge waren vom Frühjahr 1939 [an] sehr stark eingeschränkt.⁸¹¹

Die Prozessionen an Sonn- und gebotenen Feiertagen bedurften einer Genehmigung von Seiten des Landrates,⁸¹² der überdies genau den Prozessionsweg vorschrieb. Der seit altersher übliche und zudem im Grundbuch festgeschriebene Prozessionsweg wurde strengstens untersagt mit der fadenscheinigen Begründung, daß der Prozessionsweg die Autostraße zwei Mal senkrecht kreuze und den Kraftwagen-Verkehr stören könnte; auch Unglücke seien möglich.⁸¹³

Kreuzgänge an Werktagen waren überhaupt nicht gestattet. Den letzten Kreuzgang machte Brand am Markus-Tage 1939 nach Bürserberg:⁸¹⁴ bereits am nächsten Tage

Heldengedenktag (16. März oder vorangehender Sonntag), der Nationale Feiertag des deutschen Volkes (1. Mai), Erntedanktag (erster Sonntag nach Michaelis [29. September]), Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung (9. November); Führers Geburtstag (20. April) war nur 1939 (Hitlers 50. Geburtstag) ein staatlicher Feiertag. Zur Rechtslage in der „Ostmark“ vgl. Mannlicher, Wegweiser, S. 397-399; zur Entwicklung und den Auseinandersetzungen in Vorarlberg vgl. Wanner, Kirche, S. 165-176.

811 Die Prozessionsordnung der Pfarre Brand schrieb um 1938, ohne Fronleichnam, noch elf spezielle Prozessionen vor, die meisten als Kreuz- oder Bittgänge (VLA: NL Ulmer: Pfarre Brand, unveröffentl. Typoskript o.D., S. 36). Diese Bittprozessionen waren jährlich an bestimmten Tagen angeordnete Umgänge mit Bußcharakter, um Gottes Segen für die Erde, die Abwendung drohender Gefahren oder die Befreiung aus einer Notsituation zu erbitten. Zur Einschränkung der Prozessionen vgl. Wanner, Kirche, S. 177-191.

812 „Landrat“ war ab 1. Jänner 1939 die Bezeichnung der Bezirksverwaltungsbehörde und deren Leiter (vgl. Anm. 664).

813 Einen gesetzlichen Aufhänger bot die Straßenverkehrsordnung, die mit 1. Juli 1938 auch in Österreich eingeführt wurde (RGBl. 1938 I S. 237; GBlfÖ. Nr. 171/1938). Nach § 5 Abs. 1 bedurften Veranstaltungen, „für die öffentliche Straßen mehr als verkehrsüblich in Anspruch genommen werden“, einer polizeilichen Erlaubnis; das waren u.a. Veranstaltungen, bei denen infolge der Zahl der Teilnehmer die Benützung der Straßen für den allgemeinen Verkehr eingeschränkt wurde. Dazu zählte die Verwaltungspraxis auch Prozessionen, Wallfahrten usw. Als Versammlungen waren die Prozessionen generell anzuzeigen und für ihre Durchführung die Zustimmung des NSDAP-Kreispropagandaleiters erforderlich. Privatpersonen durften ihre Häuser nur an bestimmten „nationalen Feiertagen“ beflaggen, sonst nur an Tagen, an denen zu einer allgemeinen Beflaggung besonders aufgefordert wurde, jedenfalls aber nur die Reichs- und Nationalflagge. Nur staatlich anerkannte Religionsgesellschaften konnten Kirchengebäude und Gebäude mit kirchlichen Dienststellen bei kirchlichen Feiern, die nicht mit nationalen Feiertagen zusammenfielen, wahlweise mit der Reichs- und Nationalflagge oder den Kirchenfarben (römisch-katholisch: Gelb-Weiß) beflaggen (Mannlicher, Wegweiser, S. 60, 446, 461). Die staatlichen und Parteidienststellen erfanden weitere Spitzfindigkeiten, um Prozessionen zu erschweren und zu unterbinden (vgl. Wanner, Kirche, S. 177-191).

814 Die Markusprozession am 25. April war ein klassischer Bitttag der römischen Liturgie. Sie war als Ersatz für eine am gleichen Tag im heidnischen Rom übliche Prozession zur Abwendung von Schaden von den Getreidefeldern aufgekommen. Die Brandner zogen um 5:30 Uhr nach Bürserberg,

wurde dem Schulleiter Alois Nessler beim Kreisschulrat Bludenz, auf Grund einer Meldung durch die Kreisleitung Bludenz, bedeutet, daß die Brandner Schulkinder zu Unrecht am Kreuzgang sich beteiligten und daß die Teilnahme der Kinder an Kreuzgängen in Zukunft nicht mehr gestattet sei.

4. Am 10. März 1940 hielten drei Mann im Pfarrhof Brand Hausdurchsuchung und fahndeten dabei hauptsächlich nach Briefen, die Brandner Soldaten aus dem Kriegsdienst an ihren Pfarrer geschrieben hätten.

Am 28. Februar 1941 hat ein Vertreter der Kreisleitung und des Landrates Bludenz das in der Brandner Kasse hinterlegte Kirchenbaugeld gesperrt, den Paramentenverein,⁸¹⁵ die Sakramentsanbetung und den Drittorden als aufgelöst erklärt:⁸¹⁶ das alles nur mündlich, ohne daß je eine schriftliche Verfügung erfolgt ist.

5. In der Osterwoche 1942 hat die Pfarrkirche Brand 4016 Kilogramm Glockenmetall abgeliefert:⁸¹⁷ die Bezahlung bestand in einem Oktavblatt,⁸¹⁸ auf dem die erfolgte Ablieferung bestätigt wurde.

6. Bisher hatte der Pfarrer als Religionslehrer drei Wochenstunden (drei Mal eine Stunde). In der Ära Hitler wurden dem Katecheten zwei Wochenstunden eingeräumt, die unmittelbar nacheinander und an einem Nachmittage gehalten werden mußten.⁸¹⁹

7. Der Kirchenchor wurde als aufgelöst erklärt. Es durften nur mehr „Kirchensänger“ den Kirchengesang beim öffentlichen Gottesdienst besorgen, die Gesangsproben mußten in einem kircheneigenen Raum abgehalten werden.

8. Den Lehrpersonen war es untersagt, die Kirchengemeinde über die Kinder zu halten. Dem Lehrer-Organisten war das Orgelspiel beim Gottesdienst nicht mehr gestattet.⁸²⁰

wo der Brandner Pfarrer predigte; die in Brand Zurückgebliebenen hatten sich um 8 Uhr zu einem Psalter zu treffen (Kombination aus allen 15 Gesätzen aller drei Rosenkränze) (Ulmer, wie Anm. 811). Mit der Reform des liturgischen Kalenders gab die römisch-katholische Kirche 1969 die Bittprozession am 25. April auf.

815 Als Paramente werden die im Kirchenraum und in der Liturgie verwendeten Textilien bezeichnet, in der römisch-katholischen Kirche vor allem die liturgischen Gewänder.

816 Dritter Orden des heiligen Franziskus, Filiale der Bludenzener Sodalität, eingeführt 1901; Verein der ewigen Anbetung für Manns- und Frauenpersonen.

817 Die meisten Pfarreien mussten ihre Glocken in den beiden Weltkriegen abliefern. Sie wurden für die Waffenproduktion eingeschmolzen. Aus der Pfarrkirche Brand wurden 1916/17 drei Glocken abgeliefert. 1923 konnten drei neue Bronzeglocken angeschafft werden. Mit Ausnahme der kleinsten wurden sie am 9. April 1942 wieder abgenommen und fortgeschafft (Ganahl, Brand, S. 23-24).

818 Ein Blatt Papier im Oktavformat (Klein-Oktav bis 18,5 cm Höhe, Groß-Oktav bis 25 cm Höhe).

819 Zur Beschränkung des Religionsunterrichts vgl. Anm. 727.

820 Erlass des Reichsstatthalters vom 14.01.1941 (Meusburger, Bezaul, S. 267).

9. Sammlungen für kirchliche Zwecke durften nur beim Gottesdienst vorgenommen werden.

10. Ein Gipser und ein Hilfsarbeiter, die im Frühjahr 1941 dringend notwendige Reparaturarbeiten an der Pfarrkirche vornehmen wollten, wurden von zwei Herren des Arbeitsamtes Bludenz, die eigens mit dem Auto von Bludenz kamen, verhalten, daß sie die Arbeit sofort einstellen, ohne weitere Begründung.

11. Wenn der Pfarrer die seit altersher übliche Segnung der Alpen und des Alpviehs im Zalim und Brüggele, sowie im Innerpalüd vornehmen wollte, so wurde ihm von den Behörden in Bludenz diese seelsorgliche Handlung erschwert oder ganz untersagt.

12. Als am 8. Dezember 1943 zwei Unbefugte vier Kirchenfenster entdunkelt hatten, wurde der Pfarrer wegen Übertretung der Verdunkelungsvorschriften beim Landrat Bludenz angezeigt und von der Gestapo in Bregenz vorgeladen.⁸²¹

[Rundstempel mit Kreuz: R. K. Pfarramt Brand bei Bludenz (Vorarlberg)], 20. Mai 1946.

Wilhelm Fritz, Pfarrer

821 Seit Kriegsbeginn im September 1939 galten als Maßnahme des passiven Luftschutzes strenge Verdunkelungsvorschriften. Nach dem amerikanischen Bombenangriff auf Feldkirch vom 1. Oktober 1943 war die Nervosität groß (vgl. Albrich/Gisinger, Bombenkrieg). Zur Gestapo in Bregenz vgl. Anm. 662.

Q 30 Bericht der Gemeinde Bartholomäberg

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 23

Typoskript, 1 Seite Begleitschreiben, 4 Seiten Bericht, Originalunterschrift.

Die Bergbauerngemeinde Bartholomäberg im Montafon (Landkreis Bludenz) zählte 1939 1.125 Einwohner.

Den Bericht übermittelte Bürgermeister Josef Keßler, der bereits 1927 bis 1938 der Gemeinde vorgestanden hatte. Auf dem Begleitschreiben ergänzte er handschriftlich: „Mitarbeiter: Jos. Nikolussi, Schulleiter“. „Mitarbeiter“ dürfte hier im Sinn von Rotbuch-Mitarbeiter zu verstehen sein, denn der Bericht wurde von Josef Nikolussi verfasst.⁸²² Er war 1938 als

Schulleiter nach St. Gallenkirch versetzt worden und hatte 1945 wieder seine Stelle in Bartholomäberg angetreten.

Gemeindeamt Bartholomäberg.

Bartholomäberg, den 23.4.1946

Zahl 59/3

An die

Landeshauptmannschaft Vorarlberg⁸²³

B r e g e n z

Betrifft: Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt,
Auswärtige Angelegenheiten

Im Sinne des Rundschreibens des Landeshauptmannes vom 8.4.46, Zahl 86/3 Prs.PR sowie der Weisungen vom 8.4.46, Zahl 86/2 Prs.PR., übermittelt der unterfertigte Bürgermeister anbei eine zusammenfassende Darstellung der Okkupationspolitik und Okkupationsmethoden der Nationalsozialisten, wie sie sich im Gemeindegebiet B a r t h o l o m ä b e r g auswirkten.

822 Für diesen klärenden Hinweis danke ich Volksschuldirektor i. R. Emil Scheibenstock, Bartholomäberg.

823 Über der Anschrift Eingangsstempel: Landeshauptmannschaft Vorarlberg / Eing. am 28. APR.
1946 / 86/3.

1 Anlage

Der Bürgermeister:

Jos. Keßler

[Rundstempel: Gemeindeamt / Bartholomäberg / Vorarlberg / Bezirk Bludenz]

Mitarbeiter:

Jos. Nikolussi

Schulleiter.

Gemeinde-Amt

Bartholomäberg

Vorarlberg

Österreichisches Rotbuch

Zu 1). Bartholomäberg ist eine ausgesprochene Bauerngemeinde, durchschnittlich 1100 m hoch, über dem Hauptort des Tales – Schruns – gelegen. Aber selbst hier herauf reichte der Arm der nazistischen Großpropaganda. Durch die schon ab 1933 sehr fühlbar gewordene Erdrosselung des österreichischen Wirtschaftslebens durch Deutschland, gab es auch hier unzufriedene Elemente, meist moralisch und wirtschaftlich angefaulte Existenzen, die ihr Heil unbesehen in dem von Hitler versprochenen Paradies zu finden hofften.⁸²⁴ Als dann der Augenblick des offiziellen Verbots der NSDAP in Österreich kam, war schon alles so weit durchorganisiert, daß die nationalsozialistische Aggressionsabsicht dauernd wie ein Damoklesschwert auch über unserem armen Bergdorf drohte. Geheime Propaganda auf den Arbeitsplätzen von Mann zu Mann, Verbreitung von propagandistischen Nazischriften, wie „Roter Adler“,⁸²⁵ Streuen und Malen von Hakenkreuzen, Beschmierungen von österreichischen Wandzeitungen, Abbrennen von Hakenkreuzfeuern bei jeder Gelegenheit, waren an der Tagesordnung. Sabotage aus dem Dunkeln durch nazistische

824 Für das Montafon verfügen wir zur Frage des aufkeimenden Nationalsozialismus über eine sehr interessante mentalitätshistorische Studie der von Wien nach Paris emigrierten Historikerin Lucie Varga. Die Ergebnisse ihrer Feldforschungen „Dans une vallée du Vorarlberg: d’avant-hier à aujourd’hui“ erschienen 1936 in den „Annales d’histoire économique et sociale“ (in deutscher Übersetzung in: Varga, Zeitenwende, S. 146-169; vgl. ebenda, S. 41-42 u. 58-60).

825 „Der rote Adler. Kampfblatt der NSDAP für Tirol und Vorarlberg“ erschien 1932 bis 1936 und 1938 bis 1944. Während der Verbotszeit der NSDAP in Österreich 1933 bis 1938 wurde der „Rote Adler“ als illegales Propagandablatt verbreitet (Falch, Die beste Waffe).

Hintermänner erschwerten die Arbeiten im Gemeinderat; in allen Angelegenheiten, besonders die wirtschaftlichen Belange betreffend – wie beispielsweise die Gemeindejagdfrage – wurde böswillig opponiert, offensichtlich um der Wirtschaft zu schaden. Aber auch in kulturellen Dingen spürte man deutlich die nazistische Ausrichtung am Werke: als man sich zum Beispiel einig war, das zu erstellende Kriegerdenkmal organisch mit der Kirche zu verbinden, kam es geradezu zu einer Demonstration aus braun orientierten Kreisen, die mangels künstlerischer Kenntnisse und künstlerischem Interesse aus eigener Initiative nie das Wort ergriffen hätten.⁸²⁶ Eine Ortszentrale für nationalsozialistische Propaganda war die Musikkapelle, die vom ältesten Nationalsozialisten des Dorfes geleitet war.⁸²⁷

Durch alle diese methodisch von Deutschland aus geleiteten Maßnahmen wurde ein Dauerzustand von Unsicherheit und Bedrohung geschaffen, der sich in der wirtschaftlich an und für sich schon kritischen Lage sehr böse auswirkte; vielleicht noch schlimmer war aber die psychologische Wirkung: durch das jahrelange Andauern dieses Krisenzustandes wurde das Volk allgemach an der Widerstandskraft des Vaterlandes irre; eine tiefgreifende Depression, ein verhängnisvoller Fatalismus ergriff die breiten Massen der hart um ihr Dasein ringenden Bergbauern. Es waren daher nicht wenige, die beim Eintreffen der Katastrophe am 11.3.38 abends – wenigstens im ersten Augenblick – befreit aufatmeten, da das lange drohende Gewitter sich endlich entladen hatte.

Zu 2.)

Aber schon in der ersten Periode der braunen Herrschaft wurde für alle weithin sichtbar, wohin der Kurs steuerte und daß das Gewitter alles, gar alles zerschlagen hatte, was demokratischer Aufbauwille und der religiöse Sinn des Bergvolkes in Jahrhunderten geschaffen hatte. Mit einem Schlag wurde auf allen Gebieten eine radikale Gleichschaltung mit Hitlerdeutschland durchgeführt: Die führenden Persönlichkeiten, deren Gegnerschaft zum Nationalsozialismus offenkundig war, wurden beseitigt; der Bürgermeister wurde durch einen braunen Genossen, einen blut-

826 Das Kriegerdenkmal wurde 1936 beim Hauptportal der Kirche errichtet (Scheibenstock/Vallaster, Chronik, S. 7-8).

827 Obmann der Harmoniemusik Bartholomäberg war von 1928 bis zur Eingliederung in den „Tiroler Standschützenverband“ 1939 (vgl. oben Edition/Quellenkritik) der Forstwart Christian Vallaster (70 Jahre Harmoniemusik, S. 13 u. 17).

828 Bis Juni 1938 blieb Josef Keßler Bürgermeister. Dann wurde der Gastwirt Ludwig Morstein (NSDAP seit 1. Februar 1937) zum Amtswalter und im Juni 1939 zum Bürgermeister bestellt. Formell blieb Morstein bis 1945 Bürgermeister. Als er jedoch zum Kriegsdienst einrücken musste, übernahm im Jänner 1942 der 1. Beigeordnete Lorenz Fritz in Vertretung die Geschäfte als Amtswalter, ihm folgte im Jänner 1943 Wilhelm Fritz (Vallaster, Bürgermeister). 1945 wurde Wilhelm Fritz als bisheriger Bürgermeister angegeben (Weber, Bezirk Bludenz, S. 36).

jungen Menschen, ersetzt;⁸²⁸ der Schulleiter wurde erst hinter Schloß und Riegel gesetzt, dann strafversetzt;⁸²⁹ seine Stelle nahm ein Illegaler ein,⁸³⁰ die Schulschwestern – aus dem Orden der Barmherzigen Schwestern –, die seit 1879 hier wirkten,⁸³¹ wurden davongejagt. Der österreichisch eingestellte Gemeinderat wurde aufgelöst, ebenso die Bauernorganisation. Die damals bekannten 3 Illegalen des Ortes teilten die Posten des Bürgermeisters, des Ortsgruppenleiters⁸³² und des Bauernführers⁸³³ unter sich auf; und dann herrschten sie als unumschränkte Zwingherren, ausgestattet mit der Macht eines großen Reiches hinter sich, widerspruchslos über das Dorf. Die katholischen Jugendorganisationen und auch rein religiöse Bündnisse wurden aufgelöst und ihre Vermögen beschlagnahmt. Das Schulgebet, mancher alte religiöse Brauch, wie Bittgänge und Prozessionen,⁸³⁴ wurden abgeschafft. Eine alte Organistenstiftung – Haus mit 1 Joch Grund – wurde vom Bürgermeister kassiert. So war auch hier jeder österreichische Einfluß, alles was an Freiheit erinnerte, vollständig ausgeschaltet. Eine reine Farce war dann die Wahl am 10.4.1938. Schon an der Wahlzelle war angeschrieben – es ist teilweise noch heute lesbar – daß jeder, der mit „nein“ stimme, ein Schwein sei, ebenso jeder, der die Wahlzelle benütze. So mußte die Abgabe der Stimmzettel in aller Öffentlichkeit, unter den kontrollierenden Blicken der oben genannten drei Nazibonzen vor sich gehen.⁸³⁵ Nun hatte auch das einfachste Bergbäuerlein die Quittung, daß wir ein vom Feind besetztes Land sind, in dem die einfachsten Freiheiten und Menschenrechte abge-

829 Gemeint ist Josef Nikolussi, der diesen Bericht verfasst haben dürfte. Er war am 12./13. März 1938 in Haft und 1938 bis 1945 Schulleiter in St. Gallenkirch, anschließend wieder in Bartholomäberg.

830 Zur Abfolge der Lehrer vgl. Scheibenstock/Vallaster, Chronik, S. 18.

831 Es handelt sich um eine Filiale des Mutterhauses Zams der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul. Vier Schwestern waren in Bartholomäberg in der Armenpflege (vgl. 845) und im Schuldienst eingesetzt. Sie kehrten nach der NS-Zeit wieder zurück (Ulmer, Klöster, S. 176; Schematismus Innsbruck-Feldkirch 1936, S. 328, 1947, S. 143).

832 Ortsgruppenleiter der NSDAP-Ortsgruppe Bartholomäberg war von 1938 bis 1945 der Bauer und letzte „Bürgermeister“ Wilhelm Fritz. – Bei der Registrierung ehemaliger NSDAP-Mitglieder in Bartholomäberg gab zudem der Eisenbahner Alois Ganahl an, ab 1. Mai 1939 Ortsgruppenleiter gewesen zu sein (VLA: BH Bludenz, Registrierungsliste Bartholomäberg, Bd. 1 1947). Ganahl wohnte in Bartholomäberg-Gantschier und war NSDAP-Ortsgruppenleiter in der Nachbargemeinde St. Anton im Montafon. Für diesen klärenden Hinweis danke ich Emil Scheibenstock, Bartholomäberg.

833 Der Ortsbauernführer war kein Funktionär der NSDAP, sondern des Reichsnährstandes, der sich örtlich in Landesbauernschaften, Kreisbauernschaften und nach Bedarf in Ortsbauernschaften gliederte. Der Reichsnährstand verstand sich als Vertretung der deutschen Bauernschaft und der deutschen Landwirtschaft, einschließlich der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Landhandels (Groß- und Kleinhandels) und der Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

834 Vgl. Anm. 813.

835 Bei der „Volksabstimmung“ am 10. April 1938 stimmten in Bartholomäberg von 604 Stimmberechtigten offiziell 597 mit Ja und 3 mit Nein; 4 blieben demnach der Abstimmung fern (VTB 11.04.1938, S. 3). Das ergab 99,5 Prozent der gültigen Stimmen für den Anschluss an das Deutsche Reich (Landesdurchschnitt: 98,1 Prozent).

schaftt sind.

Zu 3.)

Die dritte Etappe des österreichischen Leidensweges war dann der Krieg. In seinem Verlaufe wurden rücksichtslos alle Arbeitskräfte von 16 bis 60 Jahren eingezogen, besonders solche, die der Partei irgendwie unbequem geworden waren. Nun begann die unnatürlichste Ungeheuerlichkeit, die sich denken läßt: die Arbeitskräfte waren in der Wehrmacht und die Ablieferungen an Butter, Eiern, Wolle, Holz usw. steigerten sich unter härtestem Druck und den furchtbarsten Drohungen ins Uferlose; dazu wurde die Aufzucht von Jungvieh – der Hauptwirtschaftszweig unseres Dorfes – verboten; diesbezügliche Übertretungen wurden als Verbrechen gebrandmarkt und bedroht. Am heimischen Wald wurde im wahrsten Sinne des Wortes Raubbau getrieben, da weit über das normale Anfallsmaß jährlich Holz geschlägert und abgeliefert werden mußte. Doch war das eigene Bauen vollständig eingestellt; sogar dringlichste Ausbesserungsarbeiten an Häusern und Ställen waren bei Strafe verboten. Ganahl German in Innerberg erhielt wegen des Versuches eine Waschküche zu erstellen, 3 Wochen Gefängnis.⁸³⁶

Unser Vieh- und Waldbestand ist für Jahrzehnte hinaus schwer geschädigt; die Blüte unserer Jugend vernichtet – wir wissen bis zum heutigen Tage von 30 Toten –; die meisten Heimkehrer sind schwer an ihrer Gesundheit geschädigt, manche sind Krüppel und arbeitsbeschränkt.

Zu 4)

Der politische Terror wurde in all den Jahren in unserem Ort hauptsächlich vom Bürgermeister, der zugleich Ortsgruppenleiter war (in den letzten Jahren wenigstens),⁸³⁷ ausgeübt; er versah auch die Funktionen der Gestapo.⁸³⁸ Um in recht hohem Ansehen beim Kreisleiter zu stehen, sorgte er dafür, daß sich eine möglichst große Anzahl von Bergbauern zur NSDAP meldete.⁸³⁹ Die nötigen Druckmittel waren ja in seiner Hand; solche waren: Drohungen mit dem Kreisleiter, der Gestapo, dem Gefängnis, dem Einrücken, Entzug der wirtschaftlichen Existenzmittel – Bekleidung, Kinderbeihilfen, Kunstdünger, Kalk, Zement usw. – sowie landwirtschaftliche Bedarfsartikel vom gewöhnlichen Werkzeug bis zur Maschine ... alle die Lebensnotwendigkeiten hingen ab vom Beitritt zur Partei, vom politischen Ansehen, das man

836 German Ganahl, pensionierter Schulleiter von Dalaas, war vom 6. bis 27. August 1942 in Bregenz in Gestapo-Haft (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 293).

837 Gemeint ist wohl Wilhelm Fritz (vgl. Anm. 832).

838 Gemeint sind wohl Spitzeldienste. Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

839 Gemäß § 4 des Verbotsgesetzes 1947 (StGBI. Nr. 125/1945 in der Fassung BGBl. Nr. 5/1946, 16/1946, 177/1946, 25/1947) wurden 1947 von der Bezirkshauptmannschaft Bludenz für die Meldestelle Bartholomäberg 152 Personen registriert (VLA: BH Bludenz, Registrierungsliste Bartholomäberg, Bd. 1 1947).

beim Dorfpascha genoß.

Wehe denen, die sich seine Gunst verscherzten, die gar ihren Widerstand zu laut kundtaten!⁸⁴⁰ Wegen Vergehens gegen das sogenannte „Heimtückegesetz“ erhielt der Gastwirt Würbel Josef 8 Monate Gefängnis; dazu wurde ihm das Gastgewerbe entzogen. Unser Fröhmesser, Professor Dr. Plangger Josef, erhielt 4 1/2 Jahre KZ.⁸⁴¹ Die Schwester des heutigen Bürgermeisters, Witwe Ganahl Theresia, wurde wegen Beleidigung des „Führers“ zu 8 Monaten Zuchthaus verurteilt; sie war bei Antritt ihrer Strafe schon 65 Jahre alt und ist infolge der erlittenen Unbilden, an den Nerven total ruiniert, im Februar dieses Jahres gestorben. Wegen Radioschwarzhörens wurden verurteilt: Köberle Franziska, Haus Nr. 101, zu 2 Monaten Gefängnis (sie hatte auch eine Führerbeleidigung am Kerbholz); Ganahl Michael, Haus Nr. 56 in Innerberg, zu 6 Monaten und sein Sohn zu 5 Monaten Gefängnis – beide ebenfalls wegen Radiohörens.

Mit der Erklärung des Ortsgruppenleiters und Bürgermeisters, sowie des Bauernführers an das Wehrmeldeamt,⁸⁴² daß die nachfolgenden Männer und Burschen hierorts entbehrlich seien, mußten zur Wehrmacht einrücken: Frast Erich, Ruider Gustav (vermißt), Würbel Josef (mit kaum 17 Jahren gefallen), Jochum Kilian, Ganahl Rudolf (gefallen), Köberle Gottfried (gefallen), Bitschnau Viktor (in einem Lazarett gestorben).⁸⁴³ Der Tod dieser jungen Menschen ist also auf das Konto dieser Bonzen zu buchen. Ihr „verdienstvolles Wirken“ als Zutreiber wurde denn auch dem Bürgermeister und dem Bauernführer mit dem Kriegsverdienstkreuz belohnt.⁸⁴⁴ An weiteren Opfern des Naziterrors aus unserem Orte sind auch die 3 Insassen des hiesigen Versorgungshauses zu rechnen, arme, geistig nicht ganz zurechnungsfähige

840 Zu den im Folgenden angeführten „Straftatbeständen“ vgl. Q 39.4.

841 Josef Plangger war ab 1939 Expositus in Innerberg. Entgegen den Anordnungen der NSDAP hatte er am Fronleichnamstag noch nach 8 Uhr eine Messe zelebriert. Bei der Einvernahme vertrat er die Ansicht, dass der Gottesdienst als kirchliche Angelegenheit die Gestapo eigentlich nichts angehe. Dafür kassierte er zwei Monate „Schutzhaft“ in Bludenz und anschließend, nach kurzer Tätigkeit in Schruns, „Gauverbot“ (Verbannung aus dem Reichsgau Tirol und Vorarlberg). Als Seelsorger in St. Jakob in Deferegggen (Osttirol gehörte zum Reichsgau Kärnten) geriet er in Konflikt mit „landverschickter“ Hitlerjugend. Er wurde am 6. Juli 1941 von der Gestapo verhaftet und bis 1945 in den Konzentrationslagern Buchenwald, Natzweiler und Dachau inhaftiert (vgl. u.a. Wanner, Kirche, S. 124-125; Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 338; Hinteregger, Priester, S. 12).

842 Zur Funktion des Ortsbauernführers vgl. Anm. 833.

843 Im Gedenkbuch für die Opfer Vorarlbergs im 2. Weltkrieg 1939-1945 (VLA: Lichtbildserie 141, S. 14-15) sind unter Bartholomäberg 38 gefallene und elf vermisste Soldaten verzeichnet.

844 Laut Stiftungsbestimmungen von 1939 wurde das Kriegsverdienstkreuz für Leistungen verliehen, die mit dem Zweiten Weltkrieg in Beziehung standen, aber nicht unmittelbar mit Kampfhandlungen zu tun hatten und für die eine Verleihung des Eisernen Kreuzes nicht in Frage kam.

Menschen, die eines Tages unter Anwendung von Gewalt in ein Auto verbracht wurden und von denen nach kurzer Zeit aus der Vernichtungsanstalt Linz die Todesnachrichten eintrafen.⁸⁴⁵

Zu 5)

Mit zusammengebissenen Zähnen mußte das Volk, in dem sich schon anfangs ein starker Widerstandswille bemerkbar gemacht hatte, all dies mitansehen. Alle Drangsalierungen und Gemeinheiten, alle Opfer und Entbehrungen mußte es auf sich nehmen, ohne sich rühren zu können. Gegen die mit allen Machtmitteln versehene Tyrannei bedeutete jedes Aufmucken den Tod, zwecklose Selbstaufopferung und Vernichtung. Noch nie in der ganzen Menschheitsgeschichte wurde ein Volk so geknechtet.

Doch verschwanden ab 1944 auch von hier immer mehr Soldaten aus der deutschen Wehrmacht, um nicht länger gegen unsere Befreier kämpfen zu müssen; sie hielten sich bis zum geeigneten Augenblick in den Bergen versteckt und setzten der Freiheit zuliebe ihren Kopf und ihre Familien aufs Spiel. Einige davon sind: Köberle Anton, Mangeng Hermann, Ganahl Xaver u.a.⁸⁴⁶

Als sich aber die Alliierten unseren Grenzen näherten, gab es kein Halten mehr. Offene Auflehnung brandete in allen Winkeln auf. Am 26.4.45 wurde unser letztes Volkssturmaufgebot nach Bludenz einberufen;⁸⁴⁷ aber die Mienen der 60 Männer von hier versprachen nichts Gutes und so wurden sie, ohne jede Begründung sofort wieder entlassen. Am 28.4. wurden sie neuerdings nach Bludenz – Barackenlager Runggelin – beordert. Sofort setzte der offene Widerstand ein, trotzdem die Kreisleitung und SS-Formationen in Bludenz noch intakt waren.⁸⁴⁸ Manche rückten über-

845 In Vorarlberg wurde das nationalsozialistische Euthanasieprogramm übererfüllt. Neben der Landesirrenanstalt Valduna und der Wohltätigkeitsanstalt Valduna in Rankweil wurden in den Landkreisen Bludenz und Bregenz auch die Armen- oder Versorgungshäuser der Gemeinden systematisch „geräumt“. Das 1905/06 erbaute Versorgungshaus der Gemeinde Bartholomäberg wurde von den Zammer Schwestern betreut (vgl. Anm. 831). Dort wurden nach 1938 Bewohner verschiedener Armenhäuser des Klostertals und des Montafon konzentriert. Von 40 Pflinglingen wurden am 3. April 1941 vier Frauen und neun Männer mit einem Bus abgeholt. Der Oberin des Versorgungshauses gelang es, sechs von ihnen wieder zurückzubekommen (Egger, Ausgrenzen, S. 185-186 u. 206).

846 Es ist bemerkenswert, dass hier die Fahnenflucht ausdrücklich als Akt des Widerstandes anerkannt wird. Im ganzen Land wurden heimische Deserteure versteckt und gepflegt (vgl. z.B. für das Kleinwalsertal Q 38; für das Montafon Kessler, Letzte Kriegstage 2005/3, S. 11, 2006/1, S. 11, 2006/2, S. 11, 2006/3, S. 11). Noch bis in die letzten Kriegstage wurden Deserteure, die sich in den Bergen versteckt hatten, standrechtlich erschossen.

847 Zum Volkssturm (Standeschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

848 Es handelte sich wohl um Waffen-SS. Vgl. Anm. 622.

haupt nicht mehr ein; die große Menge rückte ein, aber nicht, um für die Bonzen zu kämpfen; sie versorgten sich mit Gewehren und Munition und zogen um Mitternacht vom 30.4. auf 1.5. in geschlossener Formation nach Hause. Hier hielten sie sich vorerst tagsüber noch versteckt, kamen aber nachts auf einsamen Höfen zur Beratung der nächsten Maßnahmen wieder zusammen. Am 3.5. besetzten sie die Gemeindeganzlei und besorgten den Ordnungs- und Sicherheitsdienst. Am 5.5. waren größere SS-Abteilungen von Dalaas herüber auf den Kristberg gekommen.⁸⁴⁹ Zu ihrer Abwehr begab sich sofort ein Trupp Volksstürmer dorthin, wo sie die erste Begegnung mit unseren Befreiern, französischen Soldaten, hatten. In ihrem Verbände halfen sie noch den Dalaaser-Wald nach SS-Leuten durchsuchen. Was an innerem Widerstand und durch aktiven äußeren Beitrag zur Befreiung Österreichs von unserem armen, ausgebluteten Bergdorf aus geleistet werden konnte, hat es geleistet.

849 Vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 189-190.

Q 31 Bericht der Gemeinde Gaschurn

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 9

Typoskript, 2 Seiten.

Die Gemeinde Gaschurn im hinteren Montafon (Landkreis Bludenz) zählte 1939 1.501 Einwohner (1934 1.229, 1951 1.660). Hinzu kamen „normale“ zivile Arbeitskräfte, vor allem aber Zwangsarbeiter und ab 1939 Kriegsgefangene, zudem Strafkompanien der Wehrmacht und die entsprechenden Wachmannschaften, die in großer Zahl zum Ausbau der Kraftwerksanlagen der Vorarlberger Illwerke eingesetzt wurden.⁸⁵⁰ Bereits 1930/31 war das Kraftwerk Vermunt als größtes Wasserkraftwerk Österreichs in Betrieb gegangen. 1938 wurden die Bauarbeiten für das Rodundwerk I (Vandans), das Latschauwerk (Tschagguns) und das Obervermuntwerk (Gaschurn-Partenen) sowie für den Speicher Silvretta in Angriff genommen. Bis Kriegsbeginn war die Großbaustelle ein beliebtes Ausflugsziel.⁸⁵¹ 1943 gingen Obervermunt und Rodund I provisorisch ans Netz. Damit stieg die Jahresstromerzeugung von 154 Megawattstunden 1931/32 auf 564 Megawattstunden 1944/45.⁸⁵² 1945 ging es um die Rettung der leistungsstärksten Kraftwerksgruppe Österreichs. Abgesehen davon hätte eine Sprengung von Staumauern für das Montafon verheerende Folgen gehabt.

Von wem der folgende Bericht stammt, geht aus den Unterlagen nicht hervor.⁸⁵³

Eingelagert ist ein Bericht von Werksleiter Dipl.-Ing. Romedius Boss, der die Rettung der Werksanlagen der Illwerke dokumentiert.⁸⁵⁴

850 2005 legte Jens Gassmann eine Dissertation zum Thema „Zwangsarbeit in Vorarlberg während der NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung der Situation auf den Illwerke-Baustellen“ vor, aus der nur sehr mühsam ein Überblick zu gewinnen ist (Gassmann, Zwangsarbeit). Vgl. auch Bundschuh/Pichler/Walser, Keine „Stunde Null“; Tschofen, Vermunt, S. 248-250. Zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter vgl. Längle, Entschädigung.

851 Eine Gruppe katholischer Schüler und Studenten, Angehörige des „Freikorps“, denen die Brüder Otto und Fritz Molden angehörten, suchte im Sommer 1938 oberhalb von Partenen noch das alpine Idyll. Dort beschlossen sie, den aktiven Widerstand gegen das NS-Regime aufzunehmen (Molden, Fepolinski, S. 107-112).

852 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 264-266.

853 Gassmann, Zwangsarbeit, S. 123 u. 1024-1026, edierte diesen Bericht auszugsweise (Punkte I. und II.) und zitiert ihn als „Auszug aus der Gemeindechronik Gaschurn 1933-1938, Keine Seitenangabe, Abschrift“ (S. 123), dann als „DÖW 8346: Auszug aus der Gemeindechronik Gaschurn“ (S. 1026). Demnach handelt es sich bei dieser „Gemeindechronik“ tatsächlich um eine Ausfertigung dieses Rotbuch-Beitrags (vgl. Anm. 456).

854 Am 31. Mai 1946 verwies ein Dr. Neudörfl, Wien, die Rotbuch-Redaktion mit einem kurzen Bericht auf Boss Verdienste um die Rettung der Kraftwerksanlagen. In einem Nachsatz merkte Neudörfl an, dass er „obige Mitteilung“ von Boss persönlich erhalten habe. Da Boss aber ein überaus

Beitrag zum „Rotbuch“
der österreichischen Bundesregierung.

Zu Punkt I. (1933-38) Noch heute sprechen die Leute von der Arbeitslosigkeit und dem Ausbleiben von fremden Gästen in der österreichischen Zeit. Folgen der Sabotage seitens der Fabrikanten und der 1000 M-Sperre.⁸⁵⁵ Diese Sabotage erstreckte sich auch auf das Nichtzahlen der Versicherungsprämien durch Illegale.⁸⁵⁶ Auch bei den Vorarlberger Illwerken wurde der Ausbau in der Weise sabotiert, daß die Arbeiten sozusagen eingestellt und die Arbeiter entlassen wurden. Die Firma war zwar ausbauwillig, wurde aber, da der deutsche Einfluss mächtig war, von der deutschen Regierung dazu gezwungen.⁸⁵⁷ 1937 gab es auch im Vermunt Hakenkreuzschmierer,

bescheidener Mensch sei und Neudörfel nicht wisse, ob ihm die Veröffentlichung seines Namens angenehm wäre, bitte er, die Veröffentlichung vorläufig ohne Namensnennung zu bringen. Dieser Kurzbericht übertreibt im Detail: *„Ing. Romedius Boss setzte den Kommandanten der Flakabteilung und seine engere Umgebung in Haft, entwaffnete mit Hilfe des Volkssturmes und der Werkarbeiter die deutsche Flakabteilung, sperrte und blockierte sämtliche Fernsprechleitungen und setzte das rückwärtige Montafonertal in Verteidigungsbereitschaft. Durch drei Wochen hielt er seine Stellungen gegen Angriffe, die die SS von Bludenz herein gegen Parthenen vortrug, und Gegenangriffe der SS von der Tiroler Seite her, über Galtür und das Zeinisjoch zu den Kraftwerken vorzubringen.“* (ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 9: Mappe XIV Widerstandsbewegung). Diesen Bericht zitiert Gassmann, Zwangsarbeit, S. 1026 (DÖW 4461). – Gassmann, Zwangsarbeit, S. 1017-1023, baut seine Darstellung auf einen weiteren Bericht auf, den Boss offenbar mit Datum 17. März 1947 verfasste und der „als Beitrag für das nach dem Krieg geplante Rotbuch gedacht“ gewesen sein soll (ebenda, S. 1017, zur Datierung S. 1023 Anm. 1687). Leider gibt Gassmann keinen Hinweis auf die Fundstelle.

855 Zur Tausendmarksperrre 1933 bis 1936 vgl. Anm. 760.

856 Gemeint sind illegale Nationalsozialisten während des Verbots der NSDAP von 1933 bis 1938.

857 Nach der ersten Ausbaustufe wurden die Arbeiten 1930/31 eingestellt. Zum deutschen Investitionsboykott vgl. Dreier, Zwischen Kaiser und Führer, S. 141; zu den Illwerken bis 1945 vgl. Plitzner, Der Weg nach Süden; Mittersteiner, Kraftfelder, S. 173-178 u. 238-239. – Der Landesvertrag 1922 hatte eine Beteiligung an den Vorarlberger Illwerken von je 47,5 Prozent Schweizer und deutschen Partner vorgesehen, und das Land Vorarlberg mit 5 Prozent als Zünglein an der Waage. Doch die Schweizer Partner stiegen aus. So galten am 12. März 1938 folgende Beteiligungsverhältnisse: 5 Prozent Land Vorarlberg, 15 Prozent Land Württemberg, 27,5 Prozent Oberschwäbische Elektrizitätswerke, 5 Prozent Württembergische Sammelschiene AG, 5,357 Prozent Rhein-Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE), 0,143 Prozent Großkraftwerk Württemberg AG und 42 Prozent Finelectra Finanzgesellschaft für Elektrizitäts-Beteiligungen AG, Aarau/Schweiz, hinter der sich wieder deutsche Aktionäre (RWE) verbargen (vgl. bereits Weiter, Probleme, S. 2). Als so genanntes „Deutsches Eigentum“ wurden die deutschen Beteiligungen 1947 zugunsten der Republik Österreich verstaatlicht.

die Täter blieben unbekannt. Am Funkensonntag 1938 marschierten die Illegalen beinahe demonstrativ auf und brannten ihren Funken ab.⁸⁵⁸

Zu Punkt II. (1938-45) Nach dem Anschluss setzte sofort die Arbeit ein, alles war das „Werk des Führers“.⁸⁵⁹ In Parthenen wurde eine große Tafel aufgerichtet: „Dass wir bauen, danken wir dem Führer“! Der Druck der Arbeitslosigkeit und die alles andere niederhaltende Propaganda brachte es fertig, dass auch in Gaschurn ein „einstimmiges“ Ja für den Anschluss erzielt wurde.⁸⁶⁰ Drohungen mit Entlassung und Entzug der Gebühren führten die Leute zunächst in die SA, dann in die Partei, die Jagd nach den versprochenen Vorteilen begann. In der Zollwache wurden die österreichischen Amtsleiter abgesetzt, österreichisches Personal versetzt. Deutsche kamen nun an ihre Stelle, dasselbe ging in der Gendarmerie vor sich, alles musste zur Partei und womöglich auch zur SA.⁸⁶¹ Schwer hatten es jene, die sich als Katholiken bekannten, sie waren die „Schwarzen Hunde“. Die besten und bequemsten Posten waren für Reichsdeutsche reserviert. Vereine wurden aufgelöst, das Vereinshaus für die Partei weggenommen und die Schlüssel vom Pfarrer abgefordert. Wegen der Kinderlähmung, die im Gasthof Edelweiss der Familie Tschanun auftrat, wurden die Kirchen in Gaschurn und Parthenen gesperrt. Gottesdienste durften während des Winters 1940/41 lange nicht abgehalten werden. Pfarrer Knünz wurde bestraft, weil er einmal heimlich für Kirchenbesucher, die durch die Sakristei die Kirche betraten, eine Frühmesse hielt. Er hatte durch zwei Jahre ohne irgend eine Begründung Schulverbot.⁸⁶² Prozessionen waren auch auf Nebenwegen verboten.⁸⁶³ – Der Wahlvorgang am 10.4.1938 wird allgemein so erklärt, dass er überwacht wurde und angesichts der Aussichtslosigkeit niemand sich der Gefahr der Verfolgung aussetzen mochte.⁸⁶⁴ Auch in Parthenen war der Religionsunterricht mit Ausnahme

858 Der Funkensonntag (Sonntag nach Aschermittwoch) fiel 1938 auf den 6. März. Vielleicht besteht ein Zusammenhang mit Erinnerungen an einen Aufmarsch der Gaschurner Nationalsozialisten bei Dunkelheit kurz vor dem deutschen Einmarsch (Kessler, Erinnerungen, S. 12).

859 Bereits am 5. April 1938 wurden die Arbeiten zum Ausbau des Obervermuntwerks in Angriff genommen (VLA: GendChroniken: GP Gaschurn). Vgl. Gassmann, S. S. 116 u. 126-129; Tschofen, Vermunt, S. 248.

860 Bei der so genannten „Abstimmung der Ehre“ am 10. April 1938 votierten sämtliche 629 Stimmberechtigten mit Ja (VLA: GendChroniken: GP Gaschurn).

861 Die 1920 gegründete Sturmabteilung (SA) war ein paramilitärischer Verband der NSDAP.

862 Martin Knünz war 1934 bis 1947 Pfarrer in Gaschurn. Er bemühte sich auch um die Kriegsgefangenenenseelsorge (Tschofen, Vermunt, S. 248). - Im Lexikon Verfolgung und Widerstand, S. 312, ist wohl irrtümlich von Hermann Knünz, „Pfarrer in Silbertal und Gaschurn“, die Rede; Hermann Knünz war 1934 bis 1951 Pfarrer in Silbertal (Schematismus Innsbruck-Feldkirch 1947, S. 95-96).

863 Vgl. Anm. 813.

864 Vgl. Anm. 860.

von 2 Monaten von 1938-45 verboten, auch dort keine Prozession. Gottesdienst für fremde Arbeiter zu halten, war verboten. Kurat Walser wurde wegen Abhaltung eines Gottesdienstes mit Reichsmark 500,- bestraft.⁸⁶⁵ Er hatte oftmals Hausdurchsuchungen, wurde zur Gestapo vorgeladen.⁸⁶⁶ Kommuniionsunterricht und Beichtunterricht waren unmöglich, auch in der Kirche. Statt des von Österreich geplanten Schulhausbaues, der unterblieb, wurde mit unsinnigen Kosten ein vollständig unnötiger Schießstand erbaut, der zu gar nichts zu gebrauchen ist.⁸⁶⁷

Zu Punkt III. (Österreich im Kriege). Das Auffälligste war die Tatsache, dass nun auf allen Posten der Zollwache und Gendarmerie sich Reichsdeutsche nach Gaschurn und Parthenen verkrochen, während das österreichische Personal ins Feld musste.⁸⁶⁸ Um recht viele von ihnen unterzubringen, wurden in Gaschurn und Parthenen, wo früher 4-5 Zollbeamte ihren Dienst versahen, 14 grosse Wohnhäuser erbaut mit über 30 Wohnungen, die auch heute noch eine Grotoske darstellen. Zuverlässige Hitleranhänger liessen es sich in diesen Wohnungen wohlergehen. – Eine deutsche Strafkompagnie wurde in Baracken in der Parzelle Rifen [Rifa] untergebracht.⁸⁶⁹ Viele Fremdarbeiter und Flüchtlinge von überallher zogen zu. Die eigenen Männer waren mit wenigen Ausnahmen eingerückt, von ihnen fielen 45, 40 sind heute noch gefangen oder vermisst.⁸⁷⁰

865 Alfons Walser, ab 1939 Expositur-Provisor in Partenen, war zugleich Seelsorger im Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht, ab 1945 der Franzosen in Silvrettadorf (Vorarlberger Kirchenblatt 08.06.1992).

866 Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

867 Der Schießstand in Partenen wurde am 5. Juni 1943 in Anwesenheit von NSDAP-Gauleiter und Landesoberstsützenmeister Franz Hofer eröffnet (VLA: GendChroniken: GP Partenen). Zum Volkssturm (Standsschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

868 Vgl. Q 44 (Bericht der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg).

869 Leider bietet Gassmann, Zwangsarbeit, S. 372-373, zum Thema Strafkompagnie nur einige Erinnerungen von Zeitzeugen; vgl. auch Tschofen, Vermunt, S. 249. – 1941 stellte die Wehrmacht erste „Bewährungsbataillone“ auf, in der gerichtlich verurteilte Soldaten aller Wehrmachtsteile die Gelegenheit hatten, durch Frontbewährung einen Strafnachlass zu erreichen (Bewährungstruppe 500). Daneben wurde im Oktober 1942 die so genannte „Strafdivision 999“ (Afrikadivision 999) aufgestellt. In der Bewährungstruppe 999 wurden bisher „bedingt Wehrunwürdige“ zum Dienst herangezogen. Gemäß § 13 des Wehrgesetzes (RGBl. 1935 I S. 609) war wehrunwürdig und damit von der Erfüllung der Wehrpflicht ausgeschlossen, wer mit Zuchthaus bestraft war, den Maßregeln der Sicherung und Besserung nach § 42a des Reichsstrafgesetzbuches unterworfen war, wem die bürgerlichen Ehrenrechte oder die Wehrwürdigkeit aberkannt wurden. Die Hauptgruppe der eingezogenen Wehrunwürdigen waren politisch Vorbestrafte, Kriminelle, religiös Verfolgte und Männer, die der „Rassenschande“ angeklagt waren. Das Ersatzbataillon 999 stellte auch mehrere Einsatzbataillone 999 als Baueinheiten. Vielleicht sind diesen die Strafkompagnien zuzurechnen, die unter verschärften Bedingungen beim Kraftwerksbau im Montafon eingesetzt wurden.

870 Vgl. Kessler, Weltkrieg.

Zu Punkt IV. (Gestapo und politischer Terror). Wenn auch insbesondere im Anfangsstadium durch den Übereifer von Ortsgruppenführern die Werbung für SA⁸⁷¹ und Partei in der Form von Drohungen vor sich ging, so wurden andererseits nicht jene Formen erreicht, wie sie auswärts vorkamen. Gemassregelt wurden: Gendarmerie-Revierinspektor Franz Peter, Postenkommandant von Gaschurn, zwangsweise pensioniert.⁸⁷² Gendarmerie-Revierinspektor Ernst Fischer von Dalaas nach Gaschurn versetzt, nachdem er einige Monate suspendiert war.⁸⁷³ Patrouillenleiter Ulrich Ender als Lichtbilder in Bregenz enthoben und strafweise nach Gaschurn versetzt.⁸⁷⁴ Am 21.9.1944 wurde der Postenkommandant von Parthenen,⁸⁷⁵ Bezirksleutnant Heinrich [richtig: Friedrich] Heim, wegen antinationalsozialistischer Gesinnung und solchen Äußerungen verhaftet und ins Polizeigefängnis nach Innsbruck eingeliefert. Er kam nach 4 1/2 monatlicher Haft vor das SS-Gericht in Innsbruck,⁸⁷⁶ wo er wegen Zersetzung der deutschen Wehrkraft angeklagt, aber Mangels an Beweisen freigesprochen wurde.⁸⁷⁷ Am 22.4.1943 kam Hans Schoch aus Hohenems als Soldat vor das

871 Die 1920 gegründete Sturmabteilung (SA) war ein paramilitärischer Verband der NSDAP.

872 Peter war seit 1. September 1929 Postenkommandant und wurde am 31. Dezember 1938 aufgrund der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums (vgl. Anm. 1281) in den Ruhestand versetzt (VLA: GendChroniken: GP Gaschurn).

873 Fischer war vom 23. Mai 1934 bis 15. Juli 1938 Postenkommandant in Dalaas, vom 17. April 1939 bis 1. September 1945 Postenkommandant in Gaschurn und wurde dann nach Rankweil versetzt (VLA: GendChroniken: GP Dalaas, GP Gaschurn).

874 Ender war ab 1. Juni 1938 dem Posten Gaschurn zugeteilt und wurde am 1. August 1939 nach Bludenz versetzt. 1940 bis 1942 war er zum „Poleneinsatz“ abgeordnet, anschließend bis 1944 zur Preisüberwachung beim Landrat Bludenz. Seit 1940 arbeitete er gemeinsam mit Peter Winder in der Widerstandsbewegung mit und war 1945 führend am Sturm auf die NSDAP-Kreisleitung Bludenz beteiligt. Die französischen Militärbehörden bestellten ihn zum provisorischen Bezirksgendarmeriekommandanten (VLA: LGKV Personalakt Ender Ulrich; Fröwis, Kriegsende, S. 15 u. 24; VN 15.02.1980, S. 8).

875 Der Gendarmerieposten Partenen bestand von 1928 bis 1931 und von 1941 bis 1967. Für jeweils meist nur einige Monate waren Exposituren eingerichtet in Vermunt (1928, 1929, 1930), Obervermunt (1940, 1941, 1942, ?-1945), Silvrettadorf (1947-1948), Zeinisjoch (1950) und Kops (1962-1967) (VLA: GendChroniken: GP Partenen).

876 Gemeint ist das SS- und Polizeigericht Innsbruck, das dem Hauptamt SS-Gericht unterstand, dem (analog zur Kriegsgerichtsbarkeit der Wehrmacht) die Sondergerichtsbarkeit in Strafsachen für den gesamten Bereich der SS und der Polizei zukam. Später wurde die Zuständigkeit auf Zivilpersonen, 1945 zudem auf Kriegsgefangene, ausgeweitet.

877 Heim wurde 1938 als Postenkommandant von Klösterle zwangspensioniert, 1939 auf Widerruf wieder eingestellt und 1941 zum Postenkommandant in Partenen ernannt, wo er 1942 gegen Bürgermeister Heinrich Berger wegen Tötungsdelikten ermittelte. Berger zeigte ihn 1944 wegen bestätigter Alkoholexzesse und bestrittener defaitistischer Äußerungen an. Heim soll gesagt haben, er werde beim absehbaren Zusammenbruch die Landwache einberufen und ihr den Auftrag erteilen, keinen Widerstand zu leisten, dann würden ihnen auch die ausländischen Arbeiter nichts tun (vgl. Anm. 898). Heim wurde am 27. September 1944 verhaftet und bis 13. Februar 1945 in Innsbruck inhaftiert. Die Anklage wegen Wehrkraftzersetzung und militärischen Ungehorsams kam nicht mehr zur Verhandlung (VLA: LGKV Personalakt Heim Friedrich; Lexikon Verfolgung und Widerstand, S. 301).

Feldkriegsgericht (Sondergericht) München, weil er im Kaffee Fitz in Parthenen antinationalsozialistische und „staatsfeindliche“ Äusserungen machte. Vom Staatsanwalt wurde die Todesstrafe beantragt. Das Militärgericht verurteilte ihn mildern der Umstände halber zu 3 Jahren Gefängnis. Nach 6 wöchentlicher Haft wurde er an die Front geschickt.⁸⁷⁸ – Fall Seewald: Johann Seewald aus Hohenems zuletzt Schlosser im Silvrettendorf, 49 Jahre alt, wurde am 22.10.1943 wegen Verdacht des Abhorens und Zersetzung der Wehrkraft über Auftrag der Gestapo verhaftet und ins Gefängnis des Landesgerichtes in Feldkirch eingeliefert, in München zum Tode verurteilt und am 11. Mai 1944 um 17 Uhr hingerichtet. Bemerkenswert muss allerdings werden, dass er in alkoholisiertem Zustande sich selbst verriet.⁸⁷⁹

Akten über Fälle Peter, Fischer und Ender beim Posten Gaschurn, über Heim, Schoch und Seewald beim Posten Parthenen.

Zu Punkt V. (Widerstandsbewegung). Ein Bericht über die Tätigkeit der Widerstandsbewegung in Parthenen mit eingeflochtenen Einzelheiten aus Gaschurn ist bereits in der Presse (Pfarrer Schelling, „Die letzten Tage des Krieges in Vorarlberg“) erschienen.⁸⁸⁰ Er besagt:⁸⁸¹

Am 26.4.1945 kam Meierhöfer, der Beauftragte des Kreisleiters Bernhard [richtig: Bernard] von Landeck für Sperrmaßnahmen mit Pioniermajor Bähr⁸⁸² nach Parthenen und hatten mit dem Bauleiter [Otto] Stilgenbauer⁸⁸³ und dem Unterfertigten (Ing. Boss) eine Besprechung. Meierhöfer teilte mit, dass in Zeinis und in Silvrettendorf Stellungen gebaut werden sollen, wozu von Parthenen mit der Seilbahn Holz nach Silvrettendorf zu schaffen ist.⁸⁸⁴ Nachher muss die Seilbahn gesprengt werden und

878 Zur „Frontbewahrung“ (vgl. Lexikon Verfolgung und Widerstand, S. 349).

879 Laut Pichler, Individuelle Opposition, S. 353, wurde Seewald von zwei Arbeitskollegen denunziert. Gassmann, Zwangsarbeit, S. 645-679, zeichnet ausführlich das Leben des mehrfach vorbestraften Seewald nach, der ein schwieriger Zeitgenosse gewesen zu sein scheint. Das ändert freilich nichts daran, dass er Opfer einer Unrechtsjustiz wurde. Vgl. auch Walser, Die letzten Tage des Krieges, S. 230-231.

880 Georg Schelling, Die letzten Kriegstage in Vorarlberg. Ein Tatsachenbericht, in: VVB 18.12.1945, S. 2; 19.12.1945, S. 2; 20.12.1945. Vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 208-213.

881 Es folgt ein Bericht von Romed Boss, der offenbar Schelling als Grundlage gedient hat. Teilweise floss er auch in die Chronik des Gendarmeriepostens Partenen ein (VLA: GendChroniken), in der die Ereignisse ab dem 26. April 1945 ausführlich geschildert werden. Vgl. u.a. Walser, Die letzten Tage des Krieges, S. 230-233; Tschofen, Vermunt, S. 250-251; Kessler, Letzte Kriegstage 2007/1, S. 14.

882 Laut Gendarmeriechronik „Bährle“ (VLA: GendChroniken: GP Partenen).

883 Otto Stilgenbauer war Bauleiter der Firma Alfred Kunz & Co, München, beim Obervermuntwerk und der Silvretta-Staumauer (Tschofen, Vermunt, S. 252).

884 Das Lager Silvrettendorf wurde im Mai 1939 errichtet (Gassmann, Zwangsarbeit, S. 418-430).

der Schrägaufzug neben der Rohrleitung und die Stollen der Höhenbahn durch Sprengung unpassierbar gemacht werden. Auf Befragung gab der Bauleiter Stilgenbauer an, dass ca. 3000 kg Sprengstoff, aber zu wenig Sprengkapseln vorhanden sind. Meierhöfer und Major Bähr sind darauf abgefahren.

Am 28.4.1945 sprachen Kriegsverwaltungsrat Dr. Hartmann, der Reichslastverteiler⁸⁸⁵ und der Unterzeichnete⁸⁸⁶ beim Batteriechef der FLAK⁸⁸⁷ Oberleutnant Fuchs vor. Oberleutnant Fuchs gab an, dass er den Befehl habe, die Anordnungen des Reichsverteidigungskommissars⁸⁸⁸ bezüglich Sprengung der Werke mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Auch wurde in Erfahrung gebracht, dass Oberleutnant Fuchs die Flakstellung bis zum letzten Manne verteidigen wolle.⁸⁸⁹ Dr. Hartmann hat Oberleutnant Fuchs mitgeteilt, dass von den Werken nichts zerstört werden darf laut Auftrag von Minister [Albert] Speer.

Am 29.4.1945 ist Meierhöfer wieder in Partenen erschienen und hat am folgenden Tage dem Bauleiter Stilgenbauer 2000 Sprengkapseln⁸⁹⁰ und einen Plan der Sprengkammern gegeben und ihm die Durchführung der Vorarbeiten für die Sprengung

885 Mit der Verordnung zur Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung vom 03.09.1939 (RGBl. 1939 I S. 1607) wurde das Elektrizitätsverbundsystem einer strengen Kommandowirtschaft unterstellt: Die „Reichsstelle für die Elektrizitätsgesellschaft (Reichslastverteiler)“ lenkte die elektrische Energie über die ‚Reichssammelschiene‘ des Hochspannungsnetzes dorthin, wo es kriegs- und rüstungswirtschaftlich notwendig erschien. Anderen Verbrauchern wurde der Strom rigoros rationiert. Die Reichsstelle bediente sich zu diesem Zweck der Bezirkswirtschaftsämter. Laut Schelling, Festung Vorarlberg, S. 208, hieß der hier bei der Rettung der Illwerke agierende „Reichslastverteiler“ Änulat.

886 Romed Boss.

887 Flak = Fliegerabwehrkanonen, Flugabwehrkanonen; zum Teil synonym verwendet mit Fliegerabwehr (Flab). Ab 1943 wurden zur Unterstützung der Flaksoldaten die zum Teil erst 15-jährigen Oberschüler der Jahrgänge 1926 bis 1928 eingezogen. Diese Flakhelfer (offiziell „Luftwaffenhelfer“) wurden im damaligen Reichsgebiet (Heimatflak) eingesetzt. – Gassmann, Zwangsarbeit, S. 1010-1014, edierte interessante Erinnerungen, die ein Rheinländer 1984 verfasste, der im Juli 1944 als regulärer Flaksoldat von Stuttgart zur Kampfgruppe Partenen versetzt wurde.

888 Am 16. November 1942 erging eine Verordnung über die Reichsverteidigungskommissare und die Vereinheitlichung der Wirtschaftsverwaltung (RGBl. 1942 I S. 649). Die Reichsverteidigungsbezirke Donauland und Alpenland wurden nach Reichsgauen aufgegliedert, Reichsstatthalter Franz Hofer damit zum Reichsverteidigungskommissar des Reichsverteidigungsbezirks Tirol und Vorarlberg.

889 Tschofen, Vermunt, S. 251: „Schließlich sind in Partenen und Vermunt Flakbatterien in Stellung gebracht worden. Es handelte sich um zwei Flakgeschütze, zwei Flakkanonen und drei Vierlingsgeschütze. Auf der Krone der nur 3 m breiten Vermunt-Staumauer waren drei 3,7 cm Flakgeschütze aufgestellt. Zudem wurden beim Stausee mehrere Stahlrossen quer über den See gespannt. Sie dienten der Abwehr von möglichen Tieffliegerangriffen. Die Sprengung der Talsperren im Ruhrgebiet, welche von englischen Bombern am 16. Mai 1943 durch Minenabwürfe zerstört wurden, ließ Ähnliches befürchten.“ Nach dem, mit Vorsicht zu würdigenden, Bericht Neudörfls (wie Anm. 854) soll die Flakabteilung der Wehrmacht 130 bis 150 Mann stark gewesen sein.

890 Laut Gendarmeriechronik Partenen waren es nur 1.000 Stück (VLA: GendChroniken: GP Partenen).

übertragen. Meierhöfer ist hierauf abgereist. Die Sprengkapseln wurden sofort nach Silvrettadorf in den Aufbewahrungsbunker geschafft. Der einzige in Parthenen befindliche Kompressor wurde gleich nach dem Erscheinen des Meierhöfer unbrauchbar gemacht.

Am 1.5.1945 sind Rene Pfeifer,⁸⁹¹ Alwin Pfeifer, Othmar Rudigier⁸⁹² und Hans Schemnitzer,⁸⁹³ Mitglieder der Widerstandsbewegung, von Gaschurn nach Silvrettadorf gegangen und haben aus dem Bunker sämtliche Sprengkapseln geholt. Beim Rückweg um 2 Uhr früh wurde ihnen fernmündlich vom Gefertigten⁸⁹⁴ die Weisung gegeben, die Munitionsvorräte der Flak im Einlaufsturm zu vernichten und ins Wasser zu werfen. Bei Anhaltung durch den Flakposten auf der Staumauer soll gesagt werden, dass sie dort über Auftrag zu tun hätten. Nachdem sämtliche Munition ins Wasser geworfen war, sind die 4 Mann über die Staumauer zurückgegangen, wobei sie den Posten, der inzwischen abgelöst worden war, ohne Zwischenfall passierten. Am 1.5.1945 abends ist der Volkssturm von Bludenz ins Montafon zurückgekehrt.⁸⁹⁵ In der Nacht vom 2. auf 3.5.1945 wurde durch Mithören des Fernsprechers mit der Flak in Erfahrung gebracht, dass die Flak in den Erdkampf eingesetzt werden soll. Am 3.5., 6 Uhr früh wurde vom Unterzeichneten bemerkt, dass die Vierlingsflak ober[halb] des Krafthauses Vorbereitungen für den Abmarsch trifft. Der Unterzeichnete hat versucht, durch Hinweis, dass der Führer tot ist,⁸⁹⁶ sie an keinen Eid mehr gebunden sind, und daher die Befehle nicht mehr befolgen müssen, den Abmarsch zu vereiteln. Der Zugführer Kretschmer⁸⁹⁷ gab an, dass sie die erhaltenen Befehle durchführen müssen und dass der Oberleutnant mit dem 7 Uhr-Schrägaufzuge herunterkomme. Der Unterfertigte hatte den Eindruck gewonnen, dass die Mannschaft nach Entfernung des Zugführers vom Abmarsch abzuhalten ist. Der Zugführer wurde mit Hilfe von Pfeifer Rene und Pfeifer Alwin festgenommen und [die] Mannschaft

891 René Pfeifer war der Sohn des Bernhard Pfeifer und dieser des Alois Pfeifer (vulgo Pariser Pfifr). Alois Pfeifer war schon um die Jahrhundertwende als Bauunternehmer in Paris tätig und baute Anfang des 20. Jahrhunderts eine Villa in Gaschurn. Sohn Bernhard und Enkel René waren öfter in Gaschurn, so René auch während des Krieges. Für diese und weitere Auskünfte danke ich Dr. Othmar Kessler, Feldkirch.

892 Othmar Rudigier (vulgo Joka-n-Othmar) war im Zivilberuf Polizist in Köln und schwerkriegsverletzt (Kopfverletzung) (freundliche Auskunft von Dr. Othmar Kessler, Feldkirch).

893 Hans Schemnitzer war, wie einige weitere Personen, als „Volksdeutscher“ aus Schwedler (Švedlár) in der Zips (Spiš) in der Slowakei, nach Gaschurn gekommen (freundliche Auskunft von Dr. Othmar Kessler, Feldkirch).

894 Romed Boss.

895 Vgl. Anm. 905.

896 Hitler hatte am 30. April 1945 Selbstmord begangen.

897 Kretschmer war Zugskommandant (VLA: GendChroniken: GP Partenen). Den Mannschaftsdienstgrad „Zugführer“ gab es in der Wehrmacht nicht.

zum sofortigen Verlassen der Stellung aufgefordert. Sie wurde nach Gaschurn zum Abwarten weiterer Weisungen geschickt. Zugführer Kretschmer wurde ins Krafthaus gebracht, dort musste er fernmündlich nach Vermunt einen fingierten Befehl des Oberleutnant Fuchs durchgeben, es sei Kapitulation, die Waffen sind zu vernichten, die Mannschaft solle dann nach Parthenen abmarschieren. Dieser Befehl wurde gegeben, damit Oberleutnant Fuchs von seinen Leuten in Vermunt erledigt wird, falls es nicht gelingt, ihn in Parthenen festzunehmen. Sämtliche Fernspreverbindungen mit Ausnahme vom Krafthaus wurden durchgeschnitten. Oberleutnant Fuchs ist um 7.15 mit dem Schrägaufzug von Tromenier nach Parthenen gefahren und begab sich zur verlassenen Stellung oberhalb des Krafthauses. Er wusste nicht, was los ist und begab sich zur Schrägaufzugstation. Dort wurde ihm vom Objektschutzführer Dr. [Bruno] Fussenegger⁸⁹⁸ angegeben, dass der Unterfertigte ihn im Krafthaus zu sprechen wünsche. Fuchs ging in Bedeckung von 10 bewaffneten Unteroffizieren der Flak zum Krafthouse. Nachdem Fuchs und sein Hauptwachtmeister⁸⁹⁹ das Krafthaus betreten hatten, wurde das Tor hinter ihnen zugemacht, sodass seine Begleitung ausgesperrt war. Fuchs und sein Begleiter wurden entwaffnet und in Schutzhaft genommen.⁹⁰⁰ Kurz darauf erschienen einige Flaksoldaten und baten, den Schutz des Werkes weiter unter der Führung der Freiheitsbewegung übernehmen zu dürfen, was ihnen gewährt wurde. In Vermunt stellte sich die Flak auch

898 Fussenegger hatte gemeinsam mit Boss maturiert. 1938 war er als Leiter der Landeskrankenkasse entlassen worden (Vonach, Bundesgymnasium Bregenz 2, S. 179; 50 Jahre VGKK, S. 16 u. 18). Mit 10. Jänner 1944 wurde Hauptwachtmeister der Gendarmeriereserve Fussenegger zum Kommandanten der Objektschutzwache in Partenen bestellt. Laut Tschofen, Vermunt, S. 251, wurde „Hilfsgendarmerie (HIGA)“ zum Schutz der Werksanlagen eingesetzt. „Higa“ war allerdings die Abkürzung für „Hilfsangestellte“ des Zollgrenzschutzes (Wanner, Flüchtlinge), der auch im Silvrettaggebiet zum Einsatz kam. Es dürfte sich eher um Polizeireservisten gehandelt haben, die aktive Gendarmen zu ersetzen hatten, die zur Feldgendarmerie, zu Polizeibataillonen oder in die besetzten Gebiete abgeordnet wurden (vgl. Anm. 745; Hesztera, Opfer und Täter, S. 164). Der „Gendarmeriepostenführer“ in Partenen verfügte als Miliz über eine „Landwacht“. Über Weisung der NSDAP-Kreisleitung wurde im Juni 1944 zudem ein Werkschutz eingerichtet. Vermeintliche Gefahr ging von den Zwangsarbeitern aus, die mit den alliierten Erfolgen Oberwasser bekamen (VLA: LGKV Personalakt Heim Friedrich; vgl. Anm. 877).

899 Hauptwachtmeister war ein Dienstgrad der Polizei oder Gendarmerie. Ihm entsprach der Unterfeldwebel in der Wehrmacht bzw. Unterwachtmeister der Artillerie. Denkbar wäre auch eine Verwechslung mit den Artilleriedienstgraden Oberwachtmeister oder Stabswachtmeister.

900 Oberleutnant Fuchs und Zugkommandant Kretschmer wurde am 4. Mai 1945 das Versprechen abgenommen, nichts gegen die Flaksoldaten, die sich zum Schutz der Werke zur Verfügung gestellt hatten, und gegen die anrückenden Franzosen zu unternehmen. Dann wurden sie freigelassen und in Richtung Zeinisjoch „abgehend gemacht“ (VLA: GendChroniken: GP Partenen). – Der Begriff „Schutzhaft“ (vgl. Anm. 662 und 663) färbte offenbar auf den allgemeinen Sprachgebrauch ab.

der Freiheitsbewegung zur Verfügung, das Vernichten der Waffen wurde eingestellt. Ein 3.7 cm Geschütz war bereits in den See geworfen, die übrigen Waffen waren ganz.

Als das Montafon von bewaffneten Soldaten und SS-Truppen stark besetzt war, hat die Flak ein Vierlingsflakgeschütz auf einen Lastkraftwagen verladen und in St. Gallenkirch Stellung genommen.⁹⁰¹ Nachdem in der Nähe von Galtür⁹⁰² ca. 200 SS-Leute ein Tross von 200-300 Pferden gemeldet wurden, hat die Flak 2 Stück 2 cm Geschütze und einige Maschinengewehre auf der Bielerhöhe in Stellung gebracht. Mit Hilfe der Flak war es unter anderem möglich, in St. Gallenkirch einen SS-Trupp von rund 75 Mann in Schach zu halten. In Gaschurn konnten ebenfalls einem Eisenbahnpioniertrupp die gesamten Waffen abgenommen werden und die Sprengmittel unschädlich gemacht werden. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass durch die Mithilfe der Flakmannschaft die Werke und das Tal Montafon von Sprengungen, Brandschatzungen und Kampfhandlungen verschont blieb. Der Mannschaftsstand der Flak betrug bei der Übernahme rund 130 Mann, die Bewaffnung 3 St. 3.7 cm, 2 St. 2 cm Vierling, 6 Stück 2 cm Kanonen und einige schwere Maschinengewehre samt 4 Scheinwerfern.

In Gaschurn sammelten sich ab Jänner 1945 die Widerstandskräfte, die zum Schluss ca. 60 Mann betrug. Führer war Engelbert Frainer. Mitte April wurden Widerstandsaufrufe plakatiert und weissrotweisse [sic!] Streifen verbreitet.⁹⁰³ 23. April: Einrücken der Standschützenkompanie nach Bludenz.⁹⁰⁴ Bei dieser Gelegenheit einigten sich viele dahin, sich nicht zum Widerstande gegen die anrückenden französischen Truppen missbrauchen zu lassen. 29.4.: wurden Artur Kessler und Josef Lerch wegen Meuterei in Haft gesetzt, aber am nächsten Tage freigelassen.⁹⁰⁵ 1. Mai:

901 Zum Widerstand in St. Gallenkirch und die Zusammenarbeit mit Gaschurn vgl. Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945, S. 55-56.

902 Laut Gendarmeriechronik Partenen (VLA: GendChroniken: GP Partenen) sollen sich die SS-Soldaten in Zeinis befunden haben.

903 Es handelte sich um rot-weiß-rote Papierstreifen, die in der Nacht vom 19. auf den 20. April 1945 („Führers Geburtstag“) angeschlagen wurden. Gleichzeitig wurden im inneren Montafon Flugzettel verteilt, die zum offenen Kampf aufriefen (Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945, S. 55). So hingen am 20. April auch im Biergarten des Gasthauses „Rössle“ in den Kastanienbäumen rot-weiß-rote Papierschleifen (Kessler, Letzte Kriegstage, 2005/2, S. 1).

904 Vgl. Kessler, Letzte Kriegstage 2005/2, S. 1-3. Zum Volkssturm (Standschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

905 Altbürgermeister Rösslewirt Artur Kessler wurde mit den Standschützen der Innerfratte nach Bludenz einberufen, die in der Brauerei „Fohrenburg“ einquartiert wurden. „In den letzten Tagen des Aufenthaltes in der Fohrenburg kam es zu einem Zwischenfall, der zur Verhaftung von Artur

der grösste Teil der Kompagnie verweigerte den Gehorsam, als der Kompagnie- und der Bataillonsführer den Befehl gaben, vor Bludenz in Stellung zu gehen und Bludenz zu verteidigen. Die Kompagnie zog abends von Bludenz ab in ihre Heimatorte. Am 2. Mai wurde ein Pionierzug entwaffnet, der viel Sprengmittel mit sich brachte.⁹⁰⁶
3.-5. Mai: Männer der Widerstandsbewegung und Standschützen versahen den Streifen- und Wachdienst. Einmarsch der ersten französischen Kampftruppen.
9.5.1945 Einmarsch einer französischen Kompagnie und endgiltige Besetzung von Gaschurn-Parthenen.

Kessler führte. In einer Zeitung aus dem Jahr 1938, die als Klopapier diente, wurde Adolf Hitler zitiert: *Ich werde aus der Ostmark einen blühenden Garten machen.* Kessler las das Zitat Hitlers mehreren Kameraden vor. Der Kommandant – in der Innerfratte wohnhaft – hatte ihn dabei beobachtet und Meldung gemacht, die schließlich zur Verhaftung Kesslers führte. Er wurde im Bludenzener Gefängnis neben dem damaligen Landratsamt, vis-a-vis Stadtsaal, einen Tag lang eingesperrt. Kessler erzählte, dass er mit seinem Leben abgeschlossen hatte (Kessler, Letzte Kriegstage 2005/2 S. 1). Nach Auskunft von Dr. Othmar Kessler hat sein Vater Artur Kessler nie etwas darüber erzählt, dass mit ihm auch Josef Lerch (vulgo Bartlis Sepp) verhaftet worden sei. Dessen Sohn Dr. Ernst Lerch war der Umstand, dass sein Vater in Haft war, nicht bekannt. Ich danke Dr. Kessler und Dr. Lerch für die Auskünfte.

906 Ende April hatte sich ein stark bewaffneter Pioniertrupp von 40 Mann in Gaschurn einquartiert. Zur Entwaffnung dieser und anderer Einheiten vgl. Kessler, Letzte Kriegstage 2005/2, S. 2-3.

Q 32 Bericht der Gemeinde Doren

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 17

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Die Gemeinde Doren (Landkreis Bregenz) zählte 1939 787 Einwohner.

Im Oktober 1945 hatte Doren der Bezirkshauptmannschaft Bregenz für den Bezirks-gouverneur ausführlichen Bericht erstattet.⁹⁰⁷ Folgende Darstellung bietet kaum eine Ergänzung.

Berichterstatter Josef Baldauf führte 1945 den Widerstand der letzten Tage in Doren an.⁹⁰⁸

Betrifft Rotbuch.

Doren den 22.4.1946

Herrn Kegele Bregenz⁹⁰⁹

In Doren liegt zu Kapitel 4. nachstehende Tatsache vor:

Am Karsamstag 1940 halb 5 Uhr wurde Hochwürdiger Herr Pfarrprovisor [Julius] Nesensohn von der Gestapo verhaftet und nach Bregenz eingeliefert.⁹¹⁰ Eine Stunde später des gleichen Abends wurden von der Gestapo Frau Rosa Held (schwängere Frau), deren Mann todkrank zu Hause lag, Fräulein Anna Hagspiel, deren 80 jähriger Vater hernach allein krank zu Hause lag, Frau Josefa Schmidinger, deren Mann

907 Bericht der Gemeinde Doren vom 10.10.1945, ediert in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 67-69.

908 Für diesen Hinweis und weitere wertvolle Auskünfte danke ich Alt-Bürgermeister und Gemeindearchivar Hermann Böhler, Doren.

909 Neben der Unterschrift Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 23.4.46, Zl. 86/3 Anl.

910 Die Gestapo-Haft in Bregenz dauerte vom 23. bis 27. März 1940 (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 331-332; Wanner, Kirche, S. 120-121; Farbe tragen, S. 265). – Julius Nesensohn erinnerte sich 1987: *„Ich war damals Pfarrprovisor in Doren. Am Karsamstag 1940, gleich nach der feierlichen Auferstehung ca. 16 Uhr (nach damaligem liturgischem Brauch), wurde ich sofort in das Kaplanhaus gerufen und von zwei SS-Männern auf den Gendarmerieposten gebracht, kurz und scharf verhört und sogleich in ‚Schutzhaft‘ genommen. Man brachte mich nach Bregenz ins Gefängnis in der Oberstadt. Am darauffolgenden Tag, dem Ostersonntag wurde ich im Büro der SS im Hotel ‚Weißes Kreuz‘ vier Stunden lang verhört. Ich hatte beinahe den Eindruck, daß den Beamten nicht gar so viel an meiner Sache lag. Aber ich musste noch bis Mittwoch der Osterwoche ‚sitzen‘. Ich war in Einzelhaft. Das Schlimme in einer solchen Lage war der Umstand, daß man völlig rechtlos war und einer vollkommen ungewissen Zukunft entgegensehen musste. Man konnte sich keine Rechtshilfe verschaffen. Für viele*

seit 1917 schwer leidend ist,⁹¹¹ und Fräulein Juditha Fink, seit Jahren nervenkrank, auf Lastkraftwagen nach Bregenz gebracht. Grund: die Besenkung von polnischen Kriegsgefangenen mit Kleidungsstücken. Infolge der damals herrschenden Kälte hatte der Zustand der Gefangenen das Mitleid der Dorner erregt und wurde für sie gesammelt.⁹¹² Andere waren mit Geldstrafen bedacht worden. Am folgenden Mittwoch wurden die Eingezogenen wieder freigelassen und die verhängten [Strafen sind] nach langem hin und her auch erlassen worden.^{913 914}

war dies der Anfang für weitere lange, oft qualvolle Verhöre und Verurteilungen zu Kerkerhaft; für nicht wenige bedeutete dies die Einlieferung in ein KZ (Konzentrationslager, etwa Dachau). Für mich endete der ‚Spuk‘ glimpflich, ich hatte viel Glück, sagen wir besser, den Schutz von oben. Deo multas gratias!“ (VLA: Clunia Feldkirch 1062/13: Nesensohn an Ulrich Nachbaur, Rankweil 21.01.1987).

– Mit der „SS“ ist hier wohl die Gestapo gemeint. Das Hotel „Weißes Kreuz“ befand sich, zwei Häuser weiter, in derselben Straße wie das Gestapo-Hauptquartier (Grenzpolizeikommissariat Bregenz, Römerstraße 7). Zur Gestapo in Vorarlberg vgl. Anm. 662.

911 Josefa Schmidinger war mit dem 1918 frühpensionierten, lungenkranken Oberlehrer Anton Schmidinger verheiratet.

912 Dazu der Bericht vom 10.10.1945: *„Nationalsozialistisches Gedankengut drang in der Gemeinde nie soweit durch, daß nicht Gefangene und ausländische Arbeiter als gleichberechtigte Menschen betrachtet worden wären. [...] Eine im Jahr 1940 durch die Wachmannschaften der in Doren untergebrachten polnischen Kriegsgefangenen für dieselben angeregte Wollsammlung innerhalb der Gemeinde führte am Karsamstag zur Einziehung des Hw. Herrn Pfarrprovisors Julius Nesensohn und vier Frauen durch die Gestapo“* (zitiert nach: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 68-69).

913 Julius Nesensohn wurde nicht nach der Wehrkraftschutzverordnung von 1939 bestraft. Die ergänzende Verordnung über den Umgang mit Kriegsgefangenen erging erst im Mai 1940 (vgl. Einleitung zu Q 39.1). Mit Straferkenntnis des Landrates Bregenz vom 27. März 1940 wurde Nesensohn einer Übertretung nach Art. VIII Abs. 1 lit. a Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen schuldig bekannt. Demnach beging eine Verwaltungsübertretung, wer *„durch ein Verhalten, das Ärgernis zu erregen geeignet ist, die Ordnung an öffentlichen Orten stört, oder wer den öffentlichen Anstand verletzt oder ungebührlicher Weise störenden Lärm erregt“*. Nesensohn erhielt eine Geldstrafe von 150 Reichsmark zu Gunsten des Bezirksfürsorgeverbandes Bregenz. Hinzu kamen 15 Reichsmark als Beitrag zu den Verfahrenskosten. Die Begründung: *„Da für die Kriegsgefangenen vom Staate gesorgt wird, besteht keine Veranlassung, diesen aus Mitleid Gegenstände zu schenken oder bei der Beschaffung derselben behilflich zu sein. Es ist vielmehr mit der deutschen Würde unvereinbar gegenüber Angehörigen eines Volkes Mitleid zu bezeugen, das erst vor wenigen Monaten durch sein Verhalten zum Kriege herausgefordert und in seinem Hasse gegen alles Deutsche durch seine unmenschlichen Greuel soviel Leid deutschen Menschen zugefügt hat. Ein solches Verhalten erregt öffentliches Ärgernis und stört die öffentliche Ordnung. Die Bestrafung ist daher gerechtfertigt.“* – Als polnische Freischärler verkleidete SD- und SS-Angehörige sowie dazu genötigte KZ-Häftlinge hatten mehrere „Grenzzwischenfälle“ vorgetäuscht. Damit rechtfertigte die nationalsozialistische Propaganda den Angriff des Deutschen Reichs auf Polen am 1. September 1939. – Der Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg änderte im Berufungserkenntnis vom 27. November 1940 das Strafmaß auf 30 Reichsmark und den Verfahrenskostenbeitrag auf 3 Reichsmark ab, da Nesensohn geständig war: *„Eine völlige Herabsetzung der Strafe ist im Hinblick auf das würdelose Verhalten des Berufungswerbers nicht möglich, denn es geht keinesfalls an, dass deutsche Volksgenossen sich Kriegsgefangenen in unangebrachter Mildtätigkeit nähern.“* (VLA: Clunia Feldkirch 1062/13, Beilagen zu Brief vom 21.01.1987, Fotokopie.)

914 In diesem Bericht fehlt der Hinweis, dass Kapuzinerpater Erhard Tschann, der ab Februar 1941

Zu 3 wäre zu erwähnen, dass der Obmann der E.G.W. [Elektrizitätsgenossenschaft Weißbachtal] im August von der Kreisleitung seines Postens wegen angeblicher Untragbarkeit enthoben wurde und durch einen genehmen Mann ersetzt.⁹¹⁵ Die Genossenschaft versorgt ca. 1.000 Abnehmer in Doren und in den umliegenden Gemeinden mit Strom.⁹¹⁶ Dass bald nach der Gleichschaltung der ganze Gemeindegast abgebaut wurde,⁹¹⁷ war selbstverständlich.

Bitte mitzuteilen, welche Belege hiezu, wenn besagte Sachen verwendet werden sollen, gegeben werden sollen. Bitte um Benachrichtigung per Post, die Überbringung erfolgt dann eventuell persönlich.

Mit Ausdrucke besonderer Hochachtung

Baldauf Josef

N.B.⁹¹⁸ Im Sommer 1939 war auch die Auflösung des Musikvereines erfolgt, da er die Gleichschaltung abgelehnt hatte.⁹¹⁹

als Kaplansubstitut in Doren wirkte, im November 1941 drei Wochen in Gestapo-Haft genommen wurde, weil er sich in Privatgesprächen abfällig über den Nationalsozialismus geäußert habe (vgl. Bericht vom 10.10.1945, Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 68; Wanner, Kirche, S. 122; Böhler, Seelsorger, S. 132). Für Auskünfte zu Tschann danke ich Mag. Michael Fliri, Diözesanarchiv Feldkirch.

915 Obmann der EGW war seit 1931 Berichterstatter Josef Baldauf (CSP-Mitglied) gewesen. *„Wohl um die Position halten zu können, bewarb er sich 1938 zur Aufnahme in die NSDAP. Es nützte nichts, wegen politischer Unverlässlichkeit wurde er nicht Mitglied und 1939 als Obmann abgesetzt“* (Hermann Böhler, Brief vom 14.01.2008). 1950 bis zur Auflösung 1957 führte Baldauf die EGW wieder als Obmann.

916 Die 1923 registrierte Elektrizitätsgenossenschaft Weißbachtal GmbH (EGW) war ein regionales Stromversorgungsunternehmen, das im März 1944 an das Landesnetz der Vorarlberger Kraftwerke (VKW) angebunden wurde. Zu dieser Zeit versorgte es Bolgenach (Gemeinde Hittisau), Buch, Doren, Krumbach, Langenegg, Riefensberg, Sulzberg und Fischbach (Gemeinde Alberschwende). 1956 übernahmen die VKW die Anlagen und das Personal. Am 28. Dezember 1957 beschloss die EGW ihre Auflösung, am 29. Dezember 1964 wurde sie aus dem Genossenschaftsregister gelöscht. (VLA: LG als Handelsgesellschaft Feldkirch Gen 173; VVB 09.01.1962; Mittersteiner, Kraftfelder, S. 254; Böhler, Zeitreise, S. 3).

917 Zum „Gemeindegast“ vgl. Anm. 664.

918 Wahrscheinlich: Nachbemerkung.

919 Dazu der Bericht vom 10.10.1945: *„Im Mai 1939 beschloß der Musikverein Doren seine Auflösung, nachdem jede Betätigung bei kirchlichen Feiern untersagt sein sollte und somit ein Hauptzweck seiner ehemaligen Gründung hinfällig war.“* (Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 68). – Der Musikverein Doren wurde wie grundsätzlich alle Schützen-, Musik- und Trachtenvereine im Februar 1939 unter Aufhebung ihrer Rechtspersönlichkeit in den „Tiroler Standschützenverband“ eingegliedert (VLA: SID, Vereine Nr. 45). Mit Kriegsbeginn im Herbst 1939 kam der Spielbetrieb vielerorts nach und nach zum Erliegen, weil die jüngeren Musikanten einrücken mussten. Berichterstatter Josef Baldauf war 1922 bis 1940 und 1945 bis 1960 Schriftführer, ab 1950 auch Obmann und Stabsführer des Musikvereins. Vgl. oben Edition/Quellenkritik.

Q 33 Bericht der Gemeinde Riefensberg

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 12

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Die Gemeinde Riefensberg (Landkreis Bregenz) zählte 1939 691 Einwohner, Ende Mai 1945 972 Personen, davon 140 Flüchtlinge aus Deutschland, 125 Flüchtlinge aus Österreich und 16 „Ausländer“ (Polen, Ukrainer, Litauer).⁹²⁰ Die Grenzgemeinde erzielte bei der so genannten „Volksabstimmung“ am 10. April 1938 mit offiziell „nur“ 84,6 Prozent Ja-Stimmen das „schlechteste“ Ergebnis in Vorarlberg;⁹²¹ landesweit stimmten offiziell 98,1 Prozent für den Anschluss an das Deutsche Reich. Riefensberg hatte der Bezirkshauptmannschaft Bregenz im September 1945 einen ausführlichen Bericht für den französischen Bezirksgouverneur zukommen lassen.⁹²² Der folgende Bericht von Bürgermeister Jodok Schmelzenbach konzentriert sich auf die Problematik der grenzüberschreitenden Landwirtschaft und bedeutet damit eine Ergänzung. Schmelzenbach war bereits 1936 bis 1939 Bürgermeister gewesen, bis 1938 auch Ortsbauernführer und Ortsgruppenleiter der Vaterländischen Front.⁹²³

Gemeinde Riefensberg, Vorarlberg.

An die
Landeshauptmannschaft
Presse- und Rundfunkstelle
B r e g e n z.⁹²⁴

920 Schmelzenbach, Weissach, S. 41.

921 Von 414 Stimmberechtigten stimmten offiziell 319 mit Ja, 58 mit Nein, 26 Stimmzettel waren ungültig; 11 blieben demnach der Abstimmung fern (VTB 11.04.1938, S. 3).

922 Bericht der Gemeinde Riefensberg vom 22.09.1945, ediert in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 163-175. Zur Glockenweihe 1950 verfasste Bürgermeister Schmelzenbach eine Heimatkunde mit einer ausführlichen Darstellung der Jahre 1938 bis 1945 (Schmelzenbach, Weissach, S. 31-38).

923 Laut Bericht von 1945 (Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 170) wurde Schmelzenbach 1938 als „politisch völlig unzuverlässig“ sofort unter Kontrolle gestellt und im August 1939 abgesetzt. Im Übrigen: Taschenkalender des Vorarlberger Bauernbundes 1963, S. 24. – Zur Vaterländischen Front vgl. Darstellung Kapitel 1.10 und Anm. 779.

924 Unter der Unterschrift Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 25.4.46, Zl. 86/3 Anl. 1.

Betrifft: Rotbuch

Zu Kapitel I.

Von der nationalsozialistischen Aggression 1933/38 wurde unsere Grenzgemeinde besonders in wirtschaftlicher Hinsicht sehr schwer getroffen.

Abgesehen von der sich auf die österreichische Landwirtschaft im Allgemeinen schwer auswirkenden Unterbindung der Ausfuhr von Milchprodukten und Vieh, litt unsere Gemeinde im besonderen auch dadurch schwer, dass auch die Nutzholzausfuhr, die von uns aus, durch die Lage- und Verkehrrhältnisse bedingt, seit je fast ausschliesslich ins benachbarte Baiern ging, durch die deutsche Einfuhrsperre einige Zeit völlig unterbunden war und dann später nur ganz geringe Mengen über die Grenze hinüberkamen.

Äusserst erschwert war auch die Bewirtschaftung der in Baiern gelegenen 8 Alpenhiesiger Besitzer, bzw. Bewirtschafter, weil seitens Deutschland verfügt wurde, dass die Erlöse von Käse, Butter u.s.w. nicht an die österreichischen Bewirtschafter bezahlt werden durften, sondern auf [ein] Sperrkonto eingelegt werden mussten und durch längere Zeit überhaupt keine Möglichkeit war, solches Geld nach Österreich, bzw. zur Verfügung der österreichischen Bewirtschafter, zu bekommen.⁹²⁵ Nur dem Umstande, dass der damalige Reichsaußenminister von Neurath, welcher zu Jagdzwecken mehrmals in Balderschwang war,⁹²⁶ sich dafür einsetzte, war es zu danken, dass dann schliesslich monatlich wenigstens 300 Schilling nach Österreich transferiert werden konnten, und dadurch eine direkte Katastrophe für den ganzen Alpenbesitz der Vorderwälder in Baiern vermieden werden konnte.⁹²⁷ Dafür hatte aber

925 Das Deutsche Reich und deutsche Unternehmen hatten sich im Ausland so stark verschuldet, dass 1931 die Devisenzwangswirtschaft eingeführt werden musste: Die Konvertibilität der Reichsmark wurde aufgehoben, jede Devisenverwendung bedurfte der Genehmigung. Das galt auch für die Bedienung deutscher Auslandsschulden, die immer restriktiver gehandhabt wurde. Die Rückzahlung ausländischer Kredite sowie Tilgung und Verzinsung deutscher Wertpapiere in ausländischem Besitz erfolgten zunehmend nicht mehr in Devisen, sondern in so genannten „Sperrmark“, die in Deutschland blockiert wurden; oder diese Gelder wurden zwangsweise in neuen Wertpapieren angelegt, die der Auslandsgläubiger nur mit hohem Abschlag in Devisen flüssigmachen konnte. Nach dem Krieg wurde die Blockade des ausländischen Kapitals durch Militärregierungsgesetze zunächst aufrechterhalten. Erst dank des Londoner Schuldenabkommens für Deutschland von 1953 konnte die Devisenbewirtschaftung schrittweise abgebaut werden.

926 Konstantin von Neurath, 1932 bis 1938 deutscher Außenminister, besaß auch ein Landhaus in Brand, wo ihn die Franzosen am 4. Mai 1945 aufspürten und verhafteten (Schelling, Festung Vorarlberg, S. 253; vgl. Q 29).

927 Zur Problematik der grenzüberschreitenden Alpwirtschaft vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 42-45 u. 176-182.

der ganze Vorderwald schwer unter der fast gänzlichen Verunmöglichung des Viehabsatzes nach Baiern zu leiden.

Besonders schwer wurden auch die hiesigen Gastwirte und Gewerbetreibenden durch die 1000-Mark-Sperre getroffen,⁹²⁸ weil hier vorher eine bedeutende Anzahl deutscher Sport- und Sommerfrischgäste waren, die durch diese Sperre gänzlich in Wegfall kamen und durch keine anderen ersetzt werden konnten, wodurch diese Leute zum Teil in eine finanziell sehr bedrängte Lage kamen.

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass von deutscher Seite alles getan wurde um die wirtschaftlichen Verhältnisse unhaltbar zu machen.

Daneben fehlte aber auch der politische Druck und die politische Propaganda nicht, sondern sie wurden hemmungs- und bedenkenlos eingesetzt. Auf Schleichwegen wurden immer wieder politische Propaganda- und Hetzschriften, darunter auch der berühmte „Rote Adler“ über die Grenze geschafft.⁹²⁹

Viel Unruhe in der Bevölkerung erregte auch die Verwendung der sogenannten österreichischen Legion im deutschen Grenzüberwachungsdienste, welche es an Schikanen und allen möglichen Drohungen nicht fehlen liess, um die Bevölkerung an der Grenze einzuschüchtern.⁹³⁰ Als einmal ein Legionär, der über die Grenze herein kam, von der österreichischen Gendarmerie abgefasst und verhaftet wurde, zog eines Abends eine grössere SA-Gruppe⁹³¹ zu der im Lanzenbachtale [gelegenen] Alpgastwirtschaft des Adolf Bechter und wollte denselben nach ihrer Angabe einmal tüchtig züchtigen, weil sie vermutete, dass derselbe die österreichischen Gendarmen auf die Spur des Legionärs gebracht habe.⁹³² Nur der Umstand, dass derselbe inzwischen von der Oberstaufer Gendarmerie in Schutzhaft genommen wurde,⁹³³ rettete ihn vor diesem Anschläge und wurde derselbe dann, da keinerlei Beweise für die aufgestellte Behauptung vorlagen, am anderen Tage doch wieder in Freiheit gesetzt. Auch sind wiederholte Schiessereien an der Grenze vorgekommen.

928 Zur Tausendmarksperrre 1933 bis 1936 vgl. Anm. 760.

929 „Der rote Adler. Kampfblatt der NSDAP für Tirol und Vorarlberg“ erschien 1932 bis 1936 und 1938 bis 1944. Während der Verbotszeit der NSDAP in Österreich 1933 bis 1938 wurde der „Rote Adler“ als illegales Propagandablatt verbreitet (Falch, Die beste Waffe).

930 Die „Österreichische Legion“ war eine ab 1933 in Deutschland gebildete paramilitärische Einheit, die sich aus österreichischen Nationalsozialisten rekrutierte. Vgl. Einleitung Q 39.3.

931 Die 1920 gegründete Sturmabteilung (SA) war ein paramilitärischer Verband der NSDAP. Aus ihr ging ab 1925 die Schutzstaffel (SS) hervor (Allgemeine SS, SS-Totenkopfverbände, SS-Verfügungstruppen).

932 Das Lanzenbachtal liegt jenseits der Landesgrenze in Bayern. Dort hatten die Riefensberger Alpbesitzer. 1945/46 strebten sie einen Anschluss des Tals an Österreich an (Nachbaur, Territorialfragen, S. 77-79 u. 93).

933 Zum Instrument der „Schutzhaft“ vgl. Anm. 662 und 663.

Zu Kapitel II

ist hier nicht viel besonderes zu berichten; weil Riefensberg ganz überwiegend [eine] bäuerliche Gemeinde ist und keine grösseren industriellen und gewerbliche Betriebe vorhanden waren, konnten auch keine solchen Betriebe unter deutsche Kontrolle gestellt werden. Auch können, weil seitens der [NSDAP-]Ortsgruppe alle Schriftstücke vernichtet wurden, keine Erlässe und andere dort vorher vorgelegenen Schriftstücke bekannt gegeben werden.

Erwähnt könnte hiebei noch werden, dass, nachdem durch einige Zeit ein Österreicher Ortsgruppenleiter war, später dann ein Reichsdeutscher als solcher eingesetzt wurde, bis dann dieser einrücken musste.⁹³⁴ Es gab auch einige Verhaftungen und zahlreiche Geldstrafen.

Zu Kapitel 3 und 4 ist nicht viel zu berichten.

Zu Kapitel 5.

Auch hier haben sich Verschiedene zusammen gefunden, die beim herannahenden Kriegsende nach Möglichkeit die nazistischen Massnahmen sabotierten und noch vor dem Einmarsch der französischen Truppen deutsches Kriegsmaterial unbrauchbar machten oder auf die Seite schafften. Zu einem offenen Kampf kam es jedoch nicht, da zuerst zuviel Truppen anwesend waren und diese dann aber vor Einmarsch der Franzosen ohne Kampf abzogen.⁹³⁵

Riefensberg, am 19. April 1946

Schmelzenbach

[Rundstempel mit herausgeschnittenem Hoheitszeichen.⁹³⁶ Gemeinde Riefensberg Kreis Bregenz]

934 Schmelzenbach, Weissach, S. 33: „Eine eigene Ortsgruppe kam hier erst im Februar-März 1939 zustande, und zwar auch nur deshalb, weil gedroht wurde, daß Riefensberg als eigene Gemeinde aufgelöst und an Krumbach angeschlossen werde, wenn sich nicht wenigstens 40 Leute zur Partei melden und eine eigene Ortsgruppe gebildet werde. Um das zu vermeiden, meldeten sich eine Anzahl Leute zur Partei, die sonst mit ihr gar nichts zu tun haben wollten.“

935 Zum Kriegsgeschehen in Riefensberg 1945 vgl. Bericht vom 22.09.1945, Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 173-174; Schelling, Festung Vorarlberg, S. 216, 219-222 u. 250.

936 Gemeinden, die über kein Gemeindewappen verfügten, hatten in der nationalsozialistischen Zeit im Dienstsiegel das Hoheitszeichen des Reichs zu führen (RGBl. 1938 I S. 337 / GBlfÖ Nr. 408/1938). „Das Hoheitszeichen des Reichs zeigt das Hakenkreuz, von einem Eichenkranz umgeben, auf dem Eichenkranz ein Adler mit geöffneten Flügeln; der Kopf des Adlers ist nach rechts gewendet“ (RGBl. 1936 I S. 145).

Q 34 Bericht der Gemeinde Langenegg

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 31

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Die Gemeinde Langenegg (Landkreis Bregenz) im Bregenzerwald zählte 1939 712 Einwohner. Langenegg war der Vorzeigeort der im Juni 1945 gegründeten „Österreichischen Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg“ (ÖDW).⁹³⁷ Dort waren am 1. Mai 1945 sechs Familienväter in Feuergefechten mit marodierender Waffen-SS ums Leben gekommen. Am 7. Oktober 1945 inszenierte die ÖDW in Langenegg eine Gedenkfeier, zu der neben den Spitzen der Militärregierung und des Landesausschusses auch internationale Journalisten teilnahmen. So widmete die „Neue Zürcher Zeitung“ diesem Anlass einen ausführlichen Bericht,⁹³⁸ den die Rotbuch-Redaktion über die Vertretung der Bundesregierung in Großbritannien aus den Beständen des Royal Institute of International Affairs erhielt.⁹³⁹

Berichterstatter Ludwig Bertel kehrte erst im November 1945 aus britischer Kriegsgefangenschaft zurück,⁹⁴⁰ hatte also diese dramatischen Ereignisse nicht selbst erlebt. Die Gemeinde Langenegg hatte bereits im November 1945 der Bezirkshauptmannschaft Bregenz einen Bericht für den Bezirksgouverneur geliefert, der nicht von Bertel stammte.⁹⁴¹

Gemeinde Langenegg

Betrifft: Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt – auswärtige Angelegenheiten.
Angaben hiezu, für die Gemeinde Langenegg, zusammengestellt von Ludwig Bertel.

937 Zur ÖDW vgl. Wanner, ÖDW; Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945, S. 162-167.

938 Bei der Vorarlberger Widerstandsbewegung, in: Neue Zürcher Zeitung 18.10.1945 (Mittagsausgabe), Bl. 3v, ediert in: Nachbaur, Die Lage im Vorarlberg, S. 329-331. Vgl. auch VN 08.10.1945, S. 1. Zum Widerstand und den Kampfhandlungen in Langenegg: Schelling, Festung Vorarlberg, S. 221-226; Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945, S. 49; Schwarz, Heimatbuch Egg, S. 61-65; Weber, Die letzten Tage.

939 ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 5: Mappe X England: Vertreter der Bundesregierung an BKA AA, London 18.10.1946, Beilage 30 (Fotokopie).

940 Ich danke Ludwig Bertel für freundliche Auskünfte. Er war bei der Kriegsmarine, flüchtete aus britischer Kriegsgefangenschaft und kehrte am 8. November 1945 in die Heimat zurück. An die näheren Umstände, wie der hier edierte Bericht zustande kam, kann er sich nicht mehr erinnern.

941 Bericht der Gemeinde Langenegg vom 20.11.1945, ediert in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 112-115.

Besondere aggressive Tätigkeiten der illegalen Nazi­partei im Österreichischen Gebiet, in den Jahren nach dem Juliputsch⁹⁴² haben sich auch z.Z.⁹⁴³ in unserer Gemein­de ausgewirkt. Wenn auch nicht von einer durchorganisierten Tätigkeit gesprochen werden kann, so haben sie doch in einzelnen Fällen Terrorakte unternommen [sic!]. So ist zum Beispiel die Langenegg mit Müselbach verbindende Holzbrücke die für uns und den ganzen Verkehr einen entscheidenden Faktor spielte, am 29. Juni 1934 von nazistischen⁹⁴⁴ Elementen in Brand gesteckt worden. Ein weiterer, ebenso un­ sinniger Akt war im Jahre 1937 in den Märztagen der Aufzug einer Hakenkreuzfahne unmittelbar neben der Pfarrkirche auf gut sehbarer Stelle, während des Krieger­ gottesdienstes. – Es waren dies die charakteristischen Anfangsszenen einer nazis­ tischen Aggression. Durch diese Terrorakte, wenn sie an und für sich jedem normal­ denkenden Menschen das Spiegelbild eines verrückten Diktatorsystems offenbarten, versuchten die Nazi das allgemeine Volk müde zu machen. Nicht nur mit Mitteln der terrorisierenden Gewalt traten sie an uns heran, sondern auch mit der so­ ge­ nannten Rückenpropaganda. Mit aller erdenklichen Raffiniertheit haben sie vor allem durch Zeitungsschmuggel, in diesem Falle deutsche, extra zu diesen Zwecken ge­ eignete Zeitungen und sonstiges nationalsozialistisches Schriftmaterial, eine Unter­ grabung unserer österreichischen Selbständigkeit versucht. Es waren natürlich auch wieder solch fragwürdige Elemente vorhanden, die im eigenen Lande ein solches Vorhaben unterstützten und sogar förderten. Für die Urheber dieser, dunklen Aus­ sen­ politik war es natürlich wieder ein Schritt vorwärts, wenn ein Mittel, das für sie nicht gut genug sein konnte, um ein Opfer zum buchstäblichen Selbstmord zu zwingen, Fuß fassen konnte. Hauptsächlich nach dem Juliputsch 34,⁹⁴⁵ war in Bezirken eine Tätigkeit illegaler Naziorgane festzustellen, die kein Mittel scheuten, das Volk zu terrorisieren; dies bezeugt zum Beispiel die von mir schon vorhin angedeutete In­ brandsteckung unserer Brücke, das nichts anderes war, als das nur einem kranken Hirn entsprungene Opfer einer schon damaligen nazistischen Anschlußpolitik. Es schien in der Folge dann erforderlich, durch erweiterte nächtliche Patrouillen, die durch die Heimwehrkräfte verstärkt wurden, weiteren solchen Mißständen ener­ gisch entgegen zu treten.⁹⁴⁶ Obwohl mit intensiver Anstrengung und Durchführung ihrer Überwachungspflichten diese Wachorgane ihr bestmögliches getan haben, war

942 Der „Juliputsch“ war ein gescheiterter nationalsozialistischer Umsturzversuch in Österreich zwischen dem 25. und 27. Juli 1934. Den Auftakt und Höhepunkt bildete die Ermordung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß am 25. Juli 1934. In Vorarlberg blieb die Lage ruhig.

943 Zu Zeiten (?).

944 Im Original: „Nazisisten“.

945 Wie Anm. 942.

946 Im Kampf gegen nationalsozialistischen Terror wurden die Heimwehren 1933 als Hilfspolizei in die staatliche Exekutive eingebunden (vgl. Anm. 761).

es nie möglich, in den Keim dieser Verschwörung einzudringen. Das haben dann erst die Zeitungen nach dem Anschluß bewiesen, wo man einen Lichtblick in diese ganze düstere Diplomatie einigermaßen werfen konnte. Sobald jedoch Österreich in den sogenannten Garten der blühenden Zukunft gezwungen wurde – (Worte Hitlers: Ich werde Österreich in einen blühenden Garten verwandeln)⁹⁴⁷ – war nun auch zugleich es der Garten des Untergangs geworden; was die Nazi gesät haben und wir ernten mußten, weiß ja jeder selbst. Mit all erdenklichen Phrasen haben sie das Volk zu verblenden versucht, mit der hintertückischen kalten Wirklichkeit haben sie zugleich das nacheinander zum Tode geweiht, was uns allen Österreichern österreichisch sein bedeutete. All diejenigen, die echte Österreicher waren und dies auch blieben, wurden unschädlich gemacht; die Glaubensfreiheit stand höchstens in der Bibel Hitlers, aber was trieben sie in Wirklichkeit mit ihr, man versuchte es mit einer ungläublichen Durchdachtheit in langsamen, aber sicheren Schritten den Glauben der jedem Menschen sein Heiliges ist, wegzuschieben; mit schnellen Mitteln, wären sie natürlich nicht zum Ziele gekommen, sie wären es allerdings bei uns auch so nicht. Ein Beispiel sei hier angeführt. Anfangs des Krieges war bei uns ein Gauleiter-Erlaß eingegangen, der in kurzen Worten enthielt, es wäre kriegsbedingte Notwendigkeit, in diesem Falle Fliegergefahr, wenn die Kirchenglocken läuten werden; lange Zeit hinaus war es verboten, zu läuten, dann kamen sie mit der lächerlichen Erleichterung auf 5 Minuten.⁹⁴⁸ Ebenso wurde auch der Religionsunterricht in den Schulen untersagt.⁹⁴⁹ All dies sind Beispiele, die uns die gebracht haben, die aus Österreich einen blühenden Garten machen wollten. Kurz nach dem Anschluß ist ebenfalls das Armenhaus der Gemeinde Langenegg geräumt worden, die ganzen Einrichtungsgegenstände, wie Betten, Möbelstücke, Wäsche alles wurde beschlagnahmt, die Insassen mußten zum Teil auf eigenes Unterkommen in der Gemeinde sorgen, zum Teil wurden sie auf höheren Befehl in Anstalten verbracht.⁹⁵⁰ Was ein ewiges Symbol unseres Freiheitswillen sein wird, bezeugte uns und der ganzen Welt die schon in den Jahren 1943/44 gegründete Österreichische Widerstandsbewegung, mit der beherzte Männer als Anfang und nach und nach tausenden freiheitsliebender Österreicher in die Aera der gerechten Sache als Kämpfer für ihre Heimat eintraten. Man muß sich immer vergegenwärtigen, wären diese Männer nicht gewesen, hätten sie nicht ihren starken Willen zur heiligen Sache in die Tat umsetzen können, so

947 Vgl. Anm. 905.

948 Zu den Beschränkungen vgl. Anm. 976.

949 Zur Beschränkung des Religionsunterrichts vgl. Anm. 727.

950 Das Armenhaus Langenegg wurde 1941 in das Euthanasieprogramm einbezogen (Egger, Ausgrenzen, S. 206). Im geräumten Armenhaus wurden Wohnungen für Südtiroler Optantenfamilien eingerichtet (Bericht vom 20.11.1945, in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 114).

wäre heute nach der endgültigen Niederwerfung des nazistischen Diktatorsystems durch die Alliierten, kein freies Österreich. Sie waren großenteils der Grundstein, auf den die Alliierten ein neues Österreich, wenn schon noch weit mit vielen Mißständen, erwachsen ließen. Was dies anbetrifft, so hat auch unsere Gemeinde Langenegg ihr Bestes getan. Sie hat nicht nur durch einen Willen, sondern auch durch die Tat Leistungen vollbracht, die bestimmt nicht vor anderen zurück stehen. Leider haben 6 von den Freiheitskämpfern für ihre heilige Sache kämpfend den Tod erlitten. 4 von diesen sind in vorgehobener Stellung von SS-Leuten im Rücken überfallen [worden], und ehe sie sich noch verteidigen konnten, von diesen [auf] meuchlerische Weise erschossen worden. Ein fünfter ist in seiner Wohnung durch SS-Leute erschossen worden; dem zuvor ist noch ein heißer Kampf vorausgegangen, bei dem sich dieser einzelne Kämpfer bis zum letzten verteidigt hat. Der Sechste ist beim Passieren einer freien, übersichtlichen Stelle durch Kopfschuß schwer verletzt worden und darauf gestorben.

Sie sind in treuer Pflichterfüllung gefallen, sie haben ihr Leben hingegeben für etwas, was viele heute nicht mehr, bald kennen oder nicht beachten, sie sind nicht zuletzt als brave Familienväter und als Beschützer ihrer Heimat, unserer Heimatgemeinde gefallen. Sie stehen heute vor uns in leuchtendem Sinnbild des österreichischen Freiheitswillens.

(Besondere Angaben über die anderen Punkte des Rundschreibens, über Aufstellung eines Rotbuches, kann ich nicht geben, da sich nichts entsprechend Erwähnenswertes zugetragen hat.)

Ludwig Bertel

Q 35 Bericht der Gemeinde Reuthe

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 11

Manuskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Die Gemeinde Reuthe wurde mit 30. September 1938 der Gemeinde Bezau eingegliedert. Formell endete diese Vereinigung erst mit 31. Dezember 1946.⁹⁵¹ Doch die französischen Besatzungsbehörden installierten bereits im Mai 1945 wieder eine separate Gemeindeverwaltung. So wurde denn Reuthe auch als einzige der Gemeinden, die 1938 ihre Selbständigkeit verloren hatten, eingeladen, einen Beitrag zum Rotbuch zu leisten (vgl. Q 10). Reuthe zählte 1939 357 Einwohner.

Im September 1945 hatte Reuthe der Bezirkshauptmannschaft Bregenz für den Bezirksgouverneur eine umfassende Darstellung des geschichtlichen Werdegangs über die deutsche Besetzung Österreichs bis zur Befreiung geliefert.⁹⁵² Der Bericht-erstatte Oswald Kaufmann griff nicht darauf zurück, sondern begnügte sich mit einigen Hinweisen.⁹⁵³

Gemeinde Reuthe-Bregenzerwald

Betrifft: Bericht fürs „Rotbuch“ Zahl 86/2, 3 u. 4
der Landeshauptmannschaft vom 8.4.46.
und 16.4.46

An die
Landeshauptmannschaft
Vorarlberg – Presse u. Rundfunk⁹⁵⁴

1.) Reuthe verhielt sich vor dem Anschluss 1938 sehr ruhig und neutral.
Reuthe zählt keine Illegale.⁹⁵⁵

951 LGBl. Nr. 11/1946, 13/1946.

952 Bericht der Gemeinde Reuthe vom 26.09.1945, ediert in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 151-157.

953 Es dürfte sich um jenen Oswald Kaufmann handeln, dem wir eine interessante Kriegs-Chronik 1914-1925 verdanken (Kaufmann, Kriegs-Chronik; Kaufmann, Cronaca di guerra; Nachruf in VN 14.06.1961, S. 2). In welcher Funktion oder wessen Auftrag Kaufmann diesen Bericht verfasste, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

954 Auf der Rückseite des ersten Blattes Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 25.4.46, Zl. 86/3 Anl. 3.

955 Gemeint sind illegale Nationalsozialisten während des Verbots der NSDAP von 1933 bis 1938.

Reuthe wurde aber durch einen Machtspruch im Jahre 1938 mit der Gemeinde Bezau eingemeindet machte sich aber 1945 im Mai im Einvernehmen der französischen Besatzung wieder selbständig.

Als politische Funktionäre wirkten 1938-1945 nur: 1 Zellenleiter,⁹⁵⁶ 1 Bauernführer⁹⁵⁷ und ein Gemeinde-Vertreter unter der Gemeindeverwaltung Bezau für die Gemeinde Reuthe.

Reuthe hatte keine eigene Verwaltung mehr. So wurde auch die Volksschule geschlossen. Die Schulkinder von Hof, Baien und Vorderreuthe mussten nach Bezau, die von Hinterreuthe nach Mellau in die Schule.

In Reuthe befand sich auch ein kleines Gefangenenlager.⁹⁵⁸ Ein Fotograf fotografierte dieses und wurde dafür 3 Wochen eingekerkert.

Reuthe lieferte dem Nazikrieg 2 Kirchen- und zwei Kappellenglocken.

Reuthe, am 21.4.1946 Oswald Kaufmann

956 Reuthe bildete eine Zelle der NSDAP-Ortsgruppe Bezau, ebenso die Nachbargemeinde Bizau (Meusburger, Bezau, S. 262).

957 Zur Funktion des Ortsbauernführers vgl. Anm. 833.

958 Noch im Herbst 1939 wurde das „Vereinshaus“ in Vorderreuthe zu einem Gefangenenlager umfunktioniert, in dem zunächst polnische, dann französische und schließlich jugoslawische Kriegsgefangene interniert waren, die in Gewerbebetrieben und bei Bauern arbeiten mussten (Kaufmann, Kinder- und Jugendzeit, S. 123-124).

Q 36 Bericht der Gemeinde Bezau

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 24

Typoskript, 3 Seiten, Originalunterschrift.

Bezau (Landkreis Bregenz), der Hauptort des Bregenzerwaldes, zählte 1939 1.585 Einwohner; ohne das 1938 eingemeindete Reuthe 1.228 (vgl. Q 35). Gegen Kriegsende stieg die Zahl der in Bezau untergebrachten Flüchtlinge auf rund 450. Hinzu kamen rund 80 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.⁹⁵⁹

Volks- und Hauptschuldirektor Konrad Blank verfasste einen Bericht, der die Darstellung ergänzt, die Bezau der Bezirkshauptmannschaft Bregenz für den Bezirksgouverneur geliefert hatte.⁹⁶⁰

Gemeinde Bezau
Bregenzerwald

Bericht zum österreichischen Rotbuch.

Nachstehender Bericht zum österreichischen Rotbuch ist im Sinne der dortamtlichen Zuschrift vom 8.4.1946, Zahl 86/2 gegliedert:

Zu 1) Die nationalsozialistische Aggression gegen Österreich von 1933 bis 1938. Wegen nationalsozialistischer Propagandatätigkeit wurden mehrere Personen zu Arreststrafen verurteilt. Handstreichs und Sabotageakte fanden nicht statt.

Zu 2) Der passive Widerstand der Bevölkerung begann vielfach schon am 11. März 1938 und endete mit dem Einmarsch der alliierten Truppen. Schon die ersten Befragungen wollten nicht funktionieren. An der Verbrennung antinationalsozialistischer Bücher und Bilder nahm die Bevölkerung nicht teil. Die erhoffte Beistellung von Bildern aus öffentlichen Ämtern und Schulen unterblieb.⁹⁶¹

959 Meusbürger, Bezau, S. 271.

960 Bericht der Gemeinde Bezau vom 05.11.1945, ediert in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 46-50.
– Blank verfasste eine unveröffentlichte Chronik von Bezau 1922 bis 1954. Auf ihr und anderen Quellen beruht eine ausführliche Chronik zu den Ereignissen von 1938 bis 1945 in Meusbürger, Bezau, S. 259-277.

961 Über eine Bücher- und Bilderverbrennung berichtet Meusbürger, Bezau, S. 259-264, nichts.

Es setzten denn auch bald mannigfache Schikanen ein:

Das Ausrücken der Blechmusik bei kirchlichen Feiern wurde verboten. Wegen Nichtbeachtung dieses Verbotes hatte sich der Obmann der Musik zweimal bei der Gestapo zu verantworten.⁹⁶² Andere, die ihm ihre Unterstützung zuteil werden ließen, wurden von der Gestapo mit Geldstrafen belegt.⁹⁶³

Der Konsumverein wurde von der Deutschen Arbeitsfront übernommen und sein Vermögen (in Geld 30.000 S) beschlagnahmt.⁹⁶⁴

Auch die Vermögen des Handwerker- und Verkehrsvereines wurden eingezogen. Im August 1938 wurde der von den Barmherzigen Schwestern geleitete Kindergarten von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt übernommen.⁹⁶⁵

Mit Ende des Jahres 1938 verschwand das Bregenzerwälder Gemeindeblatt.⁹⁶⁶

Die Bregenzerwälder Feuerversicherung wurde der Landesfeuerversicherung einverleibt.⁹⁶⁷

Das Kapuzinerkloster hatte fortan monatlich 100 Reichsmark an Miete zu bezahlen.⁹⁶⁸

Die Belieferung des Klosters mit Brennholz aus dessen eigenem Wald wurde weitgehendst erschwert.⁹⁶⁹

962 Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

963 Gemeint ist die verbotene Beteiligung der Blasmusik an der Fronleichnamsprozession 1939 (Meusburger, Bezau, S. 264).

964 Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

965 Es handelt sich um eine Filiale des Mutterhauses Innsbruck der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul. Fünf Schwestern waren in Bezau in der Schule und in der Armenpflege eingesetzt (Ulmer, Klöster, S. 174). Der Bezauer Pfarrer versuchte vergeblich, das Vermögen des 1936 gegründeten Kindergartens dadurch zu retten, dass er es dem Generalvikar für Vorarlberg zur Verwahrung übergab (Meusburger, Bezau, S. 261). Zur NS-Volkswohlfahrt vgl. Einleitung zu Q 40.5.

966 Nicht nur das Bregenzerwälder Gemeindeblatt, alle Gemeindeblätter mussten 1938/39 eingestellt werden.

967 Von den sieben Talschaftsvereinen, die sich 1938 mehr oder weniger freiwillig in die Vorarlberger Landes-Feuerversicherungsanstalt eingliederten, verselbstständigten sich nach 1945 zwei wieder; darunter die 1798/1815 gegründete Bregenzerwälder Feuerversicherung (Tiefenthaler, Feuer, S. 104-107).

968 Das Kapuzinerkloster Bezau gehört dem Stand Bregenzerwald. Vermutlich schrieb er nun der Ordensgemeinschaft eine Miete vor. 1941 konstituierte sich der Stand als „Zweckverband Stand Bregenzerwald“ (VLA: Landrat Bregenz 003/10/1). In das Erdgeschoss des Kapuzinerklosters zog 1941 die Gemeindeverwaltung ein. Das Landesmuseum lagerte während des Krieges aus Sicherheitsgründen Teile seiner Bestände in das Kloster aus (Meusburger, Bezau, S. 77). – Übrigens schrieb auch die Stadt Feldkirch als Klostereigentümerin „ihren“ Kapuzinern ab Oktober 1941 eine Miete vor (Volaucnik, Kapuzinerkloster, S. 62-63).

969 Gemeint ist der „Kapuzinerwald“ auf der Seefluh (Katastralgemeinde Bezau), der ebenfalls dem Stand Bregenzerwald gehört.

In der außerordentlich starken Beteiligung der Bevölkerung an kirchlichen Feiern erblickte die Leitung der NSDAP mehr oder weniger eine Demonstration gegen den Nationalsozialismus, wohl nicht ganz zu Unrecht. Wo sie ein direktes Verbot nicht wagte, suchte sie durch möglichst viele Anordnungen solchen Feiern weitgehendst Abbruch zu tun. So hatte Kaspar Innauer in der Durchführung seiner Primizfeier am 12.7.1939 mit allen nur denkbaren Schwierigkeiten zu tun. Den Parteimitgliedern und Anwärtern wurde jedwede Beteiligung verboten.⁹⁷⁰ Das Ergebnis blieb allerdings aus. Die gesamte Bevölkerung, einschließlich eines Großteiles der Parteimitglieder, war gegen den damaligen Ortsgruppenleiter so aufgebracht, daß es die Kreisleitung für gut fand, ihn möglichst rasch auszuwechseln.⁹⁷¹

Auch die Kreuzsteckungen gestalteten sich immer mehr zu Kundgebungen gegen den Nationalsozialismus, so daß man sich genötigt sah, die Totenfeier ganz auf Kirche und Friedhof zu verlegen.⁹⁷²

Im Frühjahr 1939 wurde der Volksschule eine Lehrkraft aus dem Reich zugewiesen, nachdem im Herbst 1938 die geistlichen Schulschwestern ihres Postens enthoben wurden.⁹⁷³ Frauen, die damals um Weiterbelassung der Schwestern beim

970 Mit „Anwärtern“ sind Parteianwärter der NSDAP gemeint. Aus Angst vor Konjunkturrittern hatte die NSDAP 1933 eine allgemeine Mitgliederaufnahmesperre verhängt, die 1937 mit der Einführung des „Parteianwärters“ gelockert wurde. Parteianwärter konnten nicht alle Rechte eines NSDAP-Parteimitgliedes beanspruchen, teilten aber alle Pflichten eines Parteigenossen. Die Parteianwärter-Eigenschaft wurde durch einen Aufnahmeantrag in die NSDAP begründet.

971 Zu den Auseinandersetzungen vgl. Meusburger, Bezau, S. 263. Innauer war am 2. Juli 1939 in Dornbirn zum Priester geweiht worden. Am 20. Jänner 1941 wurde er mit weiteren Vorarlberger Jungpriestern als Wehrmachtssanitäter eingezogen. Innauer fiel am 3. September 1941 an der Eismeerfront bei der Bergung eines Verwundeten (Hinteregger, Priester, S. 24).

972 „Kreuzsteckungen“ waren während beider Weltkriege eine Art symbolischer Beisetzungen für gefallene Soldaten, die nicht auf ihren Heimatfriedhöfen beerdigt werden konnten. Es wurden Birkenkreuze mit ihrem Namen auf Kriegergräber oder die Familiengräber gesteckt. Im Bregenzerwald kam als Besonderheit dazu, dass sich die Trauergemeinde vor dem Trauerhaus sammelte und der Leichenzug ohne Leiche zum Friedhof zog. An den kirchlichen Feiern nahmen demonstrativ mehr Menschen teil als an den staatlichen „Heldenehrungen“ bei den Kriegerdenkmälern, was der NSDAP ein Dorn im Auge war. Im Sommer 1941 spitzten sich die Auseinandersetzungen zu. Zur Beruhigung der Lage schloss das Generalvikariat mit der NSDAP-Kreisleitung am 28. August 1941 eine Vereinbarung. Sie sah u.a. vor, dass bei reinen Kreuzsteckungen kein prozessionsmäßiger Gemeinschaftsgang vom Trauerhaus mehr stattfinden soll. In der Kirche folgten auf eine kurze Traueransprache des Seelsorgers ein feierlicher Seelengottesdienst, anschließend das übliche Grabgebet und die Weihe des Kriegerkreuzes, schließlich die Kreuzeinsetzung auf dem Friedhof. Bei einer sich allfällig anschließenden weltlichen Heldenehrung sollte der Priester nicht im kirchlichen Ornat teilnehmen. So sollte es im ganzen Land gehalten werden (Wanner, Kirche, S. 191-197). In Bezau fand letztmals am 6. Juli 1941 eine Kreuzsteckung mit Trauerzug statt (Meusburger, Bezau, S. 267).

973 Zu den Schulverhältnissen in der NS-Zeit vgl. Meusburger, Bezau, S. 139.

Bürgermeister vorstellig wurden, wurden von der Kreisleitung als Demonstrantinnen mit einer Geldstrafe von 50 bis 100 Schilling⁹⁷⁴ [sic!] belegt.

Die mangelhafte Zusammenarbeit zwischen Schule und Hitlerjugend bildete wiederholt den Gegenstand heftiger Rügen für die Lehrerschaft, besonders für den Leiter Schule.

In einem Erlaß des Landesschulrates vom Jahre 1939/40 wurde der Lehrerschaft der deutsche Gruß⁹⁷⁵ und das Tragen des Parteiabzeichens zur unbedingten Pflicht gemacht, widrigenfalls sie mit den schärfsten Maßregelungen zu rechnen habe.

Auch hatte sie jede nationalsozialistische Veranstaltung zu besuchen.

Und doch, all die Drohungen waren vergebens.

Zu 3 & 4) Österreich im Kriege.

Bald nach Beginn des Krieges kam das Läuteverbot.⁹⁷⁶ Künftig dürften Kirchenglocken nur bei Fliegergefahr geläutet werden. 1939 mußten die noch vorhandenen Bronzeglocken abgeliefert werden. Von den vorhandenen Kraftfahrzeugen mußten 6 für Kriegszwecke abgegeben werden.

Welcher Raubbau in den Wäldern durch unsinnige Abholzung getrieben wurde, läßt sich kaum dartun.⁹⁷⁷ Nicht genehme Parteien wurden besonders bedacht.

Auch bei den jeweiligen Einberufungen herrschte vielfach Willkür. Wie überall war auch hier die Stellung der NSDAP nicht unwesentlich.

Die Zurückhaltung gegenüber allem, was irgendwie mit der NSDAP zu tun hatte, zeigte sich nicht zuletzt in der äußerst dürftigen Beteiligung der Bevölkerung an

974 Es dürfte sich um Reichsmark gehandelt haben, die seit 26. April 1938 alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in Österreich war (vgl. Anm. 1285).

975 Beim „Hitlergruß“ oder „deutschen Gruß“ handelte sich zunächst um den Gruß der NSDAP-Mitglieder und wurde nach der „Machtergreifung“ im Deutschen Reich 1933 zum offiziellen Gruß aller „Volksgenossen“. Beim Hitlergruß wurde der rechte Arm mit flacher Hand auf Augenhöhe schräg nach oben gestreckt. Dazu wurden meist die Worte „Heil Hitler“ oder „Sieg Heil“ gesprochen. Auch im amtlichen Schriftverkehr musste die Grußformel „Heil Hitler“ oder „Mit Deutschem Gruß“ verwendet werden.

976 Reichstatthalter Hofer ordnete für Vorarlberg mit Erlass vom 1. Oktober 1939 ein generelles Läuteverbot an, als diese Maßnahme von höchster Stelle schon wieder aufgehoben worden war. In den folgenden Jahren wurden immer wieder Beschränkungen und Verbote angeordnet. Sie sollten, so die offizielle Begründung, Störungen der Flugabwehr (Flak) und des Flugmeldedienstes verhindern (vgl. Wanner, Kirche, S. 204-210).

977 Auch im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 131-132, wird zu den Auswirkungen der deutschen Kriegswirtschaftspolitik unter anderem auf den Raubbau an Österreichs Waldbeständen verwiesen. Einem jährlichen Zuwachs von 7 Millionen Festmetern seien Schlägerungen bis zu 15 Millionen Festmetern gegenüber gestanden. – Der Raubbau ging in Vorarlberg in den ersten Jahren nach der Befreiung 1945 zunächst weiter, Forderungen der französischen Besatzungsmacht trieben ihn sogar noch in die Höhe (Nachbaur, Wiederaufbau, S. 35; Nachbaur, Dokumentationsmaterial, S. 14 u. 35-36;).

Versammlungen aller Art, Kundgebungen, Veranstaltungen und Feiern jeder Art. Hier sei auf den seinerzeitigen Besuch des Reichsjugendführers B[aldur] von Schirach am 6.7.1939 hingewiesen. Die Beteiligung war so schlecht, daß er sich alsbald entgegen dem vorgesehenen Programm wieder verzog. Ja er nahm nicht einmal das bereitgestellte Nachtmahl ein.⁹⁷⁸

Immer wieder sah sich die Partei genötigt, widerspenstige Personen der Gestapo zu überliefern. Im Ganzen hatten sich daselbst 20 Personen zu verantworten, die teils mit Geldstrafen, teils mit Haft belastet wurden. Hier sei auf die Inhaftierung einer Frau hingewiesen, die 18 Monate zurückgehalten wurde, ohne je verhört worden zu sein.⁹⁷⁹ Höchste Erbitterung rief in der Bevölkerung die Verhaftung des Ortspfarrers Christian Hiller hervor, geschehen am 28.11.1940 nur deswegen, weil er als Seelsorger in der Kriegerkapelle⁹⁸⁰ für die Gefallenen eine heilige Messe las.⁹⁸¹

Zu 5) Die Anfänge der Widerstandsbewegung in Bezau (organisatorisch) treten schon in den ersten Monaten des Jahres 1945 in Erscheinung, wenn auch vornehmlich propagandistisch. Ein sichtbarer Erfolg war das vermeintliche „Versagen“ der Standschützen, indem sie dem Einrückungsbefehl keine Folge leisteten.⁹⁸²

Wenn in dieser Dokumentation nicht die großen Aktionen verzeichnet sind, die möglicherweise auf das ganze Geschehen einen sichtbaren Einfluß ausgeübt hätten, so soll der Bericht doch zeigen, wie auch in einem kleineren Ort der Widerstand sich deutlich zeigte und die NSDAP dauernd mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Bezau, am 24. April 1946.

K. Blank

978 Am 6. Juli 1939 absolvierte Schirach mit entsprechender Inszenierung ein Besichtigungsprogramm in Vorarlberg. HJ des Kreises Bregenz wurde mit einem Sonderzug zur Abschlusskundgebung nach Bezau verfrachtet. Anschließend nahm Schirach – nach Stoppel, Hitlerjugend, S. 162, „aus unbekanntem Gründen“ – das späte Abendessen mit Vorarlberger Spezialitäten nicht mehr ein. Er ließ sich nach Bregenz fahren. Vgl. Meusburger, Bezau, S. 264.

979 Zu Bezauer Opfern der Verfolgung vgl. Meusburger, Bezau, S. 262.

980 1924 geweihte Kriegergedächtniskapelle am „Ölberg“ (Parzelle Greben) (Meusburger, Bezau, S. 66-67).

981 Hiller erhielt nach einigen Tagen Gestapohaft „Gauverbot“ (Verbannung aus dem Reichsgau Tirol und Vorarlberg) und konnte erst am 6. September 1941 wieder nach Bezau zurückkehren (Meusburger, Bezau, S. 261; Stärk, Realschule, S. 225-226). Vgl. Q 51.

982 Zur Formierung der Bregenzerwälder Widerstandsbewegung der letzten Tage vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 215-216; Nachbaur, Lage, S. 330-331; zu Bezau auch Meusburger, Bezau, S. 276. Zum Volkssturm (Standschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

Q 37 Bericht der Gemeinde Au

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 16

Typoskript, 5 Seiten, Originalunterschrift.

Die Gemeinde Au (Landkreis Bregenz) im hinteren Bregenzerwald zählte 1939 1.263 Einwohner.

Au hatte der Bezirkshauptmannschaft Bregenz im Dezember 1945 einen detaillierten Bericht über die Ereignisse von 1933 bis 1945 geliefert.⁹⁸³ Im folgenden Beitrag für das Rotbuch werden dagegen über weite Strecken die allgemeinen Vorgaben der Redaktion referiert. Er wurde vom Gendarmeriepostenkommandanten Josef Hofer und von Bürgermeister Pius Beer gezeichnet. Ergänzungen zum Bericht von 1945 bietet die ausführlichere Darstellung der Ereignisse zu Kriegsende. Es handelt sich um Auszüge aus der Chronik des Gendarmeriepostens Au, die im Anmerkungsapparat vervollständigt werden. Der Postenrayon erstreckte sich auf die Gemeinden Au, Schoppernau und Damüls.

In den letzten Kriegstagen versuchten tausende Soldaten der Wehrmacht, der Waffen-SS und Hilfstruppen, sich in Richtung Schweiz und Liechtenstein, vor allem aber in Richtung Tirol, in die vermeintlich mildere amerikanische Kriegsgefangenschaft abzusetzen. Mit ihren Rückzugsgefechten hinterließen sie eine Spur der Verwüstung. Andere versuchten in der Gegenrichtung nach Bayern zu gelangen. In den Tagen nach Kriegsende durchkämmten französisch-marokkanische Einheiten die Wälder und Alpen nach versprengten deutschen Soldaten. Dabei ging die Angst vor dem „Werwolf“ um, vor einer Freischärlerbewegung, die die SS ab dem Spätherbst 1944 gebildet hatte, um im bereits von den Alliierten befreiten und besetzten Deutschland Terror auszuüben. Die „Werwolftrudel“ wurden vor allem aus jungen, unerfahrenen SS-Männern und Hitlerjungen gebildet, die wahl- und ziellos durch das besetzte Deutschland zogen. Auf der Alpe Gräsalper dürfte es sich jedoch um kein Werwolftrudel gehandelt haben,⁹⁸⁴ sondern einfach um eine Gruppe versprengter Waffen-SS. Die Vergeltungsmaßnahmen der Franzosen erinnern jedenfalls an die Partisanenbekämpfung. In der Bevölkerung hinterließen sie bis heute eine sehr zwiespältige Erinnerung.

983 Bericht der Gemeinde Au vom 10.12.1945, ediert in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 41-45.

984 Schelling, Festung Vorarlberg, S. 231, überschrieb die Ereignisse in Au mit „Der Werwolf“. Vgl. ebenda, S. 252.

Pius Beer war bereits von 1929 bis 1938 Bürgermeister der Gemeinde Au gewesen und 1940 wegen „staatsfeindlichen Äußerungen“ in Gestapo-Haft genommen worden.⁹⁸⁵ Josef Hofer war seit 1919 Gendarm in Au und seit 1940 Postenkommandant.

Bürgermeisteramt Au.

Au, am 13. April 1946.

An die
Presse- und Rundfunkstelle
in Bregenz.

Betrifft: Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt.

Bezug: Rundschreiben der Landeshauptmannschaft vom 8.4.1946 Zahl 86/2

Zu Punkt 1.) Schon im Jänner 1933 setzte die nationalsozialistische Propaganda in Österreich ein. Sie wurde ausschliesslich von Deutschland aus unterstützt bzw. ging die ganze Propaganda von dort aus. Es wurde mit allen Mitteln versucht, Oesterreich zu zermürben und zwar durch den Rundfunk und die Presse. Einer der ärgsten Hetzer gegen Oesterreich war der Reichsdeutsche Theo Habicht der ständig jede Woche im Rundfunk alles Schlechte über Oesterreich und seine Staatsmänner verbreitete.⁹⁸⁶ Als dies alles in Oesterreich nicht viel nützte und die Oesterreicher zum überwiegenden Teil nichts von Deutschland und dem Nationalsozialismus wissen wollten, griffen die Nazis zu Terrormassnahmen durch Sprengstoffanschläge und dergleichen. Sie wurden hiebei von den Nazis aus Deutschland materiell und finanziell unterstützt und kamen die Sprengkörper ausschliesslich aus Deutschland. Sie gingen in ihren Terrormassnahmen soweit, als sie selbst vor Morden nicht zurückschreckten. Ihre grösste Mordtat war die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Dollfuss am 25.7.1934 in Wien.⁹⁸⁷ Auch diese Untat wurde vom Deutschen Reich angestiftet und gutgeheissen. In wirtschaftlicher Hinsicht führte Deutschland gegen Oesterreich die 1000-Mark-Sperre ein um Oesterreich für seine politischen Pläne reif zu machen.⁹⁸⁸ Trotz aller dieser Gewaltmassnahmen von Seite-Nazi-Deutschlands blieb Oesterreich fest und wollte von einem Anschluss an Nazi-Deutschland

985 Pius Beer wurde am 27. März 1940 verhaftet. Er verbrachte eine Woche in Gestapo-Haft in Bregenz (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 271).

986 Zu Habicht vgl. Anm. 778.

987 Vgl. Anm. 942.

988 Zur Tausendmarksperrre vgl. Anm. 760.

nichts wissen. Niemals wäre Oesterreich freiwillig zu Deutschland gekommen, deshalb verhinderten die Nationalsozialisten die Abstimmung Schuschniggs⁹⁸⁹ und überfielen Oesterreich am 13.3.1938 mit überlegener Waffengewalt um sodann Oesterreich zu okkupatieren [sic!]. Auch in der hiesigen Gemeinde war die nationalsozialistische Propaganda sehr rege und erfolgte auch hier am 14.1.1934 ein Sprengstoffanschlag.

Zu Punkt. 2.) Am 13.3.1938 überfielen die Truppen Adolf Hitlers das schwache Oesterreich mit grosser Ueberlegenheit und besetzten ganz Oesterreich. Sofort wurde alles gleichgeschaltet, gegen diejenigen Personen die sich nicht sofort dem Nationalsozialismus fügten oder im Verdachte standen, gegen diese eingestellt zu sein, setzten die schärfsten Terrormassnahmen ein und viele wurden in die Konzentrationslager verbracht um dort elendiglich zugrunde zu gehen. Jede Widerstandsmöglichkeit wurde sofort zerschlagen und unmöglich gemacht, da Hitler in Oesterreich starke SS und SA-Einheiten aus Deutschland dislozierte,⁹⁹⁰ so dass sich niemand getraute etwas gegen den Nationalsozialismus zu unternehmen. Das österreichische Volk wurde mit Gewalt unterdrückt. Aus allen Stellen in Staat und Wirtschaft wurde der österreichische Einfluss mit Gewalt ausgemerzt und der gesamte Verwaltungsapparat mit radikalen reichsdeutschen nationalsozialistisch gesinnten Elementen durchsetzt. Seit der Besetzung Oesterreichs durch Deutschland hat Oesterreich sehr viel verloren, sowohl an kulturellen als auch an anderen Werten. Was dem Volke teuer und heilig war wurde ihm genommen und dafür wurde ihm der preussische Geist aufdiktiert. Alles wurde durch die NSDAP. gemacht und es herrschte nur noch Zwang und Willkür, wer sich Anordnungen der NSDAP. die ja im Staate regierte, nicht willfährig zeigte, wurde auf irgend eine Weise erledigt.

Die gesamte österreichische Exekutivgewalt, wie Polizei, Gendarmerie und Bundesheer wurde zerschlagen mit landfremden reichsdeutschen Elementen durchsetzt

989 Bei einer Begegnung in Berchtesgaden am 12. Februar 1938 setzte Hitler den österreichischen Bundeskanzler und VF-Bundesführer Kurt Schuschnigg extrem unter Druck, der sich in den folgenden Wochen noch steigerte. Bei einer Kundgebung in Innsbruck spielte Schuschnigg am 9. März eine letzte Karte aus: Er kündigte für Sonntag, 13. März eine Volksbefragung an, um der Welt zu demonstrieren, dass die Österreicher mehrheitlich keinen Anschluss an das Deutsche Reich wollen. Dazu ließ es Hitler nicht mehr kommen. Am 11. März gab er seiner Wehrmacht den Befehl, in Österreich einzumarschieren, und stellte Wien ein Ultimatum. Am Abend erklärte Schuschnigg über das Radio seinen Rücktritt. Zu dieser Zeit war die nationalsozialistische Machtergreifung, der „Anschluss von unten“, bereits im Gang. Die deutsche Wehrmacht überschritt die Grenzen. Vgl. auch Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 19-77.

990 Dislozierung: räumliche Verteilung, Versetzung. – Die 1920 gegründete Sturmabteilung (SA) war ein paramilitärischer Verband der NSDAP.

und auf das gesamte Reichsgebiet disloziert, so dass Oesterreich ein besetztes Gebiet war. Hitler wusste genau, warum er dies tat, er war sich vollkommen klar, dass er im März 1938 Oesterreich nur mit Gewalt okkupiert hatte und deshalb die Oesterreicher sei es als Soldaten oder als Exekutive, wenn sie sich selbst überlassen geblieben wären, niemals verlässliche Personen nach seinem Sinn geworden wären, deshalb die Durchsetzung mit landfremden reichsdeutschen Elementen und Dislozierung der Oesterreicher im gesamten Reichsgebiet.

Zu Punkt 3.) Bald nach der Kriegserklärung Hitlers an Polen wurde die gesamte österreichische Wirtschaftsstruktur zerschlagen und rücksichtslos wurde die österreichische Produktion in die deutsche Kriegsmaschine eingegliedert. Die österreichischen Rohstoffe und sonstigen Wirtschaftsgüter und Verkehrsmittel wurden devastiert.⁹⁹¹ Die Dislozierung der Oesterreicher im zivilen und militärischen Sektor wurde weiter verschärft und wurden dieselben über das gesamte Reichsgebiet und die anderen besetzten Gebiete zerstreut. Gleichzeitig wurde Oesterreich mit reichsdeutschen Elementen weiter durchsetzt. Reichsdeutsche militärische Einheiten wurden nach Oesterreich verlegt. Im letzten Stadium des Krieges wurden durch zurückweichende deutsche Wehrmachtsangehörige schwerste wirtschaftliche Zerstörungen und Menschen- und Materialverschleppungen vorgenommen.

⁹⁹²So traf in den ersten Maitagen in Schoppernau der Deutsche Stab General Merker aus Münsingen ein und bezog im Hause des Ortsgruppenleiters der NSDAP Franz

991 Zerstört, verwüstet.

992 Hier beginnt die beinahe wörtliche, aber gekürzte Wiedergabe der Chronik des Gendarmeriepostens Au (VLA: GendChroniken: GP Au). Es fehlt folgende Einleitung:

„Zusammenbruch der deutschen Wehrmacht und deren Auswirkungen im hiesigen Postenrayone.

Ende April 1945 erschienen in der Gemeinde Au die ersten deutschen Soldaten. Sie kamen mit Kraftfahrzeugen aus der badischen Rheingegend und waren unter Führung eines Unteroffiziers ohne ein weiteres Marschziel. Es war dies in hiesiger Gegend das erste Anzeichen der Auflösung der deutschen Armee. Auch verschiedene politische Leiter aus dem Altreich flüchteten sich hierher. Als die Kunde hier eintraf, dass sich Adolf Hitler [am 30. April 1945, UN] selbst entleibt habe, hat sich einer dieser politischen Leiter in Schoppernau erschossen, während die übrigen die Flucht ergriffen. Nun trafen alle Tage ganze Haufen führerlose Truppen sowie auch geschlossene Einheiten der Deutschen Wehrmacht in hiesiger Gegend ein. Die meisten dieser Soldaten kamen über das Faschinajoch und wollten nach Bayern und Tirol weiterreisen. Durch das schnelle Vorrücken der alliierten Truppen war es ihnen aber sehr erschwert weiter zu kommen, und haben sich deshalb in Au und Schoppernau sehr viele Soldaten gesammelt. Es gab Tage, an denen in Au und Schoppernau einige Tausend Mann Soldaten aller Waffengattungen lagen. Die Verpflegung dieser Mannschaften ergab große Schwierigkeiten, so dass sich die Bürgermeister gezwungen sahen, die Soldaten aufzufordern, die Gemeinden sobald wie möglich zu verlassen, was dann der Grossteil der Soldaten auch tat. Trotz der großen Masse führerloser Soldaten kamen Plünderungen nicht vor. Beim hiesigen Gendarmerieposten haben der größte Teil dieser deutschen Soldaten ihre Waffen abgegeben, einige Einheiten haben geschlossen mit ihren Offizieren am hiesigen Posten abgerüstet.“

Spöttl Unterkunft.⁹⁹³ Bei diesem Stab befanden sich zK. 80-100 Mann Soldaten und zwar meistens SS-Männer.⁹⁹⁴ Diese waren voll bewaffnet und zwar mit Schweren Maschinengewehren, Leichten Maschinengewehren, Maschinenpistolen, Panzerfäusten und Handgranaten. Sie führten auch ihren eigenen Tross mit Verpflegung mit. Da sich sowohl der Stab bzw. die Offiziere dieses Stabes als auch die Mannschaften in Schoppernau äusserten, dass sie gegen die anrückenden französischen Truppen Widerstand leisten werden, war die ganze Bevölkerung in Au und Schoppernau stark beunruhigt, zumal sie wussten, dass die SS stark bewaffnet ist. Es traten deshalb einige führende Männer, an deren Spitze der Bürgermeister von Schoppernau, an den Postenkommandanten in Au, Josef Hofer, mit der Bitte heran, mit dem Kommandanten des Stabes, General Merker, zu unterhandeln, dass er hier keinen Widerstand leiste und die Waffen abgebe. Nach längerer Unterhandlung gab General Merker dem Postenkommandanten Hofer die Zusicherung, dass er in diesem Tale keinen Widerstand leisten werde. Er verweigerte aber die Abgabe der Waffen mit der Bemerkung, dass nur halbe Soldaten ihre Waffen abgäben. Durch diese Zusage war die Bevölkerung etwas beruhigt. Als dann die französischen Truppen von Bregenz und Dornbirn bereits durch den Bregenzerwald vorrückten, befand sich der Stab Merker mit seinen Offizieren und Soldaten noch immer in Schoppernau. Dabei wurde von der Bevölkerung beobachtet, wie diese Soldaten Maschinengewehre und Panzerfäuste taleinwärts führten. Am 6.5.1945 erschien dann der erste französische Dolmetscher am Gendarmerieposten in Au. Postenkommandant Hofer meldete diesem, dass sich in Schoppernau noch der Stab Merker mit verschiedenen SS-Offizieren und SS-Männern befinde, die voll bewaffnet [seien] und wahrscheinlich Widerstand leisten werden. Auf Grund dieser Meldung erschienen schon einige Stunden später einige französische Kraftwagen mit Militär und hoben den Stab Merker aus. Dabei nahmen sie den General Merker mit verschiedenen Offizieren gefangen.⁹⁹⁵ Der Grossteil der Soldaten und auch einige Offiziere flüchteten in die Wälder.⁹⁹⁶

993 Bei Schelling, Festung Vorarlberg, S. 214-215 u. 230-231, und den ihm folgenden Autoren, ist irrtümlich von „Generaloberst Merkl“ die Rede. – Generalleutnant der Wehrmacht Ludwig Merker war 1944/45 Stadtkommandant von Wien, überwarf sich Anfang April 1945 aber mit Reichsstattthalter und Reichsverteidigungskommissar von Schirach, der seine Ablösung erwirkte. Rauchensteiner, Krieg in Österreich, S. 377, registrierte Merker als „zuletzt Verteidigungskommandant im Bregenzerwald“.

994 Es handelte sich wohl um Waffen-SS. Vgl. Anm. 622.

995 In Hopfreen (Schelling, Festung Vorarlberg, S. 231).

996 Ausgelassene Passage der Gendarmeriechronik (wie Anm. 992): „Die im Berggut Boden befindlichen Waffen wurden vom hiesigen Posten sichergestellt. Als dann die französischen Soldaten mit den Offizieren des Stabes Merker wieder weg waren, da kamen die SS-Männer wieder zum Grossteil zum Vorschein. Die meisten von ihnen verließen dann Schoppernau, als sie erfuhren, dass der Stab gefangen war. Die übrigen noch in Schoppernau verbliebenen SS-Männer und 2 Offiziere übergaben der Gemeinde

Am 10.5.1945 rückten die französischen Truppen in Stärke von 2 Kompanien in Au und Schoppernau ein, nachdem am 8.5.1945 der Waffenstillstand erfolgt war.⁹⁹⁷ Diese französischen Truppen waren vom 6. Regiment de Tirailleurs Marocains.^{998 999} Am 14.5.1945¹⁰⁰⁰ wurde festgestellt, dass sich auf der Gräsälper, Gemeindegebiet Schoppernau, noch reichsdeutsches Militär befindet.¹⁰⁰¹ Es wurden deshalb französische Truppen dorthin entsendet, um sie gefangen zu nehmen. Als die französischen Truppen dorthin kamen wurden sie sogleich durch Gewehrfeuer und Handgranaten empfangen. Es kam dann zu einem Gefechte, wobei ein marokkanischer Unteroffizier

Schoppernau einen Grossteil der mitgeführten Lebensmittel. Die noch verbleibenden Lebensmittel und Waffen samt Munition schafften diese Leute auf die Alpe Gräsälper, Gemeinde Schoppernau, worauf sie sich selbst dorthin begaben. Die politischen Leiter der NSDAP von Schoppernau, namens Franz Spöttli, Ortsgruppenleiter und Anton Albrecht, SA-Obertruppführer, flüchteten schon am 1.5.1945 auf diese Alpe, sie befanden sich aber, als die SS dorthin flüchtete, nicht mehr dort.“

997 Am 8. Mai 1945, 23:01 Uhr Mitteleuropäische Zeit, trat die bedingungslose Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht in Kraft. Das bedeutete das formelle Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa.

998 Ausgelassene Passage der Gendarmeriechronik (wie Anm. 992): *„und befand sich in Au die 3. und in Schoppernau die 4. Kompanie dieses marokkanischen Regiments.“* – Das 6. marokkanische Schützenregiment war eine Einheit der 4. marokkanischen Gebirgsdivision, die die Hauptlast der Befreiung Vorarlbergs trug und in der ersten Phase auch die Besatzungstruppe bildete (mit Ausnahme des Kleinwalsertals). Der Kommandierende Divisionsgeneral mit Sitz in Feldkirch war bis weit in den Juni 1945 hinein zugleich provisorischer Militärgouverneur für Vorarlberg.

999 Ausgelassene Passage der Gendarmeriechronik (wie Anm. 992): *„Der Stab dieser Truppe befand sich im Hotel Krone in Au, woselbst auch der Gouverneur war. Mit diesen Truppen wurden dann unter Führung der hiesigen Gendarmerie die Alpen nach noch versprengten deutschen Soldaten abpatrouilliert, wobei am 12.5.1945 durch den Postenkommandanten Hofer und 1 französischen Leutnant und 1 Unteroffizier in Damüls in einer abgelegenen Hütte 3 SS-Angehörige ausgeforscht und verhaftet wurden. Diese SS-Leute waren mit Pistolen bewaffnet.“*

1000 Im Bericht von 1945 irrtümlich 18. Mai 1945 (Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 44).

1001 Ungekürzte Passage der Gendarmeriechronik (wie Anm. 992): *„Am 14.5.1945 beobachtete der Jagdaufseher Johann Hammerle in Au auf der Alpe Gräsälper bewaffnete Soldaten. Er meldete dies am hiesigen Posten, worauf von hier aus die Meldung an das militärische französische Kommando in Au weitergegeben wurde. Es wurden dann unter Führung des Oberwachtmeister der Gendarmerie der Reserve Peter Bader und des Jagdaufsehers Johann Hammerle 2 Patrouillen zur Ausforschung und Festnahme dieser deutschen Soldaten entsendet. Als die Patrouille Bader auf die Alpe Gräsälper kam und einen Wald durchkämte, stieß Bader mit einem marokkanischen Soldaten auf ein Zeltlager, aus dem er sogleich Pistolenfeuer erhielt. Bader und der marokkanische Soldat erwiderten das Feuer aus ihren Gewehren und wurde dabei ein deutscher Oberleutnant durch Kopfschuß getötet, worauf der zweite Insasse des Zeltlagers, ein deutscher Leutnant, die Flucht ergriff. Auf der Flucht wurde er an einem Fuße verwundet. Die zweite Patrouille unter Führung des Jagdaufsehers Hammerle wurde, als sie sich der zweiten Gräsälperhütte näherte, mit Handgranaten beworfen, wobei ein marokkanischer Unteroffizier tödlich verwundet wurde. Als die französischen Truppen nunmehr das Feuer auf diese Hütte eröffneten, ergriffen die übrigen SS-Leute die Flucht in die umliegenden Wälder. Nach Herbeiholung von Verstärkung wurden dann noch 5 SS-Leute gefangen. Wie sich später herausstellte, befanden sich in der vorderen Gräsälperhütte noch 3 SS-Leute mit Maschinengewehren schußbereit*

und ein reichsdeutscher Oberleutnant¹⁰⁰² fiel. 5 SS-Leute wurden dann noch gefangen. Als Vergeltung für den Tod des marokkanischen Unteroffiziers wurden über Anordnung der französischen Militärbehörden die 3 Alphütten und zwar 2 auf der Alpe Gräsälper und 1 auf der Alpe Tobel, sowie 11 Vorsässhütten und die Kapelle im Vorsäss Boden in Brand gesteckt und gänzlich eingeäschert. Die gefangenen 5 SS-Leute wurden am 15.5.1945 abends 18 Uhr in Au standrechtlich erschossen. Diese SS-Leute, die Widerstand leisteten und erschossen wurden, waren Angehörige des Stabes Merker. Im Ganzen befanden sich 13 SS-Leute auf der Alpe Gräsälper, 5 weitere wurden noch gefangen, während 2 weitere SS-Männer in einer Alphütte verbrannten.

Zu Punkt 4.) In Oesterreich herrschte vor 1938 bis zur Befreiung im Jahre 1945 die Gestapo mit ihrer Schreckensherrschaft. In hiesiger abgelegener Gebirgsgegend wurde davon nicht viel verspürt, wie vielleicht anderswo, aber trotzdem kamen auch hier durch die Gestapo Verhaftungen vor.¹⁰⁰³

Zu Punkt 5.) Schon frühzeitig bildeten sich in Oesterreich Widerstandsbewegungen, auch in hiesiger Gegend wurden Widerstandsbewegungen gebildet. Ihre Entwicklung

unter den Stallbrücken. Diese 3 SS-Leute konnten, als die Marokkaner diese Hütte in Brand steckten, nicht mehr flüchten und einer dort verbrannte. 4 SS-Leute, die sich geflüchtet hatten, wurden am 16.5.1945 von Revier-Inspektor Hofer in Rehmen verhaftet und der Militärbehörde übergeben. 1 SS-Mann hat sich am 16.5.1945 der Militärbehörde selbst gestellt. Diese 5 SS-Leute haben am Kampf nicht teilgenommen und waren bei ihrer Festnahme nicht bewaffnet. Als Vergeltung für den Tod des marokkanischen Unteroffiziers wurden über Anordnung der französischen Militärbehörde die 3 Alphütten, und zwar 2 auf der Alpe Gräsälper und 1 auf der Alpe Tobel, sowie 11 Vorsässhütten und die Kapelle im Vorsäss Boden in Brand gesteckt und gänzlich eingeäschert. Am Abend des 15.5.1945 waren sowohl die 3 Alphütten, als sämtliche Hütten mit der Kapelle des Vorsässes Boden abgebrannt. Die am 15.5.1945 gefangenen 5 SS-Leute, bestehend aus einem Leutnant und 4 Mann, die am Kampfe aktiv teilgenommen hatten, wurden am 15.5.1945 abends 18 Uhr am Waldrande hinter dem Hotel Krone von den französischen Truppen standrechtlich erschossen und dann samt dem am Kampfplatze gefallenen deutschen Oberleutnant am Ortsfriedhof in Au beerdigt. Nach diesem Ereignis trat dann hier Ruhe ein. Die marokkanischen Truppen befanden sich vom 15.5. bis 8.7.1945 in den Gemeinden Au und Schopperrau. Damüls hatte keine Besatzung. Am 8.7.1945 gingen die marokkanischen Truppen nach Giesingen [Gisingen] und Götzis ab. Im August kamen dann französische Alpenjäger in der Stärke einer Sektion nach Au und wurden im Gasthaus Krone einquartiert. Diese Alpenjäger waren durch 4 Wochen in Au, worauf sie nach Bezau verlegt wurden.“ –Hofer und Bader wurden von den Franzosen mit einem Belobigungszeugnis ausgezeichnet.

1002 Der korrekte, entsprechende Dienstgrad in der Waffen-SS lautete SS-Obersturmführer.

1003 So wurde Altbürgermeister Pius Beer am 27. März 1940 wegen „staatsfeindlichem Verhalten“ verhaftet. Er verbrachte eine Woche in Gestapo-Haft in Bregenz (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 271). Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

war aber besonders schwierig im Vergleich zu anderen fremdsprachigen besetzten Ländern. Auf uns Oesterreicher hatte ja die Gestapo und die SS und SA ein besonders scharfes Auge,¹⁰⁰⁴ da sie wussten, dass die Oesterreicher schon lange bzw. nie etwas von Hitlers Krieg wissen wollten und der grösste Teil der Oesterreicher nur zum Nationalsozialismus gezwungen wurden. Schon deshalb weil die Oesterreicher als nicht verlässlich galten, wurden sie schärfer bewacht, und die Entwicklung der Widerstandsbewegung war deshalb sehr schwierig. Aber trotzdem haben sich überall in Oesterreich und in jedem Lande und Dorfe Widerstandsbewegungen gebildet, die nur auf den Augenblick des Losschlagens warteten.¹⁰⁰⁵

Hofer. Rev. Insp.

Pius Beer

[Rundstempel mit Gemeindewappen: Gemeinde Au / Bezirkshauptmannschaft Bregenz]

1004 Die 1920 gegründete Sturmabteilung (SA) war ein paramilitärischer Verband der NSDAP.

1005 Zur Formierung der Bregenzerwälder Widerstandsbewegung der letzten Tage vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 215-216.

Q 38 Bericht der Gemeinde Mittelberg

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 18

Typoskript, 1 Seite Begleitschreiben, 2 Seiten Bericht, Originalunterschrift.

Die Gemeinde Mittelberg (Landkreis Sonthofen), die das Kleinwalsertal umfasst, zählte 1939 2.209 Einwohner. Nachdem das Tal über keine Straßenverbindung zum übrigen Vorarlberg verfügte, wurde es 1891 über einen Staatsvertrag in das Zollgebiet des Deutschen Reichs einbezogen. Mit diesem Sonderstatus profitierten die Kleinwalsertaler enorm von der Tausendmarksperr; ihr Tourismus boomte. 1938 wurde Mittelberg zuerst in den NSDAP-Gau Schwaben einbezogen und schließlich dem Land Bayern (Regierungsbezirk Schwaben) zugeschlagen. Als die Panzerspitze der Franzosen am 2. Mai 1945 zur Walserschanz vorstieß, hatte der „Walsertaler Heimatschutz“ das Tal bereits unter seine Kontrolle gebracht. Im Auftrag der französischen Militärregierung übte diese Widerstandsbewegung noch bis Ende Mai Polizeigewalt aus, was in Österreich wohl einmalig gewesen sein dürfte.¹⁰⁰⁶

Theoretisch kehrte Mittelberg mit der Befreiung von der NS-Diktatur im Mai 1945 wieder zu Vorarlberg zurück. Die effektive Rückgliederung nahm jedoch Monate, ja Jahre in Anspruch.¹⁰⁰⁷

Die Gemeinde Mittelberg übermittelte für das Rotbuch eine Abschrift des Berichtes, den sie im Februar 1946 der Bezirkshauptmannschaft Bregenz für den französischen Bezirksgouverneur geschickt hatte.¹⁰⁰⁸ Wer ihn verfasst hat, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Wir verfügen zu den Vorgängen noch über zwei weitere Berichte.¹⁰⁰⁹

1006 Zeitzeuge Fritz, Kleinwalsertal, S. 20, relativierte 1988 die Heimatschutz-Chroniken (siehe Anm. 1009): „Der Heimatschutz hatte sicherlich Verdienste um Ordnung und Sicherheit im Tal. Aber es sei mir gestattet zu bemerken, dass es sich um einen ‚späten und relativ gefahrlosen Widerstand‘ gehandelt hat. Warum sollten in diesem Stadium noch Risiken eingegangen werden; Helldentum war nicht mehr gefragt. [...] Auch das Verhalten einzelner ‚Heimatschützer‘ war nicht gerade lobenswert. Die Art und Weise, wie das ‚Abschieben‘ der zahlreichen Evakuierten erfolgte und wofür der Heimatschutz verantwortlich zeichnete, war alles andere als ein Ruhmesblatt und fern jeder Humanität.“

1007 Vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 31-41, 59-76 u. 119-170.

1008 Bericht der Gemeinde Mittelberg vom 20.02.1946, ediert in: Weber, NS-Herrschaft am Land, S. 143-147.

1009 Günther Werkmeister, Die Widerstandsbewegung im Kl. Walsertal, Typoskript o.O. o.J. (VLA: NL Meusburger/Heimatschutz Kleinwalsertal Nr. 6, Fotokopie); Alfons Köberle, Werden und Wirken des Walsertaler Heimatschutzes. Typoskript, Mittelberg o.J. (VLA: Bibliotheksgut 221, Fotokopie). Vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 74 Anm. 1. Erst 2008 ist mir dank Stefan Heim, Chronist der Gemeinde Mittelberg, ein interessanter Vortrag bekannt geworden, den Altbürgermeister Walter Fritz (1921 bis 1994) 1988 hielt (Fritz, Kleinwalsertal). Ich danke Stefan Heim auch für Personenauskünfte.

Der Bürgermeister der Gemeinde
Mittelberg (Kleinwalsertal)
[...]

Mittelberg, den 15. April 1946.

Landeshauptmannschaft
B r e g e n z¹⁰¹⁰

Betreff: Herausgabe eines Rotbuches

Anbei senden wir Ihnen eine Darstellung des geschichtlichen Werdeganges über die deutsche Besetzung von Österreich bis zur Befreiung durch die Alliierten und ersuchen die gewünschten Angaben für die Herausgabe eines „Rotbuches“ daraus zu entnehmen.

Der Bürgermeister:
*Kessler*¹⁰¹¹

[Rundstempel mit Gemeindewappen: Gemeinde / Mittelberg Kl. Walsertal]

Darstellung des geschichtlichen Werdeganges über die deutsche Besetzung von Österreich bis zur Befreiung durch die Alliierten.

Gemeinde Mittelberg, Kleines Walsertal

Das, durch seine geographische Lage, viel reichsdeutsche Gäste zählende Kleine Walsertal war ein günstiger Boden für die Organisation und Machenschaften der NSDAP. Unterstützt wurden dieselben durch den ziemlich hohen Prozentsatz ansässiger Reichsdeutschen. In den Jahren 1932-34 war im Allgemeinen im Tal von der Tätigkeit der NSDAP nicht sehr viel zu spüren. Unter der Bevölkerung wurde von heimlichen Zusammenkünften und S.A.¹⁰¹² Appellen gemunkelt. Als einflussreicher Führer und Agitator hat sich damals besonders Gedeon Heim von Mittelberg

1010 Unter dem Datum Eingangsstempel: Landeshauptmannschaft Vorarlberg / Eing. am 19. Apr. 1946 Blg.
Unter der Unterschrift Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 23.4.46, Zl. 86/3 Anl. 1.

1011 Bürgermeister war Gedeon Fritz. Hier zeichnete offenbar sein Stellvertreter Max Keßler (vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 298).

1012 Die 1920 gegründete Sturmabteilung (SA) war ein paramilitärischer Verband der NSDAP.

hervorgetan.¹⁰¹³ Der Erfolg war jedoch nicht sehr gross. Das Verbot der Partei wurde von den Nazis mit stiller Wut, von der einheimischen Bevölkerung mit grosser Befriedigung und Genugtuung aufgenommen.¹⁰¹⁴ Auf dieses Verbot hin wurde von den Reichsdeutschen der „Bund der Auslandsdeutschen“ ins Leben gerufen um sich unter diesem Deckmantel ungestörter versammeln zu können.¹⁰¹⁵ Gleichzeitig begannen auch die geheimen und offenen Quertreibereien gegen die Vaterländische Front und die damalige Gemeindevorsteherung.¹⁰¹⁶ Die vaterländischen Gasthäuser und Geschäfte wurden boykottiert. Die illegale Betätigung der Nazi kam besonders in den Jahren 1935/36 durch Stänkereien, Böllerlegen vor vaterländischen Häusern, heimliches Legen von Zeitungen (roter Adler) zum Ausdruck.¹⁰¹⁷ Das Verschmieren von Wänden und Auslegen von Hakenkreuzen machte sich ebenfalls stark bemerkbar. Durch die gute Verbindungsmöglichkeit des Tales mit dem reichsdeutschen Gebiet und der Anwesenheit vieler reichsdeutscher Gäste waren diesen Machenschaften Tür und Tor geöffnet. Die Versammlungen des „Bund der Auslandsdeutschen“ fanden angeblich im Darmstädter Haus in Hirschegg unter Führung des nachmaligen Ortsgruppenleiters Jörg Willand statt. Nachdem sich die hiesige Exekutive

-
- 1013 Am 28. August 1945 verlangte die französische Besatzungsbehörde von Bürgermeister Gedeon Fritz eine Liste mit der Charakterisierung der Nationalsozialisten. In dieser „Vertraulichen Liste über die Parteigenossen des Tales“ (Anhang zu Fritz, Kleinwalsertal) heisst es: „18. Heim Gedeon, noch abwesend, seinerzeit Propagandaredner, illegaler Österreicher“. Gemeint ist: österreichischer Staatsbürger, bereits vor 1938 illegales NSDAP-Mitglied. Zu Heim: Der Walser 50 (1976) 32.
- 1014 Die NSDAP und die ihr angeschlossenen Verbände wurden in Österreich am 19. Juni 1933 verboten.
- 1015 Ab Mai 1933 bestand im Kleinwalsertal ein Stützpunkt, ab Oktober 1933 eine illegale NSDAP-Ortsgruppe, die jedoch von der Landesleitung Österreich abgeschlossen war und offenbar ihren Betrieb einstellen musste. Soweit die Parteimitglieder Staatsbürger des Deutschen Reichs waren, bot die 1933 gegründete „Gemeinschaft der Reichsdeutschen im Kleinen Walsertal“ eine Ersatzorganisation. An ihre Stelle trat 1936 eine Ortsgruppe des „Bundes der Reichsdeutschen, Land Vorarlberg“. Mit dem Aufbau einer Landesgruppe Österreich der NSDAP-Auslandsorganisation konnten sich die Reichsdeutschen zu einer Ortsgruppe zusammenschließen, die von Hermann Kiefer und Hermann Künzel geleitet wurde (Walser Heimatbote 20 [1938] 35: „Entwicklung des Nationalsozialismus im Kleinen Walsertal“). Um eine Isolierung des Tales durch Einbeziehung in die Tausendmarksperrzone zu verhindern, kam die Bundesregierung dem Zollausschlussgebiet mit Ausnahmegenehmigungen zur „Flaggenverordnung“ entgegen. Gaststätten und den deutschen Gästen wurde zudem der Bezug einiger in Österreich verbotener deutscher Zeitungen erlaubt (Nachbaur, Territorialfragen, S. 37. u. 40). Ortsgruppenleiter waren Hermann Künzel und Hermann Kiefer (Fritz, Kleinwalsertal, S. 9). Zum „Bund der Reichsdeutschen in Vorarlberg“ vgl. Anm. 538.
- 1016 Zur Vaterländischen Front vgl. Darstellung Kapitel 1.10 und Anm. 779.
- 1017 „Der rote Adler. Kampfblatt der NSDAP für Tirol und Vorarlberg“ erschien 1932 bis 1936 und 1938 bis 1944. Während der Verbotszeit der NSDAP in Österreich 1933 bis 1938 wurde der „Rote Adler“ als illegales Propagandablatt verbreitet (Falch, Die beste Waffe).

unter Mitwirkung der Vaterländischen Front¹⁰¹⁸ diesem Treiben energisch entgegenstellten und verschiedenen Illegalen Verhaftung drohte, ergriffen einige von ihnen die Flucht und meldeten sich bei der Österreichischen Legion in Deutschland.¹⁰¹⁹ Beim Umsturz 1938 wurde der damalige Bürgermeister Gedeon Fritz und noch verschiedene andere angesehene einheimische österreichische Bürger von fragwürdigen Elementen sofort in Haft gesetzt.¹⁰²⁰ Das vom Schweizer Josef Althaus¹⁰²¹ geführte Gasthaus zum Stern in Riezlern wurde wegen angeblicher Judenfreundlichkeit und als Versammlungslokal der Vaterländischen Front sofort geschlossen. Der Besitzer von seiner Familie getrennt und auf 3 Jahre des Tales verwiesen. Auf besonders unangenehme, gehässige Weise hat sich der damalige Ortsgruppenleiter Jörg Willand gegenüber der einheimischen Bevölkerung benommen. Der Anschluss ans Altreich¹⁰²² wurde durch einen Fackelzug gefeiert, bei dem jedoch der weitaus größte Teil der Teilnehmer von Reichsdeutschen gestellt wurde. Die Furcht vor Verfolgung diktierte dann wohl im Frühjahr 1938 die Wahl. An eine wirklich geheime und freie Wahl glaubten die Wenigsten, nachdem durch öffentliche Wahlreden usw. die Bevölkerung genügend eingeschüchtert wurde. Ausserdem glaubte man, dass sich die Nazi-Wahlbehörde ohnedies die genügende Anzahl Ja-Stimmen konstruieren würde.¹⁰²³ Der erste Mai, die offizielle Übernahme des Kleinen Walsertales in den Kreis Schwaben wurde mit nationalsozialistischem Pomp gefeiert.¹⁰²⁴ Besonders schmerzlich wurde

-
- 1018 400 „Walser“ hatten sich 1934 unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Terrors zum „Walserbund“ zusammengeschlossen, der auch gegen die „Gemeinschaft der Reichsdeutschen im Kleinen Walsertal“ (vgl. Anm. 1015) gerichtet war (vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 39-40).
- 1019 Die „Österreichische Legion“ war eine ab 1933 in Deutschland gebildete paramilitärische Einheit, die sich aus österreichischen Nationalsozialisten rekrutierte. Vgl. Einleitung Q 39.3.
- 1020 Fritz, Kleinwalsertal, S. 11: „Die Verhaftung von Gedeon Fritz und sechs seiner Getreuen war eine der ersten Maßnahmen der neuen Machthaber. Allerdings konnten sie alle nach wenigen Tagen von Bregenz nach Hause zurückkehren. Man versuchte, Fritz in der Folge möglichst zu isolieren.“ Fritz war 18 Tage in Haft (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 291).
- 1021 Laut Nachruf in Der Walser 50 (1976) 17, wurde Josef Althaus 1904 in Fischen geboren; das spricht am ehesten für das benachbarte Ostallgäu.
- 1022 Als „Altreich“ wurde das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 bezeichnet. Zusammen mit den ab 1938 annektierten Gebieten bildete es das „Großdeutsche Reich“. Im ehemaligen Österreich wurde der Begriff „Altreich“ wohl eher abschätzig verwendet (vgl. Schmitz-Berning, Vokabular, S. 26-27).
- 1023 In der Gemeinde Mittelberg stimmten am 10. April 1938 von 1.510 Stimmberechtigten offiziell 1.465 mit Ja, 7 mit Nein, 21 Stimmzettel waren ungültig; 17 blieben demnach der Abstimmung fern (VTB 11.04.1938, S. 3). Das ergab 99,5 Prozent der gültigen Stimmen für den Anschluss an das Deutsche Reich (Landesdurchschnitt: 98,1 Prozent).
- 1024 Am 1. Mai 1938 lud die NSDAP-Ortsgruppe zum „Fest der Arbeit“ auf den Festplatz (Walser Heimatbote 20 [1938] 23). Die Eingliederung in den NSDAP-Gau Schwaben wurde erst am 12. Juli 1938 gefeiert (Walser Heimatbote 20 [1938] 34, 35 u. 36). Mit 15. Oktober 1938 wurde die

von der einheimischen Bevölkerung diese Einverleibung in einen volksfremden Gau empfunden. Um diesen Anschluss hat sich besonders der nachmalige Ortsgruppenleiter [Hermann] Künzel und der Bürgermeister Gottlieb Kessler beworben.¹⁰²⁵ Der erste Ortsgruppenleiter Jörg Willand wurde schon nach kurzer Zeit wegen übler Machenschaften persönlicher Art abgesetzt.¹⁰²⁶ In der Folgezeit wurden durch Denunzianten verschiedene Geschäftsleute unterdrückt und schikaniert. Bei Bauern wurde während der Kriegszeit bei schlechter Milchablieferung mit Einziehung zum Wehrdienst gedroht.

Bereits im Jahre 1943 begann sich unter der österreichischen Bevölkerung des Tales unter der tatkräftigen Führung des Metzgermeisters Peter Meusburger von Mittelberg eine Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Regime zu bilden. Ein besonderer Verdienst erwarb sich die Bewegung durch Heranschaffen von Waffen, Verstecken und Verpflegen von Deserteuren u.a.m.¹⁰²⁷ Mit dem französischen Botschafter Fr[ançois-Poncet],¹⁰²⁸ welcher als Internierter im Hotel Ifen in Hirscheegg

Gemeinde Mittelberg dem Land Bayern zugeschlagen und dem Kreis Schwaben und Neuburg (ab 1939 Regierungsbezirk Schwaben) zugewiesen (RGBl. 1938 I S. 1333; GBfÖ. Nr. 433/1938; Pfeifer, Ostmark, S. 93); eine entsprechende Feier fand am 26. Oktober 1938 statt (Fritz, Kleinwalsertal, S. 15 u. Zeitungsmeldung im Anhang; Nachbaur, Territorialfragen, S. 40).

1025 Am 16. April 1938 stellte Gottlieb Kessler als kommissarischer Bürgermeister und als NSDAP-Ortsgruppenleiter an die Landeshauptmannschaft Vorarlberg und an die NSDAP-Gauleitung Vorarlberg den Antrag, das Kleinwalsertal möge im Zuge des Neuaufbaus im Lande Österreich verwaltungsmäßig dem Bezirk Sonthofen im Kreis Schwaben und Neuburg und parteimäßig in den NSDAP-Gau Schwaben eingegliedert werden (Nachbaur, Territorialfragen, S. 40 u. 48 Anm. 80). Künzel war 1925 aus dem Deutschen Reich zugezogen und hatte eine Schwester Gottlieb Kesslers geheiratet. Noch 1938 folgte Künzel Willand (vgl. Anm. 1025) als NSDAP-Ortsgruppenleiter (Fritz, Kleinwalsertal, S. 13). In der „Vertraulichen Liste über die Parteigenossen des Tales“ von 1945 (Anhang zu Fritz, Kleinwalsertal) heißt es: „1. Künzel Hermann, Ortsgruppenleiter, früher Obmann im Bund der Auslandsdeutschen, alle Reichsdeutschen arbeiteten im Bund der Auslandsdeutschen in der Verbotzeit auf österreichischem Hoheitsgebiet illegal für die NSDAP. In seiner Tätigkeit sehr eifrig, gewalttätig, mit gewaltigem Einfluss, jedoch hat er verschiedene Denunzierungen niedergeschlagen und niemanden ins KZ gebracht. [...] 3. Kessler Gottlieb, Bürgermeister, anfangs Ortsgruppenleiter, als Österreicher illegal, sehr begeistert, brachte 9 Mann ins Gefängnis, als Bürgermeister war er willensloses Werkzeug des Ortsgruppenleiters“. – Zu Kessler: Der Walser 50 (1976) 20 u. 54 (1980) 34; Walserheimat in Vorarlberg (1980) 27, S. 319-320. Zu Künzel: Der Walser 43 (1969) 6.

1026 Der erste, provisorische NSDAP-Ortsgruppenleiter war Gottlieb Kessler. Er trat diese Funktion bei seiner Ernennung zum Bürgermeister im Mai 1938 an Jörg Willand ab, der nach kurzer Amtszeit von seinem Rivalen Hermann Künzel gestürzt wurde (Fritz, Kleinwalsertal, S. 12-13, Nachbaur, Territorialfragen, S. 48 Anm. 80). In der „Vertraulichen Liste über die Parteigenossen des Tales“ von 1945 (Anhang zu Fritz, Kleinwalsertal) heißt es: „4. Willand Jörg, seinerzeit Ortsgruppenleiter, Gemeindebeigeordneter, SS, sehr aktiv und gehässig, besonders gegen Einheimische, anmassender Parteiredner.“ Zu Willand: Fritz, Kleinwalsertal, S. 18.

1027 Vgl. Anm. 846.

1028 Im Text: Fr. B.....

lebte, wurden schon frühzeitig Verbindungen aufgenommen. Ein gut organisierter Spitzeldienst offenbarte alle Pläne der Nazis und wurde der Botschafter sowie verschiedene andere ausländische Diplomaten, denen von der SS Gefahr drohte, im geheimen bewacht und wären im Ernstfalle sofort in Sicherheit gebracht worden.¹⁰²⁹ Im Frühjahr 1945 hatte der Geheimdienst der Widerstandsbewegung bereits Verbindung mit Offizieren des Gebirgsjäger-Bataillons 99 in Sonthofen und der in Birgsau stationierten SS.¹⁰³⁰ Selbst die Post wurde durch einen Abhorchdienst überwacht. So sollte durch das Stichwort „Feierabend“ ein Gemetzel unter den „Schwarzen“¹⁰³¹ ausgelöst werden. Dasselbe kam jedoch nicht mehr in Anwendung. Es ist anzunehmen, dass die Ortsgruppenleitung ihrerseits in der allerletzten Zeit vor dem Zusammenbruch eine Ahnung von dieser Bewegung hatte, sich jedoch nicht mehr traute, schärfere Massnahmen dagegen zu ergreifen.

Nachdem die kämpfende Truppe der Franzosen Ende April bis in die Gegend von Kempten vorgestossen war, flüchtete sich viel Militär, meist höhere Offiziere, SS und Nazibonzen ins Kleine Walsertal um sich hier in Sicherheit zu bringen. Dadurch wurde die Lage des Tales wesentlich verschärft. Trotz dieser Massenansammlung von gefährlichen Elementen trat am 1. Mai früh die unter dem Namen „Heimatschutz“ gebildete Widerstandsbewegung bewaffnet auf den Plan und besetzte schlagartig das Gemeindehaus und die Postämter der drei Ortschaften.¹⁰³² Der Bürgermeister, Ortsgruppenleiter und verschiedene andere führende nationalsozialistische Persönlichkeiten wurden in Schutzhaft genommen¹⁰³³ und die Geschicke des Tales vom Ortskommandant und dem kommissarischen Bürgermeister Gedeon Fritz in die Hand genommen.¹⁰³⁴ Zu diesem Zeitpunkt waren die Franzosen noch ca. 40 Kilometer vom Tal entfernt und es dauerte noch volle 2 Tage, bis die erste Panzerspitze

1029 Im mondänen Hotel Ifen hatte das NS-Regime ab Oktober 1943 eine Reihe prominenter französischer und italienischer Geiseln interniert, darunter André François-Poncet, 1931 bis 1938 französischer Botschafter in Berlin und ab 1938 bis 1940 in Rom (vgl. Nachbaur, Territorialfragen, S. 60 u. 74 Anm. 10).

1030 In Sonthofen war das 3. Bataillon des Gebirgsjäger-Regiments 99 stationiert. In Birgsau (Gemeinde Oberstdorf) befanden sich ein Ausbildungslager der Waffen-SS und ein Außenlager des KZ Dachau, dessen Häftlinge von der Bauleitung der Waffen-SS und Polizei zugeteilt waren. Zum Widerstand in Oberstdorf vgl. Patel, Umsturz.

1031 Unter den „Schwarzen“ werden hier wohl ehemalige Christlichsoziale und Mitglieder der Vaterländischen Front zu verstehen sein.

1032 Der „Walsertaler Heimatschutz“ hatte sich am 31. März 1945 formiert.

1033 Der Begriff „Schutzhaft“ (vgl. Anm. 662 und 663) färbte auf den allgemeinen Sprachgebrauch ab.

1034 Mit dem „Ortskommandanten“ ist der Chef des „Walsertaler Heimatschutzes“ Peter Meusburger gemeint (Köberle, Walsertaler Heimatschutz, [S. 37]). – In der „Vertraulichen Liste über die Parteigenossen des Tales“ von 1945 (Anhang zu Fritz, Kleinwalsertal) heißt es: „55. Meusburger Peter, ehemaliger Blockleiter, später Konträr.“

die Walserschanze erreichte.¹⁰³⁵ Nachdem ein grosser Teil Heimatschutzmänner zwangsweise beim Volkssturm Dienst machen musste, war es selbstverständlich, dass dieser überhaupt nicht in Tätigkeit trat.¹⁰³⁶ Nazikarteien, Parteilisten und Schriftstücke der NSDAP waren bei der Übernahme überhaupt keine vorhanden, also wohl vernichtet worden. Die erste Handlung der neuen Bewegung war Ermahnung der Talbevölkerung zur Ruhe und Sicherheit durch Plakatanschlag und durch die von der örtlichen Druckerei schon einige Tage vorher vorbereiteten Flugzettel. Ferner Ausgehverbot bei Nacht, Einsetzung von bewaffneten Streifen, Wachposten und Kontrollen im ganzen Tal. Beflaggung durch österreichische und weisse Fahnen wurde ebenfalls sofort angeordnet. Es ist ein grosser Verdienst des Heimatschutzes, dass diese kritischen Tage bis zur Besetzung durch die Franzosen ohne jeden Zwischenfall vorüberging.¹⁰³⁷ Infolgedessen wurde unser Tal auch von jeglicher Zerstörung bewahrt. Von den tonangebenden Nazis befinden sich noch der ehemalige Ortsgruppenleiter Jörg Willand, Schulungsleiter Hans Stinglele¹⁰³⁸ und der seinerzeitige stellvertretende Ortsgruppenleiter [Hermann] Kiefer¹⁰³⁹ in Gefangenschaft.¹⁰⁴⁰ Andere sind bereits durch die französische Militärregierung in Haft genommen worden.

1035 Das trifft nicht zu. Die erste Panzerspitze traf bereits am 2. Mai 1945, um 11 Uhr, in Riezlern ein. Die Franzosen zogen sich aber nach der Sicherung der Geiseln im Ifenhotel vorläufig wieder zurück; die Besatzung traf erst zehn Tage später ein. Am 5. Mai führten 24 Mann des Heimatschutzes rund 200 Franzosen über den verschneiten Tannberg zum Arlberg (Köberle, Walsertaler Heimatschutz, [S. 37-41]; Kaminski, Les Batailles, S. 192-193 und Fotos; Q 20).

1036 Zum Volkssturm (Standsschützen) vgl. oben Edition/Quellenkritik.

1037 2005 konnte das Vorarlberger Landesarchiv aus dem Nachlass Peter Meusburgers einige Unterlagen des „Heimatschutzes“ übernehmen. Sie zeigen, dass diese Widerstandsbewegung das Tal im Auftrag der Franzosen noch bis Ende Mai kontrollierte und sich dafür offenbar auch die Gendarmerie unterstellte. (VLA: NL Meusburger/Heimatschutz Kleinwalsertal).

1038 In der „Vertraulichen Liste über die Parteigenossen des Tales“ von 1945 (Anhang zu Fritz, Kleinwalsertal) heisst es: „*B. Stinglele Hans, Schulungsleiter der NSDAP, SS, sehr aktiv nach Rosenbergs Methoden, aktive Mithilfe seiner Frau.*“

1039 Hermann Kiefer fehlt in der „Vertraulichen Liste über die Parteigenossen des Tales“ von 1945 (Anhang zu Fritz, Kleinwalsertal).

1040 Vermutlich in Kriegsgefangenschaft oder in einem Anhaltelager.

Q 39 Bericht des Landesgerichts Feldkirch

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mapped VIII Vorarlberg, V 6.

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Mit Verordnung über die Änderung der Bezeichnung von Gerichten im Lande Österreich vom 2. August 1938 wurden die Landes- und Kreisgerichte in „Landgerichte“ umbenannt.¹⁰⁴¹ Der Sprengel des Landgerichtes Feldkirch umfasste weiterhin das ehemalige Land Vorarlberg (ab 15. Oktober 1938 ohne die Gemeinde Mittelberg). Wie an allen Landgerichten wurde 1939 auch in Feldkirch ein Sondergericht errichtet (vgl. Q 39.4).¹⁰⁴²

Franz Erne war 1936 bis 1938 Vizepräsident und 1945 bis 1949 Präsident des Landesgerichtes Feldkirch.

Jv: 451- 28 Z/46

An die
Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Presse- und Rundfunkstelle
in Bregenz.¹⁰⁴³

Anbei wird das im Sinne des Rundschreibens des Landeshauptmannes vom 8/4 1946, Zl: 86/2 und 86/3 beim Landesgerichte in Feldkirch gesammelte Rotbuchmaterial übersendet.

Präsidium des Landesgerichtes
Feldkirch, am 24.4.1946
Dr. Erne

[Rundstempel mit Staatswappen: Präsidium des Landesgerichtes Feldkirch]

1041 RGBL. I S. 998 (GBIÖ. Nr. 350/1938).

1042 Zur Justiz in Tirol und Vorarlberg während der NS-Zeit: Laich, Zwei Jahrhunderte Justiz, S. 227-242; Palme, NS-Justiz in Tirol und Vorarlberg; Achrainner, Standgerichte an der Heimatfront.

1043 Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 25.4.46, Zl. 86/3 Anl. 20.

Q 39.1 Verurteilungen wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen 1940 bis 1945

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 6/1

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Am 25. November 1939 erließ die Reichsregierung die Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes (Wehrkraftschutzverordnung).¹⁰⁴⁴ Sie bestimmte in § 4 Abs. 1 (verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen): „*Wer vorsätzlich gegen eine zur Regelung des Umgangs mit Kriegsgefangenen erlassene Vorschrift verstößt oder sonst mit einem Kriegsgefangenen in einer Weise Umgang pflegt, die das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.*“ Am 11. Mai 1940 wurde diese Bestimmung durch die Verordnung über den Umgang mit Kriegsgefangenen ergänzt.¹⁰⁴⁵ § 1 Abs. 1: „*Sofern nicht ein Umgang mit Kriegsgefangenen durch die Ausübung einer Dienst- oder Berufspflicht oder durch ein Arbeitsverhältnis der Kriegsgefangenen zwangsläufig bedingt ist, ist jedermann jeglicher Umgang mit Kriegsgefangenen und jede Beziehung zu ihnen untersagt.*“ § 1 Abs. 2: „*Soweit hiernach ein Umgang mit Kriegsgefangenen zulässig ist, ist er auf der notwendigste Maß zu beschränken.*“

Diese Tatbestände wurden vor den Sondergerichten verhandelt, die 1939 bei den Landgerichten errichtet wurden (vgl. Q 39.4).

Verzeichnis der beim Landesgericht Feldkirch von 1940 bis 1945 erfolgten
Verurteilungen wegen verbotenen Umganges mit Kriegsgefangenen:

21 ohne Haft (zu Geldstrafen)

6 mit Haft (zu Freiheitsstrafen)

Landesgericht Feldkirch

Abt. 5, am 23. April 1946.

*Murr*¹⁰⁴⁶

[Rundstempel mit Staatswappen: Landesgericht Feldkirch]

1044 RGBl. 1939 I S. 2319; betraf Wehrmittelbeschädigung (§ 1), Störung eines wichtigen Betriebes (§ 2), Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung (§ 3), Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen (§ 4) und Gefährdung der der Wehrmacht befreundeter Staaten (§ 5).

1045 RGBl. 1940 I S. 769.

1046 Unterschrift schwer zu entziffern, aber höchst wahrscheinlich „Murr“.

Q 39.2 Sprengstoffanschläge 1933 bis 1938

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 6/2

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Am 19. Juni 1933 verbot das autoritäre Dollfußregime die NSDAP in Österreich.¹⁰⁴⁷ Die nun illegalen Nationalsozialisten versuchten weiterhin, Österreich durch Terrorakte auch von innen zu destabilisieren.¹⁰⁴⁸ Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) war bereits am 26. Mai 1933 verboten worden.¹⁰⁴⁹ Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) folgte nach der „Februarrevolte“ am 14. Mai 1934.¹⁰⁵⁰

Verzeichnis der Sprengstoffanschläge von 1933 – 1938:

- 1.) Vr 136/37 Hermann Nagel, Sprengstoffanschlag auf die Vorarlberger Kraftwerke, 5 Jahre schweren Kerker;¹⁰⁵¹
- 2.) Vr 564/38 unbekannte Täter, Sprengstoffanschlag auf das Messnerhaus in Feldkirch;¹⁰⁵²
- 3.) Vr 825/34 Alwin Mäser und 12 Andere, Sprengstoffanschlag auf die Bahnlinie Dornbirn, von 5 – 10 Jahren schwerer Kerker;¹⁰⁵³

1047 Verordnung der Bundesregierung vom 19.06.1933, BGBl. Nr. 240/1933.

1048 Zu Vorarlberg vgl. Walser, NSDAP.

1049 Verordnung der Bundesregierung vom 26.05.1933, BGBl. Nr. 240/1933. Zu Vorarlberg vgl. Egger, KPÖ.

1050 Verordnung der Bundesregierung vom 12.02.1934, BGBl. I Nr. 77/1934. Zu Vorarlberg vgl. Brändle, Sozialdemokraten.

1051 Das Landesgericht Feldkirch erkannte den Höchster Hermann Nagel (aus Österreich ausgebürgert) am 9. April 1934 für schuldig, am 4. März 1934 an einem Mast der Starkstromleitung der Vorarlberger Kraftwerke in Fußach und am 5. März 1934 vor dem Haus des Küfermeisters Heinrich Brunner je einen Sprengkörper zur Explosion gebracht zu haben, und verurteilte ihn zu fünf Jahren schweren Kerker. Nagel wurde am 16. Februar 1938 bedingt begnadigt und aus der Haft entlassen (Amnestie 1938). Der Akt enthält auch Verfahren gegen Komplizen (VLA: LG Feldkirch Vr 136/1937).

1052 Am 26. Mai 1934 explodierte nachts auf dem Dach des Mesnerhauses in Feldkirch ein Sprengkörper, durch den das Dach und bei umliegenden Gebäuden 109 Fensterscheiben beschädigt wurden. Gegen sechs Verdächtige wurden Voruntersuchungen eingeleitet (VLA: LG Feldkirch Vr 564/1938).

1053 Im August 1934 wurde die illegale Vorarlberger SS zerschlagen. Am 29. September 1934 wurden 13 führende Mitglieder zu Kerkerstrafen verurteilt, darunter SS-Sturmchef Alwin Mäser und SS-Sturmführer Alwin Mäser (Walser, NSDAP, S. 68; Böhler, Dornbirn, S. 144).

- 4.) Vr 703/33 Karl Solhard [Solhardt], Johann Ziehaus, Menschenraub, 7 und 6 Monate schwerer Kerker;¹⁰⁵⁴
- 5.) Vr 555/34 unbekannte Täter, Sprengstoffanschläge auf die Druckrohrleitung des Spulensee-Werk¹⁰⁵⁵
- 6.) Vr 79/34 Dr. Otto Weiss, Sprengstoffbesitz, 6 Monate schwerer Kerker;¹⁰⁵⁶
- 7.) Vr 111/34 Jakob Mauer [Manser], versuchter Sprengstoffanschlag in Hard, 6 Monate schwerer Kerker;¹⁰⁵⁷
- 8.) Vr 807/34 unbekannte Täter, Sprengstoffanschlag auf Postamt Lustenau.¹⁰⁵⁷⁸

Kleinere Papierbölleranschläge von meist unbekanntem Tätern sind bei obiger Aufstellung nicht berücksichtigt.¹⁰⁵⁹

Landesgericht Feldkirch

Abt. 5, am 23. April 1946.

*Murr*¹⁰⁶⁰

[Rundstempel mit Staatswappen: Landesgericht Feldkirch]

1054 Der Bregenzer NSDAP-Ortsgruppenleiter und spätere Bürgermeister Karl Solhardt plante die Entführung eines vermeintlichen nationalsozialistischen Denunzianten nach Lindau. Bei dieser Aktion kam es in der Nacht vom 10. auf den 11. März 1933 in Lochau zu einem Feuergefecht, bei dem während eines Handgemenges ein Heimwehrmann erschossen wurde. Wegen Beteiligung an dem versuchten Menschenraub wurden sechs Personen verurteilt (Walser, NSDAP, S. 92-94). - 1976 überbrachte der Bregenzer Bürgermeister (SPÖ) Altbürgermeister Solhardt persönlich Glückwünsche und einige Geschenke namens der Stadt (Bregenz aktuell 8 (1976) 5, S. 20).

1055 Der zitierte Akt lag im Bestand VLA: Landgericht Feldkirch Vr-Akten nicht ein; möglicherweise wurde er falsch eingeordnet.

1056 Der hochrangige Dornbirner SS-Mann Dr. Otto Weiß wurde im Jänner 1934 als Organisator mehrerer Sprengstoffanschläge verhaftet (VLA: LG Feldkirch Vr 703/1933; Walser, NSDAP, S. 98-99 u. 109; Böhler, Dornbirn, S. 129 u. 147).

1057 Das Landesgericht Feldkirch erkannte den Bezauer Jakob Manser am 18. Juli 1934 für schuldig, beabsichtigt zu haben, im Jänner 1934 in Bregenz oder Hard gemeinsam mit anderen einen Papierböller zur Explosion zu bringen, und verurteilte ihn zu sechs Monaten schweren Kerker. Der Akt enthält auch Verfahren gegen Komplizen (VLA: LG Feldkirch Vr 111/1934).

1058 Der Akt VLA: LG Feldkirch Vr 807/1934 enthält Untersuchungen und Verurteilungen zu mehreren Sprengstoffanschlägen (Papierböller), die 1934 in Lustenau und Hohenems verübt wurden.

1059 Dieser Satz wurde dem Schriftbild nach vor der Abfertigung des Schriftstücks noch ergänzt.

1060 Unterschrift schwer zu entziffern, aber höchst wahrscheinlich „Murr“.

Q 39.3 Verzeichnis der österreichischen Legionäre

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 6/3

Typoskript, eine Seite, Originalunterschrift.

Nach dem Verbot der NSDAP in Österreich am 19. Juni 1933 flohen zahlreiche illegale Mitglieder, Sympathisanten und Handlanger des Terrors ins Deutsche Reich. Sie wurden zahlreich für eine paramilitärische „Österreichische Legion“ rekrutiert. Während des gescheiterten Juliputsches 1934 versuchten Legionäre vergeblich, nach Oberösterreich einzudringen. Die „Legion“ erhielt durch tausende Flüchtlinge weiteren Zulauf und bildete für Österreich bis zum gewaltsamen „Anschluss“ 1938, zumindest psychologisch, ein dauerndes Bedrohungspotential.¹⁰⁶¹ Legionären, die bereits zuvor wieder nach Österreich zurückkehrten, wurde wegen Hochverrats der Prozess gemacht. Die folgende Liste zeigt, dass sich Legionäre zum Teil bereits nach kurzer Zeit wieder aus den deutschen Lagern absetzten und in Vorarlberg aufgegriffen wurden. In der Aufstellung sind allerdings auch weitere Vergehen und Verbrechen berücksichtigt.

Verzeichnis der österreichischen Legionäre

- 1.) Vr 552/34 Gerhard Höfle [Gebhard Höfel], Zugehörigkeit zur österreichischen Legion, 1 Jahr schwerer Kerker;¹⁰⁶²
- 2.) Vr 335/34 Heinrich Müller, Zugehörigkeit zur österreichischen Legion, 1 Jahr schwerer Kerker;¹⁰⁶³
- 3.) Vr 574/34 Eduard Mathis, Zugehörigkeit zur österreichischen Legion, 1 Jahr schwerer Kerker;

1061 Vgl. Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 41-42.

1062 Gebhard Höfel, geb. 1915 in Hohenems, Hilfsarbeiter, flüchtete im März 1934 nach Deutschland, schloss sich der Österreichischen Legion an, floh wieder nach Österreich, wurde am 25.02.1935 wegen Hochverrats zu 15 Monaten schweren Kerker verurteilt, am 27. Juni 1936 bedingt begnadigt und am 7. Juni 1938 rehabilitiert (VLA: LG Feldkirch Vr 552/1934).

1063 Heinrich Müller, geb. 1910 in Feldkirch, Metzgergehilfe, flüchtete im April 1934 nach Deutschland, schloss sich in Dachau der Österreichischen Legion an, nahm dort Ende August Urlaub und stellte sich in Feldkirch der Gendarmerie, wurde am 13. April 1935 wegen Hochverrats zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt, die er auch verbüßte; am 7. Juni 1938 rehabilitiert (VLA: LG Feldkirch Vr 335/1934).

- 4.) Vr 374/35 Rudolf S c h ä d l e r, Zugehörigkeit zur österreichischen Legion, 1 Jahr schwerer Kerker;
- 5.) Vr 4/35 Walter W e h i n g e r, Zugehörigkeit zur österreichischen Legion, 1 Jahr schwerer Kerker;
- 6.) Vr 21/35 Alois F a l l w i m m e r, Zugehörigkeit zur österreichischen Legion, 1 Jahr schwerer Kerker;¹⁰⁶⁴
- 7.) Vr 29/36 Emil G r a b e n h o f e r, Zugehörigkeit zur österreichischen Legion, 1 Jahr schwerer Kerker;¹⁰⁶⁵
- 8.) Vr 69/36 Kurt Grabher, Verbreitung nationalsozialistischer Zeitschriften, 1 Jahr strengen Arrest;¹⁰⁶⁶
- 9.) Vr 519/35 Johann H u t t n e r [Hüttner], Zugehörigkeit zur österreichischen Legion, 1 Jahr schweren Kerker;¹⁰⁶⁷
- 10.) Vr 488/34 Oswald S u t t e r l ü t t y [Sutterlüty], Zugehörigkeit zur österreichischen Legion und Raub, 4 Jahre schweren Kerker;¹⁰⁶⁸

1064 Alois Fallwimmer, geb. 1924 in Adlwang (Oberösterreich), arbeitsloser Schlosser aus Steyr, flüchtete im März 1934 nach Deutschland, schloss sich der Österreichischen Legion an, flüchtete in die Schweiz, wurde im Dezember 1934 in Hohenems aufgegriffen und am 25. Februar 1935 wegen Hochverrats zu 15 Monaten schweren Kerker verurteilt, die er auch verbüßte; am 8. Juni 1938 rehabilitiert (VLA: LG Feldkirch Vr 21/1935).

1065 Emil Grabenhofer, geboren 1910 in Wien, arbeitsloser Handelsangestellter, flüchtete am 16. Jänner 1935 nach Deutschland und schloss sich in München der Österreichischen Legion an. Er flüchtete aus Deutschland und wurde von Buchs nach Feldkirch abgeschoben, im Jänner 1936 verhaftet, am 2. Juni 1936 wegen Hochverrats zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt, aber am 22. Juli 1936 bedingt begnadigt. 1938 wurde er in Wiener Neustadt wegen Totschlags verurteilt (VLA: LG Feldkirch Vr 29/1936).

1066 Im Jänner 1936 wurden landesweit 23 Funktionäre und Mitglieder der illegalen Hitlerjugend ausgehoben, darunter Kurt Grabher, geboren 1918 in Feldkirch, arbeitsloser Spenglergehilfe, als Standortführer in Feldkirch. Er verteilte das Kampfblatt der HJ „Fanfare“ und wurde am 9. März 1936 wegen Verbreitung nationalsozialistischer Flugschriften/Zeitschriften mit Schmähungen und Aufreizungen gegen die Regierung zu einem Jahr strengen Arrest verurteilt, am 22. Juli 1936 bedingt und am 8. Juni 1938 rehabilitiert (VLA: LG Feldkirch Vr 69/1936).

1067 Johann Hüttner, geboren 1907 in Roggendorf (Niederösterreich), vorbestrafter Hilfsarbeiter aus Niederösterreich, schloss sich 1934 in Deutschland der Österreichischen Legion an, wurde im September 1935 in Doren verhaftet, am 20. Dezember 1935 wegen Hochverrats zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt, am 27. Juni 1936 bedingt begnadigt und am 8. Juni 1938 rehabilitiert (VLA: LG Feldkirch Vr 519/1935).

1068 Oswald Sutterlüty, geb. 1897 in Lingenau, Zimmermann, flüchtete im Jänner 1934 nach Deutschland, schloss sich der Österreichischen Legion an, machte während eines Urlaubs am 23. Mai 1934 einen Abstecher zu seiner Frau nach Lingenau und wurde auf dem Rückweg vor der Grenze mit einem weiteren Lingenauer von der Gendarmerie gestellt und verhaftet. Den beiden wurde zur Last gelegt, in dieser Nacht in Langenegg einen Raubüberfall versucht zu haben. Das Landesgericht Feldkirch sprach sie am 27. November 1934 frei, der Oberste Gerichtshof gab jedoch einer

11.) Vr 792/37 Otto Weiss, Verbreitung nationalsozialistische Zeitung „Roter Adler“, ¹⁰⁶⁹ 6 Wochen schweren Kerker.¹⁰⁷⁰

Landesgericht Feldkirch

am 23. April 1946.

*Murr*¹⁰⁷¹

[Rundstempel mit Staatswappen: Landesgericht Feldkirch]

Q 39.4 Verurteilungen wegen politischen Vergehen 1939 bis 1945

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 6/4

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Nach Kriegsbeginn am 1. September 1939 wurden die Instrumente zur raschen und scharfen Verurteilung von NS-Gegnern noch drastisch verschärft.¹⁰⁷² An allen Landgerichten wurden zu diesem Zweck Sondergerichte eingeführt. Die „Rechtsgrundlage“ boten das Reichsstrafgesetzbuch – hier vor allem der gegen Priester gerichtete „Kanzelmissbrauch“ (aber auch Hochverrat, Landesverrat, Wehrmittelbeschädigung usw.) – und das „Heimtückegesetz“; daneben eine Reihe von „Kriegsverordnungen“, unter anderem die Kriegssonderstrafrechtsverordnung vom 17. August 1938 (in Kraft gesetzt am 27. August 1939), die Rundfunkverordnung vom 1. September 1939,¹⁰⁷³

Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft Folge. Am 11. April 1935 wurden beide wegen versuchten Raubes, Sutterlüty zudem wegen Hochverrats, zu je viereinhalb Jahre schweren Kerker verurteilt. Sie wurden Anfang 1937 bedingt entlassen. 1941 erfolgte eine Wiederaufnahme der Verfahren und die Aufhebung der Urteile, weil davon ausgegangen wurde, dass sie die Straftat aus politischen Beweggründen begangen hatten (VLA: LG Feldkirch Vr 488/1934).

1069 „Der rote Adler. Kampfblatt der NSDAP für Tirol und Vorarlberg“ erschien 1932 bis 1936 und 1938 bis 1944. Während der Verbotszeit der NSDAP in Österreich 1933 bis 1938 wurde der „Rote Adler“ als illegales Propagandablatt verbreitet (Falch, Die beste Waffe).

1070 Im Herbst 1937 wurde in Bregenz eine illegale NSDAP-Organisation ausgehoben, deren Kassier der Friseur Otto Weiß war. Es wurde bei den Beschuldigten Propagandamaterial sichergestellt. Der Teilakt Otto Weiss (Weiß) liegt im Akt nicht ein (VLA: LG Feldkirch Vr 792/1937).

1071 Unterschrift schwer zu entziffern, aber höchst wahrscheinlich „Murr“.

1072 Laich, Zwei Jahrhunderte Justiz, S. 227-242; Palme, NS-Justiz in Tirol und Vorarlberg; Achrainer, Standgerichte an der Heimatfront.

1073 Vgl. Anm. 1084.

die Volksschädlingsverordnung vom 5. September 1939,¹⁰⁷⁴ die Wehrkraftschutzverordnung vom 25. November 1939,¹⁰⁷⁵ die Verordnung über den Umgang mit Kriegsgefangenen vom 11. Mai 1940.¹⁰⁷⁶ Die Justiz stand dabei in Konkurrenz zu Gestapo und Kriminalpolizei, die auch ohne ordentliches oder Sondergerichtsverfahren „Schutzhaft“ bzw. „Polizeihaft“ oder die Einlieferung in das Ende 1941 von der Gestapo eingerichtete Arbeitserziehungslager Reichenau in Innsbruck verfügen oder die Überstellung in ein Konzentrationslager beantragen konnten.¹⁰⁷⁷ Beim Berichterstatter (ebenso Q 39.2, Q 39.3) handelt es sich wahrscheinlich um Dr. Walter Murr, der selbst als Strafrichter bei Todesurteilen durch das Sondergericht mitgewirkt hat.¹⁰⁷⁸

Verurteilungen wegen politischer Vergehen in den Jahren 1939 bis 1945 durch das Sondergericht beim Landesgericht Feldkirch.

- | | | |
|-----|--|-----|
| 1.) | Verurteilungen wegen Vergehen gegen das Heimtückegesetz ¹⁰⁷⁹ und anderen politischen Vergehen | 103 |
| 2.) | Verurteilungen wegen Verbrechen der Wehrkraftersetzung ¹⁰⁸⁰ | 5 |

1074 RGBl. 1939 I S. 1679.

1075 RGBl. 1939 I S. 2319.

1076 RGBl. 1940 I S. 769. Vgl. Q 39.1.

1077 Für Tirol und Vorarlberg: Beimrohr, Gestapo in Tirol und Vorarlberg; Beimrohr, Gegnerbekämpfung; Albrich, KZ der Gestapo. Vgl. Anm. 662 und 663.

1078 Für diese Auskunft danke ich Dr. Alfons Dür, Präsident des Landesgerichts Feldkirch.

1079 Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20.12.1934, RGBl. I S. 1269: Über Tatsachenbehauptungen hinaus konnten auch Werturteile bestraft werden; § 2 Abs. 1: *„Wer öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen macht, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben, wird mit Gefängnis bestraft.“* § 2 Abs. 2: *„Den öffentlichen Äußerungen stehen nichtöffentliche böswillige Äußerungen gleich, wenn der Täter damit rechnet oder damit rechnen muß, daß die Äußerungen in die Öffentlichkeit dringen werden.“* Damit war auch für Denunziationen Tür und Tor geöffnet.

1080 Die Kriegssonderstrafrechtsverordnung (KSSVO) vom 17.08.1938, in Kraft gesetzt am 27. August 1939, RGBl. 1939 I S. 1455, diente als Terrorinstrument und zur Aufrechterhaltung des Durchhaltewillens der Soldaten durch Zwang. Mit ihr wurde das Militärstrafrecht der Wehrmacht unter anderem um den Tatbestand „Zersetzung der Wehrkraft“ ergänzt. § 5 bestimmte:

„(1) Wegen Zersetzung der Wehrkraft wird mit dem Tode bestraft:

1. Wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich den Willen des deutschen oder

3.) Verurteilungen wegen Verbrechen des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen ¹⁰⁸¹	18
4.) Verurteilungen wegen Verbrechen der Wehrdienstentziehung ¹⁰⁸²	48
wegen Beihilfe hiezu	3
wegen Beihilfe zur Fahnenflucht ¹⁰⁸³	6
5.) Verurteilungen wegen Verbrechen gegen die ausserordentlichen Rundfunkmassnahmen ¹⁰⁸⁴	22
	zusammen 205

Landesgericht Feldkirch

am 23. April 1946.

Murr

[Rundstempel mit Staatswappen: Landesgericht Feldkirch]

verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen sucht;
2. wer es unternimmt, einen Soldaten oder Wehrpflichtigen des Beurlaubungsstandes zum Ungehorsam, zur Widersetzung oder Tätlichkeit gegen einen Vorgesetzten oder zur Fahnenflucht oder unerlaubten Entfernung zu verleiten oder sonst die Manneszucht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu untergraben;

3. wer es unternimmt, sich oder einen anderen durch Selbstverstümmelung, durch ein auf Täuschung berechnetes Mittel oder auf andere Weise der Erfüllung des Wehrdienstes ganz, teilweise oder zeitweise zu entziehen.

(2) In minderschweren Fällen kann auf Zuchthaus oder Gefängnis erkannt werden.

(3) Neben der Todes- oder Zuchthausstrafe ist die Einziehung des Vermögens zulässig.“

Auch Zivilisten wurden von Militärgerichten wegen Wehrkraftersetzung verurteilt. Anfang 1943 ging die Zuständigkeit auf den Volksgerichtshof über, der leichte Fälle an die bei den Oberlandesgerichten eingerichteten Sondergerichte abgeben konnte.

1081 Vgl. Q 32 und Anm. 785, 912, 913 und 1044.

1982 Dazu zählte auch die Kriegsdienstverweigerung. Vgl. Anm. 1080 (KSSVO § 5 Abs. 1 Z. 3).

1083 Vgl. Anm. 1080 (KSSVO § 5 Abs. 1 Z. 2).

1084 Mit der Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 01.09.1939, RGBl. I S. 1683, wurde das „Schwarzhören“ von „Feindsendern“ auch formell unter Strafe gestellt.

§ 1 *„Das absichtliche Abhören ausländischer Sender ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Zuchthaus bestraft. In leichteren Fällen kann auf Gefängnis erkannt werden. Die benutzten Empfangsanlagen werden eingezogen.“*

§ 2 *„Wer Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden, vorsätzlich verbreitet, wird mit Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft.“*

In Vorarlberg wurden vor allem der Schweizer Landessender Beromünster und BBC gehört. Von strengen Bestrafungen durch das Sondergericht beim Landgericht Feldkirch erhoffte sich die Gestapo, das sehr häufige Abhören ausländischer Sender eindämmen zu können (Stadler, Österreich 1938-1945, S. 151).

Q 39.5 Zum Tod verurteilte Häftlinge 1938 bis 1945

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 6/5

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Versuchten „Protektoratsangehörige“ oder Polen ins Ausland – zum Beispiel in die Schweiz – zu flüchten, wurden sie beschuldigt und angeklagt, sich den Streitkräften ihrer Exilregierungen anschließen zu wollen. In diesen Zusammenhang dürften die folgenden Todesurteile gegen Franz Hloupy, Ottokar Kolajta und Eduard Ruchalsky gehören.¹⁰⁸⁵

Nicht berücksichtigt sind hier offensichtlich Todesurteile des Sondergerichts Feldkirch, das Menschen zum Teil wegen Bagatellen als „Gewohnheitsverbrecher“ hinhängen ließ.¹⁰⁸⁶

Den Bericht erstellte Rudolf Krähán, Direktor der Haftanstalt Feldkirch.

Landesgerichtliches Gefangenenhaus Feldkirch

Feldkirch, am
19.4.1946.

B e r i c h t .

Vom März 1938 bis Mai 1945 sind, soweit dies aus den Aufzeichnungen in der hiesigen Anstalt hervorgeht, folgende Häftlinge zum Tode verurteilt worden:

Im Jahre	Nationale	Gericht und Delikt sowie Geschäftszahl und Datum	Gefangenenbuch No
1941	K o l a j t a Ottokar, Beamter, 24.7.22 Braunsberg, ¹⁰⁸⁷ Protektorat ¹⁰⁸⁸ geboren, zuständig, Mährisch Ostrau wohnhaft.	Volksgerichtshof Berlin 5. Senat wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode. Zahl J 9 284/41	435/41

¹⁰⁸⁵ Egger, In die Freiheit, S. 255.

¹⁰⁸⁶ Egger, Ausgrenzen, S. 220-221; Achrainer, Standgerichte an der Heimatfront.

1941	H l o u p y Franz, Bäcker, 20.8.23 Straczovic, ¹⁰⁸⁹ Protektorat geboren, zuständig, Brünn wohnhaft	Volksgerichtshof Berlin 5. Senat, wegen Feindbegünsti- gung zum Tode verurteilt, ¹⁰⁹⁰ Laut Zahl J 82/42g, 9 Gns 86/42 am 9.9.42	854/41
1942	R u c h a l s k y Eduard, Schlossergehilfe, 7.5.22 Lippa ¹⁰⁹¹ Warthegau ¹⁰⁹² geboren, zuständig,	Volksgerichtshof Berlin 5. Senat, wegen Hochverrat zum Tode verurteilt. Zahl J 9 341/41 1g am 8.9.42.	293/42

Vorstehender Bericht zur Ergänzung des Berichtes vom 15.4.46 (Präs. Zahl 86/3 der Landeshauptmannschaft Vorarlberg.)

Krähan

[Rundstempel mit Staatswappen: Haftanstalt Feldkirch (Vorarlberg)]

1087 Braunsberg / Brušperk, heute Tschechien.

1088 Das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren wurde 1939 aus den Restgebieten der Tschechoslowakei gebildet, die weder zur Slowakei, noch zum Sudetenland oder zu den an Polen und Ungarn abgetretenen Landesteilen gehörten.

1089 Vermutlich verschrieben statt Strachowitz / Böhmen, heute Strachovice (Ortsteil von Stráž) / Tschechien.

1090 Mit dem Gesetz zur Änderung des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24.04.1934, RGBl. 1934 I S. 341, wurde im Reichsstrafgesetzbuch unter anderem § 91 b eingefügt:
„(1) Wer im Inland oder als Deutscher im Ausland es unternimmt, während eines Krieges gegen das Reich oder in Beziehung auf einen drohenden Krieg der feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder der Kriegsmacht des Reichs oder seiner Bundesgenossen einen Nachteil zuzufügen, wird mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft.

(2) Wenn die Tat nur einen unbedeutenden Nachteil für das Reich oder seine Bundesgenossen und nur ein unbedeutender Vorteil für die feindliche Macht herbeigeführt hat, schwerere Folgen auch nicht herbeiführen konnte, so kann auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren erkannt werden.“

1091 Wahrscheinlich Lipa, Kreis Waldrode, Wartheland (heute Polen).

1092 1939 wurden die westlichen Gebiete Polens als Reichsgau Posen dem Deutschen Reich eingegliedert; ab 1940 wurde er als Reichsgau Wartheland bezeichnet.

Q 39.6 Politische Gefangene 1938 bis 1945

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 6/6

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Das gerichtliche Gefangenenhaus in Feldkirch, Vorarlbergs größte Justizanstalt, war und ist dem Landesgericht angegliedert.

Rudolf Krähan, Direktor der Haftanstalt Feldkirch, ermittelte für die Zeit der NS-Diktatur von 1938 bis 1945 1.855 politische Untersuchungsgefangene, 822 politische Strafgefangene und 3 zum Tod verurteilte Häftlinge (vgl. Q 39.5). Er summierte sie zu 2.684 politischen Gefangenen (wobei die Quersummen geringfügig nicht stimmen). Das wären rund 31 Neuzugänge pro Monat. Allerdings ist nicht klar, ob und inwieweit Untersuchungshäftlinge, die anschließend eine Strafhaft in Feldkirch verbüßten, doppelt gezählt wurden. Zudem bliebe zu klären, ob es sich um die Zahl der Inhaftierungen oder der inhaftierten Personen handelt, die ja auch mehrfach eingesperrt worden sein können. Letztlich bleibt auch unklar, wie die „politischen“ Haftgründe abgegrenzt wurden.

Landesgerichtliches Gefangenenhaus Feldkirch

Feldkirch, am
15.4.1946.

An das
Landesgericht Abteilung 5
Feldkirch.¹⁰⁹³

Nachstehend eine Aufstellung über die Politischen Gefangenen, welche in der Zeit vom 13.III.1938 bis 1.V.1945 in der hiesigen Anstalt in Haft waren. (Zahl 86/3 Prs.Pr der Landeshauptmannschaft Vorarlberg)

1093 Rechts davon Eingangsstempel: Präsidium des Landesgerichtes / Feldkirch / am 16. April 1946 / an - Beilagen / zu 451 - 28 Z/46.

Zeit	Politische Untersuchungsgefangene	Abgegeben in das KZ	Politische Strafgefangene	Zum Tode verurteilt	Summe
1938					
1.1.-31.12.	196	-	39	-	235
1939					
1.1.-31.12.	105	-	37	-	142
1940					
1.1.-31.12.	288	-	100	-	388
1941					
1.1.-31.12.	287	-	122	2	413 [411]
1942					
1.1.-31.12.	282	-	204	1	489 [487]
1943					
1.1.-31.12.	221	-	148	-	369
1944					
1.1.-3.5.	476	-	172	-	648
Summe	1.855	-	822	3	2.684 ¹⁰⁹⁴ [2.680]

Aktenvermerk: Es wurde eine Reihe Gefangener in K.Z. abgegeben, deren Anzahl aber nicht einmal annähernd angegeben werden kann.¹⁰⁹⁵

Krähan

[Rundstempel mit Staatswappen: Haftanstalt Feldkirch (Vorarlberg)]

1094 Um Rechenfehler bereinigtes Ergebnis.

1095 Dieser Aktenvermerk wurde nachträglich angebracht; unklar, ob noch vom Gefangenenhaus oder vom Landesgericht.

Q 40 Bericht des Bezirksgerichts Dornbirn

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mapped VIII Vorarlberg, V 4

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Mit Verordnung über die Änderung der Bezeichnung von Gerichten im Lande Österreich vom 2. August 1938 wurden die Bezirksgerichte in „Amtsgerichte“ umbenannt.¹⁰⁹⁶ Zum Sprengel des Amtsgerichts Dornbirn gehörten die Stadt Dornbirn und die Marktgemeinden Hohenems und Lustenau. Dornbirn zählte 1939 17.572 Einwohner, Hohenems 5.734, Lustenau 8.773.

Berichterstatter Josef Unger war 1933/34 Heimatdienstkommandant in Dornbirn und bereits damals als Beamter in der Geschäftsstelle des Bezirksgerichts Dornbirn.¹⁰⁹⁷

Josef Unger, Justizoberinspektor
beim Bezirksgericht Dornbirn.

Dornbirn, den 23. April 1946

An

Herrn Josef Kegele, Leiter der
Presse- und Rundfunkstelle
in Bregenz¹⁰⁹⁸

Betrifft: Herausgabe eines Rotbuches.

Bezug: Pers. Prs.PR 86/3 und 86/4 der Landeshauptmannschaft Vorarlberg.

Anlage in:

I. Strafsachen:

- 1¹⁰⁹⁹ a) Ein Verzeichnis über angefallene Straffälle wegen Hochverrat und Sprengstoffanschläge gegen bekannte Täter,
- 2 b) Wie vor, wegen Sprengstoffanschläge gegen unbekannte Täter,
- 3 c) Eine Übersicht zu a) und b)

1096 RGBl. 1938 I S. 998 (GBIÖ. Nr. 350/1938).

1097 Böhler, Dornbirn, S. 73, 135 u. 250; Vorarlberger Amtskalender 1934, S. 104.

1098 Auf der zweiten Seite Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 26.4.46, Zl. 86/3 Anl. 10.

1099 Handschriftliche Neummerierung, vermutlich durch die Rotbuch-Redaktion.

4 d) Eine Abschrift über die Zusammenstellung gerichtlicher Verurteilungen aus politischen Gründen vom 11.9.1939.

II. unbewegliches Vermögen:

5 a) Verzeichnis über beschlagnahmte bzw. enteignete Liegenschaften in den Katastralgemeinden des Gerichtsbezirkes Dornbirn, als: Katastralgemeinde Dornbirn, Hohenems, Lustenau und Ebnit,

6 b) Buchstandsbericht über erzwungene Schenkungen bzw. Kauf,

7 c) Bericht über Auflösung der Armenfonds der Gemeinden, alles in vierfacher Ausfertigung.

Anbei werden die voraufgeführten Beilagen für die Herausgabe eines Rotbuches vorgelegt.

Wegen beabsichtigter Beschlagnahme der Liegenschaften in Einlagezahl 928 und 3029 der Katastralgemeinde Lustenau, als Erlöserkirche, Friedhof Rheindorf und des Wohnhauses Nr. 85 Maria Theresienstraße des Rheindorfer Kirchenbaufonds bzw. Vereines, wird Hochwürdig Herr Josef Welte [Welte], Pfarrer in Lustenau-Rheindorf, nähere Auskunft erteilen können.¹¹⁰⁰

Zu weiteren Diensten gerne bereit zeichnet mit
Hochachtung:

Josef Unger

Q 40.1 Hochverrat und Sprengstoffattentate 1933 bis 1938

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 4/1

Typoskript, 4 Seiten, Originalunterschrift.

Die Aktenzahlen sind im Original in einer Kolonne geschrieben. Aus Platzgründen wurde die Aneinanderreihung gewählt. Bemerkungen wie „Fortsetzung vom Jahre 1934:“ wurden damit entbehrlich und weggelassen.

1100 Mit dem Bau der Erlöserkirche wurde 1934 begonnen. Am 22. Oktober 1939 wurde sie feierlich eingeweiht. Josef Welte kam 1940 als Pfarrvikar nach Lustenau-Rheindorf. Zur Bau- und Pfarrgeschichte vgl. Bösch, Geschichten, S. 149-154; zu den Auseinandersetzungen zwischen NSDAP und Kirche in Lustenau vgl. Scheffknecht, Lustenau, S. 245-248, beide ohne Hinweis auf beabsichtigte Beschlagnahmungen.

Verzeichnis

über die beim Bezirksgerichte Dornbirn in den Jahren 1933 bis 1938 wegen Hochverrat und Sprengstoffattentate angefallenen Straffälle.

Jahr 1933:

Z¹¹⁰² 180/33, Z 237/33, Z 238/33, Z 264/33, Z 275/33

Zusammen 5

Jahr 1934:

1/34, 51/34, 55/34, 74/34, 79/34, 87/34, 91/34, 92/34, 93/34, 94/34, 95/34,
96/34, 97/34, 98/34, 99/34, 100/34, 101/34, 102/34, 103/34, 104/34, 105/34,
106/34, 107/34, 108/34, 109/34, 110/34, 111/34, 112/34, 117/34, 121/34, 128/34,
132/34, 133/34, 135/34, 137/34, 140/34, 144/34, 145/34, 146/34, 150/34, 153/34,
158/34, 164/34, 166/34, 167/34, 170/34, 175/34, 178/34, 181/34, 183/34, 185/34,
190/34, 194/34, 201/34, 205/34, 206/34, 214/34, 221/34, 229/34, 247/34, 254/34,
262/34, 263/34, 273/34, 279/34, 293/34, 317/34, 323/34

Zusammen 69

Jahr 1935:

29/35, 60/35, 119/35, 124/35, 139/35, 141/35, 150/35, 151/35

Zusammen 9

Jahr 1936:

3/36, 4/36, 16/36, 22/36, 78/36, 102/36, 176/36, 238/36, 242/36, 243/36, 268/36

Zusammen 12

Jahr 1937:

66/37, 166/37, 173/37, 174/37, 175/37, 176/37, 177/37, 178/37, 179/37, 180/37,
181/37, 182/37, 183/37, 184/37, 185/37, 190/37, 279/37, 290/37, 298/37, 342/37,
344/37

Zusammen 21

1101 Handschriftliche Nummerierung (Ia) und Neunummerierung (1).

1102 In das Z-Register waren Anzeigen wegen Verbrechen und Vergehen einzutragen.

Jahr 1938:

3/38, 14/38, 20/38, 34/38

Zusammen 4

[Stempel:] Bezirksgericht Dornbirn
Geschäftsstelle für Grundbuchsachen
am 23. APR. 1946
Josef Unger

**Q 40.2 An das Landesgericht übersandte Akten Sprengstoffattentate
1933 bis 1938**

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 4/2

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Die Aktenzahlen sind im Original in einer Kolonne geschrieben. Aus Platzgründen wurde die Aneinanderreihung gewählt.

Beilage 2 Ib

Verzeichnis

über die laut Ersuchen des Landesgerichtes in Feldkirch vom 16. April 1946 Jv
451-28 Z/46 dorthin übersandten Akten Sprengstoffanschläge vom Jahre 1933 bis
zum Jahre 1938

gegen unbekannte Täter

Z 179/33, Z 271/33, Z 272/33, Z 277/33, Z 278/33, Z 294/33, Z 297/33, Z 3/34,
Z 5/34, Z 8/34, Z 10/34, Z 11/34, Z 12/34, Z 17/34, Z 18/34, Z 20/34, Z 28/34,
Z 29/34, Z 31/34, Z 32/34, Z 34/34, Z 37/34, Z 39/34, Z 40/34, Z 41/34, Z 43/34,
Z 46/34, Z 48/34, Z 53/34, Z 54/34, Z 57/34, Z 69/34, Z 70/34, Z 71/34, Z 73/34,
Z 75/34, Z 76/34, Z 79/34, Z 87/34, Z 113/34, Z 199/34, Z 200/34, Z 209/34, Z 210/34

[Stempel:] Bezirksgericht Dornbirn
Geschäftsstelle für Grundbuchsachen
am 23. APR. 1946
Josef Unger

Q 40.3 Straffälle aus politischen Gründen 1933 bis 1938

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 4/3

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Die Aktenzahlen sind im Original in einer Kolonne geschrieben. Aus Platzgründen wurde die Aneinanderreihung gewählt.

Die folgenden Strafverfahren aus politischen Gründen dürften sich ausschließlich auf illegale Nationalsozialisten beziehen.

Beilage 3 Ic

Übersicht

über die beim Bezirksgericht Dornbirn in der Zeit von 1933 bis 1938 angefallenen Straffälle aus politischen Gründen:

a) gegen bekannte Täter wegen Hochverrat und Sprengstoffanschläge:	b) gegen unbekannte Täter, nur wegen Sprengstoffanschläge
1933 = 5	1933 = 7
1934 = 70	1934 = 37
1935 = 9	1935 = –
1936 = 13	1936 = –
1937 = 21	1937 = –
1938 = 4	1938 = –
Summe 122	Summe 44

Geschäftsstelle des Bezirksgerichtes

Dornbirn, am 23. April 1946

Unger

Q 40.4 Verurteilungen aus politischen Gründen 1933 bis 1938

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 4/4

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Bei folgender Quelle handelt es sich um die Abschrift eines Berichts des Gerichtsvorstehers von 1939. Nach der Machtergreifung gab der Reichskommissar für die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich am 22. Juli 1938 die Anordnung, für die künftige Geschichtsschreibung Dokumente und Informationen über die „Verfolgung“ der illegalen Nationalsozialisten während ihrer „Kampfzeit“ seit 1933 zu sammeln. So hatte auch das Amtsgericht Dornbirn die entsprechenden Verurteilungen zu melden. Für 1938 sind aber auch Verfahren berücksichtigt, die das neue Regime gegen ehemalige Mitglieder der Vaterländischen Front anstrebte.¹¹⁰³

Dr. Ludwig Hirn war von 1932 bis 1948 Bezirksgerichtsvorsteher in Dornbirn. Weil er die Überstellung zweier inhaftierter Heimwehrmänner in einem Privatauto vom Gefängnis in Dornbirn nach Feldkirch gestattet hatte, wurde er im Sommer 1938 vorübergehend vom Dienst suspendiert. Ein gegen Hirn eingeleitetes Disziplinarverfahren wurde erst nach mehreren Jahren infolge einer allgemeinen Amnestie eingestellt. Er soll aber weiterhin von der Gestapo überwacht worden sein.¹¹⁰⁴

*Beilage 4 Id*¹¹⁰⁵

Zusammenstellung

über die im Sprengel des Amtsgerichtes Dornbirn in der Kampfzeit 1933/38 erfolgten gerichtlichen Verurteilungen aus politischen Gründen:

Jahr:	1933	1934	1935	1936	1937	1938	zusammen
Nationalsozialisten	17	80	13	15	15	17	157
Angehörige der vor der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche bestandenen Vaterländischen Front						26	26
						Summe:	183

Verurteilungen von Kommunisten sind keine festzustellen.¹¹⁰⁶

Amtsgericht Dornbirn
am 11. September 1939.

1103 Zur Vaterländischen Front vgl. Darstellung Kapitel 1.10 und Anm. 779.

1104 Erne, Ludwig Hirn.

1105 Handschriftliche Nummerierung (Id) und Neunummerierung (4).

1106 Vgl. Einleitung zu Q 39.2.

Der Oberamtsrichter:

Dr. Hirn m.p.

[Stempel:] Die Uebereinstimmung dieser Abschrift mit der aus 1/2 Bogen bestehenden, mit Legalisierungs-Stempel versehenen Urschrift wird bestätigt.

[Rundstempel mit Staatswappen:] Bezirksgericht Dornbirn

[Stempel:] Bezirksgericht

Dornbirn, am 23. APR. 1946

Unger

[Stempel:] Justizoberinspektor

Q 40.5 Für das Reich oder die NSDAP beschlagnahmte oder enteignete Liegenschaften

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 4/5

Typoskript, 7 Seiten, Originalunterschrift.

Folgendes Verzeichnis über Enteignungen und Beschlagnahmungen von Liegenschaften im Bezirksgerichtssprengel Dornbirn wurde in das Rot-Weiß-Rot-Buch übernommen, dabei allerdings verkürzt und ein Stück weit verstümmelt.¹¹⁰⁷ Unter anderem ließ die Redaktion die Hinweise auf die Katastralgemeinden und die Spalte „Aus dem Eigentum des Deutschen Reich[es] an Dritte über[ge]gangen“ weg.¹¹⁰⁸ (Weitere wesentliche Eingriffe werden im Folgenden angemerkt.) Die Redaktion setzte folgende Einleitung voran:

„Der Raub im Kleinen

Nicht nur die potentiellen Werte der österreichischen Wirtschaft wurden von den Okkupanten systematisch an sich gerissen, auch in kleine und kleinste Eigentumsverhältnisse griffen sie raubend ein. Es ist natürlich derzeit noch nicht möglich, auch nur einen annähernd genauen Überblick über den Umfang dieses Raubzuges zu geben.

1107 Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 127-130.

1108 Es war daran gedacht, auch die Nummerierung zu ändern (ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 12: Mappe Manuskript 7, fol. 247-249).

*Das im folgenden Verzeichnis über das vom Deutschen Reich und der NSDAP beschlagnahmte oder enteignete unbewegliche Vermögen in einem einzigen Gerichtsbezirke lässt auf das Gesamtausmaß dieser Aktionen auf österreichischem Gebiet schließen.*¹¹⁰⁹

Der Sprengel des Bezirksgerichts (Amtsgerichts) Dornbirn umfasste die Stadt Dornbirn (Katastralgemeinden Dornbirn, Ebnit I, Ebnit II), die Marktgemeinde Hohenems (Katastralgemeinde Hohenems) und die Marktgemeinde Lustenau (Katastralgemeinde Lustenau).

Peter Melichar veröffentlichte 2004 im Auftrag der Österreichischen Historikerkommission eine erste Studie über Enteignungen und Rückstellungen in Vorarlberg. Er übernahm aus der im Rot-Weiß-Rot-Buch veröffentlichten Liste 14 Liegenschaftstransfers „aus Privatbesitz“, ließ aber die zum Teil angeführten Rechtstitel weg und merkte an, dass die gegen Privatpersonen gerichteten Enteignungen und Beschlagnahmungen, mit Ausnahme des Falles Elkan, unbekannt seien und weiterer Recherche bedürften.¹¹¹⁰ Das kann auch im Rahmen dieser Edition nicht vollständig geleistet werden. Dafür wären vor allem die Grundbücher heranzuziehen, auch im Hinblick auf die fünf weiteren Bezirksgerichtssprengel des Landes. Allerdings wird schwer und zum Teil kaum mehr zu entscheiden sein, inwieweit Verkäufe und Schenkungen erpresst wurden. Auch deshalb kommt dieser vom Dornbirner Grundbuchführer zeitnah erstellten Auflistung tatsächlich exemplarische Bedeutung zu. Die Liegenschaftstransfers sind von unterschiedlicher Qualität:

Soweit Vermögen der Republik Österreich auf das Deutsche Reich übertragen wurde, oder der Österreichischen Bundesbahnen auf die Deutsche Reichsbahn, war dies eine logische Konsequenz aus dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich (Nr. 1 bis 3; 5, 7, 8 bis 12). Diese Eigentumstransfers waren aber insofern problematisch, als ehemaliges österreichisches Staatseigentum nun von den Alliierten als deutsches Auslandsvermögen (Deutsches Eigentum) beansprucht hätte werden können.¹¹¹¹ Ähnliches galt für die Vermögensübertragung von der Bauernkammer auf den Reichsnährstand (Nr. 41) und für die Erwerbungen durch die DAF und die NSV. Elf Fälle betreffen die Zwangsauflösung der Konsumgenossenschaften (Nr. 13, 19, 20, 33, 38, 42, 44, 45, 47, 48, 51). In Vorarlberg bestanden 65, meist bürgerliche Konsumgenossenschaften mit rund 17.400 Mitgliedern, die großteils im „Verband der Konsumvereine in Vorarlberg“ mit Sitz in Dornbirn zusammengeschlossen waren.

1109 Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 127.

1110 Melichar, Verdrängung, S. 21 u. 20 Anm. 40. Zum Fall Franz Josef Hämmerle vgl. allerdings ebenda, S. 48 u. 151.

1111 Zu Vorarlberg vgl. Feuerstein, Deutsches Eigentum.

Nach dem „Anschluss“ 1938 wurden die Konsumvereine in einem „Kreisverband der Verbrauchergenossenschaften in Tirol und Vorarlberg“ zusammengefasst.¹¹¹² Am 18. Februar 1941 erging eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers zur Anpassung der verbraucher-genossenschaftlichen Einrichtungen an die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse.¹¹¹³ Danach waren die noch nicht liquidierten Genossenschaften aufzulösen und ihre Verbände und sonstigen Einrichtungen umzugestalten oder aufzulösen. Diese Aufgabe wurde der Deutschen Arbeitsfront (DAF) übertragen. Dieser 1933 gegründete Einheitsverband der Arbeitnehmer und Arbeitgeber war der NSDAP angeschlossen. Zur Übernahme der Vermögen wurde das „Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront GmbH“ gegründet. Mit einer Anordnung vom 21. Juli 1941 wurde festgelegt, dass die DAF bzw. ihr Gemeinschaftswerk mit Verfügungen des Reichswirtschaftsministers in das Vermögen der Verbrauchergenossenschaften eingewiesen wird.¹¹¹⁴ Der Vorarlberger Konsumverband wurde mit 1. Jänner 1942 mit der „Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine“ verschmolzen, die mit 1. Februar 1942 in das DAF-Gemeinschaftswerk eingewiesen wurde. Die örtlichen Konsumgenossenschaften folgten 1943.¹¹¹⁵ Im Februar 1946 setzte die Vorarlberger Landesregierung die Rückstellungsansprüche gegenüber dem DAF-Gemeinschaftswerk Hamburg auf seine Prioritätenliste für die Staatsvertragsverhandlungen.¹¹¹⁶

1938 begann sofort und in großem Stil die Auflösung von Vereinen; zumal jener, die von den Nationalsozialisten als feindlich eingestuft wurden. Mit dem Gesetz über die Überleitung und Eingliederung von Vereinen, Organisationen und Verbänden wurde ein Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände ermächtigt, insbesondere auch die zu deren Überführung und Eingliederung in andere Organisationen erforderlichen Verfügungen zu treffen, ohne Rücksicht auf bestehende gesetzliche Bestimmungen oder Satzungen, auch hinsichtlich der Vermögensverwertung.¹¹¹⁷ Mit diesem Rechtstitel – oder legalisierten Unrechtstitel – wurde unter anderem der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) Vermögen

1112 Schlachter, Konsumgenossenschaften, S. 13-17 u. 61-65.

1113 RGBl. 1941 I S. 106.

1114 Zweite Anordnung zur Durchführung der Verordnung zur Anpassung der verbraucher-genossenschaftlichen Einrichtungen an die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse vom 24.07.1941, RGBl. 1941 I S. 452.

1115 Schlachter, Konsumgenossenschaften, S. 18; zur gesamtösterreichischen Entwicklung: Brazda/Todev/Schediw, Konsumgenossenschaften, S. 133-135.

1116 Nachbaur, Territorialfragen, S. 111. Zum Kampf der selbständigen Konsumvereine um Rückstellung ihres Liegenschaftseigentums: Schlachter, Konsumgenossenschaften, S. 49-56.

1117 GBfÖ. Nr. 136/1938. Vgl. Pawlowsky/Leisch-Prost/Klösch, Vereine.

zugeschanzt (Nr. 16, 27, 34, 50, 55). Die NSV, ein Verein, wurde 1933 als Fürsorgeorganisation der NSDAP gegründet und als angeschlossener Verband der Partei geführt.

Mit 15. Juli 1939 wurde auch das deutsche Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit in Kraft gesetzt. Es ermöglichte die Ausbürgerung von Reichsangehörigen, die sich im Ausland aufhielten, samt Beschlagnahme und Verfall des Vermögens an das Reich, „*sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben*“. Das Gleiche galt für Reichsangehörige, die einer „*Rückkehraufforderung*“ des Reichsministers des Innern nicht Folge leisteten.¹¹¹⁸

Ihr Vermögen konnte beschlagnahmt und nach erfolgter Ausbürgerung als dem Reich verfallen erklärt werden. Die Verfallserklärung trat mit der Veröffentlichung der Ausbürgerung im „Reichsanzeiger“ in Kraft. Grundstücke wurden auf Antrag des Finanzamts im Grundbuch umgeschrieben.¹¹¹⁹ Die Strafexpatriation konnte nach dem Prinzip der Sippenhaftung auf Ehegatten sowie eheliche, adoptierte und uneheliche Kinder erstreckt werden. Neben politischen Gründen führten zunehmend auch Verstöße gegen Steuer-, Devisen- und Strafgesetze zu Ausbürgerungen.¹¹²⁰ In diese Kategorie fiel vielleicht auch der Lustenauer Klöppelspitzenfabrikant Franz Josef Hämmerle, der 1943 mit Frau und Kindern (Nr. 14, 17, 21, 26) ausgebürgert wurde.¹¹²¹ Zudem wurden Kriegsdienstverweigerer ausgebürgert, die sich in großer Zahl gerade in der Schweiz aufhielten. Schließlich folgten Massenausbürgerungen aus rassistischen Motiven. Der Jude Heinrich Brunner (Nr. 60) wurde im Juni 1941 eindeutig aus rassistischen Gründen expatriert. Ungeklärt ist die Expatriierung des Lustenauers Franz Hämmerle (vermutlich Nr. 18).

1118 RGBl. 1933 I S. 480, § 2. Für Österreich eingeführt mit der Verordnung über die Aberkennung der Staatsangehörigkeit und den Widerruf des Staatsangehörigkeitserwerbs in der Ostmark vom 11.07.1939, RGBl. I S. 1235 (GBlfÖ. Nr. 892/1939). Vgl. Pfeifer, Ostmark, S. 124-129; Hepp/Lehmann, Ausbürgerung, S. IX-XL; Kolonovits/Burger/Wendelin, Staatsbürgerschaft, S. 277-282.

1119 Verordnung vom 26.07.1933 zur Durchführung des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, RGBl. 1933 I S. 538.

1120 Die Voraussetzungen für eine Ausbürgerung hätte z. B. der Lustenauer Fabrikant Ferdinand Scheffknecht erfüllt, der sich im Februar 1944 gemeinsam mit Familienangehörigen einem Finanzstrafverfahren durch Flucht in die Schweiz entzog, wo er englische und amerikanische Wertpapiere gebunkert hatte. Es erfolgten offenbar keine Strafexpatriierungen, sein Unternehmen und seine Liegenschaften in Lustenau wurden aber durch einen Abwesenheitskurator veräußert. Seine Rückstellungsansprüche wurden nach 1945 in allen Instanzen abgewiesen (Melichar, Verdrängung, S. 90-102). Es passt zum Fall Scheffknecht, dass das Bezirksgericht Dornbirn diese Vermögensentziehungen nicht in seine Liste aufgenommen hat.

1121 Franz Josef Hämmerle („Kleinmarxes“) starb 1961 in St. Gallen, seine Frau Hermina 1964 in St. Gallen (VLA: Matrikenbücher [Mikrofilm]: Taufbuch Lustenau 1888, Taufbuch Egg 1899).

Neben diesem Instrument der individuell-fakultativen Ausbürgerung eröffnete sich das NS-Regime im November 1941 im Vorfeld der so genannten „Endlösung“ der Judenfrage mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, einem der „Nürnberger Rassengesetze“ von 1935, einen Unrechtstitel oder Rechtsscheintitel zur kollektiv-automatischen Bereicherung.¹¹²² Juden, die bereits ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hatten oder künftig nehmen, wurde automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt; das galt auch bei Deportationen in Ghettos und Konzentrationslager jenseits der Reichsgrenzen. Ihr Vermögen verfiel mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich; das galt auch für inzwischen staatenlose Juden, die zuvor deutsche Staatsangehörige gewesen waren. Besonders perfid § 3 Abs. 2: *„Das verfallene Vermögen soll zur Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Zwecke dienen.“* – Unter diesem Titel könnte Dr. Hans Elkan enteignet worden sein (Nr. 31), der mit seinen Eltern 1942 in das KZ Theresienstadt deportiert wurde, wo sie zu Tode gebracht wurden. Eine Zwangsausbürgerung der Familie Elkan wurde jedoch nicht kundgemacht.¹¹²³ Bei Dr. Mathilde Berger geb. Bösch (Nr. 15, 24, 25) dürfte hingegen dieser Enteignungstitel irrtümlich eingetragen worden sein; ihr wurde 1942 gemeinsam mit ihrem Mann die Staatsbürgerschaft individuell aberkannt.

1945 hob die Provisorische Staatsregierung mit den Nürnberger Rassegesetzen unter anderem auch die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz auf, allerdings mit Wirkung vom 10. April 1945 (ex nunc).¹¹²⁴ Dasselbe galt für Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit mit Wirkung vom 27. April 1945.¹¹²⁵ Die Strafexpatriierungen wurden also nicht rückwirkend außer Kraft gesetzt.

Ein weiteres Kapitel sind „wilde“ Enteignungen und erpresste Vermögenstranfers zugunsten der NSDAP, seiner Verbände oder Protagonisten. Ein unrühmliches Beispiel dafür bot SS-Sturmbannführer Alfons Mäser (Nr. 53, 58 und Q 40.6).

In der folgenden Aufstellung sind die „arisierten“ Liegenschaften der Israelitischen Kultusgemeinschaft Hohenems nicht berücksichtigt, die 1941 an die Marktgemeinde Hohenems verkauft wurden.¹¹²⁶

Die Kopfzeile der Tabelle wird im Original auf den Folgeseiten jeweils im Seitenkopf wiederholt.

1122 RGBl. 1941 I S. 722. Vgl. Pfeifer, Ostmark, S. 171-176; Hepp/Lehmann, Ausbürgerung, S. XIV u. XXXIII-XXXVI; Kolonovits/Burger/Wendelin, Staatsbürgerschaft, S. 70-75 u. 267-306.

1123 Zumindest scheinen ihre Namen in Hepp/Lehmann, Ausbürgerung, nicht auf.

1124 Kundmachung der Provisorischen Staatsregierung vom 13.05.1945, StGBI. Nr. 14/1945.

1125 Kundmachung der Provisorischen Staatsregierung vom 29.05.1945, StGBI. Nr. 16/1945.

1126 Schulhaus mit 900 m² Grund, Rabbinatshaus, Synagoge, „Leichenwagenschupfen“, Friedhof, Wiesengrundstück von 1.500 m² (Dreier, Antisemitismus, S. 207-209 u. 230-234; Duizend-Jensen, Jüdische Gemeinden, S. 174).

Verzeichnis

über das vom deutschen Reich oder von der NSDAP. bzw. der angeschlossenen Verbände¹¹²⁸ beschlagnahmte oder enteignete unbewegliche Vermögen im Gerichtsbezirk Dornbirn

Katastralgemeinde Dornbirn

Lfd. Nr. 1129	Liegenschaft	Vorbesitzer	Eigentümer	Aus dem Eigentum des Deutschen Reich an Dritte über[ge]gangen
1	Bezirksgericht und Gefangenenhaus Dornbirn, Kapuzinergasse Nr. 10 und 12 mit 2 Grundparzellen.	Österreichischer Bundesschatz	Deutsche Reich laut RGBl. I S. 995 ex 1939 und RGBl. I S. 545 ex ¹¹³⁰ 1940. ¹¹³¹	
2	Wohnhaus Nr. 16 Förstergasse, Försterhaus mit 5 Bau- und 32 Grundparzellen	wie vor	Deutsche Reich (Reichsforstverwaltung) laut RGBl. I S. 995 ex S. 545 ex 1940. ¹¹³²	

1127 Handschriftliche Nummerierung (IIa) und Neummerierung (5).

1128 Als „angeschlossene Verbände“ der NSDAP galten Organisationen, die über eine eigene Rechtspersönlichkeit und eigenes Vermögen verfügten, wie zum Beispiel: Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), Reichsarbeitsdienst (RAD), Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB), Deutsche Arbeitsfront (DAF), NS-Deutscher Ärztebund (NSDÄB), Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund (NSRB), NS-Kriegsopferversorgung (NSKOV).

1129 Laufende Nummer.

1130 Ex (lateinisch) = aus [dem Jahr].

1131 Erste Verordnung zur Durchführung des Ostmarkgesetzes vom 10.06.1939, RGBl. I S. 995. § 12 Abs. 1 bestimmte, dass die Rechte und Pflichten, die das „Land Österreich“ als bisheriges Land des Reichs hat, mit 1. Oktober 1939 auf das Reich übergehen, soweit sie nicht durch den Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Obersten Reichsbehörden auf die Reichsgaue als Selbstverwaltungskörperschaften übertragen werden. – Diese Frist wurde mit der 5. Durchführungsverordnung vom 19.09.1939, RGBl. I S. 1946, zunächst auf unbestimmte Dauer verlängert und schließlich mit der 9. Durchführungsverordnung vom 23.03.1940, RGBl. I S. 545, § 1, mit 1. April 1940 festgesetzt. Das Land Österreich hörte daher am 31. März 1940 als Rechtsperson zu bestehen auf. Zum Ostmarkgesetz vom 14. April 1939 und seine Durchführung vgl. Pfeifer, Ostmark, S. 530-582.

1132 Wie Anm. 1131.

3	7 Wiesen	wie vor	Deutsche Reich (Reichseisenbahn vermögen). laut G.Bl.f.L.Ö. Nr. 79/38 ¹¹³³
---	----------	---------	---

Katastralgemeinde Hohenems.

Lfd. Nr.	Liegenschaft	Vorbesitzer	Eigentümer	Aus dem Eigentum des Deutschen Reich an Dritte über[ge]gangen
4	1 Grundparzelle mit Badeanstalt	Marktgemeinde Hohenems ¹¹³⁴	Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) laut Kauf vom 28.8.1940.	
5	Wohnhaus Nr. 72 Lustenauerstrasse und 2 Grundparzellen	K.k. Ärar ¹¹³⁵	Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) laut RGBl. I S. 995 ex 1939. ¹¹³⁶	
6	1 Grundparzelle	Schulfond der Christengemeinde Hohenems ¹¹³⁷	Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) laut Kauf vom 28.8.1940.	
7	Zollamtsgebäude Schweizerstrasse Nr. 80 und 1 Grundparzelle	Österreichischer Bundesschatz	Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) laut RGBl. I S. 995 ex 1939. ¹¹³⁸	

1133 Mit der Verordnung über den Übergang der Österreichischen Bundesbahnen auf das Reich vom 17.03.1938, RGBl. I S. 252 (GBIÖ. Nr. 79/1938) wurde mit 18. März 1938 das bisher von der Unternehmung „Österreichische Bundesbahnen“ treuhänderisch verwaltete österreichische Bundesvermögen und das Vermögen des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesbahnen“ als Sondervermögen des Reichs in die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn übertragen.

1134 1950 strengte die Marktgemeinde Hohenems wegen Liegenschaften ein Rückstellungsverfahren gegen das Deutsche Reich an (Melichar, Verdrängung, S. 146). Vielleicht besteht ein Zusammenhang.

Katastralgemeinde Lustenau.

Lfd. Nr.	Liegenschaft	Vorbesitzer	Eigentümer	Aus dem Eigentum des Deutschen Reich an Dritte über[ge]gangen
8	Wohnhaus Nr. 2, 79 und 21 Reichsstrasse Zollgebäude mit 4 Grundparzellen	Österreichischer Bundesschatz	Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) laut RGBl. I S. 995 ex 1939. ¹¹³⁹	
9	Wohnhaus Nr. 25 Rheinstrasse mit 2 Grundparzellen	wie vor	wie vor.	
10	Wohnhaus Nr. 23 Hohenemserstrasse Zollamt mit 1 Grundparzelle	wie vor	wie vor.	
11	Zollamt Wiesenrhein [Wiesenrain] mit Wachhütte	wie vor	wie vor.	
12	Zollwächterhaus Bauparzelle 1717.	wie vor	wie vor.	
13	2 Wiesen	Konsumverein Lustenau reg. G[en].m.b.H. ¹¹⁴⁰	Gemeinschaftswerk der DAF. Ges.m.b.H. Beschlagnahme. ¹¹⁴¹	

1135 Kaiserlich-königlicher Ärar, gleichbedeutend mit Fiskus als Bezeichnung der als vermögensrechtliches Subjekt betrachteten Staatskasse.

1136 Wie Anm. 1131.

1137 Neben der politischen Territorialgemeinde Hohenems (Christengemeinde) bestand bis 1878 eine politische jüdische Personalgemeinde (Judengemeinde), die auf Bestreben der „Judengemeinde“ Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes der „Christengemeinde“ inkorporiert wurde (vgl. Tänzer, Hohenems, S. 236-283). 1950 strengte die Marktgemeinde Hohenems wegen Liegenschaften ein Rückstellungsverfahren gegen das Deutsche Reich an (Melichar, Verdrängung, S. 146). Vielleicht besteht ein Zusammenhang.

1138 Wie Anm. 1131.

1139 Wie Anm. 1131.

1140 Der Konsumverein Lustenau wurde 1877 gegründet und zählte 1942 rund 1.450 Mitglieder. Er hat sich nach 1945 wieder neu konstituiert (Schlachter, Konsumgenossenschaften, S. 24-27; Melichar, Verdrängung, S. 149).

1141 Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

14	1 Grundparzelle	minderjährige Inge Hämmerle „des Franz Josef“ ¹¹⁴²	Großdeutsche Reich ¹¹⁴³ (Reichsfinanzverwaltung) Beschlagnahme.
15	Wohnhaus Nr. 5 Reichsstrasse mit 2 Grundparzellen	Dr. Mathilde Berger geb. Bösch ¹¹⁴⁴ zu 3/4 Anteil	Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) laut RGBl. I S. 722 ex 1941 ¹¹⁴⁵
16	Wohnhaus Nr. 7 Rathausstrasse und Grundparzelle	Krankenpflegeverein Lustenau ¹¹⁴⁶	NS. Volkswohlfahrt e.V. Berlin, laut G.Bl.f.L.Ö. Nr. 136/38. ¹¹⁴⁷

1142 Dem Lustenauer Fabrikanten Franz Josef Hämmerle und seiner Familie wurde 1943 die Staatsbürgerschaft aberkannt, sein Vermögen für verfallen erklärt (vgl. Einleitung zu Q 40.5). – Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 13 vom 18.01.1943 (Hepp/Lehmann, Ausbürgerung, S. 611): Franz Josef Hämmerle (geb. 1888), Hermina Hämmerle geb. Keßler (geb. 1899), Edith Maria Hämmerle (geb. 1923), Max Fritz Hämmerle (geb. 1925), Ingeborg Maria Rita Hämmerle (geb. 1927), Maria Margaretha Ruth Hämmerle (geb. 1930). – Hämmerles Klöppel- spitzenfabrikation war ein „nichtjüdischer“ Betrieb. Weshalb die Strafexpatriierung erfolgte, bliebe zu klären. Das Deutsche Reich kassierte zwei Wohnhäuser, ein Fabriksgebäude und sieben Bau- grundstücke, die vom Hauptzollamt Dornbirn verwaltet wurden. 64 Klöppelmaschinen wurden veräußert (Melichar, Verdrängung, S. 48 u. 151).

1143 Zum Begriff „Großdeutsches Reich“ vgl. Anm. 1310.

1144 Mathilde Bösch wurde 1898 als Tochter des Stickereifabrikanten Friedrich Bösch und dessen Frau Katharina geb. Hollenstein geboren. Ihrer Familie gehörte das „Rote Haus“ in Dornbirn (freundliche Mitteilung von Harald Rhomberg, Stadtarchiv Dornbirn). Sie wurde 1924 an der Universität Innsbruck zum Dr. med. promoviert und heiratete im selben Jahr den Innsbrucker Internisten Dr. Wilhelm Berger, der ab 1931 als ordentlicher Professor an der Universität Graz lehrte. Berger wurde nach dem „Anschluss“ nicht entlassen, emigrierte aber 1939 mit seiner Familie über Italien und die Schweiz in die USA. Er arbeitete und lehrte in New York (Handbuch Emigration 2/1, S. 87; Hubenstorf, Ärzte-Emigration, S. 386; freundliche Auskunft von Dr. Peter Goller, Universitätsarchiv Innsbruck). 1946 starteten die Bergers eine Hilfsaktion, sammelten Geld und vermittelten bis 1949 Medikamenten- und Nahrungsmittelspenden zu Gunsten Vorarlbergs und der Stadt Innsbruck (VLA: AVLReg IVb-349/1946; VN 14.09.1946, S. 3; VVB 14.09.1946, S. 3; Nachbaur, Wiederaufbau, S. 32-33).

1145 Mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941, RGBl. I S. 722, wurde Juden, die bereits ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hatten oder künftig nehmen sollten, auto- matisch die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Ihr Vermögen verfiel mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich (vgl. Einleitung zu Q 40.5). Es ist jedoch nicht anzunehmen, dass Mathilde Berger geb. Bösch ihrer Abstammung nach als „Jüdin“ einzustufen war. Ihr Mann Wil- helm Berger war römisch-katholischer Konfession (Handbuch Emigration 2/1, S. 87). Selbst wenn er nach NS-Rassenlehre als „Jude“ qualifiziert worden wäre, hätte die zitierte Verordnung keine

17	1 Grundparzelle, Weide im oberen Heuried	minderjähriger Hein [sic!] und minderjäh- rige Edith Hämmerle „des Franz Josef“ ¹¹⁴⁸	Deutsche Reich (Reichsfinanz- verwaltung) Beschlagnahme.
18	Wohnhaus Nr. 18 Holzstrasse mit Garten	Johann, Wilhelm, Alfred, Franz, ¹¹⁴⁹ Ernst, Otto Häm- merle, Maria Grabher geb. Hämmerle, Gebhard Grabher	Deutsche Reich (Reichsfinanz- verwaltung) zu 1/20 Anteil Beschlagnahme.
19	Wohnhaus Nr. 104 Maria Theresien- strasse und Nr. 102 mit 2 Grundpar- zellen	Konsumverein Lustenau. ¹¹⁵⁰	Gemeinschaftswerk der DAF. Ges.m.b.H. Beschlagnahme. ¹¹⁵¹

Rechtsgrundlage für die Entziehung des Vermögens seiner Frau geboten. Es dürfte sich hier um einen Fehler handeln. Denn das Ärzteehepaar Berger und seine zwei Kinder wurden 1942 nach dem Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, RGBl. 1933 I S. 480, expatriert. Sie wurden in der Ausbürgerungsanzeige auch nicht mit den Zusatznamen „Israel“ und „Sara“ stigmatisiert (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 143 vom 22.06.1942 [Hepp/Lehmann, Ausbürgerung, S. 596]). Wilhelm Berger, der 1913 „sub auspiciis Imperatoris“ promoviert worden war, erkannte die Universität Innsbruck als Nebenstrafe der Expatriierung im Sommer 1942 auch noch das Doktorat ab (Handbuch Emigration 2/1, S. 87). Wie die Ausbürgerung trat auch die Aberkennung der Diplome 1945 nicht automatisch und rückwirkend außer Kraft; die Bestraften hatten um eine neuerliche Verleihung anzusuchen (StGBI. Nr. 78/1945). Die Universität Innsbruck hatte „nur“ sechs Doktorate aberkannt; in den Akten finden sich keine Hinweise auf eine Wiederverleihung. 1949 stellte die Universität Berger jedoch ein Diplomduplikat aus, 1963 feierte er in Innsbruck die „Goldene Promotion“. Über eine Aberkennung des Doktorgrades Mathilde Bergers ist nichts bekannt. Für diese Auskünfte danke ich Dr. Peter Goller, Universitätsarchiv Innsbruck (vgl. StenProt NR XXII. GP 1649/J u. 1624/AB). – Ein Sohn der Bergers – Wilhelm, William oder Bill Berger – reüssierte übrigens als Filmschauspieler in Italowestern.

1146 Auf Anfrage des Landrats Feldkirch teilte der Lustenauer Bürgermeister am 9. März 1940 mit, dass über die Auflösung des Krankenpflegevereins kein Aktenvorgang vorhanden sei, da der Verein durch die NSV übernommen worden sei (VLA: SID, Vereine 42.92).

1147 Gesetz über die Überleitung und Eingliederung von Vereinen, Organisationen und Verbänden. Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

1148 Wie Anm. 1142. Bei „Hein“ dürfte es sich um einen Fehler handeln.

1149 Ein Franz Hämmerle, geb. 1913 in Lustenau, wurde 1943 ausgebürgert (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 184 vom 10.08.1943 [Hepp/Lehmann, Ausbürgerung, S. 641]). Vermutlich besteht ein Zusammenhang.

1150 Wie Anm. 1140.

1151 Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

20	Wohnhaus Nr. 1 Staldenstrasse, und Ladenlokal Nr. 17 sowie 2 Grundparzellen	wie vor	wie vor.
21	Wohnhaus Nr. 10 Raiffeisenstrasse und Wiese.	Franz Josef Hämmerle „Kleinmarxes“ ¹¹⁵²	Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) Beschlagnahme.
22	Wohnhaus Nr. 3 Morgenstrasse und Garten	wie vor	wie vor.
23	Bp 1484 Klöppelstickereifabrik	wie vor	wie vor.
24	Wohnhaus Nr. 34 Kaiser Franz Josefstrasse und 2 Grundstücke	Dr. Mathilde Berger geb. Bösch ¹¹⁵³	Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) laut RGBl. I S. 722 ex 1941 ¹¹⁵⁴
25	Stickereifabrik und 2 Grundstücke	Katharina Bösch geb. Hollenstein und Dr. Mathilde Berger geb. Bösch ¹¹⁵⁵	Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) zu 3/4 Anteil Beschlagnahme.
26	5 Grundstücke	Franz Josef Hämmerle „Kleinmarxes“	Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) Beschlagnahme.

1152 Kleinmarxes ist ein Lustenauer Haus- oder Sippennamen.

1153 Wie Anm. 1144.

1154 Wie Anm. 1145.

1155 Wie Anm. 1144 und 1145. Katharina Bösch geb. Hollenstein war die Mutter der Mathilde Bösch.

Katastralgemeinde Ebnit

Lfd. Nr.	Liegenschaft	Vorbesitzer	Eigentümer	Aus dem Eigentum des Deutschen Reich an Dritte über[ge]gangen
27	Wohnhaus Nr. 15 mit Wirtschaftsgebäude 101 Kinderspielhalle, 4 Wiesen, 1 Wald.	Verein Ferienheim der Deutschen Schutzvereine in Lustenau. ¹¹⁵⁶	NS. Volkswohlfahrt e.V. ¹¹⁵⁷ Berlin, laut G.Bl.f.L.Ö. Nr. 136/38 ¹¹⁵⁸ und Beschlagnahmeverfügung.	
28	2 Wiesen und 2 Wälder in Ebnit.	Invalidenverband Vorarlberg in Dornbirn, Landesverband Vorarlberg des Einheitsverbandes der Kriegsoffer Österreichs (Gruppe Invalide) in Bregenz.	NS. Volkswohlfahrt e.V. Berlin, laut Kauf vom 12. und 21.10.1942.	
29	Wohnhaus Nr. 33 Kinderferienheim und 3 Grundstücke.	Rhoner [Rohner] Olga ¹¹⁵⁹	NS. Volkswohlfahrt e.V. Berlin, laut Kauf vom 23. und 31.12.1940.	
30	Wohnhaus Nr. 40 Alpenhotel Ebnit, und 2 Weidengrundstücke	Verein Ferienheim der Deutschen Schutzvereine Lustenau ¹¹⁶⁰	NS. Volkswohlfahrt e.V. Berlin, laut G.Bl.f.L.Ö. Nr. 136/38 ¹¹⁶¹ und Beschlagnahmeverfügung.	

1156 Am 10. Dezember 1938 teilte die Bezirkshauptmannschaft Feldkirch der Geheimen Staatspolizei, Grenzpolizeikommissariat Bregenz, mit, dass der Verein im Vereinskataster gelöscht und der Stillhaltekommissar davon verständigt worden sei (VLA: SID, Vereine 52).

1157 E.V. = eingetragener Verein.

1158 Gesetz über die Überleitung und Eingliederung von Vereinen, Organisationen und Verbänden. Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

1159 Olga Rohner erhielt 1931 die Genehmigung zum Bau eines Kinderheimes in Ebnit. Ihr privates Kinderheim Hackwald erfreute sich großer Beliebtheit. Nach dem „Anschluss“ 1938 übernahm es die NS Volkswohlfahrt, die es 1940 erwarb. Die Umstände dieses Transfers blieben zu klären. Gegen Kriegsende wurden hier Bombenflüchtlinge aus dem Rheinland untergebracht. Nach 1945 galt das Haus als „Deutsches Eigentum“ und wurde von den französischen Besatzungsbehörden, dann von der Landesregierung, verwaltet. 1948 ging die Liegenschaft in das Eigentum der Republik Österreich über. Von 1946 bis 1949 betrieb die Stadt Dornbirn das Ferienheim, dann bis 1956 das Werk der Frohbotschaft Batschuns bis 1956 (Albrich, Kinderheim).

1160 Wie Anm. 1156.

1161 Wie Anm. 1158.

Katastralgemeinde Hohenems

Lfd. Nr.	Liegenschaft	Vorbesitzer	Eigentümer	Aus dem Eigentum des Deutschen Reich an Dritte über[ge]gangen
31	Wohnhaus Nr. 35 Schweizerstrasse ¹¹⁶² und Garten.	Elkan Hans ¹¹⁶³	Großdeutsche Reich ¹¹⁶⁴ (Reichsfinanzverwaltung) Beschlagnahme.	
32	Wohnhaus Nr. 10 Jünglings-Vereinshaus August Reistrasse.	Marianische Jünglings-Kongregation ¹¹⁶⁵ und Markt ¹¹⁶⁶ Hohenems	NS. Fliegerkorps in Berlin ¹¹⁶⁷ W 15. laut Kauf vom 15.5.1943	
33	Wohnhaus Nr. 2 Kaiser Franz Josefstrasse mit Garten und 2 Grundstücken.	Konsumverein Hohenems reg. Gen.m.b.H.	Gemeinschaftswerk der DAF. Ges.m.b.H. Beschlagnahme ¹¹⁶⁸	
34	Wohnhaus Nr. 5 Schillerallee und Wiese.	Krankenpflegeverein Hohenems	NS. Volkswohlfahrt e.V. Berlin, laut G.Bl.f.L.Ö. Nr. 136/38. ¹¹⁶⁹	

1162 Es handelte sich um ein nobles Mehrfamilienhaus (Höfle, Juden, S. 109-114). Von 1945/46 bis zu Beginn der 1950er Jahre diente das „Elkanhaus“ jüdischen „Displaced Persons“ als Durchgangsquartier. Wahrscheinlich war hier auch eine „Talmud-Tora-Schule“ untergebracht (Albrich, Zwischenstation, S. 16, 21, 32 u. 35; Albrich, Kontinuität, S. 253-255, 263-264, 270-271).

1163 Das „Elkanhaus“ gehörte einer jüdischen Familie. 1939 erhob der Gendarmerieposten Hohenems die Besitzverhältnisse (Melichar, Verdrängung, S. 133; zudem S. 24). Mit Schreiben vom 21. Mai 1940 teilte das Provinzreferat der „Auswanderungsabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien“ der Familie mit, dass sie Hohenems bis 30. Mai zu verlassen und nach Wien zu übersiedeln habe. Theodor Elkan versuchte das Haus, das er seinem Sohn Dr. Hans Elkan überschrieben hatte, an einen nichtjüdischen Bekannten günstig zu verkaufen oder sogar zu schenken, gegen eine Option, es später einmal zurückkaufen zu können. Der Bekannte fürchtete jedoch Repressalien der Nationalsozialisten. Es blieb daher nichts anderes übrig, als das Haus in die Verwaltung der Gemeinde Hohenems zu übergeben (Gruber, Elkan, S. 119; vgl. auch Dreier, Antisemitismus, S. 205 u. 218-220). Die Familie Elkan wurde im KZ Theresienstadt zu Tode gebracht, Hans Elkan am 23. Juli 1944, seine Mutter am 28. Februar 1944, sein Vater bereits kurz nach der Einlieferung am 1. September 1942. Eine individuelle Ausbürgerung des Hans Elkan wurde nicht im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht (Hepp/Lehmann, Ausbürgerung). Vermutlich fußte die Beschlagnahme

Katastralgemeinde Dornbirn

Lfd. Nr.	Liegenschaft	Vorbesitzer	Eigentümer	Aus dem Eigentum des Deutschen Reich an Dritte über[ge]gangen
35	3 Grundstücke in der Schmelzhütten.	Katholischer Gesellenverein in Dornbirn.	Rudolf Feuerstein Beschlagnahme. ¹¹⁷⁰	

seines Hauses auf der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941, RGBl. I S. 722 (vgl. Einleitung zu Q 40.5). – Zu Enteignungsmaßnahmen gegen Juden in Vorarlberg vgl. Dreier, Antisemitismus, S. 206-210 u. 230-234; Melichar, Verdrängung, S. 22-35 u. 128-145.

1164 Zum Begriff „Großdeutsches Reich“ vgl. Anm. 1310.

1165 Die Marianischen Kongregationen zählten an sich zu den katholischen Vereinigungen, die 1938 nicht sofort aufgelöst wurden, sondern zunächst mit der Auflage weiterbestehen durften, sich ausschließlich mit religiösen Fragen zu beschäftigen. Im Fall der 1910 gegründeten Jünglingskongregation Hohenems gab die Sicherheitsdirektion für Vorarlberg (kommissarischer Leiter war Alfons Mäser) bereits am 15. März 1938 dem Gendarmerieposten Hohenems den Auftrag, den Verein sofort aufzulösen und das gesamte Vermögen zu beschlagnahmen. Am 27. April 1938 teilte die Gendarmerie mit, dass die Vereinshalle für die Hitlerjugend (HJ) und den Bund deutscher Mädchen (BdM) freigegeben worden sei, somit alle Räume der NSDAP-Ortgruppe offen stünden und sie damit für das Inventar usw. keine Verantwortung tragen könne (VLA: SID Vereine 35, 72.16; BH Feldkirch V 707/1910). Offiziell wurde die Marianische Jünglings- und Männerkongregation Hohenems (sic!) mit einer Verordnung des Reichsstatthalters in Tirol und Vorarlberg vom 15.01.1941 aufgelöst, von der allein in Vorarlberg 348 katholische Vereine, Standesbündnisse und Kongregationen betroffen waren. Deren Vermögen wurde zu Gunsten der Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (vgl. Anm. 1200) eingezogen, eine Fortführung der Organisationen mit Geld- oder Gefängnisstrafe bedroht (Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg 1/1941, 2).

1166 Mit der Einführung der Deutschen Gemeindeordnung 1935 mit 1. Oktober 1938 wurde die Bezeichnung „Marktgemeinde“ durch „Markt“ ersetzt (RGBl. 1938 I S. 237, GBlfÖ. Nr. 408/1938).

1167 Das 1937 geschaffene Nationalsozialistische Fliegerkorps (NSFK) war eine paramilitärische Organisation. Es blieb bis zu seiner Auflösung 1945 eine selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der „Kauf“ des Jünglingsvereinshauses in Hohenems diente wohl der ihm unterstellten Flieger-HJ. Auf Grund eines Abkommens zwischen dem NSFK-Korpsführer und dem Reichsjugendführer wurde systematisch der fliegerische Nachwuchs aus dem Luftfahrtunterricht an den Schulen herangezogen und weitergebildet. In den Arbeitsgemeinschaften des Deutschen Jungvolks (DJ), zehn bis 14 Jahre) wurden Kinder im Modellbau und Modellflug unterrichtet, die Luftsportscharen der Hitlerjugend (14 bis 18 Jahre) widmeten sich dem Bau von Gleit- und Segelflugzeugen sowie der praktischen Schulung. Mit 18 erfolgte die automatische Übernahme in die Stürme des NSFK zur Weiterbildung im Segelflug und abschließend im Motorflug auf Kleinflugzeugen. Zur Flieger-HJ in Vorarlberg vgl. Stoppel, Hitlerjugend, S. 141-143.

1168 Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

1169 Gesetz über die Überleitung und Eingliederung von Vereinen, Organisationen und Verbänden. Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

1170 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 129, „Erwerber“ nicht ausgewiesen.

36	Wohnhaus Nr. 20 Gasthaus zum Hirschen und 2 Grundstücke	wie vor.	NSDAP. Beschlagnahme.
37	Wohnhaus Nr. 23 Sala mit 3 Grund- stücke.	wie vor.	wie vor.
38	1 Grundstück.	Grosseinkaufsge- sellschaft Österrei- chischer Consum- vereine (GöC) r. Gen.m.b.H. Wien ¹¹⁷¹	Gemeinschaftswerk der DAF. Ges.m.b.H. Beschlagnahme. ¹¹⁷²
39	Wohn- und Geschäftshaus Nr. 1 Bahnhofstrasse, Autohalle, Grund- parzelle	wie vor.	wie vor.
40	Wohnhaus Nr. 3 Kongregationshaus Bergstraße	Marianische Jüng- lings-Congregation in Dornbirn. ¹¹⁷³	Stadtgemeinde Dornbirn Beschlag- nahme und Kauf vom 15.10.1944. ¹¹⁷⁴
41	Alpe Untermörzel mit Alphütte und 7 Grundstücke nebst 4 Grundstücke als Nebenbestandteil der Alpe.	Bauernkammer für Vorarlberg. ¹¹⁷⁵	Reichsnährstand Körperschaft des öffentlichen Rechtes in Berlin, ¹¹⁷⁶ [Be]schlagnahme.

1171 Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

1172 Vgl. ebenda.

1173 Der Präses der 1890 gegründeten Marianischen Jünglingskongregation Dornbirn-Oberdorf teilte dem Landrat Feldkirch am 8. März 1940 mit, dass sie ihre Tätigkeit einstweilen eingestellt habe, aber nicht aufgelöst sei. Im Herbst 1940 wurde die Kongregation verboten, mit Verordnung vom 15.01.1941 aufgelöst und ihr Vermögen eingezogen. Für ihr Haus interessierte sich im November 1940 die SA-Standarte 34 (Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg 1/1941, 2; BH Feldkirch V 218/1890; VLA: SID Vereine 19, 40.219).

1174 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 129, Erwerberin nicht ausgewiesen.

1175 Der 1935/36 gebildete Berufsstand Land- und Forstwirtschaft im Lande Vorarlberg entstand aus dem Vorarlberger Bauernbund, der wieder die Gremien der Vorarlberger Bauernkammer zu bestellen hatte. Aus dem deutschen Reichsnährstand waren bis 1938 die Kammern bereits eliminiert worden. Das Inkrafttreten der Rechtsvorschriften über den Reichsnährstand am 17. Mai 1938 bedeutete das Ende der Bauernkammern in Österreich (vgl. Pfeifer, Ostmark, S. 479-490).

42	Wohnhaus Nr. 26 Riedgasse und Nr. 24 Riedgasse mit 2 Grundstücke.	Konsumgenossenschaft in Dornbirn. ¹¹⁷⁷	Gemeinschaftswerk der DAF. Ges.m.b.H. Beschlagnahme. ¹¹⁷⁸
43	Wohnhaus Nr. 22 Riedgasse.	wie vor.	wie vor.
44	Wohn- und Geschäftshaus Nr. 12 Bahnhofstrasse	Konsumgenossenschaft reg. Gen.m.b.H. in Dornbirn. ¹¹⁷⁹	wie vor.
45	1 Magazin und 1 Grundstück	wie vor.	wie vor.
46	7 Grundstücke	Österreichischer Bundesschatz	Deutsche Reich (Reichseisenbahnvermögen). laut G.Bl. f.L.Ö. Nr. 79/38 ¹¹⁸⁰
47	2 Schuppen ¹¹⁸¹ und 1 Grundstück als Garten.	Konsumgenossenschaft Dornbirn. ¹¹⁸²	Gemeinschaftswerk der DAF. Ges.m.b.H. Beschlagnahme. ¹¹⁸³

1176 Der Reichsnährstand verstand sich als Vertretung der deutschen Bauernschaft und der deutschen Landwirtschaft, einschließlich der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Landhandels (Groß- und Kleinhandels) und der Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Ende Mai 1938 wurden in Österreich drei Landesbauernschaften errichtet, Salzburg, Nordtirol und Vorarlberg zur Landesbauernschaft Alpenland mit Sitz in Salzburg zusammengefasst. Für Vorarlberg wurde als Untergliederung zunächst nur eine Kreisbauernschaft Vorarlberg gegründet. 1942 gelang Reichsstatthalter Hofer jedoch ihre Zerschlagung in die Kreisbauernschaften Bregenz, Feldkirch und Bludenz, die 1943 wieder in eine neue Landesbauernschaft Tirol-Vorarlberg eingegliedert wurden. Die Landesbauernschaft war dem Landesernährungsamt unterstellt, das aber vom Landesbauernführer geleitet wurde. Es wurde als „Landesernährungsamt Abt. A“ bezeichnet, im Unterschied zum „Landesernährungsamt Abt. B“, das dem Reichsstatthalter eingegliedert war. In der „Erzeugungsschlacht“ bestand folgende Arbeitsteilung: Der „Reichsnährstand“ (Abt. A) lenkt und kontrolliert die Produktion, die allgemeine Verwaltung (Abt. B) die Verteilung und den Konsum, die im Rahmen der Kriegswirtschaft dem Landesernährungsamt Alpenland mit Sitz in Salzburg unterstellt wurde.

1177 Die Konsumgenossenschaft Dornbirn wurde 1899 gegründet und zählte 1942 4.425 Mitglieder (Schlachter, Konsumgenossenschaften, S. 19-23).

1178 Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

1179 Wie Anm. 1177.

1180 Wie Anm. 1133.

1181 Schuppen.

1182 Wie Anm. 1177.

1183 Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

48	Geschäfts- und Lagerhaus Nr. 10 Zollgasse mit 2 Grundstücke.	Verband der Konsumvereine in Vorarlberg reg. Gen.m.b.H. ¹¹⁸⁴	wie vor.	
49	Stickerei und 1 Grundstück.	Turnerbund Dornbirn. ¹¹⁸⁵	Stadtgemeinde Dornbirn. Beschlagnahme. ¹¹⁸⁶	
50	Wohnhaus Nr. 3 mit Kapelle, Annagasse und Grundstück	Krankenpflegeverein Dornbirn.	NS. Volkswohlfahrt e.V. Berlin, laut G.Bl.f.L.Ö. Nr. 136/38. ¹¹⁸⁷	
51	1 Grundstück.	Konsumgenossenschaft Dornbirn reg. Gen.m.b.H. ¹¹⁸⁸	Gemeinschaftswerk der DAF. Ges.m.b.H. Beschlagnahme. ¹¹⁸⁹	
52	Wohnhaus Nr. 36 Schulgasse mit Eiskeller und Wohnhaus Nr. 34 Schulgasse und 1 Grundstück.	Vereinshausgesellschaft Dornbirn ¹¹⁹⁰	Vermögensverwaltung der DAF. Ges.m.b.H. Beschlagnahme.	Stadt Dornbirn Kauf vom 29.12.43 und 12.1.44 ¹¹⁹¹
53	1 Wald am Klotzacker ¹¹⁹²	Anna Mathis, „des Jakob“ und Katharina Mathis „des Jakob“	Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft reg. Gen.m.b.H. Kauf vom 11.11.1938.	Alfons Mäser Kauf vom 6.11.42. ¹¹⁹³

1184 Der Vorarlberger Konsumverband wurde 1907 als Einkaufsvereinigung und Revisionsverband der selbständigen Konsumvereine gegründet. Seine Tradition setzte die 1946 gegründete „Vorarlberger Konsumgenossenschaft“ fort (Schlachter, Konsumgenossenschaften, S. 16-18 u. 31-36).

1185 Der 1907 gegründete „Turnerbund Dornbirn“ war ein katholischer Turnverein, der 1938 behördlich aufgelöst wurde (VLA: SID Vereine 68.4).

1186 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, „Erwerberin“ nicht ausgewiesen.

1187 Gesetz über die Überleitung und Eingliederung von Vereinen, Organisationen und Verbänden. Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

1188 Wie Anm. 1177.

1189 Vgl. Einleitung zu Q 40.5.

1190 Das gesamte Vermögen der Dornbirner Vereinshausgesellschaft wurde 1938 zugunsten der Deutschen Arbeitsfront (DAF, vgl. Einleitung zu Q 40.5) beschlagnahmt. Das katholische Vereinshaus wurde zunächst in „Haus der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“, kurz darauf in „Haus der Deutschen Arbeitsfront“ umbenannt. Mit dem Kauf der Liegenschaften durch die Stadt Dornbirn

54	1 Grundstück	Katholischer Burschenverein Treu- gold Haselstauden Dornbirn IV, ¹¹⁹⁴ dann NSDAP. Hitler Jugend, Beschlagnahme ¹¹⁹⁷	¹¹⁹⁵	Stadt Dornbirn Kauf vom 10.8.42. ¹¹⁹⁶
55	Wohnhaus Nr. 5 Annagasse, Vereins- heim und 1 Grund- stück	a) Marianische Jung- frauenkongregation Dornbirn b) Verein Katholi- scher Arbeiterinnen in Dornbirn, ¹¹⁹⁸ c) Katholischer Frauenbund in Dorn- birn, dann Aufbau- fonds-Vermögensver- waltung Gesellschaft m.b.H. Wien ¹²⁰⁰	NS. Volkswohlfahrt e.V. Berlin, laut G.Bl.f.L.Ö. Nr. 136/38 ¹¹⁹⁹ und Kauf vom 26.4.1940.	

änderte sich der Verwendungszweck nicht. Die Vereinhausgesellschaft, die sich 1946/47 wieder konstituierte, erhielt ihr Eigentum offiziell am 10. November 1947 wieder zurück (Zeiner, Vereins-
haus, S. 111-120).

- 1191 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, fehlt diese Rubrik; kein Hinweis auf diese Erwerbsvorgänge.
- 1192 Am Klotzacker in Dornbirn-Zanzenberg wurde die SS-Siedlung errichtet (vgl. Einleitung zu Q 40.6).
- 1193 Vgl. Q 40.6. Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, fehlt diese Rubrik; kein Hinweis auf diesen Erwerbs-
vorgang.
- 1194 Der Katholische Burschenverein „TreuGold“ wurde am 23. August 1938 im Vereinskataster ge-
löscht (VLA: SID Vereine 40.73).
- 1195 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, wurde hier irrtümlich die Eintragung in Nr. 53 (Kauf durch Sied-
lungsgesellschaft) wiederholt.
- 1196 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, fehlt diese Rubrik; kein Hinweis auf diesen Erwerbsvorgang.
- 1197 Mit Grundbuchsbeschluss vom 10. Jänner 1940 wurde das Eigentumsrecht an der Liegenschaft (GB
Dornbirn, EZ 5526) unter Hinweis auf einen Bescheid des Stillhaltekommissars zu Gunsten der
Hitlerjugend, vertreten durch den Reichskassenverwalter, verbüchert (VLA: SID Vereine 40.73).
- 1198 Auf Anordnung des Stillhaltekommissars vom 28. Juni 1940 wurde der Verein katholischer Arbei-
terinnen in Dornbirn unter Aufhebung seiner Rechtspersönlichkeit in die NS Volkswohlfahrt ein-
gegliedert (VLA: SID Vereine 40.88). Die „Rechtsgrundlage“ bot das Gesetz über die Überleitung
und Eingliederung von Vereinen, Organisationen und Verbänden (GBI fÖ. Nr. 136/1938, 137/1938,
390/1938)
- 1199 Gesetz über die Überleitung und Eingliederung von Vereinen, Organisationen und Verbänden.
Vgl. Einleitung zu Q 40.5.
- 1200 Die am 1. Oktober 1939 gegründete Aufbaufonds-Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH war
eine Treuhandgesellschaft, die mit der Verwertung und dem Verkauf der vom Stillhaltekommissar
eingezogenen Vermögenswerte der österreichischen Vereine beauftragt war. Sie wurde Ende
1942 aus dem Handelsregister gelöscht (Pawlowsky/Leisch-Prost/Klösch, Vereine, S. 36-41).

56	1 Grundstück	Katholischer Jugendhorst [Jugendhort] Hatlerdorf, ¹²⁰¹ dann NSDAP. Hitler-Jugend, Beschlagnahme.	¹²⁰²	Stadt Dornbirn Kauf vom 14.12.42. und 4.1.43. ¹²⁰³
57	Wohnhaus Nr. 11 Amenegg und Grundstück.	Gesellenverein Lustenau, ¹²⁰⁴ dann Vermögensverwaltung der DAF. Ges.m.b.H. Berlin Beschlagnahme. ¹²⁰⁸	¹²⁰⁵	Firma Optische Werke C.A. Steinheil Söhne, ¹²⁰⁶ G.m.b.H. München, Kauf vom 19.10.1941 ¹²⁰⁷
58	Arbeitsamt Dornbirn und 1 Grundstück.	Alfred Rhomberg, Isidora Grabher geb. Wehinger und Hildegard Wehinger	Isidora Grabher geb. Wehinger 1/3, Hildegard Wehinger 2/3. ¹²⁰⁹	Enteignungsverfahren angemerkt. ¹²¹⁰

1201 Gegründet 1930 (VLA: SID Vereine 40.153).

1202 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, wurde hier irrtümlich die Eintragung in Nr. 55 (Kauf durch NSV) wiederholt.

1203 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, fehlt diese Rubrik; kein Hinweis auf diese Erwerbsvorgänge.

1204 Der Stillhaltekommissar teilte der Landeshauptmannschaft Vorarlberg am 6. Oktober 1938 mit, dass die Österreichische Kolpingfamilie am 7. September 1938 aufgelöst worden und der 1924 gegründete Katholische Gesellenverein Lustenau daher aus dem Vereinsregister zu löschen sei (VLA: SID Vereine 42.21, 42.32).

1205 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, wurde hier irrtümlich die Eintragung in Nr. 55 (Kauf durch NSV) wiederholt.

1206 Aufgrund eines Bescheides des Stillhaltekommissars als öffentlicher Urkunde wurde das Eigentumsrecht an der Liegenschaft (GB Lustenau, EZ 5859, Gst.Nr.2897, 13521/5) mit Grundbuchsbeschluss vom 27. Juni 1939 zu Gunsten der Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront, Gesellschaft mbH (vgl. Anm. 1200) eingetragen (VLA: SID Vereine 42.21).

1207 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, fehlt diese Rubrik; kein Hinweis auf diesen Erwerbsvorgang.

1208 Vgl. Einleitung zu Q 40.5. Vermutlich wie Anm. 1200

1209 Vgl. Q 40.6. Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, in dieser Rubrik der Vermerk „Beschlagnahme“.

1210 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, fehlt diese Rubrik; kein Hinweis auf Enteignungsverfahren.

1211 Vgl. Anm. 1212.

1212 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, in dieser Rubrik nur der Vermerk „Beschlagnahme“.

1213 Wie Anm. 1218.

1214 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, fehlt diese Rubrik.

1215 Von 1945 bis zu Beginn der 1950er Jahre diente das „Brunnerhaus“ jüdischen „Displaced Persons“ (DP) als Durchgangsquartier, in dem eine Zeit lang auch eine Rabbiner-Schule untergebracht war. Ab Sommer 1949 bemühten sich die Erben und Eigentümer um die Räumung des Hauses, das von den Besatzungsbehörden ohne zivilrechtlichen Titel für DPs in Beschlag genommen worden war, die, wie im „Elkanhaus“, keine Mieten zahlten (Albrich, Zwischenstation, S. 16, 18, 32, 41-42, Albrich, Kontinuität, S. 253-255, 263-264, 270-271). Zur Familie Brunner vgl. Anm. 1217.

1216 Holzschuppen.

Katastralgemeinde Hohenems

Lfd. Nr.	Liegenschaft	Vorbesitzer	Eigentümer	Aus dem Eigentum des Deutschen Reich an Dritte über[ge]gangen
59	Wohnhaus Nr. 27 Schweizerstrasse und 1 Grundstück. ¹²¹¹		Felix Robert Brunner zu 1/4 Heinrich Brunner zu 1/4, Felix Brunner zu 1/12 Heinrich Brunner 1/12, Regina Paulina Engelsberg 1/12 ¹²¹²	Auf die 4/12 Anteile des Heinrich Brunner ¹²¹³ Beschlagnahme- verfügung. ¹²¹⁴
60	Wohnhaus Nr. 33, Schweizerstrasse ¹²¹⁵ und Nr. 41, Schweizerstrasse nebst Holzschupfe ¹²¹⁶ und 8 Grundstücke.		Dr. Julius Trier zu 594/1944, Felix Robert Brunner zu 252/1944, Heinrich Brunner zu 252/1944, Felix Brunner zu 252/1944, Julie Schotthöfer geborene Bonn-Sartorio zu 297/1944, Dr. Moritz Bonn zu 297/1944. ¹²¹⁷	Auf die 7/54 oder 252/1944 Anteile des Heinrich Brunner ¹²¹⁸ Beschlagnahme- verfügung. ¹²¹⁹

1217 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, in dieser Rubrik nur der Vermerk „Beschlagnahme“. – Die Familie Brunner zählte zu den angesehensten jüdischen Kaufmanns- und Bankiersfamilien in Hohenems (vgl. Tänzer, Hohenems, S. 481-485 u. 701-703). Aus dem Nachlass des Bankiers Marco Brunner ging das Haus und weiteres Vermögen an seine Kinder August Brunner, Fabrikant in Triest, Elise Bonn geb. Brunner in Frankfurt am Main, Luzian Brunner, Bankier in St. Gallen, und Bertha Trier geb. Brunner in Frankfurt am Main (www.jm-hohenems.at > Häuser im jüdischen Viertel, Abfrage 10.11.2007). – 1939 erhob der Gendarmerieposten Hohenems, dass Marco Brunner, Bankier in Wien, zwei Wohnhäuser mit 5 Hektar 14 Ar besitze (Melichar, Verdrängung, S. 132). Vielleicht besteht alternativ ein Zusammenhang mit Nr. 59.

1218 Bei Heinrich Brunner dürfte es sich um einen Sohn des Luzian Brunner (wie Anm. 1217) gehandelt haben. 1941 wurde jedenfalls ein Heinrich Brunner, geb. 1886 in St. Gallen, gemeinsam mit Frau und Kindern ausgebürgert. Im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 139 vom 18.06.1943 (Hepp/Lehmann, Ausbürgerung, S. 527) wurden sie mit den zusätzlichen Vornamen „Israel“ und „Sara“ als Juden stigmatisiert. Juden, die nicht einen in Richtlinien des Reichsministers des Innern festgelegten typischen jüdischen Vornamen führten, waren gezwungen, diese Zusatznamen in die Personenstandsbücher eintragen zu lassen und ab 1. Jänner 1939 im Rechts- und Geschäftsverkehr zu führen (RGBl. 19138 I S. 1044).

1219 Im Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 130, fehlt diese Rubrik.

Bezirksgericht Dornbirn
Geschäftsstelle für Grundbuchssachen
den 12. April 1946.

Q 40.6 Erzwungene Schenkungen von Liegenschaften

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 4/6

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Der Dornbirner Alfons Mäser, seit 1934 Führer der illegalen SS in Vorarlberg, schwang sich im März 1938 zum provisorischen Sicherheitsdirektor auf, rückte im Juni 1938 in die Landesregierung nach und wurde 1940 schließlich mit der Bestellung zum Vizebürgermeister der Stadt Dornbirn bedient. Mäser, der 1934 nach einem Sprengstoffanschlag mehrere Jahre Kerkerhaft zu verbüßen hatte, war 1938 führend daran beteiligt, von prominenten NS-Gegnern „Wiedergutmachungsspenden“ zu erpressen. Dazu zählte der Dornbirner Arzt Dr. Rudolf Grabher, der ehemalige Ortsgruppenleiter der Vaterländischen Front in Dornbirn. Nach 17 Tagen „Schutzhaft“ und Androhung einer Einlieferung in das Konzentrationslager Dachau kam er gegen eine „Sühnespende“ von 5.000 Schilling frei. Er erhielt jedoch „Gauverweis“.¹²²⁰ Diese Verbannung konnte seine Frau Isidora Grabher abwenden, indem sie und ihre Schwester Hildegard Wehinger Mäser ein Grundstück am Zanzenberg „schenkten“ (vgl. auch Q 40.5, Nr. 53), um die Genossenschaftssiedlung Klotzacker abzurunden, die für SS-Angehörige geplant und errichtet wurde.¹²²¹ In Q 40.5 (Nr. 53) ist zudem ein Wald am Klotzacker angeführt, den die Siedlungsgenossenschaft 1938 von Anna und Katharina Mathis 1938 kaufte und 1942 an Alfons Mäser weiterveräußerte. – Mäser wurde 1946 unter anderem selbst mit Vermögensentzug bestraft.¹²²²

*Beilage 6 IIb*¹²²³

1220 1938 wird sich ein „Gauverweis“ noch auf die Verbannung aus dem „Gau Vorarlberg“ bezogen haben.

1221 Böhler, Dornbirn, S. 163-165.

1222 Amtsblatt für das Land Vorarlberg Nr. 10 1947, Nr. 47/1948.

1223 Handschriftliche Nummerierung (IIb) und Neummerierung (6).

Buchstandsbericht.

(zwangsweise.)

Laut Schenkungsvertrag vom 23. Juni 1938, Tagebuchzahl 1212/38 schenkt Frau Isidora Grabher geb. Wehinger, Ärztesgattin [sic!] in Dornbirn I., Sägerstrasse Nr. 13 an Alfons Mäser, SS.-Sturmbannführer in Dornbirn I., Bergstrasse Nr. 22 (derzeit KZ.-Lager Brederis bei Feldkirch)¹²²⁴ den ihr gehörigen 1/3 Anteil der Gp. 7223 Wiese am Zanzenberg im Ausmasse von 15 ar 18 m².

Wert des vertragsgegenständlichen Parzellenanteiles wurde mit Reichsmark 222.- bestimmt.

Laut Schenkungsvertrag vom 21. Juni 1938, Tagebuchzahl 1212/38 schenkt Fräulein Hildegard Wehinger, Private in Dornbirn I., Sägerstrasse Nr. 13 an Alfons Mäser, SS.-Sturmbannführer in Dornbirn I., Bergstrasse Nr. 22 (derzeit KZ.-Lager Brederis bei Feldkirch)¹²²⁵ den ihr gehörigen 1/3 Anteil der Gp. 7223 Wiese am Zanzenberg im Ausmasse von 15 ar 18 m².

Wert des vertragsgegenständlichen Parzellenanteiles wurde mit Reichsmark 222.- bestimmt.¹²²⁶

Laut Kaufvertrag vom 23. Juni 1938, Tagebuchzahl 1212/38 verkauft Alfred Rhombert, Landwirt in Dornbirn I., Marktstraße Nr. 59 an Alfons Mäser, SS.-Sturmbannführer in Dornbirn IV. [sic!], Bergstrasse Nr. 22 (derzeit KZ.-Lager Brederis bei Feldkirch)¹²²⁷ den ihr gehörigen 1/3 Anteil der Gp. 7223 Wiese am Zanzenberg im Ausmasse von 15 ar 18 m².

Der Kaufpreis des vertragsgegenständlichen Parzellenanteiles wurde mit Reichsmark 222.- bestimmt.

Auf der GP 7223 im Gesamtausmasse von 15 ar 18 m² sind nun durch Bauführung die Wohnhäuser Zanzenberg Nr. 6 Eigentümer Alfons Mäser wie vor und Zanzenberg Nr. 5, Eigentümer Franz Rudolf Alster ebenfalls illegaler SS.-Mann, entstanden.

1224 Gemeint ist das von den französischen Besatzungsbehörden eingerichtete und geführte Anhaltelager für ehemalige Nationalsozialisten des Bezirks Feldkirch in Rankweil-Brederis.

1225 Wie Anm. 1224.

1226 222 Reichsmark 1938 entsprechen ungefähr einer Kaufkraft von 1.000 Euro 2007 (Statistik Austria, „Guldentabelle“. Das ergäbe umgerechnet einen Quadratmeterpreis von 1,52 Euro. Selbst wenn es sich noch um ein landwirtschaftliches Grundstück gehandelt haben sollte, dürfte der Schätzwert niedrig angesetzt gewesen sein. Er dürfte der Berechnung der Steuern und Gebühren gedient haben.

1227 Wie Anm. 1124.

Bezirksgericht Dornbirn
Geschäftsstelle für Grundbuchssachen
den 13. April 1946
Unger

Q 40.7 Vermögensübertragung von den Armenfonds an die Gemeinden

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 4/6

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Bis 1938 waren in Österreich die Gemeinden (in Niederösterreich Fürsorgebezirke) Träger der öffentlichen Fürsorge.¹²²⁸ Die Vorarlberger Gemeinden verfügten in der Regel über Armenfonds. Nach dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich wurden wie im „Altreich“ Bezirks- und Landesfürsorgeverbände errichtet (später in Kreis- und Gaufürsorgeverbände umbenannt).

*Beilage 7 IIc*¹²²⁹

Auf Grund der Verordnung über die Einführung der fürsorgerechtlichen Vorschriften im Lande Österreich, vom 3. September 1928 [richtig: 1938], RGBl. I S. 1125/38¹²³⁰ und der Verfügung des Landrates des Kreises Feldkirch vom 7. Mai 1940, I. Zahl 798/40 wurde sämtliches Vermögen der ~~Christlichen~~ Armenfonde auf die Gemeinden übertragen.

Bezirksgericht Dornbirn
Geschäftsstelle für Grundbuchssachen
den 13. April 1946
Unger

1228 Vgl. Pfeifer, Ostmark, S. 428-431.

1229 Handschriftliche Nummerierung (IIc) und Neummerierung (7).

1230 § 28 der zitierten Einführungsverordnung, RGBl. 1938 I S. 1125 (GBIÖ. Nr. 397/1938), bestimmte, dass das Vermögen selbständiger Ortsarmenfonds auf die Gemeinde übergehen und diesen künftig auch die Einnahmen aus Verwaltungsstrafgeldern zustehen, die bisher den Ortsarmenfonds zugeflossen sind.

Q 41 Bericht des Vermessungsamtes Feldkirch

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 7

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Die drei Bezirksvermessungsämter Bregenz, Feldkirch und Bludenz bestanden als „Katasterämter“ fort. Das Vermessungswesen war dem Reichsminister des Innern unterstellt.

Beim Berichtersteller handelt es sich wahrscheinlich um Eduard Ender, der bereits vor 1938 beim Bezirksvermessungsamt Feldkirch beschäftigt war.¹²³¹

Vermessungsamt

Feldkirch am 22. April 1946

~~Katasteramt~~ in Feldkirch¹²³²

Marktgasse 4

Fernruf 435

G.Z. 211 – 1946

An

die Landeshauptmannschaft Vorarlberg,

Presse- und Rundfunkstelle

in Bregenz.¹²³³

Betrifft: Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten.

Bezug: Rundschreiben der Landeshauptmannschaft vom 8.4.46, Zahl 86/2,
Rundschreiben der Landeshauptmannschaft vom 8.4.46, Zahl 86/3,
Rundschreiben der Landeshauptmannschaft vom 16.4.46, Zahl 86/4.¹²³⁴

1231 Er scheint erstmals im Vorarlberger Amtskalender 1926 als Kanzleibeamter auf, später als Verantwortlicher für den Grundkataster, 1937/38 als technischer Oberkontrollor (Vorarlberger Amtskalender 1926 bis 1937/38).

1232 Stempel.

1233 Neben der Unterschrift Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 25.4.46, Zl. 86/3 Anl. 3.

1234 Dieses Rundschreiben war bisher nicht auffindbar.

Zum Gegenstande berichte ich:

Zu Kap. 2): Geplante Versetzung des Amtsvorstandes bzw. Unterstellung unter einen jungen „Illegalen“ und Strafversetzung eines Ingenieurs nach St. Johann im Pongau im Sommer 1939.

Zu Kap. 3) Versetzung eines Ingenieurs nach Pabianice in Polen im Frühjahr 1940.¹²³⁵

Zu Kap. 4) Geldstrafe (50 Reichsmark) gegen einen Beamten durch die Gestapo in Bregenz.¹²³⁶ Anschließendes Disziplinarverfahren vom Amtsvorstand verhindert.

Zu Kap. 5) Aktive Teilnahme des unter 4) genannten Beamten am bewaffneten Widerstand gegen die zurückflutende, brückenzerstörende SS an der Frutz.¹²³⁷

Im Auftrage:

Ender

1235 Die Stadt Pabianice gehörte damals zum Reichsgau Wartheland (vgl. Anm. 1092)

1236 Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

1237 Zu vergeblichen Versuchen, die Sprengung der vier Frutzbrücken zu verhindern, vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 132-134.

Q 42 Bericht des Gewerbeinspektorats für Vorarlberg

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 14

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Der Bericht des Gewerbeinspektorats spiegelt zum Teil die Auslagerung deutscher Rüstungsindustrie ins „bombensichere“ Vorarlberg wider, die allerdings weit größere Ausmaße annahm als hier geschildert.¹²³⁸ Einige dieser Transfers wurden zu fragwürdigen Preisen getätigt, weshalb die früheren Eigentümer 1945 Rückstellungsverfahren anstrebten.¹²³⁹

Berichterstatter Franz Jandraschitsch war seit 1926 beim Gewerbeinspektorat für Vorarlberg in Bregenz beschäftigt, bereits vor 1938 als Amtsvorstand. Er wurde als Amtsvorstand ersetzt, arbeitete aber überwiegend weiterhin als Inspektor in Vorarlberg und wurde 1945 erneut mit der Leitung des Gewerbeinspektorats betraut.¹²⁴⁰

Gewerbeinspektorat für Vorarlberg
Fernsprecher 59 Bregenz Weiherstraße
8/11¹²⁴¹

Bregenz, am 17. April
1946

Zahl 9-3543. J/Eh.

An die
Landeshauptmannschaft Vorarlberg
in Bregenz.¹²⁴²

1238 Vgl. Walser, Bombengeschäfte.

1239 Vgl. Melichar, Verdrängung.

1240 Zur Arbeit während des Krieges vgl. Jandraschitsch, Erinnerungen, S. 122-126. Zu den Bedingungen 1945: „Der Amtsvorstand begann das Aufbauwerk praktisch aus dem Nichts. Durch die Folgen des Krieges war ein Großteil der wertvollen Aufzeichnungen über die Betriebe des Landes vernichtet, ebenso wie ein Teil des Inventars einem Artillerietreffer anlässlich abschließender Kampfhandlungen im Mai 1945 zum Opfer fiel“ (100 Jahre Arbeitsinspektorat, S. 100).

1241 Der gedruckte Briefkopf wurde zum Teil überdruckt. Er lautete ursprünglich: Gewerbeaufsichtsamt Bregenz / umfaßt die Landkreise Bludenz, Bregenz und Feldkirch / [...]

1242 Unter der Anschrift Eingangsstempel: Landeshauptmannschaft Vorarlberg / Eing. am 17.4.46, zu Zl. 86/3 Blg.

Betrifft: Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt,
Auswärtige Angelegenheiten.
Bezug: Zahl 86/2 Prs.PR. vom 8.4.1946.

In Entsprechung des oben angeführten Erlasses wird folgendes berichtet:

Zu Punkt 2): Die Institution der österreichischen Gewerbe-Inspektion wurde gemäss Verordnung vom 7. März 1940, RGBl. I, Seite 552, aufgelöst und durch die sogenannten Gewerbeaufsichtsämter (für Vorarlberg an Stelle des Gewerbe-Inspektorates durch das Gewerbeaufsichtsamt Bregenz) ersetzt und in sachlicher Beziehung dem Reichsarbeitsministerium in Berlin unmittelbar unterstellt.¹²⁴³ Vorher wurde bereits der Amtsleiterposten durch Enthebung des bisherigen Amtsvorstandes durch einen in jeder Beziehung nationalsozialistisch eingestellten Beamten besetzt.¹²⁴⁴

Zu Punkt 3): In Vorarlberg wurden eine Reihe von Betrieben käuflich oder vorläufig mietweise durch Unternehmungen aus Deutschland übernommen.

Käuflich wurden übernommen:

Der Betrieb der Firma Oberhänsli in Lochau durch die Bayerischen Leichtmetallwerke, München.¹²⁴⁵

Die Schuh- und Lederfabrik Gebrüder Krafft in Bregenz durch die Dornierwerke G.m.b.H. in Friedrichshafen.¹²⁴⁶

1243 Verordnung über die Arbeitseinsatz-, die Reichstreuhänder- und die Gewerbeaufsichtsverwaltung in der Ostmark vom 07.03.1940, RGBl. I S. 552: Im „Wirtschaftsgebiet Alpenland“ wurden anstelle der bisherigen Gewerbeinspektorate zehn Gewerbeaufsichtsämter errichtet, darunter ein Gewerbeaufsichtsamt Bregenz für den „Verwaltungsbezirk Vorarlberg“, das gemeinsam mit den Tiroler und Salzburger Gewerbeaufsichtsämtern dem Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg unterstand. Vgl. Pfeifer, Ostmark, S. 347-352; 100 Jahre Arbeitsinspektorat, S. 100.

1244 Es handelte sich wahrscheinlich um Jandraschitsch. Laut 100 Jahre Arbeitsinspektorat, S. 100, soll er erst 1945 als dritter Amtsvorstand gefolgt sein. Als solcher ist er jedoch bereits im Vorarlberger Amtskalender 1937/38, S. 118, ausgewiesen; im Vorarlberger Amtskalender 1936, S. 119, ist er noch als zugeteilter Beamter ausgewiesen. Jandraschitsch, Erinnerungen, S. 122: „Mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung, während der ich mit der Leitung des damaligen Gewerbeaufsichtsamtes in Salzburg betraut wurde, hatte ich Gelegenheit meine Tätigkeit als Arbeitsinspektor, dieser Beruf wurde damals als Gewerbeaufsichtsbeamter bezeichnet, auch während des Krieges in Vorarlberg fortzusetzen.“

1245 Die Bayerischen Leichtmetallwerke kauften 1941 die 1908 gegründete Gießerei F. Oberhänsli & Cie., um sich auf deren Betriebsgelände anzusiedeln (Walser, Bombengeschäfte, S. 301-302).

1246 Dornier erwarb 1938 die stillgelegte Fabrik („Dorniergründe“ Lochau/Bregenz), um hier Flugzeugteile zu fertigen. Ein Rückstellungsverfahren endete 1960 mit einem Vergleich (Walser, Bombengeschäfte, S. 304-307; Melichar, Verdrängung, S. 53-56).

Die Optische Werkstätte A. Wild & Co. in Lustenau durch die Firma C. Steinheil & Söhne in München.¹²⁴⁷

Die Hohenemser Weberei und Druckerei Neumann Söhne durch Josef Otten.¹²⁴⁸

Die frühere Textildruckerei I.G. Reis in Hohenems durch die Nahrungsmittelfabrik Luzia Göhring [Göring] aus Dresden.¹²⁴⁹

2 stillstehende Webereien in Hohenems zum Teil durch die Firma Josef Otten und durch die Firma Hagl & Schmidt, chemische Fabrik in München.¹²⁵⁰

Ausserdem haben zahlreiche Unternehmungen aus Deutschland vorläufig pachtweise eine grössere Zahl Vorarlberger Betriebe übernommen und in diesen Rüstungsfertigungen eingerichtet.

Diese Besitzveränderungen bedeuteten für Vorarlberg bereits eine fühlbare Durchsetzung durch deutsche Unternehmungen und Eingliederung in die deutsche Kriegsmaschine.

Der provisorische Amtsvorstand:

Ing. Dr. Jandraschitsch

[Rundstempel mit Staatswappen: Gewerbe-Inspektorat f. d. 15. Aufsichtsbezirk / Bregenz]

1247 Die Firma Steinheil fertigte in Lustenau ab 1939 Bombenabwurfvorrichtungen und optische Geräte. Ein Rückstellungsverfahren endete 1953 mit einem Vergleich (Walser, Bombengeschäfte, S. 317-319; Scheffknecht, Lustenau, S. 237-240; Melichar, Verdrängung, S. 56-61).

1248 Josef Otten erwarb das Unternehmen 1941 von der Böhmischem Union-Bank (James, Otten; Tiefenthaler, Otten, S. 81-87; Melichar, Verdrängung, S. 62-66).

1249 Die Firma Lucia und Hermann Göring stellte Nahrungsmittel her (Walser, Bombengeschäfte, S. 159 u. 190).

1250 Hagl & Schmid stellte in der stillgelegten Weberei chemische Produkte her (Walser, Bombengeschäfte, S. 191).

Q 43 Bericht des Landesarbeitsamts Vorarlberg

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 20

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Die österreichischen Landesarbeitsämter und Arbeitsämter wurden 1938 in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert.¹²⁵¹ Mit 1. April 1940 wurden vier Landesarbeitsämter errichtet, darunter das Landesarbeitsamt Alpenland für Nordtirol, Vorarlberg und Salzburg, das dem Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg angegliedert wurde. Der Präsident des Landesarbeitsamtes war in Personalunion Reichstrehänder der Arbeit, der im „Wirtschaftsgebiet Alpenland“ für die „Erhaltung des Arbeitsfriedens“ zu sorgen hatte, unter anderem durch die Erlassung von Tarifordnungen (anstelle von Kollektivverträgen). Die Leiter der Arbeitsämter wurden für ihre Sprengel zu Beauftragten des Reichstrehänders der Arbeit bestellt. Das Landesarbeitsamt Vorarlberg dürfte demnach spätestens 1940 aufgelöst, die Arbeitsämter Bludenz, Dornbirn und Feldkirch zu Nebenstellen des Arbeitsamtes Bregenz abgestuft worden sein.

Im Laufe des Krieges wurden tausende Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus halb Europa in der Vorarlberger Industrie, Landwirtschaft und Bauwirtschaft eingesetzt. Vor allem zu Kriegsbeginn 1939/40 hatten die Arbeitsämter auch „Zwangsverschickungen“ von Vorarlberger Arbeitskräften in Rüstungsbetriebe oder auf Großbaustellen im „Altreich“ zu organisieren, was ihnen große Schwierigkeiten bereitete.¹²⁵² Die wichtigste Rechtsgrundlage bildete die Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für die Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13. Februar 1939.¹²⁵³ – Im Übrigen wurden 1945 zunächst wichtige Ordnungsbestimmungen beibehalten, um den Übergang von der Kriegs- zur Friedensproduktion dirigistisch bewerkstelligen zu können.¹²⁵⁴

Berichterstatter Josef Mayer war seit 1932 in der Arbeitsvermittlung in Bregenz tätig. 1944 schloss sich der Sozialist einer Widerstandsgruppe an, 1945 beteiligte er

1251 Pfeifer, Ostmark, S. 334-352.

1252 Pichler, Arbeitsverweigerung; Walser, Bombengeschäfte, S. 57-60; Stadler, Österreich 19138-1945, S. 165-167. – Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 94: *„Die Österreicher teilten mit den Völkern der übrigen besetzten Staaten auch das Schicksal der Zwangsverschickung in die Rüstungsbetriebe des Altreiches. Nach unvollständigen bisherigen Zählungen wurden allein an österreichischen Facharbeitern nicht weniger als 50.000 in das Reich verschickt.“*

1253 RGBl. 1939 I S. 206.

1254 Vgl. Mayer, Sozialdemokrat; Jahresbericht Landesarbeitsamt 1948.

sich am Wiederaufbau der Bregenger Stadtverwaltung.¹²⁵⁵ Mayer übernahm die Leitung des Arbeitsamtes Bregenz und wurde vom Landesausschuss am 5. September 1945 zum Leiter des Landesarbeitsamtes Vorarlberg bestellt, das er bis 1970 führte.¹²⁵⁶

Landesarbeitsamt Vorarlberg

Bregenz (Vorarlberg), den 29.4.1946

An die

Landeshauptmannschaft Vorarlberg

B r e g e n z¹²⁵⁷

Geschäftszeichen: 1300

Betrifft: Die Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt über die nationalsozialistische Okkupationspolitik.

Vorgang: Rundschreiben des Landeshauptmanns vom 8.4.1946 – Prs. Zahl 86/4 -.

Die österreichischen Arbeitsämter hatten während der deutschen Besetzung in erster Linie die Aufgabe, die zur Führung des Krieges notwendigen Arbeitskräfte zu stellen und hatten deshalb für die nationalsozialistische Staatsführung eine besondere Bedeutung.¹²⁵⁸ Gleich nach dem Einmarsch der Deutschen in Österreich war es bekannt, daß bei den Arbeitsämtern ein Plan zur Mobilisierung aller Arbeitskräfte für den Kriegsfall vorhanden war. Dabei wurden sämtliche Arbeitskräfte dahingehend überprüft, ob sie im Falle einer allgemeinen Mobilisierung für die deutsche Wehrmacht freigestellt werden könnten.

Mit Rücksicht auf diese Bedeutung wurden in Vorarlberg sofort die meisten wichtigen Posten durch Reichsdeutsche besetzt¹²⁵⁹ und zwar

1255 Bis 6. November 1945 führte er das Referat Arbeitswesen (Pitzner, Emil Schneider, S. 354; Mayer, Sozialdemokrat).

1256 Niederschrift interne Sitzung Landesausschuss 05.09.1945, Protokolle Landesausschuss, S. 99; Jahresbericht Landesarbeitsamt 1948, S. 2-3, und 1971, S. 1-2.

1257 Neben der Anschrift Eingangsstempel: Landeshauptmannschaft Vorarlberg / Eing. am 2. MAI 1946 / 86/3.

1258 Zum Arbeitsmarkt während der NS-Zeit vgl. Walser, Bombengeschäfte, S. 46-75.

1259 Berichterstatte Josef Mayer war beim Arbeitsamt Bregenz beschäftigt. 1985 erinnerte er sich: „Mein deutscher Vorgesetzter, ein Oberregierungsrat, hatte sich während des Hitlerregimes als politisch sehr tolerant erwiesen. Im Februar 1945 wollte er von mir wissen, was mit ihm geschehen würde, wenn die Franzosen in Bregenz sein werden. In den letzten Kriegstagen waren alle leitenden Beamten aus dem Arbeitsamt verschwunden. Ich konnte dort die weiße Fahne hissen und ein weiteres Zeichen des Endes des Hitlerregimes in Bregenz sehen: Hunderte Bregenzer stürmten die letzten Lebensmittel- und Warenreste der Stadt im Lagerhaus am See“ (Mayer, Sozialdemokrat).

- 1.) Leiter des Arbeitsamts Bregenz (Dr. [Bruno] Dehoff)¹²⁶⁰
- 2.) Leiter der Verwaltung des Arbeitsamts (E. Frank)
- 3.) Leiter der Arbeitseinsatzabteilung des Arbeitsamts (Blinzig)
- 4.) Leiter der Reichstrehänderdienststelle, Außenstelle beim Arbeitsamt Bregenz (Horn)
- 5.) Leiter der statistischen Abteilung im Arbeitsamt Bregenz (Jennes)
- 6.) Leiter der Arbeitsamtnebenstelle Bludenz (Bürgel)
- 7.) Leiter der Arbeitsamtnebenstelle Feldkirch von 1938–41 (Steiger und Schmid)
- 8.) Leiter der Arbeitsbuchstelle beim Arbeitsamt Bregenz (Hirsch)
- 9.) Leiter der Rechnungsprüfstelle beim Arbeitsamt Bregenz (Jetten)
- 10.) Leiter der Berufsberatung von 1938–41 (Henseler, Rausch)

In Ausführung des Mobilisierungsplanes wurden sofort nach Kriegsausbruch 622 Frauen aus Vorarlberger Betrieben für einen grossen Rüstungsbetrieb in Berlin-Grüneberg dienstverpflichtet.¹²⁶¹ Die einzelnen Dienstpflichtunterlagen sind beim Landesarbeitsamt Vorarlberg in Bregenz vorhanden.

Ferner erfolgten Dienstverpflichtungen aus Vorarlberg:

123 Bauarbeiter für einen Flugplatzbau nach Norddeutschland (Varel, Provinz Hannover)¹²⁶²

686 Bauarbeiter zur Organisation Todt,¹²⁶³ und zwar im wesentlichen in die besetzten Gebiete Russlands, Frankreichs und Norwegens.

In andere Rüstungsbetriebe Deutschlands 146 Männer.

1260 Vgl. Walser, Bombengeschäfte, S. 16. - Walser verarbeitete den hier edierten Bericht anhand der DÖW 8346 (vgl. Anm. 456).

1261 Am 30. Oktober 1939 erhielt das Arbeitsamt Bregenz den Auftrag, 622 weibliche Arbeitskräfte in einen Rüstungsbetrieb (Grüneberger Metallgesellschaft mbH) nach Neuruppin bei Berlin dienstverpflichten. Zur Verfügung standen vor allem arbeitslose Textilarbeiterinnen. Am 10. und 24. November gingen die ersten Transporte ab. Doch mindestens sieben dieser jungen Frauen wurden wegen „Arbeitsverweigerung“ zu Gefängnisstrafen zwischen einem und vier Monaten verurteilt (VLA: LG Feldkirch Vr 512/1939, Vr 522/1939). Der Widerstand gegen die Verschickungen blieb dennoch groß (Pichler, Arbeitsverweigerung, S. 154-156; Stadler, Österreich 19138-1945, S. 165-167; Walser, Bombengeschäfte, S. 58-60).

1262 Von den Anfang 1940 verpflichteten 123 Bauarbeitern kehrten bereits im Juli 1940 die ersten „rechtswidrig“ wieder in die Heimat zurück. 21 wurden strafrechtlich verfolgt (VLA: LG Feldkirch Vr 398/1940 bis 415/1940; Pichler, Arbeitsverweigerung, S. 156; Walser, Bombengeschäfte, S. 59-60).

1263 Die Organisation Todt (OT) war eine nach militärischem Vorbild organisierte Bautruppe, die 1938 gegründet wurde und ab März 1940 dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition unterstellt war. Sie wurde vor allem für Baumaßnahmen in den von Deutschland besetzten Gebieten eingesetzt. Vor allem vor Kriegsbeginn 1939 und beim „Festungsbau“ 1944/45 war sie auch in Vorarlberg im Einsatz.

In den letzten beiden Kriegsjahren wurden Mädchen für die Wehrmacht (Luftwafenhelferinnen) dienstverpflichtet.¹²⁶⁴ Die Anzahl derselben konnte nicht mehr genau festgestellt werden, jedoch liegen Unterlagen für 70 Dienstverpflichtungen hier vor. Schätzungsweise betrug die Gesamtzahl dieser Mädchen 2[00] – 300.

Umstellung von Vorarlberger Betrieben für Rüstungsfertigung:

Während des Krieges wurde in Vorarlberg eine grosse Anzahl von Betrieben von ziviler Fertigung auf Rüstungsfertigung umgestellt.¹²⁶⁵ Einwandfreie Unterlagen für die Umstellung ganzer Betriebe sind hier von 37 Betrieben vorhanden.

Verlagerungen von Rüstungsbetrieben aus Deutschland:

Nach den hier vorliegenden Unterlagen wurden aus Deutschland 17 Rüstungsbetriebe nach Vorarlberg verlagert.¹²⁶⁶

Die Lieferung von Originaldokumenten oder Fotokopien ist wegen des grossen Umfanges der Unterlagen nicht möglich. Die Unterlagen liegen jedoch hier zur Einsichtnahme auf.

Josef Mayr [sic!]

Kommissarischer Amtsleiter

1264 Demnach 1944/45.

1265 Vgl. Walser, Bombengeschäfte, S. 146-210.

1266 Walser, Bombengeschäfte, S. 188-191, listet 42 nach Vorarlberg verlegte Betriebe auf.

Q 44 Bericht der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 9: Mappe VI Finanzen, FIN/11

Typoskript, 3 Seiten, Originalunterschrift.

Die Eingliederung der österreichischen Bundesfinanzverwaltung in die Reichsfinanzverwaltung brachte 1938 auch in organisatorischer Hinsicht tiefgreifende Veränderungen mit sich. Auf der Mittelstufe wurde Österreich in fünf Oberfinanzbezirke gegliedert.¹²⁶⁷ Der Oberfinanzbezirk Innsbruck umfasste Nordtirol, Vorarlberg und Salzburg. Die früheren Finanzlandesdirektionen Feldkirch und Salzburg bestanden vorläufig als Zweigstellen fort und wurden mit 1. Jänner 1939 aufgehoben.

Die Provisorische österreichische Staatsregierung verfügte in ihrem Behördenüberleitungsgesetz vom 20. Juli 1945, dass die Geschäfte des Oberfinanzpräsidenten auf eine Finanzlandesdirektion für Tirol, Vorarlberg und Salzburg in Innsbruck übergehen sollen.¹²⁶⁸ Doch bis in den Spätherbst hinein kam der Regierung Renner in den westlichen Besatzungszonen keine Autorität zu. Bis zur formellen Anerkennung der Staatsregierung nahm der Vorarlberger Landesausschuss als provisorische oberste Behörde der zivilen Verwaltung unter anderem auch die Funktion des Finanzministeriums für sich in Anspruch.¹²⁶⁹ Er unterstellte sich die Finanzämter und Zollbehörden sowie die Reichsbanknebenstelle Bregenz. Am 5. September 1945 beschloss der Landesausschuss die Wiedererrichtung der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg in Feldkirch.¹²⁷⁰ Am 13. Dezember 1945 trug die Staatsregierung mit einer Novellierung des Behörden-Überleitungsgesetzes den geschaffenen Fakten Rechnung.¹²⁷¹ Allerdings ernannte das Bundesministerium für Finanzen im September 1946 in Personalunion einen gemeinsamen Präsidenten der Finanzlandesdirektionen für Tirol und Vorarlberg.¹²⁷²

Bereits im Juni 1945 hatte der Oberfinanzpräsident Innsbruck Wilhelm Fußenegger zum Vorarlberger Landesausschuss nach Bregenz abgeordnet. Am 5. September 1945 betraute der Landesausschuss Fußenegger mit der vorläufigen Leitung der Finanz-

1267 Pfeifer, Ostmark, S. 325-333; Hager, Finanz- und Zollwesen, S. 124-128.

1268 StGBI. Nr. 94/1945, § 28.

1269 Vgl. Nachbaur, Wiederaufbau, S. 23.

1270 Interne Sitzung Landesausschuss 05.09.1945, Externe Sitzung Landesausschuss 11.09.1945, Protokolle Landesausschuss, S. 98 u. 102 (vgl. VLA: AVLReg Prs 539/1946); vgl. Hager, Finanz- und Zollwesen, S. 131-133.

1271 Abänderung des Behörden-Überleitungsgesetzes, StGBI. Nr. 23/1946.

1272 Hager, Finanz- und Zollwesen, S. 135.

landesdirektion in Feldkirch.¹²⁷³ Ob er den folgenden Bericht selbst verfasste oder nur zeichnete, wissen wir nicht.

Durch die Umstrukturierung der öffentlichen Verwaltung ab 1938, besonders durch die Auflösung der Landeshauptmannschaft Vorarlberg und der Mittelbehörden der Sonderverwaltung des Bundes, war zunächst Personal überzählig, zumal „verdiente Parteigenossen“ Anspruch auf Pfründen erhoben und zur Umstellung der Verwaltung auch Experten aus dem „Altreich“ herangezogen wurden. Möglichkeiten einer „Entlastung“ bot nicht zuletzt die Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums (BBV) vom 31. Mai 1938, die vorrangig zwei Zwecken dienen sollte: Die Entfernung von Juden aus allen öffentlichen Ämtern (§ 3) und die Säuberung von allen Beamten, die nicht Gewähr dafür leisten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten (§ 4).¹²⁷⁴

Mögliche Maßnahmen gegen Beamte: Versetzung in den Ruhestand mit Ruhegenuss (§§ 3, 4, 6); Entlassung ohne Ruhegenuss (§ 4 Abs. 1); Kürzung des Ruhegenusses um 25 oder 50 Prozent (§ 4 Abs. 1 und 3); Streichung des Ruhegenusses (§ 4 Abs. 1 und 3); Ausscheiden von Beamtenanwärtern und Gleichgestellten aus dem Dienst ohne Abfertigung (§ 4 Abs. 2); Versetzung im Bereich des Dienstherrn auf einen anderen Dienstposten oder eines anderen Dienstzweiges der gleichen Verwendungsguppe (§ 5 Abs. 1); Versetzung auf einen Dienstposten einer niedrigeren Dienstklasse (§ 5 Abs. 1); Rückgängigmachung von Ernennungen und Aufschiebung der Wirkung von Ernennungen sowie Rückgängigmachung von Vorrückungen (§ 5 Abs. 4).

Mögliche Maßnahmen gegen Angestellte und Arbeiter (§ 7): Fristlose Entlassung mit oder ohne Abfertigung; Kündigung des Dienstverhältnisses mit Fristsetzung und Abfertigung; Versetzung auf einen anderen Dienstposten.

Andererseits wurde die öffentliche Verwaltung zum Teil gewaltig aufgebläht, nicht zuletzt durch die Bewirtschaftungsmaßnahmen, die durch den Krieg erforderlich wurden. Nachdem gleichzeitig jüngere Bedienstete zum Militärdienst eingezogen wurden, wurden zahlreiche zwangspensionierte Beamte wieder zwangsreaktiviert, häufig für untergeordnete Funktionen, wie der ehemalige Feldkircher Bezirkshauptmann in das Bezirkswirtschaftsamt oder der ehemalige Feldkircher Gymnasialdirektor als Wirtschaftsschullehrer.

1273 Niederschrift interne Sitzung Landesausschuss 05.09.1945, Protokolle Landesausschuss, S. 98.

1274 Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums (BBV) vom 31.05.1938, RGBl. I S. 607 (GBlfÖ. Nr. 160/1938). Vgl. den zeitgenössischen Kommentar von Schneider, Neuordnung des Berufsbeamtentums, S. 5-16 und 30-47. Zur Praxis und den Auswirkungen: Meystrik, Berufsschädigungen, S. 284-371, speziell zu Vorarlberg, ebenda, S. 331-333.

Präsidium
der
Finanzlandesdirektion
für Vorarlberg
Präs. 93/2-1946

Feldkirch, am 12. April 1946¹²⁷⁵

Betrifft: Material „Rotbuch“
Zum Erlass vom 2. April 1946
Zahl 582/Pr./46

An
das Präsidialbüro
des Bundesministeriums für Finanzen
in
W i e n I.,
Johannesgasse 5

Die ersten Maßnahmen zur Durchsetzung der österreichischen Finanzverwaltung mit Reichsdeutschen wurden schon in den Monaten März und April 1938 durch die Zuweisung von deutschen Beamten zu Grenzdienststellen getroffen.¹²⁷⁶ Diese Beamten waren dem in Feldkirch errichteten „Verbindungsstab“, bestehend aus sofort eingesetzten reichsdeutschen Beamten unterstellt.¹²⁷⁷ Der Verbindungsstab hatte die Umstellung der Zollverwaltung nach reichsdeutscher Behördenorganisation vorzunehmen. Der Dienstbetrieb wurde vorerst noch nach österreichischem Recht weiter geführt.

Organisatorisch von entscheidender Bedeutung war die Errichtung der Dienststelle des Oberfinanzpräsidenten Innsbruck anfangs Juli 1938 unter gleichzeitiger Auflösung der Finanzlandesdirektion Innsbruck und Umwandlung der Finanzlandesdirektionen Salzburg und Feldkirch in Zweigstellen des Oberfinanzpräsidenten Innsbruck. Zur Errichtung des Oberfinanzpräsidenten Innsbruck wurde Personal aus Deutschland und von den ehemaligen Finanzlandesdirektionen herangezogen.

1275 Unter dem Datum ein Eingangsstempel: Bundesministerium für Finanzen / Präsidium / Eing. am 17. APR. 1946, Zl. 563-Pr. mit . Blg.

1276 Zum Folgenden vgl. Hager, Finanz- und Zollwesen, S. 124-128.

1277 Am 17. März 1938 traf in Feldkirch ein Bezirkszollkommissar (Grenze) mit 52 Grenzaufsichtsbeamten ein, am 26. März 1938 der Beauftragte des Reichsministeriums für Finanzen mit 21 Beamten. Die Chefs dieser beiden Gruppen bildeten den Verbindungsstab bei der Finanzlandesdirektion Feldkirch (Hager, Finanz- und Zollwesen, S. 124-125).

Der Oberfinanzpräsident war ein gefügiger österreichischer Beamter, die Präsidenten Steuer und Zoll und die Sachbearbeiter aller wichtigeren Sachgebiete waren aber ausschließlich Altreichsbeamte.¹²⁷⁸ Im Herbst 1938 wurden die Hauptzollämter und die Bezirkszollkommissariate errichtet.¹²⁷⁹ Mit der Leitung dieser Dienststellen wurden in Vorarlberg mit Ausnahme eines Bezirkszollkommissariatspostens, der vorübergehend mit einem österreichischen Beamten besetzt war, überhaupt nur reichsdeutsche Beamte betraut. Ab Ende Oktober 1938 wurden in größerem Ausmaße Versetzungen österreichischer Beamter nach Deutschland und von deutschen Beamten in den Oberfinanzbezirk Innsbruck vorgenommen. Mit der Auflassung der Zweigstellen Feldkirch und Salzburg des Oberfinanzpräsidenten Innsbruck mit 1. Jänner 1939¹²⁸⁰ war die Umstellung der Behördenorganisation auf deutsches Recht in der Hauptsache vollzogen und damit die seinerzeitige österreichische Behördenorganisation zerschlagen.

Im Laufe der Durchführung der Umgestaltung des Behördenaufbaues, der Auswirkung des Berufsbeamtengesetzes und einschlägiger Maßnahmen ergaben sich im ehemaligen Personalstande der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg in den Verwendungsgruppen 8 und 7 folgende Änderungen:

Höherer Finanzdienst (18 Beamte): 2 Beamte nach § 4 BBV¹²⁸¹ entlassen bzw. mit gekürzter Pension ausgeschieden, 5 Beamte nach Deutschland versetzt, 3 Beamte vorzeitig pensioniert, die anderen bis auf 2 in andere Bundesländer versetzt.

1278 Die Behörde des Oberfinanzpräsidenten gliederte sich in die Abteilungen „Personal und Verwaltung“, „Steuer“ und „Zoll“. Die Abteilungen Steuer und Zoll wurden von „Finanzpräsidenten“ geleitet. Mit „Altreichsbeamten“ sind Beamte aus dem Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 gemeint. Die Ausführungen decken sich mit dem Rotbuch-Bericht der Finanzlandesdirektion für Tirol vom 11. April 1946 (ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 9: Mapped VI Finanzen, FIN 11).

1279 An die Stelle der Bezirkssteuerbehörden Feldkirch und Bregenz und der Steuerämter Bregenz, Bludenz und Feldkirch, die die Verwaltung der direkten Steuern besorgt hatten, traten die Finanzämter Feldkirch und Bregenz.

Zur Wahrnehmung der Agenden der Verbrauchssteuern und Monopole wurden Bezirkszollkommissariate (Steuer) Feldkirch und Bregenz errichtet und ihnen die Steueraufsichtsämter, umbenannt in Zollaufsichtstellen (Steuer), unterstellt.

Daneben wurden ein Hauptzollamt Bregenz (tatsächlich errichtet in Dornbirn) mit Bezirkszollkommissariaten (Grenze) Bregenz, Dornbirn und Götzis sowie ein Hauptzollamt Feldkirch mit Bezirkszollkommissariaten (Grenze) in Feldkirch, Bludenz, Schruns und Gaschurn eingerichtet. Ihnen waren die Zollwachabteilungen unterstellt, nun Zollaufsichtstellen (Grenze).

1280 GBlfÖ. Nr. 87/1939.

1281 Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums (BBV) vom 31.05.1938, RGBl. I S. 607 (GBlfÖ. Nr. 160/1938).

§ 4

(1) Beamte, die nach ihrem bisherigen politischen Verhalten nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltslos für den nationalsozialistischen Staat eintreten, können in den Ruhestand versetzt werden; dies gilt vor allem für Beamte, die gegen die nationalsozialistische Bewegung und ihre

Rechnungsdienst (11 Beamte): Einer wurde gemäß § 4 BBV¹²⁸² in seiner Pension gekürzt, 7 Beamte wurden in andere Bundesländer versetzt, nur 3 verblieben in Vorarlberg.

Mittlerer Finanzdienst (31 Beamte): Von diesen musste einer wegen schwerster NS-Verfolgungen aus dem Dienst ausscheiden, einer wurde im September 1938 krankheitshalber pensioniert, 7 wurden im November 1938 nach Deutschland, 4 in andere Bundesländer versetzt, die restlichen 18 Beamten waren anfangs des Jahres 1939 noch Dienststellen in Vorarlberg zugeteilt.

Zolldienst (29 Beamte): nach § 4 BBV¹²⁸³ behandelt bzw. vorzeitig pensioniert wurden 6 Beamte, 1 Beamter wurde krankheitshalber pensioniert, 3 wurden nach Deutschland und 4 in österreichische Bundesländer versetzt. Die restlichen 15 Beamten wurden auf die neu errichteten Hauptzollamtsbereiche in Vorarlberg verteilt. Hinsichtlich der Zollwache entfällt infolge der Zerschlagung der österreichischen Behördenorganisation und wegen der zur Verfügung stehenden kurzen Berichtszeit jede Möglichkeit, zahlenmäßige Angaben zu ermitteln. Tatsache ist jedenfalls, daß im Zollwachdienst die wichtigsten leitenden Posten (Abteilungsleiterposten) von deutschen Beamten besetzt worden sind, die auf die österreichischen Beamten als unzuverlässige Elemente in dienstlicher und politischer Hinsicht einen außerordentlich starken Druck ausgeübt haben. In diesem Zusammenhang ist besonders

Anhänger gehässig aufgetreten sind oder ihre dienstliche Stellung dazu missbraucht haben, um völkisch gesinnte Volksgenossen zu verfolgen, zurückzusetzen oder sonst zu schädigen. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Versetzung in den Ruhestand werden ihnen ihre bisherigen Dienstbezüge mit Ausschluß der Nebengebühren belassen. Nach Ablauf der drei Monate erhalten sie drei Viertel des Ruhegenusses (Abfertigung); § 3 Abs. 1 Satz 2 gilt auch hier. In schweren Fällen kann der Ruhegenuß (Abfertigung) bis auf die Hälfte herabgesetzt oder statt der Versetzung in den Ruhestand die Entlassung des Beamten verfügt werden.

(2) Auf Beamtenanwärter (Gleichgestellte oder Aspiranten) ist Abs. 1 mit der Änderung anzuwenden, daß an die Stelle der Versetzung in den Ruhestand die Auflösung des Dienstverhältnisses gegen eine Abfertigung in Höhe von drei Vierteln des letzten Bruttomonatsbezuges oder der letzten Beihilfe tritt. In schwereren Fällen kann die Auflösung des Dienstverhältnisses ohne Abfertigung verfügt werden.

(3) Der Abs. 1 findet auf Beamte, die seit dem 1. März 1933 in den zeitlichen oder dauernden Ruhestand getreten sind, dem Sinne nach Anwendung. Ihnen kann auch ein auf Grund des § 1 Abs. 3 der Verordnung der ehemaligen österreichischen Bundesregierung, B.G.Bl. Nr. 175/1926 (Amtstitelverordnung), verliehener Amtstitel wieder entzogen werden.

Dazu Schneider, Neuordnung des Berufsbeamtentums, S. 37-38: „Von großer Bedeutung für die politische Unzuverlässigkeit ist auch die Zugehörigkeit (auch die frühere) zu Freimaurerlogen, zur ‚Schlaraffia‘, zu marxistischen Vereinen und Verbänden, zu pazifistischen Organisationen sowie zu legitimistischen Verbänden und Vereinen und zu Vereinen und Verbänden des politischen Katholizismus.“

1282 Vgl. Anm. 1281.

1283 Vgl. Anm. 1281.

zu verzeichnen, daß nach Kriegsbeginn überwiegend österreichische Beamte in den Militärdienst bzw. zur Dienstleistung in besetzte Gebiete abgestellt worden sind. Es erübrigt sich nach hierortiger Anschauung, sich weiter darüber zu verbreitern, daß nach der gewaltsamen Annexion Österreichs die deutsche Zollgrenze längere Zeit angeblich zum Schutze der österreichischen Wirtschaft aufrecht erhalten,¹²⁸⁴ in Wirklichkeit jedoch nur zur möglichst vollständigen Verbringung von Wirtschaftsgütern aller Art nach Deutschland ausgenutzt worden ist.¹²⁸⁵ Infolge Auflassung der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg und Wegschaffung aller bezug habenden Akten kann kein Material vorgelegt werden.

Der vorläufige Leiter:

Fußenegger

1284 Mit 1. April 1939 wurde Österreich in das deutsche Zollgebiet integriert, womit Zolldienststellen an der ehemals deutsch-österreichischen Grenze aufgelöst wurden. Dagegen wurde dem Zollgrenzschutz an der Außengrenze zur Freiheit, zur Schweiz und zu Liechtenstein, erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. Wanner, Flüchtlinge).

1285 Propagandistisch fuhr die deutsche Wehrmacht bei ihrem Einmarsch im März 1938 mit „Gulaschkanonen“ auf, obwohl in Österreich die Versorgung mit Lebensmitteln und Wirtschaftsgütern wesentlich besser war als im Deutschen Reich. Das Ergebnis waren „Hamsterkäufe“, unter denen vor allem die Zollgrenzgebiete zu leiden hatten. Das mag auch zu den „schlechten“ Abstimmungsergebnissen in den Grenzgemeinden am 10. April 1938 beigetragen haben (Vgl. Schönherr, Vorarlberg 1938, S. 65; Walser, Bombengeschäfte, S. 41-43) – Diesem Ausverkauf Österreichs leistete die deutsche Währungspolitik Vorschub. Mit Verordnung vom 17. März 1938 erfolgte die Einführung der deutschen Reichsmarkwährung. Zunächst galt die Reichsmark neben dem Schilling, ab 26. April 1938 als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Der Umtausch erfolgte jedoch nicht nach dem bisherigen Kurs 1 Reichsmark zu ca. 2 Schilling, sondern mit dem Kurs 1:1,5. Dazu die Österreichische Nationalbank in ihrem Rotbuch-Bericht vom 3. Mai 1946 über „Maßnahmen der deutschen Okkupation auf währungspolitischem Gebiet“: *„Damit ist die Kaufkraft des Schillings von Anbeginn an gegenüber der Reichsmark in ein durch keinerlei wirtschaftliches Argument belegbares Missverhältnis gesetzt worden, indem die Kaufkraft des Schillings für die Beurteilung sämtlicher geldlicher Vorgänge nur mit zwei Drittel jener der künstlich stabil gehaltenen Reichsmark angenommen werden musste. Sämtliche österreichischen Forderungsberechtigten sind so verhalten worden, die schon damals im gesamten Ausland stark unterbewertete Reichsmark zur Abstattung ihrer Forderungen entgegenzunehmen, und mussten sich mit einem Bruchteil des ihnen zustehenden Rechtsanspruches abfinden lassen. Der anscheinende Vorteil, der in der Herabsetzung der Preise gelegen war, ist durch die deutsche Zwangsbewirtschaftung in aller kürzester Zeit wettgemacht worden, da die meisten kriegswichtigen Güter schon im Laufe des Jahres 1938 reichseinheitliche Preiserhöhungen mitmachten, die die preislichen Vorteile der Währungsumstellung in Österreich zum grossen Teil kompensiert haben. Diese Maßnahme der deutschen Währungsbehörden [...] hat sich umso krasser ausgewirkt, als damit die Voraussetzung für den billigen Ausverkauf Österreichs geschaffen worden ist“* (ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 9: Mappe VI Finanzen). – Die Preisanstiege bedeuteten für die österreichischen Beamten ein Absinken des Lebenshaltungsniveaus. Die propagandistisch angekündigte Angleichung in besoldungsrechtlicher Hinsicht erfolgte nur zögerlich, hingegen wurden nach Österreich versetzte deutsche „*Kolonial-Beamte*“ mit einer rascheren Beförderung belohnt (Finanzlandesdirektion für Tirol 11.04.1946, wie Anm. 1278).

Q 45 Bericht der Post- und Telegraphendirektion für Tirol und Vorarlberg (Auszug)

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 7: Mappe III Bundesministerium für Verkehr, 11

Typoskript, 3 Seiten.

Die Post- und Telegraphendirektion für Tirol und Vorarlberg wurde im April 1938 zur „Reichspostdirektion Innsbruck“ umgestaltet und ihr Einzugsbereich um Salzburg erweitert¹²⁸⁶ (später Reichsgau Tirol und Vorarlberg und Reichsgau Salzburg). Der folgende Bericht der Post- und Telegraphendirektion betrifft nur Tirol und Vorarlberg. Er ging der Rotbuch-Redaktion via Bundesministerium für Verkehr zu. Ein weiterer Bericht betrifft ausschließlich eine Widerstandsgruppe in der Reichspostdirektion Innsbruck.¹²⁸⁷

Der Bericht ist nicht datiert. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, wer ihn verfasst hat. Aus Platzgründen werden die namentlich aufgeführten Tiroler Postbeamten weggelassen.

Post- und Telegraphendirektion für Tirol und Vorarlberg

Die Opfer der Tyrannei.

Im Laufe des Krieges wurden bekanntlich viele Gesetze von barbarischer Härte erlassen, so zum Beispiel wurde das Abhören von ausländischen Sendern mit dem Tode bestraft. Besonders rigoros wurde auch gegen Leute eingeschritten, die in ihren Wohnungen Zusammenkünfte veranstalteten, bei denen man politische Hintergründe vermutete. So wurden auch eine ganze Reihe von Postbediensteten auf einfachen Verdacht hin, dass sie bei solchen Zusammenkünften gegen das dritte Reich¹²⁸⁸ polemisiert hätten, in Haft gesetzt. Vier Angehörige der Postverwaltung mussten ihre aufrechte und unerschrockene weltanschauliche Haltung und ihr starkes Heimatbewusstsein mit dem Leben bezahlen. Sie wurden von den nationalsozialistischen Henkern getötet. Es waren dies:¹²⁸⁹

1286 Pfeifer, Ostmark, S. 322.

1287 ÖStA/AdR: BPD RWRB, K. 7: Mappe III Bundesministerium für Verkehr, 11: Die Befreiung, nicht datiert.

1288 Zum Begriff „Drittes Reich“ vgl. Anm. 504.

1289 Es folgen 4 Personen.

[...]

Eine ganze Reihe von Bediensteter musste lange Haftstrafen in Gefängnissen und Konzentrationslagern erdulden. Die Betroffenen sind:¹²⁹⁰

[...]

9.) Vertragsangestellter Walter Kareis (Telegraphenbausektion Feldkirch)

Beide¹²⁹¹ wurden wegen ihrer nicht rein deutschblütigen Abstammung in ein Lager gebracht und dort zu Zwangsarbeit angehalten. [Albert] Jestl verbrachte 206 Tage und Kareis 181 Tage im Lager, beiden gelang es nur mit Mühe, einem von der SS geplanten Massacre zu entkommen.¹²⁹²

[...]

22.) Ernst Wolf (Postamt Bludenz) 8 Tage Haft bei der Gestapo.

23.) Franz Peter (Postamt Feldkirch) 28 Tage Polizeigefängnis.

24.) Lorenz Schwarzhans (Postamt Nenzing) 42 Tage Polizeigefängnis.¹²⁹³

[...]

Die unter 21.) – 25.) genannten Bediensteten waren wegen defaitistischer Äusserungen und des Verdachtes antinationalsozialistischer Betätigung in Haft.

1290 Es folgen 25 Personen.

1291 Kareis und Postoberverwalter Albert Jestl, Postamt Innsbruck 3.

1292 Ing. Walter Kareis wurde im September 1938 von der Postverwaltung wegen „rassischer Minderwertigkeit“ und „politischer Unzuverlässigkeit“ entlassen, konnte aber in der Wehrmacht untertauchen, wo er sogar an einem Geheimprojekt im Bereich Radartechnik beteiligt war. Aufgrund einer Denunziation des Arbeitsamtes Bregenz wurde er 1941 aus der Wehrmacht ausgestoßen, kam aber bei der Firma Pircher in Bregenz unter. Dann wurde er zur Organisation Todt (vgl. Anm. 1263) dienstverpflichtet und schließlich im Oktober 1944 über ein provisorisches Durchgangslager in Wörgl in das Zwangsarbeitslager Schelditz (meist als Zwangsarbeitslager Rositz bezeichnet) nach Thüringen verfrachtet, das offiziell der Organisation Todt unterstand. Dort sollen rund 500 Häftlinge zu schweren Aufräumarbeiten in einem Erdölmineralwerk gezwungen worden sein, darunter 21 oder 24 Tiroler und Vorarlberger, soweit bekannt ausschließlich „Mischlinge ersten Grades“. Am 13. April 1945 wurden die Lagerhäftlinge mit dem Ziel KZ Flossenbürg in Marsch gesetzt, aber bereits am nächsten Tag von alliierten Truppen befreit (Achrainer, Rezension Gruber). Vielleicht war Kareis bereits früher gemeinsam mit einem Bregenzer die Flucht gelungen. Er beteiligte sich jedenfalls noch am Widerstand der letzten Tage in Bregenz und beflaggte am 1. Mai 1945 das Rathaus, das Postamt und das Landratsamt mit rot-weiß-roten und weißen Fahnen. Von Juni bis Dezember 1945 arbeitete er als KPÖ-Vertreter im provisorischen Bregenzer Stadtrat mit (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 309-310; Egger, Rassische Verfolgung, S. 199; Walsler, Die letzten Tage, S. 222-223; Piltzner, Emil Schneider, S. 354).

1293 Es könnte sich um Lorenz Anton Schwarzhans (geb. 1913 Tschagguns) gehandelt haben. Für Auskünfte danke ich Gemeindecarchivar Thomas Gamon, Nenzing.

Q 46 Bericht des Post- und Telegraphenamtes Dornbirn

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 3

Typoskript, 3 Seiten, Originalunterschrift.

Für das Post- und Telegraphenamt Dornbirn sind 1935 50 Bedienstete ausgewiesen.¹²⁹⁴ Dem Postamt Dornbirn kam insofern eine besondere Bedeutung zu, als ihm die Rundfunksendeanlage im Lauteracher Ried unterstand. Postamtsvorstand Gottfried Öttl hat im Mai 1945 maßgeblich zur Rettung des Senders beigetragen. Berichtersteller Robert Kraxner weist sich mit „*Personalstelle und Vertrauensmännerausschuss*“ aus.¹²⁹⁵

Post- und Telegraphenamt

Dornbirn, den 23. April 1946

Dornbirn

PA Zl 573/683/1946

Zu Zl 86/2-86/3-8. April 1946

Betreff: Rotbuch

An

die Landeshauptmannschaft

(Presse- und Rundfunkstelle)

Bregenz¹²⁹⁶

Die Ereignisse und Vorgänge beim Postamte Dornbirn in den Jahren 1933 bis 1938, sowie nach der Annexion durch das Deutsche Reich haben sich im allgemeinen in der gleichen Art und daher auch mit den gleichen Folgen wie bei allen staatlichen Betrieben abgespielt. Zu den einzelnen Fasen [sic!] der Entwicklung wird bemerkt:

1294 Adressbuch Dornbirn 1936, S. 14-15; zusätzlich noch drei Bedienstete der Telegraphenlinienaufsicht Dornbirn.

1295 1932 leitete Kraxner noch das Postamt in Götzis (Adressbuch Götzis, Rankweil 1932, S. 3). Im Adressbuch Dornbirn 1936 (Stand 1. September 1935) ist er noch nicht ausgewiesen. 1950 war er in Dornbirn für den Bereich Brief- und Paketpost zuständig (Adressbuch Dornbirn 1950, S. 6). 1953 scheint er nicht mehr als Postbeamter, sondern als Angestellter auf (Adressbuch Dornbirn 1953, S. 156).

1296 Auf der dritten Seite Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 26.4.46, Zl. 86/3 Anl. 3.

Kapitel 1

In den Jahren 1933 bis 1938 machte sich die nationalsozialistische Propaganda insoweit bemerkbar, dass zahlreiche Flugschriften offen oder verschlossen im Postwege von Deutschland eingeschmuggelt wurden. Diese Schriften waren über behördliche Verfügungen, für deren gewissenhafte Durchführung der Vorstand verantwortlich gemacht wurde, der vorgesetzten Postdirektion oder der Bezirkshauptmannschaft vorzulegen. In dieser Hinsicht wurde genau nach den Vorschriften vorgegangen. Dies geschah nicht nur aus dem Grunde, weil es ein behördlicher Auftrag war, sondern auch schon aus der Einsicht heraus, weil jeder sich klar war, dass da Kräfte am Werk waren, die Österreich als selbstständigen Staat auslöschen wollten. In der letzten Zeit vor der Annexion durch Deutschland hatte sich diese Tätigkeit noch verstärkt und damit auch die Gefahr für die Bediensteten erhöht, daß im Falle eines Anschlusses Österreichs mit scharfen und harten Maßnahmen von Seite der neu antretenden Machtfaktoren gerechnet werden musste. Aber trotzdem konnte man mit einer verlässlichen Beamtenschaft rechnen. Von einer offenen illegalen Tätigkeit, die naturgemäß zu strafrechtlichen Folgen geführt hätte, wurde nichts festgestellt. Terrorakte haben sich in unserem Betriebe nicht ereignet.

Kapitel 2 + 3

Nach dem Anschluß an das Deutsche Reich setzte sofort die allgemein bekannte Methode zur Durchsetzung des ganzen Beamtenstandes mit den nationalsozialistischen Ideen mit mehr oder weniger Schärfe und Heftigkeit ein. Im allgemeinen war der politische Druck von den parteiamtlichen Stellen derart, dass für jeden Andersgesinnten eine große Gefahr bestand, Stellung, Einkommen oder auch noch die persönliche Freiheit zu verlieren. Es war daher nicht verwunderlich, wenn sich jeder zu schützen versuchte und dies geschah entsprechend der früheren politischen Einstellung oder dem persönlichen Verhältnis zu den maßgebenden Personen des neuen Regimes auch in verschiedener Art. Es gab natürlich gleich ganz eifrige Anhänger, die schon vorher mit dem Nationalsozialismus sympathisierten und sich gleich vorbehaltlos anschlossen, dann wieder gedankenlose und harmlose Mitläufer mit einer Abart davon die Nachläufer, die die Gunst der Partei suchten oder zumindest nicht vermissen wollten. Den größten Teil der Beamtenschaft stellten unzweifelhaft diejenigen dar, die, um ihr Einkommen nicht zu verlieren und ihre Familie nicht der Not aussetzen zu müssen, sich bei der Partei als Anwärter anmeldeten.¹²⁹⁷ Da diese vielfach politisch belastet waren, suchten sie durch gewissenhafte

1297 Zu den Parteianwärtern der NSDAP vgl. Anm. 970.

Pflichterfüllung die Zufriedenheit der mittelbaren und unmittelbaren Vorgesetzten, die auch unter Druck standen, zu gewinnen. Dieses Streben löste insoweit keine Gewissenskonflikte aus, weil der österreichische Beamte im allgemeinen ein gewissenhafter und vertrauenswürdiger Diener des Staates und des Volkes war. Maßregelungen kamen in unserem Betriebe drei vor. Ein Beamter wurde auf Grund der Verordnung zur Neuordnung des Berufsbeamtentums nach § 4 Abs. 1 mit gekürzten Ruhegenüssen in den Ruhestand versetzt.¹²⁹⁸ Diese Maßnahme blieb auch bis zur Befreiung Österreichs aufrecht. Ferner wurden zwei Beamte an einen andern Dienstort versetzt, eine davon konnte noch rückgängig gemacht werden. Im übrigen konnten manche Härten und Maßnahmen veranlasst von Parteigenossen¹²⁹⁹ des Postamtes oder von Parteidienststellen, die zumeist ihre Ursachen im politischen Verhalten vor dem Anschlusse hatten, was bei den drei vorgenannten Maßregelungen ganz besonders zutrifft, Dank der Umsicht, des Gerechtigkeitsgefühles und der taktvollen Lenkung auf fachlichem Gebiet von Seite des Postamtsvorstandes beseitigt werden. Versetzungen in das Reichsgebiet, ausgenommen von behördlich angeordneten Schulungskursen, kamen keine vor.

Kapitel 4

Die Gestapo hat nur in einem Falle eingegriffen.¹³⁰⁰ Ein Beamter, der sich während des ganzen Krieges für die Besserung des Loses der Kriegsgefangenen, besonders der Franzosen und auch der Verschleppten aus dem Osten ganz besonders annahm, wurde verhaftet und befand sich 11 Tage in Untersuchungshaft. Der materielle Schaden war insoweit nicht groß, weil der in kurzer Zeit nach erfolgtem Gerichtsbeschuß eintretende Zusammenbruch die Auswirkungen der Strafverfügung aufhob.

Kapitel 5

Von einer praktischen Tätigkeit der Widerstandsbewegung kann nur bezüglich der Zeit vor dem 13. März 1938 und der letzten Zeit vor der Befreiung Österreichs gesprochen werden. Denn nach der Machtübernahme war wohl jeder Widerstand zwecklos. Irgend eine Tätigkeit oder schon Äußerung gegen das bestehende Regime würde mit Maßnahmen aller Art, wie Geldstrafen, Haft, Frontverschickung¹³⁰¹ oder sogar mit KZ bestraft worden sein. Über die Tätigkeit des Widerstandes bis 13. März 1938 wurde bereits im Kapitel 1 berichtet. Während der Besetzung Österreichs durch das

1298 Vgl. Anm. 1281.

1299 Als „Parteigenossen“ wurden Mitglieder der NSDAP bezeichnet (vgl. Anm. 970).

1300 Zur Gestapo vgl. Anm. 662.

1301 Gemeint ist wohl die Einziehung zum Militärdienst mit Fronteinsatz.

Deutsche Reich konnte sich der Widerstand nur insoweit betätigen, dass man die Verzagten und Mutlosen aufrichtete, den Geschädigten tatkräftig mithalf ihr Los zu ertragen und so versuchte, die schwere Zeit durchzuhalten. Eine besondere Hilfe in dieser Hinsicht stellte die wahre Kameradschaftlichkeit dar. Anzeigen schwerer Art kamen nicht vor. So war es zu erklären, dass der im Kapitel 4 genannte Fall keine schwereren Folgen hatte. Obwohl dieser Beamte allgemein als scharfer Gegner des Nationalsozialismus bekannt war und jeder im Amte von seiner Tätigkeit in der Betreuung der Gefangenen und Verschleppten wusste, ist nie eine Anzeige erfolgt und ist die Denunziation von Personen außerhalb des Postamtes erfolgt. Die hervorstechendste Tätigkeit des Widerstandes war ohne Zweifel der Versuch, den Sender Vorarlberg mit seinen hochwertigen Anlagen zu retten.¹³⁰² Die französischen Truppen standen vor den Grenzen unseres Landes und jeder vernünftige Mensch musste erkennen, dass die Lage haltlos war. Dennoch ergingen von Parteistellen immer weitere Befehle, den Kampf fortzusetzen. Während man noch die Kinder von 16 Jahren einzog, damit sie mit Panzerfäusten und Brandfackeln mithelfen sollten, Hab und Gut zu vernichten und damit das Leben der Mitmenschen nutzlos zu gefährden, wollte man das beste Propagandamittel, den Rundfunk, noch bis zum letzten Augenblick einspannen, um den Zusammenbruch zu verschleiern. Hingegen sollte dieses Nachrichtenmittel Österreich für seine Zwecke nicht mehr zur Verfügung stehen. Wenn schon die Herrschaft über das Land verloren ist, sollte die Besitznahme des Menschen durch Österreich möglichst erschwert und behindert werden. Darum der Befehl zur vollständigen Zerstörung des Rundfunksenders Dornbirn und im Zusammenhang auch der Fernmeldeanlagen. Hier hat dann ein mutiger Mann in letzter Minute das Ungeheuerliche verhindern können. In seiner bestimmten, überzeugenden Art hielt der Postamtsvorstand des Postamtes Dornbirn¹³⁰³ sein Personal in der Hand, teils fand er bei den Unterstellten willige Mithelfer, teils konnte er die willfährigen letzten Anhänger einer zusammenbrechenden Macht einschüchtern oder ihnen das Verwerfliche des Zerstörungswerkes vor Augen halten. Bei diesem Vorgehen mußte mit Verhaftung und Todesstrafe gerechnet werden. Jedoch der Mut hatte gesiegt und der Sender blieb so erhalten. Gleich nach dem Einmarsche der Franzosen in Dornbirn hörte man wieder das vertraute Weckerzeichen im Radio. Der erste Sender in Österreich hatte wieder seine Tätigkeit aufnehmen können. Das In- und Ausland war durch den Äther wieder verbunden, nachdem jahrelang das Abhören von Auslandssendern unter strenger Strafe stand. Durch die tatkräftige Unterstützung der französischen Besatzung und Mithilfe der nachbarlichen Schweiz

1302 Zum Folgenden vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 109-111.

1303 Gottfried Öttl.

konnte in ganz unerwartet kurzer Zeit der Sender weiter ausgebaut werden.¹³⁰⁴ So ist es möglich, daß der Sender Vorarlberg (Dornbirn) bald in einem großen Teil der Welt gehört wurde. Der Nachrichtendienst setzte in vollem Umfange ein, die Welt erfuhr wieder die Wahrheit. So mancher Kriegsgefangener in der fernen Welt erhielt auf diese Weise zuerst Nachricht über das Schicksal der Heimat und konnte dadurch Schlüsse über das Befinden seiner Angehörigen ziehen. Das Ländchen Vorarlberg wurde in der Welt bekannt und auch der Name Dornbirn fand damit Geltung.

[Stempel:] Postamt Dornbirn
Personalstelle
und Vertrauensmännerausschuss
Kraxner

1304 Zum (Wieder-)Aufbau des Landessenders „Radio Vorarlberg“: Hofer, Versuch und Versuchung; Huebner, Vor dem Mikrophon; Huebner, Selbstbiographie.

Q 47 Bericht des Landesschulrats für Vorarlberg

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 27

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Der Landesschulrat für Vorarlberg wurde nach der Machtergreifung im März 1938 sofort „gleichgeschaltet“. ¹³⁰⁵ Tonangebend war Landesschulinspektor Dr. Oskar Baldauf, ein fanatischer Nationalsozialist, der als geschäftsführender Landesschulratspräsident umgehend die radikale Umgestaltung des Schulwesens in Angriff nahm. Einer ersten Säuberungswelle, in der die hervorragenden NS-Gegner entfernt oder degradiert wurden, folgte ab Sommer 1938 eine zweite, systematische auf Grundlage der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums (BBV). ¹³⁰⁶ Gleichzeitig setzte die Dienstenthebung der geistlichen Lehrkräfte ein.

Der Großteil der Mittel- und Fachschulen Vorarlbergs wurde von katholischen Orden geführt. Im Sommer 1938 eröffnete das NS-Regime den offenen Kampf gegen die katholische Kirche. ¹³⁰⁷ Ein Ziel war die Zerschlagung des konfessionellen Schulwesens. Mit Erlass des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten vom 19. Juli 1938 wurde sämtlichen Privatschulen Österreichs das Öffentlichkeitsrecht entzogen. Vor dem Schulbeginn im Herbst 1938 wurde den Orden die Weiterführung ihrer Schulen mit unterschiedlichen Zwangsmaßnahmen ganz verunmöglichlicht. Mit Erlass vom 17. Oktober 1938 wurde die Schließung sämtlicher konfessioneller Privatschulen mit und ohne Öffentlichkeitsrecht samt ihren Schülerheimen verfügt. Insgesamt wurden in Vorarlberg sechs Mittelschulen, acht Fachschulen, drei Hauptschulen und fünf Volksschulen aufgehoben; zudem drei Waisenhäuser und drei Kindergärten.

Davon gibt folgender Bericht so gut wie nichts wieder. Berichterstatter Gebhard Niederer war Schulleiter in Gaißau und 1945 Mitglied der Sonderkommission zur Bildung neuer Personalstände. Er beschränkte seinen Beitrag auf einige allgemeine Bemerkungen über die Schulbücher.

In diesen Zusammenhang gehört auch ein streng vertraulicher Ministerialerlass vom 13. August 1941, dass das Schauspiel „Wilhelm Tell“ von Friedrich Schiller

1305 Schreiber, Schule, S. 29-81.

1306 Vgl. Einleitung zu Q 44 und Anm. 1281.

1307 Wanner, Kirche, S. 69-100; Schreiber, Schule, S. 82-104; Engelbrecht, Geschichte des Bildungswesens 5, S. 307-314.

künftig als Lehrstoff in den Schulen nicht mehr zu behandeln ist.¹³⁰⁸ Während die Schweizer Eidgenossenschaft im Geist des „Alpenréduits“ ihr vermeintliches 650-jähriges Jubiläum feierte, ließ Hitler die Behandlung und Aufführung des Wilhelm Tell im ganzen Reich verbieten. Tyrannenmord und Reichsseparatismus passten nicht in sein Konzept.

Landesschulrat für Vorarlberg

Bregenz, am 17. Mai 1946

Zahl: 481/1

Nr./Lp.

An die
Landeshauptmannschaft
für Vorarlberg, Presse- und Rundfunkstelle
in B r e g e n z

Betrifft: Herausgabe eines „Rotbuches“ durch das Bundeskanzleramt,
Auswärtige Angelegenheiten.

Bezug: Schreiben der Landeshauptmannschaft Vorarlberg, Zahl 86/3
Präs. Pr. vom 8.4.1946.

Von hier aus sind vor allem zu Punkt 2 des Schemas über die Gliederung des Rotbuches Feststellungen zu machen. Sie betreffen die Lesebücher für Volks- und Hauptschulen. Die in den Jahren vor 1938 ausgearbeiteten Lesebücher für Vorarlberg, die unter Mitwirkung der Vorarlberger Lehrerschaft von Direktor Hansen zusammengestellt worden waren,¹³⁰⁹ mußten sofort verschwinden. Damit waren keine Lese-
stoffe heimatlich-bodenständiger Art mehr vorhanden. Als Ersatz erschienen sehr bald NS-Lesebücher, welche den Grundsatz der Bodenständigkeit nicht kannten, sondern nur das große Reich im nationalsozialistischen Sinne und seine Symbole.

1308 Mitteilung des Reichsstatthalters in Tirol und Vorarlberg, Innsbruck 21.08.1941 (Abschrift), ediert in: Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 100, mit der Anmerkung der Redaktion: „Es ist kennzeichnend für die wahre Einstellung der österreichischen Bevölkerung, daß sich die deutschen Okkupanten die Gestalt des schweizerischen Freiheitskämpfers nicht mehr auf die Bühne zu bringen wagten.“

1309 Rudolf Hansen, Schulleiter in Ruhe, überarbeitete 1934 bis 1936 das Vorarlberger Lesebuch in mehreren Bänden und Varianten zu einem Gesinnungslesebuch des autoritären Ständestaats um. Vgl. in kritischer Analyse: Böhler-Wüstner, Vorarlberger Lesebuch.

Der Grundsatz christlicher Liebe und Güte war daraus verschwunden. Dafür predigten sie echtes Kämpfertum und Streitsucht, verschwiegen Leistungen anderer Völker, die auch zur abendländischen Kultur beigetragen haben und stellten besonders in den zuletzt erschienen Ausgaben den jungen Leuten nur das allherrschende Großdeutsche Reich¹³¹⁰ in seiner Entwicklung und in seiner erwarteten Größe vor Augen.

Ebenso wie unsere heimatlichen Lesebücher verschwinden mußten, sollte auch die ausgezeichnete alpenländische Pöschl-Fibel,¹³¹¹ die nur eine kleine Umarbeitung in Hinsicht auf die Schrift erfordert hätte, untergehen und durch eine schlesische ersetzt werden.

Der Beauftragte:

G. Niederer

1310 Nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 wurde der Begriff „Großdeutsches Reich“ für das „Deutsche Reich“ zunächst inoffiziell, ab 1943 auch amtlich als Staatsbezeichnung verwendet (z.B. ab Oktober 1943 auf den Briefmarken).

1311 Vermutlich Joseph Franz Pöschl, Das alpenländische Lesebuchwerk. Wien (u.a.) 1927.

Q 48 Bericht der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Haushaltungsschule in Bregenz-Marienberg

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 1

Typoskript (Durchschläge), 2 Seiten, Brief mit Originalunterschrift, Anhang in Abschrift.

Die Schulen und das Internat der Dominikanerinnen in Bregenz-Marienberg wurden im Herbst 1938 verstaatlicht.¹³¹² Das ehemalige Mädchenrealgymnasium und Oberlyzeum wurde in eine „Oberschule für Mädchen“ umgewandelt. Bis 1941 durften noch einige Schwestern unterrichten. Im September 1944 wurde Marienberg von der Deutschen Wehrmacht als Lazarett beschlagnahmt, Schule und Internat mussten ausziehen. Vgl. Q 49.

Berichterstatteerin Schwester M. Amata Hutter O.P. lebte von 1938 bis 1945 im Foyer Ste. Elisabeth in Freiburg in der Schweiz, einer Filiale Marienbergs, der sie zeitweise als Priorin vorstand. Am 3. Dezember 1945 konnten unter ihrer Leitung im renovierten Externat die Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und die Haushaltungsschule wieder den Schulbetrieb aufnehmen. Marienberg blieb bis Jänner 1947 von der französischen Besatzungsmacht beschlagnahmt.

Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und
Haushaltungsschule in Marienberg – Bregenz.

Zahl 123

Bregenz, 26. April 1946

Betreff: Rotbuch.

An die
Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Presse- und Rundfunkstelle,
B r e g e n z.

In Beantwortung Ihrer Anfrage vom 8. und 16. dieses [Monats] teilt die unterzeichnete Leitung folgendes mit:

1312 700 Jahre Adelshausen, S. 16-27 u. 33-37; Muther, Bundesgymnasium Bregenz, S. 5-16.

- 1) Durch den Erlass vom 20. Juli 1938, der die Entziehung des Öffentlichkeitsrechtes privater Lehranstalten verfügt, wurde unser Oberlyceum für Mädchen, sowie die Höhere Lehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe, die Haushaltungsschule und die Kaufmännische Wirtschaftsschule aufgehoben.
- 2) Im September 1938 wurde auch das Internat für ein staatliches Schülerinnenheim durch die Schulbehörde beschlagnahmt.
- 3) Am 21. November 1940 beanspruchte eine Kommission im Auftrage der Südtiroler Aktion die Klostergebäude für Südtiroler Kinder, für ein Heim.¹³¹³
- 4) Im März 1941 wurde auch die Klosterkapelle von der Schulbehörde von Handelsschulklassen beansprucht. Somit waren alle grösseren Klostergebäude samt Internat beschlagnahmt worden. Die Schwestern mussten sich in ein ganz kleines, räumlich ungenügendes Gebäude bis zum heutigen Datum zurückziehen.

[Stempel: Höhere Lehranstalt für
wirtschaftliche Frauenberufe /
Marienberg-Bregenz / mit
Öffentlichkeitsrecht]

Die Leitung:
Sr. M. Amata Hutter O.P.

1 Beilage:

Abschrift:

Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Abt. Lhm.

Bregenz, am 20. Juli 1938.

Verordnung
des Landeshauptmannes von Vorarlberg.¹³¹⁴

Um eine Schulerziehung im Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung zu gewährleisten, entziehe ich mit heutigem Tage allen Privatschulen und Lehranstalten wie überhaupt allen Schulen im Gebiete des Landes Vorarlberg, welche bisher

1313 Vermutlich im Zuge der Umsiedlung der Südtiroler „Optanten“.

1314 Landeshauptmann Plankensteiner reagierte auf den Erlass des Ministeriums für Innere und Kulturelle Angelegenheiten vom 19. Juli 1938, womit allen Privatschulen das Öffentlichkeitsrecht entzogen wurde. Er gab mit seiner Verordnung vor, ihnen aus eigener Machtvollkommenheit das Öffentlichkeitsrecht zu entziehen. Das Verbot, Schüler in die erste Klasse der Privatschulen aufzunehmen, war nicht durch den Erlass gedeckt. Diese Verordnung wurde nicht im Verordnungsblatt kundgemacht. Vgl. Wanner, Kirche, S. 69-80.

an die Bewilligung des Öffentlichkeitsrechts gebunden waren, das Öffentlichkeitsrecht.

Ebenso untersage ich mit heutigem Tage alle Aufnahmen in die erste Klasse dieser Privatschulen und Lehranstalten. Bereits erfolgte Aufnahmen sind ungültig.

Bezüglich der Wiederholungs- und Nachtragsprüfungen für das Schuljahr 1937/38 werden besondere Anordnungen erfolgen.

Diese Maßnahme ist umso berechtigter, als die einzige evangelische Schule im Lande sich freiwillig aufgelöst hat und das Belassen anderer konfessioneller Privatschulen eine einseitige Bevorzugung darstellen würde.¹³¹⁵

Mit der Durchführung wird der Landesschulrat betraut.

Der Landeshauptmann:
Plankensteiner.

1315 Schallenmüller, Evangelische Schule, S. 58: „Die Übergabe der Schule an die Stadt wurde in einem festlichen Gottesdienst fast einmütig beschlossen, da Pfr. Pommer in dieser Übergabe eine Aufwertung der evangelischen Belange unter der neuen Regierung erhoffte.“ 1936 zählte die 1865 gegründete vierklassige Volksschule in Bregenz (Augasse) 123 Schüler. Aus dem Jahresbericht der Gemeinde 1938: „In zahllosen Predigten dieser Tage wird Adolf Hitler als Werkzeug in der Hand des rettenden Gottes gepriesen, so auch von Pfarrer Pommer in seiner Predigt ‚Heldengedächtnis und Siegedank‘ zum Sonntag *Reminiscere* (13.III), die im Druck erscheint.“ (Zitiert nach Schwarz/Olschbaur, Chronik der Gemeinde, S. 87; vgl. ebenda auch zur Übergabe der Schule).

Q 49 Bericht des Oberlyzeums Bregenz

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 15

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Ab dem Schuljahr 1935/36 wurde das private Mädchenrealgymnasium der Dominikanerinnen in Bregenz-Marienberg in den neuen Schultyp eines „Oberlyzeums“ umgewandelt.¹³¹⁶ 1938 wurde die Schule in eine staatliche „Oberschule für Mädchen“ umgestaltet. Als Marienberg 1944 als Lazarett beschlagnahmt wurde, übersiedelten die Mädchenklassen ins Knabengymnasium. Als im April 1945 auch dessen Gebäude zu einem Lazarett umfunktioniert wurde, musste der Schulbetrieb eingestellt werden. Da das Kloster Marienberg das Gymnasium nicht mehr übernehmen wollte, erfolgte im Herbst 1945 der Neuaufbau des Oberlyzeums als staatliche Schule, ab 1946 im Gallusstift. Mit Schuljahr 1946/47 wurde es wieder in ein Realgymnasium umgewandelt (heute Bundesgymnasium Bregenz-Gallusstraße). Vgl. Q 48. Berichterstatter Dr. Peter Muther unterrichtete kurz in Innsbruck, wurde 1941 zur Wehrmacht eingezogen und kehrte erst im Frühjahr 1945 nach Vorarlberg zurück.

Oberlyzeum Bregenz.

Bregenz, den 15.4.1946.

Betr.: Herausgabe eines Rotbuches.

Bez.: Rundschreiben der Landeshauptmannschaft Zahl 86/2. und 85/3.

An die

Presse- und Rundfunkstelle der Landeshauptmannschaft

Bregenz.¹³¹⁷

In Ausführung Ihres Rundschreibens gebe ich Ihnen im Auftrage der Direktion des Oberlyzeums Bregenz folgende einschlägige Materialien bekannt:

In der Zeit vor der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus im März 1938 machten sich die propagandistischen und terroristischen Methoden und Auswirkungen der NSDAP an unserer Schule durch den Versuch einer Einflussnahme der

1316 700 Jahre Adelshausen, S. 16-27 u. 33-37; Muther, Pro iuventute; Muther, Bundesgymnasium Bregenz, S. 5-16.

1317 Neben der Unterschrift Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 5.[sic!]4.46, Zl. 86 Anl.

illegalen HJ auf die Schülerschaft bemerkbar, der aber dank der kraftvollen, österreichtreuen Lenkung der Schülerinnen durch die Direktion und den Lehrkörper zu keinem nennbaren Erfolge führte.¹³¹⁸ Im Zusammenhang damit wurde eine Turnlehrerin, die zu einem bekannten illegalen Nazikreis enge Beziehungen unterhielt, mit Schulbeginn 1936/37 nicht mehr wiederbestellt.

Nach 1938: Eine der ersten Maßnahmen des neuen Regimes war die Entlassung des bisherigen Direktors (Hofrat [Ambros] Guth) und seine Ersetzung durch einen bekannt nationalsozialistisch gesinnten Mann, der die innere und äussere Umgestaltung der Schule im Geiste der NSDAP gewährleistete.¹³¹⁹ Folge davon war in den folgenden Jahren innerhalb des Lehrkörpers die Nichtbeförderung österreichisch gesinnter Lehrkräfte wie Frau Dr. [Irma] Vesela und Frau Dr. [Mia] Schwarz¹³²⁰ und der Gesangslehrerin Fräulein [Maria] Färber. Dem stand selbstverständlich auf der andern Seite eine ungerechte rasche und hohe Beförderung der nationalsozialistisch gesinnten Frau [Herta] Schwendinger aus politischen Gründen gegenüber, wie auch der neu eingestellten und ganz jungen Lehrkräfte z.B. [Ehrentraud] Seidler¹³²¹ und [Gertrud] Walch.¹³²²

Eine weitere Folge war die Besetzung des Klosters,¹³²³ Ausschaltung der Schwestern aus jedem erzieherischen Dienst und ihre Beschränkung auf Putzarbeiten und Küchendienst. An Stelle des bisher mit bekanntem pädagogischem Geschick und

1318 Zum Verhältnis Hitlerjugend und Schule vgl. Schreiber, Schule, S. 23-26 u.184-204.

1319 Die Schülerinnen des Mädchengymnasiums ohne Öffentlichkeitsrecht waren als Privatistinnen am staatlichen Knabengymnasium Bregenz eingeschrieben, dessen Direktor Ambros Guth von 1924 bis 1938 beide Schulen gleichzeitig führte. Diese Personalunion wurde bis 1945 fortgesetzt (vgl. Schreiber, Schule, S. 54).

1320 Dr. Gertrud Ettenberger, die 1943 an der Schule maturierte und sie später als Direktorin leitete, erinnert sich an zwei Lehrerinnen, die 1938 von Innsbruck nach Bregenz strafversetzt wurden und 1945 wieder nach Innsbruck zurückkehrten: Dr. „Mia“ Schwarz und Dr. Dora Steinegger verh. Alber. Steinegger unterrichtete Deutsch und „fütterte“ die Schülerinnen mit dem Aufklärer Gotthold Ephraim Lessing. Schwarz unterrichtete Physik. Da sie aufgrund der Lehrplanumstellung auf die Oberschule aber zwei, drei Jahre denselben Physikstoff hätte vortragen müssen, las sie mit ihren Schülerinnen lieber die „Sternstunden der Menschheit“ des jüdischen Schriftstellers Stefan Zweig, der sich 1942 in der Emigration in Brasilien das Leben nahm. Ich danke Dr. Ettenberger für diese Informationen. Herrn Direktor Dr. Georg Fritz (Bundesgymnasium Innsbruck-Sillgasse) danke ich.

1321 Dr. Ehrentraud Seidler unterrichtete ab 1942 an der Oberschule für Mädchen Bregenz (Pfanner, Seidler).

1322 Gertrud Walch unterrichtete ab 1942 an der Oberschule für Mädchen Bregenz. Vgl. Jahresbericht Bundesgymnasium für Mädchen 1975/76, S. 14-15. Für diesen Hinweis danke ich Dr. Gertrud Ettenberger, Bregenz.

1323 Dominikanerinnenkonvent Marienberg.

Erfolg geleiteten Schülerinnenheimes wurde nun ein Heim errichtet, das selbstverständlich ganz im Sinne der HJ geführt wurde. Die logische Folge daraus war die stete Einflussnahme auf die Jugend im NS-Sinne, aber auch ein steter Kampf der andersgesinnten Lehrkräfte gegen alles Nationalsozialistische.

Mit dem Schuljahr 1938/39 wurde das Gymnasium in eine Oberschule für Mädchen umgewandelt und das Ergebnis der neuen Lehrpläne war hier wie andernorts ein schmerzlicher Rückgang der wissenschaftlichen Leistung.¹³²⁴

Besondere äussere politische Ereignisse sind keine zu verzeichnen.

Dr. Peter Muther

(Dr. Muther)

Beauftragter für die Mitarbeit am Rotbuch.

1324 Vgl. Anm. 1320.

Q 50 Bericht des Staatsgymnasiums Bregenz

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 2

Typoskript, zwei Blätter, Originalunterschrift.

Das 1895 gegründete Bundesgymnasium Bregenz wurde 1938 in eine Oberschule für Jungen umgewandelt. Von März bis Juni 1945 diente das Schulgebäude als deutsches Reservelazarett, dann bis September 1945 als französisches Spital. Am 29. Oktober 1945 konnte das Gymnasium wiedereröffnet werden (heute Bundesgymnasium Bregenz-Blumenstraße).¹³²⁵

Berichterstatter Dr. Artur Schwarz unterrichtete 1939 bis 1942 an der Schule, wurde zur Wehrmacht eingezogen und kehrte im Oktober 1945 an die Schule zurück.¹³²⁶ Sein Bericht wurde von Direktor Josef Marte autorisiert.

Staatsgymnasium Bregenz

Bregenz, den 26.IV.46.

An den Leiter der Presse- u. Rundfunkstelle

Herrn Josef Kegele,

Bregenz, Montfortstrasse 12.¹³²⁷

Betrifft: Beitrag in Sachen des Rotbuches.

Zuschrift der Landeshauptmannschaft Vorarlberg, Zahl 86/2, Prs.Pr.

Zu Punkt 1): National-sozialistische Aggression gegen Österreich vom Jänner 33 – März 38!

In jedem Falle zeigte sich die eindeutige Haltung der Schule und des Lehrkörpers, insbesondere bei Massregelung von Schülern, die wegen ihres politischen Verhaltens bestraft werden mussten. Mit lokalem Ausschluss wurden zum Beispiel bestraft: Burtscher Theodor am 19.9.34, Braun Reinhold am 19.2.34, Gedlicka Egon zuerst mit 8 Stunden Schulhaft, dann lokal ausgeschlossen, am 31.8.34 Ausschluss aufgehoben,

1325 Vonach, Bundesgymnasium Bregenz 1, S. 185-236.

1326 Vgl. Wirthensohn, Schwarz.

1327 Auf der Rückseite Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 24.4.46, Zl. 86/3 Anl. 7.

Warnecke N. am 26.6.36, Schmid E. am 1.10.37, Greiter Franz am 1.10.37, Wolff Hans mit 12 Stunden Schulhaft wegen Äusserungen politischer Art.

Zu Punkt 2): Vorgehen anlässlich der Okkupation und Gleichschaltung.

- 1.) Direktor Ambros Gut[h] sofort nach der Machtübernahme ausser Dienst gesetzt, bestätigt durch Landesschulrat von Vorarlberg, Zahl 1269/14 am 23.IX.1938.
- 2.) Professor Dr. A[nton] Brunner am 16.IX.38 enthoben vom Landesschulrat von Vorarlberg, Zahl 1621/1 und zur Verantwortung gezogen vor dem Landesausschuss zur Neuregelung des österreichischen Berufsbeamtentums.¹³²⁸ – Am 30.XII.38 unter Zahl 1621/2 obige Verfügung wieder aufgehoben. Dr. Brunner wurde zur vorläufigen Dienstleistung nach Dornbirn versetzt. Gesuche um Rückversetzung nach Bregenz, wo Brunner ein eigenes Haus hatte, wurden nicht beantwortet. – 1940 während des Sommers strafweise Militärdienstleistung bis Herbst 1940.
- 3.) Dr. Ludwig Welti mit der Machtübernahme durch den National-Sozialismus in Villach suspendiert worden. Verfügung des Landesschulrats für Kärnten, Zahl 138/1938. Mit Wirkung vom 18.IX.38 nach § 6 der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums,¹³²⁹ Zahl Stö/K/ pensioniert. Später nach dem Pensionierungsgesetz von Mitte September 39 bis 1.IV.40 dem Landesschulrat als Sachbearbeiter zugewiesen.¹³³⁰ Eingerückt im Oktober 1940.

Zu Punkt 5): Widerstandsbewegung und ihre Anfänge:

- a) Professor Dr. A[nton] Methlagl verlässt am 5.X.40 anlässlich einer NSLB-Versammlung,¹³³¹ bei der Kreisgeschäftsführer Hoppichler¹³³² sprach, unter offensichtlichem Protest den Saal. Hoppichler betonte die völkische Ausrichtung in der Jugenderziehung als einzige Richtschnur. – Methlagl wurde hierauf vor den Kreisleiter geladen. Nach § 3 und § 6 gemäss § 24 der Reichsdienststrafordnung¹³³³ bestraft: Mit einer einmaligen Geldbusse in der Höhe des halben Monatsgehaltes.¹³³⁴ –

1328 Vgl. Anm. 1281.

1329 Vgl. Anm. 1281.

1330 Welti war während dieser Zeit „Beamter auf Widerruf“ (vgl. Schneider, ABC, S. 23-24).

1331 Der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) wurde 1929 als ein der NSDAP angeschlossener Verband gegründet. Seine Aufgabe war es, die nationalsozialistische Weltanschauung zur Grundlage des Erziehungs-, vor allem des Schulwesens zu machen.

1332 Für die Anschlussabstimmung 1938 war ein Hans Hoppichler in der Gauwahlleitung Tirol aktiv (Schreiber, Machtübernahme, S. 72). Ob die Personen identisch waren, konnte nicht geklärt werden.

1333 Reichsdienststrafordnung vom 26.01.1937, RGBl. 1937 I S. 71 (GBIffÖ. Nr. 587/1939).

1334 Als Folge dieses Vorfalls meldet sich Methlagl zur Wehrmacht, um die Existenz seiner Familie zu sichern. Er wurde jedoch aufgrund des Lehrermangels erst 1942 eingezogen. Vgl. Methlagl, Zufälle, S. 111-140; Vonach, Bundesgymnasium Bregenz 2, S. 23.

b) Professor K[arl] Zappe am 18.II.40 mit einer einmaligen Geldbusse in Höhe des halben Monatsgehaltes bestraft, da er am Tage der „Deutschen Polizei“¹³³⁵ sich eine abfällige nationalsozialismus-feindliche Äusserung erlaubt hat.¹³³⁶ Die vorausgegangene, provisorische Suspendierung wurde wieder aufgehoben.

c) Schüler Jakob Fessler am 23.II.44 von allen Höheren Schulen des Reichsgaues Tirol-Vorarlberg ausgeschlossen, da er sich in einem Briefe abträgliche Äusserungen über HJ-Führer erlaubt hat, die den HJ-Führerkurs in Vomperberg leiteten.¹³³⁷ Fessler wurde auch aus der HJ ausgeschlossen. Am 15.III.45 von der Schule aber ein Abgangszeugnis mit Reifevermerk erhalten. –

Im Auftrage:

Dr. Schwarz A.

Gesehen! J. Marte provisorischer Direktor

[Rundstempel: Staatsgymnasium in Bregenz]

1335 VTB 16.02.1940, S. 4:

„Die Polizei sammelt fürs Kriegs-Whw

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, hat auch in diesem Jahre die Polizei neben ihrer außerordentlichen Inanspruchnahme durch die vielen Sonderaufgaben des Krieges für den 17. und 18. Feber zum Tag der Deutschen Polizei aufgerufen mit der Losung ‚Ich rufe die Deutsche Polizei auf, in vorbildlicher und nicht zu steigernder Einsatz- und Opferbereitschaft zum Erfolg des Kriegswinterhilfswerkes des deutschen Volkes beizutragen.‘ Träger des Tages der Deutschen Polizei sind alle Sparten der Polizei, und zwar Ordnungspolizei (Schutzpolizei, Gendarmerie, Feuerchutzpolizei und Polizeireserve), Sicherheitspolizei (Kriminalpolizei und Geheime Staatspolizei), Feuerwehren, Technische Nothilfe, unterstützt durch die allgemeine SS, die jetzt im Kriege auch für polizeiliche Aufgaben eingesetzt wird, und das NSKK, das in den Ortsgebieten als Verkehrs-Hilfspolizei Dienst versieht. [...]“ – Zum Winterhilfswerk vgl. Anm. 571.

1336 In einer Würdigung von 1967 heißt es: „Das Jahr 1937 brachte ihn an die Stella Matutina, etwas später kam er an die Oberschule nach Bregenz, doch wurde er auf Grund seiner vaterlandsgetreuen Gesinnung ein Jahr darauf suspendiert und schließlich zur Wehrmacht eingezogen“ (Zwei neue Oberstudienräte). In einem Nachruf 2002: „Nach dem Studium von Englisch und Geographie unterrichtete er ein Jahr an der Stella Matutina und kam dann 1938 an das Knabengymnasium in der Gallusstraße. 1940 wurde er für seine Zivilcourage gegen das NS-Regime vom Dienst als Lehrer suspendiert“ (Karlinger, Zappe).

1337 Es wird Fessler gewesen sein, der als Teilnehmer eines HJ-Lehrgangs an der Gebietsführerschule Vomperberg (Tirol) an einen Freund schrieb: „Unterführer bin ich auch schon wieder, da ich anscheinend den entsprechenden Blödsinnigkeitsgrad erreicht habe. Jedenfalls ist das Maß dieser Herren weit unter dem geistigen Nullpunkte.“ Der Brief geriet in die Hände der Gestapo (zitiert nach Schreiber, Schule 204). – Zur HJ-Pflicht an der Oberschule für Jungen Bregenz vgl. Natter, Auf dem Weg, S. 52.

Q 51 Bericht der Bundesrealschule Dornbirn

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 21

Typoskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Die 1878 gegründete Bundesrealschule Dornbirn wurde 1938 in eine Oberschule für Jungen umgewandelt.¹³³⁸ Eine Weisung, künftig keine Mädchen mehr aufzunehmen, wurde jedoch missachtet.

Berichterstatter Edwin Höfle unterrichtete 1937 bis 1942 an der Schule, wurde zur Wehrmacht eingezogen und kehrte 1945 als Lehrer an die Realschule zurück.

Bundesrealschule Dornbirn

Dornbirn, den 23.4.1946

An die
Landeshauptmannschaft Vorarlberg
Presse- und Rundfunkstelle,
B r e g e n z

Betrifft: Bericht zur Herausgabe eines Rotbuches.

Als verantwortlicher Mitarbeiter für unsere Schule habe ich, bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 16.4.1946, Zahl 6/4 über die allgemeinen Richtlinien bei der Materialbeschaffung für das herauszugebende Rotbuch, kurz folgendes zu berichten: Bei der Durchsicht der von 1938 bis 1945 an die Schule ergangenen amtlichen Erlässe fand sich keiner, der auf einen speziellen Fall der in den einzelnen Kapiteln angeführten Punkte Bezug nahm. Alle Erlässe sind mehr oder weniger allgemeinen Inhaltes, da sie ja in gleicher Weise an alle Schulen gerichtet sind und soferne sie für die Herausgabe eines Rotbuches Berücksichtigung finden sollten, sicher schon von einer übergeordneten Stelle eingesehen und bearbeitet worden, da sie ja bei der ehemaligen Reichsstatthalterei, Abteilung Schule, aufliegen dürften.

Zu den in Kapitel 2 angeführten Maßnahmen zur Entfernung im öffentlichen Dienst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ist allerdings zu melden, dass

1338 Vgl. Stärk, Realschule, S. 223-264.

an unserer Schule drei Lehrkräfte wegen ihrer betont österreichischen Einstellung und Haltung sofort aus der Schule entfernt wurden. Es sind dies: der damalige Direktor der Schule Minister außer Dienst Dr. Emil Schneider, Religionsprofessor Studienrat Christian Hiller und Professor Johann Korber. Hiller und Korber wurden pensionslos aus der Schule entfernt.¹³³⁹ Nähere Angaben darüber zu machen, bin ich nicht in der Lage, da mir die nötigen personellen Unterlagen fehlen. Diese können beim Landesschulrat eingesehen werden.

Edwin Höfle

1339 Vgl. Stärk, Realschule, S. 224-226 und 263-264. Zu Hiller auch Q 36.

Q 52 Bericht des Bundesgymnasiums Feldkirch

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 5

Typoskript, 2 Seiten.

Das 1649 gegründete Bundesgymnasium Feldkirch wurde 1938 in eine Oberschule für Jungen umgewandelt, in die jedoch ab 1943 „für die Kriegszeit“ auch Mädchen Aufnahme fanden – eine Neuerung, die 1945 beibehalten wurde.¹³⁴⁰

Wer diesen Bericht verfasst hat, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

Bundesgymnasium Feldkirch

Feldkirch, den 20. April 1946

Materialsammlung für das Rotbuch

Kapitel 1: Die nationalsozialistische Aggression gegen Österreich vom Jänner 1933 bis März 1938.

Diese hatte an der Anstalt keinerlei direkte bemerkenswerte Auswirkung.

Kapitel 2: Die nationalsozialistische Okkupation und Gleichschaltung.

a) Direktor Hofrat Dr. Karl Bobleter: Im März 1938 sofortige Enthebung vom Dienste mit der mündlichen und schriftlichen Aufforderung des damaligen Landesschulinspektors Dr. Baldauf, sein Pensionsgesuch zu überreichen, „da er aus politischen Gründen in seiner Stellung unhaltbar wäre“. Versetzung in den zeitlichen Ruhestand (Erlaß des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten vom 23.9.1938, Zahl IV-1-13897-c (Landesschulrat für Vorarlberg vom 10.10.1938, Zahl 564/5)).

b) Professor Karl Gunz: ehemals Ortsgruppenleiter der Vaterländischen Front,¹³⁴¹ damals krankheitshalber für 1/2 Jahr beurlaubt, wurde nicht mehr in den Dienst übernommen, sondern in Pension geschickt.¹³⁴²

1340 Vgl. Bertsch, Mädchen, S. 135-136.

1341 Zur Vaterländischen Front vgl. Darstellung Kapitel 1.10 und Anm. 779.

1342 Gunz war bereits vor März 1938 krankheitshalber beurlaubt. Er wurde mit 1. Mai 1939 nach § 6 BBV „im Interesse des Dienstes“ in den Ruhestand versetzt (VLA: LSR Personalakt). Vom 11. November 1939 bis 21. Jänner 1940 war Gunz wegen „Verdacht des Landesverrats“ im Polizeigefängnis Innsbruck inhaftiert (Lexikon Verfolgung und Widerstand, S. 297).

- c) Professor Dr. Anton Methlagl: ehemals ÖJV-Führer,¹³⁴³ wurde strafweise nach Bregenz versetzt, mit der ausdrücklichen Bestimmung, auch die Wohnung sofort in den neuen Dienstort zu verlegen. (Sommer 1938)¹³⁴⁴
- d) Professor Dr. Karl Schmidler: ehemals ÖJV-Führer, wurde strafweise von Bregenz hierher versetzt, ebenfalls mit Familienübersiedlungszwang. Übersiedlungsgebühr wurde nicht bezahlt. (Landesschulrat für Vorarlberg vom 26.9.1938, Zahl 1624/2). Gleichzeitig erhielt er eine Umgangsvorschrift „Diese neue Stelle kann er nur behalten, wenn er sich bewährt und keinen separatistischen Umgang pflegt“. (Sommer 1938)
- e) Zitierung und Verwarnung von einigen Professoren wegen Teilnahme an der Fidelisprozession im April 1938.¹³⁴⁵
- f) Alle Professoren: Beitrittszwang zur NSDAP („Grundvoraussetzung für den Lehrberuf“, wurde vom Landesschulinspektor Dr. Baldauf für einen bestimmten Termin von allen Lehrern verlangt).
NSLB-Zwang (war für alle Lehrer verbindlich, Beitrag wurde von amtswegen einbehalten).
NSV-Zwang (Nach einem Schreiben der Ortsgruppe Feldkirch-Mitte vom 5.7.1940 an Frau Schmidler¹³⁴⁶ war ein Austritt aus der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt praktisch nicht möglich.)¹³⁴⁷
Versammlungsbesuchszwang durch jedesmalige Abgabe einer Besuchsbestätigung mit eigenhändiger Unterschrift.

1343 Das „Österreichische Jungvolk“ (ÖJV) war eine Unterorganisation („Werk“) der „Vaterländischen Front“. Eine gesetzliche Grundlage bot das Bundesgesetz über die vaterländische Erziehung der Jugend außerhalb der Schule vom 28.08.1936 (BGBl. Nr. 293/1936, 453/1936). Das Ziel war die Sammlung aller Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr in einer monopolisierten „Staatsjugend“, vergleichbar der Hitlerjugend im Deutschen Reich. Das scheiterte aber allein schon am erfolgreichen Widerstand der katholischen Kirche und der katholischen Jugendorganisationen („Konkordatsjugend“). Vgl. Bärnthaler, Vaterländische Front, S. 172-177; zu Vorarlberg: Kemmerling-Unterthurner, Jugendbewegung, S. 44-48.

1344 Vgl. Methlagl, Zufälle, S. 111-115 und Q 50.

1345 Die Prozession zur Verehrung des Kapuzinermärtyrers Fidelis von Sigmaringen wurde seit dem 18. Jahrhundert am Sonntag nach dem 24. April begangen. Höhepunkt war die Segnung mit dem Fidelishaupt (Reliquie). 1940 musste der Landrat die Prozession nach Intervention lokaler Parteigrößen in Innsbruck verbieten (Wanner, Kirche, S. 183). Die Prozession fand letztmals 1968 statt. Seither wird der Fidelissonntag mit einer Festmesse im Dom begangen.

1346 Maria Schmidler, Frau des Karl Schmidler.

1347 Vgl. Anm. 1348.

Sammlungszwang (Pflichteinreihung unter die Sammlung etc.)¹³⁴⁸

Bespitzelung des gesamten Lehrkörpers (dienstlich und privat).

g) Professor Dr. Rudolf Wittwer: Religionslehrer an der Anstalt, ab Weihnachten 1940 krankheitshalber beurlaubt, wurde im März 1941 in den Wartestand versetzt, aus dem er nicht mehr in den Dienst zurückkehrte.¹³⁴⁹ Der Religions- („Konfessions“) Unterricht wurde nach 1938 zuerst zum Freigegegenstand erklärt, dann durften die Stunden nur noch als letzte Unterrichtsstunden angesetzt werden und schliesslich mussten sie, getrennt vom Vormittagsunterricht, am Nachmittag angesetzt werden.¹³⁵⁰

h) Professor Dr. Bruno Schnitzer: seit 1934 als Hilfslehrer im Dienst, erhielt infolge Meldung der Ortsgruppe Feldkirch-Süd der NSDAP an seine Dienstbehörde „Er wäre zu wenig gebefreudigt“, nicht im Jahre 1938, sondern als einziger erst mit Datum vom 29.3.1941 das Überleitungsdekret (Ernennungsdekret zum Studienassessor).

i) Die Professoren Dr. Karl Schmidler, Bruno Schnitzer und Ernst Albert Rauch erhielten, obwohl dienstaltermässig schon mit 1.1.1939 zur Ernennung zum Studienrat heranstehend, diese erst im Laufe des Jahres 1942, als alle 3 bereits längst bei der Wehrmacht waren.

k) Studienrat Dr. Guido Burtscher: am 15.11.1943 strafversetzt nach Dornbirn (Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg vom 15.11.43, Zahl II-202-00/94, wegen einer Flugzettelanlage und wegen Schlichtungsversuches von Streitigkeiten zwischen politisch verschieden eingestellten Schülern als Klassenvorstand der 5.-b Klasse, in welcher

l) vier Schüler im Herbst 1943 ausgeschlossen wurden und zwar:

Schlüter Axel am 27.10.43 strafweise aus der Anstalt entlassen wegen Verbreitung feindlicher Flugzettel in der Klasse,

Mähr Gert, Ess Erich, Tiefenthaler Otmar am 26.11.1943 wegen eines politischen Disziplinarfalles (bei einer HJ-Inspektion haben sich Genannte sehr despektierlich

1348 Schneider, ABC, S. 135, 1943 zum Stichwort „Opferbereitschaft“: „Der B[eamte] muß bereit sein, für sein Vaterland und sein deutsches Volk Opfer zu bringen. Er muß, was ganz selbstverständlich ist, nicht nur Mitglied der NSV sein, sondern er muß sich auch in dieser vom Führer geschaffenen Einrichtung aktiv betätigen; vor allem muß er sich auch besonders an dem Winterhilfswerk, der Eintopfspende und den übrigen Sammlungen opferfreudig beteiligen und in dieser Beziehung allen anderen Volksgenossen ein gutes Beispiel geben. Ebenso muß er an dazu bestimmten Tagen selbst auf der Straße sammeln.“ – Zu den Sammlungszwängen vgl. Kreissler, Der Österreicher, S. 197-200; zu NSV und Winterhilfswerk vgl. Anm. 571.

1349 Beamte auf Lebenszeit oder auf Zeit konnten aus verwaltungstechnischen oder (in hohen Rängen) aus politischen Gründen in den „Wartestand“ versetzt werden. Sie wurden damit zu Beamten ohne Amt. Jedenfalls nach fünfjähriger Wartezeit musste der Beamte in den Ruhestand versetzt werden (Schneider, ABC, S. 209-210).

1350 Zur Beschränkung des Religionsunterrichts vgl. Anm. 727.

benommen) aus den höheren Schulen des Gaues Tirol-Vorarlberg ausgeschlossen.¹³⁵¹ Gleichzeitig wurde angedroht, 3 weitere Schüler als Cumulativstrafe zu entlassen und Gauleiter

m) Hofer war im Begriffe, die ganze Anstalt aufzulösen und die Lehrer nach Osten zu versetzen.

n) Studienrat Protas Heinrich: wurde gezwungen, die Dirigentenstelle am Kirchenchor in Feldkirch im Winter 1943 wieder aufzugeben, die er nach Einberufung des Chorregenten im Jahre 1942 übernommen hatte, mit dem Bemerkten, dass ein Mitwirken an konfessionellen Veranstaltungen für Staatsbeamte verboten sei.

Kapitel 3: Österreich im Kriege.

Stärkste Herabwürdigung der Schule zu einem Sammelinstitut (Geldsammlung, Kräutersammlung, Lumpensammlung etc. etc.). Verstärkte Heranziehung der Schüler in zur Pflicht gemachten Diensten für HJ etc.

Ab 1942 Einziehung der restlichen jüngeren Lehrer der Anstalt, welche alle einzeln weit zerstreut in den verschiedensten Einheiten der Wehrmacht verwendet wurden, meist als einzige Österreicher unter nur Reichsdeutschen.

Das Schulgebäude fand anfangs 1945 Verwendung als deutsches Lazarett. Sämtliche Einrichtungsgegenstände wie Tische, Kästen und Schulbänke, insbesondere aber die Schulsammlungen haben schweren Schaden gelitten. Obwohl die Sammlungen in gesondert abgeschlossenen Räumen untergebracht waren, wurde alles, was irgendwie einen Wert darstellte, wie Messgeräte, optische Linsen aus Geräten, Radioröhren usw. systematisch aus den Geräten gestohlen, wobei die Geräte oft mit Brachialgewalt zerlegt wurden.

1351 Über Feldkirch wurden englische Flugzettel abgeworfen, die die Fünftklässler im Pausenhof auf sammelten. Ihr neuer Schulkamerad Axel Schlüter, ein Bombenflüchtling aus Köln, kannte dieses Phänomen und kommentierte es entsprechend. Nach einiger Zeit kam der NSDAP-Kreisamtsleiter in die Klasse und hielt den Schülern eine Standpauke über das „Verbrechen“, die Flugzettel nicht ungelesen vernichtet zu haben. Gert Mähr und Othmar Tiefenthaler verhielten sich „respektlos“. Für den Sohn des Landrats, der als Anstifter dieser Aktion galt, setzte es Klassenprügel. Erich Ess aus der Parallelklasse schimpfte ihn als „Badoglio“. Alle vier Schüler wurden der Schule verwiesen, Mähr, Tiefenthaler und Ess mit Studienverbot im Reichsgau Tirol und Vorarlberg belegt. Ess durfte allerdings doch in der „Realschule“ Dornbirn weiterstudieren, Tiefenthaler in München. Mähr genoss heimlich Privatunterricht von Jesuiten und Professor Protas Heinrich und machte 1945 die Aufnahmeprüfung in die siebte Klasse. Vgl. Mähr, Schulzeit; Walser, Schülerschicksale, S. 146 (hier irrtümlich Dr. Eugen Burtscher).

Kapitel 4: Gestapo und politischer Terror über Österreich.

Im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944¹³⁵² wurde Professor Dr. Karl Schmidler am 22.7.44 verhaftet (Haftbestätigung der Haftanstalt Feldkirch: daselbst in Haft vom 27.7.44 – 3.8.44). Er wurde am 3.8.44 dem Divisionsgericht 188 in Innsbruck überstellt und vor das Reichskriegsgericht unter der Anklage von Hochverrat (Führer einer staatsfeindlichen Geheimorganisation) gestellt. Die Einstellung der Strafsache erfolgte am 1. Oktober 44 (Oberreichskriegsanwalt Stpl (RKA) II 384/44 Torgau/Elbe von Zietenkaserne vom 1.10.44).

Kapitel 5: Die österreichische Widerstandsbewegung.

Da über 90 % der Lehrerschaft und der Schüler dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden: überall passiver Widerstand, Sabotierung der Befehle und Weisungen, Bildung von Gesinnungsgruppen, die trotz stärkster Bespitzelung eisern zusammenhielten. Abhaltung von Sitzungen, Stärkung des Widerstandsgedankens. Häufige Zusammenkünfte 8 – 10 betont österreichisch gesinnten Professoren, ab 1942 infolge Einberufung nur mehr 4 – 5.

Professor Schmidler wird Mitbegründer der Vorarlberger Widerstandsbewegung, wird im Lazarett II und III in Feldkirch Leiter der Widerstandsbewegung,¹³⁵³ organisiert Gruppen bewaffnet mit Maschinengewehren, Karabinern und Pistolen, hilft „Untergetauchten“, versteckt und verpflegt sie und hilft ihnen über die Grenze.

1352 Fehlgeschlagenes Attentat auf Hitler.

1353 Das Zentrum der militärischen Widerstandsgruppe, die sich 1944 bildete und von Schmidler geführt wurde, war das Lazarett II (Stella Matutina), in dem 2.500 Soldaten, darunter 250 SS-Männer, untergebracht waren. Vgl. Schelling, Festung Vorarlberg, S. 146-149 u. 159; Volaucnik, Feldkirch, S. 162.

**Q 53 Bericht der Städtischen kaufmännischen Wirtschaftsschule
Feldkirch (ehemaliges Privatlehrerseminar Feldkirch)**

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 8

Typoskript, 2 Seiten, Originalunterschrift.

Seit 1888 führten die Christlichen Schulbrüder ein Privatlehrerseminar in Feldkirch-Tisis, dem unter anderem seit 1899 eine private Handelsschule angegliedert war.¹³⁵⁴ 1934 wurde sie in den neuen Schultyp einer „Kaufmännischen Wirtschaftsschule“ umgewandelt. Am 3. Oktober 1938 erfolgte an Stelle des katholischen Lehrerseminars die feierliche Eröffnung einer staatlichen Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt in nationalsozialistischem Geist. Die Kaufmännische Wirtschaftsschule der Schulbrüder für Knaben und die 1902 begründete Handelsschule für Mädchen der, von den Nationalsozialisten vertriebenen, Kreuzschwestern wurden der Stadt Feldkirch überantwortet und im Institut St. Josef als Städtische Wirtschaftsschule für Knaben und Mädchen zusammengelegt. 1945/46 baute die Stadt die Wirtschaftsschule wieder auf. Die Kreuzschwestern übernahmen 1946 ihre Handelsschule wieder, während die ehemalige Wirtschaftsschule der Schulbrüder vorerst von der Stadt weitergeführt werden musste, ab 1952 wieder als „Städtische Handelsschule“, bis sie 1969 der Bund übernahm und gleichzeitig eine Handelsakademie errichtete. Josef Ebert (Frater Prosper) war Turnlehrer in den Schulen der Schulbrüder. Er unterrichtete 1939/40 noch an der staatlichen Lehrerbildungsanstalt und 1938 bis 1948 an der Städtischen Kaufmännischen Wirtschaftsschule. Er berichtet eigentlich nichts über die Kaufmännische Wirtschaftsschule, sondern gibt die Auskünfte von Anton Rohrmus (Bruder Petronius FSC) wieder, der bis 1938 als Direktor des Lehrerseminars auch die Wirtschaftsschule der Schulbrüder geleitet hatte.

An die Leitung
der Presse- und Rundfunkstelle
zu Handen Herrn
Josef Kegele
Bregenz
Montfortstraße 12¹³⁵⁵

1354 Sandholzer, Handelsschule; Salchegger/Xander, Handelsschule, S. 35-85.

1355 Neben der Unterschrift Eingangsstempel: Präsidium / Presse- und Rundfunkstelle / eing. am 27.4.46, Zl. 86/3 Anl. 3.

Betrifft: Erlaß der Landeshauptmannschaft Zahl 86/2, 86/3, 86/4

Die Leitung der Städtischen, Kaufmännischen Wirtschaftsschule Feldkirch, Herr Direktor, Professor Dr. [Josef] Holzer,¹³⁵⁶ übergab mir heute die eben angeführten Erlässe der Landesregierung, mit dem Ersuchen diese nach Tunlichkeit zu erledigen. Als wesentlichen Punkt muß ich gleich voraus erwähnen, daß die im Augenblick als selbständig geführte, Städtische kaufmännische Wirtschaftsschule ein „abgetrennter“ Zweig (Abteilung) der bis 1938 von den Schulbrüdern geführten Katholischen Privatlehrerbildungsanstalt Feldkirch ist.

Zu Kapitel 2 und 3

Mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus im März 1938 in Österreich, wurde die Privatlehrerbildungsanstalt der Schulbrüder verstaatlicht, bzw. den Schulbrüdern jede unterrichtliche und erziehende Tätigkeit verboten und unmöglich gemacht. Durch die Aufnahme von Lehreranwärterinnen mit Schülerheim, wurden die bis dahin von den Schulbrüdern geführten anderen Abteilungen, wie Handelsschule, Haupt- und Volksschule abgetrennt, nach auswärts verlegt. Die kaufmännische Wirtschaftsschule wurde als Städtische, kaufmännische Wirtschaftsschule mit neu erstelltem Lehrkörper unter eigener Direktion im „Josefshaus“ der Schwestern am Ardetzenberg weitergeführt.¹³⁵⁷ Mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus nahmen die Kreuzschwestern den Schulbetrieb selbst wieder auf und die Wirtschaftsschule wurde im „Xaveriushaus“ in Feldkirch untergebracht.¹³⁵⁸

Amtliche und Parteiamtliche Erlässe bzw. statistische Daten, etc. über diese „Gewaltmaßnahmen“ kann ich keine anführen, wohl aber dürften solche bei der jetzigen Direktion der Staatlichen Lehrerbildungsanstalt im Gebäude der „Stella Matutina“ möglicherweise vorliegen.¹³⁵⁹ Bemerken möchte ich hier den Umstand, dass auch

1356 Der Altphilologe Josef Holzer leitete 1945/46 provisorisch die Kaufmännische Wirtschaftsschule (Walser, Holzer).

1357 Die Kreuzschwestern wurden im Oktober 1938 gezwungen, ihr Haus zu räumen (Wanner, Kirche, S. 77-80).

1358 Das „Xaveriushaus“ war ein 1919 gegründetes Studentenkonvikt der Missionare vom kostbaren Blut zur Heranbildung von Kandidaten ihrer Ordensgemeinschaft, das 1938 ebenfalls zwangsweise aufgelöst wurde.

1359 Das 1856 gegründete Jesuitenkolleg „Stella Matutina“ mit seinem berühmten Privatgymnasium wurde 1938 ebenfalls zwangsweise aufgelöst. Die Lehrerbildungsanstalt blieb noch bis 1953 im neuen Flügel der Stella Matutina links der III untergebracht.

der langjährige Leiter und Direktor Regierungsrat A[nton] Rohrmus von der Privatlehrerbildungsanstalt der Schulbrüder zur Zeit an der Staatlichen Schule mitarbeitet. Von ihm habe ich folgende Angaben erbeten, die ich im Wortlaut hier anfüge:

Privatlehrerbildungsanstalt Feldkirch.

Die Anstalt wurde im Jahre 1888 als Privatlehrerseminar gegründet. Im Schuljahre 1937/38 umfaßte sie 3 Jahrgänge des Lehrerseminars, 1 Jahrgang der Lehrerakademie, ferner eine zweiklassige kaufmännische Wirtschaftsschule (beide Klassen parallel), eine vierklassige Haupt- und eine dreiklassige Volksschule. Alle Abteilungen besaßen das Öffentlichkeitsrecht. Die Schülerzahl überstieg 400, etwas über die Hälfte waren interne Schüler.

Im Juli 1938 wurde der Anstalt zunächst das Öffentlichkeitsrecht entzogen und zwar von der Landesregierung, die es nicht verliehen hatte.¹³⁶⁰ Der Rekurs gegen die Maßnahme wurde von derselben Instanz abgewiesen. Die Leitung des Seminars versuchte nun, den Betrieb ohne Öffentlichkeitsrecht als Privatschule weiterzuführen. Durch die Inanspruchnahme eines Großteiles der Schulräumlichkeiten für zu errichtende staatliche Anstalten wurde dieser Versuch seitens des damaligen Landeschulrates vereitelt. So blieb der Kongregation der Schulbrüder, die durch 50 Jahre die Anstalt geleitet hatte, nichts übrig, als die weitere Schul- und Erziehungstätigkeit einzustellen.

Die Mehrzahl der an der Anstalt tätigen Lehrer und Erzieher verließ Feldkirch und begab sich zum Teil zu weiterer unterrichtlicher Tätigkeit ins Ausland. Eine kleine Gruppe blieb zur Wahrung ihrer Besitzrechte zurück und bewohnte den 1935/36 errichteten Neubau.

Im August 1939 wurde der Kongregation auch das Benützungsrecht für diesen Anbau abgesprochen und die Mitglieder verhalten, bis zum 31. August 1939 unter Mitnahme des persönlichen Eigentums den Gebäudeteil zu räumen.

Die gesamte Inneneinrichtung des Gebäudes, soweit sie für Schul- und Internatszwecke erforderlich war, mußte zurückgelassen werden, darunter alle Lehrmittel, die große Bücherei, etc. die die Kongregation im Laufe von 50 Jahren gesammelt hatte. Das Kuratorium der Anstalt wurde als aufgelöst erklärt, damit wurden die finanziellen Forderungen der Kongregation an das Kuratorium für den Fall früherer Vertragsbeendigung hinfällig. - -

Soweit der Bericht des Herrn Direktor Regierungsrat Rohrmus.

1360 Q 48, Anhang.

Sollten Sie noch weitere Einzelheiten hierüber wünschen, so steht Ihnen der Herr Regierungsrat sicher zur Verfügung und dürfte der geeignete Mann dafür sein, da er ja persönlich alles mitgemacht hat und bis zur Enteignung der Anstalt durch 25 Jahre Leiter und Direktor derselben war.

Kaufmännische Wirtschaftsschule Feldkirch, im Auftrage des Herrn
Direktors

in Vertretung gezeichnet

J. Ebert

(J. Ebert, Fachlehrer)

**Q 54 Bericht des Alt-Landeshauptmanns und Alt-Bundeskanzlers
Dr. Otto Ender**

ÖStA/AdR: BPD Rot-Weiß-Rot-Buch, K. 5: Mappe VIII Vorarlberg, V 32

Manuskript, 1 Seite, Originalunterschrift.

Otto Ender (CSP) war von 1918 bis 1930 und von 1931 bis 1938 Landeshauptmann von Vorarlberg, 1930 bis 1931 Bundeskanzler und 1933 bis 1934 als Bundesminister im Kanzleramt mit der Verfassungs- und Verwaltungsreform betraut. Unter seiner Ägide wurde die autoritäre „Maiverfassung“ von 1934 ausgearbeitet, auf deren demokratische Weiterentwicklung er gehofft haben mag. 1934 bis 1938 war Ender Präsident des Rechnungshofes. Am 11. März 1938 ersuchte ihn Bundespräsident Wilhelm Miklas, als Bundeskanzler die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Doch Ender lehnte ab.

Otto Ender zählte zum Stab der Vorarlberger Rotbuch-Mitarbeiter. Im Folgenden schildert er sein eigenes Schicksal von 1938 bis 1945 in groben Zügen. Im Mai 1947 sagte er als Zeuge im Aufsehen erregenden Hochverratsprozess gegen Guido Schmidt über seine Erlebnisse und Erinnerungen im März 1938 aus.¹³⁶¹

In der Zeit der Besetzung Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland war ich Präsident des österreichischen Rechnungshofes. Am 26. März 1938 machte ich einen Besuch in Bregenz. Hier wurde ich verhaftet und bis Mitte Juni im Gerichtsgefängnis festgehalten.¹³⁶² Ich wurde wiederholt von der Gestapo verhört und über alles Mögliche befragt, nie aber wurde mir etwas vorgehalten, was ich verbrochen haben sollte. Als ich einen diesbezüglichen Vorhalt machte, bekam ich vom Gestapobeamten den Bescheid, ich hätte eine falsche Auffassung, ich sei nicht in Strafuntersuchung, sondern in Schutzhaft.¹³⁶³

Mitte Juni 1938 wurde ich nach Innsbruck transportiert ins Polizeigefängnis, wo ich bis Mitte September 1938 in Haft blieb. Dann wurde ich nach Wien transportiert, wo man mir bei der Gestapo erklärte, ich werde frei gelassen, wenn ich mich verpflichte, den Wohnsitz in Wien zu behalten, den Gau Tirol-Vorarlberg nie zu

1361 Hochverratsprozeß Schmidt, S. 112-115; Vgl. Huebmer, Otto Ender, S. 200-202.

1362 Otto Ender wurde am 25. März 1938 verhaftet und wurde über Feldkirch nach Innsbruck transportiert (Lexikon Widerstand und Verfolgung, S. 284; Pichler, Verfolgung, S. 72; Nachbaur, Als der Zug, S. 285). Zum Folgenden vgl. Huebmer, Otto Ender, S. 202-207.

1363 Zur Schutzhaft vgl. Anm. 662 und 663.

betreten,¹³⁶⁴ und weder in Wort noch Schrift mich gegen den Nationalsozialismus zu betätigen.¹³⁶⁵ Auf diese Bedingungen mußte ich mich wohl oder übel einlassen, da ich sonst Gefahr gelaufen wäre, vom Polizeigefängnis in Wien nach Dachau überstellt zu werden.¹³⁶⁶

Der Gau Tirol-Vorarlberg blieb mir verschlossen bis zur Befreiung Österreichs im Mai 1945.¹³⁶⁷

Wenige Tage vor meinem Abtransport nach Wien erhielt ich im Polizeigefängnis in Innsbruck ein Dekret des Herrn Seyß-Inquart, das mich von meinem Posten als Präsident des Rechnungshofes enthob.¹³⁶⁸ Es kam dann bald ein preußischer Beamter, der die Leitung des Rechnungshofes in Wien, nunmehr einer Außenstelle des Rechnungshofes von Potsdam, übernahm.¹³⁶⁹ Die Beamten des Rechnungshofes, von denen man annahm, daß sie nationalsozialistischen Auffassungen ablehnend seien, wurden teils entlassen oder pensioniert, oder nach Deutschland, das heißt ins Altreich,¹³⁷⁰ versetzt.

Bregenz, den 12.5.1946

Dr. Otto Ender,
*Alt-Bundeskanzler.*¹³⁷¹

1364 In den zeitgenössischen Quellen wie leider auch in der zeitgeschichtlichen Literatur wurde und wird selten zwischen dem staatlichen „Reichsgau Tirol und Vorarlberg“ und dem „Gau Tirol-Vorarlberg“ der NSDAP unterschieden. – Das vielfach ausgesprochene „Gauverbot“ bedeutete eine Verbannung.

1365 Die Erklärung ist abgedruckt in: Huebner, Otto Ender, S. 205-206.

1366 Gemeint ist das KZ Dachau.

1367 Allerdings konnte Ender 1944 aus gesundheitlichen Gründen nach Saalfelden (Salzburg) übersiedeln (Huebner, Otto Ender, S. 206). Es gab allerdings auch Spekulationen, Ender sei als Folge des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 nach Saalfelden verbracht worden (Nachbauer, Die Lage im Vorarlberg, S. 322). Ender kehrte am 4. Juli 1945 nach Bregenz zurück (ebenda, S. 322-323; Huebner, Otto Ender, S. 207).

1368 Arthur Seyß-Inquart leitete die österreichische Landesregierung.

1369 Der Rechnungshof des Deutschen Reiches (Reichsrechnungshof) war von 1871 bis 1945 in Potsdam (Preußen) eingerichtet. Mit 1. August 1939 wurden ihm die Aufgaben des „Rechnungshofes des Landes Österreich“ übertragen (RGBl. 1939 I S. 1441; GBlfÖ. Nr. 1045/1939).

1370 Als „Altreich“ wurde das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 bezeichnet.

1371 In Vorarlberg haben – wie in der Schweiz – die Bezeichnungen „Alt-Landeshauptmann“, „Alt-Landestathalter“, „Alt-Landesrat“, „Alt-Landtagspräsident“ usw. Tradition. Erst in jüngster Zeit ist im Protokoll der Landesregierung eine Austrifizierung in Richtung „Landeshauptmann a.D.“ usw. zu beobachten. – Nach dem Vorarlberger Vorbild verankerte Ender in der Bundesverfassung 1934 den Ehrentitel „Alt-Bundespräsident“ (BGBl. I Nr. 239/1934, Art. 74 Abs. 2). Ender, Verfassung, S. 15: „Es sei der Wunsch gestattet, daß wir uns daran gewöhnen, auch ‚Alt-Bundeskanzler‘ und ‚Alt-Bundesminister‘ zu titulieren. Es gehen in Wien zu viele ‚Bundeskanzler‘ und ‚Bundesminister‘ herum, die aus ihrem Amte schon mehr oder minder lang geschieden sind.“

**Q 55 Vorabdruck aus dem Rot-Weiß-Rot-Buch
im Vorarlberger Volksblatt vom 5. Dezember 1946**

Vorarlberger Volksblatt 05.12.1946, S. 1-2.

Am 5. Dezember 1946, einige Tage vor dem Erscheinen des Rot-Weiß-Rot-Buches, brachten die „Vorarlberger Nachrichten“¹³⁷² und das „Vorarlberger Volksblatt“ (ÖVP) beinahe wörtlich übereinstimmend einen Auszug aus der „Einleitung“, die der Dokumentation voran gestellt wurde.¹³⁷³ Bis auf den Schluss stimmen die beiden Texte weitgehend überein. Im Folgenden wird die Version des „Vorarlberger Volksblattes“ ediert, das sich an die Textfolge des Rot-Weiß-Rot-Buches hielt.

Das Rot-Weiß-Rot-Buch

In der Einleitung zum demnächst erscheinenden amtlichen Rot-Weiß-Rot-Buch ist der Anteil Österreichs am Kampfe gegen Hitler in beachtenswerter Klarheit und Präzision zusammengefaßt. Es heißt darin:

Als in den Morgenstunden des 12. März 1938 die deutsche Wehrmacht entlang der ganzen österreichisch-deutschen Grenze in Österreich einmarschierte und die Geschwader der deutschen Luftwaffe über das wehrlose Land donnerten, waren sich nur wenige dessen bewußt, daß Hitler damit seinen Krieg gegen Frieden und Freiheit der Welt eröffnet hatte. In treuer Erfüllung seiner europäischen Friedensfunktion hatte Österreich fünf Jahre lang dem übermächtigen Druck der nationalsozialistischen Aggression standgehalten. Ein unter den damals gegebenen Verhältnissen unvermeidlicher Fall war der Dambruch, durch den sich die Elemente der braunen Sintflut über ganz Europa ergießen sollten. Ihr erstes von der Welt im Stich gelassenes Opfer war Österreich.

Nicht oft läßt die Geschichte die Bedeutung eines Landes, die Sendung und Tragik seiner Bevölkerung so offenkundig werden wie in diesem Falle. Selten, vielleicht noch niemals war bis dahin ein europäischer Staat und jeder einzelne seiner Bewohner einer härteren Belastungs- und Bewährungsprobe ausgesetzt, als es hier geschah: Stand doch das wirtschaftlich schwache, an den ungelösten Problemen eines kaum überwundenen Weltkrieges schwer tragende Österreich jahrelang allein und unmittelbar einem Gegner gegenüber, den in der Folge eine ganze Welt in

1372 VN 05.12.1946, S. 1-2 (Rot-Weiß-Rot-Buch).

1373 Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 5-8.

Waffen nur unter ungeheuren Opfern und mit dem Einsatz aller ihrer Kräfte erst nach fast sechsjährigem Ringen zu bezwingen vermochte.

Mögen die Völker und Staatsmänner, deren historische Aufgabe es heute ist, den Frieden wiederherzustellen und zu sichern, dieser Tatsache eingedenk sein und Österreich und seinem Volk jene Gerechtigkeit widerfahren lassen, die immer noch die beste Grundlage des Friedens war.

Sinn und Aufgabe des Buches ist es nicht, einzelnen oder politischen Parteien und Gruppen, sondern dem österreichischen Volke zu Recht und Gerechtigkeit zu verhelfen, die eine der wichtigsten Voraussetzungen für die konstruktive Neugestaltung Europas bilden.

Zugegeben, daß die Politik Österreichs zwischen den beiden Kriegen gewiß nicht ohne Irrtümer und Fehler war. Wir wissen aber auch – und das hat die Geschichte erwiesen –, daß in der Zeit zwischen den beiden Kriegen ebenso wie in der großen Politik der Mächte schwerwiegende Irrtümer und Fehler begangen wurden. Wenn daher heute bei der Behandlung Österreichs die Frage seiner Mitverantwortung an der Entwicklung der letzten Jahre aufgeworfen wird, so müssen wir die Welt an die Parabel vom Splitter im Auge des Nächsten erinnern. Es wäre ungerecht, wollte man Schicksal und Haltung Österreichs in den Jahren der nationalsozialistischen Aggression und Okkupation etwa unter der Perspektive des persönlichen Verhaltens einzelner oder der Augenblicks-Suggestion weiterer Kreise beurteilen. Einer objektiven und sachlichen Beurteilung Österreichs in dieser Zeit werden vielmehr stets folgende historischen Tatsachen zugrundegelegt werden müssen:

1. Hitler bereitet vom Tage seiner Machtergreifung an ganz offenkundig und systematisch die Beseitigung der Friedensverträge und die Schaffung eines großdeutschen Reiches¹³⁷⁴ vor, als deren erste Etappe der sogenannte Anschluß Österreichs gefordert wird.
2. Obgleich die Mächte den etappenweisen Vorstößen Hitlers auf diesem Wege keinen praktischen Widerstand entgegensetzen, tritt Österreich in richtiger Erkenntnis der Situation den nationalsozialistischen Gleichschaltungs- und Anschlußbestrebungen vom ersten Tage an kompromißlos entgegen.
3. Trotz schwerer wirtschaftlicher Repressalien, die Hitler gegen das wirtschaftlich stark auf das Reich angewiesene Österreich ergreift, und trotz eines Propaganda- und Terrorfeldzuges von bisher nie dagewesenem Ausmaße, mit dem Hitler das Land zu zermürben und zu erschüttern versucht, hält Österreich stand und gelangt sogar zu einer fortschrittlichen Konsolidierung seiner wirtschaftlichen Lage.

1374 Zum Begriff „Großdeutsches Reich“ vgl. Anm. 1310.

4. In der Erkenntnis, auf diesem Wege in Österreich nicht zu seinem Ziele zu gelangen und im Bewußtsein seines inzwischen erreichten militärischen Vorsprunges gegenüber den anderen Mächten, benützte Hitler im März 1938 den Zustand allgemeiner Planlosigkeit und Verwirrung der europäischen Politik, um das widerstrebende Österreich unter erstmaligem Einsatz seiner neu geschaffenen Wehrmacht gewaltsam zu besetzen.

5. Die Okkupation Österreichs vollzieht sich, ohne daß von Seiten der Mächte Gegenmaßnahmen erfolgen. Dieses Verhalten der Mächte sowie der Umstand, daß Hitler sofort beim Einmarsch mit einem riesigen Apparat von SS und Gestapo die gesamte österreichische Regierungs-, Verwaltungs- und Exekutivgewalt lahmlegt (bereits in den ersten Okkupationstagen erfolgen über 7000 [sic]¹³⁷⁵ Verhaftungen), machen jeden militärischen und sonstigen Widerstand Österreichs gegen die Okkupation völlig unmöglich.

6. Während Hitler mit einem ungeheuren Aufwand an Propaganda und Täuschungsmanövern die vom jahrelangen, nunmehr als vergeblich erwiesenen, Widerstandskampfe ermüdeten Massen in einen Zustand der Verwirrung und des Taumels zu versetzen sucht, beginnt er sofort mit der politischen Zerschlagung und wirtschaftlichen Ausbeutung Österreichs, das er Schritt und Tritt in das Vorfeld seiner weiteren Aggressionspolitik umwandelt.

7. Trotz des scheinbaren wirtschaftlichen Aufschwunges, der sich infolge der bekannten nationalsozialistischen Wirtschaftsmethoden und Aufrüstungspolitik ergibt, und trotz des Terrors, der über dem Lande liegt, bleibt die Idee des Nationalsozialismus in Österreich weiterhin auf eine zahlenmäßig geringe Minderheit beschränkt und wächst der Geist des Widerstandes.

8. Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges ist die völlige politische und wirtschaftliche Entrechtung Österreichs bereits zur vollendeten Tatsache geworden. Das Land und sein Volk befinden sich unter einem Okkupationsregime, das sich im wesentlichen durch nichts von dem anderer inzwischen und nachher okkupierten Länder unterscheidet.

9. Der Kampf Österreichs gegen Hitler trat im Kriege in seine letzte Phase. Trotz ungeheurer Schwierigkeiten, die im Falle Österreichs unter anderen durch die Sprachgleichheit zwischen Okkupanten und Okkupierten besonders verschärft waren, wuchs das Netz der kleineren und größeren Widerstandsgruppen. Der passive Widerstand trat mit Fortschreiten des Krieges immer mehr in das Stadium des aktiven Widerstandes, wobei die nach oft jahrelangem Kerker- und KZ-Haft entlassenen österreichischen Patrioten führend tätig waren.

1375 VN wie Rot-Weiß-Rot-Buch: 70.000.

10. So wie die Welt sich in dem Kriege vorhergehenden Jahren von der Propaganda- und Lügenpolitik Hitlers täuschen ließ, so steht sie noch heute in der Beurteilung der österreichischen Frage vielfach unter dem Eindrucke der damaligen nationalsozialistischen Propaganda, die alles darauf anlegte, der Welt ein nationalsozialistisch gesinntes Österreich vorzutäuschen.

Österreich war niemals in der überwiegenden Mehrheit seiner Bevölkerung nationalsozialistisch. Gewiß gab es auch in Österreich weite Kreise, die den Verlockungen der nationalsozialistischen Propaganda und später dem Drucke der Okkupanten mehr oder weniger erlagen, aber niemals haben diese Kreise einen integrierenden Bestandteil der österreichischen Bevölkerung gebildet, sonst hätte Österreich nicht fünf Jahre lang dem Drucke und der Gewalt des Dritten Reiches standhalten können. Die Welt würde ihre Überzeugung von der Verlogenheit nationalsozialistischer Propaganda Lügen strafen, wenn sie heute noch nationalsozialistische Lügenpropaganda ihrer Beurteilung der österreichischen Verhältnisse zugrundelegen wollte. Die Okkupation Österreichs und ihre Folgen wurden sowohl vom österreichischen Staate als widerrechtlicher Gewaltakt abgelehnt, als auch von den Mächten in wiederholten offiziellen Denunziationen als solcher erklärt und ihre Beseitigung als Kriegsziel der Alliierten bezeichnet.

Es widerspricht somit den Grundsätzen der Logik und der Gerechtigkeit, den Anschluß Österreichs und seine Begleiterscheinungen, also einen gegen den Willen Österreichs und der Mächte gesetzten und von diesen als solchen erklärter Tatbestand, nach seiner Beseitigung zur Basis der politischen Behandlung Österreichs zu machen.

Abkürzungen

AA	Auswärtige Angelegenheiten
a.D.	außer Dienst
AdR	Archiv der Republik
APA	Austria Presse Agentur
AVLReg	Amt der Vorarlberger Landesregierung
BBV	Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums
betr.	betreffend
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BH	Bezirkshauptmannschaft
BKA	Bundeskanzleramt
Bp	Bauparzelle
BPD	Bundespressediens
CSP	Christlichsoziale Partei
DAF	Deutsche Arbeitsfront (der NSDAP angeschlossener Verband)
d.h.	das heißt
Dkfm.	Diplomkaufmann
e.V.	eingetragener Verein
Flak	Fliegerabwehrkanone(n)
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GBIffö.	Gesetzblatt für das Land Österreich
geb.	geboren/e/r
GendChronik	Gendarmeriechronik [Mikrofilm]
Gen.m.b.H.	Genossenschaft mit beschränkter Haftung
G[es]mbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gestapo	Geheime Staatspolizei
Gp	Grundparzelle
GP	Gesetzgebungsperiode
GP	Gendarmerieposten
HA	Handakten
HJ	Hitlerjugend
KdM	Kabinett des Ministers [= Außenministers]
k. k.	kaiserlich königlich
KSSVO	Kriegssonderstrafrechtsverordnung
KZ	Konzentrationslager
LG	Landesgericht

LGBl.	Landesgesetzblatt
LH	Landeshauptmann
Lp	Landespressestelle
LSR	Landesschulrat
MG	Maschinengewehr(e)
mj.	minderjährige(r)
m.p.	manu propria (lateinisch) = mit eigener Hand, eigenhändig
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NL	Nachlass
NR	Nationalrat
NS, ns	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch/e/r
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDÄB	Nationalsozialistischer Deutscher Ärztenbund (der NSDAP angeschlossener Verband)
NSFK	Nationalsozialistische Fliegerkorps
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund (der NSDAP angeschlossener Verband)
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps (der NSDAP angegliederte, paramilitärische Organisation)
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund (der NSDAP angeschlossener Verband)
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung (der NSDAP angeschlossener Verband)
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (der NSDAP angeschlossener Verband)
ÖJV	Österreichisches Jungvolk (Unterorganisation der Vaterländischen Front)
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PNV	Provisorische Nationalversammlung
Prs PR	Präsidium Presse- und Rundfunkstelle
reg.	registrierte
RAD	Reichsarbeitsdienst
RDB	Reichsbund der Deutschen Beamten (der NSDAP angeschlossener Verband)
RGBI.	Reichsgesetzblatt
R.K.	Römisch-Katholisch
RM	Reichsmark

RWRB	Rot-Weiß-Rot-Buch
SA	Sturmabteilung (der NSDAP angegliederte, paramilitärische Organisation)
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SID	Sicherheitsdirektion
SPÖ	Sozialistische (seit 1991 Sozialdemokratische) Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel (der NSDAP angegliederte, paramilitärische Organisation)
StenProt	Stenographische(s) Protokoll(e)
StGBI.	Staatsgesetzblatt
TZ	Tageszeitung
u.	und
u.a.	unter anderem, und andere
UN	Ulrich Nachbaur
US(A)	United States (of America)
VdU	Verband der Unabhängigen
verh.	verheiratete
VVB	Vorarlberger Volksblatt
vgl.	vergleiche
VF	Vaterländische Front
VLA	Vorarlberger Landesarchiv
VN	Vorarlberger Nachrichten
VTB	Vorarlberger Tagblatt
VVW	Vorarlberger Volkswille
WdU	Wahlpartei der Unabhängigen
WZ	Wiener Zeitung
Zl, Zhl	(Akten-, Einlauf-)Zahl

Literatur

(Darstellungen, Memoiren, gedruckte Quellen, unveröffentlichte Manuskripte)

- 100 Jahre Arbeitsinspektorat:** 100 Jahre Arbeitsinspektorat in Vorarlberg. (Bregenz 2004).
- 100 Jahre Handelskammer:** 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg. Feldkirch 1952.
- 4^e Division Marocaine:** Avec la 4^e Division Marocaine de Montagne. Mulhouse 1945.
- 50 Jahre VGKK:** 50 Jahre Vorarlberger Gebietskrankenkasse, red. von Bernd Stracke. Dornbirn 1998.
- 70 Jahre Harmoniemusik:** 70 Jahre Harmoniemusik Bartholomäberg. Bartholomäberg 1998.
- 700 Jahre Adelhausen:** 700 Jahre Adelhausen. 50 Jahre Marienberg. Bregenz 1954.
- Achrainer, Rezension Gruner:** Martin Achrainer über Gruner, Wolf: Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938-45. Innsbruck-Wien-München 2001, in: H-Soz-U-Kult 05.11.2001 (H-Net, Clio-online, Abfrage 02.02.2008).
- Achrainer, Standgerichte an der Heimatfront:** Martin Achrainer, „Standgerichte an der Heimatfront“: Die Sondergerichte in Tirol und Vorarlberg, in: Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit, hg. von Rolf Steininger/Sabine Pitscheider (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 19). Innsbruck u.a. 2002, S. 111-130.
- Adam, Nacht:** Walter Adam, Nacht über Deutschland. Erinnerungen an Dachau. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des Dritten Reiches. Aus dem literarischen Nachlaß. Wien 1947.
- Adamovich, Handbuch 6. Aufl.:** Ludwig Adamovich, Handbuch des österreichischen Verfassungsrechts, 6. Auflage, nach der von H[ans] Spanner bearbeiteten und ergänzten 5. Auflage neu bearbeitet von L[udwig] K[arl] Adamovich jr. (Rechts- und Staatswissenschaften 3). Wien/New York 1971.
- Adamovich, Verfassungsrecht 1947:** Ludwig Adamovich, Grundriß des österreichischen Verfassungsrechts (Rechts- und Staatswissenschaften 3). Wien ⁴1947.
- Adressbuch Dornbirn 1936, 1950, 1953:** Adreßbuch der Stadt Dornbirn 1936, 1950, 1953. Dornbirn o.J.
- Adressbuch Götzis, Rankweil 1932:** Adreß-Heft der Gemeinden Götzis, Rankweil, Altach, Sulz, Röthis, Weiler, Klaus, Koblach, Meiningen und Mäder. Nach dem Stande vom 1. Jänner 1932. Feldkirch o.J.
- Aerni/Agstner, Botschaft Bern:** Agathon Aerni/Rudolf Agstner, Von k.k. Gesandtschaft zur Österreichischen Botschaft. Festschrift 150 Jahre Österreichische Botschaft Bern. Österreich(-Ungarn) und seine diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörden in der Schweiz und Liechtenstein. Wien 2000.
- Albrich, Anmerkungen:** Thomas Albrich, Heiligt der Zweck die Mittel? Anmerkungen zu Robert Knights Auswahledition der Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1947 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, in: Innsbrucker Historische Studien 10/11 (1988), S. 407-411.
- Albrich, Holocaust:** Thomas Albrich, Holocaust und Schuldabwehr. Vom Judenmord zum kollektiven Opferstatus, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hg. von Rolf Steininger/Michael Gehler. Wien/Köln/Weimar 1997, S. 39-106.
- Albrich, Kinderheim:** Franz Albrich, Das Kinderheim Ebnit-Hackwald, in: 650 Jahre Walsersiedlung Ebnit, hg. von Werner Matt/Thomas Peter/Hanno Platzgummer (Dornbirner Schriften 28). Dornbirn 2001, S. 157-160.
- Albrich, Kontinuität:** Thomas Albrich, Zur Kontinuität eines Vorurteils. Die ostjüdischen Flüchtlinge in Vorarlberg nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung, hg. von Werner Dreier (Studien zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 4). Bregenz 1988, S. 250-286.
- Albrich, KZ der Gestapo:** Thomas Albrich, Ein KZ der Gestapo: Das Arbeitserziehungslager Reichenau in Innsbruck, in: Tirol zwischen Diktatur und Demokratie (1939-1950). Beiträge für Rolf Steininger zum 60. Geburtstag, hg. von Klaus Eisterer. Innsbruck 2002, S. 77-113.

- Albrich, Opfermythos:** Thomas Albrich, „Es gibt keine jüdische Frage“. Zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos, in: Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, hg. von Rolf Steininger unter Mitarbeit von Ingrid Böhler (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems 1). Wien/Köln/Weimar 1994, S. 147-166.
- Albrich, Zwischenstation:** Thomas Albrich, Zwischenstation im Dreiländereck. Jüdische DPs und Flüchtlinge nach 1945 in Hohenems und Bregenz, in: Displaced Persons. Jüdische Flüchtlinge nach 1945 in Hohenems und Bregenz. Innsbruck 1998.
- Albrich/Gisinger, Bombenkrieg:** Thomas Albrich/Arno Gisinger, Im Bombenkrieg. Tirol und Vorarlberg 1943-1945 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 8). Innsbruck 1992.
- Ammann, Befreiungsaktion:** Carl Ammann, Die Befreiungsaktion des Standschützen-Bataillons Feldkirch 1945, in: Vorarlberger Oberland 6 (1984) 1, S. 11-16.
- Amtskalender Tirol und Vorarlberg 1942/43:** Amtsverzeichnis für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg mit Geschäftsadressbuch 1942/43. München 1942.
- Ardelt, Adler:** Das „Problem“ Friedrich Adler, in: Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978, hg. von Helmut Konrad (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 9). Wien/München/Zürich 1978, S. 71-87.
- Aus dem Kulturleben:** Aus dem Kulturleben, in: Montfort 10 (1958) 1/2, S. 179-184.
- Bachmann, Feldkirch 1945:** Johann Bachmann, Wem ist es zu verdanken, daß Feldkirch 1945 nicht verteidigt wurde?, in: Vorarlberger Oberland 6 (1984) 1, S. 17-20.
- Bailer, Wiedergutmachung:** Brigitte Bailer, Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Wien 1993.
- Bailer/Neugebauer, Dreißig Jahre DÖW:** Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, Dreißig Jahre Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (1963-1993), in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes Jahrbuch 1993, red. von Siegwald Ganglmair. Wien 1993, S. 6-34.
- Bailer-Galanda/Garscha, Entnazifizierung:** Brigitte Bailer-Galanda/Winfried Garscha, Der österreichische Staatsvertrag und die Entnazifizierung, in: Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, hg. von Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Archiv für österreichische Geschichte 140). Wien 2005, S. 629-654.
- Bärnthaler, Vaterländische Front:** Irmgard Bärnthaler, Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation. Wien/Frankfurt am Main/Zürich 1971.
- Bauer, Werkausgabe 9:** Otto Bauer, Werkausgabe, Bd. 9. Wien 1980.
- Becker, Freiheitskampf:** Hans Becker, Österreichs Freiheitskampf. Wien 1946.
- Beer, ÖsterreicherInnen:** Siegfried Beer, ÖsterreicherInnen in den westlichen Armeen und Geheimdiensten, in: Widerstand in Österreich 1938-1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, hg. von Stefan Karner/Karl Duffek (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 7). Graz/Wien 2007, S. 213-226.
- Beimrohr, Gegnerbekämpfung:** Wilfried Beimrohr, „Gegnerbekämpfung“ – Die Staatspolizeistelle Innsbruck der Gestapo, in: Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit, hg. von Rolf Steininger/Sabine Pitscheider (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 19). Innsbruck u.a. 2002, S. 131-150.
- Beimrohr, Gestapo in Tirol und Vorarlberg:** Wilfried Beimrohr, Die Gestapo in Tirol und Vorarlberg, in: Tiroler Heimat 64 (2000), S. 183-236.
- Beiträge zur Julirevolte:** Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte, hg. auf Grund amtlicher Quellen vom Bundeskommissariat für Heimatdienst. Wien 1934.
- Benedikt, Republik Österreich:** Geschichte der Republik Österreich, hg. von Heinrich Benedikt. München 1954.
- Benzer/Lingenhöle, Dichtung:** Dichtung aus Vorarlberg. Eine Sammlung der Gegenwart, hg. von Arnulf Benzer/Walter Lingenhöle (Vorarlberger Schrifttum 9). Bregenz 1964.

- Berchtold, Parteiprogramme:** Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, hg. und eingeleitet von Klaus Berchtold. München 1967.
- Bertsch, Mädchen:** Siegfried Bertsch, Mädchen am Feldkircher Gymnasium, in: Festschrift 350 Jahre Gymnasium Feldkirch, hg. von Harald Walser. Feldkirch 1999, S. 127-140.
- Béthouart, Schlacht:** [Marie-Émile] Béthouart, Die Schlacht um Österreich. Wien 1967.
- Bezemek/Klambauer, USIA-Betriebe:** Ernst Bezemek/Otto Klambauer, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte, Organisation, Dokumentation (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 5). Wien 1983.
- Binder, Alte Träume:** Dieter A. Binder, Alte Träume und neue Methoden. Das deutsch-österreichische Verhältnis als Produkt aggressiven Revisionismus von 1933 bis 1938, in: Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Michael Gehler u.a. (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beihefte 15). Stuttgart 1996, S. 496-512.
- Binder, Ständestaat:** Dieter A. Binder, Der „christliche Ständestaat“ Österreich 1934-1938, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hg. von Rolf Steininger/Michael Gehler. Wien/Köln/Weimar 1997, S. 203-256.
- Bischof, Austria:** Günter Bischof, Austria in the First Cold War, 1945-55. The Leverage of the Weak (Cold War History Series). Basingstoke 1999.
- Bischof, Instrumentalisierung:** Günter Bischof, Die Instrumentalisierung der Moskauer Erklärung nach dem 2. Weltkrieg, in: Zeitgeschichte 20 (1993) 11/12, S. 345-366.
- Bischof, Opferideologie:** Günter Bischof, Sind wir Opfer einer Opferideologie?, in: Die Furche 11/1993 18.03.1993, S. 22.
- Bischof, Planung:** Günter Bischof, Die Planung der Alliierten 1940-1945, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hg. von Rolf Steininger/Michael Gehler. Wien/Köln/Weimar 1997, S. 107-146.
- Bischof, Verbündeter:** Günter Bischof, Österreich – ein „geheimer Verbündeter“ des Westens?, in: Österreich und die europäische Integration 1945-1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung (Historische Forschungen: Veröffentlichungen 1), hg. von Michael Gehler/Rolf Steininger. Wien/Köln/Weimar 1993.
- Blumauer-Montenave, Buch:** Liselotte Blumauer-Montenave, in Buch bei Bregenz im Jahre 1945/46. Aus dem Tagebuch eines Wiener Flüchtlings in Vorarlberg. Wien 1993.
- Böhler, Dornbirn:** Ingrid Böhler, Dornbirn in Kriegen und Krisen 1914-1945 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 23). Innsbruck/Wien/Bozen 2005.
- Böhler, Seelsorger:** Hermann Böhler, Die Seelsorger in Doren, in: Dorener Kirchenbuch. Doren 2003, S. 126-132.
- Böhler, Zeitreise:** Hermann Böhler, Zeitreise mit dem Dorfarchiv, in: 's Dorer Blättle (2006) 2, S. 2-3.
- Böhler-Wüstner, Vorarlberger Lesebuch:** Claudia Böhler-Wüstner, Das Vorarlberger Lesebuch in der Zeit des Austrofaschismus, in: Montfort 48 (1996) 2, S. 145-169.
- Bollmus, Kalkuliertes Risiko:** Reinhard Bollmus, Ein kalkuliertes Risiko? Großbritannien, die USA und das „Deutsche Eigentum“ auf der Konferenz von Potsdam, in: Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949, hg. von Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4). Innsbruck 1988, S. 107-126.
- Bösch, Geschichten:** Adolf Bösch, Geschichten aus dem alten Lustenau (Lustenau und seine Geschichte 4). Lustenau 1996.
- Botz, Nachhall:** Gerald Botz, Nachhall und Modifikationen (1994-2007): Rückblick auf die Waldheim-Kontroversen und deren Folgen, in: Kontroversen um die österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, hg. von Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 13). Frankfurt/New York² 2008, S. 574-635.

- Botz, Resistenz:** Gerhard Botz, „Resistenz“ als Widerstand gegen Diktatur. Referat auf dem Symposium der Landesverteidigungsakademie, Wien 30.11.2004 (www.lbihs.at/GBResistenz-pdf, Abfrage 10.07.2008).
- Botz/Sprengnagel, Kontroversen:** Kontroversen um die österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, hg. von Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 13). Frankfurt/New York ²2008.
- Brändle, Sozialdemokraten:** Hermann Brändle, Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten 1933-1938, in: Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5). Bregenz 1985, S. 29-43.
- Brazda/Todev/Schediwy, Konsumgenossenschaften:** Johann Brazda/Todev/Robert Schediwy, Zur Geschichte der bürgerlichen Konsumgenossenschaften und des Allgemeinen Verbandes in Österreich (Schulze-Delitzsch-Schriftenreihe 16). Wien 1996.
- Brix, Österreichische Identität:** Emil Brix, Zur Frage der österreichischen Identität am Beginn der Zweiten Republik, in: Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949, hg. von Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4). Innsbruck 1988, S. 93-104.
- Broszat/Fröhlich, Alltag und Widerstand:** Martin Broszat/Elke Fröhlich, Alltag und Widerstand – Bayern im Nationalsozialismus. München/Zürich 1987.
- Bruckmüller, Nation Österreich:** Ernst Bruckmüller, Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse (Studien zu Politik und Verwaltung 4). Wien/Köln/Graz ²1996.
- Bruckmüller, Österreichbewusstsein:** Ernst Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, in: Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, hg. von Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Archiv für österreichische Geschichte 140). Wien 2005, S. 923-947.
- Bund der Reichsdeutschen 1919-1929:** Festschrift zur Feier des 10jährigen Bestandes des Bundes der Reichsdeutschen in Vorarlberg (= Nachrichtenblatt, Organ des Bundes der Reichsdeutschen in Vorarlberg und des Bundes der Reichsdeutschen in Tirol 6 (1929) 9). Bregenz 1929.
- Bund der Reichsdeutschen 1929-1936:** L., Der Bund der Reichsdeutschen in Vorarlberg in den Jahren 1929-1936, in: Nachrichtenblatt des Bundes der Reichsdeutschen in Vorarlberg und des Bundes der Reichsdeutschen in Tirol 13 (1936) 3, S. 5-6.
- Bundschuh/Pichler/Walser, Keine „Stunde Null“:** Werner Bundschuh/Meinrad Pichler/Harald Walser, Keine „Stunde Null“ und gute Startbedingungen: Vorarlberg im Befreiungsjahr 1945, in: Kultur 10 (1995) 3, S. 23-25.
- Bukey, Heimatfront:** Evan Burr Bukey, Die Heimatfront. Von der „Ostmark“ zu den „Alpen- und Donaugauen“ 1939-1945, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hg. von Rolf Steininger/Michael Gehler. Wien/Köln/Weimar 1997, S. 465-498.
- Bukey, Hitlers Österreich:** Evan Burr Bukey, Hitlers Österreich. „Eine Bewegung und ein Volk“. Hamburg/Wien 2000.
- Bußjäger, Gemeindebuch Nüziders:** Peter Bußjäger, Gemeindebuch Nüziders, unter Mitarbeit von Rafael Wolf/Otto Zech. Nüziders 1994.
- Christoforov, Dokumente:** Vasilij Christoforov, Zu den Dokumenten über die österreichische Widerstandsbewegung aus dem Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation, in: Widerstand in Österreich 1938-1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, hg. von Stefan Karner/Karl Duffek (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 7). Graz/Wien 2007, S. 195-200.
- Csáky, Dokumentation:** Eva-Marie Csáky, Der Weg zu Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945-1955. Wien 1980.

- Die Landesverteidigung:** Die Landesverteidigung. Zur Erinnerung an den Ausmarsch der Vorarlberger Standschützen vor 50 Jahren. Bregenz 1965.
- Diplomatische Aktenstücke I:** Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum Oesterreichisch-Ungarischen Rotbuch, I. Teil: 28. Juni bis 23. Juli 1914. Wien 1919.
- Dobler, Schulgeschichte:** Eugen Dobler, 300 Jahre Schulgeschichte Großes Walsertal. Blons 1992.
- Dockrill, Austria:** Saki Ruth Dockrill, Austria in Britain's Foreign Policy from the Second World War to 1955, in: Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, hg. von Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Archiv für österreichische Geschichte 140). Wien 2005, S. 249-264.
- Dokumente Länderkonferenzen 1945:** Leopold Kammerhofer, Dokumente zu den Länderkonferenzen 1945, in: Die Länderkonferenzen 1945. Dokumente und Materialien, red. von Willibald Rosner (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde, Sonderband 1995). Wien 1995.
- Dreier, Antisemitismus:** Werner Dreier, „Rücksichtslos und mit aller Kraft“. Antisemitismus in Vorarlberg 1880-1945, in: Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung, hg. von Werner Dreier (Studien zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 4). Bregenz 1988, S. 132-249.
- Dreier, Zwischen Kaiser und Führer:** Werner Dreier, Zwischen Kaiser und „Führer“. Vorarlberg im Umbruch 1918-1938 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 6). Bregenz 1986.
- Duizend-Jensen, Jüdische Gemeinden:** Shoshana Duizend-Jensen, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 21/2). Wien/München 2004.
- Ecker, Orientierung:** Irene Ecker, Orientierung in der Gegenwart – was bedeutet militärischer Widerstand heute?, in: Der letzte Kronzeuge Stauffenbergs. Carl Szokoll und die Zivilcourage, hg. von Barbara Dmytrasz/Friedrich Öhl. Wien 2005, S. 22-24.
- Egger, Ausgrenzen:** Gernot Egger, Ausgrenzen-Erfassen-Vernichten. Arme und „Irre“ in Vorarlberg (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 7). Bregenz 1990.
- Egger, Ins Freie?:** Gernot Egger, Ins Freie? Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933-1945, in: Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5). Bregenz 1985, S. 234-257.
- Egger, KPÖ:** Gernot Egger, Die KPÖ in Vorarlberg 1933-1938, in: Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5). Bregenz 1985, S. 44-68.
- Eisterer, Anfänge:** Klaus Eisterer, die Anfänge der französischen Besatzung in Westösterreich 1945, in: Aufbruch in eine neue Zeit. Vorarlberger Almanach zum Jubiläumsjahr 2005, hg. von Ulrich Nachbaur/Alois Niederstätter. Bregenz 2006, S. 279-288.
- Eisterer, Besatzung:** Klaus Eisterer, Österreich unter alliierter Besatzung 1945-1955, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hg. von Rolf Steininger/Michael Gehler. Wien/Köln/Weimar 1997, S. 147-216.
- Eisterer, Besatzungspolitik:** Klaus Eisterer, Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 9). Innsbruck 1992.
- Eisterer, De Gaulle:** Klaus Eisterer, De Gaulle und Österreich 1938-1946, in: De Gaulles europäische Größe. Analysen aus Österreich, bearb. und red. von Klaus Eisterer/Oliver Rathkolb (Jahrbuch für Zeitgeschichte 1991/92). Wien/Salzburg 1991.
- Ende und Anfang:** Ende und Anfang. Erinnerungen an die Maitage 1945. Niederschrift von Radiointerviews, die 1965 für eine Hörfunk-Dokumentation über die Bildung einer provisorischen Landesregierung im Mai 1945 aufgenommen worden sind. Dornbirn 1985.

- Ender, Verfassung:** Otto Ender, Die neue österreichische Verfassung. Mit dem Text des Konkordates. Wien/Leipzig 1934.
- Enderle-Burcel, Mandatare:** Gertrude Enderle-Burcel, Christlich – ständisch – autoritär. Mandatare im Ständestaat 1934-1938. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Länderrates sowie des Bundestages; unter Mitarbeit von Johannes Kraus. Wien 1991.
- Engelbrecht, Geschichte des Bildungswesens 5:** Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Schulwesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 5: Von 1918 bis zur Gegenwart. Wien 1988.
- Erne, Ludwig Hirn:** Franz Erne, Ludwig Hirn, in: *Austriar-Blätter* (1957) 26, S. 318-320.
- Falch, Die beste Waffe:** Sabine Falch, „Die beste Waffe unserer Bewegung!“ Der rote Adler 1932/33 – Kampfblatt der NSDAP in Tirol und Vorarlberg, in: *Tirol zwischen Diktatur und Demokratie (1939-1950)*. Beiträge für Rolf Steininger zum 60. Geburtstag, hg. von Klaus Eisterer. Innsbruck 2002, S. 9-35.
- Farbe tragen:** Herbert Fritz u.a., Farbe tragen, Farbe bekennen 1938-45. Katholisch Korporierte in Widerstand und Verfolgung. Wien 1988.
- Favez, IKRK:** Jean-Claude Favez, Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich. War der Holocaust aufzuhalten? unter Mitarbeit von Geneviève Billeter. Zürich 1989.
- Fellner, Außenpolitische Situation:** Fritz Fellner, Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938. Österreichs Wiederherstellung als Kriegsziel der Alliierten, in: *Österreich. Die Zweite Republik*, hg. von Erika Weinzierl/Kurt Skalnik, Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1972.
- Fellner, Problem:** Fritz Fellner, Das Problem der österreichischen Nation, in: *Kontroversen um die österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker*, hg. von Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 13). Frankfurt/New York ²2008, S. 216-240.
- Feuerstein, Deutsches Eigentum:** Christian Feuerstein, Das deutsche Eigentum in Vorarlberg, in: *Montfort* 53 (2001) 4, S. 472-485.
- Feurstein, Irrwege:** Valentin Feurstein, Irrwege der Pflicht 1938-1945. München/Wels 1963.
- Fiesinger, Ballhausplatz:** Klaus Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie 1945-1949. Reetablierung der Nachbarschaftsbeziehungen und Reorganisation des Auswärtigen Dienstes als Formen außenpolitischer Emanzipation Österreichs (tuduv-Studien: Reihe Politikwissenschaften 60). München 1993.
- Filitov, Sowjetische Planungen:** Aleksej Filitov, Sowjetische Planungen zur Wiedererrichtung Österreichs 1941-1945, in: *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955*, hg. von Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 4). Graz/Wien/München ²2005, S. 27-37.
- Fischer, Ende einer Illusion:** Ernst Fischer, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945-1955. Wien 1973.
- Fischer, Renner und sein Manuskript:** Heinz Fischer, Karl Renner und sein Manuskript über den Anschluß und die Sudetendeutschen, in: *Zwischen Austromarxismus und Katholizismus. Festschrift für Norbert Leser*, hg. von Anton Pelinka u.a. Wien 1993, S. 25-35.
- Fischer/Köck/Verdross, Verosta:** Peter Fischer/Heribert Franz Köck/Alfred Verdross: Stephan Verosta – Völkerrechtler und Rechtsphilosoph, in: *Völkerrecht und Rechtsphilosophie. Internationale Festschrift für Stephan Verosta zum 70. Geburtstag*, hg. von Peter Fischer/Heribert Franz Köck/Alfred Verdross. Berlin 1980, S. 1-5.
- Flatz, Kriegsende:** Hubert Flatz, Kriegsende in Wolfurt, in: *Heimat Wolfurt* (1989) 4, S. 52-53.
- Fritz, Kleinwalsertal:** Walter Fritz, Vortrag über das Kleinwalsertal 1935 bis 1955, gehalten am 29.2.1988. Typoskript 1988 (VLA: Lichtbildserie 259, Fotokopie).
- Fröwis, Kriegsende:** Franz J. Fröwis, Das Kriegsende in Bludenz 1945, in: *Bludenzer Geschichtsblätter* (1995) 27, S. 1-63.

- Fröwis, Kriegsgefangene:** Franz J. Fröwis, Die Kriegsgefangenen der Stadt Bludenz von 1940 bis 1945 und das Kriegsgefangenenlager „Lünersee“ (Bürs), in: Bludener Geschichtsblätter (2001) 58/59, S. 1-144.
- Funder, Sturm:** Friedrich Funder, Als Österreich den Sturm bestand. Aus der Ersten in die Zweite Republik. Wien/München 1957.
- Fußenegger, KZ-Lagerdekan:** KZ-Lagerdekan – 200 Briefe aus dem KZ, hg. von Jakob Fußenegger. Dornbirn 1991.
- Ganahl, Brand:** Reinhard Ganahl, Heimatkundliche Beiträge über Brand zum Jubiläumsjahr „650 Jahre Brand“. Brand 1997.
- Garscha, Linker Widerstand:** Winfried R. Garscha, Linker Widerstand – „Rote Hilfe“ – Arbeiterwiderstand, in: Widerstand in Österreich 1938-1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, hg. von Stefan Karner/Karl Duffek (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 7). Graz/Wien 2007, S. 53-61.
- Gassmann, Zwangsarbeit:** Jens Gassmann, Zwangsarbeit in Vorarlberg während der NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung der Situation auf den Illwerkebaustellen. Masch. phil. Diss. Universität Wien 2005.
- Gazette:** Bjuulleten Sojuzniceskoj Komissii po Avstrii. Gazette of the Allied Commission for Austria. Gazette de la Commission Alliée pour l'Autriche. Wien 1945 bis 1955.
- Gehler, Affäre Waldheim:** Michael Gehler, Die Affäre Waldheim: Eine Fallstudie zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den späten achtziger Jahren, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hg. von Rolf Steininger/Michael Gehler. Wien/Köln/Weimar 1997, S. 355-414.
- Gehler, Außenpolitik 1, 2:** Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Bd. 1 u. 2. Innsbruck/Wien/Bozen 2005.
- Gehler, Besatzungsmächte:** Michael Gehler, „Die Besatzungsmächte sollen schnellstmöglich nach Hause gehen.“ Zur österreichischen Interessenpolitik des Außenministers Karl Gruber 1945-1963 und zu weiterführenden Fragen eines kontroversen Forschungsprojekts, in: Christliche Demokratie 11 (1994) 1, S. 27-78.
- Gehler, Der lange Weg:** Michael Gehler, Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU, Bd. Darstellung. Innsbruck u.a. 2002.
- Gehler, Karl Gruber:** Michael Gehler, Karl Gruber, in: Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, hg. von Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller. Wien 1995, S. 192-199.
- Gehler, Landeshauptmann Gruber:** Michael Gehler, Dr. Ing. Karl Gruber – Erster Landeshauptmann von Tirol nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Für Österreichs Freiheit. Karl Gruber – Landeshauptmann und Außenminister 1945-1953, hg. von Lothar Höbelt/Othmar Huber (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 7). Innsbruck 1991, S. 11-70.
- Gehler, Österreich:** Michael Gehler, Österreich, die Bundesrepublik und die deutsche Frage 1945/49-1955. Zur Geschichte der gegenseitigen Wahrnehmungen zwischen Abhängigkeit und gemeinsamen Interessen, in: Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Michael Gehler u.a. (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beihefte 15). Stuttgart 1996, S. 535-580.
- Gehler, Reden und Dokumente:** Karl Gruber, Reden und Dokumente 1945-1953. Eine Auswahl, hg. und bearb. von Michael Gehler (Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 2). Wien/Köln/Weimar 1994.
- Generale des Heeres 3:** Demot Bradley/Karl-Friedrich Hildebrand/Markus Rövekamp, Die Generale des Heeres 1921-1945. Die militärischen Werdegänge der Generale, sowie der Ärzte, Veterinäre, Intendanten, Richter und Ministerialbeamten im Generalsrang, Bd. 3: Dahlmann-Fitlaff (Deutschlands Generale und Admirale IV/3). Osnabrück 1994.

- Getzner, Getzner Bludenz:** Manfred A. Getzner, Getzner, Mutter & Cie, Bludenz und die Entwicklung der Textilindustrie im Vorarlberger Oberland (Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft 17 II/A). Feldkirch 1989.
- Gmeiner, St. Gallus-Stift:** Emmerich Gemeiner, „Ich habe mich über die vandalischen Verwüstungen empört“. Klosteraufhebungen der Nationalsozialisten 1941 am Beispiel des St. Gallus-Stiftes in Bregenz, in: Jahrbuch des Vorarlberger Landesmuseumsvereins 1995, S. 211-218.
- Goldinger, Österreich 1918-1945:** Walter Goldinger, Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse in Österreich von 1918 bis 1945, in: Geschichte der Republik Österreich, hg. von Heinrich Benedikt. München 1954, S. 15-288 (Literaturhinweise S. 611-617).
- Goldinger, Republik:** Walter Goldinger, Geschichte der Republik Österreich. Wien 1962.
- Goldinger/Binder, Republik:** Walter Goldinger/Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938. Wien/München 1992.
- Gruber, Ein politisches Leben:** Karl Gruber, Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen. Wien/München/Zürich 1976.
- Gruber, Elkan:** Hans Gruber, Hans Elkan – Anmerkungen zu einem beschädigten Leben, in: „Wir lebten wie sie ...“ Jüdische Lebensgeschichten aus Tirol und Vorarlberg, hg. von Thomas Albrich. Innsbruck 1999, S. 111-122.
- Gruber, Meine Partei:** Karl Gruber, Meine Partei ist Österreich. Privates und Diplomatisches. Wien/München 1988.
- Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit:** Karl Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien 1953.
- Grubmayr, 60 Jahre:** Herbert Grubmayr, 60 Jahre mit den „Russen“. Erinnerungen an die Zeit als Legationssekretär an der Österreichischen Botschaft Moskau, in: Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955, hg. von Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 4). Graz/Wien/München ²2005, S. 785-828.
- Haas, Österreich:** Hanns Haas, Österreich im „gesamtdeutschen Schicksalszusammenhang“?, in: Kontroversen um die österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, hg. von Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 13). Frankfurt/New York ²2008, S. 194-215.
- Hager, Finanz- und Zollwesen:** Arthur Hager, Aus dem Finanz- und Zollwesen seit dem Jahre 1808, in: Jahrbuch des Vorarlberger Landesmuseumsvereins 1980/81, S. 91-137.
- Hammerle, Christlichsoziale Opposition:** Johannes Hammerle, Christlichsoziale Opposition in Vorarlberg 1934-1938. Masch. Hausarbeit phil. Universität Innsbruck 1991.
- Handbuch Emigration 1:** Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, red. von Sybille Claus/Beatrix Schmidt. München u.a. 1980.
- Handbuch Emigration 2/1:** International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933-1945, Vol. 2/1: A-K The Arts, Sciences, and Literature, edit. Hannah Caplan/Belinda Rosenblatt. München u.a. 1983.
- Hanisch, Der lange Schatten:** Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 1890-1990). Wien 1994.
- Hanisch, Politischer Katholizismus:** Ernst Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“, in: Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938, hg. von Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Politik und Zeitgeschichte 1). Wien ⁵2005, S. 68-87.
- Hanisch, Widerstand:** Ernst Hanisch, Gab es einen spezifisch österreichischen Widerstand?, in: Zeitgeschichte 12 (1985) 9/10, S. 339-350.
- Hecht, Bundesgesetz:** Robert Hecht, Das Bundesgesetz über die „Vaterländische Front“. Wien 1936.

- Heim, Der letzte Krieg:** Siegfried Heim, Der letzte Krieg!, in: Heimat Wolfurt (1989) 3, S. 32-37.
- Heim, Vorsteher 4:** Siegfried Heim, Vorsteher und Bürgermeister von Wolfurt (4), in: Heimat Wolfurt (2001) 25, S. 6-33.
- Hepp/Lehmann, Ausbürgerung:** Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, Bd. 1: Listen in chronologischer Reihenfolge, hg. von Michael Hepp, eingeleitet von Hans Georg Lehmann/Michael Hepp. München u.a. 1985.
- Hesztera, Opfer und Täter:** Gerald Hesztera, Opfer und Täter: Die Gendarmerie in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Fritz Hörmann/Gerald Hesztera, Zwischen Gefahr und Berufung. Gendarmerie in Österreich. Wien 1999, S. 154-166.
- Hinteregger, Priester:** August Hinteregger, Vorarlberger Priester in den Jahren der Bedrängnis 1938-1945. Bildstein 1988.
- Hitler, Mein Kampf:** Adolf Hitler. Mein Kampf. München ³⁸⁰⁻³⁸⁴1938.
- Hochverratsprozess Schmidt:** Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbrieffen und Geheimakten. Wien 1947.
- Hoegner, Außenseiter:** Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten. München 1959.
- Hofer, Versuch und Versuchung:** Gerhard Hofer, Versuch und Versuchung. Bundesländerrundfunk in Österreich am Beispiel Vorarlbergs 1945-1955. Eine Rundfunkorganisation im Spannungsfeld zwischen Föderalismus und Zentralismus. Masch. Diss. Universität Salzburg 1983.
- Höfle, Juden:** Daniela Höfle, „... den Juden die freie Ansiedlung in der Christengasse für die Zukunft untersagt sein solle ...“ Realitätenwettbewerbsverbot als Steuerungsinstrument der Minderheitenpolitik im 18. und 19. Jahrhundert: Am Beispiel der jüdischen Gemeinde in Hohenems. Masch. Diplomarbeit Universität Innsbruck 1995.
- Hopfner, HeimatBuch:** Ewald Hopfner, HeimatBuch. Geschichte und Porträt der Kleingemeinde Buch im Bezirk Bregenz. In alten Zeiten dem Gericht Hofsteig zugehörend. Buch 2000.
- Hopfner, Kriegschronik:** Ewald Hopfner, 570 verlorene Jahre. Kriegschronik. Buch 2006.
- Hoppe, Opfer:** Bert Hoppe, Das erste Opfer?, in: Berliner Zeitung 13.08.2008.
- Hubenstorf, Ärzteemigration:** Michael Hubenstorf, Österreichische Ärzteemigration, in: Vertriebene Vernunft. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, Bd. 1. Wien/München 1987, S. 359-415.
- Huebner, Österreich 1933-1938:** Hans Huebner, Österreich 1933-1938. Der Abwehrkampf eines Volkes. Wien 1949.
- Huebner, Otto Ender:** Hans Huebner, Dr. Otto Ender. Dornbirn 1957.
- Huebner, Selbstbiographie:** Hans Huebner, Versuch einer Selbstbiographie, in: Vorarlberger Volkskalender 1985, S. 184-187.
- Huebner, Vor dem Mikrophon:** Hans Huebner, Vor dem Mikrophon, in: Die Warte. Blätter für Literatur, Kunst und Wissenschaft (1945) 1, S. 4 (Beilage zu: Die Furche 1 [1945] 1).
- Ilg, Lebenserinnerungen:** Ulrich Ilg, Meine Lebenserinnerungen. Feldkirch/Graz 2005 (Nachdruck Dornbirn 1985).
- Jabloner u.a., Schlussbericht:** Clemens Jabloner u.a., Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945. Zusammenfassungen und Einschätzungen (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 1). Wien/München 2003.
- Jahresbericht Landesarbeitsamt 1948, 1971:** Jahresbericht des Landesarbeitsamtes Vorarlberg 1948, 1971. Bregenz o.J.
- James, Otten:** Harold James, Die Böhmisches Union-Bank und Josef Otten, in: Josef Otten. Eine Firmengeschichte. Von Gebrüder Rosenthal zu Josef Otten. Hohenems 2001, S. 53-67.

- Jandraschitsch, Erinnerungen:** Franz Jandraschitsch, Erinnerungen eines Arbeitsinspektors in Vorarlberg, in: Montfort 30 (1978) 2, S. 119-128.
- Jeřábek, Vermögensfragen:** Rudolf Jeřábek, Vermögensfragen im deutsch-österreichischen Verhältnis 1955-1957, in: Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, hg. von Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Archiv für österreichische Geschichte 140). Wien 2005, S. 553-625.
- Johnson, Österreichische Nation:** Lonnie R. Johnson, Die österreichische Nation, die Moskauer Deklaration und die völkerrechtliche Argumentation. Bemerkungen zur Problematik der Interpretation der NS-Zeit in Österreich, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes Jahrbuch 1988. Wien 1987, S. 40-54.
- Kaltenegger, Alpenfestung:** Roland Kaltenegger, Operation „Alpenfestung“. Das letzte Geheimnis des „Dritten Reiches“. München 2005.
- Kaltenegger, Das letzte Aufgebot:** Roland Kaltenegger, Das letzte Aufgebot der „Alpenfestung“. Die Tiroler Standschützen 1944/45, in: Pallasch. Zeitschrift für Militärgeschichte (2001) 12, S. 117-122.
- Kaminski, Les Batailles:** Alexandre Kaminski, Les Batailles de la Libération et de la Revanche avec le 2^{me} Cuirassiers 1944-1945. Mulhouse/Paris 1958.
- Karlinger, Zappe:** Dietburga Karlinger, OStR Prof. Karl Zappe, in: Jahresbericht Bundesgymnasium Bregenz-Blumenstraße 2001/02, S. 145.
- Karner/Ruggenthaler, Unter sowjetischer Kontrolle:** Stefan Karner/Peter Ruggenthaler, Unter sowjetischer Kontrolle. Zur Regierungsbildung in Österreich 1945, in: Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955, hg. von Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 4). Graz/Wien/München 2005, S. 105-148.
- Kastelic, Kastelic:** Stephan Kastelic, Von den Österreichischen Sturmsharen zur Österreichischen Freiheitsbewegung. Eine Darstellung anhand des Lebens von Dr. Jakob Kastelic. Ein Beitrag zu Österreichs Eigenstaatlichkeit. Masch. Diplomarbeit Universität Wien 1993.
- Kastelic, ÖBL:** Jakob Kastelic, in: Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 3 (Hüb-Knoll). Graz/Köln 1965, S. 257.
- Kaufmann, Cronaca di guerra:** Oswald Kaufmann, La mia cronaca di guerra. Trento 2002.
- Kaufmann, Kinder- und Jugendzeit:** Johann Kaufmann, Aus meiner Kinder- und Jugendzeit 1923-1945. Lauterach 2005.
- Kaufmann, Kriegs-Chronik:** Oswald Kaufmann, Meine Kriegs-Chronik. Mit dem Standschützenbataillon Bezau in Südtirol und Albanien. O.O. 1997.
- Kemmerling-Unterthurner, Jugendbewegung:** Ulrike Kemmerling-Unterthurner, Die katholische Jugendbewegung in Vorarlberg 1918 bis 1938 (Vorarlberg in Geschichte und Gegenwart 5). Dornbirn 1991.
- Kessler, Erinnerungen:** Othmar Christian Kessler, Erinnerungen an die NS-Zeit, in: Tramosa-Post aus Feldkirch 14 (2007) 2, S. 12-13.
- Kessler, Grundschule:** Josef Kessler, 1470-1970. „Lirum larum Löffelstiel“. 500 Jahre Grundschule in Rankweil (Reihe Rankweil 7). Rankweil 1997.
- Kessler, Letzte Kriegstage:** Othmar Christian Kessler, Letzte Kriegstage in der Innerfratte, in: Tramosa-Post aus Feldkirch 12 (2005) 2, S. 1-3 u. 12, 12 (2005) 3, S. 11, 13 (2006) 1, S. 11, 13 (2006) 2, S. 11, 13 (2006) 3, S. 11, 14 (2007) 1, S. 11.
- Kessler/Sperandio, Pfarrer:** Josef Kessler/Hans Sperandio, Rankweils Pfarrer „ufm Berg“ im 20. Jahrhundert. Rückschau in die Pastoral- und Gemeindeentwicklung (Reihe Rankweil 12). Rankweil 2007.
- Kessler, Weltkrieg:** Othmar Christian Kessler, Die meisten Innerfrattner (-Montafoner) fielen im Weltkrieg II im Osten, in: Tramosa-Post aus Feldkirch 3 (1996) 1, S. 1-4.
- Kessler/Märk, Rankweil:** Josef Kessler/Josef Märk, Rankweil im Spiegel der Geschichte (Reihe Rankweil 4). Rankweil 1993.

- Keyserlingk, 1. November 1943:** Robert H. Keyserlingk, 1. November 1943: Die Moskauer Deklaration – Die Alliierten, Österreich und der Zweite Weltkrieg, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hg. von Rolf Steininger/Michael Gehler. Wien/Köln/Weimar 1997, S. 9-37.
- Keyserlingk, Anschluss oder Besetzung:** Robert H. Keyserlingk, Anschluss oder Besetzung. Der „Anschluß“ Österreichs 1938-1945 aus der Sicht der USA, in: Zeitgeschichte 9 (1982) 4, S. 126-140.
- Keyserlingk, Austria:** Robert H. Keyserlingk, Austria in the World War II. An Anglo-American Dilemma. Kingston/Montreal 1988.
- Kindermann, Hitlers Niederlage:** Gottfried-Karl Kindermann, Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehresieg 1934. Hamburg 1984.
- Klagian, Bregenz:** Thomas Klagian, Bregenz: 1. Mai 1945 – Der längste Tag, in: Aufbruch in eine neue Zeit. Vorarlberger Almanach zum Jubiläumsjahr 2005, hg. von Ulrich Nachbauer/Alois Niederstätter. Bregenz 2006, S. 149-151.
- Klinghoffer, Les Aspects juridiques:** Hans Klinghoffer, Les Aspects juridiques de l'occupation de l'Autriche par l'Allemagne. Rio de Janeiro 1943.
- Klinghoffer, Moskauer Erklärung:** Hans Klinghoffer, Die Moskauer Erklärung über Österreich. Ein kurz gefaßter Kommentar, in: Österreichische Zeitschrift für Öffentliches Recht Bd. 6 (1955) 4/5, S. 462-489.
- Knight, Besiegt oder befreit:** Robert Graham Knight, Besiegt oder befreit? Eine völkerrechtliche Frage historisch betrachtet, in: Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949, hg. von Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4). Innsbruck 1988, S. 75-91.
- Knight, Wortprotokolle:** „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen.“ Die Wortprotokolle der Österreichischen Bundesregierung von 1945-52 über die Entschädigung der Juden, hg. von Robert Knight. Wien/Köln/Weimar²2000.
- Köberle, Walsertaler Heimatschutz:** Alfons Köberle, Werden und Wirken des Walsertaler Heimatschutzes. Typoskript, Mittelberg o.J.
- Köfler, Auflösung:** Gretl Köfler, Auflösung und Restitution von Vereinen, Organisationen und Verbänden in Tirol (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 21/3). Wien/München 2004.
- Köhler, Nachrichtenwesen:** Walter Köhler, Amtliches Nachrichtenwesen und Nachrichtenpolitik im „Austrofaschismus“. Amtliche Nachrichtenstelle und „Politische Korrespondenz“ im Umfeld des „austrofaschistischen“ Mediensystems 1933 bis 1938. Masch. Diss. Universität Wien 1985.
- Kolonovits/Burger/Wendelin, Staatsbürgerschaft:** Dieter Kolovits/Hannelore Burger/Harald Wendelin, Staatsbürgerschaft und Vertreibung (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 7). Wien/München 2004.
- Konrad, Sozialdemokratie und „Anschluß“:** Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978, hg. von Helmut Konrad (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 9). Wien/München/Zürich 1978.
- Kreissler, Der Österreicher:** Felix Kreissler, Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes 5). Wien/Köln/Graz 1984.
- Kriechbaumer, Österreich:** Österreich! und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretariats der Vaterländischen Front. Innenansichten eines Regimes (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 23). Wien/Köln/Weimar 2005.

- Laich, Zwei Jahrhunderte Justiz:** Mario Laich, Zwei Jahrhunderte Justiz und Verwaltung in Tirol und Vorarlberg. Festschrift aus Anlaß der Errichtung des tyrolisch-vorarlbergischen Appellationsgerichtes – zuletzt Oberlandesgericht für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck – vor 200 Jahren. Innsbruck/Wien/Bozen 1990.
- Längle, Entschädigungen:** Wilfried Längle, Entschädigungen an ehemalige Zwangsarbeiter in Vorarlberg – Bericht des Landeskoordinators für Vorarlberg, in: Aufbruch in eine neue Zeit. Vorarlberger Almanach zum Jubiläumsjahr 2005, hg. von Ulrich Nachbaur/Alois Niederstätter. Bregenz 2006, S. 197-199.
- Lettner, Österreichpolitik:** Lydia Lettner, Die französische Österreichpolitik von 1943 bis 1946. Masch. phil. Diss. Salzburg 1980.
- Lexikon Verfolgung und Widerstand:** Lexikon Verfolgung und Widerstand, red. von Hermann Brändle/Gernot Egger/Meinrad Pichler/Harald Walsler, in: Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5). Bregenz 1985, S. 265-373.
- Lingenhöle, Fehldeutung eines dunklen Jahres:** Walter Lingenhöle, Die Fehldeutung eines dunklen Jahres. Zu Margit Schönherr „Vorarlberg 1938“, in: Montfort 35 (1983) 1, S. 35-53.
- Loebenstein, Zielvorgaben:** Edwin Loebenstein, Verfassungspolitische Zielvorgaben des Jahres 1945 und ihre Verwirklichung aus der Sicht eines Zeitzeugen, in: Justiz und Zeitgeschichte. Symposi-umsbeiträge 1976-1993, hg. von Erika Weinzierl u.a., Bd. 2. Wien 1995, S. 808-832.
- Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945:** Dietlinde Löffler-Bolka, Vorarlberg 1945. Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Vorarlberg im Jahre 1945, Bregenz 1975.
- Lutz, Gaißau:** Max Lutz, Gaißau einst und jetzt. Gaißau 1994.
- Luza, Widerstand:** Radomír Luza, Der Widerstand in Österreich 1938-1945. Wien 1983.
- Mähr, Schulzeit:** Gert Mähr, Schulzeit unter den Bedingungen einer Diktatur. Erinnerungen eines Feldkircher Gymnasiasten (1939 bis 1947), in: Aufbruch in eine neue Zeit. Vorarlberger Almanach zum Jubiläumsjahr 2005, hg. von Ulrich Nachbaur/Alois Niederstätter. Bregenz 2006, S. 299-303.
- Maimann, März 1938:** Helene Maimann, Der März 1938 als Wendepunkt im sozialdemokratischen Anschlußdenken, in: Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978, hg. von Helmut Konrad (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 9). Wien/München/Zürich 1978, S. 63-70.
- Maimann, Politik im Wartesaal:** Helene Maimann, Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938 bis 1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 62). Wien/Köln/Graz 1975.
- Mannlicher, Wegweiser:** Wegweiser durch die Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltung im Reichsgau Wien sowie in den Reichsgauen Kärnten, Niederdonau, Oberdonau, Salzburg, Steiermark und Tirol mit Vorarlberg (Stand vom 1. Februar 1942), hg. von Egbert Mannlicher. Berlin/Leipzig/Wien 1942.
- Mayer, Sozialdemokrat:** Josef Mayer, Ein Sozialdemokrat in den Maitagen 1945 in Bregenz, in: Bregenz aktuell 17 (1985) 7 Beilage.
- Mejstrik u.a., Berufsschädigungen:** Alexander Mejstrik u.a., Berufsschädigungen in der national-sozialistischen Neuordnung der Arbeit. Vom österreichischen Berufsleben 1934 zum völkischen Schaffen 1938-1940 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 16). Wien/München 2004.
- Melichar, Verdrängung:** Peter Melichar, Verdrängung und Expansion. Enteignungen und Rückstellungen in Vorarlberg (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 19). Wien/München 2004.

- Merkel, Geschichtslegende:** Adolf Merkel, Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich – eine Geschichtslegende, in: Juristische Blätter 77 (1955) 17, S. 439-440.
- Methlagl, Zufälle:** Anton Methlagl, Zufälle meines Lebens. Eine zeitgeschichtliche Dokumentation, hg. von Norbert Methlagl/Walter Methlagl. Hard 2008.
- Meusburger, Beza:** Wilhelm Meusburger, Beza. Geschichte, Gesellschaft, Kultur. Beza 1995.
- Mittersteiner, Kraftfelder:** Reinhard Mittersteiner, Kraftfelder. Strom prägt ein Jahrhundert. 100 Jahre VKW. Bregenz 2001.
- Molden, Fepolinski:** Fritz Molden, Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern. Bericht einer unruhigen Jugend. Wien ⁶1997.
- Molden, Feuer in der Nacht:** Fritz Molden, Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938-1945. Wien 1988.
- Molden, Ruf:** Otto Molden. Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938-1945. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung. Wien/München 1958.
- Mooslechner/Stadler, Landwirtschaft und Agrarpolitik:** Michael Mooslechner/Robert Stadler, Landwirtschaft und Agrarpolitik. In: NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945, hg. von Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer. Wien 1988.
- Morscher, Klinghoffer:** Siegbert Morscher, Hans Klinghoffer – Leben und Werk, in: Österreich als einheitliches Wirtschaftsgebiet und die Europäische Gemeinschaft. Festschrift für Hans Klinghoffer, hg. von Ignaz Seidl-Hohenveldern (= Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht, Supplementum 10). Wien/New York 1988 S. 1-7.
- Mueller, Propaganda:** Wolfgang Mueller „Die Kanonen schießen nicht ... Aber der Kampf geht weiter“. Die Propaganda der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich im Kalten Krieg, in: Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955, hg. von Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 4). Graz/Wien/München ²2005, S. 341-362.
- Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen:** Wolfgang Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen 1938-1945, in: Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? hg. von Ernst Bruckmüller (Österreich Archiv). Wien/München 2006, S. 27-54.
- Mueller, Verpasste Chance:** Wolfgang Mueller, Gab es eine „verpasste Chance“? Die sowjetische Haltung zum Staatsvertrag 1946-1952, in: Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, hg. von Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Archiv für österreichische Geschichte 140). Wien 2005, S. 89-120.
- Müller, Nazi-Interregnum:** Johann Müller, Das Nazi-Interregnum in Valduna. Typoskript Rankweil 1942.
- Müller, Valduna 1938:** Johann Müller, Die Wohltätigkeitsanstalt Valduna in ihren letzten Zügen anno Domini 1938. Typoskript Raggal 1942.
- Muther, Bundesgymnasium für Mädchen:** Peter Muther, Das Bundesgymnasium für Mädchen, Bregenz. Eine Schule mit Vergangenheit, aber noch immer ohne eigene Heimstätte, in: Jahresbericht des Bundesgymnasiums für Mädchen Bregenz 1979/80, S. 4-22.
- Muther, Pro iuventute:** Peter Muther, Pro iuventute, in: Jahresbericht des Oberlyzeums Bregenz 1945/46 S. 3-4.
- Nachbaur, Als der Zug:** Ulrich Nachbaur, Als der Zug langsam in Feldkirch einfuhr, in: Rheticus (1998) 3/4, S. 223-294.
- Nachbaur, Die Lage im Vorarlberg:** Ulrich Nachbaur, „Die Lage im Vorarlberg“ – Ende und Neubeginn 1945 im Spiegel der „Neuen Zürcher Zeitung“, in: Aufbruch in eine neue Zeit. Vorarlberger Almanach zum Jubiläumsjahr 2005, hg. von Ulrich Nachbaur/Alois Niederstätter. Bregenz 2006, S. 309-336.
- Nachbaur, Dokumentationsmaterial:** Ulrich Nachbaur, Dokumentationsmaterial aus der Besatzungszeit. Vorarlbergs Beitrag zu einem 1948 geplanten Weißbuch der österreichischen Bundesregierung (Kleine Schriften des Vorarlberger Landesarchivs 5). Bregenz 2007.

- Nachbaur, Landespatron:** Ulrich Nachbaur, Der Vorarlberger Landespatron. Ein Beitrag zur Verehrung des hl. Josef und zu den Landesfeiertagen in Österreich, in: Montfort 56 (2004) 1/2, S. 73-91.
- Nachbaur, Territorialfragen:** Ulrich Nachbaur, Vorarlberger Territorialfragen 1945 bis 1948. Ein Beitrag zur Geschichte der Vorarlberger Landesgrenzen seit 1805 (Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs 8). Konstanz 2007.
- Nachbaur, Wiederaufbau:** Ulrich Nachbaur, Der Wiederaufbau der Vorarlberger Landesverwaltung 1945 bis 1947. Ein Rechenschaftsbericht der Landesregierung (Kleine Schriften des Vorarlberger Landesarchivs 3). Bregenz 2007.
- Nasko, Renner:** Siegfried Nasko, Ein „deutschösterreichischer“ Staatsmann? Karl Renners Haltung zur Anschlußidee 1918-1938, in: Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Michael Gehler u.a. (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beihefte 15). Stuttgart 1996, S. 399-424.
- Natter, Auf dem Weg:** Alexander Natter, Auf dem Weg zum März '38 – Wolfurt in den 30er Jahren, in: Heimat Wolfurt (1988) 2, S. 38-55.
- Natter, Vaterländische Front:** Alexander Natter, „Wie steht's mit der Totalität?“ Die Geschichte der Vaterländischen Front in Vorarlberg und ihre Anwendungsmöglichkeiten im Politische Bildung Unterricht. Masch. Diplomarbeit Universität Innsbruck 2006.
- Neugebauer, Nationale Frage:** Wolfgang Neugebauer, Die nationale Frage im Widerstand, in: Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978, hg. von Helmut Konrad (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 9). Wien/München/Zürich 1978, S. 88-93.
- Neugebauer, Widerstand:** Wolfgang Neugebauer, Widerstand in Österreich – ein Überblick, in: Widerstand in Österreich 1938-1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, hg. von Stefan Karner/Karl Duffek (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 7). Graz/Wien 2007, S. 27-35.
- Neugebauer, Widerstandsforschung:** Wolfgang Neugebauer, Widerstandsforschung in Österreich, in: Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, Bd. 2. Wien 1981, S. 359-376.
- Niederland, Immigration:** Doron Niederland, Die Immigration, in: Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, hg. von Erika Weinzierl/Otto D. Kulka. Wien/Köln/Weimar 1992, S. 340-444.
- Nürnberger Prozess 1:** Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. 1: Einführungsband. Nürnberg 1947 (fotomechanischer Nachdruck München/Zürich 1984).
- Oberkofler/Rabofsky, Vergessene Zeitgeschichte:** Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky, Vergessene österreichische Zeitgeschichte, in: Kontroversen um die österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, hg. von Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 13). Frankfurt/New York ²2008, S. 542-549.
- Österreichische Behörden 1946:** Österreichische Behörden. Nach dem Stande vom Juli 1946. Wien 1946.
- Österreichische Behörden 1947:** Österreichische Behörden. Nach dem Stande vom April 1947. Wien 1947.
- Österreichische Behörden 1948 Ergänzungen:** Österreichische Behörden. Ergänzungen und Berichtigungen der Ausgabe 1948. [August 1948]. Wien 1948.
- Österreichischer Amtskalender 1934-1937:** Österreichischer Amtskalender. Wien 1934-1937.

- Otruba, Tausendmarksperr:** Gustav Otruba, A. Hitler's „Tausend-Mark-Sperre“ und ihre Folgen für Österreichs Fremdenverkehr (1933-1938) (Linzer Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 9). Linz 1983.
- Palme, NS-Justiz in Tirol und Vorarlberg:** Rudolf Palme, NS-Justiz in Tirol und Vorarlberg, in: Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit, hg. von Rolf Steininger/Sabine Pitscheider (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 19). Innsbruck u.a. 2002, S. 95-110.
- Pape, Abgrenzung:** Matthias Pape, Die völkerrechtlichen und historischen Argumente bei der Abgrenzung Österreichs von Deutschland nach 1945, in: Der Staat 1998 37 (2), S. 288-313.
- Pape, Krisen:** Matthias Pape, Krisen und Irritationen. Der Staatsvertrag im deutsch-österreichischen Verhältnis 1955-1959, in: Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, hg. von Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Archiv für österreichische Geschichte 140). Wien 2005, S. 503-551.
- Pape, Schärf:** Matthias Pape, Das wiedererstandene Österreich und die Anschlussfrage. Adolf Schärfs Erinnerung an eine Begegnung mit Wilhelm Leuschner im Jahr 1943 – Eine quellenkritische Betrachtung, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 106 (1998), S. 410-425.
- Pape, Ungleiche Brüder:** Matthias Pape, Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945-1965. Köln/Weimar/Wien 2000.
- Patel, Umsturz:** Angelika Patel, Der Umsturz in Oberstdorf, in: Unser Oberstdorf 19 (2000) 37, S. 1170-1185.
- Pavlenko, Österreich im Kraftfeld:** Olga Pavlenko, Österreich im Kraftfeld der sowjetischen Diplomatie, in: Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955, hg. von Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 4). Graz/Wien/München 2005, S. 565-601.
- Pawlowsky/Leisch-Prost/Klösch, Vereine:** Verena Pawlowsky/Edith Leisch-Prost/Christian Klösch, Vereine im Nationalsozialismus. Vermögensentzug durch den Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände und Aspekte der Restitution in Österreich nach 1945. (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 21/1). Wien/München 2004.
- Pelinka, Renner:** Anton Pelinka, Karl Renner zur Einführung (SOAK-Einführungen 46). Hamburg 1989.
- Pernthaler, Staatsgründungsakte:** Peter Pernthaler, Die Staatsgründungsakte der österreichischen Bundesländer. Eine staatsrechtliche Untersuchung über die Entstehung des Bundesstaates (Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung 14). Wien 1979.
- Pfanner, Seidler:** Hildegard Pfanner, Prof. Dr. Ehrentraud Seidler – Oberstudienrat, in: Jahresbericht Bundesgymnasium für Mädchen Bregenz 1973/74, S. 36-38.
- Pfeifer, Ostmark:** Helfried Pfeifer, Die Ostmark. Eingliederung und Neugestaltung. Historisch-systematische Gesetzessammlung vom 16. April 1941. Wien 1941.
- Pfeiffer, Nachbarschaft:** Rolf Pfeiffer, Eine schwierige und konfliktreiche Nachbarschaft – Österreich und das Deutschland Adenauers 1953-1963 (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit. Marburger Beiträge 7). Münster u.a. 2003.
- Pichler, Arbeitsverweigerung:** Meinrad Pichler, Arbeitsverweigerung, in: Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5). Bregenz 1985, S. 153-160.
- Pichler, Individuelle Opposition:** Meinrad Pichler, Individuelle Opposition, in: Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5). Bregenz 1985, S. 129-152.
- Pichler, Verfolgung:** Meinrad Pichler, Die Verfolgung der ersten Tage, in: Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5). Bregenz 1985, S. 71-84.

- Pirker, Citadelle Bregenz:** Paul Pirker, Citadelle Bregenz. Bregenz 1946.
- Plitzner, Der Weg nach Süden:** Klaus Plitzner, Der Weg nach Süden! Oder doch nach Norden? Von den Anfängen der Elektrizitätswirtschaft in Vorarlberg und der Gründung der „Vorarlberger Illwerke“ bis in das Jahr 1930, in: Elektrizitätswirtschaft zwischen Umwelt, Technik und Politik. Aspekte aus 100 Jahren RWE-Geschichte 1898-1998, hg. von Helmut Maier (Freiberger Forschungshefte D 204). Freiberg 1999, S. 89-127.
- Plitzner, Emil Schneider:** Klaus Plitzner, Bürgermeisterkandidat und Stadtrat Minister Emil Schneider. Zum demokratischen Neuanfang in Bregenz 1950 bis 1955, in: Minister Dr. Emil Schneider. Ein Unterrichtsminister aus dem „schwärzesten Oesterreich“! 1883-1961 (Schriften des Vorarlberger Landesarchivs 7). Schwarzach 2001, S. 347-419.
- Portisch, Österreich II:** Hugo Portisch, Österreich II. Die Wiedergeburt unseres Staates. Wien 1985.
- Protokoll 1. Länderkonferenz 1945:** Stenographisches Protokoll. Plenarsitzungen der Ersten Länderkonferenz. Wien 1945.
- Protokolle Kabinettsrat Renner 1:** Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner, Bd. 1: „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“ Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek/Leopold Kammerhofer. Horn/Wien 1995.
- Protokolle Kabinettsrat Renner 2:** Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner, hg. von Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek, Bd. 2: „Right or wrong – my country!“ Protokolle des Kabinettsrates 17. Juli 1945 bis 5. September 1945, bearb. von Gertrude Enderle-Burcel/Karin Feichtinger/Thomas Geldner/Rudolf Jeřábek. Wien 1999.
- Protokolle Landesausschuss:** Befreiung und Restauration. Die Protokolle des Vorarlberger Landesausschusses aus dem Jahr 1945, hg. von Wolfgang Weber (Quellen zur Geschichte Vorarlbergs N.F. 6). Regensburg 2005.
- Protokolle Ministerrat Figl I/1:** Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, hg. von Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek, Bd. 1: 20. Dezember 1945 bis 9. April 1946, bearb. von Peter Mähner/Walter Mentzel. Wien 2004.
- Protokolle Ministerrat Figl I/2:** Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, hg. von Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek, Bd. 2: 16. April 1946 bis 9. Juli 1946, bearb. von Peter Mähner/Walter Mentzel. Wien 2004.
- Protokolle Ministerrat Figl I/3:** Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, hg. von Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek, Bd. 3: 17. Juli 1946 bis 19. November 1946, bearb. von Peter Mähner/Walter Mentzel. Wien 2005.
- Rathkolb, Fakultät:** Oliver Rathkolb, Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien zwischen Antisemitismus, Deutschnationalismus und Nationalsozialismus 1938, davor und danach, in: Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938 bis 1945, hg. von Gernot Heiß u.a. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 43). Wien 1989, S. 197-232.
- Rathkolb, Paradoxe Republik:** Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. Wien 2005.
- Rathkolb, Widerstand:** Oliver Rathkolb, Der Widerstand – ein verschütteter Erinnerungsort der Zweiten Republik, in: Widerstand 1938 bis 1945 – Zivilcourage heute. Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus – im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus (= Parlament transparent 2 [2007] 1), S. 7-14.
- Rauchensteiner, Die Zwei:** Manfred Rauchensteiner, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966. Wien 1987.
- Rauchensteiner, Krieg in Österreich:** Manfred Rauchensteiner, Krieg in Österreich 1945 (Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien 5). Wien 1970.
- Rauchensteiner, Sonderfall:** Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz 1985.

- Red-White-Red-Book:** Justice for Austria! Red-White-Red-Book. Descriptions, Documents and Proofs to the antecedents and history of the occupation of Austria (from official sources), First Part. Vienna 1947.
- Reichhold, Geschichte der ÖVP:** Ludwig Reichhold, Geschichte der ÖVP. Graz/Wien/Köln 1975.
- Reichhold, Kampf:** Ludwig Reichhold, Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933-1938. Wien 1984.
- Reichmann, Fremdenlegionär:** Hans Reichmann, Vom Fremdenlegionär zum Botschafter beim Hl. Stuhl. Erinnerungen 1939-1975 (Materialien zur Zeitgeschichte 3). Wien/Salzburg 1982.
- Reichmann, Keine Sonderregeln:** Hans Reichmann, Keine Sonderregeln für das NS-Opfer Österreich. Gastkommentar, in: Die Presse 17.08.1993, S. 2.
- Reis, Nachkriegsjahre:** Burkhard Reis, Nachkriegsjahre 1945-1949 in Wolfurt, in: Heimat Wolfurt (1996) 17, S. 9-36.
- Renner, Denkschrift:** Karl Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs und die Einsetzung der provisorischen Regierung der Republik. Wien 1945.
- Renner, Gründung:** Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudeten-deutschen. Dokumente eines Kampfes ums Recht, hg., eingel. u. erl. von Karl Renner (Wien 1938 [Nachdruck]); mit einer Einführung von Eduard Rabofsky. Wien ²1991.
- Rohrer, St. Peter:** Anton Rohrer, Das Dominikanerinnenkloster St. Peter in Bludenz. Ein Beitrag zur Geschichte des ältesten Frauenklosters Vorarlbergs. Bludenz 2007.
- Rot-Weiß-Rot-Buch:** Gerechtigkeit für Österreich! Rot-Weiß-Rot-Buch. Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs (nach amtlichen Quellen), Erster Teil. Wien 1946.
- Rot-Weiß-Rot-Buch Wikipedia:** Rot-Weiß-Rot-Buch. Beitrag in Wikipedia, <http://de.wikipedia.org> (Stand 13.06.2008).
- Ruggenthaler, Österreich:** Peter Ruggenthaler, Warum Österreich nicht sowjetisiert werden sollte, in: Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955, hg. von Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 4). Graz/Wien/München ²2005, S. 61-87.
- Ruggenthaler, Österreich-Politik:** Peter Ruggenthaler, Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945-1953/55, in: Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955, hg. von Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 4). Graz/Wien/München ²2005, S. 649-726.
- Rumpler, Österreichs Zeitgeschichte:** Helmut Rumpler, Österreichs Zeitgeschichte im Rahmen „deutscher Kontinuität“?, in: Kontroversen um die österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, hg. von Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 13). Frankfurt/New York ²2008, S. 353-366.
- Safrian, Tabuisierte Täter:** Hans Safrian, Tabuisierte Täter. Staatliche Legitimationsdefizite und blinde Flecken der Zeitgeschichte in Österreich, in: Kontroversen um die österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, hg. von Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 13). Frankfurt/New York ²2008, S. 527-535.
- Salchegger/Xander, Handelsschule:** Astrid Salchegger/Ulrike Xander, Die Entwicklung der Handelsschule und Handelsakademie Feldkirch und ihr Bezug zur Wirtschaft heute. Masch. Diplomarbeit Universität Innsbruck 1990.
- Sandgruber, Ökonomie und Politik:** Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte). Wien 1995.
- Sandholzer, Handelsschule:** Josef Sandholzer, 70 Jahre Handelsschule Feldkirch, in: Jahresbericht Bundeshandelsschule/Bundeshandelsakademie Feldkirch 1968/69, S. 34-59.

- Schallenmüller, Evangelische Schule:** Karl Schallenmüller, Die Evangelische Schule in Bregenz, in: Evangelisch in Vorarlberg. Festschrift zum Gemeindejubiläum, hg. von Wolfgang Olschbaur/Karl Schwarz. Bregenz 1987, S. 55-58.
- Schärf, Konkordat Nachwort:** Adolf Schärf, Gilt das Konkordat? Ein Nachwort zur Debatte, in: Die Zukunft 5 (1950) 5, S. 117-125.
- Schärf, Konkordat:** Adolf Schärf, Gilt das Konkordat? War der Anschluß Annexion oder Okkupation?, in: Die Zukunft 5 (1950) 2, S. 34-37.
- Schärf, Österreichs Erneuerung:** Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945-1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik. Wien 1955.
- Scheffknecht, Lustenau:** Wolfgang Scheffknecht, 100 Jahre Marktgemeinde Lustenau 1902 bis 2002. Eine Chronik. Lustenau 2003.
- Scheibenstock/Vallaster, Chronik:** Emil Scheibenstock/Erwin Vallaster, Chronik der Gemeinde Bartholomäberg 1900-2000. Bartholomäberg o.J.
- Schelling, Die Nacht ist um:** Georg Schelling, Die Nacht ist um! In: Vorarlberger Volkskalender 1947, S. 121-129.
- Schelling, Erinnerungen:** Georg Schelling, Erinnerungen des letzten geistlichen Redakteurs, in: 100 Jahre Vorarlberger Volksblatt 1866-1966. Bregenz 1966, S. 13.
- Schelling, Festung Vorarlberg:** Georg Schelling, Festung Vorarlberg. Ein Bericht über das Kriegsgeschehen 1945 in Vorarlberg. Ergänzt und mit Registern versehen von Meinrad Pichler. Bregenz³1987.
- Schematismus Innsbruck-Feldkirch 1936, 1947, 1951:** Schematismus der Apostolischen Administration Innsbruck-Feldkirch 1936, 1947, 1951.
- Schlachter, Konsumgenossenschaften:** Rudolf Schlachter, Die Vorarlberger Konsumgenossenschaften. Masch. Diss. rer. pol. Universität Innsbruck 1951.
- Schmelzenbach, Weißbach:** Jodok Schmelzenbach, Zwischen Weißbach und Hochhäderich. Einiges aus alter und neuer Zeit, sowie von Bevölkerung und Wirtschaft der Gemeinde Riefensberg. Riefensberg 1951.
- Schmidl, Kienbauer:** Erwin A. Schmidl, Generalmajor Anton Kienbauer über das Bundesheer 1938. Anmerkungen zum Rot-Weiß-Rot-Buch, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 46. Wien 1998, S. 473-497.
- Schmitz-Berning, Vokabular:** Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin/New York 2000.
- Schneider, ABC:** Richard Schneider, ABC des deutschen Beamtenrechts. Berlin 1943.
- Schneider, Neuordnung des Berufsbeamtentums:** Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums. Verordnung vom 31. Mai 1938 (in der Fassung der Verordnung vom 15. Juni 1938), erläutert von Richard Schneider unter Mitwirkung von Kurt Hanke/Egon Höller. Berlin 1938.
- Schneider/Schnetzer, Valduna:** Hubert Schneider/Norbert Schnetzer, Valduna in der Zeit des Nationalsozialismus, in: 600 Jahre Valduna. Der lange Weg vom Klarissinnenkloster zum Landeskrankenhaus, hg. von Norbert Schnetzer/Hans Sperandio (Reihe Rankweil 8). Rankweil 1999, S. 85-122.
- Schnetzer/Sperandio, 600 Jahre Valduna:** 600 Jahre Valduna. Der lange Weg vom Klarissinnenkloster zum Landeskrankenhaus, hg. von Norbert Schnetzer/Hans Sperandio (Reihe Rankweil 8). Rankweil 1999.
- Schöner, Tagebuch:** Josef Schöner, Wiener Tagebuch 1944/45, hg. von Eva-Marie Csáky/Franz Matscher/Gerald Stourzh, bearb. von Eva-Marie Csáky (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 83). Wien/Köln/Weimar 1992.
- Schönherr, Vorarlberg 1938:** Margit Schönherr, Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39. Dornbirn 1981.
- Schreiber, Machtübernahme:** Horst Schreiber, Die Machtübernahme. Die Nationalsozialisten in Tirol 1938/39 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 10). Innsbruck 1994.

- Schreiber, Schule:** Horst Schreiber, Schule in Tirol und Vorarlberg 1938-1948 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 14). Innsbruck/Wien 1996.
- Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler:** Kurt Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee. Mit einem Vorwort von Fritz Molden. Wien/München 1988.
- Schwarz/Olschbaur, Chronik der Pfarrgemeinde:** Karl Schwarz/Wolfgang Olschbaur, Chronik der Pfarrgemeinde A. und. H.B. in Bregenz, in: Evangelisch in Vorarlberg. Festschrift zum Gemeindejubiläum, hg. von Wolfgang Olschbaur/Karl Schwarz. Bregenz 1987, S. 59-104.
- Simma, Valduna:** Kaspar Simma, Hundert Jahre Valduna. Geschichte der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Valduna. Von der Landesirrenanstalt zum modernen Landes-Nervenkrankenhaus, in: Montfort 26 (1974) 2, S. 179-186.
- Simma/Folz, Restitution:** Bruno Simma/Hans-Peter Folz, Restitution und Entschädigung im Völkerrecht. Die Verpflichtungen der Republik Österreich nach 1945 im Lichte ihrer außenpolitischen Praxis (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 6). Wien/München 2004.
- Szokoll, Rettung Wiens:** Carl Szokoll, Die Rettung Wiens 1945. Mein Leben, mein Anteil an der Verschwörung gegen Hitler und an der Befreiung Österreichs. Wien 2001.
- Stadler, Österreich im Spiegel:** Karl Stadler, Österreich im Spiegel der NS-Akten (Das einsame Gewissen; Beiträge zur Geschichte Österreichs 1938 bis 1945 3). Wien/München 1966.
- Stamprech, Tageszeitung:** Franz Stamprech, Die älteste Tageszeitung der Welt. Werden und Entwicklung der „Wiener Zeitung“. Dokumentation zur europäischen Geschichte. Wien ²1977.
- Stamprech, Staatsdruckerei:** Franz Stamprech, 175 Jahre Österreichische Staatsdruckerei. Entwicklung und Geschichte der Österreichischen Staatsdruckerei. Wien 1979.
- Stärk, Realschule:** Wilhelm Stärk, Geschichte der Dornbirner Realschule. Bregenz 1991.
- Steiner, HJ und BDM:** Fritz Steiner, Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädels im Gau Tirol-Vorarlberg, in: Tirol zwischen Diktatur und Demokratie (1939-1950). Beiträge für Rolf Steininger zum 60. Geburtstag, hg. von Klaus Eisterer. Innsbruck 2002, S. 55-76.
- Steiner, Miterleben:** Ludwig Steiner, Das Miterleben einer historischen Zeit. Als Sekretär von Bundeskanzler Raab in Moskau 1955, in: Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955, hg. von Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Veröffentlichung des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 4). Graz/Wien/München ²2005, S. 817-828.
- Steiner, Verosta:** Ludwig Steiner, Der Diplomat Stephan Verosta, in: Völkerrecht und Rechtsphilosophie. Internationale Festschrift für Stephan Verosta zum 70. Geburtstag, hg. von Peter Fischer/Heribert Franz Köck/Alfred Verdross. Berlin 1980, S. 7-22.
- Steininger, Autonomie:** Rolf Steininger, Autonomie oder Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 2). Innsbruck/Wien/Bozen ²2006.
- Steininger, Staatsvertrag:** Rolf Steininger, Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938-1955. Innsbruck/Wien/Bozen 2005.
- Steininger, Stationen:** Rolf Steininger, 12. November 1918 bis 13. März 1938: Stationen auf dem Weg zum „Anschluß“, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hg. von Rolf Steininger/Michael Gehler. Wien/Köln/Weimar 1997, S. 99-151.
- Stelzl-Marx, Szokoll:** Barbara Stelzl-Marx, Carl Szokoll und die Sowjets: Militärischer Widerstand in Wien 1945, in: Widerstand in Österreich 1938-1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, hg. von Stefan Karner/Karl Duffek (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt Sonderband 7). Graz/Wien 2007, S. 167-194.
- Stoppel, Hitlerjugend:** Manfred Stoppel, „Uns wächst eine herrliche Jugend heran!“ Die Geschichte der Hitlerjugend in Vorarlberg von 1930-1945. Norderstedt 2004.

- Stourzh, Erschütterung:** Gerald Stourzh, Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewusstseins: Vom Zusammenbruch der Monarchie zur Zweiten Republik, in: Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute, hg. von Richard G. Plaschka/Gerald Stourzh/Jan Paul Niederkorn (Archiv für Österreichische Geschichte 136). Wien 1995, S. 289-311.
- Stourzh, Regierung:** Gerald Stourzh, Die Regierung Renner, die Anfänge der Regierung Figl und die Alliierte Kommission für Österreich, September 1945 bis April 1946, in: Bausteine zur Geschichte Österreichs (Archiv für österreichische Geschichte 125). Graz/Wien/Köln 1966, S. 321-342.
- Stourzh, Um Einheit und Freiheit:** Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955. Wien/Köln/Graz ⁴1998.
- Stourzh, Vom Reich zur Republik:** Gerald Stourzh, Vom Reich zur Republik, in: Kontroversen um die österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, hg. von Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 13). Frankfurt/New York ²2008, S. 287-324.
- Stourzh/Zaar, Österreich, Deutschland und die Mächte:** Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938, hg. von Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Österreichische Akademie der Wissenschaften; Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 16). Wien 1990.
- Stuhlpfarrer, Gutachten:** Karl Stuhlpfarrer, Gutachten zum Dokumentarfilm „Die Kärntner Partisanen“ in Zusammenarbeit mit Brigitte Entner, Lisa Retzl und Valentin Simma im Auftrag des ORF, Rechtsabteilung. Klagenfurt 16.08.2002 (www.uni-klu.ac.at/his/downloads/gutachten_.pdf, Abfrage 10.07.2008).
- Suppan, Jugoslawien:** Arnold Suppan, Jugoslawien und der österreichische Staatsvertrag, in: Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, hg. von Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Archiv für österreichische Geschichte 140). Wien 2005, S. 431-471.
- Tänzer, Hohenems:** Aron Tänzer, Die Geschichte der Juden in Hohenems. Meran 1905 (unveränderter Nachdruck Bregenz 1982).
- The Death of Dollfuss:** The Death of Dollfuss. An official history of the revolt of July, 1934, in Austria, translated by Johann Messinger. London 1935.
- Thöni, St. Anton:** Hans Thöni, St. Anton am Arlberg. Entwicklungsgeschichte der Gemeinde. Bludenz 1996.
- Tiefenthaler, Feuer:** Rupert Tiefenthaler, Am Anfang war's nur Feuer. Die Vorarlberger Landes-Versicherung und die Geschichte des Feuerversicherungswesens in Vorarlberg. Bregenz 1995.
- Tiefenthaler, Otten:** Rupert Tiefenthaler, Die Unternehmensgeschichte Josef Otten seit 1941, in: Josef Otten. Eine Firmengeschichte. Von Gebrüder Rosenthal zu Josef Otten. Hohenems 2001, S. 81-97.
- Tončić, Völkerrechtliche Stellung:** Lujo Tončić, Die völkerrechtliche Stellung Österreichs und der Staatsvertrag, in: Vorarlberger Volksblatt 22.01.1947, S. 1-2.
- Tschofen, Vermunt:** Herbert Tschofen, Vermunt – ein Zeitraffer aus Gesehenem und Gehörtem, in: Montfort 58 (2006) 4, S. 242-255.
- Tuma, Territoriale Integrität:** Renate Tuma, Das Problem der territorialen Integrität Österreichs 1945 – 1947 unter besonderer Berücksichtigung der Grenzziehung gegenüber Deutschland, der Tschechoslowakei und Ungarn (Dissertationen der Universität Wien NF 6). Wien 1995.
- Uhl, Gedenken:** Heidemarie Uhl, Gedenken ohne Stachel: Erinnerung an 1938 ist erkaltet, in: Der Standard 08.03.2008, S. 38.
- Uhl, Moskauer Deklaration:** Heidemarie Uhl, Die Moskauer Deklaration und der Umgang Österreichs mit der „Opfer-These“. Referat auf dem Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft „60 Jahre Moskauer Deklaration“ am 25. Oktober 2003, www.klahrgesellschaft.at/Referate/Uhl_2003.html (Abfrage 30.06.2008).

- Uhl, Opfermythos:** Heidemarie Uhl, Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 30 (2001) 1, S. 19-34.
- Uhl, Versöhnung:** Heidemarie Uhl, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluß“ (Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek 17). Wien/Köln/Weimar 1992.
- Ulmer, Klöster:** Andreas Ulmer, Die Klöster und Ordensniederlassungen in Vorarlberg einst und jetzt, in: Veröffentlichungen des Vereines für christliche Kunst und Wissenschaft in Vorarlberg und im Westallgäu (1926) 14/15, S. 10-196.
- Ulmer/Schöch, Dekanat Bludenz:** Andreas Ulmer, Topographisch-historische Beschreibung des Generalvikariats Vorarlberg, Bd. 8/1: Dekanat Bludenz (ehemals Dekanat Sonnenberg), bearb. von Johannes Schöch. Dornbirn 1971.
- Utgaard, Remembering:** Peter Utgaard, Remembering and forgetting Nazism. Education, National Identity, and the Victim Myth in Postwar Austria. New York 2003.
- Vallaster, Bürgermeister:** Erwin Vallaster, Vorsteher, bzw. Bürgermeister von 1861-1965, in: Mitteilungen des Bürgermeisters; Gemeinde Bartholomäberg 4 (1993) Dezember, S. 19.
- Vallaster, Schlagzeilen:** Christoph Vallaster, Schlagzeilen. Vorarlberger Pressegeschichte (Ländle-Bibliothek 4). Dornbirn 1985.
- Varga, Zeitenwende:** Lucie Varga, Zeitenwende. Mentalitätshistorische Studien 1936-1939, hg. von Peter Schöttler (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 892). Frankfurt am Main 1991.
- Veiter, Probleme:** Theodor Veiter, Probleme des „deutschen Eigentums“ in Vorarlberg. Fragen französischer Wirtschaftspolitik in Österreich, in: Berichte und Informationen des Österreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik 3 (1948) 117, S. 1-4 (S. 1965-1968).
- Verdross, Völkerrecht 1937:** Alfred Verdross, Völkerrecht (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften, Abteilung Rechtswissenschaft 30). Berlin 1937.
- Verdross, Völkerrecht 1950:** Alfred Verdross, Völkerrecht (Rechts- und Staatswissenschaften 10). Wien ²1950.
- Verdross, Völkerrecht 1959:** Alfred Verdross, Völkerrecht, unter Mitarbeit von Karl Zemanek (Rechts- und Staatswissenschaften 10). Wien ⁴1959.
- Verdross, Völkerrechtliche Identität:** Alfred Verdross, Die völkerrechtliche Identität von Staaten, in: Festschrift Heinrich Klang zum 75. Geburtstag, hg. von Rudolf Braun/Alfred Verdross/Leopold Werner (Juristische Blätter). Wien 1950, S. 18-21.
- Verosta, Geschichtliche Kontinuität:** Stephan Verosta, Die Geschichtliche Kontinuität des österreichischen Staates und seine europäische Funktion, in: Geschichte der Republik Österreich, hg. von Heinrich Benedikt. München 1954, S. 573-610.
- Verosta, Internationale Stellung:** Die internationale Stellung Österreichs. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 bis 1947, eingeleitet, übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Stephan Verosta. Wien 1947.
- Verosta, Klinghoffers Publikationen:** Stephan Verosta, Hans Klinghoffers Publikationen (1942-1945) über die Okkupation Österreichs durch Deutschland, Österreich als einheitliches Wirtschaftsgebiet und die Europäische Gemeinschaft, in: Festschrift für Hans Klinghoffer, hg. von Ignaz Seidl-Hohenveldern (= Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht, Supplementum 10). Wien/New York 1988 S. 9-14. Wien 1960, S. 1-29.
- Verosta, Verdross:** Stephan Verosta, Alfred Verdross – Leben und Werk, in: Völkerrecht und rechtliches Weltbild. Festschrift für Alfred Verdross, hg. von Friedrich Freiherr von der Heydte u.a. Wien 1960.
- Volaucnik, Feldkirch:** Christoph Volaucnik, Feldkirch 1945 bis 1955, in: Aufbruch in eine neue Zeit. Vorarlberger Almanach zum Jubiläumjahr 2005, hg. von Ulrich Nachbaur/Alois Niederstätter. Bregenz 2006, S. 159-189.

- Volaucnik, Kapuzinerkloster:** Christoph Volaucnik, Das Kapuzinerkloster 1938 bis 1945, in: Das Kapuzinerkloster Feldkirch. Festschrift 2007 (= Rheticus 29 [2003] 2007), S. 61-67.
- Volaucnik, Opfer:** Christoph Volaucnik, Opfer des Nationalsozialismus in Feldkirch, in: Rheticus 20 (1998) 3/4, S. 173-186.
- Vonach, Bundesgymnasium Bregenz 1:** Anton Vonach, Das Bregenzer Gymnasium. Werdegang und Entwicklung 1895-1949. Bregenz 1950.
- Vonach, Bundesgymnasium Bregenz 2:** Anton Vonach, Das Bregenzer Gymnasium, Teil 2: Schule und Leben. Bregenz 1952.
- Vorarlberger Amtskalender 1934, 1937/38:** Vorarlberger Amts-Kalender 1934, 1937/38.
- Walser, Anpassung und Widerstand:** Harald Walser, Anpassung und Widerstand: Vorarlbergs Kirche im NS-Staat, in: Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5). Bregenz 1985, S. 110-126.
- Walser, Bombengeschäfte:** Harald Walser, Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 6). Bregenz 1989.
- Walser, Die letzten Tage:** Harald Walser, Die letzten Tage des Krieges, in: Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5). Bregenz 1985, S. 214-233.
- Walser, Holzer:** Harald Walser, OStR Dr. Josef Holzer. In Memoriam, in: Jahresbericht Gymnasium Feldkirch 2004/05, S. 5.
- Walser, NSDAP:** Harald Walser, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938 (Materialien zur Arbeiterbewegung 28). Wien 1983.
- Walser, Schülerschicksale:** Harald Walser, Schülerschicksale im NS-Staat: Hans Gaberz, Hans Elkan und Karl Lampert, in: Festschrift 350 Jahre Gymnasium Feldkirch, hg. von Harald Walser. Feldkirch 1999, S. 143-154.
- Wanner, Flüchtlinge:** Gerhard Wanner, Flüchtlinge und Grenzverhältnisse in Vorarlberg 1938-1944, in: Rheticus 20 (1998) 3/4, S. 227-271.
- Wanner, Kirche:** Gerhard Wanner, Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg (Schriften zur Vorarlberger Landeskunde 9). Dornbirn 1972.
- Wanner, ÖDW:** Gerhard Wanner, Die Österreichische demokratische Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg, in: 1945. Ende und Anfang in Vorarlberg, Nord- und Südtirol (Informationsbuch 2). Lochau 1986, S. 69-88.
- Wanner, Vorarlberg 1945:** Gerhard Wanner, Vorarlberg 1945. Kriegsende und Befreiung. Feldkirch 1996.
- Wanner, Zeitgeschichte:** Gerhard Wanner, Vorarlberger Zeitgeschichte. Quellen-Darstellung-Bilder. Erste Republik 1918-1938. Feldkirch 1984.
- Weber, Bezirk Bludenz:** Wolfgang Weber, Nationalsozialismus und Kriegsende 1945 in den Vorarlberger Gemeinden des Bezirks Bludenz. Ein Quellenband (Quellen zur Geschichte Vorarlbergs N.F. 2). Regensburg 2001.
- Weber, Bezirk Bregenz:** Wolfgang Weber, NS-Herrschaft am Land. Die Jahre 1938 bis 1945 in den Selbstdarstellungen der Vorarlberger Gemeinden des Bezirks Bregenz (Quellen zur Geschichte Vorarlbergs N.F. 1). Regensburg 1999.
- Weber, Die letzten Tage:** Wolfgang Weber, „Die letzten Tage. Langenegg Kriegsende 1945“. Ein Film von Tone Bechter und Ambivalenzen einer österreichischen Dorfgeschichte in der Mitte des 20. Jahrhunderts, in: Montfort 58 (2006) 2/3, S. 170-178.
- Wedekind, Besatzungs- und Annexionspolitik:** Michael Wedekind, Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik in Norditalien 1943 bis 1945 (Militärgeschichtliche Studien 38). München 2003.
- Werner, Österreich:** Leopold Werner, Das Österreich vom 13. März 1938 und vom 27. April 1945. Eine Untersuchung über das Problem der Kontinuität oder Diskontinuität der österreichischen Rechtsordnung, in: Juristische Blätter 68 (1946) 1, S. 2-7.

- Werner, Wiedererstehen:** Leopold Werner, Das Wiedererstehen Österreichs als Rechtsproblem. Ein staatsrechtlicher Rückblick, in: Juristische Blätter 68 (1946) 5, S. 85-93, und 68 (1946) 6, S. 105-108.
- Werner, Wiedererstehen-Nachwort:** Leopold Werner, Das Wiedererstehen Österreichs als Rechtsproblem. Nachwort; zugleich ein staatsrechtlicher Rückblick auf das Jahr 1946, in: Juristische Blätter 69 (1947) 7, S. 137-145, und 69 (1947) 8, S. 161-164.
- Widerstand und Verfolgung in Tirol 2:** Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945. Eine Dokumentation. Wien/München 1984, Bd. 2. Wien/München 1984.
- Weinzierl, Zeitgeschichte:** Erika Weinzierl, Zeitgeschichte in der Krise?, in: Kontroversen um die österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, hg. von Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 13). Frankfurt/New York ²2008, S. 132-149.
- Wienzierl, Widerstand:** Erika Weinzierl, Widerstand, Verfolgung und Zwangsarbeit 1938-1945, in: Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hg. von Rolf Steininger/Michael Gehler. Wien/Köln/Weimar 1997, S. 411-463.
- Wirthensohn, Schwarz:** Ernst Wirthensohn, OStR Prof. Artur Schwarz, in: Jahresbericht Bundesgymnasium Bregenz-Blumenstraße 1996/97, S. 130-132.
- Zeiner, Vereinshaus:** Agnes Maria Zeiner, Das Vereinshaus Dornbirn als Ort der gesellschaftlichen Begegnung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Dornbirner Schriften 33. Dornbirn 2007, S. 9-164.
- Zwei neue Oberstudienräte:** Zwei neue Oberstudienräte, in: Jahresbericht Bundesgymnasium Bregenz-Blumenstraße 1966/67, S. 67-68.

Fotos

- S. 19: Grenzübergang Unterhochsteg 1945 (Archiv der Landeshauptstadt Bregenz: ECPA).
- S. 31: Bundespräsident Renner und Altbundeskanzler Ender 1947 in Andelsbuch (Anton Ilg, Dornbirn: Fotoalbum Ulrich Ilg).
- S. 45: Stephan Verosta, Die internationale Stellung Österreichs 1938 bis 1947 (Vorarlberger Landesarchiv).
- S. 57: „Vorarlberger Nachrichten“ 16. Mai 1955 (Vorarlberger Landesarchiv).
- S. 57: Österreichische Delegation auf der Botschafterkonferenz in Wien im Mai 1945 (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien: VGA E7/47 [Österreichische Nationalbibliothek: Bildarchiv]).
- S. 63: Rotbuch 1919 (Vorarlberger Landesarchiv).
- S. 73: Bundeskanzler Figl 1946 zu Besuch in Vorarlberg (Anton Ilg, Dornbirn: Fotoalbum Ulrich Ilg).
- S. 79: Rot-Weiß-Rot-Buch 1946 (Vorarlberger Landesarchiv).
- S. 85: Red-White-Red-Book 1946 (Vorarlberger Landesarchiv).
- S. 87: „Vorarlberger Volksblatt“ 1. Februar 1947 (Vorarlberger Landesarchiv).
- S. 87: Außenminister Gruber im November 1947 in London (Österreichische Nationalbibliothek: Bildarchiv Pz 1947/XI/23/London/1/1).
- S. 97: Gesandter Wildmann 1948 bei Bundesrat Petitpierre (Staatsarchiv des Kantons Bern: FN Nydegger, Nr. 1339).
- S. 124: Landeshauptmann Ilg und Bundespräsident Schärp 1958 in Bregenz (Anton Ilg, Dornbirn: Fotoalbum Ulrich Ilg).
- S. 198: Die Besetzung Vorarlbergs 1945 (Portisch, Österreich II).

Orts- und Personenregister mit Kurzbiographien

Bei den Orten (Normaldruck) wurden „Österreich“ und „Vorarlberg“ nicht aufgenommen.

Als Personen (Fettdruck) sind Menschen, Unternehmen, Vereine, Parteien und deren Gliederungen sowie Ordensgemeinschaften berücksichtigt.

Aberer, Wilhelm, Rankweil 221

Adam, Walter (* 06.01.1886 Klagenfurt, † 26.02.1947 Innsbruck), 1912–1924 Berufsoffizier (Oberst des Generalstabes), 1924–1934 stellvertretender Chefredakteur der christlichsozialen „Reichspost“, 1934–1938 Bundeskommissär für Heimatdienst, 1934–1936 VF-Generalsekretär, 1934–1936 Mitglied des Staatsrats, 1937–1938 Chef des Bundespressedienstes, 1938–1943 KZ Dachau, „Ostmarkverbot“, starb geschwächt an Tuberkulose 52, 54, 55

Adamovich, Dr. iur. Ludwig, senior (* 30.04.1890 Esseg/Slawonien, heute Osijek/Kroatien, † 23.09.1955 Wien), 1926–1928 Universitätsprofessor in Prag, 1928–1934 in Graz und 1934–1938 in Wien, 1934–1938 Mitglied des Staatsrates und des Bundestages, 1938 Bundesminister für Justiz (Regierung Schuschnigg IV), 1938 Enthebung von allen Ämtern und Pensionierung, 1945–1947 Rektor der Universität Wien, 1946–1955 Präsident des Verfassungsgerichtshofs 43, 46, 108

Adler, Friedrich (* 09.07.1879 Wien, † 02.01.1960 Zürich), sozialdemokratischer Politiker und Publizist, 1916 Ermordung des Ministerpräsidenten Karl Graf Stürkh, 1918 begnadigt, 1923–1940 Sekretär der Internationale der Sozialistischen Arbeiterparteien (II. Internationale), 1940 Emigration in die USA, 1946 Rückkehr nach Zürich, Sohn Victor Adlers 26, 92, 93

Adlwang (Oberösterreich) 312

Adria 176

Änulat, Reichslastverteiler 269

Alberschwende 168, 276

– Fischbach 276

– Müselbach 282

Albrecht, Anton (* 31.05.1895 Schoppernau), Bauer, Holzarbeiter, SA-Obertruppführer in Schoppernau 297
Alfenzbrücken 239

Alge, Rupert (* 19.09.1888 Rankweil, † 24.11.1951 Rankweil), bis 1938 Zollamtsleiter in Gaißau 216, 218
Algier 16

Allgäu (Bayern) 32, 197, 198, 303

Alster, Franz Rudolf (* 14.04.1913 Dornbirn, † 14.04.1996), Weber, Buchhalter, illegaler SS-Mann in Dornbirn 347

Altach 158, 168, 169, 192, 193, 202, 209

Althaus, Josef (* 09.10.1904 Fischen im Allgäu/Bayern, † 25.04.1976 Mittelberg-Riezlern), ab 1929 Gastwirt („Sternen“) in Riezlern 303

Altmann, Dr. iur. Karl (* 08.01.1904 Wien, † 29.12.1960 Wien), 1927–1938 Beamter des Stadtmagistrats Wien, 1945 Unterstaatssekretär im Staatsamt für Justiz (KPÖ), 1945–1947 Bundesminister für Elektrifizierung und Energiewirtschaft 35, 68, 70, 83, 170, 173, 177, 178, 179, 180, 183, 182, 191
Alvierbrücke 241

Amann, Julius, Postmeister in Wolfurt 205

Amann, Karl (* 03.11.1889 Düns, † 27.04.1969 Rankweil), Gendarmerierayonsinspektor in Rankweil, 1938 zwangspensioniert (§ 4 Abs. 1 BBV), 1945 rehabilitiert und aus gesundheitlichen Gründen pensioniert 215

Ammann, Jakob (* 12.06.1881 Rankweil, † 29.09.1955 Rankweil), Kaufmann in Rankweil, 1944 inhaftiert, 1945 Mitglied des provisorischen Gemeindevorstandes der Marktgemeinde Rankweil 217, 220
Amsterdam 26

Andelsbuch 31, 168, 240

Anwander, Gebhard, Heimatforscher, nationalsozialistischer Aktivist in Wulfurt 204

Arlberg, –pass, –straße, –bahntunnel 195, 197, 199, 200, 201, 235, 246, 306

Au (Vorarlberg) 11, 168, 292, 293, 295, 296, 297, 298, 299

– Alpe Tobel 298

– Hotel Krone 297, 298

– Vorsäß Boden 296, 298

Aufbaufonds- Vermögensverwaltungsgesellschaft, Firma, Wien 343, 339

Augenthaler, Dr., Rotbuch-Beauftragter der Landeshauptmannschaft Tirol 162

Augsburg (Bayern) 229

Bacher, österreichischer Wehrmachtsoffizier, Mitarbeiter der Widerstandsgruppe O5 228, 229

Baden (Deutschland) 295

Baden (Niederösterreich) 12

Bader, Peter, Oberwachtmeister der Gendarmeriereserve, Au 297, 298

Badoglio, Pietro (* 28.09.1871 Grazzano Monferrato/Italien, † 01.11.1956 Grazzano Monferrato), 1916 stellvertretender Generalstabschef der italienischen Armee, 1919 Senator, zunächst Gegner Mussolinis, 1924–1929 Generalstabschef der italienischen Streitkräfte, 1926 Marschall von Italien, 1929–1933 Generalgouverneur in Libyen, 1935–1936 Unterwerfung Äthiopiens, 1940 Gegner des Kriegseintritts an der Seite des Deutschen Reichs, später Rücktritt als Generalstabschef, 1943–1944 nach Mussolinis Sturz erster Ministerpräsident, Waffenstillstand mit den Alliierten 388

Bähr oder **Bährle**, Wehrmachtsoffizier 269

Bailer(-Galanda), Mag. rer. soc. oec. Dr. phil. Brigitte (* 05.03.1952 Wien), seit 1979 Mitarbeiterin und seit 2004 wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes 110

Baldauf, Josef (* 09.04.1895 Doren, † 15.05.1965 Doren), Bauer, 1922–1940 und 1945–1960 Vorstandsmitglied, ab 1950 Obmann des Musikvereins Doren, 1936–1946 Vorstandsmitglied der Vereinsnennerei Doren-Sulz, 1931–1939 und 1950–1957 Obmann der Elektrizitätsgenossenschaft Weißbachtal, 1945 Obmann der Widerstandsbewegung in Doren, ab 1945 Organisationsreferent und 1955–1965 Obmann der ÖVP-Ortsgruppe Doren, Berichterstatter des „Vorarlberger Volksblatts“ und der „Vorarlberger Nachrichten“ 274, 276

Baldauf, Dr. phil. Oskar (* 30.03.1892 Feldkirch, † 29.12.1963 Weißenburg in Bayern), Landesschulinspektor, 1920–1933 Lehrer am Bundesgymnasium Bregenz, 1933 freiwillig aus dem Bundesdienst ausgeschieden, 1933–1938 in Deutschland, 15.03.1938–30.11.1940 Landesschulinspektor und geschäftsführender Landesschulratspräsident, 1941–1945 Direktor der Lehrer- und Lehrerinnenanstalt Innsbruck, 1945 aus dem Staatsdienst entlassen 371, 385, 386

Balderschwang (Bayern) 278

Barbisch, Otto (* 19.06.1895 Rankweil, † 11.10.1964 Rankweil), Ofensetzer in Rankweil, 1945 als Geisel verhaftet 217, 221

Bargehr, Max, Hauseigentümer in Bludenz-Bings 239

Barmherzige Schwestern vom heiligen Kreuz, Orden, Ingenbohl (Bludenz, Feldkirch) 240, 390, 391

Barmherzige Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul, Orden, Innsbruck und Zams (Bartholomäberg, Bezau) 258, 261, 288, 289

Bartholomäberg 11, 136, 168, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261

– Innerberg 260

Basel 195

Bauer, Dr. iur. Otto (* 05.09.1881 Wien, † 05.07.1938 Paris), führender Ideologe des „Austromarxismus“, Publizist, 1918–1934 stellvertretender Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei

(SDAP), 1934–1938 Exil in Brünn, Gründung des „Auslandsbüros der österreichischen Sozialdemokraten“ (ALÖS), 1938 Flucht nach Paris, gemeinsam mit den Revolutionären Sozialisten Gründung der „Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten“ (AVOES), Herausgeber der Zeitung „Der sozialistische Kampf“ 25

Bauernkammer für Vorarlberg 327, 340

Bayerische Leichtmetallwerke, Firma, Lochau 352

Bayern 18, 20, 32, 82, 183, 193, 278, 279, 292, 295, 300, 304

Bayern Ostallgäu 303

Bayern Westallgäu 32

Bechter, Adolf, Gastwirt im Lanzenbachtal 279

Bechter, Dr. iur. Gebhard 11

Beck, Emil (* 18.12.1900 Ischgl/Tirol), Techniker, 1938–1945 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Wolfurt 205

Becker, Dr. Hans (* 1895 Pola/Küstenland, heute Pula/Kroatien, † ermordet 16.12.1948), bis 1927 als Bauingenieur in Paraguay, 1933 Mitarbeiter im Referat für Heimatdienst, Leiter des VF-Propagandareferats, 1938–1940 KZ Mauthausen, 1941–1945 Führungspersönlichkeit der bürgerlichen Widerstandsbewegung („Österreichisches Zentralkomitee“, dann „05“), 1945 erneute Verhaftung, 1946–1948 österreichischer Geschäftsträger in Chile 56, 58, 61, 71

Beer, Pius (* 17.03.1879 Au, † 21.08.1949 Au), 1929–1938 Bürgermeister von Au (CSP, VF), 1940 in Gestapo-Haft, 1945–1946 Bürgermeister von Au 292, 293, 298, 299

Benedikt XV. (bürgerlich Giacomo della Chiesa) (* 21.11.1854 Genua, † 22.01.1922 Rom), 1914–1922 Papst 224

Benedikt, Dr. phil. Heinrich (* 30.12.1886 Wien, † 26.12.1981 Wien), Historiker, 1946–1959 Professor an der Universität Wien, 1958–1962 Vorstand des Instituts für Zeitungswissenschaften der Universität Wien 119

Benediktiner, Orden (Gallusstift Bregenz) 160

Benité, Joseph Martial, französischer Offizier, 1945–1946 Militärgouverneur des Bezirks Bregenz 128

Benzer, Dr. phil. Arnulf (* 15.12.1910 Bregenz), Landesbeamter, 1945–1948 Mitarbeiter, 1949–1977 Leiter der Abteilung Kultur im Amt der Vorarlberger Landesregierung 160

Berchtesgaden (Bayern) 294

Berchtold, Wilhelm (Willi) (* 26.02.1901 Götzis, † 21.10.1974 Feldkirch), 1935–1936 Schulleiter der Volksschule Rankweil-Brederis, 1936–1943 und 1951–1961 Lehrer an der Volksschule Rankweil-Markt 221

Berger, Heinrich (* 13.09.1905 Feldkirchen an der Donau/Oberösterreich), Bauer, 1940 Wirt in Partenen (Gasthaus „Sonne“), 1943 Platzmeister der Fa. Kunz & Co in Partenen, 1943–1945 Bürgermeister von Gaschurn 267

Berger, Dr. med. Mathilde, geb. Bösch (* 28.08.1898 Dornbirn), 1924 Promotion an der Universität Innsbruck, 1938 Emigration von Graz nach New York, 1942 ausgebürgert, 1945–1949 Organisation der „Amerikahilfe“ für Vorarlberg, Frau des Wilhelm Berger 330, 334, 335, 336

Berger, Dr. med. Wilhelm, später: William Victor (* 09.05.1889 Innsbruck-Wilten, † 17.03.1969 Abano/Italien), 1927 außerordentlicher Universitätsprofessor in Innsbruck, 1928–1931 Primar am Landeskrankenhaus Salzburg, 1931–1939 ordentlicher Universitätsprofessor in Graz, 1939 Emigration, 1940–1945 Arbeit an der Columbia University New York, 1942 ausgebürgert und enteignet, 1945–1959 Assistenzprofessor an der New York University School of Medicine, Mann der Mathilde Berger 334, 335

Berger, Wilhelm, später auch: William, Bill (* 20.06.1928 Innsbruck, † 02.10.1993 Los Angeles/USA), Schauspieler (Italowestern), 1942 ausgebürgert, Sohn von Wilhelm und Mathilde Berger 335
Berkeley (Kalifornien, USA) 37

Berlin 40, 175, 225, 305, 317, 318, 337, 338, 340, 342, 343, 344, 356, 357

Bern 12, 96, 97

Bernard, Hans, Elektriker, 1938–1945 NSDAP-Kreisleiter von Landeck, 1939–1940(1941?) zugleich NSDAP-Kreisleiter von Bludenz 195, 268

Beromünster (Luzern, Schweiz) 315

Bertel, Ludwig (* 10.01.1926 Langenegg), Bauer, Musiker, Komponist, 1946–1986 Kapellmeister des Musikvereins Langenegg 11, 281, 284

Béthouart, Marie Émile Antoine (* 17.12.1889 Dôle/Frankreich, † 17.10.1982 Fréjus/Frankreich), General, 1944–1945 Kommandant des 2. Armeekorps der 1. französischen Armee, 1945–1950 französischer Oberstkommandierender und Militärischer Kommissar (ab 1946 Hochkommissar) in Österreich, 1955–1971 Senator 19, 197, 237

Bezau 129, 159, 166, 167, 168, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 298, 310

– Alpe Seefluh 288

– Greben, Ölberg 291

Bildstein 168

Bischof, Franz (* 06.01.1901 Thüringerberg, † 18.10.1990 Lochau), Tierarzt in Rankweil 216

Bischof, M.A. Mag. phil. Ph.D. Günter (* 1953 Mellau), Professor für Geschichte und Direktor des Center for Austrian Culture and Commerce der University of New Orleans 49, 103, 107

Bischoff, Norbert (* 26.11.1894 Wien, † 30.06.1960 Wien), österreichischer Diplomat, 1933–1938 in Ankara, 1933–1938 in Paris, 1938 entlassen, Emigration nach Frankreich, 1945–1946 Leiter der Abteilung Auswärtige, Kultur- und Wirtschaftspolitik im Außenamt, 1946 Politischer Vertreter in Paris, 1947–1960 Politischer Vertreter, ab 1953 Botschafter in Moskau 43

Bitschnau, Viktor (* 05.01.1924 Bartholomäberg, † 14.09.1940 Reservelazarett Gaisbühel Bludesch), Soldat, Bartholomäberg 260

Bitschnau, Dr. iur. Wolfram (* 30.12.1921 Feldkirch), Bundesgymnasium/Oberschule für Jungen Feldkirch, 1939/40 in Gestapo-Haft, 1940–1941 Reichsarbeitsdienst, 1941–1945 Wehrmacht, 1945–1948 Jusstudium in Innsbruck, 1948–1957 Rechtsanwalthanwärter und Rechtsanwalt in Innsbruck, 1958–1987 Rechtsanwalt und Leiter der Rechtsabteilung von Brown Boveri in Wien, Legitimist, Rechtsvertreter der Familie Habsburg-Lothringen, 1949 Mitbegründer des VdU 232, 233

Bitz, Ing. Carl, Karl (* 01.11.1877 Basel, † 20.02.1966 Bregenz), 1915–1927 Leitung der Elektra Bregenz, ab 1927 Unternehmer (Technisches Büro) in Bregenz, 1927–1939 Schweizer Honorar-Konsularagent, 1939–1946 Honorar-Konsul und 1946–1962 Konsul in Bregenz, Präsident des Schweizervereins in Vorarlberg, Aufsichtsrat der Vorarlberger Kraftwerke AG 193, 195

Bizau 168

Blaickner, Mag. phil. Gerhard 11

Blank, Konrad (* 23.02.1894 Sulzberg, † 07.09.1959), 1930–1948 Direktor der Volksschule Bezau, 1943–1948 Direktor der Hauptschule Bezau 287, 291

Blinzig, Arbeitsamt Bregenz 356

Blons 168

Bludenz 129, 136, 159, 166, 167, 168, 194, 209, 210, 235, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 244, 245, 246, 247, 250, 253, 254, 255, 256, 259, 260, 261, 263, 267, 270, 272, 273, 341, 349, 354, 356, 361, 365

– Bings 239

– Brauerei Fohrenburg 241, 272

– Brücken 241

– Denert und Pape 239

– Gefängnis 244, 260, 273

– Glasbühel 239

– Kapuzinerkloster 240

- Landwirtschaftsschule 240
 - Marienheim 240
 - Oberschule für Jungen 240
 - Pension Fraßen 241
 - Rungelin 261
 - St. Leonhard 239
 - St. Peter 240
 - Südtirolersiedlung 239
- Bludesch 168
- Gais Degerdon 239
 - Gaisbühel 127, 169
- Blühdorn**, Dr. iur. Rudolf (* 1887, † 1967), österreichischer Diplomat, 1910 Eintritt in den Staatsdienst, 1930–1938 Mitarbeiter in der Völkerrechtsabteilung des Außenamtes, Habilitation für Völkerrecht an der Universität Wien, 1939 wegen jüdischer Abstammung zwangspensioniert, 1945–1946 stellvertretender Leiter (Referat Völkerrecht), 1946–1947 Leiter der Abteilung Rechtsdienst, 1948–1952 Leiter der Abteilung Völkerrecht im Außenamt 39, 40, 43
- Bobleter**, Dr. phil. Karl (* 04.01.1878 Feldkirch, † 30.04.1957 Feldkirch), 1926–1938 Direktor des Bundesgymnasiums Feldkirch, März 1938 Dienstenthebung und Zwangspensionierung, 1939–1944 als Lehrer der Städtischen Kaufmännischen Wirtschaftsschule Feldkirch verpflichtet, 1945 rehabilitiert und pensioniert 127, 169, 385
- Bock**, Dr. iur. Fritz (* 26.02.1911 Wien, † 12.12.1993 Wien), Wirtschaftstreuhandler, 1935–1938 stellvertretender Bundeswerbeleiter der VF, 1938–1939 KZ Dachau, 1945–1947 Geschäftsführer des ÖVP-Generalsekretariats, 1947–1953 Generalsekretär des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, 1949–1953 und 1956–1962 Abgeordneter zum Nationalrat, 1952–1955 Staatssekretär im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, 1966 Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, 1956–1966 Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, 1966–1968 Vizekanzler und Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, 1946 Obmann des KZ-Verbandes, 1946–1948 Präsidiumsmitglied Bundes der politisch Verfolgten – Österreichischer Bundesverband, 1948–1955 Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten 61
- Bodensee 195, 197, 246
- Böhler**, Engelbert (* 11.01.1898 Bregenz oder Zürich, † 01.01.1975), Arbeiter, Heizungstechniker, später Buchhalter, im spanischen Bürgerkrieg Freiwilliger der Internationalen Brigaden, ab 1939 im KZ Dachau, später im KZ Flossenbürg interniert 159
- Böhler**, Engelbert, Bildstein („Kreuzwirts“) 159
- Böhler**, Hermann, Altbürgermeister von Doren 11, 274, 276
- Böhmen (heute Tschechien) 91
- Bolgenach 168
- Bonn (Nordrhein-Westfalen) 59, 98, 99, 102
- Bonn**, Elise geb. Brunner, Frankfurt am Main, Tochter des Marco Brunner 345
- Bonn**, Dr. Moritz 345
- Bösch**, Friedrich (* 04.09.1873 Lustenau, † 14.12.1936 Graz), Stickereifabrikant, Mann der Katharina
- Bösch**, Vater der Mathilde Berger 334
- Bösch**, Katharina, geb. Hollenstein (* 30.12.1869 Dornbirn, † 07.04.1941 München), Frau des Friedrich Bösch, Mutter der Mathilde Berger 334, 336
- Boss**, Dipl.-Ing. Romedius, Romed (* 27.01.1898 Bregenz, † 22.07.1982 Schruns), 1923–1929 Angestellter der AEG Wien, 1929–1938 Betriebsleiter des Kraftwerks Vermunt der Vorarlberger Illwerke, 1938–1943 Betriebsleiter Obervermunt und Rodund I, 1943–1968 Leitung der Werkgruppe Obere Ill / Lünensee, 1945 führend an der Rettung der Werksanlagen beteiligt 263, 264, 268, 269, 270

- Botz**, Dr. phil. Gerhard (* 14.03.1941 Schärding), 1980–1997 Professor für Österreichische Geschichte an der Universität Salzburg, seit 1997 für Zeitgeschichte an der Universität Wien, 1982 Gründer und seither Leiter des Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft Wien–Salzburg 116, 132
- Bozen (Südtirol) 233
- Brand 136, 168, 241, 250, 252, 253, 254, 278
- Alpe Brüggele 254
 - Alpe Innerpalüd 254
 - Alpe Zalim 254
- Brändle**, Franz, Meiningen 226
- Branner**, Alfons (* 03.03.1895 Rankweil, † 28.11.1964 Rankweil), Tischlermeister in Rankweil, 1943 inhaftiert, 1945 Standschütze und Widerstandskämpfer 217, 223, 224
- Brasilien 38, 378
- Braun**, Reinhold (* 21.09.1915 Bregenz, † gefallen 12.09.1939 bei Lodzinka/Polen), Schüler des Bundesgymnasiums Bregenz, 1930/31 4. Klasse, Matura an der Oberschule Ravensburg 380
- Braunsberg/Brušperk (Tschechien) 316, 317
- Bregenz 11, 32, 60, 94, 124, 125, 127, 128, 129, 150, 152, 153, 155, 156, 158, 159, 160, 165, 166, 167, 168, 169, 193, 194, 195, 196, 197, 202, 203, 205, 207, 208, 209, 210, 212, 214, 227, 229, 230, 237, 240, 241, 242, 255, 261, 267, 271, 274, 275, 277, 280, 281, 287, 291, 292, 293, 296, 298, 299, 300, 301, 303, 307, 310, 313, 320, 341, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 358, 361, 365, 372, 374, 375, 376, 377, 378, 380, 381, 382, 386, 390, 394, 395
- Fluh 168
 - Gallusstift 160, 377
 - Gefangenenhaus 209, 210, 216, 217, 224, 259
 - Grenzpolizeikommissariat (Gestapo) 210, 224, 254, 275, 337
 - Hotel Weißes Kreuz 274, 275
 - Klausse 196, 197, 198, 230
 - Kronhalde 206
 - Marienberg 374, 375, 377, 378
- Bregenzerach, –brücken 197, 198
- Bregenzerwald 129, 197, 199, 200, 278, 279, 281, 285, 287, 288, 291, 292, 296, 299
- Bregenzerwälder Feuerversicherung**, Firma 288
- Broszat**, Dr. phil. Martin (* 14.08.1926 Leipzig, 14.10.1989 München), 1972–1989 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 132
- Brüder der Christlichen Schulen**, Schulbrüder, Orden (Feldkirch) 390, 391, 392
- Brünn/Brno (Tschechien) 317
- Brugger**, Josef (* 16.10.1913, † gefallen 01.08.1943 Schumjatschi/Russland), nationalsozialistischer Aktivist in Wolfurt, Feldwebel der deutschen Wehrmacht 204
- Brunner**, Dr. phil. Anton (* 20.04.1904, † 17.10.1966 Bregenz), Gymnasiallehrer, 1928–1938 am Bundesgymnasium Bregenz, 1934 Schulführer Österreichische Staatsjugend und ÖJV, 16.09.1938 Dienstenthebung, Strafversetzung, 1939–1945 Oberschule für Jungen Dornbirn, Sommer 1940 Militärdienst, 1945–1961 Bundesgymnasium Bregenz, ab 1945 große Verdienste als „Heimkehrervater“ 381
- Brunner**, August (* 1847), Fabrikant in Triest, Sohn des Marco Brunner 345
- Brunner**, Felix 345
- Brunner**, Felix Robert 345
- Brunner**, Heinrich (* 18.05.1886 St. Gallen/Schweiz) 329, 344, 345

Brunner, Heinrich 345

Brunner, Heinrich, Küfermeister, Gemeinderat in Höchst 213, 309

Brunner, Luzian, Bankier in St. Gallen, Sohn des Marco Brunner 345

Brunner, Marco (* 28.09.1817, † 18.07.1888), Kaufmann und Bankier in Hohenems und St. Gallen 345
 Buch 168, 204, 298, 209, 211, 276
 Buchenwald (KZ bei Weimar, Thüringen, Deutschland) 209, 260
 Buchs (St. Gallen, Schweiz) 312
 Budapest 59

Bürgel, Arbeitsamt Bregenz 356

Bürs 11, 136, 168, 237, 241, 242, 243, 245, 246, 247
 – Lünerseefabrik (Stalag) 246

Bürserberg 168, 209, 252

Büsel, Josef (Sepp) (* 30.01.1921 Möggers, † 16.02.1999 Bregenz), zählte zum Kern eines Kreises katholischer Jugendlicher, die in Opposition zum Nationalsozialismus standen, als Gymnasiast im Oktober 1938 illegale Aktivität der verbotenen Katholischen Studentenverbindung „Kustersberg“ Bregenz, 1940 Einberufung zu den Gebirgsjägern nach Landeck (Abgangszeugnis mit Reife Klausel), Wehrdienst bis 25.04.1945, ab Jänner 1945 aktives Mitglied der Widerstandsbewegung, 1945/46 Mitglied der Landesleitung der Österreichischen Demokratischen Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg, 1945–1947 Mitarbeiter im Landesernährungsamt, 1947–1970 Mitarbeiter Landwirtschaftskammer Vorarlberg (ab 1966 leitender Angestellter der Sektion land- und forstwirtschaftliche Dienstnehmer), 1971–1976 Geschäftsführer des Instituts für Sozialdienste 127, 169

Bulgarien 13, 29, 69, 103

Bund der politisch Verfolgten – Österreichischer Bundesverband 61, 191

Bund der Reichsdeutschen, Land Vorarlberg 159, 213, 302

Bund deutscher Mädchen (BdM) 339

Bund reichsdeutscher Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener in Vorarlberg 159

Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus 61

Bundesverband österreichischer KZler, Häftlinge und politisch Verfolgter („KZ-Verband“) 61, 109
 Burgenland 120, 161

Burtscher, Franz 11

Burtscher, Josef (* 09.05.1901 Bludenz, † 11.11.1960), 1928–1939 Frömmesser in Bürs, 1939–1960 Pfarrer in Möggers 244

Burtscher, Dr. phil. Guido (* 11.12.1888 Bludenz, † 04.05.1968 Bludenz), Gymnasiallehrer, 1919–1943 und 1944/45 Lehrer am Bundesgymnasium/Oberschule für Jungen Feldkirch, 1943 Strafversetzung an die Oberschule für Jungen Dornbirn, 1945/46 provisorischer Direktor und 1946–1953 Lehrer am Bundesrealgymnasium Bludenz 387

Burtscher, Dr. med. Theodor (* 20.02.1916 Bregenz, † gefallen 18.01.1943 am Ladogasee/Russland), Schüler des Bundesgymnasiums Bregenz–zur 7. Klasse 1933/34, später Arzt 380

Buschbeck, Professor, Schwager des Wilhelm Engerth 186

Butzerin, Edmund (* 13.02.1904 Bürs, † 14.12.1995), 1929–1938 Volksschullehrer in Bürs, 1939–1940 Lehrer in Raggal-Marul und Raggal-Litze, 1940–1941 Schulleiter in Sonntag, 1941–1945 Wehrmacht, 1945–1969 Schulleiter in Bürs, Ehrenringträger der Gemeinde Bürs 245

Canaval, Dr. Gustav, Rotbuch-Beauftragter der Landeshauptmannschaft Salzburg 162

China 28

Christliche Demokratische Union Deutschlands (CDU) 101

Christlichsoziale Partei (CSP) 52, 174, 276

- Churchill**, Sir Winston (* 30.11.1874 Woodstock/Großbritannien, † 24.01.1965 London), britischer Politiker, ab 1905 mit Unterbrechungen zahlreiche Regierungsjahre, 1939–1940 erneut Erster Lord der Admiralität, 1940–1945 Premierminister und Kriegsminister, 1945–1951, Oppositionsführer, 1951–1955 Premierminister, 1953 Nobelpreis für Literatur 14, 20
- Clark**, Mark Wayne (* 01.05.1896 Madison Barracks/New York, † 17.04.1984 Charleston/USA), General, 1942 Stabschef der US-Landstreitkräfte in Nordafrika, 1943 Oberkommandierender der 5. US-Armee, 1944 der 15. britisch/amerikanische Armeegruppe, 1945–1947 US-Hochkommissar in Österreich und Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen, 1952/53 Oberkommandierender der UN-Streitkräfte in Korea 34
- Crusiz**, Dr. Othmar, Rotbuch-Beauftragter der Landeshauptmannschaft Steiermark 162
Dachau (Bayern) 311
– KZ 54, 55, 60, 96, 158, 159, 178, 192, 209, 210, 216, 260, 275, 305, 395
Dalaas 168, 239, 259, 262, 267
– Spullerseewerk 310
– Wald am Arlberg 239
Damüls 168, 292, 297
Dänemark 175
- De Gaulle**, Charles (* 22.11.1890 Lille/Frankreich, † 09.11.1970 Colombey-les-Deux-Églises/Frankreich), Berufsoffizier, General, 1940 Gründung des Komitees „Freies Frankreich“, Chef der „Freien Französischen Streitkräfte“ und des „Nationalen Verteidigungskomitees“, 1945–1946 Ministerpräsident der provisorischen Regierung Frankreichs, 1958–1959 Ministerpräsident, 1959–1969 Staatspräsident („Fünfte Republik“) 16
- De Hesdin**, René (* 1890, † 1960), General, 1944–1945, Kommandant 4. Marokkanische Gebirgsdivision, 1945 Truppenkommandant und provisorischer Militärgouverneur von Vorarlberg (Feldkirch); 1945 Truppenkommandant französische Zone (Innsbruck), 1945–1946 Truppenkommandant Österreich (Wien) 19, 123
- De Lattre de Tassigny**, Jean (* 02.02.1889 Mouilleron-en-Preds/Frankreich, † 11.01.1952 Paris), General, 1943–1945 Kommandant der 1. französischen Armee (bis 1944 „B-Armee“), 1945 französischer Vertreter im Alliierten Kontrollrat für Deutschland, 1945–1947 Generalinspekteur der Armee und Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte der Westunion, 1948–1950 Oberbefehlshaber der Westunion, 1950–1952 Hochkommissar und Oberbefehlshaber in Französisch-Indochina 19
Deferegggen (Tirol) 260
- Degerdon**, Firma, Bludesch 239
- Dehoff**, Dr. Bruno, Leiter des Arbeitsamts Bregenz 356
- Demarki**, Robert 11
Den Haag 97
- Denert & Pape**, Firma, Bludenz 239
- Deutsche Arbeitsfront (DAF)** 288, 327, 328, 331, 333, 334, 338, 340, 341, 342, 344
- Deutscher Schulverein** 159
- Deutscher Schulverein Südmark** 159
- Deutschland, Deutsches Reich 14, 15, 17, 20, 21, 22, 23, 25, 29, 38, 39, 40, 43, 44, 46, 47, 48, 53, 56, 64, 66, 77, 80, 81, 82, 88, 91, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 120, 139, 144, 183, 193, 196, 204, 221, 222, 223, 225, 238, 239, 244, 256, 257, 258, 264, 265, 266, 275, 277, 278, 279, 280, 290, 293, 294, 295, 298, 300, 301, 302, 303, 311, 312, 317, 325, 327, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 338, 339, 341, 348, 352, 353, 355, 356, 357, 360, 361, 362, 363, 366, 367, 369, 373, 386, 388, 395
- Dietrich**, Albert (* 15.04.1910 Rankweil, † 01.10.1978 Feldkirch), kaufmännischer Angestellter in Rankweil 220
- Dietrich**, Eduard (* 14.10.1903 Bludenz, † 25.03.1986 Bludenz), 1918–1945 Bediensteter der Stadt Bludenz, ab 1943 Leiter der „Expositur Nüziders“, 1945–1970 Bürgermeister von Bludenz 237, 241

- Dietz**, Pater Philipp, C.P.P.S. (* 29.03.1891 Saarbrücken), Missionar vom kostbaren Blut in Rankweil, im April 1946 nach Lindenberg im Allgäu abgemeldet, beerdigt in Kufstein 221
- Dollfuß**, Dr. iur. Engelbert (* 04.10.1892 Texingtal/Niederösterreich † ermordet 25.07.1934 Wien), Politiker (CSP, VF), 1931–1934 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, 1932–1934 Bundeskanzler und Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, schaltete 1933 das Parlament aus, 1933 Verbot der NSDAP und der KPÖ, 1934 Verbot der SDAP, ließ als einzigen politischen Willensträger nur noch die Vaterländische Front als Sammelbewegung gegen den Nationalsozialismus zu, 1934 Errichtung eines autoritären „Ständestaats“, Ermordung durch nationalsozialistische Putschisten 27, 48, 52, 56, 65, 94, 112, 114, 123, 125, 131, 238, 239, 243, 250, 282, 293
- Dominikanerinnen**, Orden (Bludenz, Bregenz) 240, 245, 374, 378
- Dona**, Josef (* 06.(05.?)09.1904 Bludenz, † 10.11.1954 Rankweil), Eisenbahner, 1934 als kommunistischer Aktivist verhaftet, führendes Mitglied der Widerstandsbewegung in Bludenz, 1945 Anführer beim Sturm auf die NSDAP-Kreisleitung Bludenz und für die KPÖ Mitglied des „Fünferkomitees“ der Widerstandsbewegung in Bludenz 240
- Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft** 69, 100
 Donaueschingen (Baden-Württemberg) 196
- Donaukonföderation** 20, 183
- Doren 11, 168, 274, 275, 276, 312
- Dornbirn 11, 12, 96, 123, 126, 136, 159, 166, 168, 169, 218, 222, 224, 289, 296, 309, 310, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 331, 334, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 346, 347, 348, 354, 361, 366, 369, 370, 381, 383, 387, 388
- Alpe Untermörzel
 - Ebnit 321, 327, 337
 - – Alpenhotel 337
 - – Kinderheim Hackwald 337
 - Haselstauden 343
 - Oberdorf 340
 - Rotes Haus 334
 - Zanzenberg (Klotzacker-Siedlung) 342, 343, 346, 347
- Dornier**, Firma, Lochau, Bregenz 352
- Dresden 353
- Dritter Orden des heiligen Franziskus**, Brand 253
- Düns 168
- Dünser**, Emmerich (* 09.12.1903 Götzis) 1925–1929 Bundesheer (Alpenjägerbataillon 4), 1929–1930 Gendarmerieausbildung, 1930–1937(?) Gendarm in Dornbirn, 1937(?)–1938 Kriminalabteilung für Vorarlberg in Feldkirch, 1938–1941 Grenzpolizeiposten Feldkirch (Gestapo), 1941–1944 Gestapo-Außendienststelle Bielitz in Oberschlesien, 1944–1945 Grenzpolizeiposten Feldkirch, 1945–1961 Kriminalabteilung für Vorarlberg 231, 232, 234, 235
- Dünserberg 168
- Dür**, Dr. iur. Alfons 11
- Dumas**, Paul Henri (* 1894, † 1964), Generalmajor, 1945–1946 französischer Truppenkommandant von Vorarlberg 19
- Eberle**, Fidel (* 15.10.1896 Buch, † 25.04.1958 Buch), Bauer, 1936–1938 Mitglied des Gemeindetages von Buch (VF), 1936(?)–1945 Ortsbauernführer in Buch, 1936–1937 Obmann des Musikvereins Buch, 1927–1951 Obmann des Viehzuchtvereins Buch, 1936–1946 Obmann der Spar- und Darlehenskasse Buch, 1939–1953 Kommandant der Feuerwehr Buch, 1939 Wehrmichtsausbildner, 1944 und 1945 Einberufung zum Volkssturm (Standsschützen), 1950–1958 Bürgermeister der Gemeinde Buch 209

Ebert, Frater Prosper, FSC (bürgerlich: Josef) (* 10.08.1894 Wilflingen/Württemberg, † 21.06.1988 Bregenz), Sportlehrer 1914–1938 Sportlehrer (1928–1938 Seminarturnlehrer) Lehrerseminar Feldkirch und angeschlossene Handels-/Wirtschaftsschule, 1914–1934 Präfekt (Heimerzieher), 1935–1938 Schulführer des Österreichischen Jungvolks, 1938/39 Lehrerbildungsanstalt Feldkirch, 1938–1948 Städtische Kaufmännische Wirtschaftsschule Feldkirch, 1948–1950 Bundesgewerbeschule Bregenz, 1950–1959 Hauptschule Bregenz-Rieden 390, 393

Egg 168

Eichenberg 168

Eisenstadt (Burgenland) 11

Elektrizitätsgenossenschaft Weißbachtal GmbH (EGW), Firma 276

Elektron & Co, Firma, Stuttgart 239

Elkan, Dr. phil. Hans (* 22.03.1900 Hohenems, † 23.07.1944 Theresienstadt/Terezín, heute Tschechien), Lehrer, 1940 aus „rassischen“ Gründen mit seiner Familie nach Wien und 1942 ins KZ Theresienstadt deportiert und dort zu Tode gebracht 327, 330, 338, 344

Elkan, Theodor (* 17.05.1864 Wien, † 01.09.1942 Theresienstadt/Terezín, heute Tschechien), Generalagent einer Versicherungsgesellschaft, letzter Kultusvorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Hohenems, Vater des Hans Elkan, 1940 aus „rassischen“ Gründen mit seiner Familie nach Wien und 1942 ins KZ Theresienstadt deportiert und dort zu Tode gebracht 338

Elsass/Alsace (Frankreich) 17

Ender, Eduard, Bediensteter des Bundesvermessungsamts Feldkirch 349, 350

Ender, Dr. iur. Otto (* 24.12.1875 Altach, † 25.06.1960 Bregenz), Rechtsanwalt, 1915–1919 Oberdirektor der Hypothekbank für das Land Vorarlberg, 03.11.1918–27.12.1918 Landespräsident, 27.12.1918–09.12.1918 und 14.07.1931–24.07.1934 Landeshauptmann von Vorarlberg, 1918–1919 Mitglied der Provisorischen Landesversammlung, 1919–1930 und 1931–1934 Landtagsabgeordneter, 1920–1934 Mitglied des Bundesrates (Vorsitzender 1924, 1928/29, 1933), 04.12.1930–20.06.1931 Bundeskanzler, 19.07.1933–10.07.1934 Bundesminister im Bundeskanzleramt (mit der sachlichen Leitung der Angelegenheiten der Verfassungs- und Verwaltungsreform betraut; Ausarbeitung der autoritären „Maiverfassung“ 1934), Präsident des Rechnungshofes 1934–1938, ab 25.03.1938 ca. sechs Monate in Gestapo-Haft in Bregenz, Innsbruck und Wien, „Gauverbot“, wohnhaft in Wien, ab 1944 in Saalfelden, kehrte am 04.07.1945 nach Bregenz zurück 24, 31 (Foto), 54, 127, 169, 238, 394, 395

Ender, Ulrich (* 03.02.1903 Götzis, † 08.02.1980 Bludenz), 1920–1925 Bundesheer (Alpenjägerbataillon 4), 1929–1931 Gendarmerieausbildung, 1931–1938 Gendarm beim Posten Bregenz, 1938 strafweise nach Feldkirch-Tisis, dann nach Gaschurn versetzt (§ 5 Abs. 1 BBV), 1939 zum Posten Bludenz, 1940–1942 im „Poleneinsatz“ (Posten Kielce, Distrikt Radon), 1942–1944 Landrat Bludenz (Preisüberwachung), 1944 Volkssturmbildung in Brixen, ab 1940 Mitarbeit in der Widerstandsbewegung, 1945 führend am Sturm auf die NSDAP-Kreisleitung Bludenz beteiligt, 1945 provisorischer Bezirksgendarmeriekommandant, 15.12.1945–1949 stellvertretender Bezirksgendarmeriekommandant in Bludenz, 1949–1950 Postenkommandant in Schruns, 1950 in Langen am Arlberg, 1950 in Braz, 1950–1954 in Nenzing, 1954–1964 in Bludenz 267, 268

Engelsberg, Regina Paulina 345

Engerth, Dr. Wilhelm, österreichischer Diplomat, 1946 Abteilung Auswärtige Kultur- und Wirtschaftspolitik des Außenamtes, ständiger Vertreter bei der britischen Delegation der Interalliierten Kommission 186

Engler, Andreas (* 01.12.1884 Rankweil, † 26.02.1954 Feldkirch), Eisenbahner, Rankweil, 1941 inhaftiert 217

Erne, Dr. iur. Franz (* 29.04.1878 Bregenz, † 14.12.1965 Feldkirch), 1925–1936 Richter und 1936–1938 Vizepräsident des Landesgerichts Feldkirch, 1934–1938 Präsident des Vorarlberger Landtages (Vertreter des Öffentlichen Dienstes, VF), 13.03.1938 Dienstenthebung und in der Folge Zwangs-

- pensionierung, Verunmöglichtung der weiteren Ausübung des Richteramts beim Liechtensteinischen Obersten Gerichtshof (seit 1930, dafür weiterhin beim Liechtensteinischen Staats- und Verfassungsgerichtshof), 03.10.1939 infolge Richtermangel auf Widerruf zur Besorgung von Zivilsachen eingestellt, am 20.08.1944 mit einigen anderen ehemaligen Landtagsabgeordneten für zehn Tage in das Arbeitserziehungslager Reichenau (Innsbruck) eingeliefert, 1945–1949 Landesgerichtspräsident 125, 307
- Ess**, Erich, später: Eric, Eric van Ess (* 21.08.1929 Feldkirch), 1939–1943 Schüler der Oberschule für Jungen Feldkirch, 1943 Schulausschluss und Studienverbot im Reichsgau, 1943–1945(?) Oberschule für Jungen Dornbirn, 1945(?)–1948 Bundesgymnasium Feldkirch, 1948–1953 Studium an der Akademie der Bildenden Künste in Wien, akademischer Maler, 1979–1998 Leiter der Meisterklasse für Malerei und Graphik an der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz 387
- Ettenberger**, Dr. phil. Gertrud 11, 378
- Fallwimmer**, Alois (* 01.02.1914 Adlwang/Oberösterreich), Schlosser aus Steyr, Mitglied der Österreichischen Legion 312
- Färber**, Maria (* 06.08.1889 Neualtheim, heute Stadtteil (Pinningen) von Blieskastel/Saarland), Musiklehrerin, 1923–1938 an den Schulen von Bregenz-Marienberg, 1938–1945 Oberschule für Mädchen Bregenz 378
- Faulenbach**, Karl (* 03.10.1893 Hanau/Hessen, † 22.11.1971 Stuttgart), Generalleutnant, 1945 Kommandeur der 405. Ersatz- und Ausbildungsdivision, am 26.04.1945 dem „Armeeoberkommando 24“ unterstellt, 08.05.1945–Oktober 1947 in Kriegsgefangenschaft 206
- Feldkirch 11, 12, 125, 126, 127, 129, 130, 136, 159, 160, 166, 167, 168, 169, 193, 194, 195, 196, 199, 210, 215, 216, 217, 218, 221, 222, 223, 227, 228, 229, 230, 231, 233, 234, 236, 241, 245, 268, 288, 297, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 323, 325, 337, 341, 349, 354, 356, 358, 359, 360, 361, 365, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394
- Bahnhof 210
 - Bangs 227
 - Felsenaubrücke 194, 227, 228, 231, 232, 233, 234, 235
 - Franz-Josefsbrücke 230
 - Gasthaus Rössle 232
 - Gisingen 298
 - Grenzpolizeikommissariat (Gestapo) 209
 - Heiligkreuzbrücke 230
 - Illspitz 217
 - Institut St. Josef 391
 - Schattenburg 218
 - Stadtschrofen 235
 - Stella Matutina 382, 389, 391
 - Tisis 169, 227
 - Xaveriushaus 391
 - Zollamt Tisis 210, 218
- Ferdinand** (* 18.12.1863 Graz, † 28.06.1914 ermordet Sarajevo), ab 1889 Erzherzthronfolger von Österreich 225
- Ferienkolonie Rankweil** 219
- Fernpass (Tirol) 197
- Fessler**, Jakob (* 04.03.1926 Bregenz, † 09.12.1927 Innsbruck), Schüler der Oberschule für Jungen Bregenz, 1944 von allen höheren Schulen des Reichsgaues Tirol und Vorarlberg ausgeschlossen, 1945 Abgangszeugnis mit Reifeklausel, anschließend Studium der Volkswirtschaft in Innsbruck, kaufmännischer Angestellter in Innsbruck 382

- Feuerstein**, Rudolf, Dornbirn 339
- Feurstein**, Dr. iur. Helmut 11
- Feurstein**, Ing. Martin 11
- Feurstein**, Valentin (* 01.01.1885 Bregenz, † 08.06.1975 Innsbruck), Generalmajor des österreichischen Bundesheeres (Kommandant der 3. Division in St. Pölten), ab 1938 der deutschen Wehrmacht, Kommandant der 2. Gebirgsdivision im Polenfeldzug und in Norwegen, 1941 zum General der Gebirgstruppen befördert, 1943 in Italien, 1945 Festungskommandant in Vorarlberg (abgesetzt am 28.04.), 1945–1948 in Kriegsgefangenschaft 196
- Feymann**, Dr. Walter 11
- Fidelis von Sigmaringen**, heiliger (bürgerlich: Markus Roy) (* 01.10.1578 Sigmaringen/Baden-Württemberg, † erschlagen 24.04.1622 Seewies/Graubünden), 1621–1622 Guardian des Kapuzinerklosters Feldkirch, als österreichischer Feldprediger erschlagen, 1746 heilig gesprochen 386
- Figl**, Dipl.-Ing. Leopold (* 02.10.1902 Rust im Tullnerfeld/Niederösterreich, † 09.05.1965 Wien), Agraringenieur, 1934–1938 Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes, 1938–1943 KZ Dachau, 1944–45 KZ Mauthausen, Anklage wegen Hochverrats, 1945 Mitbegründer, 1945–1952 Bundesparteiohmann der ÖVP, 1945 Landeshauptmann von Niederösterreich und Staatssekretär der Provisorischen Staatsregierung, 1945–1953 Bundeskanzler, 1953–1959 Bundesminister für Äußeres, 1959–1962 1. Präsident des Nationalrats, 1962–1965 Landeshauptmann von Niederösterreich 30, 34, 35, 56, 57 (Foto), 61, 65, 68, 73 (Foto), 74, 94, 96, 112, 118, 170, 173
- Finelectra Finanzgesellschaft für Elektrizitätsbeteiligungen AG**, Firma, Aarau/Schweiz 264
- Fink**, Ida (* 30.09.1915 Bezaun, † 12.01.2007), Schriftstellerin, Tochter des Bürgermeisters Peter Fink, Ehrengabe des Landes Vorarlberg für Kunst und Wissenschaft 1958 129
- Fink**, Judith (* 21.01.1881 Doren, † 23.06.1953 Doren), Geschäfts- und Hausfrau in Doren, 1940 vier Tage in Gestapo-Haft 275
- Finnland 13, 29, 69, 103
- Fischen (Bayern) 303
- Fischer**, Pater, C.P.P.S., Missionar vom kostbaren Blut in Rankweil, Gauverweis 219
- Fischer**, Alfred (* 10.12.1891 Wolfurt, † 05.08.1984 Bregenz), Fabrikant in Wolfurt, nationalsozialistischer Aktivist 203
- Fischer**, Ernst (* 03.07.1899 Komotau/Böhmen, heute Chomutov/Tschechien, † 31.12.1972 Deutschfeistritz/Steiermark), 1927 Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, 1934 Emigration nach Prag, 1934–1959 Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros der KPÖ, 1939 Flucht nach Moskau, April 1945 Rückkehr nach Wien, 1945–1947 Chefredakteur der Zeitung „Neues Österreich“, 1945 Staatssekretär für Volksaufklärung, Erziehung und Kultusangelegenheiten, 1945–1959 Abgeordneter zum Nationalrat, 1969 Ausschluss aus der KPÖ, Schriftsteller 24, 27, 35, 36, 39, 65, 93
- Fischer**, Ernst († 05.03.1966), 1934–15.07.1938 Gendarmeriepostenkommandant in Dalaas, vom Dienst suspendiert, 1939–1945 Gendarmeriepostenkommandant in Gaschurn 267, 268
- Flexenpass, –straße 195, 199, 200
- Fliri**, Mag. phil. Michael 11, 276
- Flossenbürg (KZ in Bayern) 159, 365
- Folz**, Dr. iur. Hans-Peter, Privatdozent für Staats-, Völker- und Europarecht und Oberassistent an der Juridischen Fakultät der Universität Augsburg 116, 117
- Fontanella 168
- Frainer**, Engelbert (* 22.05.1907 Marter/Tirol, heute Roncegno Terme/Trentino), Schuhmachermeister, Führer der Widerstandsbewegung in Gaschurn (1938 zuständig nach Klösterle) 272
- François-Poncet**, André (* 13.06.1887 Provins/Frankreich, † 08.01.1978 Paris), Germanist, 1928–1931 Unterstaatssekretär für Unterricht, Kunst und Volkswirtschaft, 1931–1938 französischer Botschafter in Berlin, 1938–1940 in Rom, 1943–1945 als Geisel in Riezern interniert, 1949–1953 französischer

- Hoher Kommissar in Deutschland, 1953–1955 Botschafter in Bonn, 1955–1960 Präsident des französischen Rats der Europäischen Bewegung 304, 305
- Frank, E.**, Arbeitsamt Bregenz 356
- Franko, Ernst** (* 25.07.1894 Zerbst/Sachsen-Anhalt, † 01.06.1971 Feldkirch), Eisengießer in Rankweil, SS-Hauptscharführer, 1938–1939 stellvertretender NSDAP-Ortsgruppenleiter, 23.04.1945 Ortsverteidigungskommissar und NSDAP-Ortsgruppenleiter 222
- Frankfurt am Main (Hessen) 345
- Frankreich 16, 17, 18, 19, 24, 25, 29, 37, 38, 59, 73, 88, 91, 99, 108, 113, 121, 123, 134, 135, 136, 137, 174, 175, 189, 191, 193, 194, 197, 201, 205, 206, 208, 209, 213, 214, 218, 223, 224, 227, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 240, 246, 269, 271, 272, 273, 278, 280, 281, 285, 286, 290, 292, 296, 297, 298, 300, 302, 305, 306, 337, 347, 355, 356, 368, 369, 374, 380, 388
- Franz Josef I.** (* 18.08.1830 Wien, † 21.11.1916 Wien), 1848–1916 Kaiser von Österreich und König von Ungarn 225
- Frast, Erich** (* 14.01.1915, † 1991), Soldat, Bartholomäberg 260
- Frastanz 159, 168, 227, 235
– Schwimmbad 234
- Frauenbund Rankweil** 219
- Fraxern 168
- Freiburg/Fribourg (Schweiz) 374
- Frick, Karl** (* 04.06.1909 Rankweil, † 30.01.1986 Bludesch), Sägereibesitzer in Rankweil, 1941 inhaftiert 217
- Friedrichshafen (Baden-Württemberg) 217, 230, 352
- Fritsch, Anna** (* 29.04.1895 Wien, † 22.08.1990 Rankweil), Pfarrersköchin in Rankweil, 1940 in Gestapo-Haft 217
- Fritsch, Rudolf** (* 10.01.1915 Rankweil, † 18.12.2004 Feldkirch), Gemeindegemeindevorstand in Rankweil 216
- Fritz, Gedeon** (* 13.07.1892 Mittelberg, † 18.07.1950 Mittelberg), Bauer, Gastwirt, 1932–1934 Mitglied des Vorarlberger Landtags (CSP), 1936–1938 und 1945–1950 Bürgermeister der Gemeinde Mittelberg, 1938 18 Tage in Bregenz in „Schutzhaft“, 1945–1949 Mitglied des Vorarlberger Landtags (ÖVP) 301, 303, 305
- Fritz, Dr. Georg** 11, 378
- Fritz, Lorenz** (* 04.02.1898, † 13.07.1980), 1942 in Vertretung Bürgermeister (Amtsverwalter) der Gemeinde Bartholomäberg 257
- Fritz, Walter** (* 10.09.1921, † 06.06.1994 Mittelberg), Verkehrsamtsleiter, 1960–1980 Bürgermeister von Mittelberg (ÖVP), 1969–1989 Mitglied des Vorarlberger Landtages, Ehrenbürger der Gemeinde Mittelberg 300
- Fritz, Wilhelm** (* 08.12.1877 Dalaas, † 25.05.1957 Brand), 1902–1908 Kooperator in Bludenz, 1908–1923 Chefredakteur des Vorarlberger Volksblatts, 1924–1928 Fröhmesser und 1928–1930 Pfarrprovisor in Dalaas, 1930–1931 Pfarrprovisor in Braz, 1931–1932 Fröhmesser in Dalaas, 1932–1958 Pfarrer von Brand 250, 254
- Fritz, Wilhelm** (* 27.10.1894 Bartholomäberg, † 10.02.1961), Landwirt, 1943–1945 in Vertretung Bürgermeister (Amtsverwalter) der Gemeinde Bartholomäberg, 1938–1945 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Bartholomäberg 257, 258, 259
- Fröhlich, August** (* 17.11.1897 Rankweil, † 15.11.1957), Bauer, 1934–1936 Gemeinderat (VF), 1938 inhaftiert, 1945–1957 Bürgermeister der Marktgemeinde Rankweil (ÖVP) 216
- Frutz, –brücken 198, 221, 223, 350
- Fuchs, Wehrmachtsoffizier, Kommandant der Flakbatterie Partenen-Silvretta** 269, 271
- Fußbach 159, 168, 212, 213, 309

- Fussenegger**, Dr. iur. Bruno (* 29.06.1897 Dornbirn, † 28.04.1968 Dornbirn), 1936–1938 Leiter der Landeskrankenkasse in Dornbirn, 1938 Dienstenthebung und Entlassung, Hauptwachtmeister der Gendarmeriereserve, 1944–1945 Kommandant der Objektschutzwache in Partenen, 1945 mit der Leitung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Vorarlberg betraut, 1948–1961 Direktor der Vorarlberger Gebietskrankenkasse 271
- Fußenegger**, Wilhelm, bis 1938 Abteilungsleiter der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg, 1939–1945 Beamter des Oberfinanzpräsidenten Innsbruck, 1945–1946 provisorischer Leiter der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg 358, 363
- Gächter**, Otmar (* 15.01.1900 Altach, † 11.04.1970 Altach), 1933–1939 Pfarrer in Buch, 1939–1940 in den KZ Dachau und Buchenwald inhaftiert, 1940–1952 Pfarrer in Bürserberg, 1952–1967 Pfarrer in Mäder 209, 210
- Gaißau 168, 212, 213, 214, 216, 372
- Galizien (Polen) 218, 221
- Galtür (Tirol) 264, 272
- Gamon**, Thomas 11, 365
- Ganahl**, Sohn des Michael Ganahl, Bartholomäberg 260
- Ganahl**, Alois (* 11.12.1902 Bartholomäberg), Eisenbahner, 1939–1945 NSDAP-Ortsgruppenleiter in St. Anton im Montafon 258
- Ganahl** German (* 24.04.1875 Bartholomäberg-Innerberg, † 20.07.1966 Bartholomäberg-Innerberg), 1923 als Schulleiter in Dalaas pensioniert, 1942 drei Wochen in Gestapo-Haft 259
- Ganahl**, Michael (* 13.04.1890, † 21.05.1963), Bartholomäberg-Innerberg, gemeinsam mit seinem Sohn wegen Abhörens von „Feindsendern“ zu sechs Monaten Haft verurteilt 260
- Ganahl**, Rudolf (* 04.10.1924 Bartholomäberg, † gefallen 01.11.1943 Melitopol/Ukraine), Soldat, Bartholomäberg 260
- Ganahl**, Theresia, geb. Keßler (* 22.01.1876 Bartholomäberg, † 20.02.1946 Schruns), Bäuerin in Bartholomäberg, 30.08.1941 Verhaftung wegen „Beleidigung des Führers“, acht Monate Zuchthaus, Schwester des Josef Keßler 260
- Ganahl**, Xaver (* 01.02.1922, † 09.01.2000), Bartholomäberg, Wehrmachtsdeserteur 261
- Gaschurn 168, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 270, 271, 272, 273, 361
- Bielerhöhe 272
 - Gasthaus Edelweiß 265
 - Gasthaus Rössle 272
 - Kops 267
 - Obervermunt 263, 265, 267, 268
 - Partenen 263, 264, 265, 266, 268, 269, 270, 271, 273
 - – Kaffee Fitz 268
 - Rifa 266
 - Silvrettadorf 266, 267, 268, 270, 271
 - Silvrettaspeicher 263
 - Tromenier 271
 - Vermunt 263, 264, 267, 269, 270, 271
 - Zeinisjoch 264, 267, 271
- Gassner**, Gabriel (* 05.06.1899 Ludesch, † 10.06.1973 Rankweil), Finanzbeamter 221
- Gassner**, Ludwig, 1932–1938 Kommandant des Gendarmeriepostens Rankweil, 1938 nach Hittisau versetzt und aus dem Dienst entlassen 215
- Gau**, Alfons (* 17.11.1901 Rankweil, † 25.01.1959 Rankweil), Eisenbahner, Rankweil, 1944–1945 inhaftiert 216, 217
- Gau**, Ferdinand (* 05.09.1873 Rankweil, † 18.05.1955), Rankweil 220

Gedlicka/Gedlicka/Gedlizka, Egon (* 22.08.1917 Bregenz, vermisst seit 02.01.1943 Stalingrad), Gymnasiast, 1936 Matura am Bundesgymnasium Bregenz, später Bundesbahninspektor in Innsbruck 380

Gehler, Dr. phil. Michael (* 1962), Historiker, seit 2006 Professor und Leiter des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim 11, 118

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft, Dornbirn 342, 346

Gemeinschaft der Reichsdeutschen im Kleinen Walsertal 159, 302, 303

Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront GmbH, Hamburg 328, 333, 335, 338, 340, 341, 342
Genf 42, 196, 197

Getzner, Mutter & Cie, Firma, Bürs 246

Gisinger, Kurt 11, 15

Göfis 168, 227
– Schwarzer See 227

Goldingner, Dr. phil. Walter (* 15.03.1910 Wien, † 15.02.1990 Wien), Historiker, Universitätsprofessor, 1957 Direktor des Allgemeinen Verwaltungsarchivs, 1973 Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs 109

Goller, Dr. phil. Peter 11, 334, 335

Göring, Firma, Hohenems 353

Gossensaß (Südtirol) 135

Götzis 15, 168, 298, 361, 366
– Hubers Erben 239
– Rütli 223

Grabenhofer, Emil (* 09.12.1910 Wien), Handlungsgehilfe aus Wien, Mitglied der Österreichischen Legion 312

Grabher, Gebhard 335

Grabher, Isidora, geb. Wehinger (* 13.05.1897 Dornbirn, † 07.03.1997), Frau des Rudolf Grabher, Schwester der Hildegard Wehinger 344, 346

Grabher, Kurt (* 08.12.1918 Feldkirch), Spenglergehilfe, illegaler HJ-Führer in Feldkirch 312

Grabher, Maria, geb. Hämmerle 334

Grabher, Dr. med. Rudolf (* 27.09.1892 Dornbirn, † 19.11.1969 Dornbirn), 1920–1929 Sprengelarzt in Krumbach, ab 1929 praktischer Arzt, 1934–1938 VF-Ortsgruppenleiter in Dornbirn, 1938 17 Tage in „Schutzhaft“ im Bezirksgericht Dornbirn, 1946–1958 Stadtarzt und Leiter der Wochenstation des Stadtspitals Dornbirn, 1946–1950 Vizepräsident der Vorarlberger Ärztekammer 346, 347

Grabherr, Dr. iur. Elmar (* 10.10.1911 Bludenz, † 10.06.1987 Bregenz), 1937 Mitarbeiter der Landeshauptmannschaft Vorarlberg (Präsidium), 1937–1938 Bezirkshauptmannschaft Bludenz, 1938–1940 Landeshauptmannschaft Vorarlberg (Präsidium), 1940 Wehrdienst, 1940–1942 Landrat Imst, 1942–1943 Behörde des Reichsstatthalters für Tirol und Vorarlberg (Dezernat Ia 2 – Gemeindeaufsicht) in Innsbruck, 1943–1945 zum Obersten Kommissar für die Operationszone Alpenvorland nach Bozen abgeordnet (Arbeitsbereich II – Inneres, Leiter der Abteilung für Personal und Verteidigungsangelegenheiten), 1945 Präsidialchef des Amtes des Vorarlberger Landesausschusses und 1945–1955 des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, 1955–1975 Landesamtsdirektor 233, 234
Graz 334

Greiter, Franz, Schüler des Bundesgymnasiums Bregenz, 1933/34 4. Klasse, wohnhaft in Kramsach/Tirol 381

Großbritannien 14, 17, 18, 22, 28, 41, 62, 69, 88, 90, 99, 120, 231, 329

Großdeutsche Partei 174

Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine (GÖC) 328, 340

Großkraftwerke Württemberg AG, Firma 264

Großösterreichische Freiheitsbewegung 176, 183

Gruber, Dr. iur. Karl (* 03.09.1909 Innsbruck, † 01.02.1995 Innsbruck), 1934 Eintritt in den Postdienst, 1938 Entlassung, 1939–1944 Ingenieur in der Elektroindustrie, 1945 führend in der Tiroler Widerstandsbewegung, 04.05.–20.10.1945 Landeshauptmann von Tirol (Demokratische Österreichische Staatspartei), 26.09.–20.12.1945 Unterstaatssekretär für Äußeres (ÖVP), 19.12.1945–19.05.1954 Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP, 20.12.1945–26.11.1953 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, 1946 Habilitation für Volkswirtschaftslehrer an der Universität Wien, 1949–1954 Vizepräsident der OEEC, 1954–1957 Botschafter in Washington, 1958 Special Advisor der Internationalen Atomenergieorganisation in Wien, 1961–1966 Botschafter in Madrid, 1966 in Bonn, 19.04.1966–13.05.1969 Staatssekretär für Verwaltungsreform im Bundeskanzleramt, 1969–1974 Botschafter in Bern, Juli 1987 Sonderbotschafter in den USA (Waldheim-Affäre) 11, 13, 29, 30, 33, 42, 50, 51, 58, 59, 60, 66, 68, 70, 72, 84, 86, 87 (Foto), 89, 93, 95, 96, 105, 106, 125, 143, 146, 147, 155, 170, 179, 180, 181, 187

Gruber, General 191

Grüneberger Metallgesellschaft, Firma, Berlin-Neuruppin 356

Gunz, Alois (* 13.09.1893 Alberschwende, † 02.12.1970 Buch), Bauer und Trafikant, 1932–1945 Bürgermeister der Gemeinde Buch (VF, NSDAP), 1927–1939 Kommandant der Feuerwehr Buch, 1944 und 1945 Einberufung zum Volkssturm (Standeschützen) 209

Gunz, Gebhard Wendelin (* 15.11.1881 Götzis, † 14.07.1956 Schruns), Feldkurat im Ersten Weltkrieg, Pfarrer in Feldkirch-Tisis 1919 bis 1956, 1945 bis 1956 Obmann des Alpenvereins Vorarlberg („Zimbapfarrer“) 127, 169

Gunz, Karl (* 04.02.1885 Bregenz, † 13.09.1944 Feldkirch), Gymnasiallehrer, Historiker, Stadtarchivar und Geologe, 1912 Supplent an der Realschule Laibach, 1912–1913 am Staatsgymnasium Bregenz, 1913 am Staatsgymnasium Wien II, 1913–1916 Supplent, 1916–1939 Lehrer am Staats-/Bundesgymnasium Feldkirch, VF-Ortsgruppenleiter in Feldkirch, bereits vor März 1938 im Krankenstand, mit Ende April 1939 in den Ruhestand versetzt (§ 6 BBV), 1939/40 sechs Wochen wegen Verdacht auf Landesverrat inhaftiert 385

Guth, Dr. phil. Ambros (* 21.09.1882 Klaus, † 05.06.1958), Gymnasialdirektor, 1920–1938 Direktor des Bundesgymnasiums Bregenz, 1924–1938 Direktor des Mädchenrealgymnasiums und Oberlyzeums Bregenz-Marienberg, 13.03.1938 Dienstenhebung, Pensionierung (ab März 1939 mit gekürzten Bezügen), 1945 reaktiviert und krankheitshalber beurlaubt, 1946 pensioniert 378, 381
Haar (Bayern) 196

Habicht, Theodor (* 04.04.1898 Wiesbaden/Hessen, † 31.01.1944 Newel/Deutschland), 1931–1934 Landesinspekteur der NSDAP in Österreich, 1934 Drahtzieher des Putschversuches und der Ermordung des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß 77, 243, 293

Hácha, Emil (* 12.06.1872 Schweinitz/Böhmen, heute Thrové Sviny/Tschechien, † 27.06.1945 Prag), 1938–1939 Staatspräsident der Tschechoslowakei, 1939–1945 des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren 91

Hämmerle, Alfred 335

Hämmerle, Edith (* 08.08.1923 Egg), Tochter des Franz Josef Hämmerle, 1943 ausgebürgert und enteignet 334, 335

Hämmerle, Ernst 335

Hämmerle, Franz (* 20.02.1913 Lustenau), 1943 ausgebürgert und enteignet 329, 335

Hämmerle, Franz Josef („Kleinmarxes“) (* 24.08.1888 Lustenau, † 19.01.1961 St. Gallen/Schweiz), Klöppelspitzenfabrikant in Lustenau, 1943 ausgebürgert und enteignet 329, 334, 336

Hämmerle, Hein [vermutlich Schreibfehler], Kind des Franz Josef Hämmerle 340

Hämmerle, Hermina, geb. Keßler (* 26.12.1899 Egg, † 12.08.1964 St. Gallen/Schweiz), Frau des Franz Josef Hämmerle, 1943 ausgebürgert 329, 334

- Hämmerle**, Ingeborg (* 09.09.1927 Lustenau), Tochter des Franz Josef Hämmerle, 1943 ausgebürgert und enteignet 334
- Hämmerle**, Johann 335
- Hämmerle**, Maria Margaretha (* 09.09.1927 Lustenau), Tochter des Franz Josef Hämmerle, 1943 ausgebürgert 334
- Hämmerle**, Max (* 27.03.1925 Hoyern[?]), Sohn des Franz Josef Hämmerle, 1943 ausgebürgert 334
- Hämmerle**, Otto 334
- Hämmerle**, Wilhelm 334
- Hagl & Schmidt**, Firma, Hohenems 353
- Hagspiel**, Anna, verh. Elmenreich (* 15.05.1900 Doren, † 23.07.1992 Dornbirn), Doren, später Frau des Dipl.-Ing. Ferdinand Elmenreich, 1940 vier Tage in Gestapo-Haft 274
Hamburg 239, 328
- Hammerle**, Johann (* 27.12.1887 Holzgau/Tirol, † 29.11.1974 Rankweil), Jagdaufseher in Au 297
- Hanisch**, Dr. phil. Ernst (* 16.01.1940 Thaya/Niederösterreich), 1979–2004 Professor für Neuere Österreichische Geschichte an der Universität Salzburg 65, 92, 112, 115, 120
Hannover (Niedersachsen) 356
- Hansen**, Rudolf (* 13.04.1873 Wien, † 11.02.1956 Schnifis), Schulbuchautor, 1904–1930 Schulleiter der Knabenvolksschule Schwarzach 372
Hard 159, 168, 194, 310
- Harmoniemusik Bartholomäberg** 257
Hartheim (Oberösterreich) 220, 261
- Hartmann**, Dr., Kriegsverwaltungsrat 269
- Heim**, Friedrich (* 08.11.1883 Langen bei Bregenz), 1904–1907 Wehrdienst (Tiroler Kaiserjägerregiment 2), 1907–1908 Gendarmerieausbildung, 1908–1918 Gendarm und Postenkommandant im Trentino und in Nordtirol, 1918–1919 stellvertretender Postenkommandant in Schruns, 1919 Ausbilder in Bregenz, 1919–1926 Postenkommandant in Hittisau, 1926–1928 stellvertretender Bezirks-gendarmeriekommandant in Bregenz, 1928–1930 Postenkommandant in Klösterle, 1930–1931 in Lorüns, 1931–1936 in St. Anton im Montafon (1933 Disziplinarstrafe wegen Trinkgelage auf dem Posten am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler), 1936–1938 in Klösterle, 1938 zwangspensioniert (§ 6 BBV), 1939–1944 Gendarmeriebeamter auf Widerruf, 1939–1941 eingeteilt beim Posten St. Gallenkirch, 1940 vorübergehend Postenkommandant in St. Anton, 1941–1944 in Partenen, 27.09.1944–13.02.1945 wegen Verdacht der Wehrkraftersetzung durch defatistische Äußerungen militärische Vorbeugehaft in Innsbruck, 1951 Rehabilitation 267, 268
- Heim**, Gedeon (* 07.09.1911 Mittelberg, † 06.08.1976), Sand-Kiesgewinnung, Bauführer, NS-Aktivist in Mittelberg, 1939–1945 Kriegsdienst (EK I und II), russische Kriegsgefangenschaft, 1961 Gastwirt („Steinbock“) in Bödmen, Gründer der FPÖ (VdU?)-Ortsgruppe, 20 Jahre Oppositionsführer in der Gemeindevertretung, 10 Jahre im Gemeindevorstand 301
- Heim**, Stefan 11, 300
- Heinrich**, Protas (* 30.03.1881 Bregenz, † 18.04.1958 Feldkirch), Gymnasiallehrer, 1915–1945 Lehrer Bundesgymnasium/Oberschule für Jungen Feldkirch, 1945–1946 provisorischer Direktor, 1927–1938 Obmann der Christlichen deutschen Mittelschullehrer in Vorarlberg 388
- Held**, Rosa (* 21.03.1902 Doren, † 27.06.1991 Sulzberg), Geschäfts- und Hausfrau in Doren, 1940 vier Tage in Gestapo-Haft 274
- Helmer**, Oskar (* 16.11.1887 Gattendorf/Burgenland, † 13.02.1963 Wien), Schriftsetzer, Redakteur, 1921–1934 und 1945 Mitglied der Niederösterreichischen Landesregierung (SDPA, SPÖ), 1934 in Haft, 1935–1945 bei Versicherungen tätig, 1945 Unterstaatssekretär im Staatsamt für Inneres, 1945–1959 Abgeordneter zum Nationalrat und stellvertretender Vorsitzender der SPÖ, 1945–1959 Bundesminister für Inneres 68

- Henseler**, Arbeitsamt Bregenz 356
- Henz**, Dr. phil. Rudolf (* 10.05.187 Göpfritz an der Wild/Niederösterreich, † 12.02.1987 Wien), Schriftsteller (Pseudonym: R. Miles), 1931–1938 Direktor der wissenschaftlichen Abteilung der Radio Verkehrs AG (RAVAG), 1945–1957 Programmdirektor der RAVAG, 1947 Gründer der Wiener und 1948 der österreichischen Katholischen Aktion 138
- Hermann**, Lisl, Kurierin der Vorarlberger Landesregierung 67
- Hesche**, Mag. Eva-Maria 11
- Heunig**, ehemaliger KZ-Häftling, 1945 in Rankweil als Geisel verhaftet 217
Hildesheim (Niedersachsen) 11
- Hillbrand**, Erwin (* 17.03.1899 Braz, † 16.08.1971 Feldkirch), 1926–1954 Geschäftsführer der Verbandsmühle Feldkirch, 1954–1963 Einkaufsleiter des Vorarlberger Genossenschaftsverbandes, bis 1934 CSP-Ortsparteiobmann in Feldkirch, 1934–1937 Mitglied des Vorarlberger Landtags (VF, Vertreter von Industrie und Bergbau), 1934–1938 und 1945–1948 Stadtrat, 1948–1950 Vizebürgermeister von Feldkirch (ÖVP) 125
- Hiller**, Christian (* 05.03.1880 Schwarzenberg, † 14.10.1951 Bezau), Priester, 1907–1938 Religionslehrer an der Bundesrealschule Dornbirn, 1934–1937 Landtagsabgeordneter (Vertreter der Kunst und Wissenschaft), Landesleiter des Frontwerks „Neues Leben“, 1940–1951 Pfarrer in Bezau, November 1940 einige Tage wegen Abhaltung einer Messe in Gestapo-Haft, anschließend Gauverbot bis September 1941, 1945 rehabilitiert und pensioniert 291, 384
- Himmler**, Heinrich (* 07.10.1900 München, † Selbstmord 23.05.1945 Lüneburg/Niedersachsen), 1929–1945 Reichsführer SS, ab 1936 zugleich Chef der deutschen Polizei, 1943–1945 Reichsinnenminister, 1944–1945 Chef des Ersatzheeres 209, 231, 382
- Hinteregger**, Ludwig (* 05.10.1892 Wolfurt, † 31.10.1973 Wolfurt), Bauer, 1919–1924 Erster Gemeinderat und 1924–1938 und 1945–1950 Bürgermeister, 1952–1955 Vizebürgermeister der Gemeinde Wolfurt (CSP, VF, ÖVP), 1932–1937 Mitglied des Vorarlberger Landtags (CSP; Vertreter der Land- und Forstwirtschaft) 203, 205, 206, 207
- Hirn**, Dr. Ludwig (* 23.03.1883 Bregenz, † 28.03.1957), Jurist und Heimatdichter (Pseudonym: Lothario), 1911–1932 Richter und 1932–1948 Gerichtsvorsteher/Oberamtsrichter Bezirksgericht/Amtsgericht Dornbirn, 1938 vorübergehend vom Dienst suspendiert 325, 326
- Hirsch**, Arbeitsamt Bregenz 356
- Hitler**, Adolf (* 20.04.1889 Braunau/Oberösterreich, † 30.04.1945 Selbstmord Berlin), 1921–1945 Führer der NSDAP, 1933 Reichskanzler, 1934 Reichspräsident, 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ 14, 15, 21, 23, 24, 25, 41, 53, 76, 77, 82, 91, 92, 94, 97, 99, 101, 107, 110, 115, 117, 125, 141, 163, 171, 203, 224, 232, 248, 250, 253, 256, 266, 270, 273, 283, 294, 295, 299, 372, 376, 389, 395, 396, 397, 398, 399
- Hitlerjugend (HJ)** 132, 137, 194, 219, 240, 244, 248, 260, 290, 291, 292, 312, 339, 343, 378, 379, 382, 386, 387, 388
Hittisau 168, 276
– Bolgenach 168, 276
- Hloupny**, Franz (* 20.08.1923), Bäcker, 1942 zum Tod verurteilt 316
Höchst (Vorarlberg) 159, 168, 210, 212, 213, 214, 309
– Rheinbrücke 214
- Höfel**, Gebhard (* 08.06.1915 Hohenems), Hilfsarbeiter, Mitglied der Österreichischen Legion 311
- Höfle**, Edwin (* 19.10.1909 Dornbirn, † 17.01.1984 Dornbirn), Realschullehrer, 1937–1942 Lehrer an der Bundesrealschule/Oberschule für Jungen Dornbirn, 1942 zur Wehrmacht eingezogen, 1944–1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, 1945–1974 Bundesrealschule/ Bundesgymnasium Dornbirn 383, 384

- Hofer**, Franz (* 27.11.1902 Bad Hofgastein, † 18.02.1975 Mülheim an der Ruhr/Nordrhein-Westfalen), Radiohändler in Innsbruck, 1932 NSDAP-Gauleiter von Tirol, 1933 Verurteilung, Verhaftung und Flucht nach Deutschland, März 1938 NSDAP-Gauleiter und Landeshauptmann von Tirol, 28.04.1938–1945 Gauleiter des NSDAP-Gaus Tirol-Vorarlberg, 10.06.1939 Landeshauptmann von Tirol, zugleich für Vorarlberg, 15.03.1940–1945 Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg, 1942–1945 Reichsverteidigungskommissar, 1938–1945 Landesoberstschützenmeister, 10.09.1943–1945 Oberster Kommissar der Operationszone Alpenvorland, 1945 inhaftiert, 1948 nach Deutschland geflüchtet, lebte dort weitgehend unbehelligt 134, 135, 194, 195, 196, 200, 223, 232, 233, 266, 269, 290, 341, 388
- Hofer**, Josef (* 12.09.1895 Hard, † 26.01.1977 Bregenz), 1915–1918 Wehrdienst (Tiroler Kaiserjäger 3), 1918–1919 Gendarmerieausbildung, 1919–1940 Gendarm und 1940–1958 Postenkommandant in Au, 1943 nach Konflikten mit der SA Schopperrau für einen Monat nach Nenzing versetzt, Nebenerwerbslandwirt 292, 293, 296, 297, 298, 299
- Hoffmann**, Dr. Alfred, Rotbuch-Beauftragter der Landeshauptmannschaft Oberösterreich 162
Hohenems 11, 159, 168, 267, 268, 310, 311, 312, 320, 321, 327, 330, 332, 333, 338, 339, 345, 353
Hohenweiler 168
- Holzer**, Dr. phil. Josef (* 27.08.1912 Doren, † 07.06.2005), 1938 Lehrer am Bundesgymnasium Bregenz, 1938–1942 Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt in Feldkirch, zudem Oberschule für Jungen Feldkirch und Kaufmännische Wirtschaftsschule der Stadt Feldkirch, 1942–1945 Militärdienst, 1945–1946 Leiter der Kaufmännischen Wirtschaftsschule der Stadt Feldkirch, 1946–1972 Lehrer am Bundesgymnasium Feldkirch 391
- Hopfner**, Alexander (* 02.02.1969 Buch, † 17.01.1955 Buch), Bauer in Buch, 1939 wegen Fürsprache für Pfarrer Gächter in Gestapo-Haft 209
- Hopfner**, Anna (* 16.02.1894 Buch, † 27.12.1970 Buch), Fabrikarbeiterin aus Buch, 1939 wegen Sammelstätigkeit für Pfarrer Gächter in Gestapo-Haft 210
- Hopfner**, Ewald, Altbürgermeister von Buch 11, 209
- Hoppichler**, NSDAP-Kreisgeschäftsführer in Bregenz 381
Hörbranz 168
- Horn**, Alfred (* 04.08.1898 Wien, † 10.03.1959 Hallein/Salzburg), Schmied, Gendarmerie, Zollwache bzw. Steueraufsicht, 1918–1934 Funktionär der Freien Gewerkschaften, 1938 außer Dienst gestellt, 1939–1941 Arbeitslager, 1941–1945 Schmied bei der Reichsautobahn, Oberinspektor der Steueraufsicht, 1945–1954 Bezirksvorsteher des XXIII. Wiener Gemeindebezirks (SPÖ), 1945–1959 Abgeordneter zum Nationalrat 102
- Horn**, Leiter der Reichstrehänderdienststelle, Außenstelle beim Arbeitsamt Bregenz 356
- Hubers Erben**, Firma, Götzis 239
- Hudlak**, Franz (* 03.01.1895 Wien), Autokarosseriespenglermeister, 1945 „Bewachungskommandant“ der Rankweiler Geiseln 218
- Huebner**, Dr. phil. Hans (* 18.01.1897 Wien, † 20.10.1984 Vöcklabruck), 1923–1938 Redakteur der christlichsozialen „Reichspost“ in Wien (Kulturpolitik, Lokales), 1938–1940 Caritasverband Wien (Mitarbeit in der erzbischöflichen Hilfsstelle für „nicht-arische“ Katholiken in Wien), 1940–1942 Wiener Städtische Versicherung, 1942–1945 Luftwaffe (Sanitäter), bei Kriegsende in französischer Gefangenschaft, Dolmetscher bei der Befreiung Vorarlbergs, 11.06.1945–Ende 1946 Nachrichtenredakteur bei Radio Vorarlberg in Dornbirn (ab 1947 „Politische Wochenschau“), 19.05.1947–30.06.1967 Leiter der Landespressestelle im Amt der Vorarlberger Landesregierung, 1948 Promotion an der Universität Freiburg/Schweiz, 1949 Publikation der Dissertation „Österreich 1933–1938“, Publizist 10, 54, 108
- Hüttner**, Johann (* 29.01.1907 Roggendorf/Niederösterreich), Hilfsarbeiter, Mitglied der Österreichischen Legion 312

- Hurdes**, Dr. iur. Felix (* 09.08.1901 Bruneck/Italien, † 12.10.1974 Wien), Rechtsanwalt, 1936–1938 Landesrat von Kärnten (VF), 1938–1939 und 1944–1945 in KZ-Haft, 1945 Mitbegründer und 1945–1951 Generalsekretär der ÖVP, 1945–1966 Abgeordneter zum Nationalrat, 1953–1959 1. Präsident des Nationalrats, 1945–1952 Bundesminister für Unterricht 65, 68, 70, 72, 170, 173, 178, 180, 182, 191
- Hutter**, Sr. M. Amata, O.P. (* 16.03.1903 Wien, † 23.07.1981), Schuldirektorin und Priorin des Dominikanerinnenkonvents Marienberg in Bregenz, 1929 Ordensprofess, Studium in Stone (Großbritannien) und ab 1938 in Freiburg/Fribourg (Schweiz), 1939–1945 Foyer Ste. Elisabeth Freiburg, 1945–1948 Direktorien der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe in Marienberg, Novizenmeisterin, Subpriorin, Priorin 374, 375
- Ilg**, Ulrich (* 07.04.1905 Dornbirn, † 09.05.1986 Dornbirn), Bauer, 1927–1938 Obmann des Vorarlberger Bauernbundes (1936 Wahl des Berufsstand der Land- und Forstwirtschaft), 1930–1934 Kammerrat und 1934–1938 Vizepräsident der Vorarlberger Bauernkammer, 27.04.–02.05.1934 Mitglied des Bundesrates (CSP), 05.03.–27.07.1934 Landesrat (VF, nominiert vom Vorarlberger Heimatdienst), 13.07.–04.08.1934 Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (Vertreter von Bundeskanzler und Landwirtschaftsminister Engelbert Dollfuß), 1934–1938 Mitglied des Bundeswirtschaftsrates und des Bundestages, 1934–1938 Stadtrat in Dornbirn, 1945 provisorischer Stadtrat in Dornbirn, 24.05.–10.12.1945 Präsident des Vorarlberger Landesausschusses/Landeshauptmann (ÖVP), 11.12.1945–28.10.1964 Landeshauptmann von Vorarlberg, 29.10.1964–28.10.1969 Landesrat für Finanzen und Hochbau, 1945–1969 Mitglied des Vorarlberger Landtags, 1945–1964 Landesparteiobmann der ÖVP, 1945–1946 und 1958–1964 Mitglied des Bundesparteivorstandes der ÖVP, 1948–1951 Mitglied des Bundesparteipräsidiums der ÖVP, 1940–1968 Mitglied des Diözesankirchenrats Innsbruck-Feldkirch, 1971–1983 Vorsitzender des Diözesankirchenrats Feldkirch 10, 32, 54, 73 (Foto), 74, 123, 124 (Foto), 125, 126, 150, 152, 153, 251
- Innauer**, Kaspar (* 10.08.1914 Bezau, † gefallen 13.09.1941 Eismeerfront), 1939 Priesterweihe, Seelsorger in Lingenau, 1939–1940 Pfarrer von Egg-Großdorf, 1940–1941 Katechet in Bludenz, 1941 Wehrmachtssanitäter 289
- Innerbraz 168, 239
- Innsbruck 11, 51, 209, 210, 219, 232, 233, 246, 267, 288, 294, 334, 335, 358, 360, 361, 364, 378, 385, 386, 389, 394, 395
- Reichenau (Arbeitserziehungslager) 210, 314
- Invalidenverband Vorarlberg**, Dornbirn 337
- Israel 38
- Italien 13, 16, 29, 33, 103, 134, 137, 196, 305
- Jäger**, Heinrich (* 28.12.1895 Ludesch, † 07.03.1973 Bludesch (Gaisbühel)), Schneidermeister in Bürs, 1939 als Gemeindegassier abgesetzt und zehn Tage inhaftiert, weil er sich gegen zwangsweise Eingliederung seiner Kinder in die HJ wehrte, Mann der Ida Jäger, Vater des späteren Landtagspräsidenten Bertram Jäger 243, 244, 247, 249
- Jäger**, Ida, geb. Thaler (* 08.06.1903 Bürs, † 17.02.1996), Frau von Heinrich Jäger, Mutter des Arbeiterkammer- und Landtagspräsidenten Bertram Jäger, Mutter des späteren Landtagspräsidenten Bertram Jäger 249
- Jäger**, Dkfm. Dr. iur. Paul (* 22.06.1908 Altach, † 06.06.1989 Salzburg), 1934 Eintritt in den Vorarlberger Landesdienst, 1934–1936 Bezirkshauptmannschaft Bregenz (1936 Polizeireferat), 1935 Österreichische goldene Verdienstmedaille für die erfolgreiche Bekämpfung der illegalen NSDAP und KPÖ, ab Mai 1936 der Sicherheitsdirektion für Vorarlberg zugeteilt (stellvertretender Sicherheitsdirektor; hatte gleichzeitig Gewerbe- und Präsidialangelegenheiten der Landeshauptmannschaft zu bearbeiten), ab 03.11.1937 Bezirkshauptmannschaft Feldkirch, am Wochenende Journalbeamter bei der Sicherheitsdirektion, 12.03.1938 Verhaftung durch Gestapo in der Sicherheitsdirektion in

Bregenz, Einzelhaft in Feldkirch, Einleitung eines gerichtlichen Strafverfahrens, am 25.08.1938 Überstellung nach Innsbruck, 08.09.1938 Überstellung ins KZ Dachau, 02.09.1939 probeweise Entlassung, bis 12.03.1940 Konfinierung in Bregenz, 10.02.1939 Entlassung aus dem Staatsdienst (§ 4 Abs. 1 BBV), Gelegenheitsarbeiten als Buchhalter und Revisor, 1940–1945 Wehrmacht, einige Monate in Kriegsgefangenschaft, ab 1945 im Salzburger Landesdienst 114

Jalta (Ukraine) 28

Jandraschitsch, Ing. Dr. Franz, ab 1925 beim Gewerbeinspektorat für Vorarlberg beschäftigt, ab 1936(?) als Amtsvorstand, nach 1938 abgesetzt, zeitweise Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes Salzburg, 1945–1961 Amtsvorstand des Gewerbeinspektorats (ab 1947 Arbeitsinspektorat) für Vorarlberg 351, 352, 353

Jennes, Arbeitsamt Bregenz 356

Jenny, Alfons (* 04.08.1896 Bartholomäberg), Lokomotivführer, Bürs 245

Jenny, Franz (* 28.05.1873 Bürs, † 11.12.1963), 1909–1934 Schulleiter der Volksschule Rankweil-Markt, 1940–1943 als Lehrer reaktiviert, 1963 Ehrenbürger Rankweils 219

Jeřábek, Dr. phil. Rudolf 10

Jestl, Albert, Postbeamter in Innsbruck, 1944–1945 im Zwangsarbeitslager Schelditz inhaftiert 365

Jesuiten, Orden (Feldkirch) 391, 382, 388

Jetten, Arbeitsamt Bregenz 356

Jochum, Kilian, Soldat, Bartholomäberg 260

Jünglings- und Männerkongregation Hohenems 338, 339

Jugoslawien 69, 83, 86, 88, 112, 296

Jungholz (Tirol) 104

Kapuziner, Orden (Bludenz, Bezaun, Feldkirch) 240, 245, 275, 288

Kareis, Ing. Walter (* 29.08.1906 Wien, † 11.03.1988 Dornbirn), Fernmeldetechniker, 1938 aus rassistischen und politischen Gründen aus der Postverwaltung entlassen, wenig später bei der Wehrmacht, 1941 aus der Wehrmacht ausgestoßen, 1944–1945 im Zwangsarbeitslager Schelditz inhaftiert, 1945 Widerstandsbewegung und Mitglied des provisorischen Stadtrats in Bregenz (KPÖ) 365

Kärnten 28, 86, 113, 120, 135, 162, 178, 192, 218, 260

Kartell christlicher Vereine Wolfurt 205

Kastelic, Dr. iur. Jacob (* 04.01.1897 Wien, † hingerichtet 02.08.1944 Wien), Rechtsanwaltsanwärter in Wien, CSP, VF, 1933/34 Wiener Landesführer, bis 1938 Leiter des Sozial- und Wirtschaftsverbandes der „Ostmärkischen Sturmcharen, 1938 Gründung der Großösterreichischen Freiheitsbewegung, 1940 verhaftet, 1944 vom Volksgerichtshof wegen Hochverrat zum Tod verurteilt 183

Kastner, Firma, Thüringen 239

Kathan, Josef, 1945 in Rankweil als Geisel verhaftet

Katholische Jünglingskongregation Lustenau 244

Katholischer Arbeiterverein Rankweil 219

Katholischer Arbeiterverein Wolfurt 204

Katholischer Burschenverein Treugold, Dornbirn-Haselstauden 343

Katholischer Frauenbund Dornbirn 343

Katholischer Gesellenverein Dornbirn 339

Katholischer Gesellenverein Lustenau 344

Katholischer Jünglingsverein Rankweil 219

Katholischer Jugendhort Dornbirn-Hatlerdorf 344

Kaufmann, Oswald (* 04.08.1896 Reuthe, † Unfall 05.06.1961 Reuthe), Holzschuhmacher in Reuthe 285, 286

Keckeisen, August, Gastwirt in Wolfurt, nationalsozialistischer Aktivist 203

- Kegele**, Josef (* 20.05.1905 Weiler, † 01.06.1990 Wien), Journalist, Fachbeamter der Wiener Handelskammer bis 1943, 1934–1938 nebenberuflich Redakteur, Chefredakteur der „Christlichen Pressezentrale“ in Wien, 1943–1945 Wehrmacht, zuletzt Lazarett Feldkirch II (Stella Matutina), dort in einer Widerstandsgruppe der letzten Kriegsmonate, 14.06.1945–31.05.1947 Leiter der Presse- und Rundfunkstelle im Amt der Vorarlberger Landesregierung, später Bundeshandelskammer in Wien 10, 67, 68, 125, 126, 127, 128, 129, 147, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 162, 165, 274, 320, 380, 390
- Kelsen**, Dr. iur. Hans (* 11.10.1881 Prag, † 19.04.1973 Berkeley/USA), Staats- und Verwaltungsrechtler, Rechtsphilosoph, führender Vertreter des Rechtspositivismus, 1919–1930 Universitätsprofessor in Wien, 1921–1930 Verfassungsrichter, 1930–1933 Professor in Köln, 1933–1935 in Genf, 1936–1939 in Prag (Deutsche Universität), 1938 in Genf, 1945–1952 in Berkeley (Kalifornien) 37, 48
 Kempten (Bayern) 305
 Kennelbach 168, 205
- Kesselring**, Albert (* 13.11.1885 Marktstefl/Bayern, † 16.07.1960 Bad Nauheim/Hessen), Generalfeldmarschall der Wehrmacht, 1941–1945 Oberbefehlshaber Süd und Leiter der Heeresgruppe C, März 1945 Befehlshaber der Westfront (Süddeutschland), 1947 von britischem Militärgericht zum Tod verurteilt, zu lebenslanger Haft begnadigt, 1952 freigelassen, 1952–1960 Bundesführer des Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten 196, 197
- Kessler**, Artur (* 16.11.1896 Gaschurn, † 25.05.1976 Gaschurn), Rösslewirt und Kaufmann, 1934–1937 Bürgermeister von Gaschurn (VF), 1936–1938 Kammerrat der Handelskammer, 1945 als Standeschütze ein Tag in Haft, 1950–1965 Kammerfunktionär, 1951–1970 Obmann des Verkehrsverbandes Montafon 272, 273
- Kessler**, Dr. iur. Othmar Christian 11, 270, 273
- Kessler**, Gottlieb (* 02.08.1899 Mittelberg, † 11.08.1980), Bauer, 1925 Gründung der Schischule Riezlern, 1938 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Mittelberg, 1938–1945 Bürgermeister der Gemeinde Mittelberg (NSDAP), SA-Scharführer, 1950–1970 Mitglied der Gemeindevertretung, in mehreren Ortsvereinen führend aktiv, Mitbegründer der Vorarlberger Walservereinigung, 1976 Ehrenringträger der Gemeinde Mittelberg, Schwager des Hermann Künzel 304
- Keßler**, Josef (* 28.03.1885 Bartholomäberg, † 19.09.1967), Bauer und Gemischtwarenhändler, 1906–1917 Aushilfslehrer Volksschule Gantschier, 1927–Juni 1938 und 1945–1965 Bürgermeister der Gemeinde Bartholomäberg (CSP, VF, ÖVP), 1959 Ehrenbürger, 1945–1949 Mitglied des Vorarlberger Landtags (ÖVP), 1949–1965 Landesrepräsentant des Standes Montafon 255, 256, 257
- Kessler**, Josef 11, 215, 218
- Keßler**, Max (* 16.12.1908 Mittelberg-Riezern, † 18.05.1975), Gastwirt (Pension „Schuster“ in Hirschegg), 1941–1945 Kriegsdienst, 1945–1947(?) Vizebürgermeister der Gemeinde Mittelberg, 1965 zum Gemeinderat und Ortsvorsteher gewählt 301
- Kiefer**, Hermann, NSDAP-Ortsgruppenleiter (NSDAP-Auslandsorganisation), 1938 Mitglied des neuen Gemeindetags, stellvertretender NSDAP-Ortsgruppenleiter in Mittelberg 302, 306
- Kielwein**, Franz (* 14.03.1903 Sandez[?], † 05.10.1987 Feldkirch), Eisenbahner, 1945 als Geisel verhaftet, 1945–1970 Gemeinderat der Marktgemeinde Rankweil (SPÖ), 1959–1969 Mitglied des Vorarlberger Landtags 217, 221
- Kinderrettungsverein** 240
- Kirchberger**, Albert, geb. Kalb (* 07.09.1889 Wolfurt, † 16.03.1965 Wolfurt), Sticker in Wolfurt, nationalsozialistischer Aktivist 203, 204
- Kirchenbauverein St. Peter Rankweil** 219
- Kircher**, Notburga (* 04.12.1880 Bozen), Hausfrau in Bürs, 1944 wegen „Abhörens von Feindsendern und wehrkraftzersetzenden Äußerungen“ zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt 245
- Klagian**, Mag. phil. Thomas 11, 159
- Klamper**, Dr. Elisabeth 11
 Klaus (Vorarlberg) 12, 168
 Kleinwalsertal (Gemeinde Mittelberg) 32, 47, 48, 197, 199, 200, 298, 300, 301, 302, 303, 304, 305

Klinghoffer, Dr. rer. pol. Dr. iur. Hans, später: Yitzhak Hans (* 17.02.1905 Kolomea/Galizien, heute Kolomyja/Ukraine, † 31.01.1990), 1928–1938 Bediensteter der Stadt Wien, 1938 Emigration nach Frankreich, 1938–1939 Forschung im Auftrag des Völkerbundes, 1940 Emigration nach Rio de Janeiro, Mitarbeiter des Comitê de Proteção dos Interesses Austriacos no Brasil, 1946–1948 Forschungsassistent in Rio de Janeiro, 1953 Emigration nach Israel, 1954–1974 Dozent, Professor Hebräische Universität Jerusalem, 1961–1973 Mitglied der Knesset (Liberaler Partei Gahal) 38, 108
 Klösterle 166, 168
 – Langen 167, 199, 200, 239
 Klostertal 197, 199, 200, 201, 246, 261

Knecht, Alois (* 09.12.1894 Rankweil, † 27.04.1993 Rankweil), 1928–1946 Pfarrer von Warth, 1936–1939 von Meiningen, 1939–1945 in den KZ Sachsenhausen und Dachau inhaftiert, 1945–1955 Pfarrer von Bregenz-Fluh, 1955–1971 von Hohenweiler 216, 222, 224

Knecht, Hans (* 19.03.1892 Rankweil, † 13.08.1957 Rankweil), Konsumverwalter in Rankweil, 1929–1934 Gemeinderat der Marktgemeinde Rankweil (SDAP), 1945 stellvertretender Bürgermeister (SPÖ), 1947–1957 Gemeinderat (SPÖ) 219

Knünz, Hermann (* 04.08.1895 Röhthis, † 24.09.1984 Rankweil), 1934–1951 Pfarrer in Silbertal, anschließend in Schlins 265

Knünz, Martin (* 20.07.1882 Röhthis, † 09.12.1949 Röhthis), 1907–1915 Katechet und Fröhmesser in Götzis, 1915–1921 Muttergottesbenefiziat in Feldkirch, 1921–1930 Kaplan in der Landesirrenanstalt und in der Wohltätigkeitsanstalt Valduna, 1930–1934 Fröhmesser und 1934–1947 Pfarrer in Gaschurn, 1932 Ehrenbürger von Gaschurn 265
 Koblach 168, 201

Köberle, Anton (* 26.07.1918, † 02.05.2005), Bartholomäberg, Wehrmachtsdeserteur 261

Köberle, Franziska (* 13.02.1883, † 10.07.1950), Bartholomäberg, wegen Abhörens von „Feindsendern“ zwei Monate Gefängnis 260

Köberle, Gottfried (* 20.12.1924 Bartholomäberg, † gefallen 28.09.1944 Deleni/Ungarn(?)), Soldat (Gefreiter), Bartholomäberg 260
 Köln (Nordrhein-Westfalen) 270, 388

Kolajta, Ottokar (* 24.07.1922 Braunsberg/Mähren, heute Brušperk/Tschechien), Beamter, 1942(?) zum Tod verurteilt 316

Kolb, Otto (* 16.10.1913 Hohenems, † 29.01.1982 Feldkirch), 1939–1940 Pfarrprovisor in Buch, 1940 zweimal in Gestapo-Haft, 1940–1942 Fröhmesser und 1942–1946 Pfarrvikar in Nüziders, 1946–1956 Jugendseelsorger in Dornbirn-Oberdorf, 1956–1982 Pfarrer in Feldkirch-Tisis 210, 211
 Kollerschlag (Oberösterreich) 77

Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) 20, 21, 25, 26, 29, 30, 33, 35, 36, 39, 65, 69, 83, 92, 93, 109, 111, 112, 114, 170, 173, 309, 365
 Konstanz (Baden-Württemberg) 194

Konsumgenossenschaft Dornbirn 341, 342

Konsumverein Hohenems 338

Konsumverein Lustenau 333, 335

Konzett, Dr. iur. Lorenz (* 04.02.1907 Bludenz, † 22.04.1983), Handelskammerdirektor und Politiker (ÖVP), bereits als Student Landessekretär des Christlichsozialen Volksvereins für das Land Vorarlberg und Mitarbeiter des Vorarlberger Volksblatts, 1933–1934 Mitarbeiter im CSP-Generalsekretariat in Wien, 1934–1935 Geschäftsführer der VF in Vorarlberg, 1935–1938 Sekretär des Landesgewerbeverbandes, 11.03.–01.05.1938 in Gestapo-Haft, zeitweise „Gauverbot“ (berufstätig in Wien), 1943 Einberufung zur Wehrmacht (Antwerpen), 1944–1946 Kriegsgefangenschaft, 11.03.1946 Rückkehr nach Vorarlberg, 20.03.1946–1972 Kammeramtsdirektor der Vorarlberger Handelskammer, 1948–1950 und 1956–1960 Stadtrat in Feldkirch (ÖVP), 1964–1969 Mitglied des Vorarlberger Landtags 127, 169, 216

Kopenhagen 175

Korber, Johann (* 08.03.1906 Wien, † 22.12.1982 Wien), 1930–1938 Lehrer an der Bundesrealschule Dornbirn, 1934 Landesjugendführer von Jung Österreich (ab 1936 Österreichisches Jungvolk), März 1938 vom Dienst enthoben, mit Berufsverbot aus dem Schuldienst entlassen, „wehrunwürdig“, Buchhalter in Wien, 1945–1970 Direktor des Bundesgymnasiums Eisenstadt 384

Krafft, Firma, Bregenz 352

Krähan, Rudolf, Direktor der Haftanstalt Feldkirch 316, 317, 318, 319

Krain (Slowenien) 218

Krakau (Polen) 218

Krankenpflegeverein Dornbirn 342

Krankenpflegeverein Hohenems 338

Krankenpflegeverein Lustenau 334

Krassnig, F., Rotbuch-Beauftragter der Landeshauptmannschaft Kärnten 162

Kraxner, Josef, Angehöriger der französischen Armee 113

Kraxner, Robert (* 27.03.1892), 1932 Postbeamter in Götzis, später in Dornbirn, 1952 nach Feldkirch verzogen 366, 370

Krcal, Fritz (* 07.11.1888 Bregenz, † 28.01.1983 Bregenz), Maler in Bregenz 114

Kreisky, Dr. iur. Bruno (* 22.01.1911 Wien, † 29.07.1990 Wien), 1935–1936 und 1938 politische Freiheitsstrafen, 1938 des Landes verwiesen, 1939–1945 Beamter des Wissenschaftlichen Sekretariates der Stockholmer Konsumgenossenschaft, 1967–1983 Bundesparteivorsitzender der SPÖ, 1946 Eintritt in den Diplomatischen Dienst (Gesandtschaft in Stockholm), 1951 Kabinettsvizedirektor der Präsidentschaftskanzlei, 1956–1983 Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ), 1953–1959 Staatssekretär im Bundeskanzleramt (Auswärtige Angelegenheiten), 1959 Bundesminister im Bundeskanzleramt (Auswärtige Angelegenheiten), 1959–1966 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, 1970–1983 Bundeskanzler, Vizepräsident der Sozialistischen Internationale 57

Kreissler, DDDr. Felix (* 01.08.1917 Wien, † 24.10.2004 Montreuil-sous-Bois/Frankreich), als Schüler Widerstand gegen Schuschnigg-Regime, 1937 Emigration nach Frankreich, Mitglied der Résistance, Inhaftierung im KZ Buchenwald, 1947 Rückkehr nach Wien, zunächst Mitarbeit bei der RAVAG („Russische Stunde“), ab 1959 Studium in Frankreich, Gründung des Centre d'Études et de Recherches Autrichiennes (CERA) an der Universität Rouen 119

Kreisverband der Verbrauchergenossenschaften in Tirol und Vorarlberg 328

Kretschmer, Wehrmichtsangehöriger 270, 271

Krumbach (Vorarlberg) 168, 276, 280

Künzel, Hermann (* 12.02.1898 Radolfzell/Baden-Württemberg, † 02.02.1969 Menzenschwand, heute Stadtteil von St. Blasien/Baden-Württemberg), Fotograf, 1925 ins Kleinwalsertal zugezogen, Aufbau eines Fotogeschäfts, Leiter des Verkehrsamts, Obmann des Bundes der Reichsdeutschen, NSDAP-Ortsgruppenleiter (NSDAP-Auslandsorganisation), 1938 Mitglied des neuen Gemeindetags, 1938–1945 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Mittelberg, Schwager des Gottlieb Kessler 302, 304

Kummenberg 194, 199

Kunz & Co, Firma, München 268

KZ-Verband 60, 61, 146, 182

Landbund 174

Landeck (Tirol) 95, 195, 197, 199, 218, 268

Längle, Franz (* 17.11.1991 Rankweil, † 24.09.1972 Rankweil), Rankweil, 1938 inhaftiert 216

Lang, Oberstleutnant, Leiter des Wehrmeldeamts Bregenz 195

Langen bei Bregenz 168

Langenegg 11, 168, 276, 281, 282, 283, 284, 312

Laterns 168, 223

- Lauffer**, Gustav (* 1887), Eisenbahner, Stationsvorstand in St. Anton am Arlberg 201
Lauterach 159, 168, 205
– Sender 366
- Laval**, Pierre (* 28.06.1883 Châteldon/Frankreich, † Hinrichtung 15.10.1945 Fresnes/Frankreich), ursprünglich Sozialist, 1932–1933 und 1935–1936 Ministerpräsident Frankreichs, 1940 stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister, 1942–1944 Ministerpräsident des Vichy-Regimes, 1944–1945 Exil-Marionettenregierung in Sigmaringen, 1945 Flucht nach Spanien, Auslieferung an Frankreich, Hochverratsprozess mit Todesurteil 91
Lech 167, 168
– Zürs 135, 167
Leiblach (Vorarlberg, Bayern) 214
- Leissing**, Eugen (* 26.11.1913 Bregenz, † 26.05.2000 Bregenz), Kaufmann, 1934–1938 Angestellter der VF, 1938 Haft und „Gauverbot“, Aktivist der katholischen Widerstandsbewegung, 1945 Mitglied des Vorarlberger Landesausschusses (ÖVP), 1945–1949 Abgeordneter zum Vorarlberger Landtag, 1945–1949 Regierungsreferent für kulturelle Angelegenheiten, 1945–1949 Mitglied des Bundesrats, 1945 und 1965–1970 Stadtrat in Bregenz, 1946–1950 Leiter des Landessenders „Radio Vorarlberg“ 73 (Foto), 74
- Lerch**, Dr. Ernst 11, 273
- Lerch**, Josef (* 12.03.1900 Trier/Rheinland-Pfalz, † 15.02.1985 Dornbirn), Gipser, Stuckateur, Stand-
schütze Gaschurn 272, 273
- Lessing**, Gotthold Ephraim (* 22.01.1729 Kamenz/Sachsen, † 15.02.1781 Braunschweig/Niedersachsen),
deutscher Dichter der Aufklärung 378
- Lichtmannegger**, Simon, Leiter des Steueraufsichtsamtes Lustenau 218, 221
Liechtenstein 233, 292, 363
Lienz (Tirol) 28
- Liga der demokratischen Freiheitskämpfer** 61, 146
Lindau (Bayern) 194, 229, 310
- Linder**, Karl (* 13.03.1897 Hohenems, † 17.02.1971), 1934–1938 und 1944–1961 Schulleiter der Volksschule Rankweil-Markt, 1938–1944 Schulleiter der Volksschule Rankweil-Brederis, 1927–1938
CSP-Ortsparteiobmann in Rankweil 216, 218
Lingenau 168, 312
Linz (Oberösterreich) 23, 220, 261
Lipa (Wartheland; Polen) 317
Litauen 277
Lochau 168, 310, 352
– Unterhochsteg 19
- Loewy**, Dr. Hanno 11
London 59, 80, 83, 84, 86, 87, 88, 93, 105, 175, 278
- Lorenz**, Wehrmachtsoffizier 233
Lorüns 168
Lothringen/Lorraine (Frankreich) 17
Ludesch 168, 239
- Ludescher**, Adolf (* 24.10.1901 Dornbirn, † 16.12.1965 Bludesch), Tischler in Rankweil, 1945 als Geisel
verhaftet 217, 221
- Ludwig**, Dr. iur. Eduard (* 09.01.1883 Persenbeug/Niederösterreich, † 26.12.1967 Brunn an der Pitten/
Niederösterreich), Journalist, 1910–1914 Literarisches Büro des K. u. k. Ministeriums des kaiserlichen
Hauses und des Äußern, 1920–1936 Leiter des Bundespressedienstes, 1936–1938 zur persönlichen
Dienstleistung bei Bundeskanzler Schuschnigg freigestellt, 1936–1938 Mitglied des Staatsrats

- (VF), 1937–1938 Mitglied des Bundestages, 1936–1938 Präsident der österreichischen Pressekommer, 1938 ohne Pensionsanspruch entlassen, 1938–1942 KZ Dachau und verschiedene Gefängnisse, 1942–1943 „Ostmarkverbot“, ab 1945 Konsulent des Bundespressedienstes, 1946–1958 Leiter des Instituts für Zeitungswissenschaft der Universität Wien, 1945–1953 Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP), ab 1949 Vertreter des österreichischen Parlaments, 1953–1958 Vertreter Österreichs beim Europarat 46, 52, 53, 55, 65, 107
- Lustenau 159, 168, 210, 241, 310, 320, 321, 327, 329, 333, 334, 335, 336, 337, 344, 353
– Rheindorf 321
- Lutzbrücke 239
- Madlener**, Hugo (* 14.11.1909 St. Gallen, † gefallen 23.07.1944), illegaler NS-Aktivist in Rankweil, 1938–1941 Verwalter der Wohltätigkeitsanstalt und der Heil- und Pflegeanstalt Valduna 220
- Mäder 168, 201
- Mähr**, Dr. med. Arnold (* 18.10.1888 Schlins, † 17.10.1958), Lungenfacharzt, 1935 anstelle des entlassenen Direktors Dr. Fritz Schinle (illegaler Nationalsozialist) mit der Leitung der Tuberkuloseheilstätte Gaisbühel betraut, im März 1938 durch Schinle ersetzt und zum ersten Anstaltsarzt zurückgestuft, Abteilungsarzt im Reservelazarett Gaisbühel, 1945–1958 erneut Direktor der Landeslunghelstätte Gaisbühel 127, 169
- Mähr**, Dr. med. Gert († 17.10.1928 Feldkirch), Gymnasiast, 1939–1943 Schüler der Oberschule für Jungen Feldkirch, 1943 Schulausschluss und Studienverbot im Reichsgau, 1945–1947 Schüler des Bundesgymnasiums Feldkirch, später Primararzt in Feldkirch 11, 387, 388
- Mähren (heute Tschechien) 23, 91, 223
- Mährisch Ostrau/Ostrava (Tschechien) 316
- Mäser**, Alfons (* 30.07.1899 Dornbirn, † 22.10.1978 Dornbirn), 1934–1945 Führer der illegalen SS in Vorarlberg (SS-Sturmbannführer), 1934–1937 in Haft, 11.03.1938–April 1938 kommissarischer Sicherheitsdirektor, 19.04.1938 Bestellung zum Personalkommissär der NSDAP und der Landesverwaltung (Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums), 15.06.1938–12.01.1940 Landesrat, 1940 Kriegsdienst, 1940–1945 Vizebürgermeister (1. Beigeordneter) von Dornbirn, 1944/45 Kriegseinsatz, 1945 Internierung im Lager Brederis, 1946 Verurteilung zu Vermögensentzug, 1947 Verurteilung durch Volksgericht Innsbruck zu vier Jahren schweren Kerker, anschließend Aufbau einer Tischlerei in Dornbirn 309, 330, 339, 342, 346, 347
- Mäser**, Alwin (* 05.02.1906 Dornbirn, † 14.08.1990), illegaler SS-Sturmführer, 1934–1937 in Haft, 1938 Leiter des städtischen Wasserwerks 309
- Magenta (Italien) 225
- Maidorfer**, Leopold 11
- Main (Fluss in Deutschland) 176
- Mals (Südtirol) 135
- Mangeng**, Hermann, Bartholomäberg, Wehrmachtsdeserteur 261
- Manser**, Jakob (* 05.08.1903 Bezau), Hilfsarbeiter, Hard, 1934 verurteilt wegen geplantem Sprengstoffanschlag 310
- Marianische Jünglingskongregation Dornbirn** 340, 341, 342
- Marianische Jungfrauenkongregation Dornbirn** 343
- Mark**, Karl (* 01.08.1900 Wien, † 24.01.1991 Wien), 1946–1948 Generalsekretär des Bundes der politisch Verfolgten, 1945–1966 Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ) 102
- Marokko 19, 123, 134, 197, 201, 292, 297, 298
- Marschall**, Lisa 12
- Marte**, Josef (* 16.06.1887 Nenzing, † 12.01.1970 Bregenz), 1922–1938 Lehrer am Bundesgymnasium Bregenz, 1934–1938 Vizepräsident des Landtags (Vertreter der anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften; VF) und Stadtrat in Bregenz, Kompaniekommandant der Heimatwehr in Bregenz,

- 1938/39 strafweise der Oberschule für Jungen in Dornbirn zugewiesen, ab 1939 wieder Oberschule für Jungen Bregenz, September 1945 provisorischer, 1947–1952 Direktor des Bundesgymnasiums Bregenz 380, 382
- Mathis**, Anna (* 11.09.1885 Dornbirn, † 31.10.1972 Dornbirn), Tochter des Franz Josef Mathis, Schwester der Katharina Mathis 342
- Mathis**, Eduard, Mitglied der Österreichischen Legion 311
- Mathis**, Jakob (* 02.10.1842 Dornbirn, † 01.06.1905 Dornbirn), Schreinermeister in Dornbirn, Vater der Anna und der Katharina Mathis 342
- Mathis**, Katharina (* 24.1.1880 Dornbirn), Tochter des Franz Josef Mathis, Schwester der Anna Mathis 342
- Matt**, Emil (* 07.04.1895 Rankweil, † 31.01.1959 Rankweil), Mann der Maria Matt, 1945 als Geisel verhaftet 217, 221
- Matt**, Maria, geb. Fröhlich (* 07.05.1908 Satteins, † 26.03.1987 Rankweil), Frau des Emil Matt, 1945 als Geisel verhaftet 218
- Matt**, Theophil, Vater des Emil Matt 219, 221
- Matt**, Viktor (* 27.07.1877 Laterns, † 03.04.1958 Feldkirch), Gastwirt („Taube“) in Rankweil, 1941 inhaftiert 217, 220
- Mauthausen (KZ in Oberösterreich) 178
- Mayer**, Josef (* 02.05.1905 Lend/Salzburg, † 01.10.1991 Bregenz), 1932–1939(?) Bediensteter der Industriellen Bezirkskommission/Landesarbeitsamt Vorarlberg, 1940–1945 Arbeitsamt Bregenz, 1944–1945 Mitglied einer Widerstandsgruppe in Bregenz, 1945 Mitglied des provisorischen Stadtrates in Bregenz (SPÖ), 1945–1970 Leiter des Landesarbeitsamtes Vorarlberg 354, 355, 357
- Mayer/Mayr**, Josef (* 19.12.1906 Vorchdorf/Oberösterreich), Arbeiter in Bürs, 1940 mehrtägige Haftstrafe wegen Sammeltätigkeit zugunsten Kriegsgefangener 245
- Meckenbeuren (Baden-Württemberg)
- Meckenbeuren Liebenau (Heil- und Pflegeanstalt) 215
- Meierhöfer**, Beauftragter des NSDAP-Kreisleiters von Landeck 268, 269, 270
- Meiningen (Vorarlberg) 168, 201, 216, 226
- Melichar**, Dr. phil. Peter (* 1960 Dornbirn), Historiker 327
- Mellau 168
- Meran (Südtirol) 135
- Merker**, Ludwig (* 01.09.1894, † 14.03.1964), Generalleutnant, 1944–1945 Stadtkommandant von Wien, Mai 1945 Verteidigungskommandant im Bregenzerwald 199, 295, 296, 298
- Merkel**, Generaloberst, richtig Ludwig Merker
- Methlagl**, Dr. phil. Anton (* 26.03.1903 Gnigl/heute Stadtteil von Salzburg, † 05.03.1989 Bregenz), Gymnasiallehrer, 1928–1938 Lehrer am Bundesgymnasium Feldkirch, 1934–1935 VF-Ortsgruppenleiter in Feldkirch, Studentenbundreferent von Jung Österreich, 1938 Strafversetzung an die Oberschule für Jungen Bregenz, meldete sich 1940 zur Wehrmacht, 1942 als Sanitäter (Laborant) eingezogen, 1945–1948 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, 1948–1952 Lehrer, 1952–1968 Direktor des Bundesgymnasiums Bregenz 381, 386
- Meusburger**, Peter (* 18.11.1902 Bizau, † 24.11.1988 Mittelberg), Metzgermeister in Mittelberg, NSDAP-Blockwart, 1945 Kommandant des „Walsertaler Heimatschutzes“ 304, 305, 306
- Meyer**, Dr. med. H. E. A., Schweizer Rotkreuz-Arzt 197
- Mezni**, Dr. iur. Fritz (* 04.02.1908 Wien, † 03.08.1989), Finanzverwaltung, 1936 bis 1938 Bundesministerium für Verkehr, im August 1938 aus politischen Gründen versetzt, 1939/40 vorübergehend inhaftiert, 1942 zur Wehrmacht eingezogen, desertierte in Frankreich zur Résistance, 1944 im US-Hauptquartier in Paris beschäftigt, leitete von Paris aus Rundfunksendungen für Österreich, 1945 Rückkehr nach Österreich, 1946 bis 1972 Leiter des Bundespressedienstes im Bundeskanzleramt 189

Miklas, Wilhelm (* 15.10.1872 Krems/Niederösterreich, † 20.03.1956 Wien), Gymnasialdirektor in Horn, 1907–1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses (CSP), 1908–1918 Mitglied des Niederösterreichischen Landtags, 1918 Mitglied des Staatsrats, 1918–1919 Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung, 1919–1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung, 1920–1928 Abgeordneter zum Nationalrat (1923–1928 Präsident), 1919–1920 Unterstaatssekretär für Kultus, 1928–1938 Bundespräsident, 13.03.1938 Rücktritt 394

Missionare vom Kostbaren Blute (Feldkirch, Rankweil) 219, 391

Mittelberg (Kleinwalsertal) 11, 32, 104, 128, 168, 300, 301, 304, 307

– Hirscheegg 302, 304

– – Darmstädter Haus 302

– – Hotel Ifen 304, 305, 306

– Riezlern 303, 306

– Walserschanz 300, 306

Mittelberger, Dr. phil. Johann Josef (* 07.11.1879 Götzis, † 10.04.1963 Bregenz), Gymnasiallehrer am Staatsgymnasium Bregenz, 1919–1929 Direktor der Hypothekenbank des Landes Vorarlberg, 1918/19 Mitglied der Provisorischen Landesversammlung (CSP), 1919–1934 Mitglied des Vorarlberger Landtags, 17.06.1919–05.11.1923 ressortführendes Ersatzmitglied des Landesrates, 06.11.1923–04.06.1929 und 01.10.1929–24.07.1934 Landesrat, 04.05.1929–25.09.1929 Bundesminister für Finanzen, Landesparteiobmann der CSP, legte 1934 als Gegner des autoritären Kurses alle Parteiämter nieder, dennoch 1934–1938 Mitglied des Landtages (Vertreter des Schul-, Erziehungs- und Volkswesens, VF), 1939 Kürzung der Lehrerpension um die Hälfte, am 23.08.1944 von der Gestapo verhaftet und zwei Monate im Arbeitserziehungslager Reichenau (Innsbruck) interniert 127, 158, 169

Möggers 168, 241

Mohr, Karl (* 06.08.1894 Wolfurt, † 05.12.1959 Wolfurt), Lehrer und Schulleiter in Wolfurt, VF-Ortsgruppenleiter in Wolfurt 205

Mohr, Dr. iur. Wilhelm (* 25.04.1890 Wolfurt, † 18.05.1971 Bregenz), 1922–1938 Leiter der Agrarbehörde im Amt der Vorarlberger Landesregierung, 20.12.1926–20.02.1936 Landesführer des Vorarlberger Heimatdienst (leistete 1930 „Korneuburger Eid“, hart kritisiert von Landeshauptmann Ender, der ihn schließlich absetzte), 1934–1938 Mitglied des Staatsrats und des Bundestags (von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg nominiert, VF), 1938 der Leitung der Agrarbehörde enthoben, Dienstversetzungen 1941 nach Innsbruck, 1941 nach Kattowitz/Katowice (Polen, damals dem Deutschen Reich angegliedert), Jänner 1945 Flucht nach Vorarlberg, 08.06.1945–1953 Leiter der Agrarbezirksbehörde Bregenz, 1955 Pensionierung 127, 169

Molden, Fritz (* 08.04.1924 Wien), Widerstandskämpfer, 1945–1946 Sekretär von Landeshauptmann und Außenminister Karl Gruber, Publizist und Verleger, Bruder des Otto Molden 59, 105, 106, 263

Molden, Otto (* 13.03.1918 Wien, † 15.06.2002 Paphos/Zypern), Widerstandskämpfer und Kulturpolitiker, 1945 Gründer des Europäischen Forum Alpbach, Bruder des Fritz Molden 108, 263

Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch (* 25.02./09.03.1890 Kukarka/Russland, † 08.11.1986 Moskau), 1930–1941 Vorsitzender und 1941–1946 und 1953–1957 Erster stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (ab 1946 Ministerrat), 1939–1949 und 1953–1956 Außenminister der Sowjetunion 96, 97

Montafon 15, 136, 159, 166, 255, 256, 258, 261, 263, 264, 266, 270, 272

– Innerfratte 272

Morscher, Karl Kassian (* 05.05.1883 Rankweil, † 11.08.1949 Rankweil), Bauer in Rankweil, 1940 und 1942 inhaftiert 217

Morstein, Ludwig (* 24.07.1909 Kufstein, † 15.11.1990), Gastwirt oder Arbeiter, 1938 Amtswalter, 1939–1945 Bürgermeister der Gemeinde Bartholomäberg (allerdings 1942–1945 im Kriegsdienst) 257

Moskau 14, 16, 17, 21, 26, 36, 56, 80, 81, 82, 83, 88, 89, 94, 96, 103, 112, 175

Moskauer Deklaration 10, 13, 14, 15, 16, 17, 19, 21, 24, 25, 26, 29, 37, 38, 39, 43, 47, 48, 49, 50, 74, 81, 82, 86, 99, 105, 106, 107, 108, 109, 111, 117

Mühlhausen/Mulhouse (Frankreich) 240

Müller, Franz Josef (* 13.05.1888 Bürs, † 21.03.1978 Bürs), 1924–1938 Bürgermeister von Bürs (CSP, VF), Vater des späteren Landestathalters Martin Müller 243

Müller, Heinrich (* 02.09.1910 Feldkirch-Tisis), Metzgergehilfe, Mitglied der Österreichischen Legion 311

Müller, Johann (* 23.05.1868 Blons, † 18.06.1949 Rankweil), 1903–1938 Direktor der Wohltätigkeitsanstalt Valduna in Rankweil 220

München 91, 225, 268, 312, 344, 352, 353, 388

Murr, Dr. iur. Walter (* 03.08.1905 Kufstein, † 13.02.1996), 1932 und 1940–1941 Richter am Landesgericht/Landgericht Feldkirch, 1941–1956 am Amtsgericht/Bezirksgericht Feldkirch, anschließend Oberlandesgericht Innsbruck (Vizepräsident), bis 1943 Richter des Fürstlichen Obersten Gerichtshofes in Liechtenstein 308, 310, 313, 314, 315

Musikverein Doren 276

Mussolini, Benito (* 29.07.1883 Dovia di Predappio/Italien, † standrechtlich erschossen 28.04.1945 Giulino di Mezzegra/Italien), 1922–1943 faschistischer Diktator Italiens 15

Muther, Dr. phil. Peter (* 08.08.1914 Röns, † 01.02.2002 Bregenz), Gymnasiallehrer in Innsbruck und Schwaz, 1941–1945 Wehrmacht, 1945–1950 Lehrer und 1950–1975 Direktor des Bundes(real)gymnasiums für Mädchen Bregenz 377, 379

Nachbaur, Mathäus (* 05.09.1880 Rankweil, † 03.02.1950 Rankweil), Gemeindeförster der Marktgemeinde Rankweil, 1938 aus dem Dienst entlassen 216

Nagel, Hermann (* 27.08.1908 Höchst), Schreinergehilfe, 1934 wegen Sprengstoffanschlägen verurteilt 309

Nagel, Otto (* 20.11.1879 Höchst, † 19.05.1952 Höchst), 1931–1938 Bürgermeister der Gemeinde Höchst (CSP, VF), 1945–1946 Bürgermeister der Gemeinde Rheinau, 1947–1950 Bürgermeister der Gemeinde Höchst (ÖVP) 212, 214

Napoléon, bürgerlich: Napoléon Bonaparte (* 15.08.1769 Ajaccio auf Korsika, † 05.05.1821 auf St. Helena im Südatlantik), französischer Feldherr und Staatsmann, 1804–1814 als Napoleon I. Kaiser der Franzosen 193

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 53, 77, 115, 133, 134, 135, 137, 174, 195, 203, 204, 205, 211, 212, 213, 214, 219, 220, 222, 223, 224, 238, 240, 241, 243, 244, 245, 246, 247, 252, 256, 257, 258, 259, 260, 264, 265, 266, 267, 271, 276, 280, 282, 285, 286, 289, 290, 294, 295, 297, 300, 301, 302, 303, 304, 306, 309, 310, 313, 314, 321, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 339, 340, 343, 344, 367, 368, 377, 378, 381, 386, 387, 388, 395

Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF) 209

Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung (NSKOV) 331

Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) 213, 240, 288, 328, 331, 334, 335, 337, 338, 342, 343, 386, 387

Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund (NSDÄB) 331

Nationalsozialistischer Lehrerbund (NSLB) 381, 386

Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund (NSRB) 331

Nationalsozialistisches Fliegerkorps (NSFK) 338, 339

Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps (NSKK) 382

Natschleger, Dr. Karl, Rotbuch-Beauftragter der Landeshauptmannschaft Niederösterreich 162

Natter, Anton, Standschütze in Feldkirch 234

Natzweiler (KZ im Elsass, Frankreich) 260

Nenzing 11, 159, 168, 365

Nesensohn, Julius (* 09.07.1911 Laterns, † 26.01.2005 Rankweil), 1937–1941 Kaplan und zeitweilig Pfarrprovisor in Doren, 1940 vier Tage in Gestapo-Haft, 1941–1945 Kaplan in Hittisau, 1945–1947 in Doren, 1947–1954 in Wolfurt, 1954–1962 Pfarrer in Braz, 1962–1970 Feldkirch-Gisingen, 1970–1982 in Thüringerberg 274, 275

Nessler, Alois (* 07.05.1901 Brand, † 24.09.1944 Brand), 1924–1927 Lehrer in Bons-Valentschina, 1927–1936 Schulleiter in Blons, 1936–1944 Schulleiter in Brand 253

Netter, Mag. phil. Katrin 12

Neudörfel, Dr., Wien 263, 264, 269

Neugebauer, Dr. phil. Wolfgang (* 09.10.1944 Wien), Historiker, ab 1970 Mitarbeiter und 1983–2004 wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes 110

Neumann, Firma, Hohenems, 353

Neurath, Konstantin Freiherr von (* 02.02.1873 Kleinglettbach/Baden-Württemberg, † 14.08.1956 Enzweihingen/Baden-Württemberg), 1932–1938 Reichsaußenminister, 1939–1941 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren 250, 278

Neuruppin (Brandenburg) 356

New York 58, 80, 105, 334

Niederer, Gebhard (* 12.02.1893 Gaißau, † 06.08.1971 Gaißau), Bezirksschulinspektor, Volksschullehrer, Landwirtschaftslehrer und Bauernfunktionär, 1927 als letzter Obmann des Landbundes Mitbegründer des Vorarlberger Bauernbundes, Fachinspektor für die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, 1931–1938 Schulleiter in Gaißau, 1938–1939 (Strafversetzung) Lehrer in Fußach, 1939 Zwangspensionierung, 1945 Volkssturmkommandant, 1941–1945 Lehrer und 1945–1947 Schulleiter in Gaißau, 1945 Mitglied der Sonderkommission zur Bildung neuer Personalstände, Obmann der Sektion Pflichtschullehrer und 1947 Landesobmann der Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten, 1947–1957 Bezirksschulinspektor Bezirk Bregenz 214, 371, 373

Niederlande 195

Niedernhart (Oberösterreich) 220

Niederösterreich 20, 120, 161, 164, 174, 312, 348

Niederstätter, Dr. phil. Alois 11

Nikolussi, Josef (* 04.01.1888 Strengen/Tirol, † 31.03.1956 Schruns), 1931–1938 Schulleiter in Bartholomäberg, 12./13.03.1938 in Haft, 1938–1945 Schulleiter in St. Gallenkirch, 1945–1952 in Bartholomäberg 255, 256, 258

Nordafrika 15

Normandie 91

Norwegen 91, 175, 356

Nüchtern, Dr. Hans (* 25.12.1899 Wien, † 09.01.1962 Wien), Schriftsteller, Regisseur, Professor am Reinhardt-Seminar in Wien, 1924–1938 und ab 1946 Leiter der Literaturabteilung der RAVAG 192

Nürnberg (Bayern) 44, 46, 47, 109, 121, 330

Nüziders 168, 210, 237, 242

O5, Widerstandsgruppe 55, 60, 127, 227, 228, 229

Oberhänsli, Firma, Lochau 352

Oberkrain (Slowenien) 218, 221

Oberösterreich 120, 161, 311

Oberschwäbische Elektrizitätswerke, Firma 264

Oberstauen (Bayern) 279

– Lanzenbachtal 279

Oberstdorf (Bayern) 305

– Birgsau 305

Österreichisch-demokratische Freiheitsbewegung 60

Österreichische demokratische Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg (ÖDW) 60, 133, 281
Österreichische Nationalbank, Firma 40, 41, 166, 363
Österreichische Staatsdruckerei, Firma 54, 55, 72, 76, 82, 84, 111, 185, 186, 191
Österreichische Volkspartei (ÖVP) 20, 21, 27, 28, 29, 30, 33, 35, 43, 46, 48, 50, 55, 56, 60, 61, 65, 70, 74, 86, 90, 92, 93, 99, 100, 102, 107, 111, 112, 124, 125, 170, 178, 191, 192
Österreichische Operationszone Alpenvorland 135, 233
Öttl, Gottfried (* 05.11.1900 Putzleinsdorf/Oberösterreich), Postamtsvorstand in Dornbirn 369
 Ötztal (Tirol) 78, 200, 201
ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten 61
Organisation Todt (OT) 194, 356, 365
Jungvolk (ÖJV) 386
Otten, Firma, Hohenems 353
 Pabianice (Polen) 350
Paramentenverein Brand 253
 Paris 13, 32, 38, 72, 99, 186, 189, 256, 270
Paulitsch, Christian (* 25.12.1888 Pritschitz/Pričiče/Kärnten, † 03.11.1968 Rankweil), Eisenbahner, Rankweil, 1945 als Geisel verhaftet 217, 221
Peter, Franz (* 29.05.1886 Tisis, heute Feldkirch-Tisis, † 14.06.1948), 1908–1911 Wehrdienst (Tiroler Kaiserjäger 4), 1911 Übertritt zur Gendarmerie, 1914–1918 Felddienstleistung, 1922–1923 Postenkommandant in Schwarzenberg, 1923–1925 in Altenstadt, 1925–1929 in Weiler, 1929–1938 in Gaschurn, 1938 zwangsweise pensioniert (§ 4 Abs. 1 BBV), Zuverdienst in der Landwirtschaft, 1940–1944 Fa. Ganahl in Frastanz (Nachtwächter, Kesselwärter), 1944 Standschützenausbildung in Meran, 1945–1947 Dienst beim Gendarmerieposten Frastanz, 1946 rehabilitiert 267, 268
Peter, Franz, Postbeamter in Feldkirch, 42 Tage Polizeihaft 365
Petitpierre, Dr. iur. Max (* 26.02.1899, † 25.03.1994), 1944–1961 Mitglied des Schweizer Bundesrates (Vorsteher des Politischen Departements), 1950, 1955 und 1960 Bundespräsident 97
Pfeifer, Alois, Großvater des René Pfeifer 270
Pfeifer, Alwin (* 20.05.1918 Gaschurn, † 09.05.1968 Krankenhaus Natters/Tirol), Bauer, Mitglied der Widerstandsbewegung in Gaschurn 270
Pfeifer, Bernhard, Vater des René Pfeifer 270
Pfeifer, René, aufgewachsen in Frankreich, Mitglied der Widerstandsbewegung in Gaschurn 270
Pircher, Firma, Bregenz 365
Pirker, Dr. phil. Paul (* 18.11.1880 Bregenz, † 23.09.1963 Nervi/Italien), Gymnasiallehrer in Karlsbad, Pola, 1920–1935 Bundesgymnasium Bregenz, 1919 Propagandist der Schweiz-Anschlussbewegung, führte am 01.05.1945 einen französischen Stoßtrupp zur Rettung der Stadt nach Bregenz 193, 197
Pius XI., bürgerlich: Achille Ratti (* 31.05.1857 Mailand, † 10.02.1939 Rom), 1922–1939 Papst 224, 225
Pius XII., bürgerlich: Eugenio Pacelli (* 02.03.1876 Rom, † 09.10.1958 Castell Gandolfo/Italien), 1939–1958 Papst 224, 225
Plangger, Dr. theol. Josef (* 16.03.1901 München, † 29.11.1973 Schwaz/Tirol), ab 1932 Professor im Paulinum Schwaz, 1939–1940 Expositus in Bartholomäberg-Innerberg, 16.06.–15.09.1940 wegen Übertretung der „Gottesdienstverordnung“ Gestapo-Haft in Bludenz, kurz in Gaschurn tätig, „Gauverbot“, Übersiedlung nach St. Jakob in Deferegggen, 1941–1945 wegen Kritik an der HJ in den KZ Buchenwald, Natzweiler und Dachau inhaftiert, anschließend wieder Paulinum Schwaz 260
Plankensteiner, Anton (Toni) (* 16.03.1890 Bregenz, † 30.10.1969 Dornbirn), Politiker, 12.03.1938–31.01.1940 Landeshauptmann von Vorarlberg (ab 10.06.1939 dem Landeshauptmann von Tirol unterstellt), März 1938–15.10.1938 Gauleiter NSDAP-Gau Vorarlberg, 1938–1942 Kreisleiter NSDAP-Kreis Dornbirn, 1942–1945 Kreisleiter NSDAP-Kreis Neustadt an der Weinstraße (heute Rheinland-Pfalz) 375, 376

Polen 218, 246, 247, 267, 275, 277, 286, 316, 317

Pommer, Helmuth (* 03.05.1883 Wien, † 12.02.1967 Bregenz), 1917–1961 evangelischer Pfarrer von Bregenz, Volksliedforscher 376

Poschacher, Dr. med. Georg, Oberstabsarzt der Wehrmacht, Standortarzt der Lazarette Bregenz und Lochau 195, 197

Posen (Reichsgau; Polen) 317

Potsdam (Brandenburg) 28, 40, 50, 69, 395

Preg, Josef (* 27.05.1893 Rankweil, † 05.10.1968 Rankweil), Mesmer, Gastwirt in Rankweil 219
Preußen 222, 223, 395

Quisling, Vidkun (* 18.07.1887 Fyresdal/Norwegen, † Hinrichtung 24.10.1945 Oslo), 1931–1933 Kriegsminister Norwegens, 1933–1945 Führer der Partei Nasjonal Samling, Kollaborateur, 1942–1945 Ministerpräsident des von den Deutschen besetzten Norwegen, 1945 Hochverratsprozess mit Todesurteil 91

Raab, Dipl.-Ing. Julius (* 29.11.1891 St. Pölten, † 08.01.1964 Wien), Baumeister, 1927–1934 Abgeordneter zum Nationalrat (CSP), 1928 Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr, 1934–1938 Mitglied des Bundeswirtschaftsrates und des Bundestages (VF), 1938 Bundesminister für Handel und Verkehr, 1938 Präsident der Niederösterreichischen Handelskammer, 1945 Staatssekretär für öffentliche Bauten, 1945 Mitbegründer und 1952–1960 Bundesparteiobmann der ÖVP, 1945–1963 Präsident des Österreichischen Wirtschaftsbundes, 1946–1953 und 1961–1964 Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, 1945–1964 Abgeordneter zum Nationalrat, 1945 Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs, 1953–1961 Bundeskanzler 98, 100, 102, 103, 104, 105

Raggal 168

– Litze 245

– Marul 223, 245

Rankweil 11, 168, 169, 215, 216, 217, 219, 221, 222, 223, 267

– Brederis 216, 217, 218

– – Anhaltelager 222, 223, 347

– – RAD-Lager 223

– Gasthaus Krone 220

– Herz-Jesu-Heim 219

– Valduna (Wohltätigkeitsanstalt, Landesirrenanstalt, Heil- und Pflegeanstalt) 215, 216, 220, 250, 261

– Weitried 223

Rathkolb, Dr. iur. Dr. phil. Oliver (* 03.11.1955 Wien), 1985–2003 wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Bruno Kreisky Archiv, seit 2005 Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit in Wien 111

Rauch, Albert (* 10.12.1908 Schlins, † 27.03.1970 Feldkirch), Akademischer Maler, 1930–1941 Lehrer am Bundesgymnasium/Oberschule für Jungen Feldkirch, 1936–1938 Österreichisches Jungvolk-Führer an der Schule, März 1938 Mitglied der Frontmilizkompanie, die in Feldkirch Widerstand leistete, 1935–1938 zudem Privatgymnasium Stella Matutina Feldkirch, 1939–1940 zudem Oberschule für Jungen Bludenz, 1942–1945 Kriegsdienst, 1945–1963 Bundesgymnasium Feldkirch, 1964–1970 Bürgermeister von Schlins (ÖVP) 387

Rauch, Josef (* 13.11.1895 Rankweil, † 09.02.1979 Kindberg/Steiermark), Stickermeister, 1945 als Geisel verhaftet 217, 218

Rausch, Arbeitsamt Bregenz 356

Ravensburg (Baden-Württemberg) 194

Reichmann, Dr. iur. Karl (* 27.12.1910 Wien, † 01.10.1993 Wien), 1937–1938 Offizier der Frontmiliz in Wien, Emigration nach Frankreich, 1939–1946 Offizier in der französischen Armee, 1943 dem Außenministerium zur Beratung in mitteleuropäischen Fragen zugeteilt, 1944 Versetzung zum Armeeeoberkommando, Abteilungsleiter in der Generaldirektion der Kriegsgefangenen, April 1945

Aufstellung eines österreichischen Freiwilligenbataillons, ab Dezember 1945 im Stab des Oberstkommandierenden und Hochkommissars in Innsbruck, 1946–1947 Mitarbeiter im österreichischen Außenamt, 1947–1954 in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit (Staatspolizei), 1955–1958 stellvertretender Leiter, dann Leiter der Rechtsabteilung des Außenamtes, 1958–1963 österreichischer Vertreter beim Europarat, 1964–1969 Leiter der Rechtssektion im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1969–1974 Botschafter beim Hl. Stuhl und Gesandter beim Malteser Ritterorden, 1974–1975 Leiter der Rechtssektion, Juli 1987 Sonderbotschafter in den USA (Waldheim-Affäre) 59, 96, 105, 106, 112, 185, 188, 191

Reichsarbeitsdienst (RAD) 223, 331

Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB) 331

Reichsnährstand (Ortsbauernführer) 209, 258, 260, 286, 327, 340, 341

Reichsprotektorat Böhmen und Mähren 91, 250, 316, 317

Reimann, Dr. phil. Viktor (* 25.01.1915 Wien, † 07.10.1996 Wien), Journalist, Schriftsteller, Politiker, 1938 Mitbegründer der „Deutschen Freiheitsbewegung“ (1940 „Österreichische Freiheitsbewegung“), 1940/41–1945 inhaftiert, 1949 Mitbegründer des VdU, 1949–1956 Chefredakteur der VdU-Wochenzeitung „Neue Front“, 1949–1956 Abgeordneter zum Nationalrat (WdU), 1956–1960 Pressechef der Bundestheaterverwaltung, 1970–1987 Mitarbeiter der „Kronen Zeitung“ 101

Reis, Firma, Hohenems 353

Reisecker, Heinrich (* 02.07.1891 Kirchdorf/Oberösterreich, † 07.12.1983 Feldkirch), Maler, 1934 als kommunistischer Aktivist in Haft, gegen Kriegsende Führer einer „roten“ Widerstandsgruppe in Feldkirch, 1945–1946 Obmannstellvertreter der Österreichischen Demokratischen Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg, 1946–1950 Stadtrat in Feldkirch (KPÖ) 230

Reiter, Dr., NSDAP-Kreisamtsleiter in Dornbirn

Reiter, Dr. iur. Ferdinand (* 29.09.1889 Anrans/Tirol, † 08.01.1957 Wien), Jurist in der Privatwirtschaft, Journalist, 1933–1938 und 1945–1955 Chefredakteur der „Wiener Zeitung“, Entlassung ohne Pensionsanspruch, 1943/44 sieben Monate in Haft, 1945–1955 Chefredakteur der „Wiener Zeitung“, 1946–1955 Direktor der Österreichischen Staatsdruckerei 55, 71, 82, 83, 200

Renner, Dr. iur. Karl (* 14.12.1870 Unter-Tannowitz/Dolní Dunajovice/Tschechien, † 31.12.1950 Wien), 1907–1918 Reichsratsabgeordneter (SDAP), 1918–1920 Staatskanzler (SDAP), 1918–1920 Mitglied der Provisorischen Landesversammlung 1919–1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung, 1930–1934 Abgeordneter zum Nationalrat (1931–1933 1. Präsident), 1934 vorübergehend inhaftiert, 1945 Staatskanzler (SPÖ), 1945–1950 Bundespräsident, Verfassungsjurist und Rechtssoziologe 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 30, 31 (Foto), 33, 34, 36, 39, 40, 41, 44, 55, 56, 92, 93, 111, 112, 113, 114, 187, 358

Reschenpass (Tirol, Südtirol) 198

Reuthe (Vorarlberg) 168, 285, 286, 287

- Baien 286
- Hinterreuthe 286
- Hof 286
- Vorderreuthe 286

Rhein 195, 197, 199, 201

Rheinau (heute Höchst, Gaißau, Fußach) 168, 212, 214

Rheindelta (Vorarlberg) 159, 213, 214

Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE), Firma 264

Rheinland (Deutschland) 337

Rheintal (Vorarlberg) 194, 195, 197, 208, 227

Rhomberg, Alfred (* 27.10.1871 Dornbirn), Bauer in Dornbirn, Onkel der Isidora Grabher 344

Rhomberg, Firma, Rankweil 223

Rhomberg, Harald 11, 334

Richter, Wernfried, stammte aus dem Kreis Altenburg in Thüringen, heimatberechtigt in Friedrichshafen, ausgebildet in der NSDAP-Ordensburg Sonthofen, 1941(?)–1945 NSDAP-Kreisleiter von Bludenz, 1944 Leiter des Bauabschnitts Roncegno, 1944–1945 Leiter des Bauabschnitts Vorarlberg der Alpenvorlandstellung mit Sitz in Feldkirch 194

Riedmann, Felix (* 28.07.1895 Rankweil, † 29.10.2006 Rankweil), Gastwirt („Krone“) in Rankweil 220

Riedmann, Thomas (* 05.04.1874 Rankweil, † 20.01.1963 Feldkirch), Baumeister in Rankweil 220

Riefensberg 168, 276, 277, 279, 280

Rijeka/Fiume (Kroatien) 86

Rio de Janeiro 38, 58

Ritter, Dr. med. Gebhard (* 07.07.1899 Andelsbuch, † 22.02.1991 Rankweil), 1925–1939 Arzt in der Landesirrenanstalt/Heil- und Pflegeanstalt Valduna, daneben Privatpraxis in Rankweil, 1934–1938 Gemeinderat der Marktgemeinde Rankweil, VF-Ortsgruppenleiter in Rankweil, 1939 aus dem Dienst entlassen, 1939–1946 ärztlicher Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Liebenau bei Tettngang, 1941–1945 Militärdienst als Stabsarzt, 1946–1965 Direktor der Landesheil- und Pflegeanstalt Valduna 215

Roggendorf (Niederösterreich) 312

Rohner, Olga (* 28.09.1897 Innerbraz, † 25.11.1982 Dornbirn), Ferienhaus Hackwald in Ebnit 337

Rohner, Theodor (* 28.10.1894 Lauterach, † 01.12.1964 Pians/Tirol), Sticker, 1938 NSDAP-Ortsgruppenleiter, 1938–1945 Bürgermeister der Gemeinde Wolfurt (NSDAP) 205, 206

Rohrer, Alois (* 14.09.1902 Rankweil, † 05.07.1979 Rankweil), Schuhmacher in Rankweil, 1945 als Geisel verhaftet 217, 221

Rohrmus, Frater Petronius Maria, FSC, bürgerlich: Anton (* 20.11.1879 Kapfenburg/Baden-Württemberg, † 25.04.1964), 1913–1919 Seminarhauptlehrer, 1916–1919 Vizedirektor, 1919–1925 und 1926–1938 Seminardirektor, 1932–1938 Schuldirektor des Katholischen Lehrerseminars Feldkirch und der angeschlossenen Schulen, 1945–1948(?) Professor an der Bundeslehrerbildungsanstalt Feldkirch 390, 392

Rom 15, 72, 305

Rom, Martin (* 18.11.1895 St. Veit an der Glan/Kärnten, † 28.12.1970 St. Veit an der Glan), Bahnbediensteter, Bürgermeister von St. Veit an der Glan, 1947–1962 Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ) 102

Romanshorn (St. Gallen, Schweiz) 229

Röns 168, 236

Roosevelt, Franklin D. (* 30.01.1882 Hyde Park/New York, † 12.04.1945 Warm Springs/Georgia/USA), 1933–1945 Präsident der USA 14, 20

Rosenberg, Alfred (* 12.01.1893 Reval/Russland, heute Tallin/Estland, † hingerichtet 16.10.1946), einer der wichtigsten Ideologen des Nationalsozialismus, 1946 im Hauptkriegsverbrecherprozess in Nürnberg zum Tod verurteilt und hingerichtet 306

Rositz (Arbeitslager in Thüringen, Deutschland) 365

Röthis 168

Ruchalsky, Eduard (* 07.05.1922 Lippa(?)/Polen), Schlossergehilfe, 1942 zum Tod verurteilt 316

Rudigier, Mag. iur. Dr. phil. Andreas 11

Rudigier, Othmar (* 19.01.1914 Gaschurn), Polizist in Köln, 1943 Eheschließung in Köln-Merheim, Mitglied der Widerstandsbewegung in Gaschurn 270

Ruhrgebiet (Deutschland) 269

Ruider, Gustav (* 29.07.1903 Bartholomäberg, † gefallen 10.01.1945 Oberschlesien), Soldat, Bartholomäberg 260

Rumänien 13, 29, 69, 103

Rusch, Franz Josef (* 23.06.1891 Bildstein, † 10.04.1967 Buch), Bauer, 1936–1938 Mitglied des Gemeindefesttags von Buch (VF), 1939 wegen Fürsprache für Pfarrer Gächter in Gestapo-Haft, 1945 Einberufung zum Volkssturm, 1945–1947 Bürgermeister der Gemeinde Buch 208, 209, 211

Saalfelden (Salzburg) 395

Sachsenhausen (KZ in Oranienburg, Brandenburg) 216

Saint-Germain-en-Laye (Frankreich) 23, 64

Salomon, Josef (* 31.12.1888 Bürs, † 02.12.1965 Bürs), Maurermeister in Bürs, VF-Ortsgruppenleiter in Bürs, 1939 zehn Tage inhaftiert, weil er sich gegen zwangsweise Eingliederung seiner Kinder in die HJ wehrte 243, 244

Salzburg (Land, Reichsgau) 120, 162, 174, 341, 352, 354, 358, 368

Salzburg (Stadt) 11, 124, 195, 341, 358, 360, 361

Salzmann, Dr. iur. Hermann (* 04.03.1890 Dornbirn, † 10.03.1955 Bregenz), 1919–1921 Sekretär der Industriellen Bezirkskommission Bregenz, 1921–1924 Jurist im Amt der Vorarlberger Landesregierung, 1924–1929 bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, 1929–1937 bei der Bezirkshauptmannschaft Bludenz, 1937–1939 bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz (Gewerbereferent), 1939 Zwangspensionierung mit gekürzten Bezügen (§ 4 Abs. 1 BBV), 1940 ein Monat dem Wirtschaftsamt Bregenz ehrenamtlich zur Dienstleistung zugewiesen, 1941–1942 Kanzleiführer der Reichsstraßenbauleitung Bregenz (Vertragsbediensteter, Entlassung aus politischen Gründen), 1942–1945 Buchhalter Baugeschäft Reichart Bregenz, Dezember 1944–April 1945 Verpflichtung zu Schanzarbeiten, 23.–30.04.1945 von der Gestapo als Geisel im Polizeigefängnis Bregenz festgehalten, 20.04.1945–30.04.1945 als Geisel inhaftiert, 1945–1951 Bezirkshauptmannschaft Bregenz 127, 169

San Francisco 41

St. Anton am Arlberg (Tirol) 95, 167, 199, 200, 201

St. Anton im Montafon 168, 258

St. Gallen (Schweiz) 329, 345

St. Gallenkirch 168, 255, 258, 272

St. Gerold 168

St. Johann im Pongau (Salzburg) 350

St. Margrethen (St. Gallen, Schweiz) 214

Santiago de Chile 58

Satteins 159, 168, 223, 227

Schädler, Rudolf, Mitglied der Österreichischen Legion 312

Schärf, Dr. iur. Adolf (* 20.04.1890 Nikolsburg/Mähren, heute Mikulov/Tschechien, † 28.02.1965 Wien), Beamter, Rechtsanwalt, 1918–1934 Sekretär des sozialdemokratischen Nationalratspräsidenten, 1933–1934 Mitglied des Bundesrats (SDAP), 1934, 1938 und 1944 in politischer Haft, 1945 Staatssekretär und Mitglied des Kabinettsrates (SPÖ), 1945–1957 Vizekanzler, 1945–1957 Bundespartei-vorsitzender der SPÖ, 1957–1965 Bundespräsident 26, 30, 33, 47, 48, 49, 68, 70, 73, 82, 90, 100, 105, 123, 124 (Foto), 170, 177, 178, 179, 180, 190

Scharnitz (Tirol) 240

Scheffbeck, Dr. Günter 11

Scheffknecht, Ferdinand (* 1891, † 1970), Fabrikant in Lustenau 329

Scheibenstock, Emil 11, 255, 258

Schelditz (Arbeitslager in Thüringen, Deutschland) 365

Schelling, Georg (* 26.09.1906 Buch, † 08.12.1981 Rum/Tirol), 1930–1934 Pfarrhelfer in Hohenems, 1934–1938 Chefredakteur des Vorarlberger Volksblatts, im März 1938 verhaftet, über Innsbruck am 31.05.1938 ins KZ Dachau deportiert, 1939–1940 KZ Buchenwald, 1940–1945 KZ Dachau, (1943 Lagerkaplan, 1944 Lagerdekan), 15.04.1945 Rückkehr nach Bregenz, 1945–1947 Frühmesser in Altach, November/Dezember 1945 Artikelserie „Die letzten Kriegstage in Vorarlberg“, 1947 in Buchform „Festung Vorarlberg“, 1947–1981 Pfarrer in Nenzing 127, 128, 133, 134, 136, 158, 159, 160, 169, 192, 193, 201, 202, 228, 268

- Schemnitzer**, Hans, „Volksdeutscher“ aus Schwedler, heute: Švedlár (Slowakei), Mitglied der Widerstandsbewegung in Gaschurn 270
- Schiller**, Friedrich von (10.11.1759 Marbach/Baden-Württemberg, † 09.05.1805 Weimar/Thüringen), deutscher Dichter 371
- Schirach**, Baldur von (* 09.05.1907 Berlin, † 08.08.1974 Kröv an der Mosel/Rheinland-Pfalz), 1928–1932 Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, 1931–1933 Reichsjugendführer der NSDAP, 1933–1940 Jugendführer des Deutschen Reiches, 1940–1945 Reichstatthalter und NSDAP-Gauleiter von Wien 291, 296
- Schlanders (Südtirol) 135
- Schlins 130, 168
– Stiftung Jupident 220
- Schlüter**, Axel, Bombenflüchtling aus Köln, 1943 Schüler der Oberschule für Jungen Feldkirch, von der Schule verwiesen 387, 388
- Schmelzenbach**, Jodok (* 06.02.1898 Riefensberg, † 31.03.1962 Riefensberg), Bauer, 1933–1938 Ortsobmann (Ortsbauernführer) des Bauernbundes, 1933–1938 VF-Ortsgruppenleiter, 1936–1939 und 1945–1962 Bürgermeister von Riefensberg (VF, ÖVP) 277, 280
- Schmid**, Erich (* 24.01.1920), Gymnasiast, Matura am Bundesgymnasium Bregenz 1938, nach Niederösterreich verzogen 381
- Schmid**, Josef Otto (* 16.03.1905 Rankweil, † 22.07.1974 Feldkirch), SA-Führer in Rankweil 222
- Schmid**, Leiter der Arbeitsamtnebenstelle Feldkirch 356
- Schmidinger**, Dipl.-Ing. Albert (* 18.05.1891 Dornbirn, † 12.02.1951 Bregenz), 1938 leitender Beamter der Vorarlberger Bauernkammer, 1938–1939 Kreisbauernschaft Vorarlberg, 1939–1943 Landesbauernschaft Alpenland in Salzburg, 1943–1944 Landesbauernschaft Tirol-Vorarlberg in Innsbruck, 1944 vom Volksgerichtshof wegen „Schwarzhörens“ ausländischer Sender zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, 28.03.1943–30.04.1945 in Haft (auf dem Marsch vom Zuchthaus Straubing ins KZ Dachau von den Amerikanern befreit), 01.07.1945–1947 Landesernährungsamt, 1957–1951 Kammeramtsdirektor der Vorarlberger Landwirtschaftskammer 127, 169
- Schmidinger**, Anton (* 27.02.1877 Dornbirn), pensionierter Lehrer in Doren, Mann der Josefa Schmidinger 275
- Schmidinger**, Josefa (* 22.08.1880 Doren, † 12.12.1964 Dornbirn), Frau des Anton Schmidinger, Doren, 1940 vier Tage in Gestapo-Haft 274, 275
- Schmidler**, Dr. phil. Karl (* 24.12.1908 Lustenau, † 28.02.1994), Gymnasiallehrer, 1934–1938 Lehrer am Bundesgymnasium Bregenz, Österreichisches Jungvolk-Führer, 1938 Versetzung an die Oberschule für Jungen Feldkirch, 1942–1945 Kriegsdienst in der Wehrmacht, zuletzt Lazarett Feldkirch II, dort 1944/45 Leitung einer Widerstandsgruppe, 1944 inhaftiert (Hochverratsprozess eingestellt), 1945–1946 Obmannstellvertreter der Österreichischen Demokratischen Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg, 1945–1980 Präsident des Vorarlberger Sportverbandes 386, 387, 389
- Schmidler**, Maria, geb. Bischof (* 17.10.1913 Innsbruck-Hötting), Frau des Karl Schmidler 386
- Schmidt**, Dr. iur. Guido (* 15.01.1901 Bludenz, † 05.12.1957 Wien), 1936–1938 Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, 16.02.–11.03.1938 Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten, anschließend in der Industrie beschäftigt, 1945–1947 wegen NS-freundlicher Haltung in Haft, 1947 in einem Hochverratsprozess freigesprochen 52, 53, 54, 55, 108, 109
- Schmidt**, Hans (* 28.04.1877 Ulm, † 05.06.1948 Stuttgart), General der deutschen Wehrmacht, 1939–1941 Kommandeur der 260. Infanteriedivision, 1942–1943 kommandierender General des IX. Armeekorps, 1943 in den Ruhestand versetzt, 1944 als stellvertretender Befehlshaber im Militärdistrikt V reaktiviert, November 1944–1945 kommandierender General der 24. Armee, 26.04.1945 Verteidigungsauftrag für Vorarlberg 196, 197, 199, 200, 206, 394

- Schneider**, Dr. phil. Emil (* 28.05.1883 Höchst, † 25.12.1961 Bregenz), 1919–1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung (CSP), 1920–1923 Nationalrat, 1923–1934 Bundesrat, 1922–1926 Bundesminister für Unterricht, bis 1938 Direktor der Bundesrealschule Dornbirn, 1938 Dienstenthebung und Pensionierung, 1943 Lehrer an den Obermittelschulen Bregenz, 1945–1949 Direktor des Bundesrealgymnasiums für Mädchen Bregenz, 1950–1955 Stadtrat in Bregenz (ÖVP) 384
Schnepfau 168
- Schnetzer**, Mag. phil. Norbert 11, 215
Schnifis 168
- Schnitzer**, Dr. phil. Bruno (* 23.01.1908 Weissenbach/Tirol, † 07.04.1991 Feldkirch), 1934–1971 Lehrer am Bundesgymnasium/Oberschule für Jungen Feldkirch, 1935–1937, 1947–1951, 1954–1976 Privatschule Stella Matutina, 1940 Oberschule für Jungen Bludenz, 1956–1961 Realgymnasium Vaduz 387
- Schoch**, Hans, Soldat aus Hohenems, 1944 vom Feldkriegsgericht München wegen staatsfeindlicher Äußerungen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, „Frontbewährung“ 267, 268
- Schöch**, Dr. theol. Johannes (* 11.03.1887 Dornbirn, † 15.04.1974 Rankweil), 1919–1937 Pfarrvikar in Bregenz-Vorkloster, 1937–1963, Generalvikariatsrat und Administrationsrat der Apostolischen Administration, ab 1964 Diözese Innsbruck-Feldkirch in Feldkirch, 1963–1974 Pfarrer in Rankweil-St. Peter, Kirchenhistoriker 127, 160
- Schöner**, Dr. rer. pol. Dr. iur. Josef (* 18.02.1904 Wien, † 08.(09?)03.1978 Wien), österreichischer Diplomat, 1933 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, 1934 Gesandtschaft Washington und Generalkonsulat New York, bis 1938 Sekretär des Politischen Direktors Theodor Hornbostel im Außenamt, 1939 zwangspensioniert, Gastronom, 1941 Einberufung zum Militärdienst, ab 1943 der Heeresstandortverwaltung Wien zugewiesen, 1945–1947 Politische Abteilung des Außenamts, 1947–1949 Politische Vertretung in London, 1948–1950 Gesandtschaft in Washington, 1950–1953 Leiter der Österreichischen Verbindungsstelle in Deutschland (Düsseldorf, dann Bonn), 1950–1955 Leiter der Politischen Abteilung des Außenamts, 1955–1958 Politischer Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, 1958–1966 Botschafter in Bonn, 1966–1970 Botschafter in London 43, 54, 55, 56, 57 (Foto), 59, 60, 105, 111, 185
Schoppert 168, 292, 295, 296, 297
– Alpe Gräsalper 292, 297, 298
– Hopfreben 199
- Schotthöfer**, Julie, geb. Bonn-Sartorio 345
Schröcken 168
Schruns 159, 166, 168, 256, 260, 361
- Schulverein Südmark** 159
- Schuschnigg**, Dr. iur. Kurt (* 14.12.1897 Riva del Garda/Tirol, heute Trentino, † 18.11.1977 Mutters/Tirol), 1927–1934 Abgeordneter zum Nationalrat (CSP), 1930 Gründung des Wehrverbandes Ostmärkische Sturmsharen, 1932–1934 Bundesminister für Justiz, 1933–1934 zudem für Unterricht, 29.07.1934–11.03.1938 Bundeskanzler, 1936–1938 VF-Bundesführer, 1938–1945 inhaftiert, 1948 Auswanderung in die USA, 1948–1967 Universitätsprofessor für Staatsrecht in St. Louis, 1968 Rückkehr nach Tirol 43, 92, 93, 94, 112, 114, 120, 123, 124, 131, 183, 294
- Schutzstaffel (SS)** 135, 196, 199, 200, 201, 205, 206, 209, 214, 218, 223, 228, 230, 231, 232, 239, 241, 262, 264, 267, 272, 274, 275, 281, 284, 292, 294, 296, 297, 298, 299, 304, 305, 306, 309, 330, 343, 346, 347, 350, 365, 382, 389, 398
Schwaben (Bayern, Regierungsbezirk, NSDAP-Gau) 300, 303, 304
- Schwärzler**, Karl, Briefträger in Wolfurt 205
- Schwarz**, Dr. Mia, als Lehrerin von Innsbruck an die Oberschule für Mädchen Bregenz strafversetzt, 1945 Rückkehr ans Städtische Mädchengymnasium/Bundesgymnasium Innsbruck-Sillgasse 378

- Schwarz**, Dr. phil. Artur (* 04.07.1911 Langenegg, † 24.1.1996 Hittisau), 1938 als Lehrer der Bundeserziehungsanstalt Wien XIII entlassen, mit dem Aufbau des Schülerheims der Wirtschaftsoberrealschule Bregenz-Mehrerau beauftragt, 1939–1942 Lehrer an der Oberschule für Jungen Bregenz, 1942–1945 Kriegsdienst in der Wehrmacht, 1945–1976 Lehrer am Bundesgymnasium Bregenz, 1969–1970 Stadtrat in Bregenz (ÖVP), Historiker, Erwachsenenbildner 380, 382
- Schwarz**, Paul (* 21.10.1887 Wuppertal-Barmen), Fabrikant in Wolfurt, nationalsozialistischer Aktivist 203
- Schwarzach (Vorarlberg) 168
- Schwarzenberg (Vorarlberg) 168
- Schwarzenberg**, Dr. Johannes (* 31.01.1903 Prag, † Autounfall 26.05.1978 Citta della Pieve, Perugia/Italien), österreichischer Diplomat, bis 1933 im Außenamt, bis 1936 Mitarbeiter der Gesandtschaft in Rom, 1936–1938 in Berlin, 1938 entlassen bzw. Dienst quittiert, 1940–1946 Mitarbeiter beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf (zunächst Leiter des Übersetzungsdienstes, anschließend zuständig für Zivilinternierte, ab Ende 1942 für die jüdische Frage), 1946–1954 Gesandter/Botschafter in Rom, 1955–1966 in London, 1966–1969 beim Heiligen Stuhl und beim Malteser-Ritterorden 72
- Schwarzhans**, Lorenz Anton (* 1913 Tschagguns) 365
- Schwarzhans**, Lorenz, Postbeamter in Nenzing, 28 Tage Polizeihaft 365
- Schwarzwald (Baden-Württemberg) 196
- Schwedler/Švedlár (Slowakei) 270
- Schweiz 24, 73, 88, 91, 93, 193, 195, 197, 201, 229, 231, 232, 246, 264, 292, 303, 312, 315, 316, 329, 334, 363, 369, 372, 395
- Schwendinger**, Herta, geb. Russi (* 22.11.1908 Wien, † 03.07.1989), 1937–1938 Lehrerin an den Schulen von Bregenz-Marienberg, 1938–1945 Oberschule für Mädchen Bregenz, 1953–1956 Bundesrealschule Dornbirn, 1953–1969 Bundesgymnasium für Mädchen Bregenz, 1956–1969 Bundeshandelsakademie Bregenz 378
- Schwestern von der Anbetung des kostbaren Bluts**, Orden (Rankweil) 219
- Seeburger**, Dr. iur. Emil (* 15.07.1890 Bludenz, † 07.08.1970 Bregenz), Bezirkshauptmann, 20.06.1934–12.03.1938 Bezirkshauptmann von Bregenz, 1936–1938 Präsidentenstellvertreter der Beamtenkammer Vorarlberg und Vertreter der Öffentlichen Angestellten in der VF-Landesleitung, 26.03.–27.06.1938 in Einzelhaft in Feldkirch, Zwangspensionierung mit gekürzten Bezügen, bis 1941 Arbeitsverbot, 22.04.1945 Flucht vor der Gestapo, 18.05.1945–1955 Landrat/Bezirkshauptmann von Bregenz 114, 127, 128, 169
- Seewald**, Johann (* 27.07.1894 Hohenems, † hingerichtet 11.05.1944 München-Stadelheim), Schlosser, 1943 im Silvrettadorf wegen „staatsfeindlichen Äußerungen“ und „Abhorchens von Feindsendern“ verhaftet, 1944 in München zum Tod verurteilt und hingerichtet 268
- Seidler**, Dr. phil. Ehrentraud (* 11.05.1917 Feldkirch), 1942–1945 Lehrerin an der Oberschule für Mädchen Bregenz und Erzieherin, 1946–1977 Bundesgymnasium für Mädchen Bregenz, Schwester des ebenfalls NS-belasteten Germanisten Herbert Seidler 378
- Seiffert** (Seifert), Otto († 21.03.1961 Wien im 63. Lebensjahr), 1946–1947 Rot-Weiß-Rot-Buch-Mitarbeiter und -Verantwortlicher, ab 1952 Presseattaché in Bonn, später in London 59, 95, 96, 186, 189, 191
- Seyß-Inquart**, Dr. iur. Arthur (* 22.07.1892 Stannern/Mähren, heute Stonařov/Tschechien, † hingerichtet 16.10.1946 Nürnberg), Rechtsanwalt, 1937–1938 Mitglied des Staatsrats, 16.02.–11.03.1938 Bundesminister für die innere Verwaltung und das Sicherheitswesen, 1938–1939 Leiter der österreichischen Landesregierung (NSDAP; Titel: Reichsstatthalter in Österreich), 1940–1945 Reichskommissar für die besetzten Niederlande, 1946 im Hauptkriegsverbrecherprozess in Nürnberg zum Tod verurteilt 395
- Sibratsgfall 168

Silbortal 168, 265
 – Kristberg 262

Silvretta, –stausee 268, 271

Simma, Dr. iur. Bruno (* 29.03.1941 Quierschied/Saarland), aufgewachsen in Bludenz, 1973–2006
 Universitätsprofessor für Völkerrecht und Europarecht an der Universität München, seit 2003
 Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag 116, 117

Sinnstein, Theodor (* 26.01.1874 Scheffau/Bayern, † 19.04.1951 Rankweil), Kaufmann in Rankweil 220

Sinz, Julius (* 24.11.1904 Rankweil, † 08.03.1980 Rankweil), Elektriker, 1938 inhaftiert, 1959 Gründung
 der „Nichtbürgerpartei“ gegen die Agrargemeinschaft (Bürgergemeinschaft) Rankweil 216, 219

Sizilien 15

Slowakei 91

Slowenien 218

Sobek, Dr. iur. Franz Josef (* 29.05.1903 Brünn/Brno/Tschechien, † 10.12.1975 Wien), Jurist im Polizeidi-
 enst, Bundespressediens, Heimatdienst, 1938 entlassen, 1938–1943 im KZ Dachau, 1944–1945
 Vorstandsmitglied der Widerstandsbewegung O5, 1945–1955 Ministerialrat im Bundeskanzleramt
 in besonderer Verwendung, 1955–1968 Generaldirektor der Österreichischen Staatsdruckerei, 1946–
 1948 Obmann des Bundes der politisch Verfolgten – Österreichischer Bundesverband, Uhrensamm-
 ler und Mäzen (Geymüller-Schlüssel) 55, 56, 61, 96, 182, 191

Solferino (Italien) 225

Solhardt, Ing. Karl (* 29.09.1896 Potschach/Niederösterreich, † 07.11.1986 Bregenz), illegaler NSDAP-
 Ortsgruppenleiter, 1938 NSDAP-Kreisleiter Kreis Bregenz, 1938–1945 Bürgermeister von Bregenz,
 1948 Verurteilung durch das Volksgericht Innsbruck 310

Sonntag 168

Sonthofen (Bayern) 300, 304, 305

Soswinski, Dr. iur. Ludwig (* 15.01.1905 Wien, † 09.02.1997 Wien), Jurist, bis 1934 Zentralverband
 der österreichischen Konsumvereine, 1934 Kämpfer auf Seiten des Republikanischen Schutzbundes
 und politisch verfolgt, 1937 Verhaftung und Verurteilung, Februar 1938 amnestiert, 1938–1945
 KZ Dachau, Flossenbürg, Lublin, Auschwitz und Mauthausen, ab 1945 Mitglied im Verband der
 österreichischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus, 1945–1946 Generalrat der National-
 bank (für KPÖ), 1945–1958 Mitglied des Wiener Gemeinderats und Landtags (KPÖ), 1963 Mitbe-
 gründer und bis zum Tod Vizepräsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Wider-
 standes 109

Sowjetunion, Russland 14, 15, 17, 20, 28, 34, 35, 36, 39, 48, 65, 69, 70, 71, 80, 83, 86, 90, 96, 98, 99,
 100, 104, 111, 175, 227, 246, 356

Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) 23, 114, 174, 309

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 82, 100, 132

Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) 20, 21, 26, 28, 29, 30, 33, 35, 48, 70, 82, 86, 90, 91, 92, 93,
 98, 100, 101, 102, 105, 111, 115, 124, 170, 310

Spanien 137, 159

Speckle, Karl (* 02.05.1898 Rankweil, † 23.02.1967 Rankweil), Gemeindegassier der Marktgemeinde
 Rankweil 218, 221

Speer, Albert (* 19.03.1905 Mannheim, † 01.09.1981 London), 1942–1945 Reichsminister für Bewaff-
 nung und Munition und Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Festungsbau, Wasser
 und Energie, 1943–1945 Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion 269

Spöttl, Franz, NSDAP-Ortsgruppenleiter in Schoppernau 296, 297

Stadelmann, Antonia, geb. Stadelmann (* 08.12.1908 Buch, † 30.04.1965), Hausfrau in Buch, 1939
 wegen Sammeltätigkeit für Pfarrer Gächter in Gestapo-Haft 210

- Stadelmann**, Maria (* 18.12.1898 Buch, † 28.02.1956 Rankweil), Buch, 1939 wegen Sammeltätigkeit für Pfarrer Gächter in Gestapo-Haft 210
- Stadler**, Karl R. (* 08.10.1913 Wien, † 07.07.1987 Linz), 1934–1938 bei den Revolutionären Sozialisten, 1938 Emigration nach Großbritannien, 1946–1968 Dozent an britischen Universitäten, 1968–1983 Universitätsprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Linz, Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für die Geschichte der Arbeiterbewegung, 1973–1977 Direktor des Renner-Instituts (SPÖ), 1970–1984 Präsident des Verbandes österreichischer Volkshochschulen 132
- Stalin**, Josef (* 18.12.1878 Gori/Georgien, † 05.03.1953 Kunzewo bei Moskau), ab 1927 de facto Alleinherrscher, 1922–1953 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1941–1945 Oberster Befehlshaber der Roten Armee, 1946–1953 Vorsitzender des Ministerrats der Sowjetunion 14, 19, 20, 22, 25, 26, 27, 29, 71, 88, 97
- Stalingrad (heute: Wolgograd, Russland) 15
- Stallehr 168, 237
- Steiermark 24, 78, 86, 120, 162, 192
- Steiger**, Leiter der Arbeitsamtnebenstelle Feldkirch 356
- Steinegger**, Dr. phil. Dora, verh. Alber (* 21.04.1913 Innsbruck, † 11.02.2005 Innsbruck), 1938–1939 Probendienst in Innsbruck, dann Lehrerin in Kitzbühel und bis 1945 an der Oberschule für Mädchen Bregenz, 1945–1975 Städtisches Mädchengymnasium/Bundesgymnasium Innsbruck-Sillgasse 378
- Steiner**, Dr. med. Hans (* 09.05.1900 Nenzing, † 30.05.1985 Nenzing), 1929–1939 Sekundararzt in der Landesirrenstalt/Heil- und Pflegeanstalt Valduna, 1939 Militärdienst, 1940–1943 Amtsarzt Landrat Feldkirch (1941–1944 Betreuung von Patienten in der Valduna), 1944–1945 Behörde des Reichsstatthalters in Tirol und Vorarlberg in Innsbruck, 1945–1946 provisorischer Leiter der Psychiatrischen Abteilung der Valduna, 1946–1966 Amtsarzt Bezirkshauptmannschaft Bludenz 216
- Steinheil & Söhne**, Firma, Lustenau 344, 353
- Steyr (Oberösterreich) 312
- Stilgenbauer**, Dipl.-Ing. Otto (* 10.05.1887 Hochspeyer/Rheinland-Pfalz), Bauleiter und Prokurist der Firma Kunz & Co 268, 269
- Stingele**, Hans (* 02.10.1906, † 11.10.2004), Kinderheimleiter, 1932 aus Esslingen (Baden-Württemberg) zugezogen, NSDAP-Schulungsleiter in Mittelberg, SS 306
- Stourzh**, Dr. phil. Gerald (* 15.05.1929 Wien), Historiker, ab 1958 Generalsekretär der Gesellschaft für Außenpolitik, 1964–1968 Universitätsprofessor in Berlin, 1968–1997 an der Universität Wien 117 118
- Strachowitz/Strachovice (Tschechien) 317
- Strasser**, Josef (* 02.12.1874 Feldkirch, † 09.12.1957 Bregenz), 1928–1954 Pfarrer von Rankweil, 1940 in Gestapo-Haft 217, 219, 221, 222
- Stráž (Tschechien) 317
- Studer Immenhauser**, Dr. Barbara 11
- Sturmabteilung (SA)** 204, 239, 243, 265, 267, 279, 294, 297, 299, 301, 340
- Sturn**, Robert (* 11.09.1904 Rankweil, † 01.06.1973 Rankweil), Friseur in Rankweil, 1945 inhaftiert 217
- Stuttgart (Baden-Württemberg) 239,269
- Sudetenland 24, 56, 91, 244, 317
- Südtirol 20, 33, 72, 80, 105, 134, 135, 208, 283
- Sulz (Vorarlberg) 168
- Sulzberg 168, 276
- Sutterlütty**, Oswald (* 03.05.1897 Lingenau), Zimmermann, Mitglied der Österreichischen Legion 312, 313

- Szokoll**, Karl (* 15.10.1915 Wien, † 25.08.2004 Wien), österreichischer Berufsoffizier, 1938 in die deutsche Wehrmacht übernommen, zuletzt Major, 1945 Leiter einer Widerstandsgruppe österreichischer Wehrmachtangehöriger innerhalb des Wehrkreiskommandos XVII in Wien, „Operation Radetzky“ 61, 62
- Tannberg 199, 306
Teheran 28
Tettngang (Baden-Württemberg) 215, 222
- Teutsch**, Firma, Bregenz 202
- Theresienstadt/Terezín (KZ in Tschechien) 330, 338
Thüringen (Deutschland) 365
Thüringen (Vorarlberg) 159, 168, 239
– Kastner 239
Thüringerberg 168
- Thurnherr**, Josef Andreas (* 29.08.1848 Dornbirn, † 08.04.1938 Bürs), 1877–1880 Expositus in Frastanz-Gurtis, 1880–1884 Chefredakteur des Vorarlberger Volksblatts, 1884 Pfarrprovisor in Schlins, 1888–1897 Pfarrer in Dalaas, 1898–1907 in Feldkirch-Altenstadt, 1901–1907 Dekan des Dekanats Feldkirch, 1907–1938 Pfarrer in Bürs und Dekan des Dekanats Bludenz, 1890–1902 Mitglied des Vorarlberger Landtags (CSP), Mitglied des Landesschulrats für Vorarlberg 1902–1935 243
- Tiefenthaler**, Edwin 11
- Tiefenthaler**, Lorenz (* 18.01.1914 Frastanz, † 18.12.2000 Baden/Niederösterreich), 1934–1937 österreichisches Bundesheer (Einjährig Freiwilliger), Angestellter der Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten in Bregenz 1937–1939, 1939–1943 Wehrmachtsoffizier (mehrfach ausgezeichnet, Schwerkriegsinvalid), 1943–1947 wieder Krankenversicherungsanstalt in Bregenz, Führer der Widerstandsgruppe O5, Land Vorarlberg, 1945–1946 Obmannstellvertreter der Österreichischen Demokratischen Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg, 1947–1954 Landesangestellter im Landeshochbauamt in Feldkirch, 1954–1956 Vizebürgermeister und 1956–1970 Bürgermeister von Feldkirch (ÖVP) 127, 169, 192, 227, 228, 230, 233
- Tiefenthaler**, Othmar (* 15.11.1927 Feldkirch, † Schiunfall 27.02.1952 Feldkirch), 1939–1943 Schüler der Oberschule für Jungen Feldkirch, 1943 Schulausschluss und Studienverbot im Reichsgau Tirol und Vorarlberg, 1944 Oberrealschule München, 1945–1948 Bundesgymnasium Feldkirch, 1949–1950 Herz-Jesu-Missionare Anif (Salzburg) 387
- Tiefenthaler**, Mag. phil. Rupert 11
Tirol 16, 29, 51, 60, 89, 95, 135, 162, 192, 197, 210, 225, 244, 264, 269, 280, 292, 295, 341, 352, 354, 358, 364, 382, 388, 394, 395
– Osttirol 135, 260
- Tiroler Standschützenverband** 134, 257, 276
- Tito**, Josip, Josip Broz (* 07.05.1892 Kumrovec/Kroatien, † 04.05.1980 Ljubljana/Slowenien), kommunistischer Partisanenführer, ab 1943 an der Spitze des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung, 1945–1953 Ministerpräsident der Volksrepublik Jugoslawien, 1953–1980 Staatspräsident 86, 88
- Tončić-Sorinj**, Dr. iur. Lujo (* 12.04.1915 Wien, † 20.05.2005 Salzburg), 1939 Universitätsassistent in Zagreb, 1941–1944 Unteroffizier in der Deutschen Wehrmacht, gleichzeitig Assistent der Abteilung Südosteuropa des Auslandswissenschaftlichen Instituts Berlin, 1946 Gründung und Leitung des Österreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik in Salzburg, 1949–1966 Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP), Mitglied der österreichischen UNESCO-Kommission, 1956–1966 und 1968–1969 Mitglied der österreichischen Delegation zur Beratenden parlamentarischen Versammlung des Europarates, 1966–1968 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, 1969–1974 Generalsekretär des Europarates 43, 99

Torgau (Sachsen) 389

Triebert, Mitarbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei 185

Trier, Bertha geb. Brunner, Frankfurt am Main, Tochter des Marco Brunner 345

Trier, Dr. Julius 345

Triest (Italien) 345

Troppmayr, Max (* 24.01.1895 Kolsass/Tirol, † 11.06.1961 Bürs), Invalidenamtl. Bludenz, Zementwerke Lorüns, 1933 Übernahme des väterlichen Gasthauses „Rosenegg“ in Bürs, Industrieangestellter, 1938–1945 Bürgermeister von Bürs, gleichzeitig 1941–1945 Bürgermeister von Bludenz und 1943–1945 Bürgermeister von Nüziders, 1939–1945 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Bürs 237, 242, 244, 245, 248

Truman, Harry (* 08.05.1884 Lamar/USA, † 26.12.1975 Kansas City/USA), 1934–1944 Senator des Staates Missouri (Demokratische Partei), 1944–1945 Vizepräsident, 1945–1953 Präsident der USA 89

Tschagguns 168, 365

– Latschau 263

Tschann, Anton (* 17.01.1884 Röns, † 11.07.1952 Röns), Bauer, 1921–1938 und 1945–1948 Bürgermeister der Gemeinde Röns (CSP, VF, ÖVP) 236

Tschanun, Familie, Gasthof „Edelweiß“ Gaschurn 265

Tschanun, Pater Erhard, O.M.Cap., bürgerlich: Theodor (* 27.09.1879 Gaschurn, † 31.12.1953 Schruns-Gauenstein), 1938–1939 Kapuzinerhospiz Gauenstein (Schruns), ab Mai 1939 wegen Übertretung des „Kanzelparagraphen“ sechs Monate in Gestapohaft, 1940–1941 Kapuzinerkloster Bregenz, 1941 Kaplansubstitut in Doren, drei Wochen Gestapo-Haft in Bregenz, „Ostmarkverbot“, Predigtverbot im Deutschen Reich, bis 1945 im Kloster St. Anton in München, 1945–1952 Kapuzinerkloster Feldkirch, 1952–1953 Kapuzinerhospiz Gauenstein 275, 276

Tschechoslowakei 24, 91, 317

Tumler, Christian 12

Turnerbund Dornbirn 342

Turnerbund Wolfurt 204

Übersaxen 168, 223

Uhl, Dr. phil. Heidemarie (* 1956 Feldbach/Steiermark), seit 1989 Lehrbeauftragte an der Universität Graz 112

Ukraine 277

Ulmer, Eduard (* 07.06.1894 Dornbirn, † 11.09.1972 Dornbirn), 1919–1925 Sekretär des Landesinvalidenverbandes für Vorarlberg, 1925 Direktorstellvertreter des Vorarlberger Metzgerverbandes, 1929–1941 (erzwungene Liquidierung), erneut ab 1945 Geschäftsführer der Vorarlberger Verlagsanstalt in Dornbirn, 1929–1938 Stadtrat in Dornbirn (CSP, VF), 1934–1938 VF-Landesleiter, 1938 mehrere Wochen in Gestapo-Haft, 24.05.–10.12.1945 Mitglied des Vorarlberger Landesausschusses/Landesrat (ÖVP), 11.12.1945–28.10.1959 Landesrat und 29.10.1959–31.12.1963 Landesstatthalter (Wirtschaft, Verkehr, Straßenbau), 1945–1954 Mitglied des Vorarlberger Landtags, 1946–1965 Vizepräsident der Vorarlberger Handelskammer, Bruder von Toni Ulmer 127, 169

Ulmer, Toni (Anton) (* 30.11.1899 Dornbirn, † 04.05.1970 Dornbirn), Lehrer in Dornbirn, 1914–1918 Kaiserschützenoffizier an der Südtirolfront (Goldene Tapferkeitsmedaille für Offiziere), 1919–1932 Kompanieführer des Heimatdienstes in Dornbirn, 1934–1936 Landesführer und Landeswehrführer des Vorarlberger Heimatdienstes, 1936–1938 Landesmilizführer der Frontmiliz, 24.07.1934–13.03.1938 Landesrat (Vertreter des Vorarlberger Heimatdienstes, VF), am 11.03.1938 festgenommen, 11 Monate Haft, dann „Gauverbot“, 1940–1945 in München, nach dem 20.07.1944 einige Zeit im KZ Dachau, 1945–1950 Schulleiter in Dornbirn, 1950–1960 Bezirksschulinspektor Bezirk Feldkirch, Bruder von Eduard Ulmer 127, 169

Ungarn 13, 29, 62, 69, 103, 317

Unger, Josef (* 21.07.1890 Feldkirch, † 04.11.1961), Justizbeamter beim Bezirksgericht Dornbirn, 1933/34
Kompanieführer des Heimatdienstes in Dornbirn 320, 321, 323, 324, 326, 348

Unterdrauburg (Slowenien) 218

Utgaard, Peter Ph.D. (* Carbondale/Illinois/USA), Historiker, Studien- und Forschungsaufenthalte in
Österreich, lehrt seit 1999 am Cuyamaca College in San Diego/Kalifornien 90

Vaduz (Liechtenstein) 12

Vallaster, Christian (Taufname: Johann Lorenz) (* 22.01.1884 Bartholomäberg, † 07.04.1947 Bartholomä-
berg), Forstwart, Obmann der Musikkapelle Bartholomäberg 257

Vandans 168
– Rodund 263

Varel (Niedersachsen) 356

Varga, Lucie, geb. Rosa Stern (* 21.06.1904 Baden/Niederösterreich, † 26.04.1941 Toulouse/Frankreich),
österreichisch-französische Historikerin 256

Vaterländische Front (VF) 52, 53, 54, 127, 215, 216, 277, 294, 302, 303, 305, 385, 386

Vatikan (Heiliger Stuhl) 48, 250

Verband der Konsumvereine in Vorarlberg 327, 328, 342

Verband der Unabhängigen (VdU) 101

Verdross, Dr. iur. Alfred (* 22.02.1890 Innsbruck, † 27.04.1980 Innsbruck), Völkerrechtler und katho-
lischer Rechtsphilosoph, 1918–1924 Mitarbeiter im Außenamt, 1922–1938 Dozent an der Konsular-
akademie Wien, 1924–1960 Universitätsprofessor an der Universität Wien (1938/39 suspendiert),
1958–1977 Richter beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 43, 44, 46, 47, 106

Verein der ewigen Anbetung Brand 253

Verein Ferienheim der Deutschen Schutzvereine Lustenau 337

Verein für das Deutschtum im Ausland 159

Verein Katholischer Arbeiterinnen Dornbirn 343

Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 14, 16, 17, 18, 22, 28, 29, 34, 41, 69, 88, 89, 90, 99, 101, 120,
137, 292, 329, 334

Vereinshausgesellschaft Dornbirn 342, 343

Vereinte Nationen (UNO) 29, 41, 42, 47, 75

Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront GmbH, Hamburg 342, 344

Verosta, Dr. iur. Stephan (* 16.10.1909 Wien, † 07.12.1998 Wien), 1935–1938 als Richteramtsanwärter
Mitarbeiter des Außenamtes (Völkerrechtsabteilung), 1935–1937 Assistent an der Universität Wien
(bei Verdross), 1934–1938 Assistent und Vortragender an der Konsularakademie Wien, 1938–1942
Richter in Wien und Niederösterreich, 1942–1945 Wehrmacht in Wien und Berlin, September
1945–1946 Vereinigte Rechtsabteilung, 1946 Habilitation, 1947–1948 stellvertretender Leiter der
Völkerrechtsabteilung des Außenamtes, 1948 Politische Abteilung des Außenamtes, 1948–1949
Gesandtschaft in Rom (Italien), 1949–1951 Leiter der Völkerrechtsabteilung, 1951–1953 Geschäfts-
träger in Budapest, 1953–1956 Leiter der Völkerrechtsabteilung (Staatsvertrag, Neutralitätsgesetz),
1956–1961 Botschafter in Polen, 1955 außerordentlicher, 1962–1980 ordentlicher Professor für
Völkerrecht an der Universität Wien 44, 45, 46, 47, 55, 56, 57 (Foto), 59, 105, 108, 109, 185, 188

Versailles (Frankreich) 23

Vesela, Dr. phil. Irma (* 26.06.1907), 1933–1938 Lehrerin am Mädchenrealgymnasium Bregenz-Marien-
berg, 1938–1945 Oberschule für Mädchen Bregenz, ab 1945 Mädchenrealgymnasium Innsbruck 378

Vichy (Frankreich) 91

Vietinghoff-Scheel, Heinrich von (* 06.12.1887 Mainz, † 23.02.1952 Pfronten im Allgäu/Bayern), Gene-
raloberst der Wehrmacht, 1943–1945 Kommandant der 10. Armee in Italien, kurze Zeit Oberbefehls-
haber der Heeresgruppe Kurland, 15.03.–02.05.1945 Oberbefehlshaber Südwest, britische Kriegs-
gefangenschaft 196

Viktorsberg 168

Vinzenzverein Rankweil 219

Völkerbund 42

Volaucnik, Mag. phil. Christoph 12

Vomperberg (Tirol) 382

Vorarlberger Bauernbund 340

Vorarlberger Heimatdienst 238

Vorarlberger Illwerke AG (VIW), Firma 136, 200, 263, 264, 269

Vorarlberger Konsumgenossenschaft 342

Vorarlberger Kraftwerke AG (VKW), Firma 276, 309

Vorarlberger Landes-Feuerversicherungsanstalt, Firma 288

Wagner, Franz (* 04.04.1909 Altschallersdorf/Mähren, heute Starý Šaldorf/Tschechien, † 11.07.1995 Rankweil), Privatangestellter in Rankweil, 1943–1945 NSDAP-Ortsgruppenleiter, RAD-Oberfeldmeister 223

Walch, Gertrud, geb. Eyth (* 1917 Hard), Lehrerin in Innsbruck und Hall, 1941–1942 Lehrerbildungsanstalt Feldkirch, 1942–1945 Oberschule für Mädchen Bregenz, 1959–1960 Bundrealgymnasium für Mädchen Bregenz, 1960–1962 Lehrerbildungsanstalt Feldkirch, 1962–1969 Bundesgymnasium für Mädchen Bregenz 378

Waldheim, Dr. iur. Kurt (* 21.12.1918 St.-Andrä-Wördern/Niederösterreich, † 14.06.2007 Wien), 1945–1948 Sekretär von Außenminister Karl Gruber, 1948–1951 Botschaftssekretär in Paris, 1951–1955 Leiter der Personalabteilung im Außenamt, 1955–1956 ständiger Vertreter Österreichs bei der UNO, 1956–1960 Botschafter in Kanada, 1960–1962 Leiter der Westabteilung und 1962–1964 der gesamten Politischen Abteilung im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1965–1968 Botschafter bei der UNO, 1968–1970 parteiunabhängiger Außenminister der ÖVP-Alleinregierung, 1970–1971 ständiger Vertreter Österreichs bei der UNO, 1971 erfolgloser ÖVP-Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl, 1971–1982 Generalsekretär der UNO, 1986–1992 Bundespräsident (ÖVP) 10, 24, 48, 105, 106, 110

Walgau 197, 227, 236

Walsler, Alfons (* 28.03.1913 Feldkirch-Gisingen, † 08.06.1992 Sulz), 1939–1951 Expositus in Partenen, Seelsorger in Silvrettendorf (Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht, ab 1945 der Franzosen), 1951–1957 Pfarrer in Silbertal, 1957–1985 Pfarrer in Eichenberg 266

Walsler, Richard (* 22.02.1897 Innerbraz, † Autounfall 14.05.1945 Innerbraz), 1918–1933 Gendarm, 1936–1938 Bürgermeister von Innerbraz (VF), 1936–1937 Mitglied des Vorarlberger Landtags (Vertreter der Land- und Forstwirtschaft), in der Widerstandsbewegung aktiv 246

Walserbund, Mittelberg 303

Walsertaler Heimatschutz, Mittelberg 300, 304, 305, 306

Warnecke, N., Schüler des Bundesgymnasiums Bregenz 381

Warth 167, 168

Wartheland (Reichsgau; Polen) 317, 350

Washington D.C. (USA) 89

Weber, MAS MA Dr. phil. Wolfgang (* 1964 Dornbirn), Zeithistoriker 114

Wehinger, Hildegard (vielleicht: Maria Hilda) (* 04.11.1900 Dornbirn, † 13.04.1990 Dornbirn), Schwester der Isidora Grabher 344, 346, 347

Wehinger, Walter, Mitglied der Österreichischen Legion 312

Weikhart, Eduard (* 21.11.1905 Wien, † 25.07.1986 Bruck an der Mur/Steiermark), 1923–1934 Funktionär des Bundes der Industriearbeitenden, 1945–1971 Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ), 1956–1966 Staatssekretär im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, Mitglied der Parteileitung und des Parteivorstandes, Parteikassier, Mitglied des Klubvorstandes der SPÖ, Leiter des Kraftwagenendienstes der Österreichischen Bundesbahnen 102

Weiler (Vorarlberg) 125, 168

Weimar (Thüringen, Deutschland) 209

Weinzierl, Dr. phil. Erika, geb. Fischer (* 06.06.1925 Wien), 1964–1992 Leiterin des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte Salzburg, 1967–1979 Universitätsprofessorin für Österreichische Geschichte mit Schwerpunkt Zeitgeschichte in Salzburg, 1979–1995 Universitätsprofessorin für Zeitgeschichte in Wien, seit 1977 Leiterin des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte und Gesellschaft 115

Weiss (Weiß), Otto, Friseur in Bregenz, illegaler NSDAP-Funktionär 313

Weiss, Dr. Otto (* 23.05.1903 Dornbirn, † gefallen 10.04.1945 bei Pressburg/Bratislava/Slowakei), illegaler Nationalsozialist, Betriebsleiter der Mosterei Zumtobel Dornbirn 310

Weltbund der Auslandsösterreicher 96

Welte, Josef (* 23.10.1900 Rankweil, † 18.04.1984), 1923–1940 Katechet in Bludenz, 1940–1951 Pfarrvikar und 1951–1970 Pfarrer in Lustenau-Rheindorf 321

Welti, Dr. phil. Ludwig (* 25.10.1904 Fraxern, † 07.11.1971 Bregenz), 1930–1934 Lehrer am Bundesgymnasium Bregenz und am Mädchenrealgymnasium Bregenz-Marienberg, 1933 VF-Ortsgruppenleiter in Lustenau, 1934–1938 Bundesrealgymnasium Villach, März 1938 vom Schuldienst suspendiert, zwangspensioniert, September 1939–März 1940 dem Landesschulrat als Sachbearbeiter zugewiesen, 1940 zur Wehrmacht eingezogen, 1943–1946 Kriegsgefangenschaft in Texas, 1946/47 Lehrer am Bundesgymnasium Bregenz, 1947–1963 Mitarbeiter und 1963–1969 Direktor des Vorarlberger Landesarchivs 381

Werk der Frohbotschaft, Orden, Batschuns 337

Werner, Dr. iur. Leopold (* 1905, † 1977), Jurist im Magistrat der Stadt Wien, 1945–1947 Referatsleiter im Verfassungsdienst der Staatskanzlei/des Bundeskanzleramtes, Privatdozent, später Professor für Staatslehre und Staatsrecht sowie Verwaltungslehre und Verwaltungsrecht an der Universität Wien, 1947–1969 Richter und 1954–1970 Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofs, 1955–1969 Mitglied und 1969–1975 Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofs 39

Wien 11, 20, 22, 26, 27, 29, 32, 37, 41, 42, 46, 53, 54, 56, 57, 67, 73, 76, 78, 83, 84, 88, 93, 98, 102, 104, 109, 120, 126, 128, 143, 146, 155, 156, 161, 165, 172, 173, 174, 179, 180, 181, 183, 184, 186, 190, 223, 233, 245, 246, 256, 263, 294, 296, 312, 338, 345, 360, 394, 395

Wiener Neustadt (Niederösterreich) 120, 312

Wild, Firma, Lustenau 353

Wildmann, Karl (* 03.11.1898 Hollenburg/Niederösterreich, † 31.03.1956 Den Haag), Absolvent der Konsularakademie in Wien, 1922–1933 österreichische Gesandtschaft Prag, 1933–1934 Politische Abteilung im Außenamt, 1934–1938 Bürochef des Bundeskommissars für Heimatdienst Walter Adam, VF-Hauptdienststellenleiter, 1938 Entlassung, dann Umwandlung in dauernden Ruhestand, 1939–1940 Militärdienst, 1941–1945 Versicherungsagent in Wien, 1945–1946 Leiter des Kabinetts des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Karl Gruber, 1946–1948 Leiter der Abteilung Organisation und Personalangelegenheiten des Außenamts, 1948–1953 Gesandter in Bern, 1953–1955 Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, 1955–1956 Gesandter in Den Haag 51, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 59, 62, 64, 66, 67, 68, 70, 71, 95, 96, 97 (Foto), 104, 105, 106, 126, 127, 138, 142, 145, 147, 149, 156, 161, 164, 165, 170, 172, 173, 174, 176, 177, 182, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190

Wildner, Dr. iur. Heinrich (* 18.02.1904 Reichenberg/Böhmen, heute Liberec/Tschechien, † 04.12.1957 Wien), 1903–1909 österreichisches Generalkonsulat St. Petersburg, 1909–1914 Konsulat Belgrad, 1914–1918 k. u. k. Ministerium des Äußern, 1918–1922 Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung, 1922–1939 der handelspolitischen Abteilung im Staatsamt/Bundesministerium für Äußeres/Außenamt, 1939 zwangsweise pensioniert, 1945–1949 Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten 55, 94, 95, 96, 187, 188, 189, 190

- Willand, Jörg** (* 16.10.1905 Miltenberg/Bayern, † 15.04.1992 Deutschland), Kunstmaler, NSDAP-Ortsgruppenleiter in Mittelberg 302, 303, 304, 306
- Winder, Kaspar** (* 21.08.1908 Wolfurt), Gendarmeriekreiskommando Feldkirch, 1944–1961 Gendarmerieposten Feldkirch (ab 1945 Postenkommandant), Führer einer Widerstandsgruppe der Feldkircher Gendarmerie, 1961 stellvertretender Bezirksgendarmeriekommandant Feldkirch, Bruder des Peter Winder 231, 246
- Winder, Peter** (* 26.05.1896 Wolfurt, † 04.03.1964 Bürs), Elektromaschinist, 1923–1945 bei Getzner, Mutter & Cie in Bludenz beschäftigt, christlichsozialer Gewerkschaftsfunktionär, 1934–1936 Regierungskommissär der Gebiets-Arbeiterkrankenkasse Bezirk Bludenz, 1936–1938 Vorstandsmitglied der Vorarlberger Gebietskrankenkasse, 1934–1938 Mitglied des Vorarlberger Landtags (Vertreter von Industrie und Gewerbe, VF), führendes Mitglied der Widerstandsbewegung in Bludenz, 1945 am Sturm auf die NSDAP-Kreisleitung Bludenz beteiligt und für die ÖVP Mitglied des beratenden „Fünferkomitees“ der Widerstandsbewegung in Bludenz, 1945–1949 Bürgermeister von Bürs (ÖVP), 1945 Orts- und Bezirksobmann der Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg 136, 240, 242, 247, 267
- Winsauer, Dipl.-Ing. Ernst** (* 27.02.1890 Dornbirn, † 28.11.1962 Bregenz), 1934–02.06.1938 Direktor der Chemischen Versuchsanstalt des Landes Vorarlberg, 1918–1925 Vizepräsident des Vorarlberger Landeskulturrats, 1925–1934 Vizepräsident der Vorarlberger Bauernkammer, 1929–1934 Abgeordneter zum Nationalrat (CSP), 24.07.1934–13.03.1938 Landeshauptmann von Vorarlberg (VF), 1934–1938 Mitglied des Länderrates und des Bundestages, 1938 ohne Pension aus dem Landesdienst entlassen (§ 4 Abs. 1 BBV), Arbeitsverbot in Vorarlberg, 1939/1940 Geschäftsführer der Firma Täschner in Wien, 1940–1945 Chemiker bei Deuring in Lochau, 03.04.–28.04.1945 zwangsweise bei der Organisation Todt, 01.06.1945–1955 Direktor der Chemischen Versuchsanstalt, 26.09.–20.12.1945 Unterstaatssekretär für Volksernährung (ÖVP), 1945–1946 Mitglied des Bundesrates, 1946–1962 Anwalt des Vorarlberger Genossenschaftsverbandes 127, 169
- Winterhilfswerk des Deutschen Volkes (WHW)** 213, 387
- Wittwer, Dr. theol. Rudolf** (* 30.10.1891 Gaschurn, † 27.12.1943 Feldkirch), Religionslehrer, 1924–1940 Bundesgymnasium/Oberschule für Jungen Feldkirch, 1940 in Wartestand versetzt 387
- Witwer, Matthias** (* 24.01.1885 Bürs, † Bürs), Schlossermeister, Gemeinderat in Bürs, 1939 zehn Tage inhaftiert 244
- Wolf, Ernst**, Postbeamter in Bludenz, acht Tage in Gestapo-Haft 365
- Wolff, Hans**, Schüler des Bundesgymnasiums Bregenz 381
- Wolff, Willi** (* 17.10.1899, † 21.10.1959 Wuppertal-Barmen/Nordrhein-Westfalen), arbeitete in einer Klöpplerei in Fußach, Obmann des Bundes der Reichsdeutschen, 1938–1945 Bürgermeister der Gemeinde Rheinau (NSDAP) 213
- Wolfurt 128, 168, 203, 205, 206, 207
- Gasthaus Engel 204
 - Gasthaus Rössle 206
 - Gasthaus Stern 204
 - Rickenbach 204
- Würbel, Josef** (* 13.10.1927 Bartholomäberg, † gefallen 30.04.1945 Basovizza/Italien), Soldat (Jäger), Sohn des Josef Würbel 260
- Würbel, Josef** (* 15.01.1893 Bartholomäberg, † 19.10.1984), Adlerwirt, 1919–1924 Gemeindevorsteher der Gemeinde Bartholomäberg (Bauernbund), 19.07.–28.07.1938 Gestapo-Haft in Bregenz, Verurteilung nach dem Heimtücke-gesetz zu acht Monaten Gefängnis und Gewerbeentziehung 260
- Württemberg 194
- Württembergische Sammelschiene AG**, Firma 264

Wunderer, Siegfried (* 31.10.1915, † gefallen 08.07.1943 Gailiza/Russland), Soldat, Bürs 245
Wuppertal (Nordrhein-Westfalen) 213

Wurzer, Doris 12

Zams (Tirol) 258, 261

Zappe, Karl (* 10.11.1911 Wels, † 24.01.2002 Steyr), 1937–1938 Lehrer am Privatgymnasium Stella Matutina Feldkirch, 1938–Schuljahr 1940 Oberschule für Jungen Bregenz, Suspendierung vom Schuldienst, Kriegsdienst in der Wehrmacht, 1946–1970 Bundesgymnasium Bregenz 382

Zerlauth, Karl (* 16.10.1894 Ludesch, † 03.08.1967 Ludesch), Bauer, 1928–1938 Präsident der Vorarlberger Bauernkammer, 1929–1934 Gemeindevorsteher der Gemeinde Ludesch, 1927–1937 Mitglied des Vorarlberger Landtags (CSP, VF; ab 1934 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft), 1945 Mitglied des Vorarlberger Landesauschusses, 1945–1949 Regierungsreferent für Ernährung, 1945–1949 Mitglied des Vorarlberger Landtags (ÖVP), 1947–1962 Präsident der Vorarlberger Landwirtschaftskammer 246

Ziehaus, Johann (* 27.05.1897 Wöllersdorf/Niederösterreich), illegaler Nationalsozialist 310

Zips/Spiš (Slowakei) 270

Zürich 93

Zweig, Dr. phil. Stefan (* 28.11.1881 Wien, † 22.02.1942 Petrópolis bei Rio de Janeiro/Brasilien), österreichischer Schriftsteller 378

Zwischenwasser 168

– Batschuns 337

